Aus dem Leben des Königs Albert von Sachsen: t. König ...

Paul Hassel





Aus dem Leben

des

Königs Albert von Sachsen.

Von

Dr. Paul Hassel.



Zweiter Theil:

König Albert als Kronprinz.

Berlin. 1900. Leipzig.
E. S. Mittler & Sohn
Königliche Hofbuchhandlung.
J. C. Hinrichs'sche
Buchhandlung.



Kronprinz Albert

im Kriege von 1871

(nach einer Aufnahme in Compiègne).



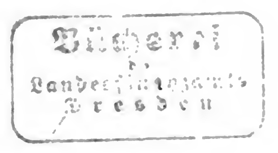
König Albert von Sachsen

als Kronprinz.

von

Dr. Paul Haſſel.





Mit einem Bildnis.

Berlin. 1900. Leipzig.
[illegible]









König Albert von Sachsen

als Kronprinz.

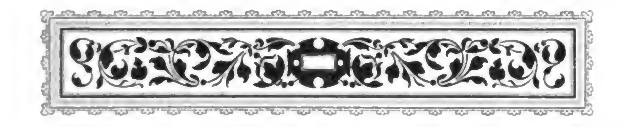
Von

Dr. Paul Hassel.



Mit einem Bildniß.

Berlin. 1900. Leipzig.
E. S. Mittler & Sohn, Königliche Hofbuchhandlung. | J. C. Hinrichs'sche Buchhandlung.



Inhaltsverzeichniß.

Zweiter Theil.

Kronprinz und Feldherr. 1854 bis 1873.

Erstes Kapitel.


Digitized by Google

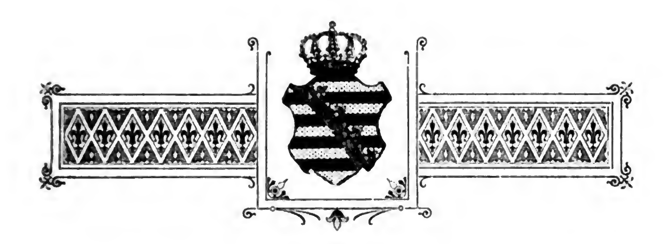


Zweiter Theil.

Kronprinz und Feldherr.

1854 bis 1873.





Erstes Kapitel.

Vom Tode Friedrich Augusts II. bis zum Ende des italienisch-französischen Krieges

(August 1854 bis Juli 1859).

Wie König Johann unmittelbar nach seiner Thronbesteigung in dem Aufruf an das Volk vom 10. August 1854 den Willen kundgegeben hatte, die Leitung des Staates im Sinne seines verstorbenen Bruders fortzuführen, so betonte er diesen Vorsatz auch in der Thronrede bei Eröffnung des außerordentlichen Landtages am 10. Oktober. Es entsprach durchaus dem Standpunkte, den Friedrich August in der orientalischen Frage eingenommen hatte, wenn sein Nachfolger, auf die kritische Gestaltung derselben hinweisend, sagte: „So freundlich unsere Beziehungen zu den auswärtigen Regierungen geblieben sind, so wenig kann doch unser Blick sich mit Zuversicht auf die durch die ernstesten Verwickelungen getrübte Zukunft richten. Ein Land in der Lage Sachsens wird unter solchen Umständen nicht fehl gehen, wenn es die Richtschnur für sein Handeln in der strengen und gewissenhaften Erfüllung seiner Pflichten als Glied des deutschen Bundes

sieht. An diesem Standpunkte festhaltend, wird Meine Regierung nach Kräften Alles thun, was dem Wohl und der Würde Deutschlands und einer befriedigenden Lösung der politischen Verwickelungen förderlich sein kann."*)

Kronprinz Albert hatte bei Ankündigung des Thronwechsels in Ischl**) aus Gesprächen mit seinem kaiserlichen Vetter die Ueberzeugung gewonnen, daß die persönliche Haltung Franz Josephs eine friedliche sei. Noch schwebte dem König eine solidarische Vereinigung Mitteleuropas gegenüber den feindlichen Parteien des Ostens und des Westens als das wirksamste Mittel zur Wiederherstellung des Friedens vor. „Dem einträchtigen Deutschland, Oesterreich an der Spitze", schrieb der König Ende Oktober, „wird eine schöne und ruhmvolle Rolle gesichert, wenn es eine solche vermittelnde Stellung nach beiden Seiten hin konsequent durchführt, wozu wir Alle dann gewiß freudig die Hand bieten werden."

Diese Aussichten auf eine beginnende Entwirrung der orientalischen Frage verschwanden jedoch, als Oesterreich am 2. Dezember den Anschluß an das Bündniß der Westmächte vollzog. Die Politik des Kaiserhofes erlitt eine der empfindlichsten Niederlagen, die ihr jemals in dem Thurn-Taxisschen Palais widerfahren sind: bei der Abstimmung am 8. Februar 1855 verwarfen sämmtliche Mitglieder des Bundes mit Ausnahme Braunschweigs die Mobilisirung der Bundesarmee, und auch die Kriegsbereitschaft wurde nur insoweit beschlossen, als die Behauptung der Neutralität und die Sicherung der deutschen Grenzen vor jedem Angriff es nothwendig erscheinen ließen.

*) Vergl. P. v. Falkenstein a. a. O. S. 216.
**) Vergl. Theil I., S. 330.

Durch den plötzlichen Tod des Kaisers Nikolaus, am 2. März 1855, schienen die Friedenshoffnungen sich neu zu beleben. Die Anwesenheit des preußischen Königspaares in Dresden vom 16. bis 19. März befestigte das Einverständniß zwischen Preußen und Sachsen. Der Verlauf der kriegerischen Begebenheiten in der Krim, die ruhmvolle Vertheidigung Sebastopols gegen den dreizehntägigen Angriff der Verbündeten vom 25. März bis 6. April übten denn doch wieder einen großen Einfluß auf die Zurückhaltung Oesterreichs aus, und sowohl das preußische als das sächsische Kabinet bemühten sich, den Wiener Hof in seiner gemäßigten Richtung zu erhalten.

So stürmisch sich der Beginn der Regierung des Königs Johann auf dem Gebiete der auswärtigen Politik anließ, so friedlich gestaltete sich der Verlauf der inneren Angelegenheiten. Die Aufgabe des außerordentlichen Landtages von 1854 beschränkte sich im Wesentlichen auf die Berathung der Gesetzentwürfe über eine Veränderung des Kriminalrechts und der Strafprozeßordnung.

Unmittelbar an den außerordentlichen Landtag von 1854, der bis zum 29. Dezember tagte, schloß sich am 5. Januar 1855 die Eröffnung einer ordentlichen Session der Ständeversammlung, die mehrere Monate in Anspruch nehmen sollte.

Der Kronprinz brachte einen Theil dieser Zeit im Auslande zu, diesmal in schmerzlichen Pflichten der Familie. Das Königliche Haus war in tiefe Trauer versetzt worden durch das Ableben des Herzogs Ferdinand von Genua, der am 10. Februar abends, in voller Blüthe des Mannesalters, einem von den Aerzten anfangs nicht für gefährlich erachteten Brustleiden erlag. König Johann hegte ernste Besorgnisse für den Gesundheitszustand seiner Tochter Elisabeth, die am Todtenbette ihres Gemahls in

tiefer Erschütterung zusammengebrochen war, und ertheilte daher dem Kronprinzen Albert den Auftrag, sich zum Trost und Beistand seiner Schwester und deren Kinder, der Prinzessin Margaretha*) und des erst ein Jahr alten Prinzen Thomas, nach Turin zu begeben. Die Abreise des Prinzen, der von seinem Adjutanten Major Senfft von Pilsach und dem Hofarzt Dr. Albert Carus begleitet war, erfolgte am 19. Februar. Der Prinz ging zunächst nach Wien, wo er sich zwei Tage aufhielt, dann über Laibach nach Triest, bestieg hier den österreichischen Kriegsdampfer „Taurus" zur Fahrt nach Venedig und gelangte über Verona und Mailand am 27. abends nach Turin.

Der Kronprinz betrat den Boden Italiens zum ersten Male in einem Augenblick, in welchem nicht nur der savoyisch-piemontesische Staat, sondern die ganze Halbinsel der Apenninen in hohem Grade von dem Strome der Ereignisse im Orient ergriffen waren. Am 26. Januar hatte Vittor Emanuel sich mit Frankreich und England über ein Waffenbündniß geeinigt, durch welches Sardinien ein Truppenkorps von 15 000 Mann zur Verfügung der Westmächte stellte. Es war immerhin ein denkwürdiges Zusammentreffen, daß der Prinz hier abermals aus eigener Anschauung eine Episode des italienischen Krieges durchlebte, die, mochte sie auch für die Entscheidung des Kampfes in der Krim nicht allzu schwer ins Gewicht fallen, doch die weiteste Perspektive in die Zukunftspläne der piemontesischen Regierung eröffneten. Die fieberhafte Aufregung, mit der die Rüstungen betrieben wurden, konnte als Beweis dafür gelten, daß der leitende Gedanke Vittor Emanuels, nach den Niederlagen der vierziger Jahre den alten Waffenruhm Savoyens mit neuem Glanze zu umgeben, in der Bevölkerung Oberitaliens gezündet hatte.

*) Der jetzigen Königin von Italien.

Die Beisetzung des Herzogs von Genua hatte bereits am 14. Februar in der Superga, der Begräbnißstätte des sardinischen Königshauses, auf der östlichen Anhöhe vor Turin, stattgefunden; doch wurde am 10. März in der Kathedrale San Giovanni zu Ehren des verewigten Fürsten eine Todtenmesse abgehalten, welcher der Kronprinz beiwohnte. Die aufrichtige Theilnahme, die dem Schicksal seiner Schwester im ganzen Lande entgegengebracht wurde, mußte ihn sympathisch berühren. In der Armee sprach man mit Begeisterung von der Tapferkeit, die Herzog Ferdinand, „der zweite Soldat Piemonts“, wie man ihn im Volke nannte, bei Peschiera, Novarra und in manchen anderen Gefechten bewiesen hatte. So zurückgezogen der Kronprinz während seines Aufenthaltes in Turin lebte, gewann er doch einen lehrreichen Einblick in die Verhältnisse Sardiniens, dessen aufstrebende Tendenz ihm nicht entging. Der Verkehr mit dem König, dem Grafen Cavour, dem Befehlshaber der nach der Krim bestimmten Truppen, General La Marmora, und manchen anderen Männern, die in der folgenden Zeit zu einer leitenden Rolle in den Geschicken Italiens berufen waren, ließ einen bleibenden Eindruck in ihm zurück.

Auf der Rückreise, die am 16. März angetreten wurde, verweilte der Kronprinz, dem Wunsche seines kaiserlichen Freundes entsprechend, einige Tage in der Hofburg. Eine Truppenschau, die am 24. März auf dem Glacis zwischen dem Burg- und Franzensthor abgehalten wurde, zeigte die Wiener Besatzung in voller Kriegsrüstung. In den politischen Kreisen der österreichischen Hauptstadt überwog die Neigung zum Frieden, da die Sympathien für die Allianz mit den Westmächten seit dem Eintritt Sardiniens eine fühlbare Abschwächung erfahren hatten. Am 26. März abends traf Prinz Albert wieder in Dresden ein,

und wohnte am nächsten Tage einem Hofkonzerte bei, der ersten Festlichkeit, die seit dem Tode Friedrich Augusts in den Räumen des Schlosses veranstaltet wurde.

In den äußeren Verhältnissen des Hofes hatte der Thronwechsel zu manchen Veränderungen geführt. Die Königin-Wittwe Marie verließ das Schloß und bezog das Brühlsche Palais in der Augustusstraße; doch hielt sie fest an der Gewohnheit ihres Gemahls, einen großen Theil des Frühlings und Herbstes in der Weinbergsvilla über Wachwitz zu verbringen. Dagegen bedingten die Pflichten der Repräsentation, daß der Hofstaat des Königspaares und seiner Töchter aus dem Prinzenpalais in die Residenz übersiedelte. Zu diesem Zwecke wurde der südliche, nach dem Taschenberg gelegene Trakt des Schlosses, die Albrechtschen Zimmer enthaltend, einem Umbau unterzogen, dessen Herstellung und Ausstattung die Zeit bis zum 18. Dezember 1855 in Anspruch nahmen. Im Frühling und Herbst verweilte die Königliche Familie auf Schloß Weesenstein, im Sommer in Pillnitz. Wie den König jedoch die Erledigung der Regierungsgeschäfte fast täglich nach Dresden führte, so sah man auch die Prinzessinnen in Begleitung ihrer Hofdamen jeden Morgen zur Stadt fahren, wo sie in den ihnen eingeräumten Kunigundischen Gemächern bis zur Mittagszeit ihren Lehrstunden oblagen. In allen Beziehungen herrschte eine Pünktlichkeit am Hofe, die sich Alt-Dresden zum Muster nahm: die Signale der Hoftrompeter beriefen die Mitglieder der Königlichen Familie und deren Gefolge aus den verschiedenen Theilen des Schlosses mit dem Glockenschlage zu den gemeinsamen Mahlzeiten. Das kronprinzliche Paar verlegte am 9. Mai 1855 seinen Sommeraufenthalt in das alte Besitzthum des Prinzen Maximilian, an der Ostra-Allee, das sich zwar damals schon in einem etwas alterthümlichen Zustand befand

trotzdem aber, unter besonderer Obhut der Prinzessin Carola, für welche dieses Palais mit seinem von dem Geräusch der Stadt abgeschlossenen Park die Stätte werthvoller Erinnerungen bildete, bis vor wenigen Jahren dem nivellirenden Einfluß der modernen Bauthätigkeit Widerstand geleistet hat.

Die Theilnahme des Kronprinzen an den inneren Angelegenheiten des Landes hatte inzwischen eine Erweiterung erfahren durch die Wiedereinsetzung des Staatsraths, die der König im April 1855 verfügte. Aus Vertrauensmännern verschiedener Berufsklassen bestehend, sollte diese Körperschaft in wichtigeren Fragen der Verwaltung, namentlich bei Ausarbeitung von Gesetzentwürfen, die Regierung mit Rath und That unterstützen. Zum Vorsitzenden des Kollegiums wurde der Kronprinz ernannt, und dieses ihm übertragene Ehrenamt gewann dadurch eine besondere Bedeutung, daß die Erneuerung des Staatsrathes mit einem der wichtigsten Akte der Gesetzgebung, der damals in der Vorbereitung begriffen war, dem Erlasse einer neuen Gewerbe-Ordnung, in engster Verbindung stand.

Am 7. August beendete der Landtag seine Arbeiten, deren bedeutsamstes Ergebniß sich auf eine Veränderung in der Organisation der Verwaltungs- und Justizbehörden bezog. Die Trennung von Justiz und Verwaltung war, wie wir wissen, schon nach Begründung der Verfassung in Angriff genommen und bis zum Jahre 1835 in der oberen und mittleren Instanz durchgeführt worden. Dasselbe war auch für die untere Instanz in den größeren Städten geschehen, deren Verfassung auf der Städteordnung beruhte, während in den kleineren städtischen Gemeinwesen und auf dem platten Lande die Vereinigung der Rechtspflege und Verwaltung in den Untergerichten, den Justizämtern und

Patrimonialgerichten, fortdauerte.*) Eine wesentliche Voraussetzung für die weitere Ordnung dieser Verhältnisse war die Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit auf dem flachen Lande, welche die Regierung gegen den Widerspruch der Ersten Kammer und eines Theils der konservativen Partei auf dem außerordentlichen Landtage von 1854 durchgesetzt hatte.**) Das mit den Ständen vereinbarte Gesetz vom 11. August 1855 überwies die Rechtspflege und Verwaltung der ersten Instanz, unter Fortfall der Patrimonialgerichtsbarkeit, die auf den Staat überging, an die Gerichtsämter und Bezirksgerichte.

Einige Wochen vor dem Schluß des Landtages war am 28. Juni die Bahn von Dresden nach Tharandt eröffnet worden, die ihren Namen nach dem Prinzen Albert erhielt und dazu bestimmt war, die Waldeinsamkeit der heiligen Hallen, dieses schon von dem Herzog Georg dem Bärtigen und dem Kurfürsten Moritz von Sachsen mit Vorliebe aufgesuchten Jagdreviers, dem Verkehr der Hauptstadt zu erschließen. Auf der ersten Station, in Potschappel, begrüßten die Knappschaften des Plauenschen Grundes, die im Bahnhofsgebäude eine Ausstellung der Erzeugnisse ihres Gewerbefleißes veranstaltet hatten, den König und den Kronprinzen mit dem üblichen Ruf der Bergleute: „Glück auf!“ In Tharandt wechselte das Bild, denn hier waren es hauptsächlich die Vertreter des Forstwesens und an deren Spitze die studirende Jugend der Forstakademie, die dem Rahmen der Landschaft entsprechend, sich zu malerischen Gruppirungen vereinigten. Während die Kronprinzessin Carola sich am 15. August mit der Prinzessin Anna in das Seebad Doberan begab, führten

*) Vergl. R. v. Friesen, Erinnerungen, I. S. 307 ff.
**) Vergl. Th. Flathe, Geschichte von Sachsen, III. 711.

die militärischen Inspektionen den Kronprinzen durch einen großen Theil des Landes. Wir finden ihn am 19. August in Zittau, am 4. September bei dem Manöver der Artillerie, dann bis Ende September in den Kantonnements der einzelnen Infanterie-Brigaden. Größere Uebungen fanden vom 26. bis 28. September um Frohburg statt. Der König wohnte auf dem dortigen Schlosse, dem Besitzthum des Ministers von Falkenstein, und unternahm von hier aus mit seinem Sohne einen Ausflug nach Altenburg zum Besuch seines Jugendfreundes, des Herzogs Joseph. Nach Beendigung des Manövers reiste das kronprinzliche Paar am 3. Oktober über München nach Ischl, um einige Zeit mit dem Kaiser Franz Joseph und dessen junger Gemahlin zu verleben. Auch die Königin-Wittwe Marie verweilte daselbst, nachdem sie zuvor die Trauerstätte von Brennbichl aufgesucht und die zum Andenken an Friedrich August errichtete Votivkapelle in Augenschein genommen hatte. Auf der Heimreise wurde ein mehrtägiger Aufenthalt in München, im Palais des Herzogs Max, genommen, und am 27. Oktober erfolgte die Rückkehr nach Dresden.

Unterdessen war am 8. September durch die Erstürmung des Malakow und die Einnahme von Sebastopol die Entscheidung in der Krim gefallen. An dem diplomatischen Feldzuge, der dem Kampfe folgte, war auch Sachsen lebhaft betheiligt. Der Minister Freiherr von Beust hatte sich im Oktober nach Paris begeben, um die viel bewunderte Weltausstellung in Augenschein zu nehmen. Bei dem Empfang im Schlosse St. Cloud, am 28. Oktober, ließ Napoleon III. einige Bemerkungen fallen, die seine Bereitwilligkeit zu einem raschen Friedensschluß mit Rußland außer Zweifel setzten. Mit besonderer Anerkennung sprach sich der Kaiser über die Thätigkeit des sächsischen Ge-

sandten, Herrn von Seebach, aus, der durch seine frühere diplomatische Beschäftigung in St. Petersburg und als Schwiegersohn des russischen Reichskanzlers, Grafen Nesselrode, über eine Kenntniß der inneren und äußeren Zustände des nordischen Reiches verfügte, wie sie in so hohem Maße kaum einer der französischen Staatsmänner besaß. Aus dem Zwiegespräch mit dem Kaiser erwuchs der Gedanke der Entsendung Seebachs nach Petersburg, die natürlich nur den Zweck haben konnte, die Annäherung der Kabinette von Rußland und Frankreich in die Wege zu leiten.

Die Anwesenheit des Herrn von Seebach am russischen Hofe, die von Ende Dezember 1855 bis zum 7. Januar 1856 dauerte, trug wesentlich dazu bei, die persönliche Spannung zwischen den Herrschern Frankreichs und Rußlands, die durch die Haltung des Kaisers Nikolaus gegenüber dem Staatsstreich und der Aufrichtung des Kaiserreichs hervorgerufen war, auszugleichen. Beust hat daher nicht so unrecht, wenn er die Behauptung aufstellt, „daß das kleine Dresden einen nicht geringen Theil des Verdienstes an den vereinbarten Friedenspräliminarien beanspruchen durfte.“*)

Die Nachricht von der Annahme der Friedensbedingungen seitens des Kabinets von St. Petersburg, die am 17. Januar 1856 in Dresden bekannt wurde, gehörte zu den erfreulichsten Ereignissen während der bisherigen Regierung des Königs Johann. Was die Politik des Freiherrn von Beust darüber hinaus erstrebte, die Vertretung des Bundes bei den in Aussicht stehenden Konferenzen in Paris, bildete mehr den Inbegriff der Wünsche des Ministers als der seines Souveräns und erwies sich als

*) Aus drei Vierteljahrhunderten I, S. 202.

unausführbar, da die Betheiligung des Bundes bei sämmtlichen Kongreßmächten auf Widerspruch stieß.

Mochte auch die diplomatische Behandlung der orientalischen Frage, soweit der Bundestag dabei betheiligt war, zu manchen Meinungsverschiedenheiten zwischen Oesterreich und Sachsen Anlaß gegeben haben, so zeigte es sich doch alsbald, daß diese Differenzen dem freundschaftlichen Verhältniß der Höfe keinen Abbruch gethan hatten. Ein Familienfest der habsburgischen Dynastie, die silberne Hochzeit des Kaisers Ferdinand I. und seiner Gemahlin Marie Anna, Tochter Viktor Emanuels I. von Sardinien, wurde unter lebhafter Betheiligung des sächsischen Königshauses gefeiert. Als der Kronprinz am 27. Februar, morgens 5 Uhr in dem für ihn bestimmten Absteigequartier in Prag, dem erzbischöflichen Palast, eintraf, wurde er trotz der frühen Tagesstunde von seinem kaiserlichen Vetter mit gewohnter Herzlichkeit empfangen. Ebenso freundschaftlich gestaltete sich am 28. Februar die Begrüßung des Königs Johann durch den Kaiser auf dem Bahnhof in Bubeneč, bei der auch der Kronprinz zugegen war. Eine besondere Aufmerksamkeit bewies die böhmische Ritterschaft den sächsischen Fürsten, indem sie bei einem von ihr veranstalteten Ständefest ein lebendes Bild aus der Legende der heiligen Elisabeth, Landgräfin von Thüringen, zur Darstellung brachte.

Der Verkehr mit dem preußischen Herrscherhause hatte infolge der Zeitereignisse wieder ganz den vertraulichen Charakter angenommen, der uns früher so oft entgegengetreten ist. Ein Besuch, den Friedrich Wilhelm IV. und Königin Elisabeth in den Tagen vom 26. bis 29. April abstatteten, galt hauptsächlich der Prinzessin Amalie, die wegen eines schweren Augenleidens sich seit dem Oktober 1855 einer ärztlichen Behandlung in

Leipzig hatte unterziehen müssen und erst am 13. März, nach glücklich überstandener Operation durch Professor Coccius, in unveränderter Geistesfrische in den Kreis der Familie zurückgekehrt war. Da gerade die Zeit der Baumblüthe war, wurden gemeinsame Fahrten in den Zschoner Grund und das Briesnitz-Thal unternommen, bei denen Friedrich Wilhelm voll übersprudelnder Heiterkeit mit seinem königlichen Schwager noch einmal in den Erinnerungen gemeinsam durchlebter Jugendzeit schwelgte. Niemand ahnte damals, daß die reich angelegte Natur des preußischen Herrschers so bald der geistigen Umnachtung anheimfallen sollte.

Auf eine Einladung des Königs begab sich der Kronprinz am 24. Juni mit seiner Gemahlin nach Sanssouci. Leopold von Gerlach berichtet von einer Unterredung mit dem sächsischen Thronfolger, zu welcher die vielfachen Fürstenbesuche bei Napoleon III. den Stoff lieferten. „Von uns werden Sie so etwas nicht hören", antwortete der Kronprinz auf die Herzensergießungen des Generals, dessen Wohlgefallen er einst schon durch seinen schlagfertigen Bescheid über strategische Fragen des Befreiungskrieges erworben hatte.*) Friedrich Wilhelm IV. liebte es, an heißen Sommertagen in den schattigen Anlagen der Pfaueninsel eine auserlesene Gesellschaft von Einheimischen und Fremden um sich zu versammeln, und auch für das kronprinzliche Paar bildete die Dampferfahrt nach jenem romantisch gelegenen Eiland inmitten des Havel-Sees den Höhepunkt seines Aufenthaltes in Potsdam. Ein Theeabend in dem nach Plänen des Königs von Schinkel in römischem Stil erbauten Landhaus Charlottenhof erhielt besonderen Reiz durch

*) v. Gerlach, Denkwürdigkeiten, II. S. 439. — Vergl. auch Theil I. S. 104.

eine Gesangaufführung des Berliner Domchors. Die bemerkenswertheste Persönlichkeit, mit der Prinz Albert damals in Berührung kam, war Fürst Alexei Orlow, der auf dem Pariser Kongreß Rußland vertreten hatte.

Für den Sommer hatte Prinz Albert unter dem Inkognito eines Grafen von Plauen eine Reise nach der Schweiz geplant, auf welcher seine Gemahlin ihn bis Lindau begleitete, um in dem am Bodensee gelegenen Bade Schachen in der zu diesem Zwecke gemietheten Villa Steiger mit ihrem Hofstaat, dem Hofmarschall Major von Zezschwitz, der Hofmeisterin von Werthern und der Hofdame Gräfin Schall-Riaucour von Mitte Juli bis Mitte September Aufenthalt zu nehmen. Es entwickelte sich ein anregender Verkehr mit der Villa Amsee, wo die Gemahlin des Prinzen Luitpold, jetzigen Prinz-Regenten von Bayern, verweilte, und mit Friedrichshafen, der Sommerresidenz des württembergischen Königshauses.

Freudige Ereignisse in der Familie riefen den Kronprinzen in die Heimath zurück. Bereits am 22. Juli war die Verlobung seiner Schwester Margarethe mit dem Erzherzog Karl Ludwig von Oesterreich, Bruder des Kaisers, vollzogen worden und am 15. August wurde das Verlöbniß der Prinzessin Anna mit dem Erbgroßherzog Ferdinand von Toskana veröffentlicht. Alle Kreise der Bevölkerung nahmen an dem Glück des Fürstenhauses den lebhaftesten Antheil. Als König Johann Ende August auf einer Inspektionsreise durch die Lausitz, wie es seine Gewohnheit war, die gewerblichen Etablissements in den verschiedenen Ortschaften besichtigte, wurden ihm von den Webereien in Oppach mit einem launigen Gedicht einige Musterstücke sächsischer Leinewand zur Aussteuer für seine Töchter überreicht. Die Königin-Wittwe Marie gab der Freude darüber Ausdruck, daß ihre Nichte

Margarethe, deren Bräutigam Statthalter von Tirol und Vorarlberg war, fortan einem Lande angehören sollte, das in Glück und Leid so vielfach mit den Erinnerungen an Friedrich August verbunden war. „Wie würde sich mein theuerer König gefreut haben, seine Margarethe in seinem lieben Tirol zu wissen,“ schrieb sie an den Geistlichen der Votivkirche in Brennbichl.*)

Nachdem der Kronprinz in den Tagen vom 26. bis 29. Oktober als Gast des Herzogs Wilhelm von Braunschweig zum ersten Male in Schloß Sibyllenort, das dereinst in seinen Besitz übergehen sollte, den Vergnügungen der Jagd obgelegen hatte, bezog er am 30. Oktober die für ihn und seine Gemahlin hergerichteten Räume im Mittelbau des Prinzenpalais, die lange Jahre hindurch die Winterresidenz des kronprinzlichen Paares geblieben sind. In den nächsten Wochen folgten die Hochzeitsfeierlichkeiten. Zuerst vermählte sich am 4. November Prinzeß Margaretha und verließ am 10. Dresden, um fortan mit ihrem Gemahl in Innsbruck zu residiren, und am 24. November stand Prinzessin Anna mit dem Erbgroßherzog vor dem Altar.

Unter dem 2. Januar 1857 erging eine Königliche Kabinets-Ordre an den Prinzen Albert, durch welche der im Ministerium des Innern ausgearbeitete Entwurf einer neuen Gewerbeordnung dem Staatsrath zur Prüfung sowohl der leitenden Grundsätze, die bei diesem tief eingreifenden Reformgesetz in Betracht zu ziehen waren, als der einzelnen Bestimmungen überwiesen wurde. Schon seit dem Jahre 1848 war das Verlangen nach Aufhebung des Zunftszwanges und prinzipieller Anerkennung der Gewerbefreiheit zu einem Stichwort der öffentlichen Meinung geworden, aber selbst die extreme Richtung der Ständekammern hatte eine

*) Das Schreiben, Wachwitz, 14. August 1856, ist abgedruckt in der Leipziger Zeitung, S. 4773.

gewisse Scheu davor empfunden, die bestehenden Gerechtsamen der Innungen, welche die Grundlage für die gesicherte Existenz der großen Mehrheit unter den Berufsklassen des gewerbthätigen Landes bildeten, durch einen übereilten und unvermittelten Schritt der Gesetzgebung zu beseitigen.

Das Bedürfniß einer Neuordnung der vorliegenden Fragen war von der Regierung keinen Augenblick außer Acht gelassen worden. Unabweisbar lag die Thatsache vor, daß die Entwickelung des Fabrikwesens in Sachsen zu einem Zustande geführt hatte, der das strenge Festhalten an der Innungsverfassung unmöglich machte. Es gab eine beträchtliche Anzahl von Gewerben, die aus Gründen der billigeren Produktion längst zum fabrikmäßigen Betriebe übergegangen waren. Außerdem hatte sich bei dem raschen Emporblühen der maschinellen Industrie in immer größerem Umfange die Annahme unzünftiger Arbeiter und Arbeiterinnen eingebürgert. Die durch das große Kapital gestützten Unternehmungen der Fabriken bedrohten den kleinen Handwerker, der sich auf die theuerere Arbeitskraft zünftiger Gesellen angewiesen sah, mit einer gefährlichen Konkurrenz.*)

Rechtfertigte schon die Mannigfaltigkeit der sich durchkreuzenden Interessen, die bei dem Erlaß einer neuen Gewerbeordnung zu berücksichtigen waren, die von dem König angeordnete Vorberathung im Staatsrath, so war dabei ohne Zweifel noch der weitere Umstand maßgebend, daß dem künftigen Erben der Krone Gelegenheit geboten werden sollte, diese so vielfach mit dem materiellen Wohlstand des Landes verknüpfte Frage von Grund aus kennen zu lernen. Der Kronprinz bildete zunächst durch Verfügung vom 8. Februar 1857 eine besondere Abtheilung des

*) Vergl. R. v. Friesen, Erinnerungen &c. I, S. 397 ff.

Staatsraths, welche die Berichterstattung über den Gesetzentwurf zu übernehmen hatte. Die dazu auserwählten Mitglieder der Kommission waren die ehemaligen Staatsminister Julius Traugott Jakob v. Könneritz, v. Wietersheim und Georgi, der Geheimrath und Ministerialdirektor im Departement des Innern Kohlschütter, der Oberberghauptmann Freiherr v. Beust und der Landesälteste der Lausitz, v. Thielau. Die Kommission trat am 16. März zusammen und unterzog in 18 Sitzungen, denen der Kronprinz beiwohnte, den Gegenstand zunächst einer mündlichen Erörterung. Nach Beendigung derselben wurde das sehr ausführliche, mehr als 100 Seiten umfassende Referat, welches die Minister Könneritz und Wietersheim erstatteten, ausgearbeitet und am 14. Mai dem Präsidenten des Staatsraths überreicht. Das Gutachten der Kommission beschäftigte sich besonders eingehend mit der sozialpolitischen Seite der Frage, indem es den allmählichen Uebergang zur Gewerbefreiheit als wünschenswerth bezeichnete, zugleich aber sich für die Beibehaltung der Zunftverfassung innerhalb gewisser Grenzen aussprach. Den Hauptgesichtspunkt dabei bildete die Erhaltung eines unabhängigen gewerblichen Mittelstandes, auf dessen politische Bedeutung, namentlich auch für das städtische Gemeinwesen, die Kommission großes Gewicht legte. Im Uebrigen stellte dieselbe in manchen Einzelnbestimmungen der Regierungsvorlage ihre abweichenden Ansichten gegenüber. Es ließ sich vorhersehen, daß dies auch von anderer Seite geschehen werde, denn das Ministerium hatte den Entwurf nicht nur den Verwaltungsbehörden und den Magistraten der größeren Städte mitgetheilt, sondern ihn auch der Oeffentlichkeit übergeben, da die freie Meinungsaussprache der bei der Sache betheiligten Kreise nur erwünscht sein konnte. Aus diesem Grunde erschien es zweckmäßig, die Plenarversammlung des Staatsraths einstweilen

zu vertagen, bis die Rückäußerungen aus dem Lande vorliegen würden.

Während diese Theilnahme des Kronprinzen an der Gesetzgebung sich in der Stille vollzog, wurde die Aufmerksamkeit des großen Publikums in hohem Maße in Anspruch genommen durch die Anwesenheit des Prinzen Napoleon, der im Auftrage seines Vetters, des Kaisers der Franzosen, verschiedene deutsche Höfe bereiste und am 14. Mai von Berlin in Dresden eintraf. Da der König mit seiner Familie bereits nach Pillnitz übergesiedelt war, wo gleichzeitig auch die Königin Elisabeth von Preußen verweilte, fiel die Führung des fremden Fürsten dem Kronprinzen zu. Außer den Sammlungen, denen er besonderes Interesse widmete, besichtigte Prinz Napoleon die Schlachtfelder um Dresden und Bautzen. Die älteren Zeitgenossen, welche die Napoleonische Zeit mit erlebt hatten, wurden durch die äußere Erscheinung des Prinzen lebhaft an seinen großen Oheim erinnert. Der Empfang, den der Hof dem Vertreter des Hauses Bonaparte bereitete, ließ trotz aller Gastfreundschaft eine gewisse Zurückhaltung durchblicken, weil sein Besuch an den deutschen Fürstenhöfen nicht ohne Grund mit Heirathsplänen in Verbindung gebracht wurde.

Der Wunsch, seine drei im Auslande verheiratheten Töchter wiederzusehen, veranlaßte den König am 19. Mai in Gemeinschaft mit seiner Gemahlin und den Prinzessinnen Sidonie und Sophie eine längere Reise zu unternehmen, die ihn zunächst nach Stresa am Lago maggiore, dem Aufenthalt der verwittweten Herzogin von Genua, führte. Von dort wurde ein Besuch bei dem König von Sardinien abgestattet, den Viktor Emanuel am 30. Mai in Stresa erwiderte. Am 8. Juni begab die Königliche Familie sich über Genua und Livorno nach Florenz zu der

Erbgroßherzogin Anna von Toskana. Auf der Rückreise wurden Pisa, Stresa und der Comersee berührt. Das nächste Ziel war Innsbruck, das die Reisenden nach einem Besuch der Unglücksstätte in Brennbichl am 24. Juni erreichten. Von Schloß Ambras aus, wo Erzherzog Karl Ludwig und seine Gemahlin ihre Sommerresidenz aufgeschlagen hatten, wurden weite Streifzüge durch die Felsenthäler des Hochgebirges unternommen. Allenthalben von den sympathischen Kundgebungen und den heimathlichen Gesängen der tiroler Bevölkerung begrüßt, durften die Eltern sich der Hoffnung hingeben, daß das Lebensglück ihrer Tochter Margarethe fest begründet sei.

Der Kronprinz hatte vom 4. bis 16. Juni mit seiner Gemahlin auf den Besitzungen derselben in Moravec verweilt, dann trat für ihn eine Zeit ein, in der er sich ganz seinen militärischen Beschäftigungen widmen mußte.

Auf den 18. Juni 1857 fiel der hundertjährige Gedenktag der Schacht von Kolin, zu deren Entscheidung die mit den Oesterreichern verbündete sächsische Armee, namentlich das Chevauxlegers-Regiment Prinz Karl, rühmlichst beigetragen hatte. Aus diesem Truppentheil war das erste sächsische Reiterregiment hervorgegangen, das seine Namensbezeichnung nach dem so früh verstorbenen zweiten Sohn des Königs, Prinzen Ernst, führte. Bei der Feier, die das Regiment in Gegenwart des Kronprinzen und des Prinzen Georg in Freiberg veranstaltete, wurde den Truppen die Ernennung des Kronprinzen zum Chef des Regiments, das zugleich den Namen desselben erhielt, angekündigt. Für den Herbst waren Manöver des vereinigten Armeecorps unter der obersten Führung des Kronprinzen in Aussicht genommen. Die Vorbereitungen dazu begannen bereits Ende Juni mit den Kantonne-

mentsübungen der Rekrutenabtheilungen, die Prinz Albert in den einzelnen Bezirken besichtigte.

Als die Königliche Familie in freudigster Stimmung über die in Italien und Tirol empfangenen Eindrücke am 13. Juli abends nach Pillnitz zurückkehrte, wurde sie von dem preußischen Königspaar empfangen, das wenige Stunden vorher dort eingetroffen war. Friedrich Wilhelm IV. hatte nach einer Kur in Marienbad eine Zusammenkunft mit dem Kaiser Franz Joseph in Wien gehabt und gedachte bei seinen sächsischen Verwandten einige Tage in Ruhe zu verweilen. Am Morgen des 14. jedoch wurde der König von einer Schlagberührung getroffen, die zeitweise eine Behinderung des Sprachvermögens zur Folge hatte. Der aus Berlin herbeigerufene Leibarzt, Professor Schoenlein, bezeichnete den Anfall als das Wetterleuchten, welches dem Einschlagen des Blitzes vorangeht.*) Scheinbar wiederhergestellt, konnte Friedrich Wilhelm Pillnitz am 17. Juli verlassen, aber nur noch einmal sollte König Johann seinen Schwager in leiblicher Gesundheit wiedersehen. Das geschah am 8. September auf dem Petersberge bei Halle bei der Einweihung der Kapelle, die der kunstliebende preußische Monarch auf den Trümmern des im 12. Jahrhundert von den Markgrafen des Wettinschen Fürstengeschlechts begründeten Klosters hatte erbauen lassen.

Unmittelbar darauf begannen die großen Uebungen des sächsischen Armeekorps in der Nähe von Dresden. Die Gesammtheit der Streitkräfte, die schließlich in zwei Abtheilungen gegen einander operiren sollten, umfaßte 20 Bataillone, zu je 600 Mann, ebenso viel Schwadronen, 8 Batterien mit 32 Geschützen, 1 Pionier-

*) Leopold v. Gerlach, a. a. O. III, S. 518.

und Pontonierabtheilung mit dem Brückentrain und 2 Sanitäts-Detachements.

Jene Septembertage bildeten einen Glanzpunkt in dem gesellschaftlichen Leben der sächsischen Residenz während der fünfziger Jahre. Eine große Anzahl fremder Fürstlichkeiten, der Kurfürst von Hessen, der Großherzog von Sachsen, die Herzöge von Nassau und Altenburg, Prinz Albrecht von Preußen, der Erbprinz von Meiningen, der Prinz beider Sicilien, Graf von Trapani, der Erbprinz Bernhard von Weimar und Prinz Leopold von Hohenzollern wohnten dieser ersten größeren Truppenführung des Kronprinzen bei. Dagegen hatte Prinz Wilhelm von Preußen die an ihn ergangene Einladung ablehnen müssen — da er von dem König, seinem Bruder, mit der Mission beauftragt worden war, Napoleon III., der damals mit dem Zaren in Stuttgart zusammentraf, an der deutschen Grenze zu begrüßen. „So interessant mir diese Sendung auch ist", schrieb der Prinz dem König Johann am 24. September, „so beraubt sie mich eines anderen interessanten Schauspiels, das ich vor Allem gerne gesehen hätte, nämlich den Ausbildungsgrad Deiner Armee kennen zu lernen, die wer weiß nach welcher Front dereinst gebraucht werden wird."*)

Dem Kronprinzen wurde die besondere Freude zu Theil, daß am 29. September Kaiser Franz Joseph, der auf der Reise nach Weimar zu einer Entrevue mit Alexander II. begriffen war, eintraf, um am nächsten Tage dem Korpsmanöver beizuwohnen. Die Idee desselben beruhte darauf, daß ein von Böhmen gegen Dresden heranrückendes Südkorps von einem Nordkorps, dem die Vertheidigung der Stadt obliegt, in seinem Vormarsch auf-

*) Vergl. v. Schimpff, a. a. O. S. 89

gehalten wird. Am 29. September stießen die beiden feindlichen Abtheilungen bei Dippoldiswalde aufeinander. Für den 30. verfolgte das Südkorps unter Generalmajor v. Friederici den Plan, sich in den Besitz der Defileen von Plauen zu setzen. Das Nordkorps unter Generalmajor v. Treitschke sucht die Bewegung des gegen die Weißeritz vorgerückten Feindes durch einen Angriff auf denselben zu verhindern. Obwohl ein starker Nebel die Uebersichtlichkeit des Terrains erschwerte, gelang es dem Führer des Südkorps, gegen die vordringende Reiterei des Nordkorps, die seine linke Flanke bedrohte, auf dem Terrain zwischen Burgstädtel, Gorbitz und Gompitz Stellung zu nehmen, woraus sich ein sehr lebhaftes Kavalleriegefecht entwickelte. Das gleichzeitige Vorgehen der Infanterie des Korps von Treitschke auf der Kesselsdorfer Straße zwang das Südkorps zum Rückzuge auf das Plateau vor Pennrich. Nachdem das Nordkorps einen Sturm mit gefälltem Bajonett auf das Dorf Pennrich unternommen hatte, befahl der Kronprinz den Abbruch des Kampfes, worauf der König mit dem Kaiser Franz Joseph an den Fronten der Truppen entlang ritt, die sich zwischen Pennrich und Kesselsdorf zu einer Paradestellung formirt hatten. Am Abend besuchte der Kronprinz an der Seite seines kaiserlichen Freundes die um die Wachtfeuer gelagerten Mannschaften in der Nähe von Dresden.*)

Nach der Abreise des Kaisers am 1. Oktober morgens 4 Uhr hatte das Manöver seinen Fortgang. Das Südkorps, das sich in der Nacht in den theilweisen Besitz von Plauen gesetzt hat, nimmt die Offensive gegen Dresden wieder auf. Das Nordkorps erhält daher den Befehl, noch vor Tagesanbruch das Plateau von Pennrich zu verlassen und den Rückzug über Merbitz,

*) Nach den amtlichen Berichten der Leipziger Zeitung, S. 4980 ff.

Stetzsch und Gohlis anzutreten, um vermittelst einer Schiffbrücke, für deren Herstellung der Kommandant von Dresden Sorge tragen wird, auf das rechte Elb-Ufer überzugehen. Als das Südkorps, das auf der Straße von Dippoldiswalde bis zu den Höhen von Nöthnitz und auf der von Pirna bis zur Müglitz vorgerückt war, die Absicht des Gegners merkte, folgte es demselben und suchte dem Nordkorps in der Richtung auf Reunersdorf die Rückzugslinie abzuschneiden. Unterstützt durch den hohen Elbdamm, der neben den Dörfern Stetzsch und Gohlis als Brückenkopf diente, vermochte das Nordkorps den Flußübergang zu bewerkstelligen und sich der Verfolgung zu entziehen. Am Schlusse des Manövers nahm die Division Treitschke auf dem rechten, die Division Friederici auf dem linken Elb-Ufer Stellung; der König beauftragte den Kronprinzen, in einem Tagesbefehl den Truppen seine Zufriedenheit auszusprechen, während der Prinz selbst am 15. Oktober zum General der Infanterie befördert wurde.

Ein Ball im Schlosse hatte am Abend des 1. Oktober die Festlichkeiten zu Ehren der anwesenden Fürsten beendet; doch mußte Prinz Albert bereits am Morgen des 2. nach Leipzig aufbrechen zum Empfange des russischen Kaisers, der von Weimar aus in Begleitung des Großherzogs Karl Alexander zum Besuch des sächsischen Hofes auf einige Stunden nach Dresden kam. Am 3. Oktober befand der Kronprinz sich wieder auf dem Paradeplatz, diesmal bei dem 1. Garde-Regiment in Potsdam. Es galt der Feier des Tages, an welchem vor 50 Jahren Friedrich Wilhelm IV. in schwerer Zeit in die preußische Armee eingetreten war. Prinz Albert war Zeuge einer schwungvollen Rede, in welcher Friedrich Wilhelm die Thaten seines Lieblings-Regiments feierte. Es waren die letzten Worte, die der König

an die Truppen richtete: wenige Tage später erlitt er einen Nervenschlag, der ihn zwang, die Regierungsgeschäfte seinem Bruder, dem Prinzen Wilhelm von Preußen, zu überlassen.

Nach der angestrengten Thätigkeit der letzten Monate gedachte der Kronprinz als Gast des Kaisers Franz Joseph sich an den Herbstjagden im Salzkammergut zu erfrischen. Kaum aber war er am 7. Oktober in Ischl angelangt, als er aus dem Elternhause die Trauerkunde von dem Dahinscheiden seiner Schwester Marie erhielt. Mit sanftmüthiger Geduld hatte die Prinzessin, das älteste Kind aus der Ehe des Königs Johann und der Königin Amalie, ihre langjährigen Leiden ertragen, deren Ursprung bis in die früheste Jugendzeit zurückreichte: am 8. Oktober morgens gegen 4 Uhr erlag sie einem heftigen Krampfanfall. Die Eltern, die aus Weesenstein herbeigerufen werden mußten, trafen erst ein, als der Tod bereits erfolgt war. Der Kronprinz kehrte am 10. zurück und geleitete am Abend desselben Tages zur Seite seines Vaters die sterblichen Ueberreste der Schwester in die Familiengruft. Wenige Tage später, am 22. Oktober, nahm die jüngste Tochter des Königspaares, Prinzessin Sophie, umgeben von ihren Angehörigen, in der Kapelle des Prinzenpalais zum ersten Male an der Spendung des Abendmahls theil.

Die letzten Wochen des Jahres 1857 vergingen unter den Arbeiten des Landtages, der am 16. November eröffnet wurde. Die Einführung der von der vorigen Ständeversammlung beschlossenen Organisationsgesetze auf dem Gebiete der Justiz und Verwaltung war in allen Theilen beendet. Die Vorarbeiten für eine neue Kodifikation des bürgerlichen Gesetzbuches waren im Fortschreiten begriffen: mehrere Nachbarstaaten, namentlich die sächsischen Herzogthümer, Anhalt und die schwarzburgischen Lande,

hatten den Wunsch ausgesprochen, sich an den Berathungen des zu diesem Zwecke im Jahre 1856 niedergesetzten Revisionsausschusses betheiligen zu dürfen.*) Zur Erleichterung des Rechtsverkehrs dienten die Entwürfe einer Advokaten- und Notariatsordnung, die den Kammern vorgelegt wurden. Das Budget für die Jahre 1858 bis 1860, das in den Staatseinnahmen, nach dem heutigen Münzfuß berechnet, mit etwas über 28 Millionen Mark abschloß, gewährte ein erfreuliches Bild von dem Stand der sächsischen Finanzen; die Regierung durfte eine nicht unerhebliche Ermäßigung der Gewerbe-, Personal- und Grundsteuer vorschlagen. Für die Verbesserung der Staatsgebäude, die den Gegenstand unablässiger Sorgfalt des Königs Johann bildete, konnten namhafte Summen ausgeworfen werden. Es sei hier nur darauf hingewiesen, daß die Stände während der damaligen Session die Verlegung der Porzellanmanufaktur aus der Albrechtsburg in das Triebisch-Thal bei Meißen genehmigten und dadurch die Wiederherstellung jenes alten Stammsitzes der Wettiner für die Zukunft ermöglichten.

Nach dem schmerzlichen Verlust, den das Königshaus erlitten, verlief das Weihnachtsfest stiller als gewöhnlich; doch veranstaltete die Königin Amalie mit den jüngeren Prinzessinnen Sidonie und Sophie nach alter Gewohnheit auch in diesem Jahre im Schlosse eine Bescheerung für arme Kinder aus der Stadt. Das Frühjahr 1858 ließ dem Familienkreise des Königs neue Freuden erblühen. Prinz Georg, der am 3. März das Patent als Oberst der Reiterei erhalten hatte, begab sich am 19. auf die Brautfahrt nach Lissabon, und am 18. April meldete der Telegraph seine Verlobung mit der Tochter des Königs

*) Vergl. Flathe, Geschichte von Sachsen III, S. 713 ff.

von Portugal, der Infantin Donna Maria Anna, Herzogin zu Sachsen.*)

Die Kronprinzessin Carola hatte sich im März auf einige Zeit nach Düsseldorf begeben, wo damals als Kommandeur der 14. Division Fürst Karl Anton von Hohenzollern-Sigmaringen, Hof hielt, der mit einer Schwester der verstorbenen Prinzessin von Wasa, Josephine von Baden, vermählt war. Aus diesen verwandtschaftlichen Verhältnissen hatten sich sehr intime Beziehungen zwischen dem kronprinzlichen Paar und den zahlreichen Mitgliedern des fürstlichen Hauses von Hohenzollern entwickelt, die bis auf den heutigen Tag fortdauern. Auch Prinz Albert verweilte in der letzten Woche des Monats März am Rhein, den er seit seinem Studienjahre nicht wiedergesehen hatte. Dann kam der 23. April, an welchem der Prinz sein dreißigstes Lebensjahr vollendete; der Tag wurde durch ein Mittagsmahl bei dem König und eine musikalische Abendunterhaltung im kronprinzlichen Palais gefeiert. Das Pfingstfest verlebte der Hof in diesem Jahre auf dem stillen Landgute Jahnishausen, wo am 29. Mai nach der Rückkehr aus Portugal auch Prinz Georg eintraf. Am 15. Juni unternahm der Kronprinz eine Badereise nach Helgoland, während seine Gemahlin längere Zeit in Kissingen verweilte. Man befand sich mitten in den Vorbereitungen für eine Bundesinspektion des IX. Korps, die für Ende September anberaumt war, als das Albertinische Haus abermals von einem erschütternden Schlage getroffen wurde.

Noch vor wenigen Wochen hatten die Eltern die Freude gehabt, ihre Tochter Margarethe bei sich zu sehen. Die zweitjüngste Schwester des Prinzen Albert stand in ihrem neunzehnten

*) Geboren am 21. Juli 1843.

Lebensjahre: anmuthige Jugendschönheit, heiteres Temperament und geistige Empfänglichkeit machten sie zu einer fesselnden Erscheinung. In der Begleitung ihres Gemahls hatte die Erzherzogin sich im August von Pillnitz aus in die Nähe des Comersees nach der Villa Reale bei Monza begeben, um die Schönheiten der Natur zu genießen. Dort erkrankte sie am 14. September an einem typhösen Fieber. Obwohl der telegraphische Bericht zunächst keinen Anlaß zu ernsten Besorgnissen gab, entsandte der König am 15. abends seinen bewährten Leibarzt, Friedrich August v. Ammon. Schon am Morgen des 16. aber traf die Nachricht von dem kurz vor Mitternacht erfolgten Tode der Erzherzogin ein. Der Professor der Anatomie in Innsbruck, Dantscher, dem vor vier Jahren die Sektion des Königs Friedrich August II. anvertraut worden war, übernahm die Einbalsamirung der sterblichen Hülle, die dann nach Wien übergeführt wurde und am 23. September in dem Grabgewölbe der Kapuziner die letzte Ruhestätte fand. Wie sehr es der sächsischen Prinzessin gelungen war, sich die Liebe der Bevölkerung ihres neuen Heimathlandes zu erwerben, dafür lieferte einen erhebenden Beweis die von dem Gemeinderath der Hauptstadt Tirols an den Erzherzog Karl Ludwig gerichtete Bitte, das Herz seiner Gemahlin an geweihter Stätte, in der Hofkirche zu Innsbruck, die mit dem Denkmal Andreas Hofers geschmückt ist, niederlegen zu lassen. Nachdem die Genehmigung dieses pietätvollen Wunsches erfolgt war, wurde die feierliche Handlung am 5. Oktober vollzogen.*)

Der Kronprinz wartete noch die Ankunft seines tief gebeugten Schwagers Karl Ludwig ab, dann reiste er am 8. Oktober über

*) Bericht der Oesterreichischen Zeitung aus Innsbruck, abgedruckt in der Leipziger Zeitung vom 12. Oktober, S. 5151.

Wien und Bruck nach Ischl zu dem im vorigen Jahre geplanten, aus so trauriger Veranlassung unterbrochenen Besuch bei dem österreichischen Kaiserpaare. Daran schloß sich am 15. November die Einweihung des Denkmals für den Feldmarschall Grafen Radetzky in Prag, bei der König Johann, der Kronprinz und dessen Gemahlin zugegen waren.

Die Vorarbeiten für die Novelle der Gewerbeordnung waren inzwischen so weit gediehen, daß das Plenum des Staatsraths zur Berathung des Abtheilungsberichtes vom Mai 1857 schreiten konnte. Schon der Umstand, daß der Staatsrath bei dieser Gelegenheit seine erste Sitzung abhielt, verlieh der Versammlung, die sich unter dem Vorsitz des Kronprinzen am 22. November vormittags im Palais am Taschenberge vereinigte, eine besondere Feierlichkeit. Außer den schon früher genannten Mitgliedern der Kommission für das Gewerbegesetz gehörten zu dem Staatsrath Prinz Georg und die aktiven Staatsminister: Freiherr v. Beust für die Departements des Aeußeren und Inneren, der Kriegsminister v. Rabenhorst, der Kultusminister v. Falkenstein, der Finanzminister v. Behr, der einstweilen auch das durch den Tod des Justizministers v. Zschinsky am 28. Oktober 1858 erledigte Ressort der Justiz vertrat,*) und der ehemalige Staatsminister und Minister des Königlichen Hauses, v. Zeschau. Der Stand der höheren Beamten und Juristen war durch den Geheimrath v. Broizem, den Kreisdirektor v. Könneritz, den früheren Erzieher des Prinzen Albert, Präsidenten v. Langenn, und den Professor des Pandektenrechts an der Universität Leipzig, Geheimen Rath v. Waechter, vertreten. Auf besonderen Befehl des Königs wurde

*) Das Finanzministerium wurde bald darauf dem ehemaligen Staatsminister v. Friesen übertragen, der jedoch sein neues Amt erst am 1. Januar 1859 antrat.

außerdem der Referent im Ministerium des Innern, Geheimer Rath Weinlig, der sich durch Abfassung des Entwurfs der Gewerbeordnung großes Verdienst um diesen Theil der Gesetzgebung erworben hat, zu den Berathungen hinzugezogen.

Der Kronprinz eröffnete die Verhandlungen mit einer Ansprache, welche nach dem vorliegenden stenographischen Bericht lautete:

„Meine Herren! Indem ich Sie als Mitglieder des neu konstituirten Staatsraths herzlich willkommen heiße, spreche ich Ihnen meine hohe Freude darüber aus, mich von so gelehrten, gewiegten und erfahrenen Männern umgeben zu sehen. Nicht bergen dabei kann ich Ihnen aber eine gewisse Beschämung, daß es mir, einem der jüngsten und unerfahrensten unter Ihnen, vorbehalten ist, Ihre Berathungen zu leiten. Indem ich also um Ihre Nachsicht bitte, wenn ich aus Unerfahrenheit fehlen sollte, ersuche ich Sie Alle herzlich um Ihre Unterstützung in meiner schweren Aufgabe.“ *)

Der Kronprinz nahm dann Bezug auf den früher erstatteten Abtheilungsbericht und eröffnete sofort die Diskussion über denselben.

Da es in dem hohen Kollegium nicht an Meinungsverschiedenheiten fehlte, so war die Aufgabe des Präsidiums in der That keine ganz leichte, namentlich was die Behandlung der zu Protokoll gegebenen Separatvoten und die Fragestellung bei der Abstimmung über die einzelnen Kapitel des Gesetzes betraf. Es regten sich Stimmen, welche die Zweckmäßigkeit einer besonderen Gewerbeordnung für Sachsen in Zweifel zogen und den Gegen-

*) Vergl. die Druckschrift: Berathung des Staatsraths über den Entwurf einer Gewerbeordnung und eines dazu gehörigen Entschädigungsgesetzes. Dresden, B. G. Teubner. S. 1.



stand der Bundesgesetzgebung überlassen wollten. Von streng-konservativer Seite wurde die Aufrechterhaltung des Innungswesens, wenn auch vorbehaltlich einer Reform desselben, beantragt. Im Laufe der Verhandlungen aber näherten sich die Gegensätze, und es gewann die Ansicht die Oberhand, daß sowohl vom Standpunkt der Theorie als von dem der Erfahrung die größten Fortschritte des Gewerbes in technischer und ökonomischer Hinsicht gerade in denjenigen Ländern zu konstatiren seien, in denen die Gewerbefreiheit Gültigkeit erlangt hatte, was damals freilich noch in keinem deutschen Staate der Fall war. Das Hauptergebniß der Berathung, die in sechs Plenarsitzungen erledigt wurde, dürfte darin zu finden sein, daß die Schranken, welche der ursprüngliche Gesetzentwurf der Gewerbefreiheit gezogen hatte, in wesentlichen Punkten erweitert wurden. Die zahlreichen Aenderungsvorschläge, welche die so eng mit dem Namen des Kronprinzen verknüpfte Vorlage erfuhr, gaben Anlaß zur Ausarbeitung eines anderweiten Entwurfes, der sich rückhaltlos zu dem Grundsatz der Gewerbefreiheit bekannte.

Der Freiherr v. Beust hat in seinen Denkwürdigkeiten den Zeitraum von 1856 bis 1858 als die politisch sorgenfreien Jahre bezeichnet,*) obwohl es auch in der Zeit unmittelbar nach dem Pariser Frieden in dem europäischen Staatenleben nicht an den Vorboten künftiger politischer Verwickelungen fehlte. Gerade innerhalb der Machtsphäre Deutschlands regten sich die ersten Keime neuer Zerwürfnisse, die in den folgenden Jahren eine große Bedeutung für die Gestaltung der Bundesverhältnisse erlangen sollten. In Dänemark war das Staatsgrundgesetz für die Gesammtmonarchie am 2. Oktober 1855 verkündigt worden,

*) Aus drei Vierteljahrhunderten I, S. 211.

ohne daß die deutschen Provinzen darüber befragt worden wären, und auch der Erlaß der einzelnen Landesverfassungen war auf dem Wege der Oktroyrung erfolgt. Dieses eigenmächtige Vorgehen der Krone veranlaßte endlose Streitigkeiten mit den Herzogthümern, die sich nicht nur in ihrer politischen Selbstständigkeit, sondern durch die willkürliche Einziehung der Erträge aus den Domänen zu Gunsten des allgemeinen Staatsbudgets auch in ihrem finanziellen Besitzstande beeinträchtigt sahen. Schon im Jahre 1856 wandten sich die Stände von Holstein und Lauenburg mit ihren Beschwerden an den Bundestag. Die deutschen Mächte waren diesmal einmüthig in dem Entschluß, die Schuld, die sie durch allzu große Nachgiebigkeit im Jahre 1852 auf sich geladen hatten, nicht noch höher anwachsen zu lassen. Ein Bundesbeschluß vom 11. Februar 1858, der die Herstellung gesetzmäßiger Zustände in den Herzogthümern forderte, wurde, da Dänemark auf seinen Ausflüchten beharrte, am 11. August bis zur Androhung der Exekution verschärft.

Es war der Zeitpunkt, an welchem in Preußen eine Wandlung der staatlichen Verhältnisse sich vollzog, die den Eintritt einer neuen Aera bezeichnete: Prinz Wilhelm, der ein Jahr hindurch mit beschränkter Vollmacht die Stellvertretung für seinen Bruder geführt hatte, übernahm am 7. Oktober 1858 die Regentschaft. In einer Anrede an das neue Kabinet, mit dessen Bildung der dem Kronprinzen Albert so nahe befreundete und verwandte Fürst Karl Anton von Hohenzollern beauftragt worden war, kennzeichnete der Prinz-Regent den Standpunkt, den er in der schleswig-holsteinischen Frage einnahm, durch den Ausspruch: „Die Welt muß wissen, daß Preußen überall das Recht zu schützen bereit ist!“ Dieses tapfere Wort entsprach durchaus den Ansichten des sächsischen Kabinets. König Johann hatte schon

im April 1858 dem Großherzog Peter II. von Oldenburg, der die Sache Holstein-Lauenburgs seiner Theilnahme empfahl, geantwortet: „Diese Angelegenheit ist eine wahre Ehren- und Lebensfrage des Bundes", und als die Möglichkeit einer Bundesexekution auftauchte, hatte er nicht gezögert, die Theilnahme seiner Truppen bereitwilligst zuzusagen. Dänemark entschloß sich jedoch vorerst zu einer friedlichen Lösung. Durch ein Patent vom 6. November 1858 wurde die Gesammtverfassung für die holstein-lauenburgischen Landestheile außer Kraft gesetzt.

Der Dresdner Hof verbrachte das Neujahrsfest wegen der Trauer um die Erzherzogin Margarethe im engsten Familienkreise ohne die gewohnten Festlichkeiten. Am nächsten Tage wurde ganz Europa durch die Nachricht von dem Vorgang, der sich bei dem Empfang des diplomatischen Korps in den Tuillerien am 1. Januar 1859 zugetragen hatte, in eine Aufregung versetzt, wie nur die Vorahnung einer allgemeinen Erschütterung des Weltfriedens sie zu erzeugen pflegt. Das Bedauern über die in der letzten Zeit eingetretene Spannung zwischen den Kabinetten von Paris und Wien, welchem Napoleon III. gegenüber dem Vertreter Franz Josephs Ausdruck verlieh, gestaltete sich der Form nach fast zu einer Herausforderung Oesterreichs, wenn auch der thatsächliche Inhalt der kaiserlichen Anrede in den Kreisen der hohen Politik längst kein Geheimniß mehr war. In Süd- und Mitteldeutschland rief die von Frankreich heraufbeschworene Kriegsgefahr eine leidenschaftliche Erregung des Volksgefühls hervor, ähnlich wie im Jahre 1840. Durch ganz Bayern, Württemberg, Baden und Franken, selbst Thüringen, ließ die maßgebende Presse den Ruf erschallen, daß der Bund die Sache des Kaiserstaates zu der seinigen machen und mit den Waffen des vereinigten Deutschland für die Aufrechterhaltung

des österreichischen Besitzstandes jenseits der Alpen eintreten müsse. Das Stichwort des Tages lautete: „An den Ufern des Po liegt die Vertheidigung des Rheins.“ Anders gestaltete sich das Urtheil über die Lage der Dinge in Norddeutschland. Namentlich in Preußen war die Unhaltbarkeit der gegenwärtigen Staatsverhältnisse Italiens seit dem Pariser Kongreß, mindestens in den liberalen Kreisen, die damals einen leitenden Einfluß auf die Regierung ausübten, zu einem feststehenden Axiom geworden.

Ueber die Stimmung des sächsischen Hofes besitzen wir eine Aeußerung des Herzogs Ernst II. von Koburg, der in Begleitung Gustav Freytags gegen Ende Januar einen Besuch in Dresden abstattete, um der Aufführung seiner Oper „Diana von Solanges“ beizuwohnen. Der Herzog sagt: „Wie vorauszusehen war, zeigten sich im Kreise der königlichen Familie die aufrichtigsten Sympathien für Oesterreich und man war nicht abgeneigt, auf eine Kundgebung des deutschen Bundes gegen die Friedensbedrohung sich einzulassen.“ *) Was den zweiten Theil dieses Satzes anbetrifft, so entspricht er den geschichtlichen Thatsachen nicht, denn es war in jenen Tagen gerade die sächsische Regierung, die den von Süddeutschland ausgehenden Anregungen gegenüber eine Behandlung des europäischen Konfliktes am Bunde in dem gegenwärtigen Augenblick als vorzeitig zurückwies und unter allen Umständen empfahl, die schon eingeleitete diplomatische Vermittelung der unbetheiligten Großmächte abzuwarten. Die Haltung Sachsens beim Beginn der italienischen Krisis beruhte zum großen Theile auf einem persönlichen Moment — dem Bund vertrauter Freundschaft und Brüderschaft, der seit

*) „Aus meinem Leben“, II, S. 442.

länger als dreißig Jahren zwischen König Johann und dem Prinz-Regenten bestand, und der auch in dem Kronprinzen von Jugend auf eine aufrichtige Verehrung für den Prinzen Wilhelm von Preußen erweckt hatte.

Auf ein Schreiben, in welchem König Johann seine Segenswünsche zum Antritt der Regentschaft ausgesprochen hatte, antwortete Prinz Wilhelm am 28. Dezember 1858 mit folgenden Worten: „Am Schlusse Deines Briefes wünschest Du mir Gottes Beistand für unseren schweren Beruf! Das ist ein wahrer Freundschaftswunsch! Auch Du bist in Dein schweres Amt auf eine unerwartete und schmerzliche Art berufen worden; indessen im Tode sieht man doch immer Gottes sichtbaren Willen! Wie anders ist meine Lage!? Die Art, wie ich zur Verwesung des Königlichen Amtes gelangte, ist wohl die peinlichste, die einem Menschen auferlegt werden kann! Ein Gedanke erleichtert das Schwere meiner Lage, daß ich in den letzten Jahren so viel und oft mit dem König, meinem Bruder, im Ideenaustausch über Regierungsmaßregeln sowohl als über die Personen denen die Ausführung derselben oblag, stand, — die mir zeigten, daß es ihm nur an der Freiheit des Handelnkönnens gebrach, um so Manches in Preußen zu ändern. Hierdurch bin ich gekräftigt worden, Verhältnisse eintreten zu lassen, die, wenn der König seine völlige, freie Geisteskraft wieder gewinnt, seine Zustimmung haben würden. In diesem Sinne handle ich mit Gottes Beistand. Leicht ist meine Lage nicht; aber bei dem redlichen, festen und konsequenten Willen, den man bei mir kennt, wird man wissen, was man von mir zu halten hat: Daß ich, so Gott will, die goldene Mittelstraße zu wandeln gedenke, — der ich von jeher allen Extremen Feind gewesen bin! Auf Dein und aller deutschen Souveräne

3*

Vertrauen rechne ich dabei, wenn es deutsch-europäische Interessen gilt, die Eins sein müssen und können! — Mit treuer Freundschaft Dein Wilhelm."*)

Während man in Dresden dem Fortgang der diplomatischen Verhandlungen mit Spannung folgte, wurde das Albertinische Haus abermals von einem schweren Geschick heimgesucht. Am 10. Februar 1859 setzte eine tückische Krankheit, wie sie in dem südlichen Klima nicht selten gerade für jugendkräftige Naturen verhängnißvoll wird, dem Leben der 22jährigen Erzherzogin Anna, Erbgroßherzogin von Toskana, ein Ziel. In einem Zeitraum von sechszehn Monaten die dritte Tochter, deren Heimgang König Johann und seine Gemahlin zu beklagen hatte, und auch diesmal unter Umständen, die es den Eltern und Geschwistern versagten, Zeuge der letzten Augenblicke ihrer Angehörigen zu sein! Von dem sehnlichen Wunsche erfüllt, die ewige Stadt und den Süden Italiens kennen zu lernen, war die Erzherzogin am 17. Januar mit ihrem Gemahl und der großherzoglichen Familie von Florenz nach Rom aufgebrochen. Bei einem Besuch des Vatikan am 20. hatte sie bereits mit einer ihr sonst ungewohnten Anwandlung von Schwäche zu kämpfen. Trotzdem wurde am 22. die Reise nach Neapel fortgesetzt, die damals noch zwei Tage in Anspruch nahm. Kaum in dem Palazzo della Forresteria angekommen, wurde die junge Fürstin, deren anmuthige Gesichtszüge den Ausdruck der reinsten Herzensgüte trugen, von einem gastrisch nervösen Fieber befallen. Der aus Florenz herbeigerufene Leibarzt, Del Punta, glaubte anfangs im Vertrauen auf die bewährte Konstitution der Prinzessin an keine Gefahr, aber

*) Nach dem eigenhändigen Original im Ministerium des Königlichen Hauses.

die Krankheit nahm einen typhösen Charakter an. Mit bewunderungswürdiger Seelenstärke sah die junge Fürstin ihrer Auflösung entgegen: noch während der letzten Agonie beschäftigte sich ihr Geist mit den Erinnerungen an das Elternhaus und mit der Zukunft ihrer Tochter, Marie Antoinette, die sie in dem zarten Alter von dreizehn Monaten hinterließ, dann entschlief sie sanft in den Armen ihrer Schwiegermutter, der Gemahlin des Großherzogs Leopold II.*) Auf der neapolitanischen Kriegsfregatte „Ruggiero“ wurde die entseelte Hülle nach Livorno übergeführt. Wunderbarer Kontrast, diese Landung der sterblichen Ueberreste einer deutschen Fürstentochter inmitten des Waffenlärms der toskanischen Freiwilligen, die sich in der Hafenstadt des Ligurischen Meeres sammelten, um zu den Fahnen Garibaldis zu eilen! Trotzdem vollzogen die Trauerfeierlichkeiten sich unter allgemeiner Theilnahme der Bevölkerung sowohl in Livorno als in Florenz, wo am 17. Februar die Erzherzogin in der Fürstenkapelle der Medici bei St. Lorenzo ihre Ruhestätte fand.

Vor dieser Tragik des Menschenschicksals verstummten die Gegensätze des Tageskampfes. Von allen Seiten empfingen die schwer getroffenen Eltern, die das ihnen auferlegte Unglück mit stiller Ergebung in den göttlichen Willen trugen, den Ausdruck des Beileids, sowohl von den Mitgliedern des österreichischen Kaiserhauses als von Napoleon III., der Kaiserin Eugenie und dem König Viktor Emanuel. Mit besonderer Herzlichkeit und wahrer Religiosität schrieb der Prinz-Regent von Preußen am 17. März dem König Johann: „So scheidet ein Glied nach dem andern aus dem schönen Kreise blühender Kinder, und bei zweien

*) Nach den Berichten des sächsischen Konsuls in Neapel, Karl Just, und des Gesandten in Florenz, Grafen von Kleist-Loß.

unter sich so ähnlichen Verhältnissen. Was menschliche Theilnahme in solchen Augenblicken an Trost zu gewähren vermag, das habt Ihr gewiß im höchsten Maße erfahren. Aber was wäre dieser Trost, wenn es nicht einen viel höheren gäbe, nämlich den, daß so Schweres uns von da kommt, von wo es zu unserer Läuterung gesendet wird, und wo dann die Tröstung sich anreiht bei demüthiger Ergebung in den so klar ausgesprochenen Willen der Vorsehung. Dies wird Deine und der theueren Königin Lage sein und den nur zu gerechten Schmerz stillen."

Von dieser Bezeugung seines Mitgefühls wendet sich der Regent zu einer Besprechung der Lage Europas, die den Gedankengang der von ihm vertretenen Politik deutlich erkennen läßt. Die geharnischten Artikel, mit denen die amtlichen Preßorgane Frankreichs gegen Deutschland eiferten, galten ihm als Beweis dafür, daß Napoleon sich keiner Täuschung über die Stimmung des deutschen Volkes hingab: „Deutschland hat in größter Einmüthigkeit", hieß es in dem Briefe des Prinzen, „dem westlichen Nachbar gezeigt, was er zu erwarten hat, ohne daß die Kabinette sich auszusprechen brauchten. Wäre dies geschehen, so würde die Apostrophe des Moniteurs nicht im Allgemeinen an Deutschland ergangen sein, sondern vom Tuillerien-Kabinet an die deutschen Kabinette, und dann wäre der Krieg am Rhein unmittelbar gefolgt, statt daß er nach Italien spielen soll. Für den Rhein-Krieg enthusiasmirt Frankreich sich augenblicklich, während der italienische Krieg ihm noch völlig unsympathisch ist. Wie haben wir uns also in Acht zu nehmen, daß wir den Krieg nicht nach dem Rhein provoziren! Wir waren nahe daran, als müßige Sekundanten früher an den Säbel zu schlagen als die Duellanten sich noch gefordert hatten, da diese noch im Stadium des Neckens und Beleidigens sich befinden. Daß wir die Säbel aber bereit

halten, das ist sehr nöthig, und die Unterlassungssünden des Bundestages in dieser Richtung treten jetzt nur zu schlagend zu Tage. Ueberall verlangen die deutschen Regierungen Millionen zu Kriegszwecken. Gott sei Dank bewilligen die Kammern sie patriotisch, während wir in Preußen keinen Deut verlangen, bis der Krieg selbst nöthig sein wird. Solche Kriegsvorbereitung oder Bereitschaft, wie bei uns, wäre doch gut sich näher zu betrachten. Ich freue mich auch, zu sehen, daß bei Dir nichts Extraordinaires nöthig erscheint. Wenn der rechte Augenblick gekommen sein wird, wird Preußen gewiß nicht der Letzte auf dem Platze sein. — Mit treuer Freundschaft Dein ergebener Wilhelm."

In einem wesentlichen Punkte stimmte der König mit den Ausführungen des Prinz-Regenten überein: auch er hielt an der Ansicht fest, daß es nicht die Aufgabe des Bundes sein könne, die Flammen des europäischen Kampfes zu schüren. Andererseits aber erschien es ihm unerläßlich, der Frage näher zu treten, was geschehen solle, wenn Oesterreich auf eine Entscheidung am Bunde dringen würde.

Da die Angelegenheit dem Gesammtministerium zur Berathung überwiesen wurde, so lag darin für den Kronprinzen die Aufforderung, in seiner doppelten Eigenschaft als Truppenführer und Mitglied des obersten Rathes der Krone, seine Meinung in einer großen politischen Frage auszusprechen. Wie damals von vielen Seiten in den erregten Debatten der öffentlichen Meinung der Vergleich mit dem Gang der Ereignisse in den Jahren 1805 und 1806 herbeigezogen wurde,*) wo der

*) Es sei hier namentlich erinnert an die Schrift des hochbetagten Geschichtschreibers Friedrich v. Raumer „Zur Politik des Tages", Leipzig 1859, S. 16. Auch der Prinz von Preußen hob in einem Schreiben an den Prinz-

Niederwerfung Oesterreichs diejenige Preußens auf dem Fuße gefolgt war, so bildete auch für die Stellungnahme des Prinzen Albert ein Hauptmoment die Erwägung, daß Napoleon nach einem Siege über die habsburgische Macht keinen Augenblick zögern werde, mit Deutschland anzubinden. Das Votum des Prinzen vom 12. März 1859 begann mit den Worten: „Militärisch würde das Verfahren Preußens das bewirken, was man in Paris längst am sehnlichsten wünscht: l'un après l'autre." „Wenn man überhaupt," fuhr er fort, „den Gedanken des Krieges in Betracht zieht, warum nicht gleich mit vereinten, ungeschwächten Kräften auftreten? In dem Fall, daß Preußen sich abseits halten will, bin ich überzeugt, daß die übrigen Bundeskontingente im Stande sind, den Oberrhein von Basel bis Mainz zu vertheidigen. Politisch bin ich auch der Ansicht, daß die beregte Eventualität, daß Preußen sich nicht fügte, den Bund zerreißen und uns auf immer zu Preußens Anhängsel machen würde. Kommt daher ein Bundesbeschluß zu Stande, so müssen wir ihn ausführen helfen, soviel in unserer Kraft steht. Noch aber hoffe ich, daß beide Großmächte zusammen den Antrag stellen, — und dahin zu wirken, wird die Hauptaufgabe der Diplomatie sein."*)

Da die Minister sich sämmtlich im Sinne des Kronprinzen äußerten, so stand seit dem 17. März der Entschluß Sachsens fest, wenn Oesterreich in Frankfurt einen Antrag auf Hülfsleistung stellte, demselben beizustimmen. Allein schon die Vor-

Gemahl vom 2. Februar 1859, mit Bezug auf die Revolutionskriege, die Gefahr hervor, „daß, im Fall den französischen Waffen der Sieg verbliebe, diese dann bald gegen Deutschland und Preußen gerichtet werden würden." Th. Martin, Leben des Prinzen Albert, IV., S. 388.

*) Nach dem eigenhändigen Original in den Akten des Ministeriums der Auswärtigen Angelegenheiten.

aussetzung, von der man dabei ausging, daß Frankreich und Sardinien durch ein offensives Vorgehen gegen den österreichischen Länderbesitz in Italien das Signal zum Kriege geben würden, machte die letzte Entscheidung noch immer von der weiteren Entwickelung der Ereignisse abhängig, und außerdem gab man, wie dies ja auch der Kronprinz andeutete, keineswegs die Hoffnung auf, eine Verständigung zwischen Oesterreich und Preußen über ein gemeinsames Verfahren am Bunde zu erzielen. In besonderer Mission nach Berlin gesandt, um die Gründe zu entwickeln, weshalb der Bund, wenn er nicht seine Existenz aufgeben wolle, zu einer bestimmten Stellung gelangen müsse, gewann Herr v. Beust die Ueberzeugung, daß Preußen zuletzt doch die Partei Oesterreichs ergreifen werde, wenn ein Angriff von Seiten Frankreichs erfolgen sollte. Vollkommen befriedigt von dem Ergebniß seiner Sendung, schrieb Beust an den sächsischen Gesandten v. Könneritz: „Die Stimmung ist gut jetzt; das, glaube ich, können Sie in Wien versichern.“*)

Außer der Kriegsbereitschaft des Bundes war bei den Verhandlungen in Berlin noch eine andere Frage angeregt worden, die zu einer Intervention der sächsischen Diplomatie an anderer Stelle führen sollte. Vor der Vollziehung des Ehebündnisses zwischen dem Prinzen Georg und Prinzeß Maria Anna von Portugal war eine feierliche Brautwerbung am Hofe von Lissabon geplant. Einem persönlichen Wunsche des Freiherrn v. Beust willfahrend, hatte der König diese Staatsaktion seinem Minister der auswärtigen Angelegenheiten übertragen. Da der Weg über Paris führte, erwärmte sich Beust für den wohlgemeinten Gedanken, vor dem Kaiser der Franzosen ein klares Bild von den

*) Aus drei Vierteljahrhunderten, I, S. 230.

Stimmungen in Deutschland zu entrollen. Eine Besprechung dieses Vorhabens mit dem Fürsten von Hohenzollern lag um so näher, als dessen älteste Tochter, die wegen ihrer Schönheit und Anmuth allgemein bewunderte Prinzessin Stephanie, seit etwa Jahresfrist mit Don Pedro V., König von Portugal, vermählt war. Dabei kam natürlich auch der beabsichtigte Besuch in den Tuillerien zur Sprache. Das unbedingte Einverständniß des Fürsten Karl Anton erhellt aus dessen Worten in einem Schreiben an König Johann vom 12. April: „Die Unterredung des Ministers mit dem Kaiser Napoleon ist ein wichtiger Akt und sollte es gelingen können, den Beherrscher Frankreichs über die Tragweite eines deutschen Krieges zu belehren und demselben eine Brücke des Rückzuges zu erhalten, so wäre dies ein Verdienst, welches zu schätzen und zu würdigen, ganz Europa sich herbeilassen würde. Euerer Majestät würde der größte weltgeschichtliche Akt der Gegenwart verdankt werden müssen."

Der Kronprinz begab sich in diesen Tagen, 13. April, über Leipzig und Frankfurt a. M. nach Mannheim, um seine Gemahlin, die seit Ende März bei der Großherzogin Stephanie von Baden Aufenthalt genommen hatte, am 18. nach Dresden zurückzugeleiten. Es trat der Augenblick ein, in welchem die Hoffnungen auf Erhaltung des Friedens zu schwinden begannen. Schon die diplomatische Vermittelung des Kabinets von St. James, bei der es sich im Wesentlichen darum handelte, eine Uebereinkunft Oesterreichs und Frankreichs über die Neugestaltung der Staatenverhältnisse Italiens anzubahnen, hatte zu keinem Ergebniß geführt. Der englische Unterhändler, Lord Cowley, schied aus Wien mit dem Eindruck, daß die Regierung des Kaisers Franz Joseph sich auf keinen Fall auf eine, wenn auch nur vorläufige diplomatische Verhandlung einlassen werde,

bevor sie nicht von Seiten Sardiniens eine bestimmte Zusage in Bezug auf die Einstellung der Rüstungen erhalten habe. Rußland hatte dann allerdings den Gedanken der Berufung eines Kongresses zur Schlichtung der italienischen Frage noch einmal aufgenommen; dieses letzte Friedensmittel aber erwies sich sofort als illusorisch, denn der Wiener Hof knüpfte seine Beistimmung zu dem Kongreß an die Bedingung, daß dem Zusammentritt desselben die Entwaffnung Sardiniens vorangehen müsse. Da Napoleon sich außer Stande erklärte, diese Forderung in Turin durchzusetzen, wurde von Preußen und England eine allgemeine Abrüstung vorgeschlagen, für deren thatsächliche Ausführung eine von den Großmächten zu ernennende Militärkommission die Bürgschaft übernehmen sollte. Wenn diese Maßregel, wie sich voraussehen ließ, an dem Widerspruch der Regierung Viktor Emanuels scheiterte, war Oesterreich entschlossen, zu dem Schwert zu greifen.

An demselben Tage, an welchem Erzherzog Albrecht seine viel besprochene Mission nach Berlin antrat, 11. April, richtete Graf Buol ein vertrauliches Rundschreiben an mehrere der deutschen Kabinette, darunter auch an das sächsische, welches die weiteren Pläne der kaiserlichen Politik mit großer Offenheit darlegte. Die Aufgabe der Unterhandlungen des Erzherzogs, sagte er, sei zunächst, die Grundlagen für ein Einverständniß der beiden Großmächte des Bundes zu gewinnen; außerdem aber solle er vorstellen, daß die früher gegebene Zusage, sich der Offensive gegen Sardinien zu enthalten, in den Augen Oesterreichs hinfällig geworden sei, wenn der letzte Vorschlag einer allgemeinen Entwaffnung nicht unverweilt von Sardinien angenommen werde. Eine in diesem Sinne nach Turin zu erlassende Sommation, die einer Kriegserklärung gleichkam, wurde als unmittelbar bevorstehend angekündigt.

Der erste Eindruck, den die Buolsche Note hervorbrachte, war doch auch in Dresden der einer allgemeinen Bestürzung. Beust selbst gab zu, daß es ein großer Fehler der Politik des Ministeriums Buol sei, die Mitwirkung des Bundes als selbstverständlich, ja geradezu als eine Pflicht vorauszusetzen, der sich Preußen ebenso wenig entziehen könne als die übrigen deutschen Staaten, während es die erste Aufgabe hätte sein müssen, bevor man die Bundesgenossen vor eine nahezu vollendete Thatsache stellte, dieselben über ihre Ansichten und Bedingungen zu befragen. „Ich bin gewiß kein Schwärmer für Preußen", schreibt er am 13. April an Könneritz in Wien, „aber wäre ich dort Minister, so würde mir das Blut zu Kopfe steigen, wenn man mir an der Spitze einer solchen Militärmacht vorschlüge, in einen meinen nächsten Interessen fernliegenden und höchst gefährlichen Krieg gegen die Zusicherung einzutreten, daß auf meine Wünsche bei der Ausführung billige Rücksicht genommen werden soll."*) Auch König Johann, obgleich in seinem Innersten von dem Recht Oesterreichs überzeugt, sah mit Besorgniß auf die Folgen des in Wien gefaßten Entschlusses, der dem Kaiser Napoleon den willkommenen Vorwand gab, sein Einschreiten in Italien vor der eigenen Nation und vor dem Urtheil der Welt zu rechtfertigen.

Aus dem Munde des Erzherzogs Albrecht, der auf der Rückreise nach Wien von seinem langjährigen Freunde, dem Kronprinzen, in Röderau empfangen, am 20. April Dresden berührte und bis zum folgenden Tage hier verweilte, erfuhr man das Nähere über das Ergebniß seiner Unterhandlungen in Berlin. In einem Punkte war eine Einigung zwischen den

*) Erlaß an die Gesandtschaft in Wien, Ministerium des Auswärtigen.

beiden Hauptmächten des Bundes erzielt worden: Preußen hatte eingewilligt, die Kriegsbereitschaft der Bundeskontingente zu beantragen und unter Umständen seine ganze Armee mobil zu machen. Der Gedanke war damals noch, daß Oesterreich sich an der defensiven Aufstellung der vereinten Wehrmacht Deutschlands nicht nur mit seinen drei Bundeskorps, sondern mit noch drei weiteren Korps, im Ganzen mit etwa 200 000 Mann betheiligen werde. Da diese Streitmacht zu groß war, um unter einem Kommando zu stehen, wurde eine Theilung in zwei Armeen, von denen die eine am Oberrhein unter österreichischer, die andere am Niederrhein unter preußischer Führung Stellung nehmen sollte, ins Auge gefaßt. Die Kontingente der übrigen deutschen Staaten sollten je nach der geographischen Lage derselben ihren Anschluß an die Hauptmächte des Bundes finden. Ueber die Vorbereitungen zu einer bewaffneten Defensive des Bundes waren also beide Theile einverstanden; weitergehende Verpflichtungen aber hatte Preußen abgelehnt. Der Prinz-Regent beharrte bei der Ansicht, daß eine Veranlassung zum Bundeskriege erst vorliege, wenn im Laufe der Ereignisse eine unmittelbare Bedrohung des Bundesgebietes oder eine Verletzung der Neutralität Belgiens oder der Schweiz erfolgen sollte. Namentlich hatte der Regent keinen Zweifel darüber gelassen, daß er die Absicht des offensiven Vorgehens gegen Sardinien mißbillige. Auf den Erzherzog blieben diese Vorstellungen nicht ohne Wirkung; er war entschlossen, bei seiner Rückkehr nach Wien die Ansicht des Prinzen von Preußen zur Geltung zu bringen. Erst als er sich von dem Regenten bereits verabschiedet hatte, bei seiner Abfahrt auf dem Bahnhof in Berlin, erhielt er Kunde davon, daß die Schlußforderung Oesterreichs am 19. an Sardinien abgegangen sei — was den Erzherzog zu der Aeuße-

rung veranlaßte, man habe ihn entweder zu spät oder zu früh an den preußischen Hof gesendet.

In der sächsischen Residenz war das Erscheinen eines Fürsten aus dem habsburgischen Herrscherhause von unverkennbaren Kundgebungen der Parteinahme zu Gunsten Oesterreichs begleitet. Bei der Abfahrt vom Böhmischen Bahnhofe, am Nachmittag des 21. April, wo eine Ehren-Kompagnie aufgestellt und die Generalität mit dem Offizierskorps vollzählig versammelt war, wurde der Erzherzog mit einstimmigen Hochrufen aus den dichten Reihen des Publikums begrüßt.

Der Geburtstag des Kronprinzen, 23. April, war der Tag, an welchem der Vizepräsident der Statthalterschaft in der Lombardei, Freiherr v. Kellersperg, das österreichische Ultimatum dem Grafen Cavour überreichte. Auf die ablehnende Antwort Sardiniens am 26. April folgte am 29. die Ueberschreitung des Ticino durch die österreichischen Truppen unter dem Feldzeugmeister Grafen Giulay.

An einen Erfolg des Freiherrn v. Beust in Paris war unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht mehr zu denken. Der König würde es am liebsten gesehen haben, wenn die Reise nach Paris unterblieben wäre. Da jedoch der bevorstehende Besuch dem Kaiser bereits gemeldet war, hätte die plötzliche Abberufung des Ministers den Schein einer Demonstration annehmen können, den man zu vermeiden wünschte. Die Unterredung hat denn auch in der That am 23. April in den Tuillerien stattgefunden, und man muß Herrn v. Beust die Gerechtigkeit wiederfahren lassen, daß seine eindringliche und rückhaltlose Aussprache wohl geeignet war, dem Imperator jede Hoffnung auf eine neutrale Haltung der deutschen Mächte zu benehmen.*)

*) Aus drei Vierteljahrhunderten, I. S. 234 ff.

Den weiteren Reiseplänen Beusts setzte der Ausbruch des Krieges ein Ziel. Der ceremonielle Akt der Werbung in Lissabon wurde dem Geschäftsträger in London, Karl Friedrich Grafen Vitzthum von Eckstädt, übertragen. Prinz Georg selbst verabschiedete sich am 30. April von dem Elternhause und begab sich über Köln und Dover nach Southampton, um von dort aus, unter dem Schlachtendonner in Italien, seine Brautfahrt nach Portugal fortzusetzen.

Inzwischen war in Frankfurt am 23. April der preußische Antrag auf Marschbereitschaft der Bundeskontingente angenommen worden. Ohne Schwierigkeit und innerhalb kurzer Frist wurde die Ausrüstung des sächsischen Heeres ins Werk gesetzt. Für den Kronprinzen eröffnete sich ein weites Feld organisatorischer Thätigkeit, das sich über die Grenzen seines engeren Vaterlandes hinaus erstreckte. Nach der Bundeskriegsverfassung wurden die gemeinsamen Angelegenheiten über Formation und Bewaffnung der einzelnen Korps durch Militärkommissionen berathen, die zu diesem Zwecke in gewissen Zeitabschnitten zusammentraten. Die erste Division des genannten Korps stellte Sachsen, die zweite setzte sich aus den Kontingenten Kurhessens, Nassaus und des mit dem Königreich der Niederlande vereinten Herzogthums Limburg zusammen. Am 28. April versammelten sich die militärischen Bevollmächtigten dieser Staaten in Kassel. Eine ihrer ersten Beschäftigungen bildete die Beschlußfassung über die oberste Leitung des IX. Bundeskorps. Das Kommando wurde in die Hände des Kronprinzen Albert gelegt, der denn auch alsbald dafür Sorge trug, daß die Formation seines Stabes keine Verzögerung erfuhr. Im Laufe des Monats Mai bildete sich um den Prinzen Albert in dem Max-Palais, ein Kommandostab aus Offizieren der verschiedenen Kontingente des IX. Bundeskorps.*)

*) Die Namen finden sich bei v. Schimpff a. a. O., S. 107.

Von Anfang an aber war es sehr zweifelhaft, ob die deutschen Mächte sich diesmal zu einer wirksameren Theilnahme an der Entscheidung des europäischen Konfliktes aufschwingen würden als während des orientalischen Krieges. In Süddeutschland zwar fuhr die öffentliche Meinung fort, sich für die Gemeinschaftlichkeit der österreichischen und deutschen Interessen zu erklären: in Preußen dagegen blieben die Ansichten getheilt. Die militärischen Kreise zollten dem thatkräftigen Entschluß des Kaisers Franz Joseph allgemeinen Beifall; sie hofften und wünschten, daß die österreichischen Truppen nach rascher Niederwerfung des piemontesischen Heeres ohne Zögern gegen Turin vordringen und die einzelnen Abtheilungen der französischen Armee, die auf getrennten Linien, theils auf dem Seewege über Genua, theils über die Alpenpässe heranzogen, vor ihrer Vereinigung die Spitze bieten würden. Auch der Prinz-Regent hegte lebhafte Sympathien für die österreichische Kriegsführung: in politischer Hinsicht jedoch hielt er fest an dem Standpunkt seines auswärtigen Ministers, des Freiherrn v. Schleinitz, der in einer Note vom 26. April das Bedauern Preußens darüber aussprach, daß das Wiener Kabinet durch seine Kriegserklärung die Friedensbemühungen der vermittelnden Mächte durchkreuzt habe.

Die Politik des sächsischen Kabinets bewegte sich angesichts dieser kritischen Wendung in einer vermittelnden Richtung. Als in den letzten Tagen des April, zunächst im Schoße der Militärkommission in Frankfurt, auf Anregung Badens die Aufstellung eines Observationskorps am Oberrhein in Erwägung gezogen wurde, hielt man in Dresden noch an der Meinung fest, daß eine solche Maßregel erst dann von Erfolg sein könne, wenn die Mitwirkung Oesterreichs und Preußens sichergestellt sei. Aber die Ereignisse drängten vorwärts. Noch ehe der Kampf entbrannt

war, wurde die nationale Erhebung Italiens zu einer vollendeten Thatsache. Der milde und nachgiebige Großherzog von Toskana, Leopold II., der nicht abgeneigt gewesen wäre, seine Neutralität zu erklären, sah sich genöthigt, das Land zu verlassen, weil die offenkundige Hinneigung seines Heeres zu dem franko-sardischen Waffenbündniß ihm jede Möglichkeit des Widerstandes entriß. Aehnliche Bestrebungen der Umwälzung, die zum Theil einen noch schärfer ausgeprägten revolutionären Charakter an sich trugen, erschütterten die angestammten Herrschaften in Parma und Modena. Es war natürlich, daß die Vorgänge in Toskana gerade die sächsische Königsfamilie schmerzlich berühren mußten, denn seit Jahrzehnten war das dortige Regentenhaus mit dem Fürstengeschlecht der Albertiner durch verwandtschaftliche Beziehungen eng verbunden;*) die erst vor wenigen Wochen den Eltern entrissene Tochter hatte ihre neue Heimath mit allen Fasern ihres Herzens geliebt.

Dann erschien am 3. Mai das Manifest Napoleons III., das als Losung des Kampfes die Befreiung Italiens bis zur Adria verkündete. Beust bezeichnete in einem Schreiben vom 7. Mai den Aufruf des Kaisers als die stärkste Herausforderung, die man sich denken könne: das ohnehin schon gesunkene Vertrauen auf die früheren Versicherungen Frankreichs sei gründlich zerstört. „Oesterreich“, sagte er, „führt nicht nur Krieg gegen Frankreich, sondern auch gegen die Revolution.“**)

Auch in Berlin verkannte man nicht die Gefahr, welche der

*) Von den Schwestern des Königs Johann war Prinzessin Marie an den Großherzog Ferdinand III., Maria Anna († 24. März 1832) an den Großherzog Leopold II. vermählt.

**) Erlaß an den Gesandten Hohenthal in Berlin. Ministerium des Auswärtigen.

von Napoleon verkündete Grundsatz der nationalen Selbstbestimmung über den Völkerfrieden Europas verhängte. Aber gerade weil die Frage der Aufrechterhaltung des bestehenden Rechtszustandes die Gesammtinteressen Europas berührte, trug die Regierung des Prinz-Regenten Bedenken, eine Entscheidung zu treffen, bevor man sich nicht mit den übrigen am Kampfe unbetheiligten Mächten ins Einvernehmen gesetzt hatte. Die Thatsache, daß ein Schutz- und Trutzbündniß zwischen Frankreich und Rußland bestand, war allgemein bekannt, wenn auch über Inhalt und Tragweite desselben sehr verschiedene Gerüchte umliefen. Daß der Wiener Hof die russisch-französische Allianz nicht ohne Sorge betrachtete, bewies die plötzliche Entlassung Buols, der sich durch seine Haltung während des Orientkrieges die Ungunst Alexanders II. zugezogen hatte. Man hatte in Berlin allen Grund, die Haltung Rußlands mit Mißtrauen zu betrachten, da das Petersburger Kabinet sich von Anfang an mit Entschiedenheit gegen eine Theilnahme des deutschen Bundes an dem Kriege ausgesprochen hatte.

Bei der allgemeinen Unsicherheit der Lage war es an sich ein sehr wohl erwogener Gedanke, daß der Prinz-Regent sich entschloß, durch eine bewaffnete Vermittelung dem Kampfe in Italien Stillstand zu gebieten. Dazu bedurfte es jedoch einer Vereinbarung mit Oesterreich sowohl über die militärischen als über die politischen Gesichtspunkte, die der weiteren Aktion Preußens Ziel und Richtung geben sollten. Einer der General-Adjutanten des Prinzen, Vize-Stallmeister Generallieutenant v. Willissen, wurde in außerordentlicher Mission nach Wien gesandt. Im Zusammenhang damit standen Eröffnungen, die der Regent den befreundeten deutschen Höfen machen ließ. Zu diesem Zwecke erschien am 13. Mai in Dresden der Generalmajor v. Alvensleben mit einem offiziellen Handschreiben an den König, in welchem es

hieß: „Es liegt mir am Herzen, Euerer Majestät über die Grundsätze, von denen Preußen in der auswärtigen Krisis geleitet wird, in vertraulicher Weise eine offene Mittheilung zu machen; sie wird der so dringend gewünschten Gemeinsamkeit in der Haltung der verbündeten Regierungen am förderlichsten sein." Der Hauptpunkt, den Alvensleben vorzubringen hatte, betraf den Wunsch des Regenten, daß die deutschen Mächte von jedem selbständigen Vorgehen am Bunde Abstand nehmen sollten, wenigstens bis zu dem Zeitpunkte, an welchem der Erfolg der Unterhandlungen mit Oesterreich sich werde übersehen lassen.

Der König war weit entfernt, die Schwierigkeiten für die Politik des deutschen Bundes, die sich aus der Stellungnahme der neutralen Mächte ergaben, zu unterschätzen. Es war auf seine Veranlassung geschehen, daß der Minister v. Beust sich nach London begeben hatte, um die dortige Stimmung zu erforschen. Beust konnte sich nicht verhehlen, daß die Sympathien für Italien in dem liberalen Lager Englands die Oberhand gewonnen hatten, aber er überzeugte sich zugleich von dem tiefen Argwohn, den die russisch-französische Allianz und die unergründlichen Pläne Napoleons in den Kreisen der Regierung hervorgerufen hatten. Der Leiter der auswärtigen Angelegenheiten, Lord Malmesbury, ließ Bemerkungen fallen, aus denen zu entnehmen war, daß er sich von einer energischen Demonstration des deutschen Bundes Vortheil versprach.*) In der Unterredung mit Alvensleben nahm der König auf diese Verhältnisse Bezug. Er sprach die Meinung aus, daß England, sobald die Aufstellung eines Observationskorps zu einer vollendeten Thatsache geworden sei, schwerlich Einwand dagegen erheben werde. Noch weniger fürchtete er von

*) Bericht Beusts, 7. Mai 1859. Aus drei Vierteljahrhunderten, I. S. 246.

Rußland, das schon durch seine geographischen Verhältnisse an einem raschen Eingreifen verhindert werde.

An einem Antrag auf Zusammenziehung eines Observationskorps am Rhein, den die hannoversche Regierung damals am Bundestage stellte, war Sachsen nicht betheiligt; der Freiherr v. Beust hatte sogar, als er sich auf der Rückreise von London in Hannover aufhielt, dem Ministerium Stüve den Rath ertheilt, mit seinem Vorhaben innezuhalten.*) Dies hinderte jedoch nicht, daß der Inhalt des Antrags, insofern er auf eine entschiedenere Maßregel von Seiten des Bundes drang, als die bloße Kriegsbereitschaft sie darstellte, in Dresden gebilligt wurde. In der Antwort an den Prinz-Regenten vom 15. Mai erklärte der König sich zwar bereit, wenn inzwischen durch Willisen eine Vereinbarung mit Oesterreich auf anderer Grundlage getroffen werde, derselben beizutreten, aber sein Brief schloß mit den Worten: „Ich bitte und beschwöre Dich als Freund, als Fürst der Teutschen, laß diese Gelegenheit nicht vorübergehen; laß uns Alle wie ein Mann dem Feind der öffentlichen Ruhe, der zum Glück jetzt die Maske abgeworfen hat, entgegentreten. Ihr sprecht von Initiative! Ergreift sie, — und wir werden folgen!"**)

Während der hannoversche Antrag, trotz des Protestes von Seiten Preußens, an einen Ausschuß verwiesen wurde, hatte Sachsen sein Bundeskontingent mit einem Bestande von 14 000 und einem Ersatz von 2000 Mann auf den Kriegsfuß gesetzt. Bereits am 13. Mai, 10 Tage vor Ablauf der vierwöchigen Frist, welche die Bundeskriegsverfassung für die Mobilmachung

*) Beust, a. a. O., S. 251.

**) Nach dem eigenhändigen Konzept des Königs im Ministerium des Königlichen Hauses.

bestimmte, konnte die Anzeige über die Vollendung der sächsischen Kriegsbereitschaft in Frankfurt erfolgen.

Der Kronprinz wohnte am 15. Mai dem Empfang des Königs Friedrich Wilhelm IV. bei, der nach einem monatelangen Aufenthalt in Italien mit seiner Gemahlin über Wien in Dresden eintraf; dann begab er sich, in seiner Eigenschaft als Führer des IX. Bundeskorps, begleitet von seinem Adjutanten, Rittmeister Grafen zur Lippe, dem Chef des Generalstabes, Obersten v. Stieglitz, und dem Major v. Friesen, am 18. nach Hessen und Nassau, um die dortigen Truppen zu besichtigen. In Kassel, wo der Prinz auf Schloß Wilhelmshöhe Gast des Kurfürsten Friedrich Wilhelm I. war, fand am 19. die Inspektion auf dem Uebungsplatz in der Aue statt. Nachdem er am 20. den Herzog Adolf von Nassau in Biebrich besucht hatte, wo eine Ehrenkompagnie mit der Fahne und der Regimentsmusik aufgestellt war, hielt der Prinz am 23. an der Seite des Herzogs in Wiesbaden Truppenschau ab über ein Bataillon Jäger, ein Bataillon Infanterie, eine halbe Batterie Sechspfünder, die Pionierabtheilung und die Sanitäts-Kompagnie. An den Vorbeimarsch schloß sich ein Manöver im Feuer. Nach dem Tagesbericht hatte das militärische Schauspiel bei günstigem Wetter eine große Menge von Zuschauern herbeigezogen.*) Am 24. Mai erfolgte die Rückkehr nach Dresden.

Nach langen Zeiten der Trübsal war den Angehörigen des Albertinischen Königshauses wieder ein Sonnenblick beschieden. Am 11. Mai hatte in Lissabon die Vermählung des Prinzen Georg mit der Infantin Maria Anna stattgefunden. Das junge Ehepaar war in Begleitung des Bruders der Prinzessin, Herzogs

*) Leipziger Zeitung vom 26. Mai.

von Oporto, nach anstrengender Seefahrt in Southampton gelandet und am 18. Mai von der Königin Viktoria in Buckingham-Palace mit fast mütterlicher Zuvorkommenheit aufgenommen worden. Als die Neuvermählten am 26. Mai in Leipzig begrüßt wurden, fanden sie die Stadt von österreichischen Truppen überfüllt, denn dem böhmischen Armeekorps unter dem Feldmarschall-lieutenant Grafen Clam Gallas, das den Befehl hatte, durch Bayern nach Tirol zu gehen, war der Transport auf den sächsischen Bahnen gestattet worden. König Johann und Königin Amalie bewillkommneten den Sohn und die Schwiegertochter am 26. Mai im Schlosse Moritzburg, umgeben von dem Kronprinzen und dessen Gemahlin, den Schwestern des Prinzen, den Prinzessinnen Amalie und Auguste und der Großherzogin-Wittwe von Toskana, Marie, die durch die Begebenheiten in Italien veranlaßt worden war, am Hofe ihres Bruders Zuflucht zu suchen. In dem Gartenpalais, das im Laufe des Jahres 1857 durch einen gründlichen Umbau an stattlichem Ansehen gewonnen hatte, nahm das fürstliche Paar nach dem Einzuge in Dresden am 28. Mai seine Residenz.

Die gehobene Stimmung jener Tage wurde noch gesteigert durch die patriotischen Kundgebungen der Stände, die zu einer außerordentlichen Session versammelt waren, um über eine Geldbewilligung von 5 bis 6 Millionen Thalern für die Kriegsrüstungen zu berathen. Bei der Eröffnungsfeier im Schlosse, am 25. Mai, hatte Kronprinz Albert, der, wie bemerkt, soeben vom Rhein zurückgekehrt war, seine Stelle an den Stufen des Thrones eingenommen. Die Thronrede zollte dem Eifer, mit dem die kriegspflichtige Mannschaft dem Rufe zu den Waffen gefolgt sei, wohlverdiente Anerkennung und schloß mit den Worten: „Sollte es zum Kampfe für die gemeinsame Sache kommen, so

wird — so hoffe ich mit Zuversicht — Gott mit uns sein und dem gesammten deutschen Vaterlande." Die Verhandlungen, die bis zum 10. Juni dauerten, lieferten den Beweis, daß in Bezug auf die Beurtheilung der politischen Lage vollkommene Uebereinstimmung im Lande herrschte. Die Erste Kammer widmete dem Kriegsminister v. Rabenhorst ein einstimmiges Dankesvotum für seine umsichtigen Maßregeln zur Beschleunigung der Kriegsbereitschaft.*) Das Herz des Kronprinzen wurde davon wohlthuend berührt, denn die Schlagfertigkeit der Armee war, wenigstens was die Infanterie betraf, zum großen Theil seiner leitenden Thätigkeit zu verdanken.

Die Sendung des Generals v. Willisen nach Wien bildete Wochen hindurch den Hauptgegenstand eifriger Erörterungen in der diplomatischen Welt wie in der Presse Deutschlands. Als Willisen mit dem Anerbieten der bewaffneten Intervention hervortrat, mußte er von allen Seiten hören, man habe nicht die Vermittelung, sondern das Kriegsbündniß Preußens erwartet. Feldzeugmeister Heß befürwortete einen Angriff auf Elsaß und Lothringen, und es gab Stimmen, welche behaupteten, daß die Gelegenheit benutzt werden müsse, um der Herrschaft Napoleons ein Ende zu machen.**) Aehnlich wie bei dem Beginn des Revolutionskrieges von 1792 trug man sich in Wien mit der Hoffnung auf eine Schilderhebung der legitimistischen Elemente für den Fall, daß die deutschen Waffen gegen Frankreich siegreich sein würden. Das Haupt der royalistischen Partei, Heinrich Herzog von Bordeaux, war entschlossen, in diesem Sinne zu

*) Protokolle der Zweiten Kammer, 1859, S. 7 ff.

**) Vergl. Heinrich v. Sybel, a. a. O. II. 321, dessen Darstellung der Stimmungen in Wien durch einen Bericht Könneritz's vom 7. Mai (Ministerium des Auswärtigen) bestätigt wird.

handeln. Er verließ damals seine österreichischen Besitzungen und begab sich nach den Niederlanden. Bei einem kurzen Aufenthalt in Dresden am 11. und 12. Mai sprach er den ihm seit langer Zeit befreundeten Kronprinzen Albert, aber er wird sicherlich den Eindruck mitgenommen haben, daß der sächsische Hof weit entfernt war, seinen Plänen für die Wiederherstellung des Königthums irgend welche Bedeutung beizumessen.

Erst als nach dem unglücklichen Gefecht von Montebello, 20. Mai, die Offensive gegen Piemont aufgegeben und die Vertheidigung der Lombardei ins Auge gefaßt werden mußte, begann das Wiener Kabinet zu den preußischen Anträgen Stellung zu nehmen. An dem Tage, an welchem Kaiser Franz Joseph nach Verona ging, um den Oberbefehl über seine Truppen zu übernehmen, 29. Mai, ist zunächst ein mündliches Abkommen getroffen worden, das dann durch den Grafen Rechberg in der Form einer Note auch schriftlich festgestellt wurde. Oesterreich verpflichtete sich, von allen Schritten bei dem Bunde und bei den einzelnen deutschen Regierungen Abstand zu nehmen, wenn Preußen erklären würde, zum Schutze der bestehenden europäischen Rechtsordnung und besonders zu ungeschmälerter Aufrechterhaltung des auf den Verträgen von 1815 beruhenden Besitzstandes mit seiner ganzen Macht aufzutreten.

Da Willisen nicht mit Vollmacht zum Abschluß versehen war, verließ er am 30. Mai Wien, um die von Rechberg entworfenen Grundlagen einer Vereinbarung der Entscheidung des Prinz-Regenten zu unterbreiten. Kaum hatten die Berathungen in Berlin begonnen, als die Nachricht von dem Rückzuge der Oesterreicher über den Tessino eintraf. Giulay nahm zwar auf dem linken Ufer des Flusses sofort wieder Stellung, um den Vormarsch der feindlichen Armeen zu verhindern, aber am 4. Juni

ereilte ihn bei Magenta das Geschick. Der unglückliche Ausgang der Schlacht eröffnete den Franzosarden nicht nur den Weg nach Mailand, sondern stellte auch den Besitz der Lombardei in Frage.

Daß jetzt die gebieterische Nothwendigkeit vorlag, die militärischen Maßregeln für die bewaffnete Vermittelung mit allem Nachdruck zu betreiben, erkannte man am preußischen Hofe sofort. Bereits am 7. Juni unterschrieb der Regent den Befehl zur Mobilmachung von sechs preußischen Armeekorps. Gleichzeitig mit der Ankündigung seines Truppenaufgebots, freilich zunächst nicht am Bunde, sondern bei den einzelnen deutschen Regierungen, brachte jetzt Preußen die Vereinigung eines Beobachtungsheeres am Oberrhein, bestehend aus den beiden Bundeskorps der süddeutschen Staaten, in Anregung. Als der Kronprinz Albert hörte, daß eine kriegerische Entscheidung auch in Preußen von vielen Seiten gewünscht werde und der Generalstab in Berlin unter Moltkes Leitung mit der Ausarbeitung des Kriegsplanes beschäftigt sei, wurde er von frohen Hoffnungen erfüllt. „Losschlagen je eher, je lieber", war der Gedanke, den er und seine sächsischen Kameraden mit vielen preußischen Offizieren theilten.

In dem preußischen Ministerium aber behielt die Vermittelungspolitik die Oberhand. In einer Note vom 19. Juni kündigte Preußen seine Absicht an, mit den auswärtigen Mächten über gemeinsame Vorschläge der Friedensstiftung in Berathung zu treten. Die Unmöglichkeit, unter den mannigfach sich durchkreuzenden Interessen die vereinigende Formel zu finden, wurde nur allzubald offenbar. Der Wiener Hof war nichts weniger als geneigt, die preußische Mediation anzunehmen, er betrachtete sie als unvereinbar mit dem Bundesverhältniß der beiden deutschen Großmächte. In England hatte ein Mißtrauensvotum der parlamentarischen Mehrheit den Sturz des Ministeriums Derby

herbeigeführt, und das neue Kabinet, Lord Palmerston an der Spitze, obwohl an dem Grundsatz der Neutralität festhaltend, trat mit seinem moralischen Gewicht auf die Seite der italienischen Bewegung. Rußland verharrte auf dem Standpunkt, daß Deutschland mit der italienischen Angelegenheit nichts zu schaffen habe. Das Petersburger Kabinet hatte ein Rundschreiben an die deutschen Staaten ausgehen lassen, welches, nach einem Ausdruck Beusts, „in schulmeisterlichem Tone“ auf den defensiven Charakter des deutschen Bundes hinwies. Beust gerieth darüber in einen Federkrieg mit Gortschakow und erwarb mit der Abfertigung, die er ihm durch eine Note vom 15. Juni zu Theil werden ließ, vielen Beifall, selbst am englischen Hofe.*)

Ein Schritt vorwärts war es immerhin, daß Preußen die Einleitung der kriegerischen Maßregeln mit allem Nachdruck betrieb. Unter dem Vorsitz Moltkes trat in Berlin eine Kommission von Militärbevollmächtigten der Bundeskorps zusammen, welche über die Aufstellung der Armeen beschließen sollte. Sachsen war dabei durch den Major und Souschef im Generalstabe, Alfred v. Fabrice, vertreten.

Für den Kronprinzen waren dies anstrengende und aufregende Zeiten. Nach dem Schluß des außerordentlichen Landtags beschäftigten ihn militärische Besichtigungen und die Vorbereitungen für das Aufgebot der Reserven, da die Mobilmachung auch dieser Truppentheile in kurzer Frist nothwendig werden konnte. Der

*) Vergl. das Schreiben des Prinzgemahls an den sächsischen Geschäftsträger Karl Friedrich Grafen Vitzthum von Eckstädt, 24. Juni 1859, in den Aufzeichnungen des Letzteren, St. Petersburg und London in den Jahren 1852 bis 1864. Stuttgart 1886, I. S. 333. — Das Gortschakowsche Schreiben findet sich bei Chiala, Lettere di Cavour, III. S. CLX, die Erwiderung Beusts in dessen Memoiren I. S. 260 ff.

Prinz sah mit Ungeduld dem Augenblick entgegen, wo die Oesterreicher wieder die Offensive ergreifen würden, um dem Feinde den Uebergang über den Mincio streitig zu machen. Welch schwere Enttäuschung, als am 25. Juni die Kunde von Solferino eintraf: es gab vielleicht Niemanden in Deutschland, der das Ereigniß schmerzlicher empfand, als Kaiser Franz Josephs Jugendfreund, Kronprinz Albert von Sachsen.

Für einen Augenblick belebten sich die Hoffnungen noch einmal, als man erfuhr, daß der hochbetagte Feldmarschall Windischgrätz von dem Kaiser in vertraulicher Mission nach Berlin gesendet worden sei und in der ersten Audienz bei dem Prinz-Regenten auf Schloß Babelsberg, 5. Juli, den Entschluß seines Monarchen, den Besitzstand in Italien bis zum letzten Mann zu vertheidigen, angekündigt hatte. Die Aufstellung des VII. und VIII. Bundeskorps am Oberrhein unter bayerischem Kommando war von Preußen bereits am 25. Juni in Frankfurt beantragt worden: die norddeutschen Bundeskorps sollten nach dem in den Berliner Konferenzen entworfenen Plane mit den preußischen Streitkräften am Main und Niederrhein vereinigt werden; dem IX. Korps, unter Führung des Kronprinzen, waren die Stellungen zwischen Hanau und Aschaffenburg angewiesen. Den Schlußstein für die Ausführung der Kriegsbereitschaft bildete der noch vor dem Beginn der Verhandlungen mit Fürst Windischgrätz durch den preußischen Gesandten am 4. Juli in der Landesversammlung gestellte Antrag, den Oberbefehl über die sämmtlichen Bundestruppen auf Preußen zu übertragen.

Nächst dem Widerstreit gegen die vermittelnde Richtung der preußischen Politik lag in der Frage des Oberbefehls die Hauptdifferenz zwischen den Bundesmächten und Preußen. Seit der Schlacht bei Magenta und noch mehr seit Solferino war es

kaum noch zu erwarten, daß Oesterreich sich bei der Aufstellung des Bundesheeres mit einer starken Truppenmacht werde betheiligen können. Daß demnach bei der Lage der Dinge die deutsche Kriegsrüstung, und wenn es dazu kam, die deutsche Kriegführung, der Leitung Preußens überlassen werden mußte, wurde in Wien längst anerkannt: schon seit Wochen war davon die Rede, dem Prinz-Regenten den Oberbefehl über das Bundesheer anzubieten. Man war mit der Führung Preußens einverstanden, aber man wollte, daß sie durch eine selbständige Entscheidung und unter Wahrung der Kriegsverfassung des Bundes in die Hand des Prinzen von Preußen gelegt werde: dies der Inhalt des österreichischen Antrages vom 7. Juli. Der Gegensatz der Parteiungen am Bunde tritt hier in seiner ganzen Schärfe hervor. Preußen betrachtete die Unterordnung der übrigen deutschen Staaten unter seine militärische Führung als eine selbstverständliche Bedingung; Oesterreich dagegen suchte dem Oberbefehl den Charakter eines Mandates zu geben, welches von Seiten des Bundes nicht der Krone Preußen, sondern der Person des Regenten übertragen werden sollte.

Die Mehrzahl der deutschen Fürsten sah in dem Vorgehen Preußens eine diktatorische Tendenz, obwohl dem Prinz-Regenten gewiß nichts ferner lag als gewaltsüchtige Absichten. Dazu kam, daß der Bundestag in der Mediation Preußens einen Nachtheil für die Sache Oesterreichs erblickte; es wurden Stimmen in Frankfurt laut, welche verkündeten: ehe die Bewaffnung Deutschlands in den Händen der europäischen Kabinette ein Mittel werden solle, um Oesterreich zu einem unvortheilhaften Frieden zu zwingen, sei es besser, die Mobilisirung der Bundestruppen rückgängig zu machen.

Daß Oesterreich die preußische Vermittelung um jeden Preis aus dem Wege zu räumen suchte, ergab sich für den sächsischen Hof aus den Nachrichten über die Mission des Fürsten Windischgrätz, deren Aufgabe es sein sollte, das Berliner Kabinet zum Verzicht auf alle weiteren diplomatischen Schritte und zur Vereinbarung eines Schutz- und Trutzbündnisses auf Grund des unveränderten Besitzstandes in Italien zu bewegen. In der ablehnenden Antwort, die Preußen darauf ertheilte, liegt das entscheidende Motiv sowohl für den Antrag vom 7. Juli als für die Annahme der Friedensvorschläge Napoleons III. Einem auf das engste mit ihm verbundenen Preußen würde Oesterreich die ausschließliche Leitung der deutschen Wehrkraft zugestanden haben; von dem Augenblick an aber, in dem nur noch mit einer vermittelnden Rolle der preußischen Politik zu rechnen war, regte sich der altüberlieferte Widerspruch des Hauses Habsburg gegen die Führerschaft der Hohenzollern.

Obwohl die sächsische Regierung die leitenden Gesichtspunkte der Mehrheit am Bunde theilte, war sie doch bis zum letzten Augenblick bestrebt, auf eine Ausgleichung der Gegensätze hinzuwirken. Von dem Inhalt des österreichischen Antrages, bevor er eingebracht wurde, unterrichtet, trat sie demselben zwar bei, stellte aber zugleich der Erwägung des Grafen Rechberg anheim, ob der Erfolg der Unterhandlungen des Fürsten Windischgrätz nicht durch das Vorgehen am Bundestage Abbruch erleiden werde. Dem entspricht es, daß der Bundesgesandte, Herr von Nostitz-Jänckendorf, am 6. Juli angewiesen wurde, für eine Verschmelzung des österreichischen und des preußischen Antrages zu stimmen. Der Minister v. Beust hat später in einer Deputationssitzung der II. Kammer am 10. Januar 1861 bei einem Rückblick auf die Ereignisse im Juli 1859 erklärt, daß man schließlich allseitig

bereit gewesen sei, über die Differenz in der Frage des Bundesoberfeldherrn hinwegzugehen.*) Bekanntlich ist es in Frankfurt zu einer Diskussion über jene Frage nicht gekommen.

Von starkem Thatendrange beseelt und ganz mit den Aufgaben des Kommandos über das IX. Bundeskorps beschäftigt, hatte der Kronprinz, begleitet von einem nassauischen Adjutanten seines Stabes, dem Major von Nauendorff, am 7. morgens eine Besichtigung der drei in Leipzig und Umgegend garnisonirenden Jägerbataillone vorgenommen, wobei die Mannschaften in voller Feldausrüstung mit Train und Bagagewagen vorbeimarschirten, und dann am Nachmittag die Inspektion in Wurzen fortgesetzt. Am 8. nachmittags, in der vierten Stunde, machte der österreichische Geschäftsträger, Graf Traun, die Meldung von den Verhandlungen über eine Waffenruhe, die durch ein Schreiben Napoleons III. an den Kaiser Franz Joseph eingeleitet seien. Der Bericht fügte jedoch hinzu, daß die Berathungen in Frankfurt dadurch keinen Aufschub erfahren sollten. Noch am 13. Juli begab sich der Kronprinz nach Bautzen zu einer Truppenschau über das fünfzehnte und sechzehnte Bataillon der Leibinfanterie-Brigade. Bei seiner Rückkehr empfing er die Nachricht von den Friedenspräliminarien von Villafranka, die seinen Wünschen und Hoffnungen keineswegs entsprach. Zwei Tage vor dem Bekanntwerden des Waffenstillstandes hatte der sächsische Gesandte in Berlin, Graf Hohenthal, vorgeschlagen, einen Theil der Bundestruppen, statt am Oberrhein, in Tirol zur Beobachtung der lombardischen Grenze aufzustellen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß eine solche Maßregel, deren offensiver Charakter

*) Vergl. die Schrift: Verhandlungen der sächsischen Kammern auf dem Landtage von 1860–61, Leipzig 1861, S. 36.

sich freilich nicht verkennen ließ, dem Kriegseifer des Kronprinzen sehr willkommen gewesen wäre, da sie ihm Aussicht auf eine militärische Thätigkeit in unmittelbarer Nähe des Kriegsschauplatzes eröffnet hätte.

Ueberraschend wirkte das Ereigniß von Villafranka in Dresden ebenso wenig wie anderwärts, denn in dem intimen Verkehr der Kabinette hatte man sich schon seit Wochen mit dem Gedanken vertraut gemacht, daß Kaiser Franz Joseph die unmittelbare Verständigung mit seinen Gegnern den unsicheren Aussichten der europäischen Vermittelung vorziehen werde.

Wie es nach großen Erschütterungen des Völkerlebens in der Regel zu geschehen pflegt, so beherrschte auch nach Beendigung des italienischen Krieges in allen Theilen Europas das Gefühl der Unsicherheit und Unbefriedigung die Stimmung des Tages. Am meisten war dies in Deutschland der Fall. Welchen Standpunkt man auch einnahm, darüber konnte kein Deutscher im Unklaren sein, daß das Organ des deutschen Bundes in noch höherem Maße als während der orientalischen Krisis ohne Einfluß auf die Entscheidungen der großen Politik geblieben war. Im Anfang der italienischen Wirren hatte sich, wie wir sahen, namentlich in Süddeutschland eine Agitation erhoben, die in ihren letzten Folgerungen auf den Kampf gegen Frankreich lossteuerte; im weiteren Verlauf der Ereignisse jedoch war unter dem Eindruck des Mißgeschickes der österreichischen Waffen ein Umschwung der öffentlichen Meinung eingetreten. Schon im Mai 1859, als nach dem Beginn der Rüstungen Preußens und des Bundes der Krieg in Sicht kam, wurde gerade in öffentlichen Versammlungen der süddeutschen Landestheile zuerst auf die Nothwendigkeit einer einheitlicheren Zusammenfassung der politischen und militärischen Kräfte Deutschlands hingewiesen. Es waren die Anfänge jener

Reformbewegung, welche wenige Wochen nach dem Frieden von Villafranka in dem Programm des Nationalvereins ihren Ausdruck fanden.

Die nächste und natürlichste Folge der Zerklüftung, die sich Deutschlands bemächtigt hatte, war, daß die bundesstaatliche Partei ihr Heil in dem engsten Anschluß an Oesterreich suchte. Das Verfahren Preußens hatte die Thätigkeit des Bundes während der letzten Monate so gut wie paralysirt; durch eine kompakte Vereinigung der mittleren und kleineren Staaten unter österreichischer Führung hoffte man die Bundesverfassung wieder in ihre Rechte einsetzen zu können. Allein so sehr dieser Gedanke die Politik der Mehrheit am Bunde beherrschte, so lagen in den Gesammtverhältnissen der Zeit doch noch andere Momente, denen man Rechnung tragen mußte. Die Ereignisse hatten zu einer Suprematie Frankreichs geführt, die für ganz Europa und namentlich für Deutschland bedrohlich war. Die Befürchtung eines Konfliktes mit Frankreich blieb nach dem Frieden von Villafranka längere Zeit hindurch eine allgemeine.

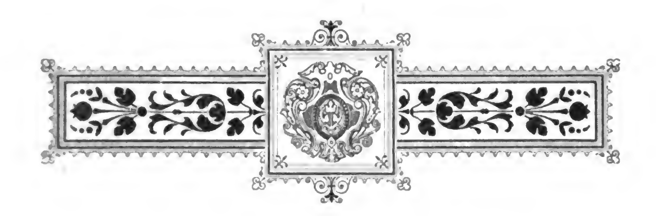
König Johann hat in einer Denkschrift, in welcher er die damalige Lage der Dinge einer eingehenden Betrachtung unterzog, mit der ihm eigenen dialektischen Schärfe die Aufgabe der Politik seines Staates in Hinblick auf den Kriegsfall entwickelt. Von der Ueberzeugung ausgehend, daß Napoleon III., gestützt auf seine neue Freundschaft mit Oesterreich, mit dem preußischen Staat über kurz oder lang Streit anfangen werde, um womöglich die Rheingrenze zu erwerben, stellt der König an die Spitze seiner Ausführungen den Satz: „Daß dieser Gedanke jedes Teutschen Herz empören muß, daß jedes teutschen Fürsten Ehre und Interesse erheischt, solchen Bestrebungen entgegenzu-

treten, liegt am Tage." Die isolirte Stellung, in der die preußische Regierung sich befindet, kann die Folge haben, daß sie zu dem föderativen Standpunkt zurückkehrt, denn sie bedarf der Hülfe des Bundes. Fraglich bleibt allerdings, was Oesterreich thun wird. Der König giebt sich der Hoffnung hin, daß das Wiener Kabinet, wenn vom Westen her Gefahr über Deutschland hereinbricht, sich von einer Politik der Rankünе, wie Rußland sie im italienischen Kriege beobachtet habe, fern halten werde. Bleibt Oesterreich neutral, so wird Rußland diesem Beispiel folgen, und von England ist zu erwarten, daß es Deutschland nicht im Stich lassen wird. Am schlimmsten wäre es, wenn ein Bündniß der drei Kaisermächte gegen Deutschland zu Stande käme. „Dann" — so lautet das Urtheil des Königs — „bleibt uns fast nichts übrig, als mit Ehren unterzugehen. Indeß hat doch Friedrich II. in Verbindung mit England und einigen wenigen teutschen Staaten jenen drei Mächten getrotzt. Sollte nicht das Gleiche dem verbündeten Teutschland möglich sein?"

Der Kronprinz hielt sich in der ersten Hälfte des Monats August an dem koburgschen Hofe in Reinhardsbrunn auf. Es waren die Tage, in denen unter dem Schutz und der unmittelbaren Einwirkung des Herzogs Ernst II. die Beschlüsse von Eisenach vorbereitet wurden, mit denen der Nationalverein ins Leben trat. Nach den geschichtlichen Ueberlieferungen des Landes, dem er entstammte, mußte der Prinz ein Gegner dieser auf die militärische und politische Hegemonie Preußens gerichteten Bestrebungen sein. Die Nothwendigkeit einer Reform des Bundes leuchtete ihm schon damals ein, aber er hielt an dem Grundsatz fest, daß sie innerhalb der Grenzen des historischen Rechtes, aus der freien Vereinbarung der deutschen Fürsten hervorgehen müsse.

Handelte es sich jedoch um die Vertheidigung Deutschlands gegen einen Angriff von außen her, so war er der Erste, der die Ansichten seines Vaters theilte. In dieser Beziehung war er im Jahre 1859 von denselben Gesinnungen beseelt, mit denen er ein Jahrzehnt später in den Kampf für die Ehre der deutschen Nation eintrat.





Zweites Kapitel.

Vergebliche Versuche einer Bundesreform bis zum Eintritt der schleswig-holsteinschen Frage (1859 bis 1863).

Die Herbstmonate des Jahres 1859 brachten den sächsischen Landen eine Reihe von festlichen Tagen, die eine wohlthuende Unterbrechung der politischen Kämpfe und Sorgen jenes Zeitabschnittes bildeten. Am 4. September traf König Ludwig I. von Bayern zu einem längeren Besuch in Dresden ein, der namentlich seinen beiden Stiefschwestern, den Königinnen Amalie und Marie, galt. Der alte Herr, der trotz seiner 73 Lebensjahre noch die Beweglichkeit der Jugend besaß, hatte seinen Aufenthalt in dem Landhaus der Königin-Wittwe bei Wachwitz genommen, aber er erschien täglich in der Stadt, um mit Eifer die Dresdner Sammlungen zu studiren oder den namhaftesten Bildhauern und Malern in ihren Werkstätten seine verständnißvolle Theilnahme an den neueren Arbeiten zu bezeugen. Die gesammte Künstlerschaft brachte dem fürstlichen Mäcen am 14. September einen Fackelzug auf dem Weinberge über der Elbe, unter starker Betheiligung der Dresdner Bevölkerung, die bei

dieser Gelegenheit ihrer bundesfreundlichen Gesinnung Ausdruck verlieh.

Am 30. September feierte die sächsische Jägerbrigade den 50jährigen Gedenktag ihrer Stiftung. Eine Schöpfung der Napoleonischen Kriegszeit, war dieser Truppentheil hervorgegangen aus einem Jägerkorps, dessen Formirung König Friedrich August am 31. August 1809 befohlen hatte, und das vornehmlich aus jüngeren Forstbeamten des Landes bestand, die sich freiwillig zum Dienste meldeten.*) Die Brigade umfaßte jetzt 4 Bataillone, die mit Ausnahme des dritten, das zur Besatzung von Dresden gehörte, in Leipzig und der dortigen Umgegend in Garnison lagen. Die Hauptfeier vollzog sich daher in Leipzig, doch war auch das Dresdner Bataillon durch eine Abordnung von Offizieren und Mannschaften vertreten. Zur Erinnerung an den Tag stiftete der König ein silbernes Signalhorn, geschmückt mit einem goldenen Eichenkranze, auf dessen Blättern die Daten der Schlachten und Gefechte, in denen die Brigade ihre Tapferkeit bewährt hatte, verzeichnet waren. Am 1. Oktober versammelten sich die damaligen und die früheren Angehörigen der Brigade noch einmal zu einem fröhlichen Mahle in der Centralhalle unter dem Vorsitz des Kronprinzen und in Gegenwart des Prinzen Georg.

Ein anderes Fest, das in den weitesten Kreisen des sächsischen Volkes begeisterten Anklang fand, war die Säkularfeier der Geburt Schillers, am 10. November. Die mannigfachen Beziehungen in dem Leben des Dichters, die mit seinem Aufenthalt in der Nähe von Leipzig und Dresden verknüpft waren, trugen

*) Vergl. die Jubiläumsschrift des Generallieutenants a. D. Albrecht Grafen von Holtzendorff, Geschichte der Sächsischen leichten Infanterie von ihrer Errichtung bis zum 1. Oktober 1859. Leipzig 1860, S. 44.

dazu bei, der Schillerfeier des Jahres 1859 gerade in Sachsen ein besonders volksthümliches Gepräge zu geben. In Gohlis bei Leipzig, in der Dachstube des unscheinbaren Hauses, in welchem der Dichter nach den bitteren Enttäuschungen seiner Thätigkeit als Dramaturg der Mannheimer Bühne ein stilles Asyl gefunden hatte, war im Sommer 1785 das „Lied an die Freude" entstanden, das von hier aus seinen Lauf durch alle Länder deutscher Zunge machte, und in dem bescheidenen Landhause des Körnerschen Weinberges in Loschwitz hatte Schiller in den beiden folgenden Jahren durch Vollendung des „Don Carlos" die Palme der klassischen Dichtung errungen. Alt und Jung betheiligte sich bei der Volksfeier des 10. November. Das Dresdner Hoftheater machte am Vorabend einen glücklichen Wurf mit der ersten scenischen Darstellung des „Liedes von der Glocke". Die Stadt Dresden feierte das Andenken des Dichters, indem sie der Straße, die vom Linckeschen Bad aus die bewaldeten Höhenzüge des rechten Elbufers umsäumend, am Körner-Hause vorbei nach Loschwitz führt, seinen Namen beilegte. Abends bewegte sich ein Festzug der gesammten Bürgerschaft am Schlosse vorbei, wo der König und die Prinzen von dem Altan über dem Georgenthor die jubelnden Zurufe der Theilnehmer erwiderten.

An die nationale Schillerfeier schloß sich in den ersten Tagen des Dezember ein Jubiläum der Universität Leipzig, die damals bereits auf eine ruhmvolle Geschichte von vier und einem halben Jahrhundert zurückblickte. Wenn König Albert bis auf den heutigen Tag, in der Regel während der zweiten Hälfte des Wintersemesters, sich nach Leipzig begiebt, um von der gedeihlichen Entwickelung der Landeshochschule und der mit ihr verbundenen wissenschaftlichen Institute persönlich Kenntniß zu nehmen, so folgt er auch hierin, wie in so vielen anderen Beziehungen, dem

Vorbild seines Vaters. Während seiner ganzen Regierung ist König Johann von dem hochherzigen Bestreben erfüllt gewesen, Leipzig zu einem Mittelpunkt des geistigen Lebens in ganz Deutschland zu erheben. Bei dem Festakt am 2. Dezember in der Aula des Augusteums, dem er mit seinen Söhnen beiwohnte, hat der König das ideale Verhältniß, welches ihn mit der Stiftung seiner Vorfahren verband, in dem Ausspruch zusammengefaßt: „Ich halte die Universität für eins der schönsten Juwele meiner Krone.“ Die dankbare Anhänglichkeit, welche die Universität Leipzig zu allen Zeiten dem Herrscherhause gezollt hat, erhielt ihren Ausdruck in der Ernennung des Kronprinzen zum Ehrendoktor der Rechte, während dem Prinzen Georg die akademische Würde von Seiten der philosophischen Fakultät verliehen wurde. In dem Diplom für den Kronprinzen wurde besonders auf seine Thätigkeit im Staatsrathe Bezug genommen.

Bald nach dem Beginne des Jahres 1860 wurde das kronprinzliche Haus in Trauer versetzt durch das Dahinscheiden der Großherzogin Stephanie von Baden, die am 30. Januar in Nizza einem unheilbaren Leiden erlag. Der Kronprinz und dessen Gemahlin begaben sich über Karlsruhe nach Pforzheim, wo in der Ahnengruft der Markgrafen von Baden die Beisetzung der sterblichen Hülle erfolgte. Der Kreis der sächsischen Königsfamilie hatte dadurch eine Erweiterung erfahren, daß die Tochter der Erbgroßherzogin von Toskana, Erzherzogin Antoinette, in Obhut und Pflege bei den Großeltern aufgenommen worden war. Mit unendlicher Opferfreudigkeit ist die Königin Amalie viele Jahre hindurch bemüht gewesen, ihrer Enkelin die zärtliche Sorgfalt der mütterlichen Liebe zu ersetzen. Im engsten Zusammenhange mit dem Hofe stand ferner der Jugendgenosse der Söhne des Königs Johann, Erbprinz Maximilian von Thurn

und Taxis, der seit 1858 mit der Prinzessin Helene von Bayern, älteren Schwester der Kaiserin von Oesterreich, vermählt, sich für die Zeit des Winters und Frühjahrs in Dresden ansässig gemacht hatte. In der von dem fürstlichen Paare bewohnten Villa an der Elbe, dem Elysium, wurde am 28. Mai die Prinzessin Elisabeth geboren, bei deren Taufe die Gemahlin des Kronprinzen, in Vertretung der Kaiserin Elisabeth von Oesterreich, Pathenstelle versah.*)

Kurz vorher hatte der Kronprinz an einer patriotischen Feier theilgenommen, die dem Andenken Friedrich Augusts II. gewidmet war. Während das für die Residenz bestimmte Denkmal des Königs noch mehrere Jahre der Ausführung harrte, hatte ein aus allen Ständen der Bevölkerung zusammengesetztes Komitee auf Anregung des damaligen Amtshauptmannes, späteren Polizeidirektors von Dresden, Karl Aemilius von Carlowitz, den Gedanken gefaßt, an einer Stelle des Landes, die der verewigte Monarch bei seinen botanischen Wanderungen mit Vorliebe aufzusuchen pflegte, auf einer Anhöhe über dem Muldethal bei Rochlitz, als Erinnerungszeichen einen Aussichtsthurm zu errichten, der am 18. Mai 1860 seiner Bestimmung übergeben wurde.

In diesen Tagen war es, daß Prinz Albert zum ersten Male sich des eigenen Grundbesitzes erfreuen durfte. Die unvollkommene Beschaffenheit des alten Max-Palais veranlaßte das kronprinzliche Paar auf die Erwerbung eines geeigneten Sommeraufenthaltes bedacht zu sein, der in der Nähe der Stadt gelegen sein sollte, um dem Kronprinzen die ungestörte Ausübung seiner Berufspflichten zu ermöglichen. Kaum eine Viertelstunde von

*) Die Prinzessin Elisabeth von Thurn und Taxis vermählte sich am 17. Oktober 1877 mit Don Miguel von Portugal, starb jedoch bereits am 7. Februar 1881.

Dresden entfernt, stand in dem Dorfe Strehlen ein altes Forsthaus, dessen Existenz sich bis in das 17. Jahrhundert verfolgen läßt. Es diente als Wohnung für den Hegereuter, der mit der Ueberwachung der Waldreviere von Blasewitz und Pillnitz, sowie später des Großen Gartens beauftragt war. Schon seit den Zeiten August des Starken bildete das Forsthaus Strehlen oder, wie es im Volksmunde hieß, das Rothe Haus, einen vielbesuchten Zielpunkt für die Ausflüge der Dresdner, denn die Insassen hatten in langjährigem Rechtsstreit gegen den Magistrat die Befugniß erstritten, auf ihrem Gehöft den Stadtleuten einen frischen Trunk kredenzen zu dürfen. In der Zeiten Wechsel hat das Rothe Haus manche Schicksale erlebt, bis es die heutige Gestalt der Königsvilla annahm. Während der Schlacht von Dresden wurde das Forsthaus gründlichst demolirt; der Sohn des Hegereuters mußte den Kaiser Napoleon als Führer durch die Pässe nach Böhmen begleiten. Nach den Kriegsstürmen nothdürftig wiederhergestellt, trat die Försterei im Jahre 1846 einen Theil des mit ihr zusammenhängenden Feldareals an die sächsisch-böhmische Eisenbahn ab, und im Jahre 1851, als die Beaufsichtigung des Großen Gartens an das Blasewitzer Revier überging, wurde das Rothe Haus mit dem noch übrig gebliebenen Garten- und Wiesenland für den Preis von 6400 Thalern zunächst an den Grafen Otto Vitzthum von Eckstädt und nach dessen bald darauf erfolgtem Tode an einen Dresdner Bürger verkauft, aus dessen Händen es der Kronprinz im Jahre 1858 erwarb.*) Von Jugend an besaß der Kronprinz, wie früher bemerkt, die Schaffensfreude des ländlichen Grundbesitzes, und seine Gemahlin stand ihm bei der nicht gerade leichten Aufgabe,

*) Nach den Akten der Forstverwaltung im Haupt-Staatsarchiv. Vergl. auch v. Schimpff: Aus dem Leben der Königin Carola, S. 63.

das alte Forsthaus in einen anmuthigen Herrensitz zu verwandeln, mit ihren zugleich haushälterischen und kunstsinnigen Neigungen rüstig zur Seite.

Am 30. Mai 1860 wurde die Villa bezogen; abends vereinigte sich der Sängerchor des meist aus Lehrern bestehenden Pestalozzivereins, dessen Protektorat die Kronprinzessin übernommen hatte, mit den Bewohnern der Gemeinde Strehlen zu einer Fackelserenade. Der erste fürstliche Gast, der in dem neuen Heim seinen Willkommensgruß abstattete, war am 21. Juni der Erzherzog Albrecht.

Inzwischen hatte in dem politischen Leben Deutschlands die durch die Ereignisse des Jahres 1859 erzeugte Spaltung der Parteien sich weiter entwickelt. Seitdem in dem westfälischen Frieden die unbedingte Landeshoheit der Fürsten und Stände endgültig festgesetzt worden war, bildeten die Bestrebungen der Trias eine stetig wiederkehrende Erscheinung in dem geschichtlichen Prozeß des deutschen Reiches. Niemals aber ist der Versuch der mittleren und kleineren Staaten, sich den Großmächten und namentlich Preußen als eine selbständige Partei gegenüberzustellen, energischer und planmäßiger hervorgetreten, als bei der Begründung der Würzburger Koalition, im November 1859. Ohne Weiteres wird das unparteiische Urtheil zugeben müssen, daß die Theilnehmer an dieser Verbindung nicht so unrecht hatten, wenn sie auf den Zustand der Nothwehr hinwiesen, in dem sie sich befanden. Mochte auch der Nationalverein, der überhaupt weniger durch thatsächliche Erfolge als durch die vorbereitende Bewegung der Geister für die zukünftige Gestaltung Deutschlands gewirkt hat, unter der staatsmännischen Leitung Rudolf v. Bennigsens mit großer Vorsicht die Klippe umsteuern, an welcher die Nationalversammlung gestrandet war, als sie

glaubte, die deutsche Verfassung aus eigener Machtvollkommenheit dekretiren zu können, so ließ sich doch nicht verkennen, daß die von den Eisenacher Beschlüssen ausgehende, über alle Gaue Deutschlands sich verbreitende Agitation für Herstellung einer einheitlichen Centralgewalt das historische Recht, auf welchem die Gesammtverfassung des Bundes und die Selbständigkeit seiner einzelnen Glieder beruhten, in Frage zu stellen drohte.

Die Aufrechterhaltung, Sicherstellung und Fortbildung des föderativen Prinzips der Bundesverfassung war und blieb in den nächsten Jahren das Grundthema in dem Programm der mittelstaatlichen Regierungen. Auf der anderen Seite aber wurde die gebieterische Nothwendigkeit einer umfassenden Reform des Bundesrechtes auf allen Gebieten des Handels und Gewerbes, des Verkehrs und der Gesetzgebung so ziemlich von allen Theilen anerkannt. Die Aufrichtigkeit des Willens bei den damaligen Versuchen der Reform kann Niemand in Abrede stellen. Schon bei der Versammlung in Würzburg wurde das ganze „schätzbare Material", das seit den Dresdner Konferenzen in dem Staub des Bundesarchivs vergraben lag, wieder hervorgesucht.

Sobald dann aber die Behandlung einzelner Fragen in Angriff genommen wurde, erhob sich sofort der Widerstreit der Meinungen und Interessen.

Am schärfsten traten die Gegensätze in der Frage der Reform des Bundeskriegswesens hervor. Die Erfahrungen des Jahres 1859 hatten gezeigt, daß der Widerspruch, den Preußen gegen die Anwendbarkeit der Kriegsverfassung des Bundes erhob, stark genug gewesen war, die Streitkräfte der Bundesstaaten von der Theilnahme an dem Kriege zurückzuhalten und damit überhaupt dem Bunde jedes selbständige Eingreifen in den Gang der Ereignisse unmöglich zu machen. Den Mittelstaaten

mußte Alles daran liegen, sofort nach beendetem Kriege die vertragsrechtlichen Bestimmungen in Bezug auf die Formation des Bundesheeres wieder zur Geltung zu bringen. Wenn sie zu diesem Zwecke am 20. Oktober in Frankfurt den Antrag auf Revision der Kriegsverfassung stellten, so lag darin der Beweis, daß man allerseits geneigt war, den Forderungen der öffentlichen Meinung, die gerade an den militärischen Einrichtungen die schärfste Kritik übte, entgegenzukommen. Die Wahrnehmungen, die sich aus der Mobilmachung des verflossenen Frühjahrs ergaben, waren — darüber herrscht heute nur eine Stimme — in der That nicht danach angethan, die Schlagfertigkeit des deutschen Heeres in glänzendem Lichte erscheinen zu lassen.

Auch der Kronprinz hatte in seiner Eigenschaft als designirter Führer des IX. Bundeskorps Gelegenheit genug gehabt, sich von den bestehenden Mängeln zu überzeugen. Sein Urtheil gestaltete sich um so freier und unbefangener, als die Armee seines engeren Vaterlandes die Stichprobe der Kriegsbereitschaft in ehrenvoller Weise bestanden hatte. Aber die Thatsache war nicht wegzuleugnen, daß in anderen deutschen Staaten die Vollendung der Rüstungen sich weit über die vorschriftsmäßige Zeit, theilweise sogar bis zu dem Abschluß des Waffenstillstandes verzögert hatte. Einen Hauptfehler erblickte der Kronprinz darin, daß es den einzelnen Kontingenten der gemischten Korps an Gleichmäßigkeit der Ausbildung und Bewaffnung, an engerer organischer Verbindung untereinander, mit einem Wort, an der zusammenfassenden Einheit der obersten Leitung gebrach. Wie weit der Mangel an Uebereinstimmung sich bis auf die Details erstreckte, lehrt das eine Beispiel, daß dasselbe Signal, welches bei den Württembergern den Befehl zum Angriff bedeutete, den Badensern das Zeichen zum Rückzug gab. Von verschiedenen

Seiten wurde damals der Vorschlag gemacht, für die gemischten Verbände schon in Friedenszeiten Korpskommandanten zu ernennen, die von einem ständigen Generalstab umgeben sein sollten, und deren Aufgabe es gewesen wäre, durch eine alle taktischen Verhältnisse umfassende organisatorische Thätigkeit den getrennten Heereskörpern einen festeren Zusammenhalt zu verleihen. Selbst an die Errichtung gemeinsamer Bildungsanstalten und Militäretablissements wurde dabei gedacht. Es entsprach ganz den fachmännischen Anschauungen des Kronprinzen, ja es ist zum Theil auf seine Anregung zurückzuführen, wenn die Regierung seines Vaters diese Verbesserungen beim Bundestage lebhaft befürwortete. Die Bemühung war jedoch vergeblich, denn der Kurfürst von Hessen beeilte sich, gegen die Einsetzung eines ständigen Oberkommandos für das IX. Bundeskorps Verwahrung einzulegen.*)

Der Schwerpunkt des mittelstaatlichen Revisionsantrages lag allerdings weit weniger in einer Verständigung über einzelne praktische Reformen des Kriegswesens, als in der Entscheidung über die gesammte Formation des Bundesheeres. Vor Allem war es die Frage des Oberbefehls, die zweifellos zu der Gegenstellung der Parteien seit dem Jahre 1859 den wesentlichsten Anstoß gegeben hat. Die verschiedenen Vorschläge für die Aenderung der Kriegsverfassung waren durch Beschluß des Bundestages einer besonderen Militärkommission in Frankfurt überwiesen worden, deren Bericht erst im Juli 1860 zur Vorlage an das Plenum gelangte. Schon Monate vorher aber war es ein öffentliches Geheimniß, daß in dem Schoße jener Kommission Meinungsverschiedenheiten bestanden, deren Ausgleichung

*) Protokolle des Bundestages, Sitzung von 5. Januar 1860, S. 4.

auf unüberwindliche Schwierigkeiten stieß. Das Programm der Würzburger Vereinigung gipfelte in der Forderung, daß unter allen Umständen an der Einheit der Bundesarmee nach Maßgabe der Kriegsverfassung des Bundes festzuhalten sei. Auch die Bundeskontingente der beiden deutschen Großmächte sollten dem Befehl des von dem Bunde zu erwählenden Oberfeldherrn unterworfen sein, während die Festsetzung des Verhältnisses der nicht zum Bundesverband gehörigen Bestandtheile des österreichischen und preußischen Heeres doch einige Skrupel erweckte und daher von Fall zu Fall besonderer Vereinbarung vorbehalten bleiben sollte. In dieser Nebeneinanderstellung des größten Theils der österreichischen wie der preußischen Armee einerseits und der Bundesarmee andererseits lag die systematische Durchführung einer Dreitheilung, an welcher die bundesstaatliche Partei festhielt.

Ebenso bestimmt beharrte der Prinz-Regent von Preußen auf der Zweitheilung des Bundesheeres, für die er sich bereits vor dem Beginn der Feindseligkeiten in Italien ausgesprochen hatte, und die bei den Konferenzen über die Vertheilung der Streitkräfte zu Berlin, im Juni 1859, zu Grunde gelegt worden war.*) In einem eigenhändigen Brief an König Johann, vom 17. Februar 1860, bezeichnet der Regent eine Kriegführung des deutschen Bundes ohne Mitwirkung Oesterreichs und Preußens als eine Unmöglichkeit. „Daß aber," so lautet seine Schlußfolgerung, „wenn diese Armeen zum Bunde hinzustoßen, keine der beiden Großmächte ihre Armee unter einen Bundesfeldherrn stellen wird, ist klar wie der Tag. Man hat dann drei statt einem Kommando, wenn der Bund einen Feldherrn konstituiren will. Deshalb schlug ich die Zweitheilung von Neuem vor, wie

*) Vergl. S. 58.

sie mein Bruder 1840 vorschlug, wo sie allgemein angenommen wurde, und wie ich sie im April vorigen Jahres vorschlug und Oesterreich sie annahm." Die Nothwendigkeit eines gemeinsamen Oberbefehls bei der Zweitheilung betrachtete der Prinz als selbstverständlich. Er sagte: „Noch fühle ich Muth und Kraft, das Kommando selbst zu führen. Der Kaiser Franz Joseph gewiß auch, so daß die Kooperation gesichert ist. Sollte dermaleinst, wie in den Jahren 1813 bis 1815, ein großes Monarchen-Hauptquartier sich konstituiren, welches die Oberleitung der Operationen übernimmt, so würde immer die Zweitheilung doch zu bestehen haben." Der Regent erwähnte bei dieser Gelegenheit die sehr bemerkenswerthe Thatsache, daß Kaiser Franz Joseph, jedenfalls von politischen Erwägungen geleitet, die sich aus der Lage der europäischen Verhältnisse ergaben, ihn wiederholt ersucht habe, den Oberbefehl über die Bundesarmee auf eine Reihe von Jahren anzunehmen. „Daß mir der Kaiser Franz Joseph", so schrieb er dem König, „jetzt erneut auf fünf Jahre die Oberfeldherrnstellung angetragen hat, ist sehr flattant für mich, kann mich aber von meinem Zweitheilungsprinzip nicht abbringen, welches ich also mit erneuter Energie am Bundestage vorbringen werde. Daß auch die Würzburger jetzt die Nothwendigkeit einer Militärrevision vom Bundestage, die umfassend sein muß, einsehen, spricht für meine etwas ledernpraktische Natur, die sich nicht auf Theoreme und Phrasen einläßt, sondern immer mit praktischen Dingen aufzutreten suchte." Ganz im Tone der langjährigen Freundschaft schloß der Brief mit den Worten: „Schließlich darf ich Dich ersuchen, mich den beiden Königinnen zu Füßen zu legen und Deinen Söhnen und Carola tausend Liebes zu sagen. Dein treuer Freund Wilhelm."

Zu einer weiteren Erörterung der Bundesfeldherrnfrage führte dann bekanntlich der Fürstenkongreß in Baden-Baden, der auch in anderer Beziehung den wichtigsten Zeitereignissen des Jahres 1860 beizuzählen ist. Die nationale Einigung Italiens hatte in unaufhaltsamem Fortschreiten die Präliminarien von Villafranka und die Festsetzungen des Züricher Friedens so weit überholt, daß von der Gültigkeit derselben keine Rede mehr sein konnte. Der Anschluß der Herzogthümer und der Romagna an Sardinien mußte als eine vollendete Thatsache betrachtet werden. Napoleons Versuche, den gärenden Elementen, deren Entfesselung zum größten Theile sein Werk war, durch den Schiedsspruch eines europäischen Kongresses Stillstand zu bieten, waren gescheitert. Das Unternehmen des Letzten der Condottieri, Garibaldi, der am 11. Mai mit seiner kleinen Schar bei Marsala landete, mußte den Kaiser vollends belehren, daß das Steuer der italienischen Bewegung nicht mehr in seinen Händen ruhte. Aus der isolirten Stellung, in die Frankreich gerathen war, entsprang der maßgebende Beweggrund für das Anerbieten einer persönlichen Aussprache über die politische Lage Europas, welches der Kaiser an den Regenten von Preußen richtete.

Wenn durch unbeabsichtigte Umstände die Zusammenkunft mit Napoleon sich zu einem Kongreß der deutschen Fürsten erweiterte, so entsprach dies ganz den Wünschen des Regenten. Ehe die Begegnung mit Napoleon feststand, hatten die Monarchen von Bayern und Württemberg ihren Besuch in Baden-Baden angekündigt. Am 13. Juni in aller Frühe erschien der König von Hannover in Berlin und ließ durchblicken, daß er auf die Theilnahme an den Besprechungen in Baden großes Gewicht lege. Der Prinz schildert in einem Schreiben an König Johann vom 13. den Vorgang mit einer leisen humoristischen Färbung,

die zu der Grundstimmung seines Charakters gehörte: „Diesen Morgen, als ich im tiefsten Negligee mich befand, läßt sich ohne alle Annonce der König von Hannover bei mir melden! Mein Erstaunen war mehr als groß! Der langen Rede kurzer Sinn war nun der, daß er wünschte, nach Baden zu gehen, wenn ich es erlaubte. Meine Antwort konnte nur sein, daß ich nichts zu erlauben oder zu verbieten hätte in dieser Frage und seinem Grund, daß auch durch sein Erscheinen daselbst der deutschen Einigkeit vis-à-vis der Revindikation*) ein größerer Nachdruck gegeben würde, durchaus nichts entgegensetzen könne." Dieser Zwischenfall bewog den Prinzen, sofort eine Einladung an König Johann zu erlassen, damit nicht das Ausbleiben des sächsischen Herrschers Anlaß zu Mißdeutungen gäbe.

Der König säumte keinen Augenblick, sich zu der Reise zu entschließen. Der Empfang, den der Prinz-Regent ihm bereitete, war ein überaus herzlicher. Bei der ersten Begegnung im „Englischen Hof" am 16. Juni, in Gegenwart des Königs von Bayern, nahm der Prinz von Preußen Veranlassung, auf die Vorgeschichte der Entrevue einzugehen, und erwähnte dabei, daß der Kaiser der Franzosen ihm vor einiger Zeit die Erwerbung der dänischen Herzogthümer habe anbieten lassen, natürlich gegen ein entsprechendes Aequivalent zu Gunsten Frankreichs. Trotz der unbedingten Zurückweisung, welche dieser Vorschlag von seiner Seite erfahren, hielt der Regent eine Wiederholung ähnlicher Anerbietungen nicht für unmöglich. In diesem Falle, so fügte er hinzu, werde er jede Abtretung deutschen Landes, sowie jede Beeinträchtigung der deutschen Fürsten und Staaten mit höchster

*) Anspielung auf den von Napoleon bei der Einverleibung Nizzas und Savoyens gebrauchten Ausdruck für die Rückforderung der „natürlichen Grenzen".

Bestimmtheit zurückweisen. Sollte Napoleon versichern, daß ihm alle Eroberungspläne fern lägen, so werde er dies bestens annehmen, „ohne ihm Glauben zu schenken“.

Als dann am 18. Juni die vereinigten Fürsten bei dem Prinz-Regenten erschienen, um dessen Bericht über seine Besprechung mit Napoleon entgegenzunehmen, richtete zunächst der Senior unter ihnen, König Wilhelm von Württemberg, eine Anrede an den Prinzen; dann ergriff König Johann das Wort, indem er, anknüpfend an die historische Erinnerung des Tages, die Hoffnung aussprach, daß die heutige Versammlung in den Beziehungen zu Frankreich ein friedliches Waterloo herbeiführen werde. „Wenn diese Hoffnung getäuscht wird,“ fügte er hinzu, „würden wir Alle zu einem ernstlichen Waterloo zusammenstehen!“

Ganz Europa betrachtete als das Hauptergebniß der Entrevue die Befestigung der Friedensaussichten, die den Wünschen sämmtlicher Mächte entsprach. Weniger erfolgreich verliefen die Berathungen über die inneren Angelegenheiten des deutschen Reiches, obwohl auch in diesen Fragen, nach den Aeußerungen des Königs Johann, eine gewisse Tendenz der Annäherung und Verständigung vorhanden war. Mit besonderem Eifer wurde in den Konferenzen der deutschen Fürsten, an denen der Prinz-Regent und der Großherzog von Baden nicht betheiligt waren, über die Reform der Kriegsverfassung des Bundes debattirt. Die Verhandlungen führten zu dem Entwurf einer Militärkonvention, durch welche die Gliederung der einzelnen Heereskörper, zunächst in den äußeren Umrissen, festgestellt werden sollte. Der leitende Gedanke war und blieb die Aufstellung dreier Operationsarmeen: neben der österreichischen und der preußischen die vier Bundeskorps, zu einer selbständigen taktischen Einheit zusammengefaßt,

unter einem von den betheiligten Regierungen zu erwählenden Feldherrn. Was dagegen die oberste Führung des gesammten Bundesheeres betraf, so sollte, nach einem von allen Seiten angenommenen Vermittelungsvorschlag des sächsischen Monarchen, die Entscheidung darüber vertrauensvoll in die Hände der Großmächte gelegt werden.*)

Im Auftrage der Fürsten hat König Maximilian II. in einer längeren Unterredung am 19. Juli diese Grundzüge für die Reform der Kriegsverfassung dem preußischen Herrscher dargelegt und dessen Zustimmung beantragt. Der Prinz-Regent unterließ nicht, seine Bedenken gegen die militärische Trias von Neuem hervorzuheben, aber er erklärte sich bereit, die Konvention, sobald dieselbe ausgearbeitet sei, einer sorgfältigen Prüfung zu unterziehen.

Außer den hier erörterten Fragen kam namentlich auch die Stellung des Bundes gegenüber den Bestrebungen des Nationalvereins zur Sprache, und gerade dieser Gegenstand, der in zwangloser Unterhaltung zwischen den Fürsten und dem Prinzen von Preußen besprochen wurde, rief eine lebhafte Debatte hervor. Die Absicht eines Einschreitens gegen den Verein durch polizeiliche Verbote der Bundesgesetzgebung wurde von dem Regenten mit Entschiedenheit abgelehnt, unter Hinweis auf das warnende Beispiel der Karlsbader Beschlüsse, die für alle Theile Unheil gestiftet hätten. Ebenso unumwunden aber bekannte der Prinz sich zu dem Grundsatz, daß eine erfolgreiche Reform der Bundesverfassung nur von übereinstimmenden Beschlüssen der deutschen Fürsten zu erwarten sei.

*) Der Vermittelungsvorschlag des Königs ist zuerst bekannt geworden durch H. v. Sybel, Begründung des Deutschen Reiches IV. S. 362.

Kurz vor der Abreise von Baden-Baden, am 19. Juni vormittags, wurde dem König ein glückliches Familienereigniß gemeldet, die am frühen Morgen erfolgte Geburt der ersten Tochter des Prinzen Georg. Nach der Ankunft in Dresden, am 20. früh, fuhr der König unmittelbar vom Bahnhof in das Prinzen-Palais, um seinen Glückwunsch abzustatten, und wohnte daselbst einige Stunden später, in Gemeinschaft mit der Königin, dem Kronprinzen und dessen Gemahlin, der Taufe seiner Enkelin bei, die nach der Mutter den Hauptnamen Marie erhielt. Einige Tage später, 2. Juli, wurde in der Schloßkapelle zu Pillnitz, wieder im Beisein des Kronprinzen, die Firmung seiner jüngsten Schwester, Prinzessin Sophie, vollzogen.

Mündliche Erzählungen und schriftliche Aufzeichnungen des Vaters, der bei den Verhandlungen der Fürsten eigenhändig die Protokolle aufgenommen und außerdem ein Tagebuch über seine Erlebnisse geführt hatte, machten den Prinzen mit allen Einzelheiten der Vorgänge in Baden-Baden bekannt. Von besonderem Interesse für ihn waren die Mittheilungen über das Privatgespräch, das der König am 17. Juni mit Napoleon gehabt hatte. Was den persönlichen Eindruck anbetraf, so lautete das Urtheil günstig; die politische Haltung des Kaisers dagegen hatte dem König kein volles Vertrauen eingeflößt. In seinen Notizen findet sich die Bemerkung: „Klare Ansichten und bestimmte Aeußerungen scheinen nicht die Gewohnheit des Kaisers zu sein, sondern mehr eine glückliche Benutzung der Umstände und nach diesen auch eine veränderte Handelsweise. Die inneren Verhältnisse Frankreichs mögen wohl auf einen solchen Charakter den entscheidenden Einfluß haben.“ Wenn der Kronprinz ferner den Erörterungen über die Reform der Bundeskriegsverfassung eine hervorragende Theilnahme widmete, so war das nicht nur eine Folge seiner

Stellung als Chef der Infanterie, sondern es lag dazu noch eine besondere Veranlassung vor. Um die Vorarbeiten für den endgültigen Entwurf der in Baden-Baden verabredeten Militärkonvention weiter zu fördern, traf am 25. Juni der württembergische Staatsminister Freiherr v. Hügel in Dresden ein. Die Aufrechterhaltung der unbeschränkten Kriegsherrlichkeit im Bereiche der Einzelstaaten, an welcher der Entwurf festhielt, deckte sich mit den Anschauungen des sächsischen Thronfolgers, wie sie damals überhaupt in den militärischen Kreisen des außerpreußischen Deutschland den maßgebenden Gesichtspunkt bildete. Allein da es sich bei der Konvention zugleich um die Aufstellung des Bundesheeres für den Kriegsfall handelte, so mußten auch die rein militärischen, namentlich die strategischen Fragen zu ihrem Recht gelangen. Bezeichnend für die Stimmungen jener Tage ist, daß dabei, trotz der Friedensversicherungen Napoleons, einzig und allein der Krieg gegen Frankreich im Auge behalten wurde. Wie wir sahen, hatte der Kronprinz schon im März 1859, als die ersten Pläne für die Vertheidigung der deutschen Westgrenze in Erwägung gezogen wurden, den Rath ertheilt, die Hauptkraft der außerpreußischen Bundestruppen am Oberrhein zu vereinigen.*) Derselbe Gedanke tritt auch in dem Entwurf der Militärkonvention von 1860 hervor, nach deren Angabe die gesammte Heeresmacht Deutschlands in der Weise vertheilt werden sollte, daß die preußische Armee den nördlichen und die österreichische den südlichen Flügel formirten, während die vier Bundeskorps der nord- und süddeutschen Staaten als selbständiges Glied vom Centrum aus in die Operationen eingreifen sollten.

Noch von einem anderen Ereigniß, das mit dem Fürstenkongreß von Baden in innerem Zusammenhange stand, wurde

*) Vergl. S. 40.

der Kronprinz nahe berührt. Die Vorgänge in Italien, wo nach der revolutionären Erhebung und Loslösung Siziliens nicht nur das Königreich Neapel, sondern auch der Kirchenstaat und das venetianische Gebiet von schweren Gefahren bedroht waren, hatten in Baden dem König Maximilian II. Anlaß gegeben, dem Prinz-Regenten von Preußen die Aussöhnung mit Oesterreich ans Herz zu legen. Den ersten Schritt dazu hatte Prinz Wilhelm bereits gethan, indem er den Kaiser Franz Joseph von dem Verlauf seiner Begegnung mit Napoleon unterrichtete; ebenso waren die Bemühungen des bayerischen Monarchen in Wien um eine persönliche Zusammenkunft zwischen dem Kaiser und dem Regenten von Erfolg begleitet. In der Absicht, hierüber Bericht zu erstatten, begab sich König Maximilian mit seiner Gemahlin nach Berlin, und auf dem Wege dorthin verweilte er vom 3. bis 5. Juli am sächsischen Hofe. Das Zusammentreffen des Kaisers und des Regenten sollte am 25. Juli in Teplitz stattfinden. Der Kronprinz, der am 13. nach Baden-Baden gereist war, wo die Prinzessin Carola sich seit einigen Wochen zur Kur aufhielt, traf am 25. früh wieder in Leipzig ein, um den Prinz-Regenten, der, aus Koblenz kommend, seinen Besuch angemeldet hatte, zu empfangen und nach Dresden zu geleiten. Nachdem der König mit dem Prinzen Wilhelm in dem Mosczinskyschen Palais, der Wohnung des preußischen Gesandten v. Savigny, eine längere Unterredung gehabt hatte, waren die Fürstlichkeiten zur Mittagstafel in Pillnitz vereinigt, bis der Regent die Fahrt nach Teplitz fortsetzte.

Der Entrevue folgte der Besuch des Kaisers Franz Joseph. Die Prinzen Albert und Georg begrüßten am 27. Juli den österreichischen und preußischen Herrscher, in deren Gefolge sich die Minister Graf Rechberg und Fürst von Hohenzollern befanden,

in Bodenbach. In Niedersedlitz erwartete König Johann die Fürsten; der Prinz-Regent trat von hier die Rückreise nach Berlin an, während der Kaiser bis zum 28. in Pillnitz blieb und bei dieser Gelegenheit das Landhaus in Strehlen zum ersten Male in Augenschein nahm.

Aus bester Quelle, durch den Bericht seines Kaiserlichen Vetters, erfuhr der Kronprinz den Inhalt der Besprechungen von Teplitz. Es konnte ihm nur zur Freude gereichen, daß der Hauptzweck derselben, die Wiederanknüpfung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den deutschen Großmächten, eine wesentliche Förderung erfahren hatte. Soweit es sich um die Verwickelung in einen Krieg mit Sardinien handelte, hatte Oesterreich keinen Anspruch auf die Hülfe Preußens erhoben und zugleich erklärt, sich jedes Angriffs enthalten zu wollen. Dagegen war preußischerseits die Theilnahme Frankreichs an dem Kampfe als Kriegsfall anerkannt, ebenso österreichischerseits ein Gewaltstreich Napoleons gegen Belgien, Holland oder die Schweiz. Beide Freunde glaubten an die Fortdauer der aggressiven Pläne des Kaisers der Franzosen: trat dieser Fall ein, so schien die Wiedereroberung der Lombardei mit Hülfe des Bundes nicht ausgeschlossen.

In den deutschen Angelegenheiten freilich hatten die Besprechungen zu keinem positiven Ergebniß geführt, aber es zeugte von dem gemeinsamen Streben nach einer Verständigung, wenn der Kaiser und der Prinz-Regent übereingekommen waren, die Reform der Kriegsverfassung des Bundes, die bei der damaligen Lage der Dinge den eigentlichen Knotenpunkt in der Verkettung der Parteien bildete, zur Prüfung an eine österreichisch-preußische Kommission zu verweisen.

Fast gleichzeitig mit der Teplitzer Zusammenkunft, am 26. Juli, wurde in Frankfurt der Bericht des Bundesausschusses über die

Reformfrage vorgelegt, und unmittelbar darauf, in den ersten Tagen des August, versammelten sich zu Würzburg die Kriegsminister der Mittelstaaten, um den Entwurf der in Baden-Baden verabredeten Konvention festzustellen. Namentlich die Frankfurter Verhandlungen bieten noch heute ein historisches Interesse dar, denn sie werfen ein helles Licht auf die Anschauungen und Ueberzeugungen, die nicht nur in dem engeren Vaterlande des sächsischen Kronprinzen, sondern mit geringen Ausnahmen bis 1866 für die Politik der außerpreußischen Bundesregierungen maßgebend waren. „Der Bund stellt die völkerrechtliche Einheit der deutschen Nation dar," hieß es in dem Bericht des Militärausschusses, „in keinem anderen Institut des Bundes ist die Idee der Einheit so ausgeprägt wie im Heere, und die Auflösung dieser Einheit müßte die Existenz des Bundes untergraben." *) Nicht minder bedeutsam tritt ein anderer Gesichtspunkt hervor, der die Berechtigung der mittelstaatlichen Politik aus dem geschichtlichen Leben der deutschen Stämme herzuleiten sucht. An die Thatsache anknüpfend, daß im Vergleich zu Oesterreich und Preußen die Volkssubstanz der mittleren und kleineren Staaten in weit höherem Maße auf dem ausschließlich nationalen Element beruhe, fährt der Bericht fort: „Die Bevölkerung dieser Staaten ist rein deutsch und trägt in ihrem Schoße die reichsten und schönsten Erinnerungen politischer Macht, bürgerlicher Entwickelung, wissenschaftlicher, künstlerischer und gewerblicher Blüthe der deutschen Nation; ihr gegenwärtiger Bildungsstand ist in jeder Richtung der Vergangenheit würdig, und sie steht an politischer Einsicht, an Vaterlandsliebe, an Muth, Tapferkeit und Hingebung keinem anderen deutschen Stamme nach. Auf jedem Blatt der

*) Bundesprotokolle 1860, S. 368.

deutschen Geschichte stehen die Namen der Sachsen, Bayern, Schwaben, Franken und ihrer Fürsten und Feldherren ruhmvoll verzeichnet. Und das Alles sollte nun ausgestrichen und vergessen sein und keine Geltung und keine Stimme mehr haben, wenn es sich um die Wehrkraft der Nation und um den Kampf für das Vaterland handelt? Dieser Kern der deutschen Nation und des deutschen Bundes sollte im Kriege nur als Anhängsel der Armeen von Oesterreich und Preußen erscheinen, unfähig, aus seiner Mitte jemals einen Feldherrn zu stellen, ja sogar unfähig zur Berufung des Truppenführers mitzuwirken?"

Wie ungerechtfertigt die in dem letzten Satze ausgedrückte Befürchtung war, das sollte sich ein Jahrzehnt später gerade in dem Leben des Kronprinzen zeigen. Nach dem siegreichen Eingreifen der Sachsen in der Schlacht von St. Privat hat König Wilhelm nicht einen Augenblick Bedenken getragen, seine besten Regimenter der Führung des sächsischen Thronfolgers anzuvertrauen. Die Zeit, die dem Kampfe des Jahres 1866 voraufging, war von anderen Auffassungen beherrscht. Seitdem Preußen im Jahre 1850 die Leitung der Geschicke Deutschlands aus der Hand gegeben hatte, bildete auch für den Kronprinzen das Sondergefühl der deutschen Stämme die Grundlage seiner politischen Anschauungen. Auch er erblickte in der Wahrung der kriegsherrlichen Rechte ein wesentliches Moment für die Erhaltung der politischen Selbständigkeit des deutschen Fürstenthums.

Die Würzburger Konvention vom 5. August trug dem Vermittelungsvorschlage des Königs von Sachsen insoweit Rechnung, als bei der Theilnahme Oesterreichs und Preußens an einem Bundeskriege das Verhältniß des Führers der Bundesarmee zu dem Generalkommando von den Großmächten bestimmt werden sollte. Wenn nur eine der beiden Vormächte in voller Kriegs-

stärke aufträte, hatte diese die Entscheidung zu treffen. Die Voraussetzung dabei war jedoch, daß sowohl die Einheitlichkeit des Oberbefehls, nach den Satzungen der Kriegsverfassung, als die organische Verbindung der Bundeskontingente unter sich, mit Ausnahme etwaiger Detachirungen, unangetastet bliebe.

Es entsprach den eigensten Wünschen des Königs Johann, daß diese Vereinbarung zunächst nicht dem Bundestage, sondern einer österreichisch-preußischen Kommission zur Begutachtung vorgelegt werde. Die angebahnte Aussöhnung der deutschen Hauptmächte erweckte in ihm neue Hoffnungen auf eine weitere Verständigung über die Bundesreform. Sie erschien ihm zugleich als die sicherste Bürgschaft für die friedliche Gestaltung der europäischen Verhältnisse, deren Förderung er fort und fort als eine der vornehmsten Aufgaben seiner Regierung betrachtete. In dieser Hinsicht verdient es Erwähnung, daß der König sich damals mit dem Gedanken beschäftigte, eine Zusammenkunft zwischen der Königin Viktoria und dem Kaiser Franz Joseph zu vermitteln. Die Königin beabsichtigte, im September das Geburtsland ihres Gemahls zu besuchen, wo sie einige Zeit mit dem kronprinzlichen Paare von Preußen und dessen ältestem Sohne, dem jetzigen Kaiser Wilhelm II., zu verleben gedachte. Kronprinz Albert sollte die Beherrscherin des britannischen Reiches bei der Durchreise in Frankfurt bewillkommnen und ihr eine Einladung nach Dresden überreichen. Der Plan mußte jedoch aufgegeben werden, weil die Königin während ihres Aufenthaltes in Deutschland jede Erörterung politischer Fragen zu vermeiden wünschte.

Während der Herbstmonate des Jahres 1860 wurde der Kronprinz hauptsächlich von militärischen Aufgaben in Anspruch genommen. Die Manöver führten ihn am 20. September nach Oschatz zu einer Besichtigung der Ersten Reiterbrigade vor dem

König, am 22. nach Leipzig zu einem Exerziren der Zweiten Reiterbrigade und vom 27. bis zum 29. wieder nach Oschatz, wo Felddienstübungen einer Division veranstaltet wurden. Die wichtigste Angelegenheit aber, welche damals alle Fachkreise der deutschen Heere beschäftigte, war die Neubewaffnung der Artillerie. Der Kronprinz, der, wie erwähnt,*) schon in jungen Jahren sowohl den praktischen Dienst als den technischen Theil des Geschützwesens von Grund aus kennen gelernt hatte, widmete gerade diesem Gegenstand ein lebhaftes Interesse. Seit Jahr und Tag schwebten am Bundestage Verhandlungen über die Einführung der gezogenen Geschütze nach preußischem Muster. Die sprichwörtliche Langsamkeit, mit der die Dinge in der Eschenheimer Gasse reiften, veranlaßte den König, diese Frage, die er in Uebereinstimmung mit seinem Sohne als eine der nothwendigsten Vorbedingungen für die gleichmäßige Ausrüstung der Bundeskontingente betrachtete, auf eigene Hand zu erledigen. Schon bei der persönlichen Begegnung im Juli hatte er den Prinz-Regenten, der sich eingehend über die Vorzüge der neuen Feuerwaffe aussprach, um Ueberlassung eines Modells ersucht. Der Wunsch wurde von dem Prinzen von Preußen bereitwilligst gewährt. Aus Ostende schrieb der Regent am 6. August an den König mit Bezug auf die für Sachsen in Bereitschaft gesetzte Stahlkanone: „Wenn andere Staaten sie auch von uns annehmen wollten, so würde in diesem Ausrüstungspunkt die erste Einigkeit der deutschen Armee stattfinden.“**) Die Prinzen, Offiziere aller Waffengattungen und selbst die Kadetten beeilten sich, das in dem alten Zeughaus, dem jetzigen Albertinum, auf-

*) Vergl. Theil I., S. 124.

**) Die gesperrt gedruckten Worte sind in dem eigenhändigen Original unterstrichen. (Königl. Hausministerium.)

gestellte Geschütz, dessen Konstruktion von Unteroffizieren der preußischen Feuerwerkerschule erläutert wurde, in Augenschein zu nehmen. Die Zahl der bei Preußen bestellten Geschütze stieg bald auf dreißig, und die Schießversuche ergaben nach einstimmigem Urtheil, dem sich auch der Kronprinz und der Kommandant der Artillerie, Generallieutenant v. Rouvroy, anschlossen, ein glänzendes Resultat. Der Prinz-Regent, dem der König hiervon Nachricht gab, antwortete am 8. November scherzend: „Wie freue ich mich, daß Dir mein „Unionsgeschütz“ so gefallen hat.“

Der Kronprinz hatte am 11. Oktober mit dem König, der Prinzessin Amalie, der Kronprinzessin und seinem Bruder Georg der Einweihung des Denkmals für Carl Maria v. Weber beigewohnt, eines Meisterwerkes von Ernst Rietschel, dessen Standort in der gärtnerischen Umgebung des Zwingers, nahe dem Hoftheater, mit künstlerischem Verständniß ausgewählt war. Dann folgten Jagdausflüge, am 21. Oktober zum Herzog von Braunschweig nach Sibyllenort, am 29. zum Kaiser nach Ischl. Die Absicht des Kronprinzen, vor der Eröffnung des 10. Landtages der sächsischen Monarchie, am 6. November, wieder in Dresden einzutreffen, mußte aufgegeben werden, da ein starkes Schneetreiben, welches die Eisenbahnen unwegsam machte, ihn bis zum 11. November in Wien zurückhielt.

Vor Schluß des Jahres und im Januar 1861 verhängte das Auftreten einer hartnäckigen Epidemie, die zuerst in dem Hause des Kronprinzen zum Ausbruch kam, trübe Tage über die königliche Familie. Kurze Zeit nach der Uebersiedelung des Hofstaates von der Villa in Strehlen nach der städtischen Winterresidenz, am 26. November, erkrankte die Kronprinzessin unter heftigen Fiebererscheinungen an den Masern, deren Ansteckungsstoff sie sich bei ihrer Beschäftigung mit der Armenpflege, durch

Uebertragung aus dem Hause einer Arbeiterin, zugezogen hatte.*) Der Verlauf war bei der Prinzessin Carola ein ziemlich gutartiger, dagegen litt der Kronprinz an starken katarrhalischen und nervösen Beschwerden bis zur vollständigen Entwickelung des Exanthems am 7. Dezember. Am Geburtstage des Vaters, 12. Dezember, war auch für ihn jede Gefahr beseitigt, aber noch vor Weihnachten wurden die Königin Amalie, der König, die Prinzessinnen Sidonie und Sophie, die kleine Erzherzogin Antoinette und zuletzt die Königin-Wittwe Marie von derselben Krankheit heimgesucht. Alle Festlichkeiten für den Neujahrstag, auch der übliche Morgengruß durch die Hoftrompeter, mußten unterbleiben. Am 2. Januar 1861 traf die Trauerbotschaft vom Tode des Königs Friedrich Wilhelms IV. ein, der in der ersten Morgenstunde nach jahrelangen, mit glaubensvoller Ergebung überstandenen Leiden sanft entschlummert war. Dem König würde es ein Bedürfniß des Herzens gewesen sein, der Zwillingsschwester seiner Gemahlin, Königin Elisabeth, mit der er seit beinahe 40 Jahren in freundschaftlichstem Verkehr stand, sein Beileid persönlich zu bezeugen, aber sein Gesundheitszustand verbot ihm die Betheiligung an der Trauerfeierlichkeit. Auch gegen die Stellvertretung durch den Kronprinzen erhob der Leibarzt Dr. Ammon dringenden Einspruch. Erst am 8. Januar durfte der Prinz sich zu der Reise nach Berlin entschließen. Sein Gefolge bestand aus dem Generallieutenant v. Hake, dem Major im Garde-Reiterregiment Senfft von Pilsach und dem zweiten Adjutanten Oberlieutenant v. Radke. Auf die Nachricht, daß für den Prinzen Zimmer im „Hotel du Nord" bestellt seien, beeilte sich der preußische Hof, ihm Wohnung im Schlosse

*) Vergl. v. Schimpff, Aus dem Leben der Königin Carola, S. 61.

anzubieten. Von dem Kronprinzen Friedrich Wilhelm empfangen, begab der Prinz sich zunächst zu König Wilhelm, dem er die Glückwünsche seines Vaters zum Antritt der Regierung überbrachte, dann nach Sanssouci, wo er längere Zeit bei der Königin-Wittwe verweilte. Von allen Seiten wurde er mit der größten Zuvorkommenheit aufgenommen, zumal man wußte, daß er noch in der Genesung begriffen war; wie die vorliegenden Zeugnisse bekunden, besaß der sächsische Thronfolger schon damals in hohem Grade die Zuneigung Wilhelms I. und der Königin Augusta.

Während der nächsten Monate folgte der Kronprinz mit lebhafter Theilnahme den Arbeiten der Ständeversammlung.

Die Session des Landtages begann in einer politisch sehr bewegten Zeit. Nach der Kapitulation von Capua, 2. November, vermochte Franz II. von Neapel mit dem Rest seiner Getreuen nur noch in der Felsenfestung von Gaëta Widerstand zu leisten. König Johann, von den Ereignissen jenseits der Alpen schmerzlich berührt, erwähnte in der Thronrede die Erschütterung aller Grundsätze des Völkerrechtes, die in den italienischen Begebenheiten zur Erscheinung gelangte, und bezeichnete das feste Zusammenhalten aller deutschen Regierungen auf der Bahn des Rechts und im föderativen Sinne als die beste Bürgschaft für die Zukunft. Dies gab den Anlaß, daß die Zweite Kammer unmittelbar nach Beginn der Sitzungen die Frage der Bundesreform in Anregung brachte. Bereits am 17. November wurde von liberaler Seite die Schaffung einer deutschen Centralgewalt und einer Volksvertretung am Bunde beantragt. Wenn der Freiherr v. Beust später bei Abfassung seiner Memoiren, im Rückblick auf jenen Vorgang, den Landtag von 1860 und 1861 „mit dem parlamentarischen Purgatorium von 1849“ verglichen

hat,*) so drückt er sich allzu tragisch aus, denn der Kammer schwebte zunächst kein anderer Zweck vor, als das Ministerium zu einer Aeußerung über den Stand der deutschen Frage zu bewegen, und diese Ansicht wurde auch von den Konservativen getheilt. Die Kammer verwies den Antrag einstweilen ohne weitere Debatte einstimmig an einen Ausschuß, und dieser ließ sich zur Erstattung seines Berichts mehrere Monate Zeit.

Der weitere Verlauf der Session führte dann allerdings zu der Wahrnehmung, daß die überwiegend konservative Strömung, die sich seit einem Jahrzehnt in Sachsen bemerkbar machte, nicht mehr der öffentlichen Meinung des Landes entsprach. Im Laufe der Zeit war eine Partei entstanden, die in der Behandlung sowohl der deutschen wie der inneren Angelegenheiten den Ideen des Fortschritts huldigte. Diese Neubildung hatte nicht allein in breiteren Schichten des städtischen Bürgerthums, sondern hier und da auch unter den Vertretern des bäuerlichen Grundeigenthums Boden gewonnen. Im Januar 1861 bemühte sich eine Fraktion der Zweiten Kammer um die Wiederaufnahme der Wahlreform von 1849, indem sie die Verallgemeinerung des Wahlrechts, namentlich Beseitigung der Wahlen nach Berufsklassen, mit anderen Worten, Umwandlung des ständischen in das repräsentative System, verlangte. Die große Mehrheit der sächsischen Abgeordneten aber empfand keine Neigung, sich auf die noch nicht vergessenen Experimente des „Unverstandslandtages“ einzulassen. Das Ergebniß der Agitation war daher ein sehr geringfügiges; es bestand lediglich in der Erhöhung der Vertreter des Fabrik- und Handelsstandes von

*) Aus drei Vierteljahrhunderten. I, S. 271.

fünf auf zehn und einer unbedeutenden Herabsetzung des Census.*)

Demnächst beschäftigte sich der Landtag mit der Gewerbeordnung, die nach jahrelangen Vorbereitungen unter Leitung des Kronprinzen jetzt ihren Abschluß finden sollte. Bei der siebzehntägigen Berathung der Zweiten Kammer tauchten noch einmal alle Bedenken gegen die Beseitigung der monopolistischen Vorrechte des Zunftwesens auf, und auch die fakultative Beibehaltung der Innungen beschwichtigte dieselben nicht völlig. Dennoch gelang es dem sehr sachkundigen Referat des ehemaligen Staatsministers Dr. Georgi, den Vortheilen, die sich von der Durchführung der gewerblichen Reform für die freie Bewegung des industriellen Lebens in Sachsen erwarten ließen, allgemeine Anerkennung zu verschaffen. Die Annahme erfolgte gegen eine einzige Stimme, und auch die Erste Kammer erklärte sich am 22. Februar mit zweiunddreißig gegen fünf Stimmen für das Gesetz. Die Erkenntniß, daß die Gewerbeordnung von 1861 bereits die Keime der Entwickelung in sich enthielt, welche später die Reichsgesetzgebung auf dem Gebiete des Gewerberechtes und des Schutzes der dabei betheiligten Berufsklassen ins Leben rufen sollte, lag natürlich noch im Schoße der Zukunft verborgen. Aber schon damals hat gerade der sächsische Landtag mit Nachdruck auf die Nothwendigkeit einer einheitlichen Regelung des Gewerbewesens in ganz Deutschland hingewiesen.**)

Eine ähnliche Erscheinung wiederholte sich bei den gesetzgeberischen Akten der Rechtspflege, die damals in Sachsen vollzogen wurden. In fünf Jahresperioden, seit 1856, und mehr

*) Vergl. R. v. Friesen, Erinnerungen II, S. 41, und das Gesetz vom 19. Oktober 1861.

**) Mittheilungen der Zweiten Kammer I, S. 20.

als dreihundert Sitzungen war die Neubearbeitung des bürgerlichen Gesetzbuches vollendet worden, ein Werk, an dessen Fortgang der Kronprinz, bei seinen nahen Beziehungen zu dem Vorsitzenden der Kommission, dem Präsidenten v. Langenn, verständnißvollen Antheil nahm. Die Staatsregierung hatte die mehrfach angeregte Kodifikation eines bürgerlichen Gesetzbuches für das gesammte Bundesgebiet nach Kräften unterstützt, und sie gab trotz der Erfolglosigkeit ihrer Bemühungen die Absicht nicht auf, auch ferner in diesem Sinne zu wirken; aber sie hielt sich für verpflichtet, die abgeschlossene Arbeit dem Gutachten der Stände zu unterbreiten. Nach gründlicher Berathung, bei der es an manchen Verbesserungsvorschlägen nicht fehlte, wurde das Gesetz angenommen.

Nachdem im Jahre 1855 die Revision des Strafgesetzbuches festgestellt worden war, handelte es sich darum, die veränderten Grundsätze desselben auch auf die Militärstrafprozeßordnung zu übertragen, soweit der materielle Inhalt der kriminalrechtlichen Bestimmungen dies erheischte. Der Gegenstand lag dem Kronprinzen besonders am Herzen, und die prüfende Berathung des im Kriegsministerium ausgearbeiteten Entwurfes, die dem Gesammtministerium oblag, hatte ihm vielfach Gelegenheit gegeben, seine Ansichten zur Geltung zu bringen. Durch seine nunmehr bereits siebenjährige Führung des Kommandos über die gesammte Infanterie des sächsischen Heeres war die Ueberzeugung in ihm befestigt worden, daß aus Gründen der Disziplin und mit Rücksicht auf die ausgleichende Gerechtigkeit den Befehlshabern der einzelnen Verbände ein größerer Einfluß auf die Erhebung der Anklage und den Urtheilsspruch eingeräumt werden müsse, als dies bisher der Fall war. Das Gesetz hielt diesen Gesichtspunkt fest, indem es in den begleitenden Motiven die den

Kommandanten zugewiesene Mitwirkung bei Ausübung der Strafgerichtsbarkeit als das sicherste Mittel bezeichnete, um einerseits für die strenge Handhabung des Rechtsganges Vorsorge zu treffen, andererseits aber auch der schuldlosen Verfolgung und der Verhängung schwererer als der im Gesetz bestimmten Strafen vorzubeugen. Diese humane Tendenz, die namentlich der Kronprinz vertrat, wurde von den Kammern allgemein anerkannt.

Schwieriger gestaltete sich das Verhältniß zwischen Regierung und Landtag in einer anderen Frage, die ebenfalls den Kronprinzen nahe berührte, weil sie mit seinem unmittelbaren Wirkungskreise in enger Verbindung stand. Die Bewilligung der Geldmittel für die Vermehrung des aktiven Bestandes der Armee, die seit 1849 eingetreten, war namentlich von der Zweiten Kammer fortdauernd nur als eine vorübergehende Maßregel behandelt worden, die nach der Wiederkehr friedlicher Zeiten rückgängig gemacht werden würde. Seit Mitte der fünfziger Jahre bemühte sich die fortschrittliche Partei um eine Reduktion des stehenden Heeres. Die Stimmung, die während des italienischen Krieges vorherrschte, ließ die Forderung zeitweise zurücktreten; — jetzt tauchte dieselbe von Neuem auf. Der praktische Erfolg war auch hier ein sehr unerheblicher, denn die Mehrheit der Kammer hielt, mit Rücksicht auf die allgemeine Lage Europas, den gegenwärtigen Augenblick für ungeeignet, um eine Verminderung der Wehrbarkeit des Landes in Anregung zu bringen; aber der Versuch lag nahe, den Streit der Meinungen auf das Gebiet der Tagesfragen hinüberzuspielen. Die Debatte über das Ausgabebudget der sächsischen Heeresverwaltung wurde von der Oppositionspartei benutzt, um auf die Nothwendigkeit einer Reform der Bundeskriegsverfassung hinzuweisen. Daß der Ruf nach einer Stärkung und Vereinigung der deutschen Wehrkraft gerade

von derjenigen Partei ausging, die in ihrem engeren Vaterlande auf die Herabsetzung des Truppenbestandes drängte, bewies freilich, wie sehr es doch auch den nationalgesinnten Kreisen Sachsens an einer klaren Vorstellung von den Mitteln und Wegen für Herstellung der militärischen Einheit Deutschlands gebrach.

Die preußisch-österreichischen Verhandlungen über die Reform des Bundeskriegswesens waren, nachdem sie sich durch drei Monate hingezogen hatten, Anfang April plötzlich abgebrochen worden. Was die technische Seite, namentlich die Gleichmäßigkeit der Ausrüstung und die einheitlichere Organisation der einzelnen Bundeskorps betraf, so herrschte in den Konferenzen, an deren Spitze österreichischerseits der Feldmarschallieutenant Graf Huyn, preußischerseits der Chef des Generalstabes, Generallieutenant v. Moltke, standen, in allen wichtigeren Punkten vollkommene Uebereinstimmung; in der Kardinalfrage des Oberbefehls dagegen traten die Gegensätze in der Parteistellung der deutschen Hauptmächte von Neuem hervor. Graf Huyn empfahl eine Theilung des obersten Befehls unter die Souveräne von Oesterreich und Preußen und einen dritten Fürsten, der durch die Bundesmächte erwählt werden sollte. Die preußischen Kommissare erblickten in dem Triumvirat der Kriegführung nichts Anderes als einen Versuch, die bundesstaatliche Trias zunächst auf militärischem Gebiet zu verwirklichen.

Das Wiener Kabinet wäre damals bereit gewesen, sich in der Frage der Kriegsreform von der Bundespartei zu trennen und die norddeutschen Kontingente dem preußischen Oberbefehl zu überlassen, wenn ihm dafür bestimmte Garantien für die Erhaltung seines Besitzstandes in Italien geboten worden wären. Preußen aber widerstrebte allen Abmachungen, die über das Programm von Teplitz hinausgingen, und setzte dem Verlangen

Oesterreichs nach einem Schutz- und Trutzbündnisse Bedingungen entgegen, deren Annahme nicht zu erwarten war: das alleinige Besatzungsrecht von Mainz, das Alternat des Bundespräsidiums zwischen Oesterreich und Preußen und den Oberbefehl über die gesammte Bundesarmee, wenn Oesterreich verhindert sein sollte, sein Kontingent mit den deutschen Streitkräften zu vereinigen. Man befand sich in einem ähnlichen Dilemma wie im Jahre 1859. Der Wiener Hof gelangte zu der Ueberzeugung, daß ohne vorausgegangene Verständigung über die wichtigsten politischen Fragen die Fortsetzung der Verhandlungen mit Preußen für die Gesammtinteressen des Kaiserstaates werthlos sei; an diesen Differenzen scheiterten die Berliner Verhandlungen. Als die Kunde hiervon in die Oeffentlichkeit gedrungen war, beantragte König Max von Bayern in einem eigenhändigen Schreiben an Wilhelm I. die Zustimmung Preußens zur Vollziehung der Würzburger Konvention, indem er, unter Hinweis auf die bedrohlichen Zeitumstände, die Vereinigung der beiden süddeutschen Bundeskorps mit dem IX. und X. Korps als die geeignetste Maßregel zur Deckung der südwestlichen Grenzlande bezeichnete. In dem gleichen Sinne sprach sich der König von Württemberg aus. In der Antwort an den bayerischen Herrscher wiederholte Wilhelm I. seine Argumente für die Zweitheilung der deutschen Heere; gleichzeitig erließ das Berliner Kabinet ein Rundschreiben an die deutschen Höfe und begleitete dasselbe mit einer Denkschrift, welche die Bereitwilligkeit Preußens, jederzeit für die Vertheidigung Süddeutschlands einzutreten, in den Vordergrund stellte.*)

*) Die Denkschrift, die sich ausführlich über die strategischen Bedingungen eines Feldzuges an der Westgrenze Deutschlands verbreitet, ist der geschichtlichen Forschung bisher entgangen; Form und Inhalt derselben deuten mit großer Wahrscheinlichkeit auf die Autorschaft Moltkes hin.

Ein weiterer Schritt Preußens war, daß es am 2. Mai in Frankfurt den Antrag einbrachte, die Bestimmungen über den Oberbefehl bei einer gemeinschaftlichen Aktion mit den Großmächten diesen zu überlassen. Der Würzburger Konvention wurde dabei mit keinem Worte gedacht, aber nach den vorliegenden Noten konnte über den Protest Preußens gegen die Konstituirung einer dritten Bundesarmee kein Zweifel obwalten.

Die hier geschilderten Vorgänge muß man sich vergegenwärtigen, um die Debatte über die deutsche Frage, die sich am 16. und 17. Mai in der Zweiten sächsischen Kammer entspann, zu verstehen. Schon die geschäftliche Behandlung des am 17. November gestellten Antrages auf Einsetzung einer deutschen Centralgewalt lieferte den Beweis, daß die Landesvertretung von einem richtigen Gefühl für die Tragweite des Gegenstandes geleitet wurde. Sehr bezeichnend für die Stimmung der Tage ist die humoristische Anspielung, deren der Minister v. Beust sich bediente, als er den Abgeordneten die Räthselfrage vorlegte: „Wenn ein Antrag auf Errichtung einer deutschen Centralgewalt vier Monate braucht, um bis zur Verhandlung in die Kammer zu gelangen, wie lange braucht dann die Centralgewalt, um ins Leben zu treten?" *)

Der Bericht der Zweiten Kammer blieb nicht dabei stehen, die Schaffung einer kräftigen deutschen Centralgewalt und Volksvertretung zu beantragen, sondern vertiefte sich zugleich in die brennende Frage des Augenblicks, indem er sich für die sofortige Regelung des Oberbefehls über das deutsche Bundesheer aussprach.

Was den Kardinalpunkt, die Bundesreform, anbetraf, so waren die Meinungen getheilt. Die fortschrittliche Fraktion, die

*) Aus drei Vierteljahrhunderten, I. S. 271.

über neun Stimmen verfügte, stützte sich auf die Behauptung, daß nach den Beschlüssen der Nationalversammlung von 1849 die Bundesverfassung überhaupt nicht mehr als rechtsbeständig angesehen werden könne, und bekräftigte ihren Standpunkt durch Verwerfung des Ausgabeetats für die sächsische Bundesgesandtschaft. Die Altliberalen und Konservativen ließen diesen doktrinären Einwand nicht gelten, sie anerkannten die Nothwendigkeit einer einheitlicheren Gestaltung der Exekutivgewalt des Bundes, aber sie verwahrten sich ausdrücklich gegen jede centralisirende Tendenz, die mit den geschichtlichen Grundlagen des deutschen Stammeslebens unvereinbar sei. Durch welche Mittel und Wege die Kräftigung der Centralgewalt erzielt werden könne, ohne die allen Parteien am Herzen liegende Selbständigkeit des engeren Vaterlandes mehr als unbedingt nothwendig war, zu beschränken, — die Lösung dieses fundamentalen Problems der deutschen Frage überließ die Kammer, zur größten Zufriedenheit Beusts, vertrauensvoll der Regierung.

Mit noch größerer Resignation behandelte die Erste Kammer einige Wochen später denselben Gegenstand. Der am 12. Juli vorgelegte Deputationsbericht bestand zum großen Theil in einer Rechtfertigung des Bundestages gegen die Angriffe, die ihm in dem andern Hause zu Theil geworden. Im weiteren Verlauf seiner mehr geschichtlichen als politischen Ausführungen wahrte der Bericht den Mittelstaaten eine entscheidende Theilnahme an der obersten Bundesgewalt und hob namentlich hervor, daß bei einer Reform der deutschen Verfassung an der Vereinigung Gesammtdeutschlands festgehalten werden müsse. Durch diesen Vorbehalt wurde der Gedanke an einen engeren Bund, unter Ausschließung Oesterreichs, mit aller Bestimmtheit abgelehnt. Nach den Ueberzeugungen der Ersten Ständekammer Sachsens lag der

Schwerpunkt der nationalen Reform nicht sowohl in einer tief eingreifenden Veränderung der organischen Einrichtungen des Bundes, als in der Förderung einer einheitlichen, alle Theile Deutschlands umfassenden Gesetzgebung. Ein einheitliches Votum der beiden Kammern kam nicht zu Stande;*) die Verhandlungen über die politische Reform blieben demnach ebenso erfolglos wie die über die Kriegsverfassung.

Wie in den voraufgegangenen Jahren seit 1853, so bildeten auch im Frühjahr und Sommer 1861 die Obliegenheiten des Kommandos über die Infanterie den Mittelpunkt der militärischen Thätigkeit des Kronprinzen. Da die Bureaus der genannten Behörde sich in dem von dem Prinzen bewohnten Palais, im dritten Stock des Flügels nach der Brüdergasse, befanden, war ihm die Möglichkeit gegeben, unterstützt von dem Eifer des Adjutanten bei dem Kommando, Oberlieutenant Freiherrn v. Welck, einen beträchtlichen Theil des Tages auf die Erledigung der laufenden Geschäfte zu verwenden. Diese umfaßten die ganze Verwaltung, Ausrüstung, Bewaffnung und Gerichtspflege des größeren Theils der Armee und bedingten zugleich häufige Inspektionsreisen, die, je nach der Jahreszeit, verschiedenen Zwecken gewidmet waren. Regelmäßig pflegte der Prinz den Prüfungen der Unteroffiziere in den einzelnen Garnisonen und den Uebungen der Reserveabtheilungen in den Kantonnements beizuwohnen.

Mit lebhaftem Antheil verfolgte der Kronprinz ferner die Streitfrage über den Oberbefehl der Bundesarmee, die durch das Vorgehen Preußens am Bunde in ihr letztes Stadium getreten war. Da die badische Regierung den preußischen Antrag auf

*) Vergl. Flathe III, S. 749 und den Stenographischen Bericht, Leipzig 1864, S. 140 ff.

Ueberlassung der obersten Heeresführung an die beiden oder an eine der beiden Großmächte unterstützte, so war eine Spaltung innerhalb der Würzburger Vereinigung erfolgt. Bei der Erneuerung der Konferenzen in Würzburg, am 24. Mai, fehlte Baden, und von dem X. Korps war nur Hannover erschienen. Auf allen Seiten herrschte Einverständniß darüber, daß die einzelnen Korps schon in Friedenszeiten eine straffere Organisation erhalten müßten. Die erste Vorbedingung dazu bestand in der Einsetzung der mit der Führung der Korps zu beauftragenden Kommandeure, die neben der periodischen Bundesinspektion eine fortdauernde Aufsicht über die militärischen Einrichtungen handhaben und zu diesem Behuf von einem ständigen Generalstab umgeben sein sollten. Infolgedessen hatte der König den Kronprinzen Albert zum Befehlshaber des IX. Korps und zum Stabschef den Vorstand des sächsischen Generalstabes, Generalmajor v. Stieglitz, designirt, der in Gemeinschaft mit einem Vertreter der Intendantur, Major v. Löben, für die Verhandlungen in Würzburg bevollmächtigt war.*) Mit echt deutscher Gründlichkeit wurden im Laufe eines Monats umfangreiche Entwürfe über die Konzentration der Truppen an bestimmten Sammelpunkten, Pläne für den Eisenbahntransport und die Durchmärsche, für die Anlage von Waffendepots und Magazinen, Tableaus für die Verpflegung zu Stande gebracht. Als man dann aber derjenigen Frage näher trat, die den eigentlichen Schlußstein für die Konstituirung der Bundesarmee im engeren Sinne bildete, der Wahl des Oberfeldherrn, schieden sich die Meinungen. Es waren zwei Kandidaten in Vorschlag gebracht worden, König Wilhelm I. von Württemberg und Prinz Karl von Bayern. Bei den damaligen

*) Instruktion vom 17. Mai 1861 im Hauptstaatsarchiv.

Konstellationen der europäischen Verhältnisse betrachtete Sachsen die sofortige Entscheidung nicht gerade als ein dringendes Bedürfniß. Nach dem Tode Cavours, am 7. Juni, schien die italienische Einheitsbewegung vorläufig einen Stillstand erreicht zu haben. Auch das Münchner Kabinet erklärte sich für eine Vertagung der Feldherrnwahl, und als einige Wochen nach dem unseligen Attentat von Baden-Baden, 14. Juli, Maximilian II. dem König Wilhelm von Preußen einen Besuch in Ostende abstattete, wobei es jedenfalls zu einer Aussprache über die militärischen Angelegenheiten des Bundes gekommen ist, verschwand die Würzburger Konvention von der Tagesordnung. Der Grund war ohne Zweifel der, daß die Bedenken gegen eine Trennung von Preußen in der deutschen Wehrfrage zuletzt doch die Oberhand behielten.

Durch Königliches Dekret war die Beendigung der neunmonatlichen Session des Landtages für den 2. August in Aussicht genommen; die Erledigung der Geschäfte machte jedoch die Verlängerung der Frist um einige Tage nothwendig. Der König beabsichtigte, seiner Gemahlin und den Prinzessinnen Sidonie und Sophie, die am 1. August eine Erholungsreise nach dem Vierwaldstätter See angetreten hatten, am 2. zu folgen. Da die Dispositionen dazu bereits getroffen waren, erging an den Kronprinzen der Auftrag, an Stelle seines Vaters die Verabschiedung der Stände zu übernehmen. Die Feier fand am 7. August im Eckparadesaal des Schlosses statt und wurde mit einer Anrede des Kronprinzen eröffnet, welche lautete: „Meine Herren Stände! Seine Majestät der König finden Sich zu Seinem großen Leidwesen verhindert, den feierlichen Schluß des Landtages in eigener Person vorzunehmen. Er hat mich allergnädigst mit Ausführung dieses wichtigen Aktes beauftragt. Dieser Auftrag erfüllt mich

mit um so größerer Freude, als er mir Gelegenheit giebt, mit den getreuen Ständen namentlich am Schlusse eines Landtags in nähere Berührung zu treten, der für die volkswirthschaftlichen Interessen, die Gesetzgebung und das Verfassungsleben Sachsens von so großer Bedeutung ist." Die Thronrede, zu deren Verlesung der Kronprinz sodann überging, enthielt den üblichen Rechenschaftsbericht über die Hauptmomente der ständischen Wirksamkeit während der verflossenen neun Monate und dankte am Schluß dem Landtag für den von ihm gelieferten Beweis, „daß selbst in einer Zeit mannigfacher politischer Aufregung und bei zahlreichen Meinungsverschiedenheiten durch ruhigen und aufrichtigen Austausch der Ansichten und treues Festhalten an dem Allen gemeinsamen Streben für das Beste des Vaterlandes die schwierigsten Aufgaben gelöst und die glücklichsten Resultate erzielt werden können."*)

Nachdem der Kronprinz in der letzten Woche des August den Berathungen des deutschen Juristentages, der sich in Dresden versammelte, beigewohnt hatte, verließ er am 13. September Dresden, um einer Einladung zu dem preußischen Königsmanöver am Rhein zu folgen. Begleitet von dem Major im Generalstabe, Alfred v. Fabrice, dem Adjutanten Grafen zur Lippe und Hauptmann v. Radke, nahm er für mehrere Tage Aufenthalt im Schlosse Brühl. Die weiten Räume der von dem bayerischen Prinzen Klemens August im Renaissancestil erbauten ehemaligen Sommerresidenz der Kurfürsten von Köln vermochten kaum die große Zahl der fürstlichen Gäste zu beherbergen. Der sächsische Thronfolger begegnete bei dieser Gelegenheit zum ersten Male dem Prinzen von Wales. Unter den fremdländischen Offizieren,

*) Mittheilungen der Ersten Kammer. Allgemeine Nachrichten Nr. II, S. 21 ff.

welche fast alle Armeen Europas vertraten, zog General Forey, der Sieger von Montebello, der sich später als Befehlshaber der französischen Expedition in Mexiko den Marschallstab erwarb, am meisten die Blicke auf sich. Ein besonders glänzendes Schauspiel bot der Kampf dar, den das mit der Cernirung der Stadt Köln beauftragte Korps der Rheinprovinz gegen das von Grevenbroich aus zum Entsatz heranrückende Korps von Westfalen am 16. bei Bedburg zu bestehen hatte. Die Sicherheit in der Ausführung der einzelnen Operationen, deren Plan Moltke entworfen hatte, war für den Kronprinzen von hohem Interesse.

Den Schluß des Manövers abzuwarten, hinderten ihn die militärischen Uebungen in der eigenen Heimath, an denen diesmal fast die ganze sächsische Armee betheiligt war. Zwei Divisionen standen sich am 26. September auf der Straße von Löbau nach Zittau gegenüber. Ein Südkorps, unter Generallieutenant v. Hake, das seine volle Ausrüstung einschließlich der Fuhrparks mit sich führt, wird von einem Nordkorps unter dem Kronprinzen verfolgt und hat die Aufgabe, mit Benutzung der Vortheile des waldigen Terrains, den Gegner aufzuhalten und so durch Zeitgewinn den Rückzug gegen die böhmischen Pässe bei Gabel zu ermöglichen. Da die Landwege durch fortdauerndes Regenwetter aufgeweicht waren, hatten die Truppen mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Einige preußische Offiziere, die zugegen waren, sprachen mit Bewunderung von den Leistungen der Soldaten. Das Urtheil des Generalmajor Hiller von Gaertringen, der im Kriege von 1866 den Heldentod fand, lautete, „die Kavallerie sei magnifique gewesen und die Unverdrossenheit der Infanterie geradezu zum Erstaunen.“*) In dem weiteren Ver-

*) Bericht des Gesandten in Berlin, Grafen v. Hohenthal, vom 25. Oktober. Hauptstaatsarchiv.

lauf der Zusammenziehung befehligte der Kronprinz am 29. September bei einer Truppenschau das ganze Korps, und in den letzten Tagen des Manövers, das am 2. Oktober mit einem Gefecht zweier Armeeabtheilungen in der Nähe der böhmischen Grenze, westlich von Hirschfelde, endete, erschienen auch die Königin, die Kronprinzessin und die Prinzessinnen-Töchter im Heerlager; dann hielt der König unter dem Geläute der Glocken seinen Einzug in die Stadt Zittau.

Am 3. Oktober nach Dresden zurückgekehrt, rüstete sich der Kronprinz zu einer Reise nach Königsberg, um der Krönung Wilhelms I. von Preußen beizuwohnen. Mit seinem Gefolge, das aus dem Generalmajor v. Stieglitz, dem Major Grafen zur Lippe und dem Oberlieutenant v. Welck bestand, begab sich der Prinz zunächst am 14. nachmittags nach Berlin, wo er im Hôtel de Rome abstieg. Zum Ehrendienst bei ihm waren Generallieutenant Vogel von Falckenstein und Oberst v. Blumenthal, der spätere Feldmarschall, beordert. Da der Prinz bei den Feierlichkeiten, die, an die Ueberlieferungen des altpreußischen Königthums anknüpfend, mit großem Prunk und entsprechendem Ceremoniell vor sich gingen, als Repräsentant des Albertinischen Königshauses auftrat, wurde er mit besonderen Ehren aufgenommen. Wenige Stunden nach seiner Ankunft überreichte ihm König Wilhelm persönlich die Kette zu dem Orden vom Schwarzen Adler. Die Fahrt nach der ostpreußischen Residenz und Krönungsstadt wurde am 15. Oktober in Gemeinschaft mit dem Großherzog von Baden, dem Prinzen Luitpold von Bayern, dem Kronprinzen Karl von Württemberg und dem Fürsten von Hohenzollern zurückgelegt.

Die Gesellschaft in Königsberg war überaus zahlreich und glänzend, aber fast unübersehbar. Nur die geniale Gestaltungs-

kraft eines Künstlers wie Adolf Menzel vermochte diese Fülle der Erscheinungen in dem Reflex eines Gesammtbildes festzuhalten. Außer den schon genannten Fürsten fand der Kronprinz, um nur einige Namen zu nennen, seinen Schwager Erzherzog Karl Ludwig, den Großherzog von Weimar, den Grafen von Flandern, den Prinzen Friedrich der Niederlande, die portugiesischen Prinzen Dom Luiz, Herzog von Oporto, und Joao, Herzog von Beja. Unter den Krönungsbotschaftern der fremden Staaten waren die hervorragendsten Persönlichkeiten Lord Clarendon für England, der Herzog von Ossuna für Spanien und Allen voran, von dem Publikum am meisten beachtet, Mac Mahon, Herzog von Magenta. Wie oft mag der Kronprinz an die Begegnung mit dem so viel gefeierten Marschall von Frankreich zurückgedacht haben, als dessen Stern gleich beim Beginn des Krieges von 1870 erbleichte!

Neben der Hauptfeier der Krönung am 18. Oktober war es vornehmlich ein in seiner Art vielleicht einziges militärisches Schauspiel, das die Blicke des Prinzen fesselte. Auf Befehl des Königs Wilhelm waren die sämmtlichen Fahnen und Standarten des preußischen Heeres, im Ganzen 153 Ehrenzeichen, nach Königsberg gebracht worden. Die Kommandeure aller Regimenter und die begleitenden Mannschaften versammelten sich am 16. Oktober am Fuße des Schloßberges zu einer Revue, um, nach Armeekorps geordnet, vor dem obersten Kriegsherrn vorbei zu defiliren. Dem Einzuge in Berlin, 22. Oktober, folgten dann weitere Feste: Galadiners im Schlosse und an den anderen Höfen, Festkonzert unter Leitung Meyerbeers im Weißen Saale, Parade im Lustgarten von Potsdam.

Am 24. Oktober war der Kronprinz wieder in Dresden. An demselben Tage noch berichtete der preußische Geschäftsträger v. Gundlach: „Der Minister v. Beust äußerte gegen mich, daß

der heute von Berlin zurückgekehrte Kronprinz von der Aufnahme, die er sowohl dort als in Königsberg gefunden, außerordentlich befriedigt sei."*) Uebereinstimmend lauteten die Urtheile am preußischen Hofe. Graf Hohenthal meldet am 23. Oktober mit Bezug auf den Prinzen: „Sein einfaches und natürliches, gleichwohl die hohe Stellung nicht verleugnendes Wesen habe ihm in Verbindung mit seinen gediegenen Kenntnissen und seinem sicheren politischen Urtheil die Sympathie und Verehrung aller derjenigen zugeführt, welche das Glück hatten, sich ihm zu nähern." König Wilhelm beauftragte den Gesandten, für die „ebenso freundschaftliche als eklatante Betheiligung des Prinzen an den Krönungsfeierlichkeiten" dem König Johann seinen Dank abzustatten. In derselben Weise äußerte sich die Königin Augusta, und die Kronprinzessin Viktoria fügte für sich und ihren Gemahl die verbindlichen Worte hinzu: „Wir haben den Kronprinzen sehr lieb gewonnen!"**)

Es konnte nicht fehlen, daß die Anwesenheit des sächsischen Thronfolgers in Berlin mit politischen Beweggründen in Verbindung gebracht wurde. Eine längere Audienz, die er dem soeben zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten ernannten Grafen Bernstorff auf dessen Wunsch gewährt hatte, gab dazu den Anlaß. Es blieb kein Geheimniß, daß der Inhalt des Zwiegesprächs sich auf die deutsche Frage bezog. Nach dem Scheitern der Würzburger Koalition regte sich in den mittelstaatlichen Kreisen der

*) Nach einer gütigen Mittheilung aus den Akten des Geheimen Staatsarchivs in Berlin.

**) Eine andere Stelle in dem Bericht Hohenthals lautete: „De tous les Princes ici présents le Prince Royal de Saxe est le plus distingué" ist eine Aeußerung, die mir auf indirektem Wege von mehr als einer Seite zugegangen ist." Hauptstaatsarchiv.

Wunsch, in vertrauliche Erörterungen mit Oesterreich und Preußen über die von allen Seiten angestrebte Bundesreform einzutreten. Graf Bernstorff war einem solchen Meinungsaustausch nicht abgeneigt, und Kronprinz Albert, der sich davon Erfolg versprach, hatte um so mehr Grund, den Gedanken zu unterstützen, als die Regierung seines Vaters im Begriff stand, den deutschen Höfen ein Programm mitzutheilen, welches der Verständigung zur Grundlage dienen sollte.

Kurz vor der Königsberger Reise des Kronprinzen hatte Beust seinen damals viel besprochenen Reformplan beendet. Hauptsächlich war dabei ein persönlicher Antrieb im Spiele; die productive Ader und das sanguinische Temperament Beusts fühlten sich angezogen von einer Aufgabe, vor der eine nüchternere Auffassung, ein mehr auf die Realität der Dinge gerichteter Sinn wahrscheinlich zurückgeschreckt sein würden. Sodann läßt sich nicht verkennen, daß in den Verhandlungen des Landtags über die deutsche Frage eine Aufforderung lag, der die Regierung sich nicht leicht entziehen konnte. Dieser Gesichtspunkt war auch in den Augen des Kronprinzen von großer Bedeutung, denn, welches die Wege der Zukunft sein mochten, das Zusammengehen mit der Landesvertretung blieb immer der vornehmste Leitstern für die sächsische Politik. Endlich war es für König Johann geradezu ein Bedürfniß des Herzens, in Sachen der Bundesreform die Vermittelung zu übernehmen. Was ihn dabei im Innersten beseelte, war und blieb bis zu dem Frankfurter Fürstentage von 1863 und darüber hinaus das Bestreben, einer Verständigung zwischen den deutschen Hauptmächten die Bahnen zu ebnen.

Alle diese Beziehungen lassen sich auf den ersten Blick in der Denkschrift Beusts wiedererkennen. Eine Schöpfung seiner

eigenen Phantasie ist die Verwandelung des ständigen Bundesorgans in einen periodisch tagenden Diplomatenkongreß, der zweimal im Jahre, am 1. Mai und 1. November, einmal in einer süddeutschen Stadt, Regensburg, das andere Mal in einer Stadt des Nordens, Hamburg, zusammentreten sollte. Durch Festsetzung einer Frist von höchstens vier Wochen für die einzelnen Tagungen glaubte Beust den Vorwürfen gegen den schleppenden Geschäftsgang der Bundesversammlung, der längst zum Sprichwort geworden war, die Spitze abgebrochen zu haben. In der Zwischenzeit von einer Session zur anderen tritt eine Exekutivbehörde in Wirksamkeit, die aus dem Kaiser von Oesterreich, dem König von Preußen und einem dritten Bundesfürsten besteht, welchem die Gesammtheit der übrigen Staaten Vollmacht ertheilt. Das Kollegium des Bundesrathes findet sein volksthümliches Gegengewicht in einer Versammlung von Abgeordneten, die bei der Berathung der Bundesgesetze mitzuwirken hat. Endlich, um den Dualismus der beiden Großmächte auszugleichen, kam der Wechsel des Bundespräsidiums zwischen Oesterreich und Preußen in Vorschlag.*)

Der Urheber dieses Reformplanes ist noch nach mehr als zwei Jahrzehnten von der Zweckmäßigkeit desselben überzeugt gewesen, trotz des allgemeinen Widerspruchs, dem er begegnete. Was Beust am wenigsten erwartet hatte, — gerade die Mittelstaaten erhoben sich mit vereinter Stimme gegen sein Projekt. Auch der Kronprinz sollte von dieser Wahrnehmung nicht ganz unberührt bleiben. Aus der Anknüpfung eines persönlichen Verkehrs in Baden-Baden waren zwischen den Herrschern von

*) Der Entwurf und die erläuternde Denkschrift, die ihm vorangestellt war, sind abgedruckt bei Beust a. a. O. I. S. 279 ff.

Hannover und Sachsen freundschaftliche Beziehungen entstanden, die auch dadurch nicht beeinträchtigt wurden, daß König Johann häufig in der Lage war, die grundsätzliche Abneigung Georgs V. gegen jede Reform zu bekämpfen. Im November 1861 erging an den Kronprinzen eine Einladung zu den Jagden in der Göhrde. Der König hatte in einem eigenhändigen Schreiben das Beustsche Projekt der Beachtung des Welfenfürsten empfohlen, wobei der Entwurf des Ministers nicht gerade als unverbesserlich bezeichnet, aber durch das unleugbar vorhandene Bedürfniß einer Umgestaltung der Bundesverhältnisse gerechtfertigt wurde. Die Vermuthung lag nahe, daß der König von Hannover die Gegenwart des Kronprinzen, welche in die Tage vom 13. bis 16. November fiel, nicht vorübergehen lassen werde, ohne seine Ansichten zu äußern, und auch die hannöverschen Minister erwarteten dies. Georg V. beobachtete jedoch ein beredtes Stillschweigen.

Was Oesterreich betraf, so erweckte hier das Alternat in der Vorstandschaft des Bundes die lebhaftesten Bedenken und ebensowenig ging die Voraussetzung, daß der Wechsel des Bundespräsidiums am preußischen Hofe mit Zustimmung begrüßt werden würde, in Erfüllung. Graf Bernstorff beantwortete das sächsische Bundesprojekt am 20. Dezember mit einer Note an den preußischen Gesandten in Dresden, Herrn v. Savigny, die, so maßvoll ihr Wortlaut auch gehalten war, und so sehr sie „der staatsmännischen Thätigkeit“ des Verfassers volle Anerkennung widerfahren ließ, zuletzt doch auf eine Widerlegung aller Positionen Beusts hinauslief. Die Bernstorffsche Note gipfelte in dem Satze, daß es bei der Ungleichheit der Macht und der politischen Interessen unmöglich sei, die Gesammtheit der deutschen Staaten in eine föderative Form zu zwingen; es bleibe daher nur übrig, auf dem Wege freier Vereinbarung den Staatenbund in einen Bundes-

staat zu verwandeln. Trotz einer Meinungsverschiedenheit zwischen den Ministern Ritter v. Schmerling und Graf Rechberg kam in Wien die Ueberzeugung zum Durchbruch, daß Oesterreich aus seiner Zurückhaltung heraustreten und sich mit den Mittelstaaten zu einem Protest gegen die preußische Erklärung vereinigen müsse.*) Ein soeben von dem badenschen Minister Freiherrn v. Roggenbach als Entgegnung auf den Reformplan seines sächsischen Kollegen veröffentlichtes Programm der nationalen Reform, welches die Forderung des Bundesstaates mit all seinen Folgerungen entwickelte, steigerte bei der Mehrzahl der süddeutschen und einigen norddeutschen Staaten die Besorgniß vor weiteren moralischen Eroberungen der preußischen Unionspolitik. Auf diese Weise hat die preußische Gegenerklärung vom 20. Dezember für die Gestaltung der deutschen Frage eine Bedeutung erlangt, die weit über die beabsichtigte Wirkung hinausging; sie gab die unmittelbare Veranlassung zu der Bildung einer großdeutschen Partei im Anschluß an die habsburgische Macht.

Die österreichische Erwiderung blieb nicht dabei stehen, den engeren Bund im Sinne Preußens als einen „Subjektionsvertrag“ zurückzuweisen, sondern sie anerkannte die Nothwendigkeit einer fortschreitenden inneren Entwickelung der deutschen Verfassung, als deren wesentlichste Bestandtheile sie die Begründung einer einheitlicheren Exekutivgewalt und die Hinzuziehung von „Delegirten“ der deutschen Ständeversammlungen zur Regelung der Thätigkeit des Bundes auf den Gebieten gemeinsamer Gesetzgebung bezeichnete. Aus der Annahme dieser Vorschläge von Seiten der Bundespartei entstanden die sogenannten identischen Noten, die am 2. Februar 1862 in Berlin überreicht wurden.

*) Vergl. H. Friedjung, Der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland. Stuttgart 1897. I, S. 46 ff.

Das Dresdner Kabinet, das vorher um seine Meinung nicht befragt worden war, nahm Anstoß an den allzu eng bemessenen Grenzen des großdeutschen Reformplanes, die den Bestrebungen der preußenfreundlichen Partei in dem Urtheil der öffentlichen Meinung nur zu Statten kommen könnten. „Hätte ich", so schrieb Beust an Herrn v. Könneritz in Wien, „von den Verhandlungen, die seit dem vorigen Monat schweben, Kenntniß gehabt, würde ich die Bedenken nicht vorenthalten haben, die uns hinsichtlich der Opportunität der identischen Noten im gegenwärtigen Stadium beigehen."*) Demnach gestaltete sich das Verhältniß Sachsens zu dem gemeinsamen Schritt der Großdeutschen so, daß die Regierung des Königs sich weder an der Unterzeichnung noch an der Uebergabe der identischen Noten betheiligte, sondern eine selbständige Erklärung erließ, die zwar eine entschiedene Abwehr des engeren Bundes enthielt, zugleich aber bei ihrem Urtheil über die Unzulänglichkeit der in der Protestnote angedeuteten Reformen beharrte.

Die Befürchtungen Beusts gingen im vollsten Maße in Erfüllung. Graf Bernstorff war sich vom ersten Augenblicke an darüber klar, daß der Bund der Mittelstaaten mit Oesterreich ein Ereigniß von ungleich größerer Tragweite sei als die frühere Parteistellung der Würzburger Koalition; in einer Gegenerklärung vom 14. Februar versagte Preußen seinen Eintritt in die Berathungen über die Grundlagen der identischen Noten.

Die Bürde der Zeit wurde dem König erschwert durch einen abermaligen unersetzlichen Verlust, den er und sein Haus in jenen Tagen zu erleiden hatte. Am 24. Februar war die dritte

*) Erlaß vom 5. Februar 1862. Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

Schwester des Kronprinzen, Prinzessin Sidonie, die im 28. Lebensjahre stand, von einem nervösen Fieber befallen worden, das sich in rascher Steigerung zum Unterleibstyphus entwickelte und am 1. März abends 1/2 8 Uhr ihren Tod herbeiführte.

Wenn die Verschärfung der Gegensätze innerhalb der deutschen Parteien, die wir im Laufe des Monats Februar eintreten sahen, zunächst von keinen weiteren Folgen begleitet war, so hing das zum großen Theil damit zusammen, daß damals Verhandlungen schwebten, die für mehrere deutsche Staaten, namentlich für Sachsen, eine Annäherung an Preußen zur Folge hatten. Schon auf dem Fürstentage in Baden-Baden hatte Napoleon III. den Abschluß eines Handelsvertrages mit dem deutschen Zollverein, nach dem Vorbilde der zwischen Frankreich und England getroffenen Vereinbarung, bei dem König Johann angeregt, der, in richtiger Würdigung des bedeutsamen Gegenstandes, seine Bereitwilligkeit zu erkennen gab. Durch die stetig wachsende Ausdehnung des Eisenbahnnetzes, die Erleichterung und Verallgemeinerung des Handelsverkehrs war das Ansehen des schutzzöllnerischen Prinzips in allen Nachbarländern Deutschlands erheblich gesunken, und auch im Bereich der Zolleinigung legten die immer stärker hervortretenden Bestrebungen für Herabsetzung und Vereinfachung der Zolltarife Zeugniß davon ab, daß die freihändlerischen Ansichten das Uebergewicht erlangt hatten. Ermuthigt durch die Zustimmung, welche sie während des letzten Landtages bei den Finanzdeputationen fand, und gestützt auf das Gutachten der Handelskammern und der Sachverständigen aus industriellen Kreisen, die um ihren Rath befragt wurden, zögerte die Regierung des Königs nicht, die Einleitung der Unterhandlungen bei Preußen zu beantragen. Am 29. März 1862 konnte in Berlin zur Paragraphirung des Vertragsentwurfs geschritten werden.

Zur Genehmigung des Vertrags mußte ein außerordentlicher Landtag einberufen werden. Die Wichtigkeit, die seinen Entschließungen beigelegt wurde, erhellt am deutlichsten daraus, daß die beiden Söhne des Königs, der Kronprinz und Prinz Georg, bei dieser Gelegenheit kraft des ihnen verfassungsmäßig zustehenden Rechtes als Mitglieder in die Erste Kammer eintraten. Der 21. Mai, an welchem der Vorsitzende, Major a. D. Friedrich Ernst v. Schönfels auf Reuth, die Prinzen, unter rühmender Hervorhebung der langjährigen parlamentarischen Thätigkeit ihres Vaters, mit einer Anrede begrüßte und auf das Staatsgrundgesetz verpflichtete, gehört zu den denkwürdigen Tagen in der Geschichte des sächsischen Verfassungslebens. Einstimmig wurde der Kronprinz in die Finanzdeputation gewählt, welche die Vorlage des Handelsvertrages zu prüfen hatte; auch das ihm angetragene Präsidium in diesem Ausschuß übernahm der Kronprinz.

Da die Kammer bis zur Abfassung des Berichtes auf unbestimmte Zeit vertagt wurde, verwandte der Kronprinz, einer Einladung des Kaisers Franz Joseph entsprechend, die nächsten Wochen zu einer Reise nach Wien, in Begleitung seiner Gemahlin. Die Prinzessin Carola brach bereits am 23. Mai von Dresden auf, um die Erinnerungsstätten ihrer Jugend in Mähren aufzusuchen, der Kronprinz folgte ihr am 25. nach Brünn. Bei der Ankunft auf dem Nordbahnhofe in Wien von dem Kaiser, dem Erzherzog Karl Ludwig und dem Prinzen Wasa empfangen, nahm das kronprinzliche Paar seinen Aufenthalt in dem Landhause in Hacking, unweit von Schönbrunn. Wie schon so häufig in früheren Jahren, fiel die Anwesenheit des sächsischen Thronfolgers am österreichischen Hofe auch jetzt wieder in eine Zeit hochgehender politischer Erregung.

Oesterreich und Preußen hatten am 8. März sich zu einem Antrag in Frankfurt vereinigt, der die Wiederherstellung der kurhessischen Verfassung von 1831 forderte. Da jedoch der Bundestag, in dessen Mitte es nicht an widerstrebenden Elementen fehlte, die Beschlußfassung verzögerte, und der Kurfürst, auf die Uneinigkeit seiner Mitfürsten bauend, zum Erlaß eines Wahlgesetzes schritt, welches den Wählern die unerhörte Verpflichtung auferlegte, gegen die Verfassung von 1831 zu votiren, schlug Preußen dem Wiener Kabinet ein Ultimatum vor, das von einem österreichischen und einem preußischen General in Kassel übergeben werden sollte. Als dieser Vorschlag abgelehnt wurde, erfolgte am 11. Mai die bekannte Mission des Generallieutenants v. Willisen, der dem Kurfürsten ein eigenhändiges Schreiben des Königs Wilhelm zu überbringen hatte. Am Schluß der sehr heftigen Auseinandersetzung auf Wilhelmshöhe drohte Willisen mit dem Abbruch des diplomatischen Verkehrs und dem Einrücken preußischer Truppen.*)

Bis zu diesem Punkte hatte die Lage der Dinge sich zugespitzt, als der Kronprinz in Wien eintraf. Der Eindruck, den er empfing, war, daß trotz der Verstimmung über das rasche Vorgehen Preußens von allen Seiten eine friedliche Lösung gewünscht wurde. Die Nachricht von dem freiwilligen Entlassungsgesuch des Ministeriums in Kassel, am 26. Mai, das den Entschließungen des Kurfürsten zuvor kam, wurde denn auch mit Befriedigung aufgenommen. In einer anderen Frage dagegen war der Zwiespalt nicht so leicht zu heben. Oesterreich hatte seit dem Handelsvertrage vom 19. Februar 1853**) den Gedanken

*) Der Vorgang wird ausführlich berichtet bei H. v. Sybel a. a. O. II. S. 418 ff.

**) Vergl. Theil I, S. 310.



an eine engere Beziehung der Gesammtmonarchie zu dem Zollverein niemals aus dem Auge verloren. Bei der überwiegend schutzzöllnerischen Richtung, an welcher der Kaiserstaat festhielt und die schon längst in den Kreisen der deutschen Zolleinigung als ein Hinderniß für die freiere Entwickelung des Tarifwesens empfunden worden, ließ sich der Widerspruch gegen den französischen Vertrag von jener Seite voraussehen. Die Vermuthung liegt nahe, daß der Kronprinz seinen Aufenthalt in Wien benutzte, um den Standpunkt, den die Regierung seines Vaters in der Sache einnahm, offen darzulegen. Wie im Oktober 1861 mit Bernstorff, hatte der Prinz jetzt mit dem Grafen Rechberg eine längere Aussprache, die sogar von dem Minister gewünscht wurde, trotzdem aber erfolglos bleiben mußte, weil die Taktik Oesterreichs darauf hinauslief, die Agitation gegen den Handelsvertrag, die im Bereich der mittelstaatlichen Partei, wie sich zeigte, auf fruchtbaren Boden fiel, als Waffe in dem politischen Kampf gegen Preußen zu benutzen.

Das persönliche Verhältniß zwischen dem Kaiser und dem Kronprinzen blieb von dieser abweichenden Ansicht unberührt. Der Verkehr des kronprinzlichen Paares mit Franz Joseph — die Kaiserin Elisabeth befand sich im Bade Kissingen — entsprach durchaus den freundschaftlichen Beziehungen, die seit einem Vierteljahrhundert zwischen den beiden Fürsten bestanden. Den Höhepunkt der Festlichkeiten bildete eine am 5. Juni zu Ehren des Kronprinzen veranstaltete Truppenschau, zu der die gesammte Besatzung Wiens und der Umgebung in der Stärke von 12 000 Mann und 80 Geschützen an dem Josephstädter Glacis in drei Treffen geordnet, in voller Bewaffnung und mit den Feldzeichen von Eichenlaub geschmückt, vereinigt war. Der Parade folgten Manövrirübungen, bei denen die Kavallerie, namentlich

die freiwilligen Husaren und Ulanen, und die Artillerie durch die Sicherheit ihrer Bewegungen das besondere Interesse des Kronprinzen in Anspruch nahmen.*)

Als der Kronprinz am 13. Juni nach Dresden zurückkehrte, waren die Verhandlungen der Zweiten Kammer über den französischen Vertrag in vollem Gange. Die Annahme erfolgte am 14. einstimmig. In dem Bericht der Ersten Kammer, der von dem Leipziger Bürgermeister Koch erstattet und von sämmtlichen Mitgliedern der Deputation, also auch von dem Prinzen Albert, unterzeichnet war, fand das Verhältniß zu Oesterreich ausführliche Berücksichtigung. Die vorwaltende Absicht der Uebereinkunft von 1853, durch allmähliche gegenseitige Annäherung der Tarife eine künftige Zolleinigung zwischen Oesterreich und Deutschland herbeizuführen, wurde nicht in Abrede gestellt, ebenso sehr aber betont, daß es ein falsches Verfahren sein würde, den Zeitpunkt der Zolleinigung mit Oesterreich abzuwarten, ehe man sich mit Frankreich über die in dem Vertrage enthaltenen Zollbegünstigungen verständige.**) Dem Kronprinzen persönlich gab die Spezialdebatte am 24. Juni Gelegenheit zu seiner ersten Kammerrede. Er sprach für die baldige und gänzliche Aufhebung der Uebergangsabgabe auf die süddeutschen Weine, die von den betreffenden Interessenten als Gegengewicht gegen die zu erwartende Konkurrenz der französischen Erzeugnisse gewünscht wurde. Der Prinz bezeichnete die von ihm vorgeschlagene Maßregel als ein wichtiges Mittel, um viele dem Handelsvertrage entgegenstehende Stimmen in Süddeutschland zu versöhnen. Da sowohl die Kammer als der Vertreter der Regierung seine An-

*) Bericht der Gesandtschaft in Wien, 6. Juni, im Hauptstaatsarchiv.
**) Beilagen zu den Protokollen der Ersten Kammer, 1862. . S. 34 ff.

sicht theilten, war der Erfolg des parlamentarischen Debüts gesichert. Auch die Erste Kammer erklärte sich einstimmig für den Handelsvertrag.

Ein weiteres Feld zur Bereicherung seiner handelspolitischen Kenntnisse eröffnete sich dem Kronprinzen durch den Besuch der zweiten Londoner Weltausstellung, den er in Gemeinschaft mit seinem Bruder Georg unternahm. Der Kronprinz, der in Begleitung seines Adjutanten, des Rittmeisters Oswald v. Carlowitz, am 21. Juli von Dresden abreiste, schlug den Weg über Lüttich ein, wo er die Gewehrfabrik in Augenschein nahm, und traf am 24. früh mit dem Prinzen Georg und dessen Adjutanten, Major v. Thielau, in Gent zusammen. Am Vormittag desselben Tages wurde das Packetboot in Ostende bestiegen, das bei ziemlich hohem Wellengange, ohne Ungemach für die Reisenden, um 3 Uhr nachmittags in Dover landete. Von dem Gesandten am englischen Hofe, Karl Friedrich Grafen Vitzthum von Eckstädt, begrüßt, setzten die Prinzen die Reise nach London fort, erreichten gegen 6 Uhr abends die Viktoria-Station und begaben sich von hier in die für sie bereitgehaltene Wohnung in Farences Hotel, Belgrave Street. Zu seinem lebhaften Bedauern mußte der Kronprinz davon absehen, der Beherrscherin des Inselreiches seine Aufwartung zu machen, da die Königin Viktoria nach dem Tode des Prinz-Gemahls, 14. Dezember 1861, jede Berührung mit der äußeren Welt vermied und sich in die abgelegene Stille ihres schottischen Hochlandschlosses Balmoral zurückgezogen hatte. Auf Befehl der Königin standen jedoch die Equipagen des Hofes zur Verfügung, und wenige Stunden nach der Ankunft der Prinzen meldete sich der Kammerherr Oberstlieutenant Cavendish als Führer durch die Riesenstadt, die damals auf dem Gipfel des Ausstellungstrubels stand und bei dem täglichen Zuzug

von einigen 40 000 Fremden dem Heerlager einer Völkerwanderung glich.

Wäre es nur darauf angekommen, einen Gesammtüberblick über das gewaltig pulsirende Leben der britischen Weltstadt zu gewinnen, so hätte der Zeitpunkt für den Aufenthalt nicht glücklicher gewählt werden können, aber in der kurzen Spanne von elf Tagen neben dem unerschöpflichen Reichthum der geschichtlichen Erinnerungen und sonstigen Sehenswürdigkeiten Londons mit seiner Umgebung noch die Darbietungen des Weltmarktes auf der „Exposition" zu bewältigen, das war keine leichte Aufgabe. Gleich der erste Tag, 25. Juni, wurde zu einer summarischen Besichtigung der Ausstellung benutzt. Sir Wentworth Dilke, der Vorsitzende des leitenden Ausschusses, begrüßte die fürstlichen Gäste, und auch die sächsischen Kommissare, der Minister des Jahres 1849, Weinlig, den man wegen seiner unermüdlichen Förderung des Handels und der Industrie dem preußischen Delbrück an die Seite setzen könnte, und der Regierungsrath Wiesner waren zur Stelle. Der Rundgang begann bei der sächsischen Abtheilung, die in der Reihe der deutschen Staaten nächst Preußen den größten Umfang hatte. Ihre Anziehungskraft verdankte sie hauptsächlich den Kunstwerken der Meißner Porzellanmanufaktur und den großartigen Leistungen der Chemnitzer Maschinenfabriken. Der wohlgeordnete Plan der sächsischen Gruppe erfreute die Prinzen, während die Kollektivausstellung des Zollvereins, in welcher die billige Absatzwaare überwog, im Vergleich zu den glänzenden Schaustücken des österreichischen und französischen Kunstgewerbes nur einen mäßigen Eindruck gewährte. In den folgenden Tagen wiederholten die Prinzen mehrfach den Besuch der Ausstellung in den frühen Morgenstunden, vor dem Einlaß des Publikums.

Noch am Vormittag des 25. wurde eine Rundfahrt durch die City von der Paulskirche bis zum Tower und den Docks unternommen; nachmittags verweilten die Prinzen bei der Gemahlin des Herzogs von Cambridge in Kew Cottage. Eine Wanderung durch die berühmten botanischen Gärten von Kew mußte abgekürzt werden, da die Stunde für die Parlamentssitzungen herannahte. Das Oberhaus beschäftigte sich mit der Befestigung der englischen Küsten, — unter großer Theilnahmlosigkeit der Lords, da auch eine Rede des Herzogs v. Cambridge dem häufig erörterten Gegenstand keine neue Seite abzugewinnen wußte. Lebhafter debattirten die Commons über die Frage, ob Großbritannien den Besitz von Kanada behaupten oder aufgeben solle. Der Stabträger Sir Augustus Clifford bot den Prinzen an, seine Wohnräume zu betrachten, deren fürstliche Einrichtung sehr geeignet war, eine Vorstellung von den anspruchsvollen Begriffen des englischen Komforts zu geben. In der Bibliothek des Parlaments wurde den Prinzen das Todesurtheil Karls I. mit der Unterschrift Cromwells gezeigt.

Die nächsten Tage vergingen im bunten Wechsel der Wanderungen durch Museen, Galerien, Werkstätten, der Ausflüge in die Umgebung und der Besuche bei den in London anwesenden Fürstlichkeiten, zu denen in erster Reihe die in London ansässigen Mitglieder des Hauses Orleans, die Wittwe Ludwig Philipps, Königin Amélie, der Herzog von Aumale mit seiner Gemahlin und die Prinzessin Joinville gehörten. Großen Reiz gewährte die Sonderausstellung des Kensington-Museums, zu welcher die Königin, die Aristokratie, die Finanzwelt und die Stadt London ihre hervorragendsten Gemälde und sonstigen Kunstsachen hergegeben hatte und die in ihrer Gesammtheit ein glänzendes Bild von dem Reichthum des englischen Kunstbesitzes entfaltete.

die Privatsammlungen des Bankhauses Baring, der englischen Fugger, des Herzogs von Southerland in Staffordhouse, des Grafen Ellesmere in Bridgewaterhouse wurden mit Aufmerksamkeit durchmustert, — erstere von dem Kronprinzen sogar zweimal. Am 29. Juli stand die Besichtigung der Kasernen und Artillerieetablissements in Woolwich auf der Tagesordnung. Unter den Klängen der Nationalhymne und dem Donner der Geschütze stiegen die Prinzen zu Pferde, um den Uebungen einiger Batterien beizuwohnen. Im Arsenal fesselten die Armstrong-Kanonen und die Anfertigung der Munition von der Granate bis zum Zündhütchen den Kennerblick der Prinzen. Willkommene Abwechselung gewährte ihnen das unvermeidliche Fischessen in Greenwich, das sich aus zwanzig Gängen zusammensetzte. Die militärischen Informationen fanden ihre Ergänzung durch eine Revue im Lager von Aldershot, bei der die Infanterie im Feuer exerzirte und der Herzog von Cambridge die von ihm befehligten Horse- und Lifeguards vorbeiführte.

Zur Erholung von den Anstrengungen des städtischen Aufenthaltes diente ein Besuch der Rennen von Goodwood bei Brighton am 31. Juli, zu dem die Hauptvertreter der englischen Sportswelt, Lord Derby, der Herzog von Richmond, der Prinz von Oranien und Prinz Eduard von Sachsen-Weimar, versammelt waren. Von dort ging es nach Portsmouth, wo die Yacht der Königin, „The Fairy“, zur Ueberfahrt nach der Insel Wight vor Anker lag. In Ryde gelandet, durchstreiften die Reisenden am nächsten Tage die Ostküste des Eilandes bis Ventnor, dann landeinwärts über Newport nach Cowes und dem Schlosse Osborne, das der Lieblingsaufenthalt ihres Stammesvetters Albert von Sachsen-Koburg gewesen war. Als auf der Rückfahrt nach dem Festlande eine Fregatte in Sicht kam, hatte

der Kapitän der „Fairy“ die Aufmerksamkeit, Halt zu machen, damit den Prinzen die Möglichkeit gegeben werde, das stattliche Kriegsschiff, das, nach Kanada bestimmt, 700 Mann und 40 Geschütze an Bord hatte, zu besteigen und das Leben und Treiben auf der englischen Marine aus eigener Anschauung kennen zu lernen.

Diesem erfrischenden Intermezzo folgte noch für wenige Tage die Fortsetzung des Touristenlebens in London. Ein Abendbesuch in der Ausstellung gab Gelegenheit zu lehrreichen Betrachtungen über die drastischen Gegensätze des Londoner Volkslebens: in unmittelbarer Nähe der Whiskyschänken die freien Versammlungen der Temperenzler und anderer Sekten. Die Pracht des Windsorschlosses, dieser großartigen Schöpfung so vieler Kulturepochen, verbunden mit der feierlichen Erhabenheit der St. Georgskapelle, und der Genuß der Naturschönheit des englischen Landes bei einem nochmaligen Verweilen in den Gärten von Kew waren die letzten Eindrücke der Reise, die bei beiden Prinzen eine unauslöschliche Erinnerung hinterlassen hat. Am 8. August, dem Tage, an welchem der jüngere Bruder sein 30. Lebensjahr vollendete, trafen sie wieder in Dresden ein.*)

Die zweite Hälfte des Jahres 1862 bezeichnet einen wichtigen Wendepunkt in der Vorgeschichte der deutschen Kämpfe. Auf dem Gebiet der Bundesreform stand seit der Uebergabe der identischen Noten das Delegirtenprojekt im Vordergrund, zu dessen weiterer Ausgestaltung eine Konferenz von Vertretern der Mittelstaaten nach Wien berufen worden war. Gleichzeitig hatte Oesterreich durch eine Note vom 14. Juli die Absicht seines Eintrittes in den Zollverein angekündigt.

*) Der Darstellung dienten als Quelle Mittheilungen aus dem Tagebuch des Generals der Kavallerie z. D. v. Carlowitz und Berichte des Grafen Vitzthum im Hauptstaatsarchiv.

Dem Dresdner Hofe war diese Wendung der Dinge ebenso überraschend wie unerwünscht, denn die sächsische Politik, die sich in der Bundesreform mehr zu Oesterreich, in der Handelsfrage zu Preußen hingezogen fühlte, lief Gefahr, in eine schwierige Mittelstellung zu gerathen.*) Gerade in den Tagen, in welche die Rückkehr des Kronprinzen aus England fiel, traten in dem einen wie in dem anderen Streitpunkt neue Verwickelungen ein. Bayern hatte am 8., Württemberg am 11. August den französischen Vertrag abgelehnt. Unmittelbar darauf, 14. August, gelangten die Beschlüsse der Wiener Konferenz, die das Programm der großdeutschen Reform enthielten, an den Bundestag. Das sächsische Kabinet hatte bei den Berathungen in Wien seine Bedenken gegen den vorgelegten Entwurf geltend gemacht, der die Thätigkeit der Delegirten auf ein sehr bescheidenes Maß beschränkte, indem er die Mitwirkung derselben zunächst nur für die Ausarbeitung der Gesetze über Civilprozeß und Obligationenrecht in Anspruch nahm. Die Regierung des Königs trat zwar dem Antrag nicht entgegen, aber sie ließ durch ihren Gesandten in Frankfurt ein Separatvotum übergeben, welches auf Erweiterung der repräsentativen Rechte drang.

Durch den Vorstoß der Großdeutschen in Frankfurt und die gleichzeitige Agitation gegen den französischen Handelsvertrag konnte die Kluft zwischen Preußen und den Mittelstaaten nur erweitert werden. Graf Bernstorff beeilte sich, die Theilnahme Preußens an den Berathungen über das Delegirtenprojekt zu versagen und im voraus gegen die Gültigkeit eines Mehrheitsbeschlusses Verwahrung einzulegen. Man war also an dem Punkte angelangt, an welchem die Möglichkeit einer Sprengung

*) Dies auch das Urtheil H. v. Sybels II, 428.

des Bundes in Sicht kam. Nicht anders verhielt es sich mit dem Zollverein. Denn wenn auch die Kündigungsfrist erst Ende 1865 ablief, so war doch der Fortbestand der Vereinigung in Frage gestellt, da die preußische Regierung nicht nur dem Eintritt Oesterreichs in den Zollbund ein entschiedenes Veto entgegensetzte, sondern auch der Gegenpartei des französischen Handelsvertrages, zu der außer den süddeutschen Königreichen Hannover, beide Hessen und Nassau gehörten, erklärte, daß sie ihren Widerspruch für gleichbedeutend mit dem Ausscheiden aus dem Zollverbande betrachte. In der That hat es damals ängstliche Gemüther gegeben, welche die Wiederherstellung der Zollschranken im deutschen Reiche befürchteten, und gerade die industriellen Kreise Sachsens, in der centralen Lage ihres Handelsgebietes, fühlten sich von der Aussicht auf eine rückläufige Bewegung in hohem Grade beunruhigt.

Schon durch die Macht der Verhältnisse sah die sächsische Politik sich auf eine vermittelnde Richtung hingewiesen; ihr Hauptbestreben war und blieb die Erhaltung des Zollvereins. Nach der Ansicht des sächsischen Gouvernements war es sehr wohl möglich, trotz der Veränderungen, welche das gesammte Tarifwesen des Zollvereins durch die Vereinbarung mit Frankreich erleiden mußte, die Verträge mit Oesterreich in einer für alle Theile befriedigenden Weise umzuwandeln. Nur durfte daraus nicht, wie es in Wien geschah, der Schluß gezogen werden, daß die Auseinandersetzung mit Oesterreich dem Abschluß des Handelsvertrages vorangehen müsse, sondern die Aufgabe der Vermittelung bestand eben darin, das gleichberechtigte Nebeneinanderbestehen der beiden Zollkörper, des österreichisch-deutschen und des deutsch-französischen, zu ermöglichen. In der Folge erwies sich diese Hoffnung jedoch als trügerisch, da gerade das politische

Moment für die Stellung des Wiener Hofes in der Handelspolitik den Ausschlag gab, was freilich in gleichem Maße auch bei Preußen der Fall war.

Einen lebhaften Eindruck von den Stimmungen in Oesterreich gewann der Kronprinz, als er im Herbst 1862 abermals einige Zeit in der Nähe seines kaiserlichen Vetters verweilte. Am 24. September begab er sich über Prag zu den böhmischen Manövern nach Kladrup, wo er mit Franz Joseph zusammentraf. Am Morgen des 25. wurde zunächst bei Kolin eine Heerschau über zwei Kavalleriedivisionen abgehalten, dann folgten unter Führung des Feldmarschalllieutenants Grafen Nostitz auf dem Waffenplatz bei Sendraschitz Uebungen zweier Reiterbrigaden, die dem Kronprinzen Gelegenheit geben sollten, die nach den Angaben des Generals Freiherrn v. Edelsheim-Gyulai eingeführten taktischen Neuerungen kennen zu lernen. Nachdem der Kronprinz am 26. und 27. den Kavalleriegefechten bei Kolin beigewohnt hatte, rief ein Besuch des Prinzen von Wales am sächsischen Hofe ihn auf wenige Tage nach Dresden zurück. Bereits am 30. war er wieder in Wien und ging von dort mit seinem kaiserlichen Vetter nach Ischl, um die Jagdreviere in den Gebirgen des Salzkammergutes zu durchstreifen. Der Aufenthalt daselbst dauerte bis zum 15. Oktober.

Der zwanglose, von jeder Etiquette befreite Verkehr bei diesen Hochwildjagden in Oesterreich, der jeden Unterschied des Ranges und Standes zwischen den Theilnehmern zurücktreten ließ und der österreichischen Jovialität in ihrer liebenswürdigsten, naturfrohen Ungebundenheit weiten Spielraum gewährte, entsprach in hohem Maße den Neigungen des Kronprinzen, der sich bis in sein spätes Lebensalter eine Vorliebe für die Volkstracht des Alpenjägers bewahrt hat, — aber ganz ließ sich die Beschäf-

tigung mit der Politik aus dieser fürstlichen Umgebung niemals verbannen.

Das große Ereigniß des Tages, das der Prinz schon in Böhmen erfahren hatte, war der am 24. September erfolgte Eintritt Bismarcks in den Vorsitz des preußischen Ministeriums. Die persönliche Bekanntschaft zwischen dem Kronprinzen und Bismarck stammt schon aus dem März des Jahres 1851. Bei einem Besuch des Prinzen am preußischen Hofe ließ sich Bismarck, damals noch einer der Führer der Konservativen im preußischen Abgeordnetenhause, ihm vorstellen. Die Unterredung kam auf die politischen Ereignisse des vorigen Herbstes, und das Ergebniß des Gedankenaustausches war die beiderseitige vollkommene Uebereinstimmung in Bezug auf die verderblichen Folgen eines Bruches zwischen Oesterreich und Preußen. Jetzt freilich lagen die Dinge anders. In ganz Deutschland, namentlich in dem Lager der Mittelstaaten und ebenso in Oesterreich, wurde, man könnte sagen mit instinktivem Gefühl, die Berufung Bismarcks als der Beginn einer Aera des Kampfes betrachtet. So ziemlich an allen deutschen Höfen stand der große Staatsmann der Zukunft in dem Rufe, der eifrigste Beförderer der „entente cordiale“ zwischen Preußen und Frankreich zu sein. Diese Auffassung, so irrthümlich sie war, galt geradezu als das Stichwort für die Beurtheilung seiner Persönlichkeit und seiner Pläne. Die Ueberzeugung war allgemein, daß Preußen, gestützt auf irgend eine Kombination der politischen Verhältnisse Europas, die Politik der freien Hand ergreifen werde, nicht, wie im Jahre 1859, um schließlich neutral zu bleiben, sondern zu einer großen und entscheidenden Aktion, deren Zielpunkt dann nur die Vorherrschaft im engeren Bunde der deutschen Staaten sein konnte.

Bei der Rückkehr des Kronprinzen nach Dresden, 17. Oktober, stand die Thatsache bereits fest, daß die Vermittelungspolitik seines Vaters weder in Wien noch an den süddeutschen Höfen auf Erfolg rechnen konnte. In Berlin dagegen wurde die Haltung Sachsens vollkommen gewürdigt. Wenige Wochen nach seiner Ernennung bemühte sich Bismarck um persönliche Verständigung mit Beust.*) Er wünschte eine mündliche Aussprache mit dem sächsischen Minister zur Anbahnung eines Einverständnisses in der Handelsfrage. Aber auch hier ergab sich eine Verschiedenheit der Meinungen, an der die Zusammenkunft scheitern mußte. Bismarck erklärte sich zwar im Prinzip für die Erhaltung des Zollvereins, aber indem er noch bestimmter als sein Vorgänger die Erneuerung desselben von der Annahme des französischen Vertrages abhängig machte, ließ er doch die Möglichkeit der Auflösung durchblicken, und gerade das war es, was Sachsen zu verhindern suchte. Die sächsische Regierung erntete wenig Dank mit ihrer Vermittelung. Im eigenen Lande begegnete sie der Mißdeutung, daß sie mit der Absicht umgehe, sich auf die Seite der großdeutschen Opposition zu wenden; der Rath und die Stadtverordneten Leipzigs hielten es für nöthig, am 4. November eine Vorstellung zu Gunsten des französischen Handelsvertrages an das Ministerium zu richten, und ähnliche Kundgebungen ließen sich aus den industriellen Bezirken des Voigtlandes vernehmen. Aus Wien und Süddeutschland wurde das sächsische Kabinet mit Vorwürfen über seine allzu preußenfreundliche Gesinnung bestürmt.

Wie die Parteiungen, die aus der Handelskrisis entsprangen, in ganz Deutschland lebhaften Wiederhall erweckten, so war es

*) Aus drei Vierteljahrhunderten, I, S. 307.

auch mit dem Reformplan der Großdeutschen der Fall. Nachdem die Bundesversammlung am 17. Dezember den Bericht über die österreichischen Vorschläge vom 14. August entgegengenommen hatte, erfolgte am 22. Januar 1863 die Abstimmung, die bekanntlich zur Ablehnung des Delegirtenprojektes mit neun gegen sieben Stimmen führte. König Johann hat sein Urtheil über den Ausgang der Sache in einer Denkschrift niedergelegt, in der er sagt: „Vielleicht ist es besser so. Das Ungenügende des Vorschlags ist allseitig gefühlt worden. Die Reformbestrebungen dürfen jedoch deshalb um so weniger aufgegeben werden, als die Nothwendigkeit von allen Seiten, selbst von Preußen, anerkannt worden ist. Vielleicht ist eben darum jetzt der geeignete Moment, um sich unter Beseitigung jener Formfragen auf einen freieren Standpunkt zu stellen und über eine weiter greifende Reform sich zu verständigen.“ *)

Der Kronprinz verlebte nach der Rückkehr aus Oesterreich den Herbst und den Winter auf 1863 in Dresden, zunächst auf seiner Strehlener Besitzung, wo das kronprinzliche Paar schon in jener Zeit den größeren Theil des Jahres, in der Regel von Ostern bis über Mitte November, zuzubringen pflegte, dann in der Stadt. An Beschäftigung mit den Tagesfragen fehlte es ihm nicht, denn sowohl die Bundesreform als die Handelskrisis bildeten mehrfach den Gegenstand der Berathung im Gesammtministerium. Das Auftreten der großdeutschen Partei mißbilligte er nicht gerade, aber er versprach sich keinen nennenswerthen Erfolg davon. In dem Zollstreit leitete den Prinzen die Ueberzeugung, daß das Zusammengehen mit Preußen auf der Basis des Zollvereins eine nothwendige Bedingung für die Wohlfahrt der Gewerbe und des Handels in Sachsen sei. Deshalb hatte

*) Ministerium des Königlichen Hauses.

die unparteiische Haltung der Regierung des Königs seine volle Zustimmung, während das Bestreben Oesterreichs und der mittelstaatlichen Mehrheit, die handelspolitische Differenz zu einer Koalition gegen die norddeutsche Großmacht zu benutzen, bei ihm keinen Anklang fand.

Am 14. März 1863, morgens nach 6 Uhr, verschied die Prinzessin Auguste, Tochter Friedrich Augusts des Gerechten, im 81. Jahre ihres Lebens an einer Lungenlähmung. In einem so innigen und persönlichen Verhältniß wie zu der Schwester seines Vaters, Prinzessin Amalie, hat Kronprinz Albert zu seiner Großtante nicht gestanden, aber es lag in seiner ritterlichen Natur, ihr allezeit seine ehrfurchtsvollen Huldigungen zu bezeugen, die von der Prinzessin als ein selbstverständlicher Tribut der Jugend hingenommen wurden. In den weiteren Kreisen der sächsischen Bevölkerung haben sich bis auf den heutigen Tag manche anekdotenhafte Erzählungen erhalten, welche die Prinzessin Auguste als Vertreterin der „alten Zeit“ mit ihrer streng bemessenen Standesabgrenzung und unbedingten Unterwerfung unter die Gesetzesordnung erscheinen lassen. Die Prinzessin hatte in früheren Jahren aus Liebe zu ihrer engeren Heimath manche glänzende Lebensstellung ausgeschlagen; in ihrer Jugend bot sich ihr die Aussicht dar, durch Vermählung mit dem Prinzen von Asturien, dem nachmaligen Ferdinand VII., Königin von Spanien zu werden, und im Jahre 1807 warb Kaiser Franz I. um ihre Hand. Die Bewohner Dresdens erinnerten sich dessen und widmeten der Tochter Friedrich Augusts eine auf althergebrachter Ueberlieferung beruhende Anhänglichkeit, die freilich nach außen hin nur selten sichtbar werden konnte, da die Prinzessin mit ängstlicher Zurückhaltung sich von der Oeffentlichkeit abschloß.

Ueberhaupt war das Familienleben des Wettinischen Fürstenhauses auch in jener Epoche dem raschen Wechsel von Leid und Glück unterworfen. Prinz Georg und seine Gemahlin hatten den frühen Tod ihrer beiden ältesten Kinder zu beklagen: die Prinzessin Marie war am 2. März 1861 gestorben, und eine zweite Tochter, die Prinzessin Elisabeth, geboren am 14. Februar 1862, verschied am 18. Mai 1863. Dagegen wurde den Eltern, wenige Tage nach dem Heimgang der Prinzessin Auguste, am 19. März eine dritte Tochter geboren, die bei der Taufe im Gartenpalais am folgenden Tage den Namen Mathilde erhielt.

Die aktive Bewegung der österreichischen Politik, die, eingeleitet durch die identischen Noten im Verlauf der Handelskrisis zu verschärftem Ausdruck gelangt war, hatte schon gegen Ende des Jahres eine unheilschwere Spannung zwischen den Kabinetten von Wien und Berlin erzeugt, deren Gefahren vielleicht nirgends lebhafter empfunden wurden als in Dresden. Nicht minder scharf äußerte sich der Gegensatz zwischen Oesterreich und Preußen in den Fragen der europäischen Politik. Der Abschluß einer geheimen Konvention mit Rußland zur Unterdrückung des polnischen Aufstandes, 8. Februar 1863, verwickelte die Regierung Wilhelms I. nicht nur in eine heftige Polemik mit den Westmächten, sondern erregte auch im ganzen Lande, bei allen Parteien, mit Ausnahme der Konservativen, einen Sturm der Leidenschaft.

Als Oesterreich im April seine bisherige neutrale Haltung in der polnischen Frage aufgab und sich an der Intervention der Westmächte für die Einführung einer konstitutionellen Verfassung und nationalen Verwaltung in Polen betheiligte, nahm der preußische Ministerpräsident Veranlassung, in einem Gespräch mit dem Gesandten Grafen Hohenthal, zu dessen Hause

er in freundschaftlichen Beziehungen stand, auf die Entstehungsgeschichte des russisch-preußischen Vertrages zurückzukommen. Kaiser Alexander II., so führte er aus, sei Anfang Februar im Begriff gewesen, dem Drängen des Großfürsten Konstantin und Gortschakows nachgebend, ein Bündniß mit Frankreich auf Grundlage der Unabhängigkeit Polens einzugehen. Um dies zu verhindern, habe Preußen sich beeilt, die Konvention abzuschließen. Bismarck entwarf sodann ein Bild von den Gefahren, denen Deutschland ausgesetzt sein würde, wenn jene feindliche Strömung in Petersburg wieder die Oberhand gewinnen würde. Einem französisch-russischen Bündnisse würde Italien sofort beitreten und Oesterreich durch diese Triplealliance in Verbindung mit der Revolution in Ungarn und seinen südslavischen Ländern vollständig in Schach gehalten werden, sodaß die ganze Macht Frankreichs für eine Rheinkampagne disponibel bleibe. Wer könne sagen, ob das südwestliche Deutschland in solchem Falle in Genossenschaft mit Preußen und den norddeutschen Staaten den Kampf annehmen, oder ob nicht eine jede der jenseits des Main gelegenen Regierungen nur an sich denken werde? Wenn Oesterreich, so fuhr der Minister fort, seine Beziehungen zu Frankreich in einer Weise ausbilde, daß dadurch Preußen selbst gefährdet werde, wenn es den Bund, den man hierorts als gemeinsame Versicherungsanstalt gegen Angriffe des Auslandes und innere Unruhen aufrecht zu erhalten wünsche, benutze, um Preußen von seiner Stellung herabzudrücken, dann allerdings werde auch er den Weg nach Paris zu finden wissen, so fremd ihm sonst der Gedanke einer französischen Allianz sei, da sie den Interessen Preußens und Deutschlands widerspreche. Zehn Jahre habe Preußen zu Frankreich in dem Verhältniß von Joseph zu Potiphar gestanden. Noch im Oktober vorigen Jahres habe er,

bei seiner Verabschiedung aus Paris, dem Kaiser Napoleon gesagt: König Wilhelm wolle weder Annexionen, noch überhaupt einen gewaltsamen Einfluß auf die deutschen Fürsten ausüben.*)

Gerade die Unsicherheit der europäischen Verhältnisse erweckte damals in Bismarck den Wunsch, mit Oesterreich und den deutschen Regierungen zunächst in der handelspolitischen Frage zu einer Verständigung zu gelangen. Zu diesem Zwecke brachte er von Neuem eine Berathung mit dem Freiherrn von Beust in Vorschlag. Die Regierungen des deutschen Zollvereins standen sich nach wie vor in zwei feindlichen Lagern gegenüber. Eine bayerische Denkschrift vom 25. April plaidirte für die Herstellung einer engeren Vereinigung unter den dissentirenden Mächten im Anschluß an Oesterreich. Kam der Sonderbund zu Stande, so war der Zerfall des Zollvereins in eine mit Oesterreich und eine mit Preußen verbundene Staatengruppe das wahrscheinliche Ergebniß dieser Wirren.

Hier gelang es nun den Vorstellungen Beusts, der sich am 16. Mai nach Berlin begab, den Leiter der preußischen Politik so weit zur Nachgiebigkeit zu stimmen, daß das Berliner Kabinet die grundsätzliche Ablehnung der österreichischen Vorschläge fallen ließ und sich zu einer Prüfung derselben bereit erklärte. Beust selbst entwarf den Wortlaut einer Note, durch welche die Erneuerung des Zollvereins, einschließlich des französischen Handelsvertrages, und „gleichzeitig" die Vereinbarung mit Oesterreich einer freien Konferenz überwiesen werden sollten. Bismarck blieb jedoch bei dem Ultimatum stehen: erst die Sicherstellung des Zollvereins, dann der Ausgleich mit Oesterreich. Dies der Inhalt der preußischen Erklärung vom 5. Juni, der Sachsen,

*) Bericht Hohenthals vom 5. Mai 1863 im Hauptstaatsarchiv.



unter Ablehnung des in der bayerischen Denkschrift angeregten Sonderbundes, beitrat. Nicht mit Unrecht hat Beust die versöhnliche Haltung, zu der Preußen sich entschloß, als sein Werk bezeichnet. „Ich habe in Berlin", schrieb er am 26. Mai an Herrn v. Könneritz in Wien, „keine herbe Wahrheit gespart, und ich hoffe, es wird zur Wahrheit, was mir der König*) beim Abschied mit warmem Händedruck sagte: »Was wir gesprochen, ist auf keine schlechte Stätte gefallen.«"

Während so in der Handelsfrage eine Annäherung zwischen Oesterreich und Preußen wenigstens eingeleitet war, unternahm Oesterreich den Versuch, im Verein mit den deutschen Fürsten eine neue Grundlage für die Reform des Bundes herzustellen. Der Dresdner Hof war in den Plan des Fürstenkongresses ebensowenig eingeweiht worden als die übrigen deutschen Regierungen. König Johann, der von der Nothwendigkeit weiterer Verständigung durchdrungen war,**) hatte nach dem Fall des Delegirtenprojektes bei dem Wiener Kabinet die Berufung einer Notabelnversammlung aus Abgeordneten der deutschen Ständekammern vorschlagen lassen, mit der ein neues Reformprojekt vereinbart werden sollte. Dieser freisinnige Gedanke fand jedoch in der Hofburg keinen Beifall. Die Hinzuziehung der Vertrauensmänner, erwiderte Graf Rechberg, setzt ein feststehendes Programm der Regierungen voraus, denn ohne ein solches würde es den Delegirten leicht gemacht werden, die Initiative an sich zu reißen. „Das ist", fügte Rechberg hinzu, „ein zu großes und zu wenig hoffnungsvolles Wagniß!"***)

*) Wilhelm I. von Preußen.

**) Vergl. S. 130.

***) Note an den österreichischen Gesandten Baron v. Werner, 17. Februar 1863, Auswärtiges Ministerium.

Nach Ablehnung seines Vorschlags erwartete das sächsische Kabinet weitere Eröffnungen von Seiten Oesterreichs, die jedoch unterblieben. Als König Johann am 19. Juni den König Wilhelm I., der sich nach Karlsbad begab, in Leipzig begrüßte, fehlte es beiden Monarchen noch an jedem Anhaltspunkt über die Pläne des Kaisers Franz Joseph.

Am 6. August wurde durch eine Mittheilung des preußischen Gesandten Grafen Rantzau die Stellung Wilhelms I. zu dem österreichischen Vorschlage in Dresden bekannt. „Man ist in Berlin der Meinung," meldete Beust am 7. dem König, „daß es bedenklich sei, Hoffnungen zu erwecken, deren Erfüllung nicht gewiß sei; man will gern auf Verhandlungen über die Bundesreform eingehen, hält aber freie Ministerkonferenzen für geeigneter und bittet dies Alles wohl zu erwägen."*)

Der Kronprinz befand sich in der Schweiz, als die Kunde von dem Fürstentage ihn erreichte. Er war mit seiner Gemahlin am 22. Juli zunächst über Frankfurt a. M. nach Rüdesheim gereist, wo die Prinzessin der ihr befreundeten Gräfin Ingelheim auf der Brömserburg einen Besuch abstattete. Nachdem die Umgegend von Wiesbaden im Fluge durchstreift und am 25. das Heidelberger Schloß besichtigt worden, ließ das kronprinzliche Paar sich für einige Tage bei der Herzogin von Hamilton in Baden-Baden nieder. Die internationale Gesellschaft, die sich hier zusammenfand und in der das französische Element überwog, trug nicht zu dem Behagen des Prinzen bei: er unternahm am 31. Juli einen Ausflug nach dem Wildbade, zu großer Freude der Königin-Wittwe von Preußen, Elisabeth, die dort verweilte. Das nächste Ziel war Freiburg und das nahe gelegene Städtchen

*) Bericht Beusts an den König vom 7. August im Hauptstaatsarchiv.

Ulmkirch mit der von der Großherzogin Stephanie gegründeten Kinderbewahranstalt, deren Einrichtungen die Prinzessin Carola kennen zu lernen wünschte. Nach kurzem Aufenthalt in Basel, Bern, Thun und der Fahrt über den Thuner See, bei der im Schlosse Rougemont gerastet wurde, wählte das kronprinzliche Paar Interlaken für einige Zeit zum Standquartier. Durch vielfältige Uebungen auf seinen Reisen, namentlich bei den steierischen Jagden, hatte der Kronprinz sich eine ungewöhnliche Sicherheit und Ausdauer in jeder Art des Alpensportes angeeignet. In zwanglosen Gesprächen mit den Bergführern, vor denen er sorgfältig Stand und Namen verbarg, um jedes Ceremoniell zu entfernen, liebte er es, begleitet von seinem Adjutanten, Rittmeister v. Carlowitz, die steilen Gebirgspfade, die zur Schynigen-Platte oder nach Mürren führen, rüstigen Schrittes zu erklimmen, unbekümmert um die Vorhaltungen der etwas ängstlichen Hofdame Gräfin Schall, die bisweilen gegen das allzu rasche Tempo der Avantgarde Einspruch erhob.

Mit gespannter Aufmerksamkeit richtete der Kronprinz seine Blicke nach Frankfurt. Niemand wünschte sehnlicher als er, daß es seinem Vater, der sich auf Ersuchen der Fürsten zu Wilhelm I. begab, gelingen möge, die Theilnahme Preußens an dem Kongreß zu erwirken. Es war in Frankfurt bekannt, daß der König bei der Rückkehr aus Gastein einen Tag in München bei der Königin Marie, Gemahlin Maximilians II., Aufenthalt nehmen werde. König Johann hatte bereits die Vorbereitung zu der Reise über Stuttgart nach München getroffen, als er ein in sehr verbindlichen Worten abgefaßtes Handschreiben der Königin Augusta erhielt, die ihn nach Baden-Baden einlud. Am Nachmittag des 19. August traf der König dort ein, während die Ankunft Wilhelms I. durch einen Besuch bei der Königin-Wittwe Elisabeth

in Wildbad sich bis zum Abend verzögerte. König Johann befand sich in Gesellschaft der Königin Augusta und deren Tochter, der Großherzogin Luise von Baden, als Wilhelm I. eintrat und ihn mit großer Herzlichkeit willkommen hieß. Die Ueberreichung des Einladungsschreibens der deutschen Fürsten und freien Städte, das König Johann, als der geschäftskundigste unter seinen Bundesgenossen, verfaßt hatte, erfolgte noch an jenem Abend.

Der erste Eindruck, den der sächsische Monarch empfing, war, daß König Wilhelm sich durch das bei Berufung des Fürstentages eingeschlagene Verfahren persönlich verletzt fühlte. Bei der längeren Unterredung zwischen den beiden Fürsten am 20. vormittags trat dann aber die sachliche Differenz hervor. Da Wilhelm I. mit dem Inhalt des österreichischen Verfassungsplanes, dessen Entwurf ihm der König von Sachsen erst an jenem Vormittag überreichte, nicht vertraut war, konnte von einer Erörterung der einzelnen Vorschläge nicht die Rede sein: das einstündige Gespräch bezog sich hauptsächlich auf die Bestimmung der Reformakte, durch welche die Entscheidung über Krieg und Frieden in die Mehrheit der 21 Stimmen des engeren Bundesrathes verlegt wurde. Umsonst bemühte sich König Johann, den Beweis zu führen, daß eine solche Festsetzung doch auch für Preußen in seinen Beziehungen als europäische Großmacht von Vortheil sein könne. König Wilhelm blieb in diesem Punkte unerschütterlich: er werde niemals, sagte er, sich einer Verpflichtung unterwerfen, die ihn in die Lage versetzen könne, nach dem Willen der Majorität die Wehrkraft seines Staates für fremde, weder preußische noch deutsche Zwecke aufzubieten.

Das geschichtliche Urtheil ist heute darüber einig, daß der Herrscher Preußens sich erst nach schwerer Ueberwindung ent-

schloß, dem Fürstentage fern zu bleiben.*) Auf die Bitte Wilhelms I. hatte König Johann sich bewegen lassen, bis zum Morgen des nächsten Tages, 21. August, in Baden-Baden zu bleiben, um die Antwort auf das Einladungsschreiben des Kongresses in Empfang zu nehmen. Zu diesem Behufe war eine nochmalige Zusammenkunft der beiden Fürsten auf den Abend des 20. verabredet. In die Zwischenzeit fällt eine Unterredung mit Bismarck, die den König Wilhelm von der Nothwendigkeit der Ablehnung überzeugte. Infolge der Karlsbader Kur und der Aufregungen, die auf ihn eindrangen, wurde der König während einer Abendgesellschaft im Schlosse Baden von einem heftigen Unwohlsein befallen. In die Villa Mesmer zurückgekehrt, schrieb er an König Johann die folgenden Zeilen: „Ich wollte nach der Soiree bei meiner Tochter zu Dir kommen, ich bin aber bei ihr so unwohl von Nervenzuckungen geworden, daß ich eben erst, 11 Uhr, zu Haus komme und zu Bett soll. Alle Expeditionen erhältst Du vor 6 Uhr. Gott segne Dich für Deine Freundschaft für mich. Wenn ich nach hartem Kampfe bei meinem früheren Beschluß bleiben muß und Euerer Arbeit Austrag abwarte, ohne mich an der Berathung zu betheiligen, so bin ich nur nach meiner Gewissenseingabe verfahren. Gott segne Dich. Dein treuer Freund Wilhelm. — Verzeih die zitternde Schrift."

König Johann berichtet seinerseits über die Eindrücke, mit denen er Baden-Baden verließ, in einem Schreiben an den Kaiser, welchem die Antwort Wilhelms I. beigefügt war: „Daß der Zweck meiner Mission in der Hauptsache nicht erreicht worden ist, ließ sich erwarten; doch schien der Schritt im Ganzen eine

*) Vergl. H. v. Sybel II, 532; Erich Marcks, Kaiser Wilhelm I., Leipzig 1897, S. 211.

günstige und versöhnliche Wirkung auf den König zu machen, und so wie er mündlich wiederholt die Versicherung gegeben hat, daß er die Vorschläge der Fürstenversammlung in Erwägung zu nehmen bereit sei, so hat er dieselbe Versicherung auch in das offizielle Schreiben mit fast noch bestimmteren Worten aufgenommen."*)

Auf der Rückreise aus der Schweiz, die mit einem Besuch auf der Weinburg bei der Familie des Fürsten von Hohenzollern verbunden war, wurde der Kronprinz mehrfach Zeuge der begeisterten Demonstrationen, mit denen Süddeutschland den Fürstentag begleitete, und die Nachrichten aus der Heimath durften ihn in der Ueberzeugung bestärken, daß der Entschluß der deutschen Fürsten, die Bundesreform ernstlich in Angriff zu nehmen, auch in Sachsen mit Freude begrüßt worden war. Ganz Deutschland feierte damals die 50 jährige Wiederkehr der großen Tage, in denen das deutsche Volk sich zu dem letzten Entscheidungskampf der nationalen Befreiung erhoben hatte. Das allgemeine deutsche Turnfest in Leipzig vom 2. bis 4. August verlief ohne jede Trübung durch den politischen Parteikampf des Tages unter enthusiastischen Kundgebungen für die Verbrüderung der deutschen Stämme; die gesammte Bevölkerung der Pleißestadt, an ihrer Spitze die studirende Jugend, beeiferte sich, den Vertretern der Schützengilden aus den deutschen Gauen Oesterreichs ihrer bundesgetreuen Gesinnungen zu versichern; der Minister v. Beust, der im Auftrage der Regierung die Tausende von Festgenossen mit einer patriotischen Rede willkommen hieß, vermochte sich der von allen Seiten auf ihn eindringenden Ovationen kaum zu erwehren.**) Die am 27. August zur Körnerfeier in Dresden ver-

*) Ministerium des Königlichen Hauses.

**) Bericht Beusts an den König, 3. August 1863: „Als ich von der Tribüne herabstieg, wurde ich von allen deutschen Volksstämmen halb todt gedrückt, namentlich von den Oesterreichern." Hauptstaatsarchiv.

sammelten Sänger- und Handwerkervereine entsandten ein Huldigungstelegramm nach Frankfurt, in welchem sie den König als „den wackeren Verfechter deutscher Einheit und Größe, den Fürsten des Volkes“ begrüßten.

Aber gerade in dem fürstlichen Kreise, in welchem der Kronprinz in jenen Tagen verkehrte, blieben doch die Gegenströmungen nicht unbeachtet, die den Erfolg des Frankfurter Verfassungswerkes von Anfang an zweifelhaft erscheinen ließen. Die Einrichtung der vollziehenden Behörde, des Bundesdirektoriums, das aus den fünf Stimmen Oesterreichs, Preußens, Bayerns und zwei von den am VIII., IX. und X. Armeekorps betheiligten Souveränen — für die Letzteren nach einem bestimmten Wahlmodus — zusammengesetzt werden sollte, stieß gerade in Süddeutschland auf heftigen Widerspruch. Der greise König von Württemberg, der wegen der Gebrechlichkeit seines hohen Alters sich auf dem Kongreß durch seinen Sohn, den Kronprinzen Karl, vertreten ließ, sah in der Bevorzugung Bayerns eine Verletzung der Würde seines Staates.

Der Kronprinz war ferner davon unterrichtet, daß sein Vater, so sehr er es sich angelegen sein ließ, die Reformakte zu unterstützen, keineswegs mit allen Theilen derselben einverstanden war, — am wenigsten mit dem Verhältniß der Stimmen im Direktorium, da das vorgeschlagene Wahlverfahren die Möglichkeit offen ließ, daß Sachsen von jeder Theilnahme an der Exekutivgewalt ausgeschlossen blieb. Es entsprach daher auch den Ansichten des Prinzen, wenn der König eine Theilung der obersten Bundesbehörde in sechs Stimmen vorschlug: je eine Virilstimme für Oesterreich, Preußen, Bayern, eine Kuriatstimme für die Könige von Sachsen, Württemberg und Hannover in jährlichem Wechsel, zwei weitere Kuriatstimmen für die übrigen Mitglieder

des Bundes, einschließlich der freien Städte. Der Antrag erhielt die Majorität, der auch Württemberg beitrat; die bestehenden Meinungsverschiedenheiten aber wurden dadurch nicht beseitigt. In einem Briefe vom 30. August, der in Frankfurt zu allgemeiner Kenntniß gelangte, schrieb König Wilhelm von Württemberg seinem Sohne mit Bezug auf die Frage des Direktoriums: „Ich habe gewiß keinen großen Werth darauf gelegt, da mir nur wenige Tage noch zu leben beschieden sind,*) sondern ich wollte dem Lande nur beweisen, daß jedes Mittel angewandt worden, um zu unserem Rechte zu kommen. Die Bevorzugung Bayerns ist ein Unrecht gegen die anderen Könige, aber unter den gegebenen Umständen mußten wir nachgeben. Schließlich muß ich bemerken, daß die allgemeine Meinung sehr wenig von Frankfurt und seiner Verfassung erwartet.“ Deutlich spricht sich in diesen Worten die skeptische Auffassung aus, die selbst in den Reihen der mittelstaatlichen Partei obwaltete.

Unter der in Frankfurt versammelten Fürstenschaft ist König Johann wohl der Einzige gewesen, der den Willen kundgab, das Votum der Mehrheit als maßgebend anzuerkennen. Es zeigte sich jedoch sehr bald, daß von einem Siege des Majoritätsprinzips in Frankfurt schon deshalb nicht die Rede sein konnte, weil keine einzige Bestimmung der Reformakte unbestritten blieb. In dem Artikel über Krieg und Frieden wurde die absolute Majorität durch eine Mehrheit von zwei Drittheilen der Stimmen ersetzt. In Betreff des Bundespräsidiums behauptete Oesterreich, unterstützt von der Majorität, sein altes Ehrenvorrecht; die Minderheit dagegen beantragte die Entscheidung der Frage durch Vereinbarung zwischen Oesterreich und Preußen. Ebenso unvermittelt

*) Der König starb im 83. Lebensjahre am 25. Juni 1864.

standen sich die Ansichten bei der Debatte des Wahlmodus für die Volksvertretung am Bunde gegenüber; die mit Oesterreich verbundenen Regierungen betrachteten das indirekte Wahlsystem als eine Forderung, die in keinem Falle preisgegeben werden dürfe, während die Minderheit, unter Führung Badens, eine aus direkten Wahlen hervorgegangene Volksvertretung als die nothwendigste Grundlage der bundesstaatlichen Einigung bezeichnete.

Infolge des parlamentarischen Redekampfes, der durch die zahlreichen Gegenerklärungen und Vorbehalte nur verschärft werden konnte, herrschte nach Beendigung der Einzelberathung, 29. August, unter den Theilnehmern eine Stimmung, welche die Auflösung des Kongresses befürchten ließ.*) Nur der Vertrauensstellung, die sich König Johann im Kreise seiner Bundesgenossen erworben hatte, war es zu verdanken, daß es zu einer Abstimmung kam. In der ersten Sitzung eines engeren Komitees, das am 30. August unter Vorsitz des Königs in dem Thurn-Taxisschen Palais zusammentrat, handelte es sich vornehmlich um die Frage, ob auf Grund der Majoritätsbeschlüsse die Ausführung der Reformakte auch ohne Zustimmung Preußens in Angriff genommen werden sollte. Gegen eine solche Verpflichtung, deren Folge die Stiftung eines Sonderbundes gewesen wäre, erhob sich ein allgemeiner Widerspruch. Auch König Johann erklärte sich dagegen.**)

*) Diese Thatsache erhellt sowohl aus dem Bericht des Herzogs Ernst II. von Coburg in dessen Memoiren III. S. 331, als aus den Aufzeichnungen des Bremer Bürgermeisters, Arnold Duckwitz: Denkwürdigkeiten aus meinem öffentlichen Leben von 1841 bis 1866, Leipzig 1877, S. 164 ff. — wohl der unbefangensten und daher zuverlässigsten Quelle für die Vorgänge in Frankfurt.

**) Die Behauptung Ernsts II. (S. 331), der König von Sachsen hätte in der Sitzung des 30. August „anfänglich" den Grundsatz aufgestellt, die dissentirenden Fürsten müßten aus dem Bunde austreten, kann nur auf einem

Die Berathung währte bis in die späte Abendstunde; als böses Omen schwirrten die Fledermäuse in die geöffneten Fenster des baufälligen Thurn-Taxisschen Bundespalais: ein Ausgleich wurde nicht gefunden. Die für den nächsten Tag anberaumte Abstimmung im Plenum mußte auf den 1. September verschoben werden. Als der engere Ausschuß sich am 31. August abends zu einer zweiten Sitzung vereinigte, diesmal bei König Johann im „Englischen Hofe", stand, nach mancherlei Privatbesprechungen der Fürsten und der städtischen Vertreter, die im Laufe des Tages stattgefunden hatten, die Ueberzeugung fest, daß ein Mehrheitsbeschluß für Annahme der Verfassungsakte nur unter ausdrücklichem Vorbehalt der Zustimmung sämmtlicher Bundesstaaten durchzusetzen sei. In einer längeren Konferenz zwischen Kaiser Franz Joseph und dem König von Sachsen wurde in der Nacht zum 1. September die Fragestellung, die der Versammlung am nächsten Tage vorgelegt werden sollte, entworfen, wobei der Kaiser eigenhändig den Wortlaut niederschrieb. Die beiden Hauptfragen lauteten: „Nimmt die Versammlung das Schlußresultat der Verhandlungen an? Hält die Versammlung sich so lange an diese Beschlüsse gebunden, bis die hier nicht vertretenen Bundesglieder den ihnen mitgetheilten Entwurf entweder definitiv abgelehnt oder uns ihre Gegenvorschläge eröffnet haben?" 24 Stimmen bejahten die Fragen; die Großherzöge von Baden, Mecklenburg-Schwerin, Sachsen-Weimar, Prinz Heinrich der Niederlande als Vertreter für Luxemburg, die Fürsten von Waldeck und Reuß j. L. verneinten sie. Herzog Ernst von Sachsen-Altenburg hatte

Irrthum des Gedächtnisses beruhen. In einer Weisung an Beust vom 15. September sagt der König ausdrücklich: „Ich setze voraus, daß jede Sonderbundsidee, gegen die ich mich in Frankfurt so oft verwahrt habe, ausgeschlossen bleiben muß."

Frankfurt vor dem Schluß des Kongresses verlassen. Die Fürsten, die sich für die Annahme der Reformakte erklärt hatten, unterzeichneten dann ein Gesammtschreiben an König Wilhelm I., welches die Mittheilung der Frankfurter Beschlüsse begleitete. Was geschehen werde, wenn Preußen dieselben ablehnte, blieb eine ungelöste Frage.

Um bei der Rückkehr seines Vaters aus Frankfurt gegenwärtig zu sein, war der Kronprinz am 31. August wieder in Dresden eingetroffen, während seine Gemahlin noch für längere Zeit in Baden-Baden verblieb. Schon auf dem Wege durch das Voigtland, namentlich in Zwickau und Chemnitz, erhielt der König die unzweideutigsten Beweise des Einverständnisses mit der Haltung seiner Regierung in der Bundesfrage. In der Residenz hatte der Aufruf eines städtischen Komitees zur Vorbereitung der Empfangsfeierlichkeit die ganze Bürgerschaft in Bewegung gesetzt: die Korporationen, die Arbeitervereine und die Schulen betheiligten sich an der Aufstellung längs der Feststraße, die sich vom Leipziger Bahnhofe über die Augustus-Brücke bis zum Pirnaischen Platze ausdehnte: — kurz, die patriotische Feier des 3. September 1863 nahm einen glänzenden Verlauf.

Das Verhältniß des Königs Johann zu dem Frankfurter Verfassungsversuch wurde nicht allein durch die Stellung bestimmt, die er seit dem Jahre 1859 in Betreff der Bundesreform einnahm, sondern es machten sich dabei noch andere Gesichtspunkte geltend, die mit der politischen Lage Europas in engem Zusammenhange standen. Der Streit der Mächte in der polnischen Frage dauerte auch im Herbst des Jahres 1863 fort; namentlich zwischen den Kabinetten von Wien und Petersburg herrschte eine sehr gereizte Stimmung. Der König hielt immer an dem Gedanken fest, daß eine Verständigung der deutschen

Großmächte das sicherste Mittel für die Erhaltung des Weltfriedens sei. Unmittelbar nach dem Fürstentage schrieb er: „Solange ein Zusammenhalt Teutschlands nicht gesichert ist, solange Oesterreich insbesondere Preußens Bestrebungen vielfach entgegenzutreten weiß und auf seine Freundschaft nicht rechnen kann, wird auch dasselbe keine rein teutsche Politik verfolgen, sondern wie es jetzt der Fall ist, eine Verbindung, sei es im Westen, sei es im Osten suchen. Bei einem solchen Zusammenhalt dagegen wird es aus der westmächtlichen Allianz befreit.“ Der König erblickt in einem Bündniß der deutschen Großmächte, dem sich das übrige Deutschland ohne Weiteres anschließen würde, das „erhaltende Prinzip“ des europäischen Staatslebens, das sich nach allen Seiten hin Achtung und Geltung verschaffen würde.

Die Absicht des Königs, diese Erwägungen dem König Wilhelm I. in einem Privatschreiben vorzutragen, wurde vereitelt durch den Beschluß des preußischen Gesammtministeriums über die Ablehnung der Reformakte. Einen förmlichen Protest gegen jede Bundesreform enthielt das ministerielle Gutachten vom 15. September ebensowenig als das unter dem 22. September von Wilhelm I. erlassene Antwortschreiben an die deutschen Fürsten; beide Schriftstücke stellten vielmehr dem Frankfurter Entwurf eine Reihe von Forderungen gegenüber, die Preußen für weitere Verhandlungen durch eine Ministerkonferenz zur Bedingung machte. Es handelte sich um die drei Punkte: direkte Wahlen für die Volksvertretung am Bunde nach der Kopfzahl der Bevölkerung in den einzelnen deutschen Staaten, Alternat der Vorstandschaft und das Veto gegen alle Kriegserklärungen, insofern nicht ein Angriff auf das Bundesgebiet vorlag. „Ueber die beiden ersten Punkte“, schrieb der König an Beust, der sich in Gastein befand, „läßt sich wohl sprechen“; bedenklicher erschien

ihm der Vorbehalt des Einspruchsrechtes, aber seine Meinung ging gleichwohl dahin, die preußischen Gegenvorschläge müßten in Erwägung gezogen und wo möglich zur Anknüpfung einer Verständigung benutzt werden.

Diese Ansicht, die der Kronprinz theilte, wird auch dem Wiener Hofe nicht verborgen geblieben sein, da der Prinz sich in jenen Tagen zu den Jagden nach Ischl begab. Voraufgegangen waren größere Manöver in Sachsen, die mit Besichtigung der Truppen durch eine Bundesinspektion ihren Abschluß fanden. In Großenhain war die Erste Reiter-Brigade zusammengezogen, zu deren Kommandeur am 13. September Prinz Georg ernannt wurde. Eine größere Vereinigung aller Truppengattungen in Kantonnements stand unter Leitung des Kronprinzen, der am 17. sein Hauptquartier in Leipzig nahm und von hier aus den Uebungen in den Kantonnements bei Fuchshain beiwohnte. Am 21. erschien der König mit den militärischen Vertretern der Bundesstaaten, dem österreichischen General der Kavallerie Grafen Clam Gallas, dem bayerischen Generallieutenant v. Feder und dem hessen-darmstädtischen Generalmajor Klingelhöfer.

Sogleich nach Aufhebung des Kantonnements reiste der Kronprinz am 26. September über Wien nach Ischl. Kaiser Franz Joseph traf erst etwas später aus Innsbruck ein, ganz erfüllt von dem erhebenden Eindruck der Erinnerungsfeier für die 500jährige Vereinigung Tirols mit Oesterreich. Dann fiel in diese Zeit die Ankunft jener Deputation, die dem Erzherzog Maximilian im Schlosse Miramar das Anerbieten der mexikanischen Kaiserkrone überbrachte. Der Kronprinz wußte die weltgeschichtliche Bedeutung der Mission, die der Erzherzog übernahm, sehr wohl zu würdigen, aber die Zukunft seines Jugendfreundes erfüllte ihn mit sorgenvollen Gedanken. Wichtiger als dies Alles,

wenigstens für Deutschland, war die Kunde, die am 1. Oktober aus Frankfurt kam: der Bundestag hatte die Exekution in Holstein beschlossen.

Es wird die Aufgabe der folgenden Darstellung sein, die Entwickelung des deutsch-dänischen Streites, soweit Sachsen dabei betheiligt war, in ihren Hauptmomenten zu begleiten. Schon an dieser Stelle aber muß erwähnt werden, daß die Mittel und Wege für Vertheidigung der Rechte Schleswig-Holsteins bereits während des Frankfurter Kongresses vielfach in Erwägung gezogen worden sind, namentlich auch zwischen dem Kaiser und dem König von Sachsen.

Während seines Aufenthalts in Ischl mußte der Kronprinz nun freilich die Wahrnehmung machen, daß eine Vermittelung zwischen den deutschen Großmächten in Sachen der Bundesreform nicht zu erreichen war. Die preußischen Gegenvorstellungen hatten keine Aussicht, österreichischerseits angenommen zu werden. Aber auch die Konstituirung des Sonderbundes war aufgegeben, und ebenso fehlte es innerhalb der Bundespartei an einem einmüthigen Entschluß über die fernere Behandlung der Reformakte.

Kurz vor der Abreise aus Ischl, am 6. Oktober, erfuhr der Kronprinz, daß König Maximilian II. eine verabredete Zusammenkunft mit Beust in Berchtesgaden rückgängig gemacht und durch eine Reise nach Italien allen weiteren Erörterungen aus dem Wege gegangen war. Als dann die Reformstaaten am 24. Oktober in Nürnberg eine Versammlung abhielten, um über die Antwort auf Preußens Erklärungen schlüssig zu werden, fehlte es an jeder gemeinsamen Basis. Die Majorität von Frankfurt war auf die Hälfte zusammengeschmolzen, denn nur zehn Staaten hatten ihre Vertreter entsendet, und selbst in dieser engeren Vereinigung spalteten sich die Stimmen. Den treffendsten

Kommentar zu der Lage der Dinge liefert der Ausspruch, den Graf Rechberg gegen Beust fallen ließ: „Wenn Ihr es so haben wollt, mit Preußen können wir uns auch verständigen.“*)

Ein höheres Gebot der geschichtlichen Nothwendigkeit ließ die theoretische Auseinandersetzung über die Bundesreform in dem Augenblick verstummen, in welchem die deutschen Mächte sich vor die praktische Lösung einer nationalen Aufgabe gestellt sahen; ein Wendepunkt in den Geschicken Deutschlands war damit eingetreten.

*) Aus drei Vierteljahrhunderten I, 336.





Drittes Kapitel.

Deutsch-dänischer Krieg und Bundesexekution
(November 1863 bis Dezember 1864).

Nach jahrelangen, fruchtlosen Verhandlungen mit den holsteinschen Ständen hatte Frederik VII. von Dänemark sich veranlaßt gesehen, das staatsrechtliche Verhältniß zwischen den einzelnen Theilen der Monarchie aus eigener Machtvollkommenheit festzusetzen. Die Verordnung vom 30. März 1863 ließ den Gedanken des Einheitsstaates insofern fallen, als sie dem holsteinschen Lande eine gewisse Selbständigkeit der Verwaltung verlieh. Abgesehen aber von den finanziellen Nachtheilen, die mit diesem Zugeständniß für Holstein verbunden waren, lief die feierlich angekündigte Verfassungsänderung zuletzt auf einen offenen Gewaltakt hinaus, da sich als nothwendige Folge der Sonderstellung Holsteins die Auflösung des Verbandes mit Schleswig ergab. Der Bundestag erklärte sich für das angestammte Recht der auf ewig ungetheilten Nordmark, forderte durch Beschluß vom 9. Juli die Aufhebung der Bekanntmachung vom 30. März und drohte im Weigerungsfalle mit Exekution. Im Vertrauen auf die damalige Lage Europas, den Zwiespalt der Großmächte in der polnischen Frage,

die Uneinigkeit Deutschlands, hielt die eiderdänische Partei den Augenblick für günstig, um die längst eingeleitete Danisirung Schleswigs zu vollenden. Der schon erwähnte Exekutionsbeschluß vom 1. Oktober versetzte vollends das ganze dänische Inselreich in leidenschaftliche Aufwallung; am 13. November votirte der Reichsrath die Inkorporation Schleswigs.

Bevor das neue Staatsgrundgesetz noch die königliche Sanktion erhalten hatte, machte am 15. November ein Schlaganfall dem Leben Frederiks VII. ein plötzliches Ende. Nach der in dem Londoner Protokoll vom 8. Mai 1852 zwischen Dänemark und den Großmächten vereinbarten Erbfolge gingen die Thronrechte auf den sogenannten Protokollprinzen, bisherigen Herzog von Holstein-Glücksburg, Christian IX., über. Bereits am 16. November aber erhob der Erbprinz Friedrich von Holstein-Sonderburg-Augustenburg in einer Proklamation von Schloß Dolzig aus Einspruch gegen die Gültigkeit des Londoner Vertrages und rief die Regierungen des deutschen Bundes zum Schutze seines Erbrechts auf.*) Als dann Christian IX. aus Furcht vor den revolutionären Umtrieben der Volksmassen das Verfassungsgesetz vollzog, war das Signal zum Kampfe gegeben.

Seit der Theilnahme an dem Feldzuge von 1849 hatte Kronprinz Albert die Sache Schleswig-Holsteins niemals aus dem Auge verloren. Wie vor 14 Jahren, war er auch jetzt von deutsch-patriotischen Gesinnungen erfüllt. Im vertrauten Kreise äußerte er, es würde eine Schmach sein, wenn der deutsche Bund nicht die Gelegenheit ergreifen wollte, um den Holsteinern für den Tag von Fredericia Vergeltung zu verschaffen. Er faßte

*) Vergl. K. Jansen und K. Samwer, Schleswig-Holsteins Befreiung. Wiesbaden 1897, Beilage 2 S. 684.

die Angelegenheit vom rein militärischen Standpunkt auf und wünschte daher nichts sehnlicher, als ein rasches Vorgehen der vereinten Waffen Deutschlands gegen Dänemark, damit dem nordischen Feinde die Möglichkeit benommen werde, aus dem Gegenspiel der fremden Mächte Vortheil zu ziehen. Seine Ansicht entsprach durchaus der politischen Stimmung, die in seinem engeren Vaterland herrschte; wie in ganz Deutschland, so begeisterten sich auch in Sachsen die weitesten Volkskreise für die Befreiung Schleswig-Holsteins. Eine der ersten Kundgebungen ging von Leipzig aus, wo in einer Volksversammlung im Odeum am 21. November Männer aller Parteien sich zu einer Adresse an den König vereinigten, in welcher die Vertheidigung des Rechtes der deutschen Lande gegen dänische Gewaltthat als eine nationale Pflicht hingestellt wurde. „Die deutsche Nation wird einer solchen That dankbar zujauchzen," hieß es in diesem Schriftstück, „und Sachsen, dessen tapfere Söhne, — in ihren Reihen Euerer Königlichen Majestät eigener Sohn und Thronerbe, — für Schleswig-Holstein schon einmal gekämpft, geblutet und gesiegt haben, — wird dem Ruf des Königs doppelt freudig folgen."

König Friedrich August II. war, auf Anregung Preußens und dem Beispiel anderer deutschen Fürsten folgend, dem Londoner Vertrage beigetreten, — freilich unter Vorbehalt der Entschließungen des Bundes, der in seiner Gesammtheit die Vereinbarung von 1852 niemals angenommen hatte.*) Da Dänemark die Bedingungen des Protokolls nicht erfüllt und zuletzt durch den Staatsstreich vom 18. November eine wesentliche Grundlage

*) Die einschränkende Klausel in der sächsischen Erklärung lautete: Sans prétendre du reste anticiper sur les résolutions que la Confédération germanique par l'organe de la Diète pourrait être amenée à prendre dans cette question.

derselben, die unlösliche Vereinigung der Herzogthümer, willkürlich aufgehoben hatte, fühlte der König sich an die von seinem Bruder eingegangene Verpflichtung nicht mehr gebunden. Der Umstand, daß das Oberhaupt der sonderburg-augustenburgischen Linie, Herzog Christian August, im Einverständniß mit seinen beiden Söhnen, den Prinzen Friedrich und Christian, gegen eine Entschädigung für seine schleswigschen Besitzungen dem Protokoll und der dänischen Thronfolgeordnung zugestimmt hatte, ließ dem Könige das augustenburgische Erbrecht anfangs zweifelhaft erscheinen. Auf Befehl des Königs übertrug das Ministerium die Prüfung der gesammten Rechtsfrage den Professoren der Juristenfakultät in Leipzig, Albrecht und v. Gerber, und dem Direktor des Hauptstaatsarchivs, Karl v. Weber.

Dem Prinzen Friedrich, der in einem Schreiben vom 24. November um die Unterstützung seiner Sache durch den gewichtigen Einfluß Sachsens am Bundestage gebeten hatte, antwortete der König: „Daß mir das Recht jedes teutschen Fürsten sowie der Schutz der Herzogthümer gegen Unterdrückung am Herzen liegen, werden Sie bei meiner stets offen dargelegten Gesinnung nicht bezweifeln. Ebenso kann ich versichern, daß ich, wenn am Bunde die Frage über die rechtsmäßige Nachfolge in den Herzogthümern zur Entscheidung kommt, dieselbe der unparteiischsten Prüfung unterwerfen und ohne alle Rücksicht nach meiner gewonnenen Ueberzeugung stimmen werde, so wie ich auch jetzt schon alle Maßregeln bewirkt habe, welche dem Bund eine freie Aktion in dieser Angelegenheit gewährleisten.“ *)

Die Maßregeln, auf die der König hier Bezug nimmt, bilden den Inhalt einer Weisung an die sächsische Bundesgesandt-

*) Eigenhändiger Entwurf im Ministerium des Königlichen Hauses.

schaft, die man zugleich als das Programm der mittelstaatlichen Partei in der schleswig-holsteinschen Frage betrachten darf. In Uebereinstimmung mit mehreren anderen Regierungen beantragte Sachsen zunächst, die Zulassung eines dänischen Gesandten am Bundestage bis zur Entscheidung der Erbfolge für unstatthaft zu erklären. Ferner wurde, ohne Rücksicht auf den Londoner Traktat und die aus demselben sich ergebenden Verbindlichkeiten der deutschen Großmächte, die Frage der Erbfolge und damit auch das zukünftige Staatsverhältniß der Herzogthümer dem Schiedsspruch des Bundes unterworfen.*)

Indem die sächsische Regierung in dieser Weise die Losreißung der Herzogthümer von Dänemark als das Ziel der Bundespolitik hinstellte, hatte sie den Vortheil auf ihrer Seite, daß der am 9. November eröffnete Landtag sich mit unbedingter Einstimmigkeit für die Befreiung Schleswig-Holsteins aussprach. Das gemeinsame Votum der beiden Ständekammern versicherte die Regierung im Namen des sächsischen Volkes der bereitwilligsten Unterstützung in dem Kampfe gegen fremde Anmaßung und Einmischung, „selbst wenn hierbei die äußersten Mittel ergriffen werden müßten".**) An der Abstimmung in der Ersten Kammer am 25. November betheiligte sich Prinz Georg, während der Kronprinz in der Sitzung nicht erschien, getreu dem Grundsatze, in rein politischen Angelegenheiten mit seinem persönlichen Urtheil zurückzuhalten und jede Beeinflussung freier Meinungsäußerung zu vermeiden.

Dagegen bot sich dem Kronprinzen Gelegenheit, gerade in dem Augenblick, in welchem die Bundespartei mit ihrer Aktion

*) Ministerialerlaß vom 21. November 1863 im Hauptstaatsarchiv.
**) Landtagsmittheilungen, Erste Kammer, S. 26.

einsetzte, die Stimmung Deutschlands noch an einer anderen Stelle kennen zu lernen. Eine Einladung des Großherzogs Karl Alexander zur Jagd in Allstedt führte ihn in den letzten Tagen des November an den Weimarer Hof. Thüringen bildete den Mittelpunkt der augustenburgischen Agitation; Gotha unter dem Schutze Ernsts II. war das Hauptquartier der kleinen Regierung, die sich, vorläufig noch in partibus infidelium, um Herzog Friedrich VIII. sammelte; der Großherzog von Weimar und dessen nationalgesinnter Minister Bernhard v. Watzdorf, ebenso die Herzöge von Sachsen gehörten zu den eifrigsten Förderern der Sache des Prätendenten. Zum ersten Male seit 1848 waren die Ernestiner und Albertiner in einer für die Geschicke Deutschlands entscheidenden Frage auf das Engste vereinigt. Mußte schon dies den Kronprinzen wohlthuend berühren, so wurde sein Vertrauen auf die Bundespolitik noch dadurch befestigt, daß die Vorschläge der Regierung seines Vaters auch in Süddeutschland allseitigen Anklang fanden.

Was die bundesstaatliche Partei seit 1859 vergeblich erstrebt hatte, mit der Volksstimme Fühlung zu gewinnen und dadurch zu einer einflußreichen Stellung in dem politischen Leben Deutschlands zu gelangen, das schien sich jetzt zu erfüllen. Gestützt auf die nationalen Kundgebungen, die allenthalben in Deutschland — in der Presse, in Volksversammlungen, in den Ständekammern — die Selbständigkeit Schleswig-Holsteins verlangten, zögerte die Mehrzahl der mittleren und kleineren Staaten nicht einen Augenblick, sich an die Spitze der Bewegung zu stellen, in der Erwartung, daß die deutschen Großmächte ihr folgen müßten. In einer eigenhändigen Aufzeichnung des Königs Johann aus jenen Tagen finden sich die Worte: „Die öffentliche Meinung zu Gunsten der Herzogthümer geht stark durch alle Klassen, alle

Parteien. Eine solche Meinung, wenn man sich auch von ihr nicht beherrschen lassen darf, verdient doch gewiß Berücksichtigung. Ich bin wenigstens der festen Meinung, daß der teutsche Bund, wenn er in dieser Sache nicht mit Festigkeit und Entschlossenheit für das eintritt, was er für Recht erkennt, sich um den Rest des Ansehens bringt, den er bei der Nation genießt, wogegen er bei einem ungetheilten Verfahren bedeutend in der Achtung steigen würde." Dabei aber legte der König doch den größten Werth auf ein einträchtiges Zusammenwirken des Bundes mit den deutschen Großmächten. Nach seinem Dafürhalten war das Einverständniß ohne Weiteres hergestellt, wenn Oesterreich und Preußen sich entschlössen, auch ihrerseits das Londoner Protokoll fallen zu lassen. Von König Wilhelm I. waren Aeußerungen im Umlauf, die darauf hinwiesen, daß er in diesem Falle gegen eine Majorisirung keinen Einwand erheben werde. In Weimar hatte der Kronprinz Aehnliches gehört; in dem dortigen, dem preußischen Königshause so nahe verwandten Fürstenkreise sprach man von den persönlichen Sympathien Wilhelms I. für die Schleswig-Holsteiner und von dem wohlwollenden Empfang, den der Herzog von Augustenburg während eines kurzen Aufenthaltes in Berlin bei dem König gefunden hatte.

Wenn die Vorstellungen des Königs Johann weder in Wien noch in Berlin Eingang fanden, so lag der Hauptgrund dafür in der Gesammtheit der politischen Verhältnisse Europas. Der herausfordernde Ausspruch Napoleons III. in der Thronrede vom 5. November: „die Verträge von 1815 haben aufgehört zu bestehen" und die Einladung aller Souveräne, einschließlich der deutschen Könige, zu einem Kongreß deuteten auf neue Umsturzpläne Frankreichs. In dem Augenblick, in welchem der Kaiser der Franzosen vor aller Welt die „allmähliche Zersetzung

des europäischen Grundvertrages" proklamirte, zur Auflösung des Londoner Vertrages zu schreiten, das war ein Gedanke, welcher der konservativen Politik Oesterreichs widerstrebte. Da aber auch Preußen mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten seiner inneren Lage den europäischen Konflikt zu vermeiden wünschte, so ergab sich hieraus der erste Berührungspunkt für eine engere Verbindung mit Oesterreich. Am 24. November wurde zwischen Bismarck und dem Grafen Karolyi ein Abkommen getroffen, durch welches die beiden Großmächte sich vereinigten, zwar die Ausführung der Exekution in Holstein zu beantragen, jedoch lediglich insoweit, als es sich dabei um Wahrung des staatsrechtlichen Verhältnisses der Herzogthümer gegenüber dem Erlaß vom 30. März und dem dänischen Staatsgrundgesetz handelte.

Es war der schwerste Schlag, von dem die mittelstaatliche Partei getroffen werden konnte, nicht nur in Bezug auf die Behandlung der schleswig-holsteinschen Angelegenheit, sondern namentlich auch in der deutschen Frage, denn durch den Bund mit Preußen verzichtete Oesterreich auf die im Jahre 1861 angeknüpfte großdeutsche Verbindung und that den entscheidenden Schritt, um die Akten der Bundesreform zu schließen.

Am folgenden Tage, 25. November, hatte Graf Hohenthal eine längere Besprechung mit dem preußischen Ministerpräsidenten. Die beiden Großmächte, sagte Bismarck, können gegenwärtig von dem Londoner Protokoll nicht zurücktreten, denn das würde der sofortige Krieg sein. Angesichts der Stellung Englands, welches als Alliirter Dänemarks auftreten würde, wäre dies ein Sprung ins Dunkle.

So deutlich schon bei dieser ersten Verhandlung der Gegensatz zwischen der sächsischen und der preußischen Auffassung hervortrat, so täuschte Graf Hohenthal sich darüber nicht, daß die fernere

Entwickelung der preußischen Politik von dem Verlauf der Ereignisse abhängig sei. Ausdrücklich hatte Bismarck gesagt: die deutschen Großmächte sind „vorläufig" an das Protokoll gebunden: „in vier bis fünf Wochen", fügte er hinzu, „wird man klarer sehen".

Die Nachrichten aus Berlin waren dem Kronprinzen wenig erfreulich. Einige Beruhigung gewährte ihm nur die Aussicht auf die Vollstreckung der Exekution; denn standen die deutschen Truppen erst an der Eider, wie leicht konnte die schleswig-holsteinsche Frage dann eine andere Gestalt annehmen. Der Prinz ahnte schwerlich, daß Bismarck in dieser Beziehung genau so dachte wie er.*) Einen Gegenstand besonderen Interesses für den Kronprinzen bildeten die Konferenzen in Frankfurt a. M., auf denen die Vertreter der an der Exekution betheiligten Staaten — Oesterreich, Preußen, Sachsen, Hannover — über Zusammensetzung und Aufstellung der Truppenkräfte beriethen. Der sächsische Bevollmächtigte, Major im Generalstabe v. Brandenstein, rühmt in seinen Berichten die überlegene Sicherheit, mit welcher der preußische Abgesandte, Moltke, jeden Zwiespalt der politischen Ansichten von den Erörterungen der militärischen Maßregeln fern zu halten wußte. Die Hauptbestimmungen des Konferenzprotokolls vom 1. Dezember lauteten: Das zum ersten Einrücken bestimmte Korps, 6000 Mann, wird von Sachsen gestellt und sammelt sich bei Boitzenburg: die übrigen Truppentheile bilden die erste Reserve, und zwar schließt sich die preußische Brigade an die

*) In einer Depesche an den preußischen Bundesgesandten, Herrn v. Sydow, schrieb Bismarck am 29. November: „Sind die deutschen Truppen erst einmal im Lande, so wird sich alles Weitere finden, und die Situation kann sich in Kurzem ändern." Vergl.: Der deutsch-dänische Krieg, herausgegeben vom großen Generalstabe, Berlin 1886, I., S. 19.

Sachsen an; die hannoverschen Truppen werden zwischen Lüneburg und Harburg vereinigt, gefolgt von der österreichischen Brigade, die bei Harburg über die Elbe geht. Außer dieser Aufstellung von 22 000 Mann wurde für den Fall, daß Dänemark sich der Bundesexekution nicht unterwarf, sondern Widerstand entgegensetzte, die Bereithaltung von weiteren 40 000 Mann Streitbarer, welche Oesterreich und Preußen übernahmen, für unerläßlich erachtet.*) Militärische und politische Gründe veranlaßten Moltke, den Führer der sächsischen Truppen, Generallieutenant v. Hake, zum obersten Befehlshaber des Bundesheeres vorzuschlagen, was natürlich im vollsten Maße den Wünschen des Kronprinzen entsprach.

Während so die militärischen Maßnahmen eingeleitet waren, entbrannte am Bunde der unentwirrbare Streit zwischen den deutschen Mächten. Am 28 November hatte die Bundesversammlung mit erheblicher Mehrheit die Zurückweisung des dänischen Gesandten beschlossen. Oesterreich und Preußen, die dagegen stimmten, enthielten sich des Protestes, dann aber folgten am 4. Dezember gleichlautende Noten der beiden deutschen Großmächte, welche die Ausführung der Exekution unter Festhaltung an dem Londoner Protokoll beantragten. Bei der Abstimmung am 7. Dezember siegte der österreichisch-preußische Antrag mit der Majorität von einer Stimme. Unter Wahrung ihres den Großmächten entgegengesetzten Standpunktes ließ die Bundespartei der Exekutionsvollstreckung freien Lauf.

In Sachsen hatten die Vorbereitungen für die Mobilmachung bereits im Oktober begonnen, wobei dem Kommando

*) Das Protokoll ist als Anlage 3 in dem Werke des großen Generalstabes abgedruckt.



der Infanterie die Hauptaufgabe zufiel. Mit Rücksicht auf den Winterfeldzug, dem die Truppen entgegengingen, erließ der Kronprinz ausführliche Vorschriften über die Bekleidung der Mannschaften. Da durch die Ernennung Hakes das Kommando der 2. Infanterie-Division frei wurde, übernahm der Kronprinz am 12. einstweilen die Führung derselben neben seinen sonstigen Obliegenheiten. Zum Kommandanten der für die Exekution bestimmten Armee-Brigade ernannte der König den Generalmajor v. Schimpff, bisherigen Führer der Jäger-Brigade, zum Generalstabschef beim Oberkommando den Obersten v. Fabrice. Die schwierige Aufgabe des Kommissariats für die Civilverwaltung in Holstein wurde sächsischerseits dem bisherigen Kreisdirektor Wirklichen Geheimen Rath v. Könneritz übertragen. Leipzig und Dresden waren die Sammelplätze der Truppen. Am 13. Dezember machte der Kronprinz den Truppentheilen der Infanterie den Tagesbefehl bekannt, den der König an die mobile Brigade erlassen hatte: „Soldaten! bewahrt die Ehre des sächsischen Namens. Seid bei allen Vorkommenheiten pflichtgemäße, gehorsame Untergebene, gute Kameraden und würdige Waffengefährten anderer deutscher Stämme. Meine besten Wünsche begleiten Euch! Gott sei mit Euch! Johann.“*) Der Kronprinz besichtigte die einzelnen Bataillone vor ihrer Abfahrt zuerst in Leipzig, dann in Dresden, wo auch seine Gemahlin sich von den Truppen verabschiedete; am 16. Dezember wohnte er in Priestewitz der Justradirung einer Schwadron des 1. Reiter-Regiments bei. Als die sächsische Artillerie in der Nacht zum 16. die preußische Hauptstadt passirte, wurde sie von der Bevölkerung Berlins mit Jubel begrüßt. Dem Generallieutenant v. Hake, der sich am

*) Nach den Akten des Kommandos der Infanterie im Kriegsarchiv.



16. in Berlin meldete, sagte König Wilhelm: er wünsche, die Bundestruppen fänden Widerstand; doch sei dies nicht wahrscheinlich. Der König fügte hinzu, er könne sich nicht ohne Weiteres von einem Vertrage lossagen, den sein Bruder geschlossen habe; sollte aber eine kriegerische Wendung eintreten, so werde sein deutsches Herz höher schlagen.*)

So erfreulich diese militärischen Lichtblicke für den Prinzen Albert waren, die Sorge über die politischen Verhältnisse wurde dadurch nicht verscheucht. Wie im übrigen Deutschland, reizte auch in Sachsen das Verhalten Oesterreichs und Preußens zu heftigem Widerspruch. Die Zweite Kammer unterwarf am 15. Dezember, mit dem „Ausdruck des Bedauerns und der gerechten Entrüstung", den Bundesbeschluß vom 7. einer nichts weniger als wohlwollenden Kritik; sie beantragte vollständige Besetzung von Holstein und Schleswig durch Bundestruppen und drängte auf Anerkennung des Prinzen von Augustenburg. Der Minister v. Beust befand sich am 26. Dezember in München, um mit Bayern die weitere Haltung am Bunde zu verabreden. König Max II., der durch die Zeitereignisse veranlaßt worden war, seine Rückkehr aus Rom zu beschleunigen, stand der populären Bewegung mit einiger Zurückhaltung gegenüber. Allein die Vorstellungen Beusts, daß der Bund zu Thaten schreiten müsse, wenn er nicht das Vertrauen der Bevölkerungen verlieren wolle, blieben nicht ohne Eindruck; am 23. Dezember drang Bayern in Frankfurt auf schleunige Prüfung der Erbfolgefrage. Die leidige Politik störte auch in Dresden die Ruhe des Weihnachtsfestes. Am Sylvesterabend überbrachte Prinz Woldemar von Holstein-Sonderburg, der zum Besuch bei seinen Schwestern in Dresden**)

*) Bericht Hohenthals im Hauptstaatsarchiv.

**) Vergl. 1, S. 126.

verweilte, die Nachricht, daß Herzog Friedrich sich nach Holstein begeben habe. Die sächsische Regierung stand diesem Unternehmen, das von Anfang an sehr verschiedenartig beurtheilt wurde, nicht nur fern, sondern der Freiherr v. Beust hatte es sogar zu verhindern gesucht und zu diesem Zwecke am 28. Dezember ein Schreiben an Friedrich VIII. gerichtet, das den Herzog jedoch nicht mehr in Gotha antraf.*)

Die sächsische Brigade, bestehend aus dem I., II., III. und XIII. Infanterie-, dem I. und IV. Jäger-Bataillon, 6 Eskadrons vom 1. und 3. Reiter-Regiment, 2 Fuß- und 1 reitenden Batterie, 1 Pionierabtheilung mit dem Brückentrain, war am 18. Dezember an der lauenburgischen Grenze versammelt. In den nächsten Tagen, bis zum 22., vollendeten auch die übrigen Theile des Bundesheeres ihren Aufmarsch. Am 21. traf von dem dänischen Befehlshaber in Holstein, Generalmajor Steinmann, aus Kiel in dem Hauptquartier Hakes zu Boitzenburg die Meldung ein, daß er Weisung erhalten habe, sich mit seinen Truppen zurückzuziehen. Das hinhaltende Verfahren des Gegners war für den Kronprinzen, wie für Alle, die eine rasche kriegerische Entscheidung gewünscht hatten, die erste Enttäuschung.

Am 23. Dezember überschritten die Sachsen als Avantgarde bei Büchen die lauenburgische Grenze, und schon am 4. Januar 1864 standen sie an der Eider, nachdem nicht bloß Rendsburg, sondern auch der Brückenkopf bei Friedrichstadt von den Dänen verlassen war. Die politische Aufgabe der Exekution war damit zwar

*) Die Angabe bei Jansen und Samwer, S. 166, daß Beust in München eine Besprechung mit dem Herzog gehabt habe, ist irrig. In den diesseitigen Quellen findet sich ein Schreiben des Herzogs an Beust vom 23. Dezember, in welchem er bedauert, bei seinem Besuch in München die Ankunft des sächsischen Ministers nicht haben abwarten zu können.

erfüllt, aber die Stellung der Bundestruppen den Dänen gegenüber keineswegs gesichert. Die Berichte Hakes, die der Bundesversammlung eingereicht wurden und gleichzeitig in Abschriften nach Dresden gelangten, gaben dem Kronprinzen ein genaues Bild von der Lage der Dinge. Wenn dem Feinde Zeit blieb, seine Streitkräfte in Schleswig zu vereinigen und einen Vorstoß über die Eider zu unternehmen, so war Rendsburg nicht zu halten. Vollends auf der Seite von Friedrichstadt, wo die Vorposten sich in einem Zwischenraume von 50 Schritt gegenüberstanden, waren die Sachsen jeden Augenblick einem Angriff durch überlegene Streitkräfte ausgesetzt. Dem strategischen Urtheil des Prinzen konnte es nicht entgehen, daß die Ausdehnung des Exekutionsverfahrens auf Schleswig eine Nothwendigkeit sei.

Schneller als zu vermuthen war, sollte die Frage ihre Erledigung finden, freilich in einer Weise, die den Gegensatz der deutschen Mächte auf die Spitze treiben mußte. Am 28. Dezember hatten Oesterreich und Preußen in der Bundesversammlung beantragt, eine Aufforderung zur Zurücknahme des Grundgesetzes vom 18. November an Dänemark zu richten und im Weigerungsfalle die militärische Besetzung Schleswigs als Unterpfand für Erfüllung der gerechten Forderungen des Bundes zu beschließen. Der Antrag hielt sich durchaus in den Grenzen des Londoner Protokolls, denn er bezweckte zunächst nichts Anderes, als die Inkorporation Schleswigs rückgängig zu machen. Die Mehrheit des deutschen Volkes hegte ganz andere Wünsche. Die Hochfluth der nationalen Begeisterung kannte nur das eine Ziel: Losreißung der nordalbingischen Herzogthümer von Dänemark. So dachte und empfand auch der Kronprinz und sein Bruder, Prinz Georg. Als die Erste Kammer — durch einen Beschluß vom 7. Januar 1864 — das selbständige Vorgehen des Bundes ohne

Rücksicht auf Oesterreich und Preußen befürwortete, stimmten beide sächsische Prinzen in diesem Sinne.*)

Im Stillen lebte man allerdings noch der Hoffnung, daß die deutschen Mächte es nicht bis zur völligen Spaltung des Bundes kommen lassen würden; die Meinungsverschiedenheiten, die zwischen König Wilhelm und Bismarck bestanden, waren dem Dresdner Hofe nicht verborgen. Am 13. Januar berichtete Graf Hohenthal über eine Unterredung mit dem Ministerpräsidenten. Deutschland, sagte Bismarck, stehe im Begriff, ein Kapitel des bellum civile zu schreiben. „Es ist möglich," setzte er hinzu, „daß Sie den König auf Ihre Seite hinüberziehen, dann werde ich Ihnen meinen Glückwunsch zu diesem Erfolg abstatten und mir von den hinterpommerschen Wäldern den nationalen steeple chase zwischen meinem liberalen Nachfolger und Herrn v. Schmerling — denn mit mir fällt auch Graf Rechberg — ansehen."**)

Am 14. Januar wurde der preußisch-österreichische Antrag von der großen Mehrheit des Bundes verworfen. Es war der verhängnißvollste Entschluß, den die bundesstaatliche Partei fassen konnte. Wenn der schon damals sich regende Verdacht, daß es der Politik Bismarcks hauptsächlich darum zu thun sei, die Bundesmächte von dem Unternehmen gegen Schleswig auszuschließen, der Wirklichkeit entsprach, so lag für die mittleren und kleineren Staaten ein um so zwingenderes Interesse vor, sich an der Expedition zu betheiligen. Gerade das Beispiel Oesterreichs, welches den Waffenbund einging, um zu verhindern, daß die Führung in dem nationalen Kampfe dem preußischen Staate allein anheimfalle, hätte ihnen als Mahnung dienen müssen!

*) Mittheilungen der Ersten Kammer, I, S. 138.
**) Berliner Depesche vom 13. Januar 1864. Hauptstaatsarchiv.

Für Bismarck selbst war das Verhältniß zu dem Londoner Vertrage nur noch eine Frage der Opportunität. In dem politisch wichtigsten Artikel des Vertrages, den er am 16. Januar über die Exekution in Schleswig mit Oesterreich abschloß, kamen die deutschen Großmächte überein, das künftige Verhältniß der Herzogthümer nur in gemeinsamem Einverständniß festzustellen; damit war bereits auf die Möglichkeit hingewiesen, daß die bisher innegehaltenen Verpflichtungen gegen Dänemark durch die militärischen Operationen eine Veränderung von Grund aus erleiden könnten. Bismarck rechnete auf die Verblendung des Gegners, die ihm den besten Dienst leistete, denn mit der Ablehnung der Sommation an Dänemark vom 16. Januar, welche die Aufhebung des Grundgesetzes innerhalb 48 Stunden verlangte, waren die Würfel gefallen.

Da von dem Augenblick an, in welchem das Einschreiten der deutschen Großmächte gegen Schleswig begann, die österreichische und die preußische Brigade mit dem Hauptheer unter dem Oberbefehl des General-Feldmarschalls Freiherrn v. Wrangel vereinigt wurden, erfuhr die Bundes-Exekutionsarmee eine Einbuße ihrer Streitkräfte, die sie an jeder offensiven Bewegung hinderte. Schlimmer als dies war der eifersüchtige Kampf über die gegenseitigen Machtbefugnisse, der sich unter dem Einfluß der Parteiungen am Bunde zwischen den leitenden Organen der Verbündeten und der sächsisch-hannoverschen Division entspann. Als der Einmarsch der österreichisch-preußischen Truppen in Holstein erfolgen sollte, erhielt der Führer der Bundeskontingente, Generallieutenant v. Hake, eine Ordre des preußischen Kriegsministers, Generallieutenant v. Roon, vom 18. Januar, welche, wenn auch in sehr höflichen Worten, die Aufforderung an ihn stellte, sich mit den ihm untergebenen Sachsen und Hannoveranern

dem Oberbefehl Wrangels unterzuordnen und an der gemeinschaftlichen ferneren Operation theilzunehmen. Gleichzeitig traf ein Schreiben von Wrangel ein, das, im Tone der militärischen Verfügung gehalten, die Zulassung preußischer Truppen in Rendsburg und die Räumung Altonas forderte. Hake konnte sich in seinen Antworten an Roon und Wrangel nur auf seine Instruktionen berufen, die es ihm zur Pflicht machten, die eingenommenen Stellungen in Holstein ohne Erlaubniß des Bundes nicht zu verlassen. Seine Erwiderungen lauteten durchaus versöhnlich; das Schreiben an Wrangel schloß er mit den Worten, „daß es der sächsisch-hannoverschen Armee-Division zur großen Genugthuung und ganz besonderen Ehre gereichen würde, wenn die erbetenen und zu erwartenden Instruktionen ihr gestatten wollten, unter Euerer Excellenz bewährten Führung an der bevorstehenden Operation sich zu betheiligen". Diese Herzensergießung entsprach freilich nicht der politischen Stellung, welche die Bundesmilitärmacht einzunehmen hatte, aber weder der Kronprinz noch der Minister Rabenhorst konnten dem General den Ausdruck einer sehr natürlichen soldatischen Empfindung verargen; es war in der That ein hartes Loos für die Sachsen und Hannoveraner, Gewehr bei Fuß zuzusehen, wie die Oesterreicher und Preußen einem ruhmvollen Ziele entgegenstürmten.

Der Kronprinz sah in den damaligen Vorgängen eine Vergewaltigung des Bundesrechtes von Seiten der deutschen Großmächte, und dieser Eindruck konnte nur gesteigert werden durch die Kundgebungen der öffentlichen Meinung in seinem engeren Vaterlande. Von der Ansicht ausgehend, daß das einseitige Verfahren Oesterreichs und Preußens zu einem für die Herzogthümer nachtheiligen Friedensschluß führen werde, wie 1849, beantragte die Zweite Kammer am 22. Januar energische Gegen-

maßregeln am Bunde, Verstärkung der Streitkräfte in Holstein, Betheiligung der Bundestruppen an der Besitzergreifung Schleswigs. Aus den Reihen aller Fraktionen erging an die Regierung der einmüthige Ruf, die gefährdete Selbständigkeit der Einzelstaaten zu vertheidigen. Während bisher die Bestrebungen der Trias hauptsächlich in den Kreisen der Kabinette ihren Boden gefunden hatten, so drängte jetzt die sächsische Landesvertretung auf die Begründung einer dritten Macht am Bunde, deren Beruf es sei, den Großmächten gegenüber das rein deutsche Interesse zur Geltung zu bringen.*)

Der Bundespartei fehlte es weder an dem Willen der That noch an mancherlei Plänen für eine selbständige Aktion. Im Vordergrund stand die Entscheidung der Erbfolge, mit welcher der Bund die Pläne der Großmächte zu durchkreuzen gedachte. König Johann war durch ein eingehendes Studium der Rechtsverhältnisse und auf Grund der eingeforderten Gutachten**) zu der Ueberzeugung gelangt, daß dem Augustenburgischen Hause das bestbegründete Anrecht auf Holstein und Schleswig zustehe. Der Bundesgesandte, Herr v. Nostiz, wurde daher unter dem 19. Januar ermächtigt, für die Anerkennung des Herzogs Friedrich zu wirken, vorbehaltlich der noch zu prüfenden anderweitigen Ansprüche. Dabei leuchtete jedoch ein, daß mit der Anerkennung des Herzogs wenig gewonnen war, wenn man nicht über die Mittel verfügte, sie durchzusetzen. Der Gedanke tauchte auf, die Bundesarmee durch Truppenabtheilungen des VII. und VIII. Korps, also der süddeutschen Kontingente, zu verstärken, in der Absicht, sobald durch Bundesbeschluß das Erbfolgerecht

*) Mittheilungen der Zweiten Kammer, S. 448.
**) Vergl. S. 153.

Friedrichs VIII. anerkannt worden war, die Einsetzung des Herzogs im Namen des Bundes zu vollstrecken. Allein ein solches Verfahren, das den offenen Bruch mit den Großmächten zur Folge haben mußte, stieß auf mannigfache Bedenken. Bayern schlug daher zunächst eine Konferenz der bundesstaatlichen Partei vor, auf welcher über weitere Maßnahmen berathen werden sollte.

Den Kronprinzen beschäftigten weniger diese politischen Verhandlungen als die Ereignisse auf dem Kriegsschauplatz. Nach einem achttägigen Feldzuge endete der erste Akt des deutsch dänischen Kampfes mit der Unterwerfung Schleswigs. Die Einnahme der Danewerke am 5. Februar, die Besetzung von Flensburg am 7., der Vormarsch der Truppen seines Jugendfreundes, des Prinzen Friedrich Karl, im Sundewitt gegen die Düppel-Stellung seit dem 10. Februar, — alle diese glänzenden Erfolge versetzten den Prinzen in die Zeit seiner eigenen Kriegsfahrt. Empfand er es schon als eine schwere Entsagung, den Siegen der deutschen Waffen fern bleiben zu müssen, so wurde er um so schmerzlicher berührt durch die Nachricht von neuen Mißhelligkeiten zwischen den Armeebehörden in Holstein, die nur allzusehr geeignet waren, in den Reihen der sächsischen Brigade die bittersten Gefühle hervorzurufen. Am 11. Februar ging dem Generallieutenant v. Hake eine Mittheilung des Feldmarschalls Wrangel zu, welche die Absicht der Besetzung von Altona, Kiel und Neumünster aussprach und schon für den nächsten Tag das Einrücken eines Bataillons der Brigade Raven in Altona ankündigte. Wie bei dem Ueberschreiten der Grenze durch die preußischen Truppen am 18. Januar, war auch in diesem Falle eine vorherige Anfrage bei dem Bundestage nicht erfolgt. Gemäß der ihm ertheilten Instruktion sah der Führer der Bundestruppen sich in die Lage versetzt, gegen das Vor-

haben Wrangels Widerspruch zu erheben, und die beiden Civilkommissare bei der holsteinischen Landesregierung, Herr v. Könneritz für Sachsen und Regierungsrath Rieper für Hannover, schlossen sich seinem Protest an. Durch Heranziehung des hannoverschen Garde-Jäger-Bataillons von Itzehoe nach Altona, wo nur das II. Bataillon des 7. Hannoverschen Infanterie-Regiments im Quartier lag, traf Hake alle Anstalten zur Gegenwehr. Auf seinen sofort erstatteten telegraphischen Bericht nach Frankfurt stellte eine Depesche des Präsidialgesandten, Freiherrn v. Kübeck, die Beschlußfassung des Bundes im Laufe des Tages in Aussicht, widerrieth aber zugleich die Anwendung der Gewalt. In dieser Zwangslage mußte Hake sich entschließen, das Unvermeidliche geschehen zu lassen.

Bei der Stimmung, die in Sachsen herrschte, konnten diese Ereignisse nicht verfehlen, die größte Aufregung hervorzurufen: allenthalben im Lande wurde die Ansicht laut, daß der Bund seine Rechte in Holstein wahren müsse. Die Regierung des Königs protestirte am 13. in Frankfurt gegen das Verfahren des Oberkommandos der verbündeten Armee und beantragte Verstärkung des Exekutionskorps in Holstein. Von München aus erging jetzt die Einladung zu einer Konferenz der mittelstaatlichen Minister nach Würzburg auf den 18. Februar. Der Kronprinz richtete ein eigenhändiges Schreiben an Kaiser Franz Joseph, in welchem er um diplomatische Vermittelung Oesterreichs am Berliner Hofe bat. Der Prinz wußte, daß sein kaiserlicher Freund den schwierigen Verhältnissen, denen die sächsischen Truppen Stand zu halten hatten, volle Gerechtigkeit widerfahren ließ. Erst vor wenigen Tagen hatte Franz Joseph auf einem Balle bei dem Fürsten Liechtenstein gegenüber dem sächsischen Gesandten, Herrn v. Könneritz, das bereitwillige Ent-

gegenkommen Hakes und seines Stabschefs, des Obersten v. Fabrice, in ihren Beziehungen zu den österreichischen Militärbehörden rühmend hervorgehoben und am Schluß der Unterredung wörtlich hinzugefügt: „Ich sehe es als ein wahres Unglück an, daß die sächsische Armee der Aktion entzogen werden soll; es ist hart für eine so vortreffliche Truppe, inmitten einer militärischen Operation in passiver Stellung verbleiben zu müssen.“*)

Aber auch in Berlin gab sich das Bestreben kund, die kritische Wendung, welche die Dinge genommen hatten, einem Ausgleich entgegenzuführen. Schon längst von schwerer Sorge über die Entzweiung der deutschen Fürsten erfüllt, richtete Wilhelm I. am 15. Februar ein eigenhändiges Schreiben an den König Johann, in welchem er aus der Tiefe seines Gemüthes und mit dem Ausdruck des größten Vertrauens den gefahrvollen Zustand Deutschlands beleuchtete. Mit der Ueberreichung dieses Briefes wurde der Chef des Militärkabinets, Generallieutenant Edwin v. Manteuffel, beauftragt. „Der ernste Augenblick, in welchem wir leben,“ so begannen die Ausführungen Wilhelms I., „giebt mir die Feder an Dich in die Hand. Die Irrungen, welche in den letzten Tagen durch die Forderung der Zulassung einiger Bataillone des preußisch-österreichischen Heeres in holsteinische Orte entstanden sind, geben mir Veranlassung, mich an Dich mit der Offenheit zu wenden, welche unserem persönlich so befreundeten Verhältniß entspricht. Ein Augenblick, in dem es möglich schien, daß preußische Truppen sich die gastliche Aufnahme, auf welche sie rechneten, gegen sächsische Truppen erst erzwingen müßten, ist ein zu ernster, als daß wir nicht Beide das Bedürfniß fühlen sollten, uns über die Gründe einer solchen Möglichkeit Rechenschaft zu

*) Wiener Gesandtschaftsbericht vom 1. Februar im Hauptstaatsarchiv.

geben." Die eigentliche Ursache des Zwistes erblickt der König in dem theoretischen Satz von der Gültigkeit der Majoritätsbeschlüsse des Bundes, gegen die er sich schon bei der Unterredung in Baden-Baden feierlichst verwahrt habe. „Wenn die Großmächte einig sind, wie ist es dann auch nur denkbar, daß sie definitiv als eine Minorität verharren, welche genöthigt werden soll, in großen politischen Fragen von europäischer Bedeutung — vielleicht durch Verträge gebunden — nicht der eigenen Ueberzeugung, nicht den Bedingungen ihrer Selbsterhaltung, sondern dem Willen einer Majorität zu folgen, deren Beschlüsse den europäischen Nachdruck erst durch die Heere der beiden Großmächte erhalten können? Diese fehlerhafte Tendenz, welche seit Langem mehr oder minder verhüllt sich geltend macht, mußte früher oder später solche Früchte tragen. Und welche Früchte! Kannst Du, ohne tiefen Schmerz, ohne ernste Sorge, das Schauspiel ansehen, welches Deutschland jetzt dem Ausland darbietet? In Holstein handelt der Bund, dem Preußen und Oesterreich angehören, in Schleswig handeln beide Mächte in Deutschlands Interesse. So stellt sich Deutschland in zwei Gestalten dar, in Holstein und in Schleswig. Zwischen diesen beiden Gestalten, obschon die Truppen gegen denselben Feind und für dieselbe Sache im Felde stehen, entstehen kleinliche Reibungen, die an die trübsten Zeiten deutscher Uneinigkeit und Eifersucht erinnern."

Nachdem der König dann die militärisch-strategische Seite der vorliegenden Kontroverse, die Sicherstellung der rückwärtigen Verbindungen für die Operationsarmee erörtert hat, kehrt er zu der politischen Frage zurück. „Will die Mehrheit am Bunde Preußen und Oesterreich ihrem Willen dauernd unterwerfen, so ist damit die Existenz des Bundes in Frage gestellt. Welchen Werth, welche Bedeutung hätte der Bund noch für Deutschland,

wenn Preußen und Oesterreich ihre Selbständigkeit, ihr nationales Bewußtsein aufgeben sollten? Wie könnten Preußen und Oesterreich, wenn ihr nationales und militärisches Gefühl gebrochen wäre, dem Bund noch eine Stütze gewähren? Würde ein deutscher Bund, in welchem Preußen und Oesterreich nicht führten, sondern gehorchten, dem Ausland gegenüber noch das nöthige Ansehen haben?"

Fest überzeugt, daß König Johann nicht die Hand zur Sprengung des Bundes bieten werde, sagt Wilhelm I. am Schluß: „Nicht von Sachsen wird der Anstoß zu einem solchen traurigen Ende ausgehen, — darauf vertraue ich fest. In diesem Vertrauen wende ich mich an Dich und hoffe, daß mein Generallieutenant v. Manteuffel eine Antwort zurückbringe, wie ich sie als Freund und Nachbar, als treuer Bundesgenosse erwarte. Wir bedürfen des Zusammenhaltes gegen größere Gefahren als die der Gegenwart sind, und ich vertraue darauf, daß Du die Hand nicht zurückweisen wirst, die ich zur Beilegung des Streites biete, der zu beklagenswerth in seinen Folgen für uns Alle wäre, wenn er von dem bisherigen Gebiet der Theorie und den äußeren Formen in dasjenige der ernsteren Thatsachen hinübergreifen sollte. Das verhüte Gott! Mit diesem Wunsche bin ich Dein treuer Vetter, Bruder und Freund Wilhelm."

Infolge einer telegraphischen Anfrage bei Beust traf Manteuffel noch vor der Abreise des Ministers nach Würzburg in Dresden ein. Die wesentlichste Aufgabe seiner Mission bestand darin, durch Vorstellungen am sächsischen Hofe die Schärfung des Konfliktes von Seiten der Bundespartei zu verhüten. Die militärische Differenz behandelte Manteuffel, wie Beust bemerkt, in der freundschaftlichsten und liebenswürdigsten Weise: nach seiner eigenen Ueberzeugung müsse er die Zweitheilung des Kommandos

in Holstein als eine Anomalie betrachten, die nur ausgeglichen werden könne, wenn der Grundsatz gegenseitiger Unterstützung von den leitenden Behörden anerkannt werde. Weniger geschmeidig erwies sich die diplomatische Ader Manteuffels bei der Erörterung der politischen Frage. Auf die Erneuerung der Würzburger Koalition anspielend, sagte er: „Bedenken Sie, wenn das so weiter geht, kommen wir zuletzt nach Dresden!" Als Beust ihn über die Bedeutung dieses inhaltsschweren Wortes interpellirte, erklärte Manteuffel, wenn in Holstein ein Schuß auf preußische Uniformen gefallen wäre, so würde die unvermeidliche Folge davon die Besetzung Sachsens gewesen sein. Der Abgesandte des Königs Wilhelm fügte freilich besänftigend hinzu, es handle sich hier nicht um eine offizielle Drohung, sondern um den Ausdruck seiner persönlichen Meinung, aber er ließ doch durchblicken, daß zwischen der Differenz mit Sachsen und der Einberufung der Reserven des schlesischen Armeekorps ein innerer Zusammenhang bestand.*)

Die versöhnliche und aus dem Herzen fließende Sprache in dem Schreiben Wilhelms I. übte auf König Johann eine beschwichtigende Wirkung aus. Die Antwort, die er am 16. Februar eigenhändig entwarf, lautete: „Ich danke Dir zunächst, daß Du in der jetzt vorliegenden Angelegenheit Dich freundschaftlich und durch eine so angenehme Persönlichkeit wie Herr v. Manteuffel an mich gewendet hast. Eine Verständigung ist auf diesem Wege gewiß am leichtesten zu erzielen. Wenn ich mich indeß heute in meiner Antwort auf das Dringendste beschränke und mir eine gründliche Antwort für die nächste Zeit vorbehalte, so geschieht dies

*) Die Mittheilungen aus den diesseitigen Quellen finden ihre Ergänzung in den preußischen Berichten bei H. v. Sybel, a. a. O. III, S. 248 ff.

zunächst, um General v. Manteuffel nicht zu lange hier zurückzuhalten. Nächstdem aber könnte ich in dieser Angelegenheit, was meine am Bunde abzugebende Erklärung betrifft, eine bindende Erklärung schon darum nicht abgeben, weil Herr v. Beust eben auf dem Punkte steht, zu einer von Bayern veranstalteten Besprechung mehrerer teutscher Regierungen über die einzuhaltende Linie abzugehen. Du wirst begreifen, daß ich ohne Verletzung der bonne foi nicht einseitig vorgehen kann. Uebrigens kann ich Dir versichern, daß ein bestimmtes Programm über jene Konferenzen nicht vorliegt und meine Instruktionen keineswegs dahin gehen, das Feuer zu schüren."

Nach einem kurzen Rückblick auf die Vorfälle in Altona, die nach der Ansicht des Königs vermieden worden wären, wenn der Oberbefehlshaber der alliirten Armee sich wegen der Dislokation der Truppen mit dem Bunde ins Einvernehmen gesetzt hätte, heißt es in dem Schreiben weiter: „Du bist zu viel Soldat, um nicht zu begreifen, daß man seinen Posten ohne Befehl von dem, in dessen Namen man ihn inne hat, nicht verlassen kann. Und so glaube ich wenigstens nicht, daß die Schuld der Anwendung von Gewalt, wenn sie nicht, wie es geschehen, durch die Umsicht des Generals v. Hake abgewendet worden wäre, uns getroffen hätte. Du kannst wohl glauben, daß mir Alles daran liegt, daß kein Konflikt stattfindet. Ich lasse daher, um Deinem Wunsch für jetzt zu genügen, ein Wort an Hake abgehen, so lange den gegenwärtigen Status quo einzuhalten und jeden Konflikt ehrlich zu vermeiden." Der König spricht die Hoffnung aus, daß auch Preußen sich jedes weiteren Eingriffs in die Besitzverhältnisse der beiderseitigen Truppenkörper enthalten werde, und schließt mit der Versicherung: „Unserseits soll gewiß dahin gewirkt werden, daß bei dieser Regelung den militärischen Anforderungen alle

mögliche Rechnung getragen werde. Sehr glücklich würde es mich machen, wenn uns bald durch irgend eine Kombination gegönnt würde, gemeinschaftlich mit Euch für die gute Sache zu fechten. Meine treue teutsche Gesinnung wird sich gewiß niemals verleugnen. Mit treuer Freundschaft und inniger Ergebenheit Dein ꝛc."

Die stärkste Bethätigung der friedlichen Gesinnungen des Königs liegt darin, daß Beust, der sich am 16. abends nach Würzburg begeben hatte, am 17. Februar, noch vor der Abreise Manteuffels, telegraphisch angewiesen wurde, den Antrag auf Verstärkung des Exekutionsheeres fallen zu lassen. Aus eigener Initiative entschloß sich der König zu diesem Befehl, hauptsächlich mit Rücksicht auf die Antwort des Kaisers an den Kronprinzen. So freundschaftlich Franz Joseph sein Bedauern über die eigenmächtige Besetzung der holsteinischen Etappenorte aussprach, so bezeichnete er doch die freie Verfügung der Operationsbasis für die alliirten Truppen als eine strategische Nothwendigkeit, auf die Oesterreich nicht geringeres Gewicht legen müsse als Preußen. In einer Denkschrift vom 18. Februar, die als Instruktion für Beust dienen sollte, entwickelt der König die leitenden Gesichtspunkte, die ihn veranlaßten, auf eine veränderte Frontstellung der sächsischen Politik Bedacht zu nehmen. Weit entfernt, den eingenommenen Rechtsstandpunkt aufzugeben, hält er fest an der Befreiung der Herzogthümer; nicht das Ziel, sondern nur die Mittel und Wege, die zu demselben führen sollen, dürfen dem Wechsel unterworfen sein. „Unsere Lage", so fährt der König fort, „hat sich seit dem thatsächlichen Vorgehen der Großmächte, auf das Niemand gerechnet hatte, bedeutend verändert. Früher kam es darauf an, nach Befinden ohne Zustimmung derselben und ohne ihre Mitwirkung in der Sache vorzugehen. Geschah das, so mußten sie hindernd gegen uns auftreten, wobei sie sich

wohl bedacht haben würden. Jetzt handelt es sich aber darum, daß wir mehr oder weniger hindernd gegen ihre Aktion eingreifen. Die öffentliche Meinung, die ohnehin durch die Aktion der Mächte eine Aenderung erfahren hat, wird uns gegen die schweren Folgen nicht schützen. Allein sind wir nicht stark genug und zu wenig kompakt, um einen ernstlichen Widerstand entgegenzustellen, und alle auswärtigen Mächte werden gegen uns sein, bis auf die eine vielleicht, deren Hülfe, wie Ihnen bekannt, ich perhorreszire."*)

Schon Manteuffel gegenüber, der in der Haltung der mittelstaatlichen Partei die Symptome der Rheinbundspolitik erkennen wollte, hatte König Johann sich feierlich dagegen verwahrt, daß seine Regierung jemals einer Intervention Frankreichs Vorschub leisten werde. In seinen Augen hatte die Augustenburgische Partei mit ihren Bemühungen um die Gunst Napoleons einen großen Fehler begangen, und als Herzog Ernst II. von Coburg seine Absicht, eine „Rekognoszirung" in Paris vorzunehmen, in offizieller Form dem sächsischen Hofe mittheilen ließ, bemühte sich der König, freilich ohne Erfolg, seinen Ernestinischen Vetter von dem Vorhaben zurückzuhalten

In Süddeutschland glaubte man damals allgemein, daß die veränderte Richtung der sächsischen Politik einen Ministerwechsel zur Folge haben werde. Aber auch Beust konnte sich unter dem Eindruck der Würzburger Verhandlungen einer Umstimmung seiner Ansichten nicht länger verschließen. Eine beträchtliche Anzahl deutscher Staaten, die bisher zu der Bundesmajorität gehört hatten, darunter Hannover, Kurhessen, Oldenburg, Mecklenburg, Sachsen-Altenburg und Meiningen, waren der Konferenz

*) Ministerium des Königlichen Hauses.

fern geblieben; die Anwesenden ergingen sich zwar nach wie vor in heftigen Anklagen gegen die Großmächte, allein zuletzt war doch die Ueberzeugung vorherrschend, daß der Bund Gefahr laufe, die volksthümlichen Sympathien zu verscherzen, wenn er fortfahre, der Kriegführung Oesterreichs und Preußens irgend welche Schwierigkeiten entgegenzusetzen. Nach der Rückkehr aus Würzburg bekannte sich der Minister vollkommen zu den Anschauungen des Königs, der ihm klar und bündig sagte: „Einen inneren Krieg im Rücken des äußeren Krieges zu veranlassen, das halte ich weder mit meinen Pflichten gegen den Bund noch gegen Teutschland für vereinbar."

In diesen Gesichtspunkten bewegte sich denn auch die Schlußantwort, die der König am 24. Februar an Wilhelm I. erließ. Da aus einigen Andeutungen Manteuffels hervorzugehen schien, daß eine Uebereinkunft zwischen Oesterreich und Preußen bestehe, nach welcher die Personalunion der Herzogthümer mit Dänemark, unter Wahrung ihrer Vereinigung und ihrer selbständigen Verwaltung, der zu erwartenden Konferenz als Grundlage vorgeschlagen werden sollte, so fühlte der König sich um so mehr veranlaßt, noch einmal auf die Rechtsauffassung der bundesstaatlichen Partei zurückzukommen. „Wir sind der entschiedenen Ansicht", schrieb er, „daß nach dem Tode Friedrichs VII. die rechtmäßige Nachfolge in Schleswig und Holstein auf die Augustenburger Linie übergegangen, und der Erbprinz von Augustenburg, mindestens Christian IX. gegenüber, als der besser legitimirte Prätendent zu betrachten sei. Diese Ansicht wird durch die rechtliche Ueberzeugung in den Herzogthümern und in fast allen teutschen Landen, bis in die am meisten konservativen Kreise hinauf, unterstützt. Es scheint mir ein gutes Zeichen, daß das Prinzip der Legitimität noch einen so wirksamen Zauber ausübt

und ein günstiger Umstand, daß einer Sache, der sich die Demokratie für ihre Zwecke zu bemächtigen sucht, dadurch ihr Stachel genommen wird. Dies kann aber nur geschehen, wenn die Regierungen auch ihrerseits das Recht anerkennen und nach Kräften schützen. Hierin können mich auch viele Mißgriffe seitens des Augustenburgers nicht irre machen, denn Recht bleibt Recht, auch wenn der Träger desselben Fehler begeht."

Indem der König sich dann der abweichenden Politik Oesterreichs und Preußens zuwendet, verkennt er keineswegs die Bedeutung der Expedition in Schleswig, die als Schwächung des gemeinsamen Feindes nur erwünscht sein könne; aber ein Zusammenwirken des Bundes und der Großmächte sei nicht durchführbar, so lange der Streit über die Zukunft der Herzogthümer bestehe. „Gemeinschaftlicher Krieg bei verschiedenen Zwecken", schreibt der König, „ist nicht möglich; ich glaube, Ihr selbst könntet ihn nicht wünschen. Eueren Operationen werden wir in jeder Hinsicht förderlich sein, und vielleicht kommt der Tag, wo wir an Euerer Seite fechten. Ihr werdet dann gewiß erkennen, daß wir Euere wahren Freunde sind. Noch nimm meinen Dank, daß Du mir Gelegenheit gegeben hast, mich gegen Dich auszusprechen."

Was die Stellung des Kronprinzen zu diesen Verhältnissen anbetrifft, so war sein ganzes Sinnen und Trachten darauf gerichtet, die Bundestruppen, namentlich die sächsische Brigade, aus einer Lage zu befreien, die mit jedem Tage schwieriger und undankbarer wurde. Selbst die Abberufung des Kontingentes, welche das Dresdner Kabinet bei den Vereinbarungen über die Exekution sich vorbehalten hatte, war nach seiner Meinung der Verlängerung des gegenwärtigen Zustandes vorzuziehen; als das wünschenswertheste Ziel aber erschien ihm noch immer eine Ver-

einigung der deutschen Heereskörper zu gemeinsamer That. Der strategische Blick des Kronprinzen verkannte nicht den kritischen Moment, an dem der deutsch-dänische Kampf angelangt war. Die Regierung in Kopenhagen verfuhr genau wie im Jahre 1849; damals hatte sie die Diversion gegen Fredericia unternommen, um vor dem Eintritt in die diplomatischen Unterhandlungen einen militärischen Erfolg in die Wagschale zu werfen, jetzt zögerte sie, auf die englischen Kongreßvorschläge einzugehen, in der Hoffnung, durch das äußerste Aufgebot ihrer Streitkräfte zur See, die erlittenen Niederlagen ausgleichen zu können. Nachdem Dänemark alle Schiffe der deutschen Staaten, auch derjenigen, die bisher an der Kriegführung nicht betheiligt waren, mit dem Embargo belegt und die Häfen der Ostküste Schleswig-Holsteins in Blockadezustand erklärt hatte, mußte man auf eine Landung im Rücken der österreichisch-preußischen Armee gefaßt sein. Dem Kronprinzen entging es nicht, daß in diesem Falle gerade die Exekutionstruppen einer schweren Gefahr ausgesetzt sein könnten; er wünschte daher nichts sehnlicher als eine Kriegserklärung des Bundes, die durch die herausfordernden Maßregeln Dänemarks vollkommen gerechtfertigt war.

Es würde den Gesammtverhältnissen Deutschlands sicherlich zum Heile gereicht haben, wenn die bundesstaatliche Partei den rein militärischen Gesichtspunkt, wie der Kronprinz von Sachsen ihn in den Vordergrund stellte, Folge gegeben hätte. Die politischen Gegensätze aber waren noch immer zu stark, um dies zuzulassen. Als Oesterreich und Preußen, im Interesse einer einheitlichen Offensive und Defensive zum Schutze der Herzogthümer, die Unterordnung der Bundestruppen unter ihren gemeinsamen Oberbefehl und die Theilnahme ihrer Civilkommissare an der Verwaltung Holsteins beantragten, stießen sie namentlich in

Süddeutschland auf lebhaften Widerspruch. Die letzten, nur allzu kurz bemessenen Tage Maximilians II. von Bayern wurden getrübt durch die Sorge, daß das Waffenbündniß der deutschen Großmächte zu einer Theilung ihres Machteinflusses über Nord- und Süddeutschland führen werde. Erzherzog Albrecht, der am 5. März in außerordentlicher Mission in München erschien, hatte den Auftrag, die Muthmaßungen über die dualistischen Absichten Oesterreichs zu widerlegen, was auch gelang; das Bemühen des Erzherzogs jedoch, den Bund durch den Einfluß Bayerns von jedem selbständigen Vorgehen in der Erbfolgefrage zurückzuhalten, scheiterte an der Festigkeit der Gesinnungen des Königs. Auch das jähe Verhängniß, der Tod Maximilians, am 10. März, änderte daran nichts, denn der jugendliche Ludwig II., der zum Erstaunen des bayerischen Ministers Freiherrn v. Schrenck die schwierigsten Kontroversen der schleswig-holsteinschen Verwickelung mit großer Sachkenntniß beherrschte,*) nahm das Vermächtniß seines Vaters auf und ließ in der Bundessitzung vom 12. März die Anerkennung des Herzogs von Augustenburg beantragen. Sowohl dieser Antrag, als ein zweiter, der die Einberufung der Stände Holsteins zum Zweck hatte, wurde mit Stimmenmehrheit an die Ausschüsse verwiesen. Zu einer Beschlußfassung über die genannten Vorlagen ist es freilich niemals gekommen.

Die sächsische Politik hatte es sich angelegen sein lassen, in dieser letzten Phase der Auseinandersetzung am Bundestage auf eine Vereinigung der Parteien hinzuwirken, indem sie in der Rechtsfrage den Standpunkt der Majorität innehielt, zugleich aber sich für die Einreihung der Bundestruppen unter das Kommando der Alliirten aussprach, was im Wesentlichen auch den Ansichten des Kronprinzen entsprach.

*) Bericht des sächsischen Gesandten in München v. Bose, 19. März 1864.

Seitdem Oesterreich, nach anfänglichem Widerstreben, durch den Vertrag vom 5. März seine Zustimmung zur Fortsetzung der Feindseligkeiten über die Grenzen Schleswigs hinaus ertheilt hatte, richteten sich die Erwartungen allerseits auf eine baldige Entscheidung des deutsch-dänischen Kampfes. Der Kronprinz folgte den kriegerischen Operationen auf einem ihm so wohl bekannten Terrain mit gespannter Aufmerksamkeit; das siegreiche Gefecht der Oesterreicher bei Veile am 8. März, mit dem die Okkupation Jütlands begann, die Einschließung von Fredericia und die Vorbereitungen des Angriffs auf die Düppeler Schanzen weckten in ihm die Erinnerung an seine eigenen Erlebnisse. Besonders erfreulich war es ihm, daß durch das Vorrücken der Alliirten auch der Bundesdivision sich die Aussicht auf ein thätigeres Eingreifen in den Kriegsplan zu eröffnen schien. Da möglichst alle verfügbaren preußischen Mannschaften für die Unternehmungen in der Front aus Holstein herausgezogen werden sollten, wünschte Feldmarschall Wrangel die Besetzung und Armirung einiger Küstenpunkte zur Abwehr eines Flankenangriffs der Dänen dem Bundeskontingent zu überlassen. Der Vorschlag wurde in Berlin genehmigt: bei einem Festmahl am Geburtstage Wilhelms I., 22. März, sagte Bismarck zu dem sächsischen Gesandten, er wisse die schwierige Lage des Generallieutenants v. Hake im vollsten Maße zu würdigen und begrüße mit Freuden die Gelegenheit, den Exekutionstruppen zu einer Aktion zu verhelfen.*)

In der That wurde zwischen den beiderseitigen Stabschefs, Generallieutenant Vogel v. Falckenstein und Oberst Fabrice, am 28. März zu Rendsburg eine Uebereinkunft getroffen, nach

*) Bericht des Grafen Hohenthal, 23. März, Hauptstaatsarchiv.

welcher Truppentheile der mobilen sächsischen Brigade die Bewachung der Ostküste Holsteins von Neustadt bis Heiligenhafen, gegenüber der am 16. März von den Preußen eroberten Insel Fehmarn, und hannoversche Abtheilungen die Deckung der Westküste übernahmen. Der Kronprinz theilte die Ansicht Hakes, der eine Genugthuung darin erblickte, daß das militärische Machtbereich der Bundesexekution sich wieder über ganz Holstein erstreckte, mit Ausnahme von Altona, Kiel und dem Kronwerk bei Rendsburg, an welchen Punkten preußische Garnisonen zurückblieben. Die Küstenaufstellung war kaum vollendet, als am 12. April vor dem Hafen von Neustadt ein dänisches Kanonenboot in Sicht kam und das Feuer gegen die Vertheidigungswerke eröffnete; vor den Geschützen der sächsischen Zwölfpfünder-Batterie, welche die Antwort nicht schuldig blieben, zog sich der Feind nach kurzem Kampfe zurück. Gleichzeitig schwebten Verhandlungen über die Besetzung der Insel Fehmarn, welche das Oberkommando der verbündeten Armee dem Führer der sächsisch-hannoverschen Division angeboten hatte. Da der Bund sich nicht im offenen Kriege gegen Dänemark befand, konnte die Maßregel formellen Bedenken unterliegen, gleichwohl gab die Regierung des Königs Johann auf die Nachricht von dem dänischen Angriff am 12. April schon am folgenden Tage ihre Bereitwilligkeit zu erkennen, — auch der Kronprinz stimmte dafür. Mit Rücksicht auf die gefährdete Lage der Insel, die jeden Augenblick einer Landung überlegener Streitkräfte ausgesetzt war, erschien es jedoch unerläßlich, zunächst in Frankfurt eine Verstärkung der Kontingente, namentlich durch Artillerie, zu beantragen.*)

*) Außer dem Generalstabswerk, S. 454 ff., dienten als Quelle die Akten des Kriegsarchivs.

Unterdessen hatten die europäischen Mächte sich über den englischen Konferenzvorschlag geeinigt. Bevor die Diplomaten sich in London versammelten, trat durch die Erstürmung der Düppeler Schanzen, 18. April, die kriegerische Entwickelung der schleswig-holsteinschen Frage in ein neues Stadium. Es entsprach durchaus den Empfindungen des Kronprinzen, wenn der König dem preußischen Herrscher mit seinem Glückwunsch zu dem Siege vom 18. April zugleich das Bedauern ausdrückte, daß es den sächsischen Truppen nicht vergönnt gewesen, an der ruhmvollen Waffenthat Antheil zu nehmen.

Seitdem Preußen, gehoben durch die patriotische Begeisterung, welche die militärischen Erfolge entflammten, zu dem Entschlusse gelangt war, in welcher Form es auch sein mochte, die eroberte Nordmark in deutschen Besitz zu verwandeln, waren die Bedingungen für eine Wiederannäherung der Kabinette von Berlin und Dresden gegeben. Bismarck ergriff die Initiative zu dem Vorschlag, die Vertretung des deutschen Bundes auf der Konferenz in die Hände des sächsischen Ministers zu legen, nachdem er sich der Genehmigung des Königs und der Zustimmung Beusts versichert hatte. Noch einmal erklang in Hunderten von Resolutionen aller Orten in Deutschland der einstimmige Ruf für Befreiung Schleswig-Holsteins. Auch Bismarck war jetzt der Meinung, man müsse der Volksbewegung freien Lauf lassen; scherzend richtete er an Beust die Aufforderung, dieser möge in London die Rolle des „enfant terrible“ übernehmen.

Wenigstens für den Augenblick schien so ein Einverständniß unter den deutschen Mächten erzielt zu sein. Als die Regierung Christians IX. in der Sitzung vom 17. Mai unkluger Weise die vorgeschlagene Personalunion verwarf, trat Beust im Namen des Bundes mit einer Erklärung auf, welche die Trennung der

Herzogthümer von Dänemark als eine unwiderrufliche Forderung hinstellte. Dieses entscheidende Wort fand bei Preußen vollen Beifall, während Oesterreich sich nur zögernd entschloß, den unveränderten Besitzstand der dänischen Monarchie preiszugeben. In der Sitzung vom 28. Mai stellten die Bevollmächtigten Oesterreichs, Preußens und des Bundes den gemeinsamen Antrag auf Vereinigung Holsteins und Schleswigs zu einem selbständigen Staate unter dem Erbprinzen von Augustenburg. Aber der Sieg, den die bundesstaatliche Partei hiermit errang, war nicht so glänzend, als es den Anschein hatte. Von keiner der neutralen Mächte wurde die Augustenburgische Kandidatur mit besonderem Wohlgefallen aufgenommen. Rußland bemühte sich sogar, sie zu durchkreuzen, indem Kaiser Alexander II. die Anrechte auf die Herzogthümer, die er als Oberhaupt der älteren Linie des Hauses Gottorp geltend zu machen hatte, dem Großherzog Peter II. von Oldenburg übertrug.

In dem weiteren Verlauf der Berathungen des Kongresses trat die Erledigung der Erbfolgefrage völlig in den Hintergrund, denn von dem Augenblick an, in welchem Dänemark, dem Zwang der Verhältnisse weichend, sich mit dem Gedanken einer Länderabtretung vertraut zu machen begann, nahm die Festsetzung der Grenzen das ausschließliche Interesse der europäischen Mächte in Anspruch. Da die Neutralen einig waren in dem Bestreben, einer allzu großen Schwächung der Krone Dänemarks vorzubeugen, entspann sich ein hartnäckiger Meinungskampf zwischen ihnen und den deutschen Mächten. England, das den Gedanken einer Theilung Schleswigs nach den Nationalitäten zuerst in Anregung brachte, schlug die Schlei als Grenzlinie vor; Preußen, von Oesterreich unterstützt, verlangte die Linie Apenrade—Tondern.

Beust war keineswegs ein Gegner der Theilung, aber er trat zugleich als Anhänger des Nationalitätsprinzips auf und stellte den Antrag auf Abstimmung in den gemischten Distrikten. In dieser Forderung bestärkte ihn das Votum des sächsischen Landtages. Beide Kammern vereinigten sich am 20. Juni zu einer Erklärung, in welcher sie die Losreißung einzelner Theile Schleswigs ohne Befragen der Bevölkerung als Rechtsbruch bezeichneten; auch der Kronprinz und Prinz Georg hatten dem Beschlusse zugestimmt. Da Dänemark, Rußland und Oesterreich sich der Volksabstimmung widersetzten und der Vorschlag Englands auf schiedsrichterliche Entscheidung der Grenzfrage deutscherseits abgelehnt wurde, ging der Kongreß am 25. Juni unverrichteter Sache auseinander; das Schicksal Schleswig-Holsteins war noch einmal auf die Spitze des Schwertes gestellt.

Während der ganzen Zeit vom November 1863 bis in den Hochsommer 1864 hatte der Kronprinz, neben der eingehenden Beschäftigung mit den politischen Ereignissen und den Operationen auf dem Kriegsschauplatz, seine Thätigkeit hauptsächlich der Theilnahme an den ständischen Berathungen zugewendet. Hat die Tagung von 1864 in der Entwickelung der inneren Verhältnisse Sachsens auch nicht so tiefe Spuren zurückgelassen, wie die vorhergehende mit ihren umfassenden Gesetzentwürfen, so fehlte es doch nicht an wichtigen Aufgaben. Die vorhandenen Ueberschüsse des Einnahmebudgets, die sich aus den Mehreinnahmen der Forsten, des Bergbaues und Hüttenwesens, der Eisenbahnen und des Postbetriebes ergaben, gestatteten eine durchgängige beträchtliche Aufbesserung der Beamtengehälter, die Aufstellung neuer Pläne für die Ausdehnung des Eisenbahnnetzes, eine reichlichere Dotirung der Schulen und der Universität, erhöhte Fürsorge für die emeritirten Geistlichen. Die in

der Gewerbeordnung vorgesehene Ablösung lokaler und sachlicher Monopole, die mit der alten Zunftverfassung und ihren Verbietungsrechten zusammenhingen, war mit schwierigen und zeitraubenden Feststellungen verbunden; die den Kammern in außerordentlich großer Anzahl zugegangenen Petitionen aus gewerblichen Kreisen bedurften einer sorgfältigen Abwägung der staatlichen und privaten Interessen. Da der Kronprinz auch diesmal das ihm angebotene Vertrauensamt als Vorsitzender in der Finanzdeputation der Ersten Kammer übernommen hatte, fand er Gelegenheit, sich mit den mannigfaltigsten Detailfragen der Verwaltung zu befassen, wobei seine rasche Uebersicht in praktischen Dingen ihm wesentlich zu Statten kam.

Zu den bemerkenswerthesten Vorgängen der Session, an denen der Kronprinz persönlich betheiligt war, gehörte die Mitwirkung der Landstände bei der Beendigung der deutschen Zollkrisis. Für die sächsische Regierung lagen gewichtige Gründe vor, bei dem mit Preußen vereinbarten Vorschlage der Erneuerung des Zollvereins unter Annahme des französischen Handelsvertrages und unter Vorbehalt einer Tarifrevision mit Oesterreich stehen zu bleiben. Der bayerische Plan eines süddeutschen Zollbundes war auf den Münchener Konferenzen im Oktober 1863 so gut wie gescheitert, und auch die Aufnahme Oesterreichs in den Zollverein, auf Grund der Wiener Propositionen vom 10. Juli 1862, hatte in volkswirthschaftlichen Kreisen und bei den Landesvertretungen der dissentirenden Staaten mannigfachen Widerspruch gefunden. Da Preußen die Zollverträge bereits gekündigt hatte, so stand nach zweijähriger Dauer der Krisis die Auflösung des Bundes in Aussicht. Die Regierung des Königs Johann beschloß, dem ungewissen Zustand ein Ende zu machen; sie einigte sich mit

Preußen über einen neuen Zollbund, der zugleich die Annahme des französischen Handelsvertrages in sich schloß.*)

Vor der Ratifikation wurde der Entwurf den sächsischen Kammern zur Beschlußfassung in geheimer Sitzung vorgelegt. In der Ersten Kammer erstattete der Kronprinz das Referat. Die ständische Schrift vom 6. Mai, auf die seine Darstellung Bezug nahm, bezeichnete die Erneuerung des Zollvereins, dieser einzigen nationalen Schöpfung Deutschlands seit langen Jahren, als eine Lebensfrage für Sachsens Handel und Industrie. In der festen Ueberzeugung, daß von der Erleichterung der Handelsbeziehungen mit Frankreich die sächsische Produktion sich eine Erweiterung des Weltmarktes versprechen dürfe, vertrat der Kronprinz mit Entschiedenheit die Grundsätze des Freihandelssystems. Einstimmig erklärten sich die beiden Kammern am 11. Mai für den Anschluß an den preußisch-deutschen Zollbund.

Eine andere Frage, zu welcher der Kronprinz das Wort ergriff, bewegte sich im Rahmen seiner militärischen Wirksamkeit. Im Hinblick auf die politischen Verhältnisse hatte diesmal selbst die fortschrittliche Partei den Antrag auf Herabsetzung des Heeresbestandes nicht wieder aufgenommen; in dem Bericht der Zweiten Kammer über das Budget des Kriegsministeriums wurde ausdrücklich hervorgehoben, daß bei der Unsicherheit der Beziehungen des Bundes die Mittel- und Kleinstaaten mehr als je auf die Vertheidigung ihrer Selbständigkeit und Existenz bedacht sein müßten. Trotzdem wurden einzelne Mehrforderungen des Militäretats beanstandet. Der fühlbare Mangel an Offizieren, der bei der Mobilmachung im Herbst 1863 hervorgetreten war, veranlaßte die Regierung, die Gewährung der Mittel für 20 neue

*) R. v. Friesen, Erinnerungen, II, S. 78 ff.

Freistellen im Kadettenkorps zu beantragen. In der Sitzung der Ersten Kammer am 27. Mai 1864 rechtfertigte der Kronprinz in einer ausführlichen Rede die von der Zweiten Kammer abgelehnte Vorlage. Er beleuchtete die Eigenthümlichkeit der sächsischen Heeresformation, die, auf dem Cadressystem beruhend, durch die Beurlaubung des größten Theils der Mannschaften nicht die Möglichkeit darbiete, einen festen Stamm ausgedienter Truppen heranzubilden. Aehnlich verhalte es sich mit den Unteroffizieren, von denen die Mehrzahl den Kriegsdienst nur als Durchgangsposten betrachte. . Die eigentlichen Berufssoldaten, der eigentliche Kern der Armee, seien daher in Sachsen wie in den meisten deutschen Staaten die Offiziere. „Von der Tüchtigkeit der Offiziere", fuhr der Prinz fort, „hängt die Haltung der Truppen auf dem Schlachtfelde ab. Eine Armee, welche tüchtige Offiziere hat, wird sich auf dem Schlachtfelde ebenso bewähren als im Frieden; sie wird die Ehre des Landes, sie wird ihre Fahne stets hochhalten. Ja, meine Herren, verkennen wir es nicht, es können in kurzer Zeit Ereignisse eintreten, wo die Geltung, ja vielleicht die Selbständigkeit unseres engeren Vaterlandes von den Thaten unserer Armee abhängen können, wo man weniger fragen wird nach unserer ausgezeichneten Industrie, nach unserem vortrefflichen Ackerbau und unseren guten Gelehrtenschulen, sondern wo man fragen wird: wie haben sich unsere Sachsen geschlagen? und danach wird der Werth unseres Vaterlandes bemessen. Dies nicht zu unterstützen, konnten wir nicht verantworten, und wir können wohl erwarten, daß auch die Zweite Kammer die Verantwortung nicht auf sich nehmen werde, deshalb unser Vaterland einst vielleicht seine Selbständigkeit einbüßen zu sehen."*)

*) Mittheilungen der Ersten Kammer, S. 898 ff.

Es wäre zu weit gegangen, wollte man in diesen Worten des Kronprinzen eine Vorahnung der kommenden Ereignisse erblicken; ihr innerer Zusammenhang ergab sich aus der Stellung, welche die Stände selbst eingenommen hatten, indem sie in zahlreichen Beschlüssen den Widerstand gegen die Politik der Großmächte proklamirten. Die Mahnung des Prinzen verfehlte ihre Wirkung nicht: in zweiter Lesung wurde die Position genehmigt.

Durch den Erbprinzen Friedrich von Augustenburg, der am 6. Juni dem Hofe in Dresden einen kurzen Besuch abstattete, erhielt das sächsische Kabinet die erste Nachricht von den Verhandlungen des Prätendenten mit Bismarck am 1. Juni 1864, die in Bezug auf die von Preußen geforderte Beschränkung der Souveränetätsrechte Schleswig-Holsteins zu keinem Einverständniß geführt hatten. Bald darauf, am 18. Juni, sprachen sich in Leipzig die Herrscher Sachsens und Preußens, — es war die letzte Begegnung zwischen ihnen vor 1866. König Wilhelm, auf der Reise nach Karlsbad begriffen, legte mit Rücksicht auf Rußland der oldenburgischen Anwartschaft große Bedeutung bei. Hierdurch veranlaßt, hielt König Johann gegen die Ansicht Beusts, der noch von London aus die sofortige Anerkennung Friedrichs VIII. in Frankfurt empfahl, ein einseitiges Vorgehen des Bundes für aussichtslos, und der Wiederbeginn der Feindseligkeiten konnte ihn in seiner Meinung nur bestärken.

Wie sehr hätte der Kronprinz gerade jetzt, in Erwartung der letzten entscheidenden Aktion gegen Dänemark, die Theilnahme der Bundestruppen an dem Vorgehen des österreichisch-preußischen Heeres gewünscht. Aber der Bundestag dachte darüber anders. Die Versammlung in Frankfurt hatte die Besetzung der Insel Fehmarn, für die der Kronprinz eingetreten war, mit Stimmenmehrheit abgelehnt. In einer gereizten Erklärung überließen die

beiden Großmächte dem Bunde die Verantwortung dafür, daß er die nochmals dargebotene Gelegenheit zu einem einheitlichen Zusammenwirken der deutschen Wehrmacht aus den Händen gegeben hatte.

Mit der unaufhaltsamen Schnelligkeit des Wettersturmes vollzogen sich die letzten Katastrophen des deutsch-dänischen Kampfes, von dem Uebergang auf Alsen in der Nacht zum 29. Juni bis zu dem Friedensanerbieten des bezwungenen Feindes am 12. Juli. Es war geschehen, was der Kronprinz längst in Freundeskreisen vorausgesagt hatte: erst wenn Dänemark sich auf seinen Inseln bedroht sähe, würde der Widerstand erlahmen.

Unmittelbar nach dem Abschluß des Waffenstillstandes vom 15. Juli ereignete sich eine für die Bundestruppen überaus beklagenswerthe Episode, — die Affaire von Rendsburg. Die Stadt war von hannoverschen und sächsischen Truppentheilen besetzt; da sie aber zugleich einen wichtigen Depot- und Etappenort der Verbündeten bildete, lag in dem Stadttheil jenseits der Eider, dem Kronwerk, ein preußisches Bataillon. Nach dem vorliegenden Bericht der Civilbehörde, des Rendsburger Polizeiamtes, war das Verhältniß zwischen den Sachsen und Preußen bisher ein durchaus kameradschaftliches gewesen, wohingegen das zwischen den Preußen und Hannoveranern eine Störung erlitten hatte, als der hannoversche Kommandant des Platzes, Oberstlieutenant Dammers, österreichische und preußische Flaggen, die zu Ehren der Siegesnachricht des 29. Juni von Seiten eines Bürgers aufgehißt waren, entfernen ließ. Obwohl der hannoversche Offizier in seinem Recht zu sein glaubte, weil die Aufziehung der Fahnen ohne seine Erlaubniß an einer Stelle erfolgt war, über die der Militärbehörde ein zweifelloses Verfügungsrecht zustand, wurde sein Verfahren von dem Befehlshaber der Bundestruppen ent-

schieden gemißbilligt; auf Reklamation preußischerseits sollte die Ablösung des hannoverschen Truppentheils am 19. Juli stattfinden. Am Abend des 17. Juli, eines Sonntags, entstand in einem Tanzlokal vor der Stadt ein Streit, der dadurch hervorgerufen wurde, daß die Hannoveraner die erst Tags zuvor in Rendsburg eingetroffenen sächsischen Soldaten von dem 2. Infanterie-Bataillon mit Hochrufen auf die Bundestruppen begrüßten. Der wachthabende preußische Unteroffizier sah hierin eine Demonstration, die er in nicht besonders glimpflicher Weise verbot; die sächsischen und hannoverschen Chargirten legten sich ins Mittel und stellten für den Augenblick die Ordnung her. Nachdem jedoch der Zündstoff einmal angehäuft, wurden die Parteien beim Verlassen des Saales handgemein, es kam zu Schlägereien, und diese Scenen wiederholten sich am folgenden Tage.

An sich waren die Ausschreitungen kaum der Rede werth, die Zahl der Blessirten eine äußerst geringe; unter den Sachsen gab es nicht einen einzigen Verwundeten. Ueberhaupt gehörten ja in Bundeszeiten derartige soldatische Kraftproben, besonders bei den gemischten Garnisonen in den Bundesfestungen, nicht zu den Seltenheiten. Allein in dem Rahmen der militärischen Verhältnisse, wie sie in Holstein obwalteten, mußten die Vorgänge als Beweis für die erbitterte Stimmung unter den Truppentheilen des deutschen Heerbanns dienen, und in diesem Zusammenhang gewährten sie ein typisches Bild für die Verworrenheit der Zustände Deutschlands.

Zum Unglück lagen die Quartiere der Hannoveraner in unmittelbarer Nähe der preußischen Baracken-Lazarethe. Aus den Fenstern derselben waren am 18. beleidigende Worte gegen vorübergehende Soldaten des hannoverschen Kontingents gefallen, die, wie begreiflich, nicht unbeantwortet blieben. Der preußische

Etappenkommandant im Kronwerk hielt es für nöthig, Patrouillen mit scharf geladenen Gewehren zum Schutz der Hospitäler aufziehen zu lassen, weil ihm aus Bürgerkreisen die Nachricht zugegangen war, es sei ein Sturm auf dieselben geplant. Die Untersuchung hat die Haltlosigkeit dieser Beschuldigung festgestellt; in Berlin aber fand der Bericht des Kommandanten Glauben und veranlaßte einen unmittelbaren Befehl König Wilhelms an den Prinzen Friedrich Karl, Rendsburg mit preußischen Truppen zu besetzen, wenn nöthig unter Anwendung von Gewalt.

Auf die Meldung von den Vorfällen am 17. und 18. Juli hatte Generallieutenant v. Hake den Obersten v. Fabrice am 19. Juli zur Feststellung des Thatbestandes von Altona nach Rendsburg entsandt. In der Stadt herrschte wieder vollkommene Ruhe; unter Vorsitz des hannoverschen Generalmajors Freiherrn v. dem Knesebeck war die Untersuchung eingeleitet. Unmittelbar nach seiner Rückkehr aus Rendsburg am 20. begab sich Fabrice in das preußische Hauptquartier nach Apenrade, um Bericht zu erstatten und die strenge Bestrafung der Schuldigen in Aussicht zu stellen. Trotz aller Beschleunigung konnte der sächsische Stabschef erst am 21. früh in Apenrade eintreffen. Tags zuvor bereits hatte Prinz Friedrich Karl die Ordre aus Berlin erhalten und auf Grund derselben dem Führer der Bundesdivision Mittheilung davon gemacht, daß am 21. Juli mittags die Brigade Göben mit zunächst 6000 Mann und zwei Batterien zur Besetzung der Wachen und Einnahme der Stadt vor den Mauern Rendsburgs in Bereitschaft stehen werden. „Von Euerer Excellenz so oft bewährter taktvoller Mäßigung und Energie“, schrieb der Prinz am 20. Juli an Hake, „wird es abhängen, ob dieser unabwendbare und für die Ehre der preußischen Armee unvermeidliche Schritt so wird geschehen können, daß späteren diplomatischen

Verhandlungen die Regelung der ganzen Angelegenheit anheimfallen wird." Hake unterließ nicht, sofort auf telegraphischem Wege Protest einzulegen; er berief sich darauf, daß „die auffällige Maßregel" gewiß vermieden worden wäre, wenn die wahrheitsgemäßen Aufklärungen Fabrices den Prinzen früher erreicht hätten: „Ich kann mich mit der Besetzung Rendsburgs schlechterdings nicht einverstehen, selbstverständlich ebenso wenig aber bei der schwachen Besetzung Rendsburgs durch vier Kompagnien, ganz abgesehen von allen sonst dagegen sprechenden gewichtigen Gründen, an ein militärisches Einschreiten denken." In Uebereinstimmung mit den Civilkommissaren und dem hannoverschen Brigadier v. Gebser gelangte Hake zu dem Entschluß, noch vor der Ankunft der Preußen die Wachen zurückzuziehen und die Stadt zu räumen, denn — das war die Ansicht Aller — bei der Erregung, die sich der hart getroffenen Bundestruppen bemächtigt hatte, konnte noch im Augenblick der Ablösung ein blutiger Zusammenstoß erfolgen, wenn sich die Parteien in den Waffen gegenübertraten.

Vom rein militärischen Standpunkt aus war das Verfahren des Führers der Bundesdivision nicht einwandsfrei, aber auch der sächsische Kriegsminister, der im Auftrage des Königs nach Altona eilte, gewann die Ueberzeugung, daß das Gewicht politischer Gründe keine Wahl übrig ließ. Der Bundestag erklärte sich zwar mit dem Protest Hakes einverstanden, billigte aber im Uebrigen sein Nachgeben; Hannover wünschte den Konflikt zu vermeiden, und die Worte des Prinzen Friedrich Karl deuteten auf die Möglichkeit eines diplomatischen Ausgleichs hin. Fabrice hatte in Apenrade wohlwollende Aufnahme gefunden, der Prinz sah in der Besetzung Rendsburgs eine politische Maßregel, die er als

Soldat mißbilligte. Auch Göben ging schweren Herzens an die Vollziehung des Auftrages.*)

In maßgebenden Darstellungen ist das preußische Verfahren in der Rendsburger Affaire als ein beabsichtigter Schlag gegen die sächsische Politik hingestellt worden.**) Dem gegenüber verdient hervorgehoben zu werden, daß Bismarck während seines Aufenthaltes in Wien, wo am 25. Juli die Friedensverhandlungen mit Dänemark eröffnet wurden, der österreichischen Vermittelung für eine den Bundestruppen zu gewährende Genugthuung kein Hinderniß entgegensetzte. Er hat am 27. Juli dem König Wilhelm nach Gastein einen Bericht übersandt, demzufolge dem Prinzen Friedrich Karl die Ermächtigung zur Einleitung eines Vergleichs ertheilt wurde. Am 1. August aber kam es in der Zweiten sächsischen Kammer bei einer Interpellation über die Rendsburger Ereignisse zu sehr heftigen Angriffen auf die preußischen Annexionsbestrebungen und die Politik Bismarcks. Eine gemeinsame Erklärung beider Körperschaften des Landtages am 5. August protestirte gegen die Verletzung des Bundesrechtes. Wer wollte diese Parteinahme für das Geschick der eigenen Landsleute tadeln? aber wie so oft, gereichte der Eifer auch hier zum Nachtheil. Unter dem Eindruck der Kammerdebatte in Dresden wurden die schon begonnenen kommissarischen Verhandlungen über Beilegung des Streites preußischerseits vorläufig abgebrochen.

Beim Schluß des Landtages am 23. August wirkte die Erregung der Gemüther noch nach. Der König dankte den Ständen

*) Als Quellen dienten die Berichte des sächsischen Civilkommissars, Wirklichen Geheimen Rathes v. Könneritz im Hauptstaatsarchiv und des Generallieutenants v. Hake im Kriegsarchiv; ferner Dammers, Erinnerungen und Erlebnisse, Hannover 1890, S. 48 ff., und Zernin, Leben Augusts v. Göben. Berlin 1895, I, S. 370.

**) H. v. Sybel a. a. O., III, S. 366.

für die seiner Regierung in der Behandlung der schleswig-holsteinischen Frage gewährte moralische Unterstützung, erwähnte die ruhmvollen Siege des verbündeten Heeres mit größter Anerkennung und sagte dann, auf die Haltung des sächsischen Kontingentes übergehend: „War es mir hierbei auch schmerzlich, daß es unseren trefflichen Truppen verwehrt bleiben mußte, an jenen rühmlichen Thaten theilzunehmen, so gereicht es mir dagegen zur Beruhigung, daß ihnen der zwar minder glänzende, aber nicht weniger preiswürdige Ruhm unerschütterlicher Mannszucht und strenger Pflichterfüllung auch unter schwierigen Verhältnissen zuerkannt werden muß, welche ebenso wohl echte Soldateneigenschaften zeigen als die Tapferkeit. Dieses Zeugniß bin ich meinem braven Heere schuldig."

In dem Herzen des Kronprinzen ließ die Affaire von Rendsburg eine Wunde zurück, die erst nach Jahren vernarbte. Nicht nur, daß die den sächsischen Kriegern angethane Unbill ihn in tiefster Seele traf, sondern gerade er in seiner hohen Lebensstellung vermochte, wie kaum ein Anderer, die unheilvollen Wirkungen zu übersehen, die das Ereigniß auf die politischen Beziehungen zwischen Sachsen und Preußen ausüben mußte. Der Prinz hielt es für seine Pflicht, die auf die Truppen bezügliche Stelle in der Thronrede des Königs zur Kenntniß der Armee zu bringen. Der von ihm am 24. August erlassene Tagesbefehl lautete: „Die vielfachen Verleumdungen und Anklagen, welche namentlich in Betreff der letzten Rendsburger Vorfälle gegen die Ehre unserer Truppen in Holstein und dadurch gegen unsere eigene gerichtet wurden, sind, wenn auch tief und schmerzlich empfunden, doch von Allen mit jener echt soldatischen Gesinnung ertragen worden, welche das wahre Wesen und den Lohn der Ehre in dem Bewußtsein des eigenen Herzens sucht und findet.

Es ist mir daher eine erhöhte Freude und Genugthuung, Euch die ehrenden Worte bekannt geben zu können, mit denen Seine Majestät der König am gestrigen Landtagsschluß unserer Kameraden gedachte."

Dem vorläufigen Waffenstillstand waren inzwischen am 1. August die Friedenspräliminarien und die Verlängerung der Waffenruhe auf drei Monate gefolgt, die Verhandlungen zwischen Oesterreich, Preußen und Dänemark hatten in Wien begonnen; für die Versöhnung der deutschen Mächte untereinander aber standen, trotz des glücklich beendeten Krieges, die Aussichten schlechter als je zuvor. Durch den Friedensschluß mußten, wie voraus-zusehen war, die beiden Großmächte in den alleinigen Besitz des streitigen Objektes gelangen; damit war dann der Bundespartei jede Einwirkung auf die endgültige Gestaltung der Dinge entzogen, wenigstens solange das österreichisch-preußische Bündniß fortdauerte.

Einen tieferen Einblick in die Beziehungen der beiden deutschen Vormächte gewährte dem Kronprinzen ein längerer Besuch am österreichischen Hofe. Der Kronprinz hatte nach Beendigung des Landtages mit der Kronprinzessin einen Ausflug nach Zürich unternommen, wo die gesammte königliche Familie mit der Herzogin von Genua zusammentraf. Am 10. September nach Dresden zurückgekehrt, begab sich Prinz Albert am 23. September nach Wien und am 25. in Begleitung des Kaisers nach Ischl. Am 15. Oktober begrüßte der Kronprinz seine Gemahlin, die sich einige Tage in Mähren aufgehalten und auf dringenden Wunsch der Kaiserin Elisabeth, obwohl für die weitere Reise unvorbereitet, eine Einladung nach Schönbrunn angenommen hatte.

Es war für den Kronprinzen nicht leicht, sich ein sicheres Urtheil über die Beziehungen Oesterreichs und Preußens zu

bilden. War das Bündniß mit Preußen schon von Anfang an in Oesterreich nicht besonders populär gewesen, so wurde vollends nach beendetem Kriege die Frage, ob ein weiteres Zusammengehen der beiden Staaten für die Interessen der Gesammtmonarchie ersprießlich sei, von vielen Seiten verneint. Die eroberten Herzogthümer lagen so durchaus im Bereich des preußischen Machtgebietes, daß aus dem Mitbesitz derselben ein unmittelbarer Vortheil für den Kaiserstaat nicht abzusehen war.

Weitere Wahrnehmungen bewiesen dem Kronprinzen, daß das Verhältniß zu den deutschen Bundesstaaten in Wien doch ganz anders aufgefaßt wurde als in Berlin. Eine ansehnliche und gerade in Hofkreisen einflußreiche Partei sah in der eingetretenen Schwächung des Bundes einen Abfall von der traditionellen Politik Oesterreichs, die in den deutschen Mittelstaaten immer ihre natürlichsten Bundesgenossen erblickt hatte. Ein anderes Bild aber gewährten die Beziehungen Oesterreichs zu Preußen, wenn man die allgemeine Lage Europas ins Auge faßte. Die Entfremdung zwischen den Kabinetten von Wien und Petersburg dauerte fort, die Freundschaft mit England war seit dem Einrücken der verbündeten Truppen in Schleswig erkaltet, und die Haltung Frankreichs flößte Besorgnisse ein. Die Verlegung der Residenz Viktor Emanuels von Turin nach Florenz und das Versprechen Napoleons III. in der Konvention vom 15. September, in absehbarer Zeit die französische Besatzung aus Rom zurückzuziehen, galten als Vorboten neuer Verwickelungen in Italien, bei denen die leitende Hand Frankreichs im Spiele war. Der Mangel eines festen Rückhaltes nach anderer Seite hin war der stärkste Beweggrund für Oesterreich und namentlich für Kaiser Franz Joseph, an dem preußischen Bündniß festzuhalten. Freilich trat gerade während der Anwesenheit des

Kronprinzen auch der Gegensatz der beiden Mächte deutlich zu Tage. Durch den Anschluß der süddeutschen Staaten an die preußisch-sächsische Zolleinigung war seit Ende September die Erneuerung des Zollvereins gesichert. Oesterreich wünschte im voraus die prinzipielle Anerkennung seines Eintritts in den deutschen Zollbund bei Preußen zu erlangen. Bismarck rieth zur Nachgiebigkeit, aber die von ihm so oft geschmähte „Geheimrathspolitik“, diesmal hauptsächlich vertreten durch die preußischen Minister des Handels und der Finanzen, die sich gegen eine bindende Zusage an Oesterreich erklärten, behielt die Oberhand.*) Infolgedessen schied Rechberg am 27. Oktober aus dem Amte, und Graf Mensdorff-Pouilly wurde sein Nachfolger.

Der Kronprinz hatte Wien am 17. Oktober verlassen, während die Kronprinzessin noch einige Tage länger verweilte. Der Prinz besuchte zunächst den Herzog von Braunschweig in Sibyllenort und traf am 23. Oktober wieder in Dresden ein. Nach Abschluß des Wiener Friedens, am 30. Oktober, sollte endlich den Bundestruppen die Sühne für die in Rendsburg erlittene Kränkung zu Theil werden. Daß Oesterreich sich dieser Sache mit Wärme annahm, ist ohne Zweifel der Vermittelung des Kronprinzen am Kaiserhofe zu verdanken. Eine militärische Kommission aus Vertretern des verbündeten Heeres und der sächsisch-hannoverschen Division, die am 15. November in Kiel zusammentrat, setzte die Bedingungen für die Rückkehr der Bundestruppen fest. Unter klingendem Spiel und den Ehrenbezeugungen der preußischen Besatzung hielt Generalmajor v. dem Knesebeck mit einem hannoverschen Bataillon und den beiden ersten Kom-

*) Bismarck an Roon, Biarritz, 16. Oktober 1864, Denkwürdigkeiten Roons, II, S. 213.

pagnien des 3. sächsischen Infanterie-Bataillons am 27. November seinen Einzug in die Stadt, an der Spitze die Sachsen, die auch zunächst den Wachtdienst übernahmen.

Aber nur allzubald fiel in diesen Akt der Genugthuung ein bitterer Wermuthstropfen! Auf Grund der Bestimmung des Wiener Vertrages, nach welcher Dänemark die Herzogthümer an die deutschen Großmächte, hicht an den Bund, abgetreten hatte, betrachtete Preußen die Aufgabe der Exekution als erledigt und verlangte die Zurückziehung der sächsisch-hannoverschen Division. Die Regierung des Königs Johann machte dagegen geltend, daß es nur dem Bunde zustehe, ein von ihm ausgegangenes Mandat wieder aufzuheben. Der König selbst vertrat seine Ansicht in einem freundschaftlichen Schreiben an Wilhelm I. vom 28. November, in welchem er sagte: „Du bist viel zu viel Soldat, um nicht zu begreifen, daß man bei einer solchen Ueberzeugung als treue Schildwache seinen Posten nicht verlassen kann, ehe man abgelöst oder abgerufen wird. Um ganz loyal zu verfahren, habe ich unter heutigem Tage einen Antrag an den Bund gerichtet. Selbst wenn die Fortsetzung der Besetzung durch den Bund beschlossen werden sollte, würde ich dringend um Ablösung bitten, da ich meine Truppen und Beamten schon lange genug entbehrt habe. Du siehst wenigstens daraus, daß mir persönlich an der Besetzung Holsteins nichts gelegen ist.“ *)

Der gewichtigste Schwerpunkt der preußischen Forderung lag in der unverkennbaren Absicht, den Bund von jeder Verfügung über die Herzogthümer auszuschließen. Wenn je, so zeigte sich hier die enge Verkettung der schleswig-holsteinschen und der deutschen Frage. Wie ernst König Wilhelm die Angelegenheit

*) Ministerium des Königlichen Hauses.

behandelte, bewiesen die militärischen Maßregeln Preußens; die Regimenter in Holstein erhielten Befehl, den schon begonnenen Rückmarsch zu unterbrechen; Moltke entwarf den Plan zur Vereinigung von 20 000 Mann auf der Linie Hamburg—Rendsburg,*) je eine Division wurde an den Grenzen Hannovers und Sachsens aufgestellt. Nur die Vermittelung des Kaisers Franz Joseph verhütete damals den Ausbruch des Bundeskrieges. Am 1. Dezember stellte Oesterreich gemeinschaftlich mit Preußen einen Antrag, der den Bund in die Lage versetzen sollte, die Beendigung der Exekution und die Abberufung seiner Kontingente freiwillig zu beschließen; am 5. Dezember erklärte sich die Mehrheit für Annahme des Ausgleichs.

Nachdem der Zwischenfall für erledigt gelten konnte, beantwortete König Wilhelm das Schreiben des sächsischen Herrschers am 3. Dezember in sehr maßvoller Weise. Der Brief endete mit den Worten: „Daß Du wünschest, daß Deine Truppen von ihrem undankbaren Auftrage befreit werden, begreife ich nur zu gut und kann nur bedauern, daß Deutschland seiner Zeit, unserer Aufforderung, sich am nunmehr so glorreich beendeten Kriege zu betheiligen, nicht Folge gab, weil sonst Deinen und den hannoverschen Truppen eine angenehmere Aufgabe zugefallen sein würde." Als König Johann wenige Wochen später den Tod seiner Schwester, der Großherzogin-Wittwe Marie von Toskana zu beklagen hatte, die am 3. Januar 1865 in Schloß Brandeis einer Brustfellentzündung erlag, übersandte Wilhelm I. den Ausdruck seiner aufrichtigen Theilnahme. Dasselbe geschah von Seiten der Königin Augusta, der die Spannungen zwischen Preußen und Sachsen sehr zu Herzen gingen; schon zu der Zeit des Streites

*) Vergl. Moltkes Militärische Korrespondenz, Berlin 1892, I, S. 230.

in Altona hatte sie gesagt, sie werde niemals aufhören, sich als eine Fürstin aus sächsischem Stamme zu fühlen.

Trotz dieser freundschaftlichen Beziehungen der Höfe nahmen die Gegensätze der Politik ihren unaufhaltsamen Fortgang. Zunächst machte die Annahme des österreichisch-preußischen Antrages vom 1. Dezember, obwohl Sachsen mit Bayern und einigen anderen Staaten dagegen gestimmt hatte, den Abmarsch der sächsischen Brigade aus Holstein zu einer gebieterischen Nothwendigkeit. Da der preußische Gesandte in Dresden, Herr v. der Schulenburg-Primern, zuerst auf die Möglichkeit unliebsamer Kundgebungen hinwies, denen das sächsische Militär beim Betreten des preußischen Gebietes ausgesetzt sein könnte, befahl der König die Rückkehr derselben durch Hannover und die angrenzenden Lande.*) In der Oeffentlichkeit wurde diese Verfügung als eine Demonstration aufgefaßt, und bei der überwiegend preußenfeindlichen Stimmung der auf dem Durchmarsch zu berührenden Landestheile Bayerns, Thüringens und Hessens fehlte es nicht an stürmischen Ovationen für die Truppen. In der Heimath vollends war die Begrüßung eine enthusiastische; die Bürgerschaft Dresdens begleitete die von dem Könige und den Prinzen empfangenen Soldaten in festlichem Zuge bis in die Kasernen, abends bei Fackelbeleuchtung. In einem unter dem 17. Dezember an die Truppen erlassenen Tagesbefehl hieß es: „War es Euch auch nicht vergönnt, mit den Waffen für das gemeinsame Vaterland zu kämpfen und kriegerische Erfolge zu erringen, so habt Ihr doch, wie Ich erwarten konnte, auch unter den schwierigsten Verhältnissen die Disziplin und die Mannszucht, jene Grundpfeiler der soldatischen Ehre, bewahrt und den

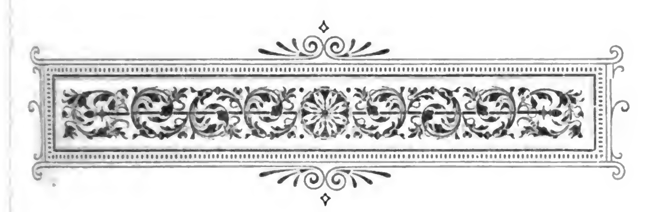
*) R. v. Friesen, Erinnerungen, II, S. 111.



sächsischen Soldaten ein gutes Andenken im Auslande gesichert." Der Kronprinz hatte die einzelnen Truppenabtheilungen an mehreren Garnisonorten persönlich besichtigt. In einem Bericht an den Kriegsminister vom 22. Dezember sagte er: „Es gereicht mir zu großer Freude, auf Grund eigener Wahrnehmungen und erhaltener Meldungen besonders hervorheben zu können, daß Geist und Haltung der Truppen namentlich auch auf der Rückfahrt vortrefflich gewesen sind."*)

*) Akten des Kommandos der Infanterie, Kriegsarchiv.





Viertes Kapitel.

Die Krisis des Deutschen Bundes

(Dezember 1864 bis Juni 1866).

Die wesentlichen Elemente der Zwietracht, die zu der Krisis von 1866 führen sollten, beherrschten bereits an der Wende der Jahre 1864 und 1865 das politische Leben des deutschen Volkes. Selbst der Kampf für einen nationalen Zweck hatte die Parteiungen nicht zu bändigen vermocht; in allen Theilen des außerpreußischen Deutschlands regte sich ein erhöhtes Sondergefühl der einzelnen Stämme. Die eigentliche Triebfeder des politischen Handelns der großdeutschen Partei lag in dem Antagonismus gegen die aufstrebende Macht Preußens. Durch die militärischen Erfolge hatte das preußische Selbstgefühl einen alle Volkskreise durchdringenden Aufschwung erfahren. So hartnäckig der Liberalismus den Kampf gegen das „innere Düppel“, die budgetlose Regierung und die Beschränkung der konstitutionellen Rechte, fortsetzte, war er doch nicht unempfänglich für die Aussichten, die sich der Vergrößerung des eigenen Staates darboten, und diese erschien ihm als das einfachste Mittel zur Lösung der deutschen Frage, im Sinne der Führerschaft Preußens. Es war kein

übertriebenes Urtheil, wenn der sächsische Gesandte in Berlin schon im Januar 1865 berichtete, die Prinzen des königlichen Hauses, mit einziger Ausnahme des Kronprinzen, der Hof, die Armee, das Beamtenthum, die extremen politischen Parteien beider Richtungen, überhaupt Alle seien darin einig, die Erwerbung Schleswig-Holsteins als das nächste und nothwendigste Ziel der preußischen Politik hinzustellen.*)

Dazu kam sehr bald die Erschütterung des österreichisch-preußischen Bündnisses. Der gemeinsame Besitz der Herzogthümer, das Kondominium, erwies sich vom ersten Tage an als eine Quelle unaufhörlicher Streitigkeiten. Um diesem Zustande so bald wie möglich ein Ende zu machen, beantragte das Wiener Kabinet bereits im Dezember die Einsetzung des Herzogs von Augustenburg vorbehaltlich einer Rechtsentscheidung über die sonstigen Ansprüche durch ein Austrägalverfahren. Durch so weit auseinandergehende Ansichten der Großmächte wurde die Hoffnung der bundesgetreuen Partei, den verlorenen Einfluß wiederzugewinnen, neu belebt. Die ersten Anfänge dieser Gegenbewegung trugen einen ziemlich unverfänglichen Charakter. Auf einer Zusammenkunft in Bamberg verhandelten Beust und Pfordten über eine Interpellation, durch welche Oesterreich und Preußen ersucht werden sollten, dem Bundestage von ihren Absichten in Bezug auf die Herzogthümer Kenntniß zu geben. Auch wurde zunächst die Meinung des Wiener Hofes über die Zweckmäßigkeit des beabsichtigten Schrittes eingeholt, und als Graf Mensdorff sich für die Vertagung desselben erklärte, ließen Bayern und Sachsen die Angelegenheit einstweilen ruhen, zumal die übrigen Mittelstaaten ihrem Vorschlage gegenüber sich eher ablehnend als zustimmend verhielten.

*) Bericht Hohenthals vom 19. Januar 1865, Hauptstaatsarchiv.

Stärker traten die Gegensätze hervor, als Preußen in der Depesche vom 22. Februar seine Bedingungen für die endgültige Gestaltung der staatlichen Verhältnisse Schleswig-Holsteins aufstellte. Die Propositionen des Berliner Kabinets enthielten so wesentliche Beschränkungen der Souveränität Schleswig-Holsteins, namentlich in Bezug auf die Militärhoheit, daß Oesterreich Bedenken tragen mußte, seine Sanktion zu ertheilen, wenn es nicht den föderativen Standpunkt der Bundesverfassung preisgeben wollte. Die preußische Note wurde daher mit der Erklärung beantwortet, daß die Regierung des Kaisers jede weitere Verhandlung auf dieser Basis ablehnen müsse. Die gleiche Entrüstung herrschte in dem übrigen Deutschland; der Kronprinz theilte die Ansicht seines Vaters, der die Annexion für weniger gefährlich erklärte als ein solches Beispiel unmittelbarer Mediatisirung.

Bei der veränderten Lage der Dinge waltete für Graf Mensdorff kein Grund mehr ob, dem Vorgehen der Bundespartei Einhalt zu thun. Die zwischen Bayern und Sachsen verabredete Interpellation nahm jetzt eine verschärfte Form an; die beiden Mächte begnügten sich nicht mehr, Oesterreich und Preußen über ihre Absichten zu befragen, sondern sie beantragten in Gemeinschaft mit Hessen-Darmstadt am 27. März die Uebergabe der Verwaltung Holsteins an den Erbprinzen von Augustenburg. Bei der Abstimmung am 6. April ergab sich eine Mehrheit von neun gegen sechs Stimmen für den mittelstaatlichen Antrag.

Die unmittelbare Wirkung der Majorisirung Preußens war zunächst nur eine geringe, weil die Ansichten über die Frage, was nun geschehen solle, noch weit auseinandergingen. „Die logische Folgerung“, sagte der Freiherr v. der Pfordten in einem

Privatbriefe an Beust vom 13. April, „wäre jetzt die Anerkennung des Herzogs Friedrich durch den Bund und die Zulassung seines Gesandten. Dies aber ist unausführbar, denn man müßte Preußen auf dem Wege der Exekution auffordern, Holstein zu räumen, — das wäre der innere Krieg, dem die Einmischung Europas auf dem Fuße folgen würde.“ Als Auskunftsmittel empfahl der bayerische Minister die Berufung der Stände Schleswig-Holsteins und wurde darin von Sachsen unterstützt.

In Preußen hatte der Bundesbeschluß vom 6. April eine äußerst feindselige Aufnahme gefunden, namentlich auch bei dem Könige, der in der Befürwortung des bayerisch-sächsischen Antrages durch Oesterreich eine Verletzung des Traktates vom 16. Januar 1864 sah, in welchem die Großmächte sich verpflichtet hatten, die holsteinische Erbfolgefrage nur in gegenseitigem Einverständniß zu lösen. Nicht minder bezeichnend für die Stimmung ist, daß Bismarck damals die ersten Schritte that, um sich Aufklärung darüber zu verschaffen, welche Haltung Italien im Fall eines Krieges zwischen Oesterreich und Preußen annehmen werde.*) Allein so sehr die Absicht vorhanden war, den Vorstoß der österreichisch-mittelstaatlichen Einigung zu pariren, so überwog doch auch in Preußen noch immer die Neigung zu einer friedlichen Lösung. Bismarck ging auf die Befragung der Landstände ein und eröffnete darüber Verhandlungen mit Wien.

Wider Erwarten sollte gerade die Berufung der schleswig-holsteinischen Landesvertretung, die doch von allen Seiten als Vermittelungsvorschlag gedacht war, zu neuen Differenzen führen. Der Aufenthalt des Erbprinzen Friedrich in Kiel, der dem Berliner Hofe von Anfang an ein Dorn im Auge gewesen, wurde

*) Vergl. H. v. Sybel a. a. O., IV, S. 107.

seit dem Wiener Frieden in den maßgebenden Kreisen als ein Eingriff in die durch das Kondominium erworbenen Rechte Preußens angesehen. Die mannigfachen Beeinflussungen, die von der Umgebung des Prätendenten auf die Presse, auf die öffentliche Meinung und selbst auf die Landesbehörden ausgeübt wurden, ließen sich allerdings nicht verkennen, ebenso wenig die Nachgiebigkeit, welche der österreichische Civilkommissar, Halbhuber, dieser Agitation gegenüber beobachtete. „Preußen wird sich seine Position nicht nehmen lassen," äußerte Bismarck bereits am 24. Mai gegen Graf Hohenthal, „es ist im Stande, mit einem Schlage der ganzen Halbhuberei ein Ende zu machen." Es kam schließlich dahin, daß die Regierung Wilhelms I. erklärte, sie werde niemals zu der Einsetzung des Herzogs die Hand bieten. Auf österreichischem Boden, in Karlsbad, wo der König, vom Ministerpräsidenten begleitet, seit dem 21. Juni verweilte, entspann sich ein heftiger Depeschenwechsel mit dem Wiener Hof. Dem französischen Botschafter, Herzog von Grammont, der den König in Karlsbad begrüßte, sagte Bismarck: Die holsteinische Frage sei nur ein Incidenzpunkt der großen deutschen Angelegenheit; der gegenwärtige König von Preußen sei ein echter brandenburgischer Fürst, der seine Aufgabe richtig erkenne und die dominirende Stellung in Deutschland sich nicht werde streitig machen lassen.*) Auf der Reise nach Gastein begriffen, hielt König Wilhelm am 21. Juli in Regensburg einen Ministerrath ab; ein an Oesterreich erlassenes Ultimatum verlangte Wiederherstellung der Ordnung in Schleswig-Holstein, Beseitigung der Nebenregierung, und drohte im Falle der Nichtannahme mit

*) Depesche Könneritz's aus Wien vom 1. Juli, nach den Mittheilungen des Herzogs von Grammont. Hauptstaatsarchiv.

militärischen Maßregeln, zu denen die Vorbereitungen getroffen wurden.

Während so die Unheil verkündenden Gewitterwolken über Deutschland heraufzuziehen begannen, waren dem sächsischen Königshause auch manche freudige Ereignisse beschieden gewesen. Zunächst ist hier die Vermählung der Schwester des Kronprinzen, Prinzessin Sophie, mit dem Herzog von Bayern, Karl Theodor, zu erwähnen. Der jugendliche Wittelsbacher, der sich in späteren Jahren durch Ausübung der Augenheilkunde einen hochgeachteten Namen in der medizinischen Wissenschaft erwarb, hatte im Dezember 1863 die sächsische Brigade nach Holstein begleitet. Da seine Hoffnung auf eine kriegerische Aktion nicht in Erfüllung ging, war er nach kurzer Zeit zurückgekehrt. Bei seiner damaligen Anwesenheit in Dresden gewann er die Neigung der Prinzessin. Am Neujahrstage 1865 war die Verlobung proklamirt worden, und am 11. Februar wurde in der Kapelle des Prinzenpalais der Trauungsakt vollzogen. Unter den fürstlichen Gästen befand sich die Schwester des Herzogs, Kaiserin Elisabeth, die der Kronprinz am 10. in Bodenbach empfangen hatte; es war das einzige Mal, daß sie dem sächsischen Hofe einen Besuch abstattete. Die Kaiserin entzückte alle Welt durch Anmuth der Erscheinung und ungezwungene Liebenswürdigkeit, die bei ihr in seltener Harmonie mit dem Glanz fürstlicher Repräsentation vereinigt waren. Den mütterlichen Empfindungen der Königin Amalie, der es schwer fiel, die letzte ihrer Töchter aus dem Hause scheiden zu sehen, widmete sie die zartfühlendste Rücksicht.

Nahm die Bevölkerung Sachsens schon an diesem Familienfeste lebhaften Antheil, so äußerte sich die dynastische Anhänglichkeit in noch stärkerem Maße, als am Himmelfahrtstage, 25. Mai, dem Hause des Prinzen Georg der erste Sohn geboren wurde;

denn auf diesem Prinzen, der bei der Taufe am folgenden Tage die Namen Friedrich August erhielt, ruhte die Hoffnung der künftigen Thronfolge in dem Albertinischen Fürstengeschlecht.

Am 11. Juli unternahm der Kronprinz mit seiner Gemahlin eine Reise, deren Endziel das Bad Tarasp im Unter-Engadin war. Die Wahl der Route durch Bayern gab Veranlassung zu kurzer Rast bei Herzog Max, dem Vater Karl Theodors, in Possenhofen und bei Prinz Karl von Bayern in Tegernsee. Außerdem fand im Schloß Berg ein Besuch bei König Ludwig II. statt, mit dem der Kronprinz in den folgenden Jahren niemals wieder zusammengetroffen ist. Obwohl die kritische Wendung in den Verhältnissen Deutschlands bereits ziemlich offenkundig vorlag, wurde jedes politische Gespräch bei der Begegnung vermieden. Von Possenhofen ging es über Partenkirchen und den Eibsee am 21. Juli nach Imst und Brennbichl, wo die Unglücksstätte des 9. August 1854, das Sterbezimmer König Friedrich Augusts und die Gedächtnißkapelle besichtigt wurden. Innsbruck und Schloß Ambras erweckten am 22. in der Seele des Prinzen Erinnerungen an seine Schwester Margarethe. Lebhaft fühlte er sich in die heldenmüthigen Kämpfe des Tiroler Aufstandes von 1809 versetzt, da ein hochbetagter Gefährte Hofers und Speckbachers ihm als Führer diente. Ein Ausflug am 24. und 25. Juli lenkte die Schritte der Reisenden nach Zell am See und dem Zillerthal, dessen sangesfrohe Bevölkerung es an dem üblichen Gruß nicht fehlen ließ. Die Fahrt über den Brenner wurde in 15 Stunden zu Wagen zurückgelegt, da der Bau der Bahn noch seiner Vollendung entgegensah. In Bozen überraschte die aus Trient herübergekommene Militärkapelle des Infanterie-Regiments „Kronprinz“ das kronprinzliche Paar mit einer Serenade. Am 28. Juli unternahm der Kronprinz mit seinem Adjutanten, Ritt-

meister v. Carlowitz, eine Fußwanderung nach der Seiseralp und St. Ulrich; dann wurde, nach mehrtägigem Aufenthalt in Meran, auf dem Wege über Nauders am 3. August Tarasp erreicht. Nach dem Geburtsfest der Prinzessin, 5. August, an welchem Tage eine neu entdeckte Therme den Namen Carolaquelle erhielt, begab sich der Kronprinz mit seinem Begleiter über Samaden und St. Moritz am 7. August nach Silvaplana. Am nächsten Tage sollte eine Besteigung des Bernina-Passes vorgenommen werden; die Führer waren bereits bestellt, als die beunruhigenden Nachrichten aus der Heimath den Prinzen nach Deutschland zurückriefen.*)

König Johann befand sich mit seiner Gemahlin und der jungen Erzherzogin Antoinette seit dem 19. Juli in Possenhofen bei Herzog Max in Bayern, mit Spannung den Ausgang der Verhandlungen erwartend, die am 27. Juli in Gastein zwischen Bismarck und dem österreichischen Gesandten in München, Grafen Blome, eröffnet wurden. Am 29. Juli erschien der bayerische Minister v. der Pfordten in Possenhofen, um über seine Besprechung mit Bismarck, die am 23. in Salzburg stattgefunden hatte, zu berichten. Der preußische Ministerpräsident hatte in sehr bestimmter Weise auf die Möglichkeit eines Bruches mit Oesterreich hingewiesen und den deutschen Staaten den Rath ertheilt, neutral zu bleiben. Pfordten erwiderte, dies sei unmöglich, weil ein österreichisch-preußischer Krieg auf deutschem Boden sofort die Auflösung des Bundes und die Einmischung des Auslandes nach sich ziehen würde, was Bismarck zu der Bemerkung veranlaßte: „Vielleicht leiht uns der Kaiser von Rußland Polen, damit wir uns dort mit Oesterreich duelliren können."

*) Nach Mittheilungen des Generals der Kavallerie v. Carlowitz.

Daß die Bundesmächte, wenn es zum Aeußersten kam, sich Oesterreich anschließen müßten, stand für König Johann außer Frage. Wie sehr er jedoch den Kampf zu vermeiden wünschte, erhellt mit überzeugender Beweiskraft aus seinen Worten an Beust vom 2. August: „Ein wirklicher Bruch zwischen den beiden Großmächten wäre ein so großes National-Unglück, und könnte so unberechenbare Folgen haben, daß man jede Möglichkeit zur Ausgleichung, die sich mit der Ehre und den Grundsätzen verträgt, zu benutzen verpflichtet ist.“*) Andererseits aber verlangte der König die Wahrung des Rechtsstandpunktes, das hieß nach seiner Auffassung, die Festsetzung des staatsrechtlichen Verhältnisses der Herzogthümer im Einvernehmen mit dem Bunde. Der König wünschte seine Ansicht in Wien zur Geltung zu bringen, ehe hier eine Entscheidung getroffen wurde; deshalb beauftragte er seinen Minister, der ohnehin im Begriff stand, sich nach Gastein zu begeben, die Gelegenheit zu einer Unterredung mit Graf Mensdorff zu benutzen. Vor seiner Abreise von Dresden sollte Beust mit dem Kriegsminister die nöthigen Einleitungen einer Kriegsrüstung besprechen. Eine feindselige Demonstration war nicht beabsichtigt, wohl aber erschien es nothwendig, daß der Bund auf alle Eventualitäten vorbereitet war. In diesen Verhältnissen lag die unmittelbare Ursache für die Rückberufung des Kronprinzen aus der Schweiz.

Am Tage vor der Ankunft Beusts in Wien, 6. August, war der Kaiser dort eingetroffen, um einen Ministerrath abzuhalten, an dem auch Graf Blome, zu diesem Zwecke aus Gastein herbeigerufen, theilnahm. Der König schrieb am 5. August an Beust: „Bringt Blome den Abbruch der Verhandlungen oder kommt er,

*) Vergl. R. v. Friesen, II, S. 125.

um neue Instruktionen zu suchen? that is the question. Jedenfalls ist die Lage sehr bedrohlich.“ Das Ergebniß der Ministerkonferenz blieb für Beust ein Geheimniß; doch ließ er in den Händen des Grafen Mensdorff eine Denkschrift zurück, die vor allzu großer Nachgiebigkeit warnte und sehr deutlich den Gedanken durchblicken ließ, der preußischen Pression die österreichische entgegenzusetzen.*) Unter keinen Umständen darf das Wiener Kabinet sich auf ein neues Provisorium einlassen, sondern muß auf eine definitive Entscheidung der schleswig-holsteinischen Frage durch den Bundestag dringen. Beust sprach die Ueberzeugung aus, daß nicht nur die Mehrheit am Bunde, sondern auch die öffentliche Meinung Deutschlands sich auf die Seite Oesterreichs stellen würde. Dann, meinte er — und darin lag der fraglichste Punkt seiner Ausführungen —, würde Preußen, angesichts des wiederhergestellten Zusammenhaltes der österreichisch-großdeutschen Partei, mildere Saiten aufziehen.

Die Rückkehr Blomes nach Gastein am 8. August galt auch in Possenhofen als Anzeichen dafür, daß eine Verständigung zwischen Oesterreich und Preußen im Werke sei. Durch telegraphische Benachrichtigung nach Chur wurde dem Kronprinzen die Fortsetzung seines Aufenthaltes in der Schweiz anheimgestellt. Er zog es jedoch vor, von dieser Ermächtigung keinen Gebrauch zu machen, und begab sich am 10. August über Lindau zu dem Fürsten Karl Anton von Hohenzollern nach Sigmaringen. Der Fürst, obwohl ein Gegner der inneren Politik Bismarcks, sah in der Vereinigung der Elbherzogthümer mit Preußen die wünschenswertheste Lösung der schleswig-holsteinischen Frage. So sehr der

*) Das Schriftstück ist abgedruckt bei K. Fr. Graf Vitzthum, London, Gastein und Sadowa. Stuttgart 1889, S. 94 ff.

Kronprinz zu allen Zeiten auf das staatsmännische Urtheil seines Oheims das größte Gewicht gelegt hat, in diesem Punkte vermochte er ihm nicht beizustimmen, während in dem Wunsche für Erhaltung des Friedens unter den deutschen Großmächten die beiderseitigen Ansichten sich begegneten. An dem Tage, 14. August, an welchem das Abkommen zwischen Oesterreich und Preußen unterzeichnet wurde, traf der Prinz über Ulm und München bei seinen Eltern in Possenhofen ein.

Ihrem wesentlichen Inhalt nach war die Konvention von Gastein nichts weiter als eine Fortsetzung des Kondominiums in veränderter Form: Uebertragung der Verwaltung Holsteins auf Oesterreich, Schleswigs auf Preußen. Wie sehr widersprach diese Trennung dem alten Landesrecht der auf ewig ungetheilten Nordmark! Wie nahe lag die Vermuthung, daß der Abtretung Lauenburgs an Preußen gegen Geldentschädigung ein ähnliches Abkommen in Bezug auf Schleswig folgen werde! Der Kronprinz, der bis zum 17. August in Possenhofen verweilte, wurde Zeuge des niederschmetternden Eindrucks, den der Vertrag in den Kreisen der bundesstaatlichen Partei hervorbrachte.

Der Rückkehr des Kronprinzen nach Dresden am 18. August folgten militärische Inspektionen des Infanteriekommandos, wie sie alljährlich den Herbstübungen voranzugehen pflegten, und die Zusammenziehung größerer Truppenkörper in der Gegend von Mittweida. An eine Revue, die der König am 25. September abhielt, schlossen sich Kämpfe zweier Brigaden, von denen die westliche die Defileen an der Zschopau zu vertheidigen, die östliche diese Positionen anzugreifen hatte. Nach Beendigung des Manövers reiste der Kronprinz am 29. nach Wien und von dort, ohne weiteren Aufenthalt, am 30. nach Ischl, wo ihn der Kaiser erwartete. Die Hochwildjagden, die diesmal, bei ungewöhnlich

mildem Wetter, besonders ergiebig waren, dauerten bis zum 15. Oktober; dann begleitete der Kronprinz seinen Kaiserlichen Vetter nach Wien, um der Enthüllung des Denkmals für Prinz Eugen beizuwohnen, die am 18. Oktober unter großen militärischen und kirchlichen Feierlichkeiten — Parade und Celebrirung einer Feldmesse — vollzogen wurde.

Während der damaligen Anwesenheit des Kronprinzen war die österreichische Monarchie in einem Umwandlungsprozeß ihrer Verfassung begriffen, deren vornehmstes Problem der Ausgleich mit Ungarn bildete. Von allen Seiten trat dem Kronprinzen die Ansicht entgegen, daß Oesterreich erst nach Abschluß des Paktes mit Ungarn in der Lage sein werde, eine thatkräftige Haltung in der auswärtigen Politik zu ergreifen. Die Gasteiner Konvention hatte Niemanden befriedigt, am wenigsten den Kaiser; das allgemeine Urtheil betrachtete sie als einen Nothbehelf des Augenblickes, den Oesterreich über sich ergehen lassen mußte, weil es im August 1865 zum Kampf mit Preußen nicht hinreichend gerüstet war. Die Verlängerung des Kondominiums gewähre den Vortheil, den Eintritt politischer Konjunkturen abzuwarten, bei denen das preußische Bündniß für die eigensten Interessen des Kaiserstaates verwerthet werden könnte.

Im Vordergrund standen dabei die Rücksicht auf Venetien und das Verhältniß zu Italien. Die Verhandlungen Bismarcks in Turin und Paris vor der Gasteiner Konvention, die zu keinem Ergebniß geführt hatten, waren für den Wiener Hof kein Geheimniß, und der Besuch Bismarcks in Biarritz, der mit dem Aufenthalt des Kronprinzen in Ischl zusammenfiel, deutete auf die Erneuerung dieser Fühlungen hin. Es fehlte schon damals in der Umgebung des österreichischen Hofes nicht an Stimmen, die den freiwilligen Verzicht auf die italienischen Besitzungen der

Fortsetzung des preußischen Bündnisses vorzogen; dem Kaiser selbst aber widerstrebte dieser Gedanke, solange noch Hoffnung vorhanden war, die Garantie des venetianischen Gebietes bei Preußen durchzusetzen. Daß Bismarck die Möglichkeit eines solchen Ausgleichs nicht unbedingt von der Hand gewiesen hatte, wußte der Kronprinz aus einer Unterredung zwischen dem preußischen Ministerpräsidenten und dem Freiherrn v. der Pfordten am 23. August, über die ein ausführlicher Bericht nach Dresden mitgetheilt worden war. Die Bemerkung Bismarcks lautete: noch habe er das Wort „Garantie für Venetien" nicht ausgesprochen; er wisse aber, daß wenn er es thue, er von Oesterreich Alles verlangen könne, was er wolle.*) Ergab sich aus diesen Beziehungen noch immer eine gewisse Wechselseitigkeit der Interessen Oesterreichs und Preußens, so durfte der Kronprinz doch aus der Stimmung, die bei seiner Abreise am 19. Oktober in Wien herrschte, den Schluß ziehen, daß Oesterreich ohne ein entsprechendes Aequivalent für sich selbst dem preußischen Staate keine weiteren Zugeständnisse machen werde.

Da in den ersten Monaten nach der Umgestaltung des Kondominiums das Einvernehmen zwischen dem österreichischen Statthalter in Holstein, Feldmarschall-Lieutenant Freiherrn v. Gablenz, und dem preußischen in Schleswig, Generallieutenant Freiherrn v. Manteuffel, keine fühlbare Störung erlitt, trat bis zum Anfang des Jahres 1866 ein Stillstand in der Entwickelung der schleswig-holsteinschen Frage ein. Die unabsehbare Verlängerung des Provisoriums steigerte den Unmuth der bundesstaatlichen Partei. Bayern, Sachsen und Hessen-Darmstadt wiederholten

*) Die betreffende Stelle der Münchner Aufzeichnungen ist bereits abgedruckt bei H. v. Friesen, II. S. 130.

am 4. November den Antrag auf Berufung der schleswig-holsteinschen Stände, und als sie damit nicht durchdrangen, erklärten sie „ihre Mitwirkung in Sachen Schleswig-Holsteins für beendet, sofern und solange nicht dem Bunde zu einer von der Grundlage des Rechtes ausgehenden Berathung und Beschlußfassung Aussicht geboten wird". Diese Entsagungsakte vom 18. November war die Antwort der Mittelstaaten auf die Gasteiner Konvention. Sie richtete ihre Spitze sowohl gegen Oesterreich als gegen Preußen, wie denn die Entfremdung mit dem Wiener Kabinet wesentlich dazu beigetragen hat, daß Sachsen, dem Beispiel Bayerns folgend, am letzten Dezembertage 1865 den Handelsvertrag des Zollvereins mit Italien unterzeichnete, dessen Vorbedingung die Anerkennung des italienischen Königreichs war.*)

Beim Beginn des verhängnißvollen Jahres 1866 schwebte das Albertinische Fürstenhaus in großer Sorge um das Leben der jungvermählten Herzogin Sophie in Bayern. Kurz vor dem Weihnachtsfeste, 21. Dezember, hatte die Königin Amalie sich nach München begeben, um ihrer Tochter in der Stunde der Niederkunft hülfreich zur Seite zu stehen. Wenige Tage nach der Entbindung von einer Tochter,**) am heiligen Abend, erkrankte die Prinzessin an einer Brustfellentzündung. Auf ein ärztliches Telegramm vom 6. Januar, welches das Schlimmste befürchten ließ, eilte auch der Vater nach München. Zum Glück gelang es, dem entzündlichen Fieber Einhalt zu thun, sodaß der König am 15. die Rückreise antreten konnte. Als er am 16. Februar abermals in der bayerischen Residenz eintraf, um sich an dem Anblick der völlig wieder genesenen Tochter zu erfreuen und seine Ge-

*) Vergl. Flathe, III, S. 778.

**) Prinzessin Amalie Marie, Herzogin in Bayern, vermählt am 1. Juli 1892 mit Wilhelm Herzog von Urach, Grafen von Württemberg.

mahlin nach Dresden zurückzugeleiten, war das Zerwürfniß zwischen Oesterreich und Preußen bereits in vollem Gange.

Den nächsten Anlaß dazu gaben die alten Streitigkeiten über die Ausübung der gemeinsamen Besitzrechte in Schleswig-Holstein. Seit der Konvention von Gastein, die schon deshalb in den weitesten Kreisen der dortigen Bevölkerung lebhaften Widerspruch erweckt hatte, weil sie das Selbstbestimmungsrecht der Herzogthümer außer Acht ließ, erhob die Augustenburgische Agitation mächtiger als je ihr Haupt. Eine von dem Gouverneur in Holstein zugelassene Massenversammlung in Altona, am 23. Januar 1866, an der auch süddeutsche Abgeordnete betheiligt waren, wurde von Bismarck benutzt, um zunächst den diplomatischen Feldzug gegen Oesterreich zu eröffnen. Die Note vom 26. Januar führte Klage über die Duldung revolutionärer Umtriebe unter dem Schutze des Kaiserlichen Doppeladlers und kündigte den Entschluß Preußens an, von der Freiheit seiner Politik vollen Gebrauch zu machen, wenn die Gemeinsamkeit der Gesammtpolitik beider Mächte sich nicht verwirklichen lasse. Deutlicher konnte die Lossagung von dem österreichischen Bündniß kaum ausgesprochen werden. Die Erwiderung des Wiener Kabinets vom 7. Februar blieb die Antwort auf diese Drohung nicht schuldig; sie wies nicht nur die preußische Einmischung in die Akte der holsteinschen Verwaltung mit Entschiedenheit zurück, sondern sie sprach sich dahin aus, daß Oesterreich, weit entfernt, das Ziel der preußischen Politik, die Annexion, als die geeignete Grundlage für den Ausgleich der beiderseitigen Interessen anzuerkennen, auch seinerseits die Unabhängigkeit des Handelns sich vorbehalten müsse.

Die ersten Erörterungen über das Verhalten der Bundesmächte gegenüber der drohenden Entzweiung Oesterreichs und Preußens, die noch in die Zeit der Anwesenheit des Königs

Johann in München, 16. bis 26. Februar, fielen, führten zu keinem Ergebniß. Freiherr v. der Pfordten, bei aller Hinneigung zum Kaiserstaate stets von Mißtrauen nach dieser Seite hin erfüllt, zeigte sich ganz und gar von der Auffassung beherrscht, daß der Wiener Hof weder den Willen habe, noch sich in der Lage befinde, es auf die Entscheidung durch die Waffen ankommen zu lassen. Unmittelbar nach der Abreise des Königs, 27. Februar, entwickelte der bayerische Minister seine Gedanken noch ausführlicher in einer Note an den Gesandten in Dresden, Baron v. Gise, die dem sächsischen Kabinet am 2. März übergeben wurde. Da der Artikel 11 der Bundesakte den Kampf zwischen den deutschen Staaten verbiete und die Rolle der Vermittelung in die Hand der Bundesversammlung lege, so seien die Großmächte aufzufordern, die zwischen ihnen schwebenden Differenzen dem Schiedsspruch des Bundes zu unterwerfen. Bis dahin hätten sich die Bundesstaaten jeder Separatverhandlung mit einer der streitenden Parteien zu enthalten. Käme es dann doch zum Kriege, so betrachte Bayern die Bundesverträge als aufgelöst; in diesem Falle müsse es den einzelnen Bundesgliedern überlassen bleiben, ihre Entscheidung nach freier Wahl zu treffen.

Auf den ersten Blick erhellt, daß die Lage Sachsens schwieriger war als die jedes anderen Bundeslandes. In allen Kreisen der Bevölkerung erwachte die Erinnerung an die preußische Invasion von 1756, bei Beginn des Siebenjährigen Krieges, und auch dem Kronprinzen stand diese Episode mit ihren verderblichen Folgen für die sächsische Armee vor Augen. Darüber konnte auch für ihn kein Zweifel obwalten, daß der kriegsgerüstete Nachbarstaat, sobald der Entschluß zum Kampfe feststand, nicht einen Augenblick zögern werde, die militärischen Kräfte Sachsens entweder für sich zu gewinnen oder durch einen überlegenen Angriff ihre Vereinigung

mit dem Gegner Preußens zu verbindern. Es wäre ein sehr unberechtigtes Vertrauen gewesen, wenn Sachsen in der Bundeshülfe eine hinreichende Bürgschaft für seine Sicherheit erblickt hätte, aber ebenso einleuchtend waren die Gründe, die gerade Sachsen veranlassen mußten, auf die Erhaltung der Bundesgemeinschaft das größte Gewicht zu legen. Soweit daher die Vorschläge Bayerns sich in den bundesgemäßen Rechtsformen bewegten, ging die Rückantwort des sächsischen Kabinets vom 4. März ohne Weiteres auf dieselben ein. Wenn Herr v. der Pfordten dann aber weiter die Auflösung des Bundes als die selbstverständliche Folge eines Krieges zwischen Oesterreich und Preußen hingestellt und die Wahl der Partei den einzelnen Bundesstaaten vorbehalten hatte, so vertrat Beust in beiden Punkten die entgegengesetzte Ansicht. Greifen Oesterreich und Preußen, sagte er, unter Umgehung des Bundes, zum Schwert, so ist die solidarische Vereinigung der übrigen deutschen Mächte dadurch nicht aufgehoben, sondern der Bund bleibt verpflichtet, seinen Mitgliedern Schutz zu gewähren, wenn sie wider das Recht der Verträge angegriffen werden sollten. Sehr bald aber zeigte sich, daß die Neutralität des Bundes, auf die auch Beust noch hinwies, den thatsächlichen Verhältnissen gegenüber nicht aufrecht zu erhalten war. Allgemein bekannt ist die Geschichte von einem Gespräch Bismarcks mit der Gemahlin des sächsischen Gesandten in Berlin, am Abend des 9. März. An der Tafelrunde in dem Hause des Grafen Hohenthal — so lautet die aus einer französischen Quelle stammende Anekdote*) — habe der preußische Ministerpräsident eine Interpellation der Wirthin darüber, ob es wirklich in seiner Absicht liege, Sachsen und Oesterreich mit Krieg zu

*) Rothan, La politique française en 1866, Paris 1879, S. 112, nach Mittheilungen des Grafen Hohenthal.

überziehen, in bejahendem Sinne beantwortet und auf die weitere Frage, ob in diesem Falle die sächsischen oder die böhmischen Besitzungen der Familie eine geeignetere Zuflucht darböten, Böhmen als den Schauplatz bezeichnet, auf welchem die Entscheidung fallen werde.

Die Richtigkeit der Erzählung ist von keiner Seite in Abrede gestellt worden; wenn aber in neueren Darstellungen dem Vorgang besondere Wichtigkeit beigemessen und die Verstärkung der österreichischen Truppen an der sächsisch-böhmischen Grenze damit in Verbindung gebracht wird,*) so beweist dies nur, wie leicht die historische Thatsache durch unsichere Ueberlieferung zur Legende umgestempelt wird. Für den Wiener Hof bedurfte es nicht erst besonderer Warnungen, um seine Aufmerksamkeit auf die Gefahren eines plötzlichen Ueberfalls zu lenken, denen Sachsen ausgesetzt war; die zum Schutz dieses Landes zu ergreifenden Maßregeln wurden, auf besondere Anregung des Kaisers, schon bei den Verhandlungen des Marschallrathes, die am 7. März in Wien begonnen hatten, sehr ernstlich ins Auge gefaßt.**) In

*) Vergl. H. v. Sybel, a. a. O., IV. S. 302. In einem Privatschreiben vom 10. März an Beust meldet Hohenthal, ohne des Gesprächs zwischen seiner Gemahlin und Bismarck zu erwähnen: „Bismarck aß gestern bei mir und hatte ich nach Tisch mit ihm eine Konversation. Sie kann dahin zusammengefaßt werden, daß er den Krieg wünscht und als ganz unvermeidlich darstellt. Auf die Stellung des übrigen Deutschlands, die leider! le cadet de ses soucis ist, sind wir nicht speziell zu sprechen gekommen. Die norddeutschen Staaten kommen von vornherein nicht in Betracht, von Süddeutschland hört man noch keine Silbe über militärische Vorbereitungen, nur in Bezug auf Sachsen möchten die eventuellen Beschlüsse bereits gefaßt sein. Wenigstens kann ich Ihnen heute aus verläßiger Quelle melden, daß das einstimmige Gutachten der Fachmänner dahin gegangen ist, es müsse den Feindseligkeiten gegen Oesterreich ein Bündniß mit oder eine Okkupation von Sachsen voraufgehen."

**) Wiener Bericht vom 10. März. Hauptstaatsarchiv.

Sachsen selbst beschäftigten sich die leitenden Instanzen der Armee unter hervorragender Theilnahme des Kronprinzen schon seit Anfang März mit den Vorkehrungen, die zu treffen seien, um die bewaffnete Macht und das Kriegsmaterial vor einem plötzlichen Angriff sicherzustellen. Von einer Mobilmachung war dabei noch nicht die Rede; wohl aber bestand schon vor dem 10. März der von dem Kronprinzen gebilligte Plan, das Gros des Heeres zwischen Freiberg und Chemnitz zu vereinigen, um von hier aus, wenn auf die Vertheidigung des eigenen Gebietes gegen überlegene Streitkräfte verzichtet werden mußte, über das Erzgebirge auszuweichen und durch Anschluß an die bayerischen Streitkräfte die sächsischen Truppen zur Verfügung des Bundes intakt zu erhalten.

Als dann gegen Mitte März die Ankunft eines italienischen Unterhändlers, des Generals Govone, in Berlin bekannt wurde, — ein Ereigniß, das auch am Dresdner Hofe großes Aufsehen verursachte, — zögerte die Wiener Staatskanzlei nicht länger, eine diplomatische Rekognoszirung über die Absichten Preußens und die Stimmungen der Bundesstaaten zu unternehmen. Der Botschafter Graf Karolyi wurde beauftragt, in Berlin geradezu die Frage zu stellen, ob Preußen die Absicht habe, die Gasteiner Konvention mit gewaltsamer Hand zu zerreißen, und in einem Rundschreiben an die Mittelstaaten vom 16. März eröffnete Oesterreich seinen Entschluß, die Vermittelung und, wenn die Antwort Preußens unbefriedigend ausfallen sollte, die verfassungsmäßige Hülfe des Bundes anzurufen. Dabei wurden zwar die friedlichen Absichten noch ausdrücklich hervorgehoben, allein das Wiener Kabinet erklärte zugleich, die Entscheidung über die Elbherzogthümer dem Bunde überlassen zu wollen, und stellte einen Antrag auf Mobilisirung der Bundeskontingente in nahe Aussicht.

Die Gegenstellung, die Bismarck ergriff, war eine doppelseitige: dem Grafen Karolyi gegenüber verneinte er die Absicht, einen Bruch der Vereinbarung von Gastein herbeizuführen, und überhaupt den Gedanken einer kriegerischen Aggression; an die deutschen Mächte dagegen erließ er am 24. März eine Kundgebung, die nichts weniger als friedlich klang. In der preußischen Politik trat damals die große Wendung ein, durch welche die schleswig-holsteinsche Kontroverse mit der deutschen Bundesreform in die engste Verbindung gebracht wurde. Indem Bismarck die Auseinandersetzung mit der Habsburgischen Macht auf die nationale Basis stellte, hoffte er, die schwerwiegenden, in der Tiefe des Gemüths wurzelnden Bedenken des Königs Wilhelm gegen den Krieg am ehesten überwinden zu können. In der Note vom 24. März hieß es: „Die abnorme Lage, in welche Preußen durch die feindselige Haltung der anderen im Bunde befindlichen Großmacht gebracht ist, drängt uns die Nothwendigkeit auf, eine den realen Verhältnissen Rechnung tragende Reform des Bundes in Anregung zu bringen.“ In diesem Zusammenhange wird den deutschen Regierungen am Schluß der Erklärung die Frage vorgelegt, inwieweit Preußen auf ihre Unterstützung zählen könne, wenn es von Oesterreich angegriffen oder durch unzweideutige Drohungen zum Kriege genöthigt würde.

Dem sächsischen Gesandten hatte Bismarck schon vor dem Erlaß der Cirkularnote einige Andeutungen über seine Reformpläne gemacht, und als Graf Hohenthal das Bedenken äußerte, daß die Anregung der deutschen Frage in diesem kritischen Augenblick der Verständigung schwerlich zum Vortheil gereichen werde, mit dem Citat aus Schillers „Wilhelm Tell“ geantwortet: „Das Alte fällt, — und neues Leben blüht aus den Ruinen.“ *) Am

*) Bericht Hohenthals vom 9. März 1866. Hauptstaatsarchiv.

26. März abends erbat sich Herr v. Schulenburg, der Vertreter Preußens in Dresden, eine Unterredung, um das Manifest vom 24. vorzulesen. „Ich hörte die Vorlesung an“, sagt Beust, „und bewahrte alle Ruhe, obschon ich dieselbe nicht ohne tiefe Erregung vernehmen konnte.“ Auf die Klagen Preußens über die Kriegsvorbereitungen in Böhmen erwiderte der Minister: er wolle seine Hand dafür ins Feuer legen, daß Oesterreichs Rüstungen einen defensiven, nicht einen offensiven Zweck hätten. Die Reform der Bundesverfassung habe Sachsen stets für eine Nothwendigkeit erachtet und werde sich auch jetzt dazu bereit finden lassen, „obgleich der Moment des häuslichen Zwistes einer Familie nicht gerade geeignet sei, um ein neues Haus zu bauen“. Den größten Eindruck auf Beust machte der Schlußpassus des Rundschreibens, dessen unmittelbare Nutzanwendung auf das Verhältniß Sachsens sich nicht verkennen ließ, zumal Schulenburg an die Verlesung des Aktenstückes ausführliche Betrachtungen knüpfte, deren Zweck war, den Anschluß an Preußen als die vortheilhafteste Politik für Sachsen zu empfehlen. Beust erwiderte darauf: „Der König wird keinen Schritt vom Recht abweichen; es komme was da wolle!“ Nach der offiziellen Ueberreichung der Note vom 24. März fand am 30. März eine Berathung des Gesammtministeriums statt, in Gegenwart des Königs, des Kronprinzen und des Prinzen Georg. Alle Stimmen waren darin einig, daß Sachsen dem Bundesstandpunkt treu bleiben müsse; in diesem Sinne wurde die Antwort des Dresdner Kabinets vom 6. April abgefaßt..

Besondere militärische Maßregeln waren bisher von Sachsen nur insoweit ergriffen worden, als die alljährliche Einberufung der Rekruten, die sonst erst gegen Ende April vor sich zu gehen pflegte, diesmal schon auf den 19. März anberaumt wurde.

Für die beiden Infanterie-Divisionen und die Jäger-Brigade hatte der Kronprinz am 12. März die betreffende Ordre erlassen, durch welche zugleich die Kantonnements für die einzelnen Rekrutenkompagnien festgesetzt wurden. Daß der Prinz diesmal die feldmäßige Ausbildung der jungen Mannschaft mit verdoppeltem Eifer überwachte, braucht kaum hervorgehoben zu werden.

In Wien behauptete, unter dem Eindruck der Antwort Bismarcks an Korolyi, die friedliche Strömung noch immer das Uebergewicht. Die in der Note vom 16. März angekündigten Erklärungen in Frankfurt unterblieben, hauptsächlich weil der in ihnen enthaltene Appell an die Bundesstaaten nicht den gewünschten Wiederhall erweckt hatte. Die Mehrzahl der Bundesglieder hatte vorläufig nicht die geringste Neigung, auf die geplante Mobilisirung des Bundesheeres einzugehen, weil eine solche Maßregel, die den sofortigen Uebergang von der einfachen zur bewaffneten Neutralität in sich schloß, in Berlin als eine Herausforderung betrachtet werden mußte. Dem sächsischen Staate in seiner gefährdeten Lage wäre freilich am besten damit gedient gewesen, wenn der Bund sich schon damals zur Abwehr jeder Friedensstörung in Vertheidigungszustand gesetzt hätte; da jedoch Bayern zunächst den Versuch machen wollte, einer vermittelnden Vorstellung bei beiden Großmächten Eingang zu verschaffen, so erklärte die Regierung des Königs sich damit einverstanden.

Nach Annahme der bayerischen Vermittelung in Berlin und Wien entspann sich zunächst zwischen den beiden Höfen ein Notenwechsel über die Priorität der Rüstungen. Jede Partei berief sich zu ihrer Rechtfertigung auf die Besorgniß vor den feindseligen Absichten des anderen Theiles, aus der sie den begründeten Anlaß zu ihren kriegerischen Vorbereitungen herzuleiten suchte.

Um dieser fruchtlosen Debatte ein Ende zu machen, stellte das Münchner Kabinet am 10. April bei Oesterreich und Preußen einen weiteren Antrag, der auf Abrüstung lautete. Graf Bismarck entschloß sich schwer, darauf einzugehen, aber der Wunsch König Wilhelms, der aus militärischen und politischen Gründen auf das Einverständniß mit der bayerischen Regierung großes Gewicht legte, mußte für ihn entscheidend sein. Eine preußische Note vom 15. April verlangte, daß Oesterreich, da es mit den Rüstungen begonnen habe, auch die Initiative zur Rückkehr auf den Friedensstand ergreife. Aus Berlin berichtete der sächsische Gesandte am 17. April: „In diplomatischen Kreisen ist man seit gestern ziemlich allgemein der Ansicht, daß die Kriegsgefahr ihren akuten Charakter verloren hat.“ Es trat noch einmal ein kurzer Augenblick der Beruhigung ein, in welchem nicht die Besorgnisse des Krieges, sondern die Verhandlungen über die Bundesreform das Hauptinteresse des Tages bildeten.

Man hat die Lage der Dinge im April 1866 vielfach mit der des Jahres 1850 verglichen. Wie die preußischen Unionsbestrebungen damals zu dem schärfsten Antagonismus mit Oesterreich und den Bundesstaaten führten, so hatte Preußen jetzt durch die Forderung der Bundesreform eine ähnliche, die Gesammtverhältnisse Deutschlands umfassende Krisis heraufbeschworen. Aber auch der Unterschied gegen damals liegt deutlich zu Tage. Im Jahre 1850 war Preußen völlig isolirt, während es jetzt, nach Abschluß des Schutz- und Trutzbündnisses vom 8. April, an dem Königreich Italien einen Bundesgenossen besaß, dessen Mitwirkung von höchstem Werthe war, weil sie eine Theilung der Streitkräfte des gemeinsamen Gegners zur Folge haben mußte. In dem Allianzvertrage vom 8. April hatte Italien sich verpflichtet, in Gemeinschaft mit Preußen die Offensive gegen

Oesterreich zu ergreifen, wenn die von Preußen eröffneten Verhandlungen über eine den Bedürfnissen der deutschen Nation entsprechende Reform der Bundesverfassung erfolglos bleiben sollten. So sehr bildete die Umgestaltung der Machtverhältnisse in Deutschland einen integrirenden Theil, ja man darf sagen, das leitende Motiv des Kriegsplanes, welcher der italienisch-preußischen Allianz zu Grunde lag.

Unmittelbar nach Abschluß des Bündnisses, schon am folgenden Tage, 9. April, wurde der preußische Reformantrag in Frankfurt eingebracht. Der Hauptpunkt war bekanntlich: Berufung eines aus allgemeinen Volkswahlen hervorgegangenen Parlamentes zu einem näher zu bestimmenden Zeitpunkte, bis zu welchem die deutschen Regierungen sich über die Verfassungsvorlage schlüssig machen sollten.

Obgleich der Gedanke der Bundesreform in Süd- und Mitteldeutschland einen ziemlich einmüthigen Protest des territorialstaatlichen Partikularismus gegen die preußische Spitze hervorrief und auch in Preußen nicht den Anklang fand, den ihr Urheber erwartet haben mochte, so lagen doch für die deutschen Regierungen zwingende Gründe vor, welche die einfache Ablehnung unstatthaft erscheinen ließen. Gerade die sächsische Regierung hatte im Einverständniß mit ihrer Landesvertretung und theilweise unter dem Impuls derselben die Nothwendigkeit der Reform seit Jahren anerkannt. Am 22. und 23. April versammelten sich auf Einladung v. der Pfordtens in Augsburg die Minister von neun deutschen Staaten zu einer gemeinsamen Beschlußfassung über die Bundesreform. Der Konvent, auf welchem Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen-Darmstadt, Nassau und die thüringischen Lande, außer Altenburg, vertreten waren, trug eine überwiegend versöhnliche Signatur, denn die Verhandlungen über die Abrüstung

dauerten noch fort. In Wien erweckte die allzu friedfertige Haltung der Bundespartei sogar einige Besorgniß. Darin waren alle Stimmen einig, daß das Berliner Kabinet zunächst aufgefordert werden müsse, einen vollständig ausgearbeiteten Organisationsplan für die revidirte Verfassung vorzulegen; ebenso dürfe die Berufung des Parlamentes erst dann stattfinden, wenn die Regierungen sich über einen für Alle annehmbaren Entwurf geeinigt haben würden.

In den privaten Besprechungen zwischen den Ministern wurden freilich auch noch andere Seiten berührt. Der Freiherr v. der Pfordten stellte seinem sächsischen Kollegen gegenüber nicht in Abrede, daß Preußen mehrfache Versuche gemacht habe, durch das Anerbieten der Vorstandschaft in Süddeutschland sich die Bundesgenossenschaft Bayerns zu sichern. Aber auch über die Differenzen, die in der Reformfrage zwischen Bayern und Preußen bestanden, erhielt Beust wichtige Aufschlüsse. Die Perspektive des Volksparlamentes hatte auf Ludwig II. abstoßend gewirkt, und was die Festsetzung der Suprematrechte über Norddeutschland betraf, so war Bayern nicht geneigt, sie dem freien Belieben Preußens zu überlassen, sondern hatte für alle weiteren Vereinbarungen die Erhaltung der vollen Souveränetät Sachsens als Bedingung aufgestellt. In dem Augsburger Protokoll verzichtete Bayern an der Spitze der großdeutschen Partei auf jede einseitige Transaktion in Sachen der Bundesreform; dagegen wurde auf Vorschlag v. der Pfordtens die Bestimmung aufgenommen, daß zu den ferneren Berathungen die Vertreter Oesterreichs und Preußens hinzuzuziehen seien. Nachdem so die Möglichkeit einer allseitigen Verständigung noch immer vorbehalten war, wählte der Bundestag am 26. April einen aus neun Mitgliedern bestehenden Reformausschuß.

An demselben Tage jedoch erreichte das friedliche Intermezzo einen plötzlichen Abschluß. Auf die Nachricht von Truppenansammlungen in Italien, an der lombardisch-venetianischen Grenze, sah Oesterreich sich veranlaßt, mit seinen Abrüstungen, die eben beginnen sollten, innezuhalten. Um den Mißdeutungen, denen dieser Zwischenfall in Berlin begegnen mußte, zuvorzukommen, erließ die Kaiserliche Regierung am 26. April eine Note an Preußen, in welcher die Hoffnung ausgesprochen wurde, daß die lediglich durch die kriegerische Haltung der Italiener bedingten Vorbereitungen der Wiederherstellung des Friedensstandes zwischen den deutschen Großmächten keinen Abbruch thun würden. Allein die versöhnliche Tendenz dieser Erklärung wurde erheblich abgeschwächt durch eine zweite Note vom 26. April, welche auf die Erledigung der schleswig-holsteinschen Succession zurückkam. Nach wie vor sei Oesterreich bereit, dem preußischen Staate in Bezug auf die Herzogthümer die früher erörterten Vortheile zu gewähren; lasse sich jedoch auf diesem Wege eine Verständigung nicht erzielen, so bleibe nichts übrig, als die Entscheidung des Bundes anzurufen, dessen Aufgabe es dann sein würde, unter Hinzuziehung der schleswig-holsteinschen Stände, die staatsrechtlichen Verhältnisse der Herzogthümer endgültig festzusetzen.

Der Rückschlag, den diese österreichischen Erklärungen auf die Entschlüsse des Berliner Kabinets ausübten, hatte zur unmittelbaren Folge eine scharfe Auseinandersetzung zwischen Preußen und Sachsen. Eine in sehr dringenden Worten gehaltene Note vom 27. führte Beschwerde über gewisse militärische Vorbereitungen in Sachsen, die, obwohl sie von einer eigentlichen Mobilmachung noch weit entfernt waren, doch den Blicken des preußischen Generalstabes nicht hatten entgehen können, da bereits seit Ende März längs der sächsisch-preußischen Grenze auf beiden Seiten

ein wohl organisirter Kundschafterdienst eingerichtet war. Angesichts der Truppenansammlungen in der Provinz Sachsen und in der Niederlausitz hatte die Regierung des Königs Johann es für nothwendig erachtet, einen Theil der beurlaubten Mannschaften bei der Infanterie, durchschnittlich vierzig Mann auf jedes Bataillon, einzuziehen und Pferdeankäufe in größerem Umfange zu verfügen. Die letztere Maßregel war, als noch einmal die Hoffnung auf Erhaltung des Friedens sich regte, zum Theil wieder sistirt, aber nicht gänzlich aufgehoben worden. Die am 28. April von Herrn v. Schulenburg übergebene Erklärung forderte die sofortige Abrüstung, widrigenfalls der König von Preußen sich gezwungen sehen würde, entsprechende militärische Maßregeln gegen Sachsen zu ergreifen.

Die Note trug so entschieden den Charakter einer Sommation, daß ihr jeden Augenblick die Erklärung des Kriegszustandes folgen konnte. Diesem Umstande entsprach denn auch der Wortlaut der sächsischen Entgegnung vom 29. April. Beust, der das umfangreiche Schriftstück verfaßt hat, führte noch einmal alle Argumente ins Treffen, die sich aus den Bundesrechten ergaben. Nach der Bundesverfassung ist ein Krieg zwischen den Gliedern des Bundes unzulässig, ebenso würde der Abschluß eines Separatbündnisses mit einem der streitenden Theile den Grundgesetzen widersprechen. „Es folgt daraus, daß ein Bundesstaat, den seine Weigerung, Partei zu ergreifen, gewaltsamen Maßregeln aussetzen würde, das Recht auf die Hülfe und Intervention des Bundes hat." Diese Voraussetzung aber bedingt, daß der zunächst gefährdete Staat selbst sich in den Stand setzt, um zur Verfügung des Bundes bereit zu sein, „und zwar nicht entwaffnet, sondern zu Allem vorbereitet."

Auf diesen Vordersätzen auferbaute sich die weitere Beweis-

führung, durch welche dargelegt werden sollte, daß die Rüstungen keinen anderen Zweck verfolgten, als die Vertheidigung des eigenen Gebietes. Nach den Angaben einer Denkschrift, welche der Kriegsminister auf Befehl des Königs entworfen und der Kronprinz gebilligt hatte, wurde nachgewiesen, daß bei keiner Waffengattung die Zahl der einberufenen Mannschaften den während der Sommermonate üblichen Präsenzstand überschritten hatte und die Pferdeankäufe bei Weitem noch nicht die Hälfte des erforderlichen Bedarfs erreichten.*) Anknüpfend an die Erörterungen über die Depesche vom 27. März schlug die sächsische Regierung dem preußischen Kabinet die Einleitung weiterer Verhandlungen in Frankfurt vor, damit ihr Gelegenheit gegeben werde, die Rechtfertigung gegen den Vorwurf feindseliger Absichten zu vervollständigen. Sie behielt sich vor, aus eigener Initiative zu diesem Mittel ihre Zuflucht zu nehmen, und erklärte, daß sie sich glücklich schätzen würde, wenn das friedliche Beispiel der Nachbarstaaten ihr die Möglichkeit gewährte, die bisher ins Leben gerufenen Maßregeln rückgängig zu machen.

Wie sehr König Johann von dem Wunsche beseelt war, auch noch in diesem vorgeschrittenen Stadium der Auseinandersetzung ein gewichtiges Zeugniß für die Fortdauer seiner friedfertigen Gesinnung abzulegen, ergiebt sich aus einem eigenhändigen Briefe, den er gleichzeitig mit dem Abgang der Note vom 29. April an Wilhelm I. richtete. Dieses bisher von keiner Seite erwähnte Schreiben des Königs begann mit den Worten: „Lieber Freund! Wenn ich heute wieder nach langer Zeit mich persönlich an Dich wende, so geschieht es nicht, um mich in eine

*) Von 2600 Pferden, die für den Fall einer Mobilmachung beschafft werden mußten, waren bisher 1073 verfügbar.

Auseinandersetzung über die gegenwärtigen politischen Konflikte einzulassen, welche schwerlich zum Ziele führen dürfte, sondern nur, um eine Bitte an Dich zu richten, deren Berücksichtigung ich von Deiner alten Freundschaft glaube erwarten zu dürfen." Nachdem der König sich dann für die Richtigkeit der in der sächsischen Antwort enthaltenen Mittheilungen über den effektiven Bestand seiner Armee verbürgt hat, fährt er fort: „Ich bitte Dich, allen Insinuationen, von welcher Seite sie auch kommen mögen, keinen Glauben zu schenken. Wir haben überhaupt in dieser ganzen Sache nirgends speziell sächsische Politik getrieben, sondern nur den Bundesstandpunkt festgehalten, und nur das gethan, was derselbe und unsere Sicherheit mit der peinlichen Lage, in der wir uns schon seit Monaten befinden, dringend erheischt. Möge der Himmel uns vor traurigen Konflikten und dem damit verbundenen unsäglichen Jammer bewahren!"

Die freundschaftlichen Beziehungen zu dem Hause des Ministerpräsidenten eröffneten am 1. Mai dem Grafen Hohenthal, dem die Ueberreichung der sächsischen Note oblag, die Pforten des auswärtigen Ministeriums, obwohl Bismarck durch einen schweren Gichtanfall an das Lager gefesselt war. Am Tage zuvor, 30. April, hatte Preußen in einer Erklärung nach Wien die aggressiven Absichten Italiens und alle Folgerungen, welche die österreichische Note vom 26. April daraus zog, als unzutreffend bezeichnet. Soweit die Voraussetzungen der preußischen Erklärung sich auf Italien bezogen, waren sie am 1. Mai bereits hinfällig geworden. Ein Rundschreiben des Ministeriums La Marmora an die europäischen Höfe vom 28. April hatte die italienische Mobilmachung im weitesten Maßstabe verkündet, und in der Parlamentssitzung zu Florenz war am 30. April unter einmüthigen Akklamationen die Annahme der Kriegsfrage be-

schlossen worden. Da König Wilhelm noch zögerte, das letzte Wort zu sprechen, bereitete das Drängen „der allzu hitzigen Italiener“ dem Grafen Bismarck für den Augenblick nicht geringe Verlegenheit; in dieser Stimmung erreichte ihn die sächsische Antwort.

Mit raschem Blick die Note überfliegend, erklärte er den Inhalt derselben für nicht zufriedenstellend. Den Ereignissen vorgreifend, betrachtete Bismarck das Einverständniß zwischen Sachsen und Oesterreich bereits als eine vollendete Thatsache; nach seinen eigenen Worten sah er in der sächsischen Armee „die präsumtive Spitze des österreichischen Angriffs.“ „Wie Oesterreich gegen Italien rüstet, so rüsten wir gegen Sachsen“, bemerkte er und setzte hinzu: „es bleibt nichts übrig, als Truppen an der sächsischen Grenze aufzustellen, — was diese dann thun werden, ist eine Sache für sich.“*)

Um sich zu vergewissern, ob eine schriftliche Beantwortung der sächsischen Note erfolgen werde, wiederholte Graf Hohenthal am 2. Mai seinen Besuch bei dem Ministerpräsidenten. Bismarck begann das Gespräch mit der Erklärung, daß er die Fortsetzung der diplomatischen Korrespondenz für erfolglos halten müsse, — dann lenkte er auf ein anderes Kapitel ein. Er beleuchtete noch einmal die Vortheile, die dem sächsischen Staate aus dem angebotenen Bündniß mit Preußen erwachsen sein würden. Mit annähernder Sicherheit wird man in dieser Wendung die persönliche Einwirkung Wilhelms I. erblicken dürfen, die durch das Schreiben des Königs Johann veranlaßt worden war. In den langen Jahren wechselseitiger Freundschaft hatte der preußische Monarch die politischen Grundsätze des Königs zu genau kennen

*) Vgl. H. v. Friesen II, S. 142.

gelernt, um an die Gewinnung Sachsens zu glauben, aber der Versuch, wie weit eine Annäherung möglich sei, wird jedenfalls den Intentionen Wilhelms I. entsprochen haben. Der Erfolg der Unterredungen vom 1. und 2. Mai war freilich ein anderer: die streitenden Prinzipien des deutschen Kampfes traten sich hier gleichsam in persönlicher Verkörperung gegenüber. Die Bemühungen Hohenthals, die bundesrechtliche Stellung Sachsens zu vertheidigen, schnitt Bismarck zuletzt mit dem Worte ab, Oesterreich selbst habe sich durch die drohende Aufstellung seiner Truppen von der Beobachtung der bundesgesetzlichen Bestimmungen losgesagt. Die Bundesverfassung war für ihn ein überwundener Standpunkt, und es galt nur noch die Frage der Macht, deren Lösung einzig und allein abhängig sein konnte von den allgemeinen Verflechtungen der europäischen Politik.

Die Gefahr, in der Sachsen schwebte, wurde von den Bundesmächten nicht verkannt. Das bayerische Kabinet beauftragte seinen Gesandten in Berlin, Grafen Montgelas, eine Zusicherung darüber zu erwirken, daß eine Verletzung des sächsischen Gebietes nicht beabsichtigt werde. Bismarcks Antwort lautete: Preußen werde sich jeder Feindseligkeit enthalten, so lange die Oesterreicher nicht in Sachsen einrücken würden. Die sächsische Regierung hatte inzwischen am 5. Mai in Frankfurt eine an Preußen zu richtende Interpellation über die Absichten seiner Rüstungen beantragt. Die Mehrheit der Bundesstaaten erhob gegen die sachliche und verfassungsmäßige Berechtigung einer solchen Anfrage keinen Einwand; aber auch das Bestreben, jede Bedrohung Preußens zu umgehen, trat deutlich zu Tage. Wenn daher der Vertreter Sachsens, Geheimer Rath v. Bose, der Begründung des Antrages eine Erklärung folgen ließ, durch welche er die Zustimmung des Bundes zu den militärischen Maßregeln seiner

Regierung zu erlangen hoffte, so war die Versammlung weit davon entfernt, sich auf eine bindende Verpflichtung zum Schutze Sachsens einzulassen. Den erwünschten Vorwand für diese Zurückhaltung gab die Gegenerklärung Preußens, die sich auf den defensiven Charakter der Rüstungen berief und jeden gewaltsüchtigen Plan gegen Sachsen in Abrede stellte. Die Sitzung endete mit der Vertagung der Abstimmung bis zum 9. Mai.

Als dann aber die am 8. Mai befohlene Mobilmachung der gesammten preußischen Streitkräfte bekannt wurde, glaubte auch Bayern mit seinen Kriegsvorbereitungen nicht länger zögern zu dürfen. Vielleicht den einflußreichsten Faktor in den politischen Berechnungen v. der Pfordtens bildete der sehr begründete Argwohn gegen die undurchdringlichen Pläne des Kaisers Napoleon. „Bayern wird nie das Schwert ziehen, ehe es nicht über die Haltung Frankreichs vergewissert ist", hatte er noch am 4. Mai zu dem sächsischen Gesandten v. Könneritz gesagt. Daß der Wiener Hof in Paris die freiwillige Cession Venetiens gegen die Neutralitätserklärung Frankreichs und Italiens und gegen eine Entschädigung Oesterreichs auf Kosten Preußens angeboten hatte, wußte man so gut in München wie in Berlin, wenn auch über den Verlauf dieser Unterhandlung einstweilen das tiefste Geheimniß herrschte. Die Rede Napoleons in Auxerre, 7. Mai, die in sehr auffälliger Art noch einmal das Thema von der Hinfälligkeit der Verträge des Jahres 1815 behandelte, versetzte ganz Süddeutschland in die größte Aufregung. Angesichts der von allen Seiten herandrängenden Gefahren wurde noch vor der Abstimmung in Frankfurt die Mobilmachung der bayerischen Armee beschlossen.

In der Bundessitzung vom 9. Mai stellte sich dann Bayern auf die Seite Sachsens. Die preußische Regierung machte die

Rücknahme ihrer militärischen Maßregeln von der Einstellung der Rüstungen Oesterreichs abhängig. Obwohl die Ausführungen des preußischen Bundesgesandten, Herrn v. Savigny, kaum noch einen Zweifel darüber bestehen ließen, daß Preußen entschlossen sei, seinen Austritt aus dem Bunde zu erklären, wurde der sächsische Antrag mit zehn gegen fünf Stimmen angenommen.

Bei alledem blieb für die Unterhandlungen noch ein weites Feld, solange die Kriegsrüstungen Oesterreichs und Preußens noch nicht vollendet waren. Innerhalb des Bundes herrschte die größte Rathlosigkeit. Auf einer Besprechung der mittelstaatlichen Minister, die am 13. und 14. Mai in Bamberg tagte, gingen die Meinungen weit auseinander. Die naheliegende, fast selbstverständliche Konsequenz des Beschlusses vom 9. wäre ein schleuniger Antrag auf Mobilmachung der Bundesarmee gewesen und dies war es auch, was Beust gehofft hatte, in Bamberg durchzusetzen. Schon in der ersten Sitzung erklärten jedoch die Vertreter der thüringischen Staaten, an einer Berathung über Kriegsbereitschaft nicht theilnehmen zu können und entfernten sich. Unter den Zurückbleibenden empfahl der badensche Minister Freiherr v. Edelsheim, hauptsächlich mit Rücksicht auf die unsichere Haltung Frankreichs, die bewaffnete Neutralität des südlichen und mittleren Deutschland. Dieser Ansicht widersprach selbst der Freiherr v. der Pfordten. Allerdings sei zur Zeit weder für Oesterreich noch für Preußen Partei zu ergreifen und eine selbständige Haltung einzunehmen, aber nicht mit dem Vorbehalt der Neutralität, sondern zur Abwehr des Friedensbruches, wie es in den Grundgesetzen des Bundes vorgeschrieben sei. Ob und wann dieser Fall vorliege, habe die Bundesversammlung zu entscheiden. Trotz dieser Hervorhebung des bundesrechtlichen Standpunktes empfing Beust von der Ent

schlossenheit des bayerischen Ministers keinen überzeugenden Eindruck. „Er ist noch immer", schreibt Beust am 14. Mai, „von seiner Lieblingsidee, der der Vermittelung, befangen, baut viel zu viel auf jedes begütigende Wort, das in Berlin gesprochen wird, und hat für Alles, was in Oesterreich geschieht, ein sehr hartes Urtheil. Ueberhaupt sind die Elemente der Konferenz seit Augsburg nicht verbessert, sondern bedeutend verschlimmert." Die Bundespartei beschloß, noch einmal einen Antrag auf allgemeine Entwaffnung in Frankfurt zu stellen.

Da die sächsische Regierung aus den zuletzt geschilderten Vorgängen die Ueberzeugung gewinnen mußte, daß sie im Falle eines preußischen Angriffs auf eine aktive Unterstützung des Bundes nicht zu rechnen hatte, ergab sich für sie die Nothwendigkeit, eine Aenderung ihrer militärischen Dispositionen eintreten zu lassen. Der früher erwähnte Gedanke einer Zusammenziehung des sächsischen Korps in der Nähe des Erzgebirges*) zum Anschluß an die Bundesarmee, und zwar zunächst an die bayerischen Truppen, beruhte auf Voraussetzungen, die nicht eingetroffen waren. Als dann die Lage des Bundes durch die peremtorischen Forderungen Preußens vom 27. April sich immer schwieriger gestaltete, hatte die österreichische Regierung am 8. Mai durch ihren Gesandten in Dresden, Baron v. Werner, erklären lassen, daß sie eine Okkupation Sachsens als Kriegsfall betrachte, und daß die Avantgarde des böhmischen Korps, die um Teplitz vereinigte Brigade Ringelsheim, den Befehl erhalten werde, den sächsischen Truppen, wenn sie angegriffen werden sollten, auf eine einfache Requisition der dortseitigen Behörden Beistand zu leisten. Infolge dieses Anerbietens wurde von der Aufstellung der

*) Vergl. S. 221.

Armee an der Westgrenze Sachsens Abstand genommen und die Vereinigung mit den österreichischen Streitkräften ins Auge gefaßt. Da die sächsische Politik nach wie vor ihre Entscheidungen von den Beschlüssen des Bundes abhängig machte, bezogen sich die Verabredungen, die mit dem am 11. Mai nach Dresden entsandten Generalmajor v. Ringelsheim getroffen wurden, lediglich auf den Fall einer feindlichen Invasion.

Seit dem Beginn der Rüstungen war dem Kronprinzen ein militärischer Wirkungskreis zugefallen, der über die Aufgaben des Infanteriekommandos weit hinausreichte. Der ursprüngliche, schon im März aufgestellte Plan für eine Versammlung der Truppen und des Kriegsmaterials zwischen Freiberg und Chemnitz mit den Rückzugslinien über Annaberg, Marienberg und Schwarzenberg, zur Verbindung mit den Bayern, hatte im Laufe der nächsten Wochen mehrfache Veränderungen erfahren. Schon bei diesen Berathungen war die Stimme des Kronprinzen von entscheidendem Gewicht gewesen, und da für die zu treffenden Vorbereitungen das Zusammenwirken aller Waffengattungen den Hauptgesichtspunkt bildete, so hatte sich hieraus für ihn die Nothwendigkeit eines unmittelbaren Verkehrs mit dem Kriegsministerium, dem Generalstab und den Führern der größeren Truppenverbände ergeben. In einer solchen, nach allen Seiten hin eingreifenden Thätigkeit lagen die Grundelemente der obersten Heeresleitung. Zur Vermeidung aller Kompetenzkonflikte war es nur noch erforderlich, das thatsächliche Verhältniß auch formell zum Abschluß zu bringen. Infolgedessen hatte der König zunächst am 9. Mai in Pillnitz eine Ordre erlassen, durch welche er die oberste Leitung aller die Dislokationen und Bewegungen der Truppen betreffenden Angelegenheiten dem Kronprinzen übertrug. Schritt um Schritt mit der Mobilmachung in Preußen

war die Kriegsbereitschaft in Sachsen ihrer Vollendung entgegengeführt worden; am 6. Mai wurden die Beurlaubten der aktiven Armee, am 7. die Kriegsreserven eingezogen. Es gewährte dem Prinzen große Genugthuung, schon nach wenigen Tagen melden zu können, daß die einberufenen Mannschaften in den Garnisonen und Kantonnements ihrer Truppentheile nahezu vollzählig eingetroffen seien. Zu besonderer Freude gereichten ihm die zahlreichen Gesuche ehemaliger Offiziere, die für ihren Wiedereintritt in den Kriegsdienst seine Vermittelung in Anspruch nahmen.

Die wichtigste Aufgabe des Kronprinzen war sodann die Ausführung des neuen Planes für die Konzentration, die als sein eigenstes Werk bezeichnet werden darf. In Gemeinschaft mit dem Chef des Generalstabes, Generalmajor v. Fabrice, entwarf er in wenigen Tagen die Tableaus über die Standquartiere der einzelnen Truppentheile und die Marschrouten für den Uebertritt nach Böhmen. Zum Mittelpunkt der Vereinigung wurde jetzt die Hauptstadt des Landes mit ihren nächsten Umgebungen, vornehmlich auf dem linken Elbufer, gewählt. Die Posten der Avantgarde, unter dem Generallieutenant Freiherrn v. Fritsch, fünf Bataillone, acht Schwadronen, zwölf Geschütze, wurden zur Beobachtung der Grenze in der Richtung auf Röderau und Ortrand, mit dem linken Flügel bei Meißen und bis über den Triebischfluß, mit dem rechten bis Großenhain, also auf das rechte Elbufer, vorgeschoben. Das Gros, von dem Generallieutenant v. Stieglitz befehligt, in seiner Hauptmasse bestehend aus der 2. Infanterie-Division, dem 1. Reiter-Regiment und einer Artillerie-Brigade, nahm eine centrale Stellung in Dresden und den benachbarten Ortschaften ein, nördlich bis an die Weißeritz, südlich bis an die Straße nach Pirna; auf dem rechten Elbufer unterhielt die Kavallerie die Verbindung mit der

Avantgarde auf der Straße nach Großenhain. Die Reserve, zusammengesetzt aus der 1. Infanterie-Division, dem Garde-Reiter-Regiment und der Reserveartillerie, unter Führung des Generallieutenants v. Schimpff, stand zwischen dem Plauenschen Grunde und Tharandt und von dort bis an die Straßen nach Pirna und Dohna zum Anschluß an das Gros, und an der Weißeritz, um die Verbindung mit der Avantgarde zu unterhalten. Der Artilleriepark und die Proviantkolonnen, deren Formirung in Freiberg begonnen worden war, wurden auf veränderten Befehl des Kronprinzen nach Dippoldiswalde herangezogen und dadurch in unmittelbare Verbindung mit der aktiven Truppe gebracht. Die Depots für die Infanterie, fünf Bataillone, und für die Kavallerie, vier Schwadronen, sammelten sich in Sayda, von wo aus sie in einem Tagesmarsch die Grenze erreichen konnten; etwas weiter rückwärts in Dorfchemnitz standen die Artilleriedepots.

Nach diesen in ihrer Gesammtheit am 16. Mai von dem König genehmigten Vorschlägen wurde die Zusammenziehung des Korps bis zum 19. ins Werk gesetzt. An demselben Tage erging an die Truppen der folgende Erlaß des obersten Kriegsherrn: „Seine Majestät der König haben zu befehlen geruht, daß die Armee unter dem 20. dieses Monats auf den mobilen Etat trete. Das Kommando des mobilen Korps übernimmt, fernerem Allerhöchsten Befehl gemäß, der General der Infanterie, Kronprinz Albert, Königliche Hoheit, Herzog zu Sachsen." Im vollsten Maße empfand der künftige Thronerbe die große und schwere Verantwortlichkeit, die das Vertrauen des Königs in seine Hand legte. Der Kronprinz hatte sich in den letzten Jahren eingehend mit der Reorganisation des preußischen Wehrsystems beschäftigt und die Bedeutung derselben nach allen Seiten hin

richtig erkannt. Obwohl er den Rechtsstandpunkt, auf dem die Politik seines Vaters beruhte, vollkommen theilte und in der Bedrohung Sachsens einen Akt der Gewalt erblickte, war er doch weit entfernt, die Kriegstüchtigkeit des preußischen Heeres zu unterschätzen; sein leidenschaftsloser und kritischer Blick täuschte sich weder über die Macht des Gegners noch über den unsicheren Erfolg des Kampfes. „Wie gern bliebe ich", schrieb er am 9. Mai an den Kriegsminister v. Rabenhorst, „auch in der nächsten gefährlichen Zeit an zweiter Stelle unter Ihrem bewährten Kommando, denn wahrlich, Ruhm wird wenig zu haben sein, Ehre und Reputation aber oft auf dem Spiele stehen. Nur das Gefühl meiner Pflicht gegen das Land kann mich bewegen, die so schwierige Stellung anzunehmen."

Nachdem auf Grund der Verabredungen mit Ringelsheim dem Generalkommando in Prag von der Wiener Kriegskanzlei unter dem 17. Mai eine ausführliche Instruktion*) über die Aufnahme der sächsischen Armee für den Fall ihres Rückzuges nach Böhmen ertheilt worden war, mußte dem Kronprinzen vor Allem daran liegen, über die nächsten Absichten der österreichischen Kriegführung Aufklärung zu erhalten. Zu diesem Zweck wandte er sich am 20. Mai in einem eigenhändigen Schreiben an den Befehlshaber der österreichischen Nord-Armee, Feldzeugmeister v. Benedek, mit dem er seit einer langen Reihe von Jahren bekannt und befreundet war. Der Kronprinz erstattete Bericht über die Dislokation seiner Truppen und bat um Auskunft darüber, ob die Richtung auf Teplitz—Theresienstadt—Joseph-

*) Der wesentliche Inhalt derselben ist aus den Akten des sächsischen Kriegsarchivs mitgetheilt in dem Werke des Obersten Oskar v. Lettow-Vorbeck, Geschichte des Krieges von 1866 in Deutschland. Berlin 1896, 1899, II, S. 65.

stadt, in welcher die Verbindung der Sachsen mit dem böhmischen Korps erfolgen sollte, auch jetzt noch den Intentionen der obersten Heeresleitung entspreche. Besonderen Werth legte der Prinz auf den gegenseitigen Austausch der Nachrichten über die Bewegungen der preußischen Heerestheile. Unter Bezugnahme auf die ihm zugegangenen Meldungen von großen Transporten und Zusammenziehungen auf dem rechten Elbufer — es waren die Teten des III. und IV. Korps, die sich zwischen Herzberg und Hoyerswerda sammelten — schrieb er an Benedek: „Im Falle Euer Excellenz ein Hinüberschieben des Korps auf das rechte Elbufer wünschen, so könnte dies (im Falle der Feind noch nicht vorgedrungen) in 1 bis 1½ Tagen aus der jetzigen Stellung möglich sein, bis auf die Parks. Die rechtzeitige Avisirung eines solchen Wunsches würde mir also sehr erwünscht sein."

Das Antwortschreiben Benedeks aus Wien, 23. Mai,*) das von einem kurzen Resumé über seinen Kriegsplan begleitet war, brachte dem Kronprinzen die Gewißheit, daß noch geraume Zeit vergehen werde, bevor das österreichische Hauptheer in die Aktion eintreten könne. Der Entschluß, dem Gegner die Offensive zu überlassen, war als leitender Gesichtspunkt in den Ausführungen des Feldzeugmeisters vorangestellt. Auf die Kriegsbereitschaft der Nord-Armee, die sich bei Olmütz sammelte, war nach den Angaben des Generalissimus vor dem 10. Juni nicht zu rechnen; das Kommando in Böhmen hatte daher den Befehl erhalten, seine Truppen bei Josephstadt und Königgrätz zu konzentriren, „wenn die preußische Armee, von dem ihr vergönnten Zeit-

*) Das Schreiben des Kronprinzen und die Antwort Benedeks sind aus den Akten des Wiener Kriegsarchivs veröffentlicht bei H. Friedjung, Der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland, Zweite Auflage, Stuttgart 1898, II, S. 593.

vorsprung Gebrauch machend, zum Angriff schreitet, sei es direkt nach Böhmen, oder aber nach vorausgegangenem Einfall in das Königreich Sachsen". Welche von diesen beiden Alternativen auch eintrat, immer mußte Benedek die Aufrechterhaltung der von dem Kronprinzen getroffenen Anordnungen wünschen, weil sie die Verbindung der Sachsen mit dem böhmischen Korps auf dem kürzesten Wege ermöglichten.

Die Aufmerksamkeit des Kronprinzen blieb unter diesen Umständen während der nächsten Wochen hauptsächlich auf die Sicherung der Flanken des Heerlagers um Dresden gerichtet. Infolge der Nachrichten über größere Truppenansammlungen längs der sächsisch-lausitzischen Grenze wurde am 22. Mai die Aufstellung des mobilen Korps in der Weise verändert, daß 3 Schwadronen des Garde-Reiter-Regiments von der Reserve zum Gros übertraten, um der Beobachtung des rechten Elbufers in der Richtung auf Radeburg und darüber hinaus eine weitere Ausdehnung zu geben, während auf dem linken Elbufer, das einstweilen weniger gefährdet erschien, die Avantgarde hinter die Triebisch zurückging und den Terrainabschnitt zwischen diesem Fluß und dem Schoonergrund besetzte. Fast täglich fanden zur Vorbereitung für den Felddienst Manöver der verschiedenen Waffengattungen statt, bei denen der Kronprinz häufig zugegen war. An derselben Stelle, an welcher er vor länger als einem Vierteljahrhundert seine militärischen Uebungen in der Front der Kadetten begonnen hatte, auf dem Exerzirplatz am Heller,*) formirte sich am 26. Mai unter seinem Kommando das Gros der Armee, über 9000 Mann mit 36 Geschützen und 58 Fuhrwerken, zur Truppenschau vor dem König; Prinz Georg führte

*) Vergl. I, S. 93.

die 1. Kavallerie-Brigade. Nach beendeter Revue hielt der König vor den geschlossenen Reihen der Mannschaften eine Anrede an die Offiziere, die sich im Kreise um ihn versammelten. Seine Friedensliebe, sagte er, sei Allen bekannt; aber wenn Pflicht und Ehre es erheischten, scheue er nicht den Kampf, in fester Zuversicht auf die Treue seines Heeres. Offiziere und Soldaten antworteten mit einem stürmischen Hoch auf den obersten Kriegsherrn. In ähnlicher Weise verlief am 29. die Besichtigung der Avantgarde durch den König auf einem Brachfelde in der Nähe von Wilsdruff; im ersten Treffen standen die Truppen, im zweiten dicht aneinander gereiht die Proviantwagen der Bataillone, Regimenter und Brigaden, Alles in bester Verfassung. Um in ernster Stunde die Beziehungen zwischen der bewaffneten Macht und dem Königshause noch enger zu knüpfen, wurde dem jüngsten Albertiner, Prinzen Friedrich August, die 2. Infanterie-Brigade verliehen; der König selbst übergab mit bewegten Worten den Eltern seines Enkels das Patent.

Am 28. Mai meldeten die Vorposten der Avantgarde den Aufmarsch des VIII. Armeekorps und der 14. Division in der Provinz Sachsen in der Gegend von Zeitz, Halle und weiter östlich gegen das linke Elbufer hin. Der Kronprinz ergriff sofort die entsprechenden Maßregeln; unter Zurücklassung eines Bataillons, das in Meißen verblieb, räumte die Avantgarde am 30. Mai ihre Kantonnements links der Elbe und rückte auf das rechte Ufer hinüber in eine Stellung an der Röder-Linie von Großenhain bis Radeburg, mit dem Stabsquartier in Moritzburg.

Die Spannung, mit der man den weiteren Ereignissen folgte, war um so größer, als der Ausgang der politischen Verhandlungen sich noch immer nach keiner Seite hin übersehen ließ. Am 28. Mai erging an die Kabinette von Wien, Berlin, Florenz und

an den Bundestag die offizielle Einladung zu einem Kongreß, über dessen Einberufung England, Frankreich und Rußland sich verständigt hatten. Wie die sächsische Regierung sich zu dem Vorschlag der neutralen Mächte stellte, zeigt eine telegraphische Depesche Beusts vom 22. Mai an den Gesandten, Geheimen Rath v. Könneritz: „Hoffentlich lehnt man in Wien den Kongreß nicht ab; es wäre ein großer Fehler.“

Die Entscheidung Oesterreichs war noch nicht erfolgt, als sich in Dresden der letzte Akt einer Separatverhandlung abspielte, die seit Ende April zwischen Berlin und Wien im Gange war. Der erste Antrieb zu diesem in neueren Darstellungen mehrfach besprochenen Friedensversuch war von dem Freiherrn Anton v. Gablenz, dem Bruder des österreichischen Feldmarschall-Lieutenants, ausgegangen. Einer sächsischen Militärfamilie entstammend, bis zu seiner Uebersiedelung nach Preußen im Jahre 1850 Direktor der sächsisch-schlesischen Eisenbahngesellschaft in Dresden, hatte Gablenz, wie früher erwähnt,*) dem Prinzen Albert die ersten Nachrichten von dem Maiaufstande nach Holstein überbracht. Gablenz hielt eine Einigung der deutschen Großmächte für möglich, wenn Preußen auf die Einverleibung Schleswig-Holsteins verzichtete und wenn für die Gestaltung der Bundesverhältnisse eine den Interessen der beiden Vormächte entsprechende Form gefunden würde. Graf Mensdorff, dem er sich zuerst anvertraute, hatte die Einleitung einer Unterhandlung auf der angedeuteten Basis nicht gerade abgelehnt. Bei den Besprechungen mit Bismarck, in der Zeit vom 13. bis 20. Mai, erfuhr dann das Friedensprogramm mancherlei Veränderungen, die eine überwiegend preußische Farbung nicht verleugnen konnten. Preußen

*) Vgl. I. S. 245.

igte in die Vereinigung der Elbherzogthümer zu einem selb-
ıdigen Staat, aber es verlangte als Souverän ein Mitglied
Hohenzollernschen Königshauses, den Prinzen Albrecht-Sohn:
ßerdem wahrte es sich den Besitz des Kieler Hafens und einiger
derer strategischer Stützpunkte. Oesterreich sollte mit einer
ntschädigung für die Kriegskosten abgefunden werden. Als
rundlage der Bundesreform wurde in Bezug auf die Kriegs-
erfassung eine Theilung Deutschlands vorgeschlagen: Süddeutsch-
and in Krieg und Frieden unter österreichischem, Norddeutschland
unter preußischem Oberbefehl.

Als Gablenz mit dem neuen Vertragsentwurf nach Wien zurückkehrte, konnte er sich alsbald von dem inzwischen eingetretenen Wechsel der Stimmungen überzeugen. In allen Theilen der österreichischen Monarchie gab sich eine leidenschaftliche Erregung gegen Preußen kund, und in den Regierungskreisen herrschte die Ansicht vor, daß ein siegreicher Erfolg der Waffen das einzige Mittel sei, um die inneren Gegensätze zu überwinden, die sich aus dem fortdauernden Streit der Nationalitäten in der Verfassungsfrage ergaben. Die letzten militärischen Entscheidungen wurden getroffen: am 26. Mai verlegte Benedek sein Hauptquartier von Wien nach Olmütz. Auch in den Augen des Grafen Mensdorff hatte der „unterirdische Friedensversuch“, wie sein Ausdruck lautete, jetzt jede Bedeutung verloren: zu Gablenz sagte er, es sei unmöglich, zu einer Vereinbarung die Hand zu bieten, durch welche Oesterreich seine Beziehungen zu den Bundesmächten preisgeben würde.*)

*) Der erste Bericht über den Gablenzschen Friedensversuch stammt von R. v. Friesen, II, S. 159 ff., dem außer den Akten des Auswärtigen Ministeriums mündliche Mittheilungen Bismarcks vom 18. Februar 1869 zu Gebote standen. Später haben denselben Gegenstand behandelt H. v. Sybel, IV, S. 375 ff., und Friedjung, I, S. 283, II, S. 519, der ebenfalls auf eine Unterredung mit Bismarck, vom 13. Juni 1890, Bezug nimmt.

Statt sich mit diesem Bescheide zu begnügen, eilte Gablenz nach Dresden und erschien am 31. Mai bei Beust, zu großer Verwunderung des Ministers, der ihn, nicht mit Unrecht, als seinen langjährigen politischen Gegner betrachtete. Unter Vorlegung des Vertragsentwurfes berichtete er von dem Hergang seiner Mission. Die Quintessenz seiner Darstellung war, daß trotz der Absage, die er erhalten hatte, eine Sinnesänderung der Wiener Hofburg zu erwarten sei, wenn Sachsen die weitere Vermittelung übernähme. Beust hatte allen Grund, an der Richtigkeit der subjektiven Auffassung Gablenz's zu zweifeln: er kannte den Entschluß Oesterreichs, in der am nächsten Tage, 1. Juni, in Frankfurt zu übergebenden Erklärung, die schleswig-holsteinsche Angelegenheit, die Verfassungsreform, überhaupt den ganzen Streit mit Preußen der Entscheidung des Bundestages zu unterbreiten. Und eben dies war es, wie wir wissen, was der sächsischen Politik von Anfang an als Ziel vorgeschwebt hatte. Nachdem Beust den Entwurf gelesen hatte, gab er das „Opus" dem Freiherrn v. Gablenz zurück mit den Worten: wenn ein solches Abkommen bereits zu Stande gekommen wäre, würde die Rücksicht auf Erhaltung des Friedens Schweigen gebieten; da dies aber nicht der Fall sei, könne er sich zu einer Befürwortung nicht verstehen.*)

Nachdem Oesterreich am 1. Juni den erwähnten Antrag an den Bund gestellt und, ohne die Beschlüsse desselben abzuwarten, den Statthalter in Holstein angewiesen hatte, die Ständeversammlung des Landes einzuberufen, traf am folgenden Tage der Großherzog Friedrich von Baden zu einem letzten Friedensversuch in Pillnitz ein; den Abend verbrachte er bei seinem Jugendfreunde, dem Kronprinzen, in dem Landhaus zu Strehlen. In seiner zu

*) Bericht Beusts vom 1. Juni im Hauptstaatsarchiv.

allen Zeiten bewährten nationalen Gesinnung hatte der Großherzog sich aus eigenem Antriebe zu dieser Mission entschlossen, wenn auch der Zweck seines Besuches am sächsischen Hofe für das Berliner Kabinet kein Geheimniß war.*) Die Meinung des Großherzogs ging dahin, daß der Bundestag sich der Vermittelung in dem Streit über die Herzogthümer unterziehen, gleichzeitig aber, und zwar sofort, die Reform der Bundesverfassung, in die Hand nehmen müsse: in der engsten Verbindung der beiden Fragen, der schleswig-holsteinschen und der deutschen, sah er das einzige noch mögliche Mittel für einen friedlichen Ausgleich. Der König war mit diesem Vorschlag vollkommen einverstanden. Als der Großherzog dann aber vorschlug, durch Vermittelung Sachsens den Wiener Hof zur Zurücknahme des Bundesantrages vom 1. Juni zu bewegen, erwiderte der König: nachdem das Zerwürfniß der Großmächte so weit gediehen, könne er sich davon einen Erfolg nicht versprechen; dagegen würde es ihm die größte Befriedigung gewähren, wenn in der Frage der Herzogthümer sich ein Ausweg finden ließe, der dem von ihm vertretenen Rechtsstandpunkt entspreche, sei es durch eine Entscheidung am Bunde, nach Gehör der Betheiligten, sei es durch Verweisung an ein Schiedsgericht. Am Schlusse der Besprechungen, die ohne Theilnahme Beusts stattfanden, sagte der König, mit der Beseitigung des schleswig-holsteinschen Streites würde jeder Grund für ein kriegerisches Vorgehen Oesterreichs und des Bundes fortfallen.**)

*) Der italienische General Govone berichtet über ein Gespräch mit Bismarck am 2. abends, bei welchem von Seiten des Letzteren die Worte fielen: indipendentemente della mia personalità, in questo momento ancora il . . . . . è a Dresda per trattare la pace. Der Name des Großherzogs ist in dem Bericht Govones bei La Marmora, a. a. O., S. 276, ausgelassen.

**) Daß der Großherzog von Baden bis zum letzten Augenblick bemüht gewesen ist, einen Vergleich zwischen dem Prinzen von Augustenburg und dem

Zu der Zeit, in welcher der Großherzog von Baden Pillnitz verließ, am 3. Juni nachmittags, wurde in Dresden die Antwort bekannt, die Oesterreich auf die Kongreßeinladung ertheilt hatte. Das Wiener Kabinet machte seine Betheiligung bekanntlich von der Bedingung abhängig, daß jede Veränderung des gegenwärtigen Besitzstandes von der Diskussion ausgeschlossen würde. Wenn die neutralen Mächte unmittelbar nach dem Empfang der Wiener Cirkularnote vom 1. Juni die Friedenskonferenz fallen ließen, so diente die österreichische Erklärung als ostensibler Vorwand; der ungleich tiefere Grund aber lag darin, daß ganz Europa das Vertrauen auf die Erhaltung des Status quo verloren hatte.

Einen großen Einfluß auf die letzten Entschlüsse des sächsischen Kabinets übte die Haltung aus, welche die Landesvertretung angesichts der über Deutschland hereinbrechenden Katastrophe einnahm. Zur Bewilligung einer Mehrforderung von 4 650 000 Thalern für die Bereitschaft der Armee waren die Kammern zu einer außerordentlichen Tagung einberufen und am 28. Mai von dem König, in Beisein des Kronprinzen und des Prinzen Georg, eröffnet worden. Die Thronrede wies auf das Streben der Regierung hin, im Verein mit ihren Mitverbündeten, Bayern an der Spitze, auch jetzt noch für einen friedlichen Austrag zu wirken. Dazu sei es unerläßlich gewesen, Vorkehrungen zu treffen, um die sächsische Wehrkraft unversehrt dem Bunde zur Verfügung zu stellen: „denn auch der Mindermächtige“, so betonte der König mit erhobener Stimme, „würde sich entehren, wenn er unberechtigten Drohungen nicht mit männlichem Muthe entgegenträte“. Diese Stelle wurde von lang andauerndem Beifall

König Wilhelm auf Grund der preußischen Forderungen vom Februar 1865 zu Stande zu bringen, geht hervor aus den Mittheilungen bei Jansen und Samwer, Schleswig-Holsteins Befreiung, S. 615 ff.

unterbrochen, der sich wiederholte, als der König mit gleichem Nachdruck seine Bereitwilligkeit zu einer Reform der Bundesverfassung verkündete.

Wie in allen Landestheilen Deutschlands, namentlich in Preußen, zahllose Adressen und Beschlüsse von Korporationen und Vereinen sich gegen den Krieg aussprachen, so hatte es auch in Sachsen während der letzten Wochen an öffentlichen Kundgebungen für die Erhaltung des Friedens nicht gefehlt: — die überwiegende Stimme des Landes aber billigte den Entschluß der Regierung, den preußischen Forderungen gegenüber die Unabhängigkeit ihrer politischen Aktion zu behaupten. Der Einfluß, den die Ereignisse der letzten Jahre auf die Entwickelung des politischen Lebens in Sachsen ausgeübt hatte, trat dabei deutlich zu Tage. In einer früheren Epoche der Reformbewegung, bei den Verhandlungen im Jahre 1862, hatte die sächsische Volksvertretung die Nothwendigkeit einer Umgestaltung der Bundesverhältnisse ausdrücklich anerkannt, gleichzeitig aber die Führerschaft Preußens verworfen und an dem großdeutschen Programm festgehalten. Als dann der Streit über die Behandlung der schleswig-holsteinschen Frage in allen Theilen Deutschlands einen leidenschaftlichen Parteikampf entflammte, waren die sächsischen Kammern in voller Uebereinstimmung mit der Regierung für die Wahrung des Bundesrechtes eingetreten. In weiterer Folge hatten die Vorgänge von Rendsburg und der bei der Entfernung der Bundestruppen aus Holstein von Preußen ausgeübte Zwang wesentlich dazu beigetragen, die Empfindlichkeit des sächsischen Sondergefühls zu verschärfen. Niemand wird in Abrede stellen: Bismarck war damals die bestgehaßte Persönlichkeit in Sachsen. Die Liberalen waren die entschiedensten Gegner seiner inneren Politik, und die Konservativen trauten ihm, zumal seit dem

Bündniß mit Italien, die Anwendung jedes revolutionären Mittels zu, um die Einigung Deutschlands mit Gewalt durchzusetzen.

Schon bei den Kommissionsberathungen über die Kreditvorlage nahmen die Ausschüsse der beiden Kammern die politische Richtung, welche die landständischen Beschlüsse von 1863 und 1864 der Regierung vorgezeichnet hatten, zum Ausgangspunkt ihrer gutachtlichen Aeußerungen. Der Bericht der Ersten Kammer erinnerte daran, daß der Landtag im November 1863 „die Ergreifung selbst der äußersten Maßregeln“ gefordert habe, als die deutschen Großmächte ihre Nichtachtung der Bundesrechte an den Tag legten. Wenn jetzt Oesterreich, so hieß es weiter, zu dem einzig korrekten Bundesstandpunkt zurückgekehrt ist und dafür von Preußen mit Krieg bedroht wird, sollte die sächsische Regierung die Hände in den Schoß legen? Die Deputation der Kammer beantwortete diese Frage, auf die zuletzt doch Alles ankam, mit dem inhaltsschweren Ausspruch: „Nimmermehr!“*) Die Zweite Kammer war in den Sympathien für Oesterreich etwas zurückhaltender; allein die Konsequenz der bundesrechtlichen Auffassung blieb nichtsdestoweniger maßgebend; sämmtliche Abgeordnete erklärten sich mit den militärischen Anordnungen der Regierung einverstanden. Der außerordentliche Aufwand für die Kriegsbereitschaft wurde zuerst von der Zweiten Kammer am 5., dann von der Ersten am 8. Juni einstimmig bewilligt.

In dem Augenblick, in welchem die sächsische Landesvertretung dieses Votum abgab, war an eine Verständigung zwischen Oesterreich und Preußen nicht mehr zu denken. Als Antwort auf die österreichische Erklärung vom 1. Juni hatte das preußische

*) Landtagsakten, Mittheilungen, Erste Kammer, S. 7.

Gouvernement in einer Note vom 3. Juni die Besetzung Holsteins angekündigt, und am 7. folgte der Drohung die That durch den Einmarsch der preußischen Truppen unter Manteuffel. Der letzte Ausweg für eine friedliche Lösung hing von dem Bundestage ab. Um kein Mittel unversucht zu lassen, das Deutschland vor dem Unheil des Bruderkampfes bewahren konnte, vereinigten sich beide Kammern zu dem Antrag auf Berufung einer aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Nationalvertretung, — und zwar in dringlichster Form; die Regierung wurde aufgefordert, alle Anstalten zu treffen, damit das deutsche Parlament schon im nächsten Monat sein Werk beginnen könne. Trotzdem aber unterließen es die Kammern, auf die Grundlagen der nationalen Reform näher einzugehen, und die persönlichen Ansichten der Redner, die diesen Gegenstand berührten, bewegten sich mehr oder minder in den Bahnen des großdeutschen Programms. Darüber kann kein Zweifel sein, daß der preußische Bundesentwurf vom 10. Juni, der die Ausschließung Oesterreichs aus Deutschland an der Spitze trug, bei der großen Mehrheit der sächsischen Bevölkerung auf den lebhaftesten Widerspruch stieß.

Was endlich die letzten Vorgänge in Frankfurt betrifft, die den unmittelbaren Anlaß zu der preußischen Kriegserklärung gaben, so hat die unparteiische Forschung doch auch hier die volle Uebereinstimmung zwischen Regierung und Landesvertretung in Sachsen zu konstatiren. Allerdings ergiebt sich aus einem Berichte Beusts*) die peinliche Verlegenheit, in die er den Kammern gegenüber gerieth, als am 8. Juni durch den kaiserlichen Ge-

*) Vergl. Vortrag Beusts vom 8. Juni in der Streitschrift gegen v. Friesen: Erinnerungen zu Erinnerungen, S. 64, 76, und die Memoiren Beusts, I. S. 435.

sandten in Dresden, Baron v. Werner, das Vorhaben Oesterreichs, zur Abwehr des Friedensbruches in Holstein die bewaffnete Hülfe des Bundes anzurufen, zu seiner Kenntniß gelangte. Der König hatte in der Thronrede ausdrücklich erklärt, daß er sich jedes einseitigen Bündnisses mit einer der streitenden Parteien enthalten werde. Die Mittheilung Werners verfolgte den Zweck, im voraus eine bindende Verpflichtung Sachsens zur Annahme des österreichischen Antrages zu erlangen, und eben dies wünschte die Regierung zu vermeiden, um nicht mit ihrer Zusage in Widerspruch zu gerathen.

Die unbefangene Prüfung des Thatbestandes ergiebt nun freilich, daß die Vorstellungen, die Beust gegen Herrn v. Werner geltend machte, sich nicht auf den sachlichen Inhalt des Mobilisirungsantrages, sondern auf die formelle Begründung desselben bezogen. Oesterreich forderte die Kriegsbereitschaft des Bundes zur Vertheidigung seines Besitzstandes in Holstein, und dieser entsprang lediglich aus der Gasteiner Konvention, die der Bund niemals anerkannt hatte. Es erschien in hohem Grade zweifelhaft, ob die Mehrheit der Bundesmächte sich dieser Motivirung anschließen würde. In seinem Bericht an den König vom 8. Juni sagt Beust: „Ich bin der Meinung, daß wir, falls Oesterreich, unseres guten Rathes ungeachtet, more consueto mit dem Antrage vorgeht, unsere sofortige Zustimmung jedenfalls nicht zusagen können, sondern darauf bestehen, daß erst in der folgenden Sitzung abgestimmt werde.“ Wenn Beust in seinen Memoiren aus diesem Bericht einen Beweis dafür geltend gemacht, daß er bis zum letzten Augenblick auf eine friedliche Lösung bedacht gewesen sei, so weiß Jeder, der die preußenfeindliche Politik des sächsischen Ministers kennt, was davon zu halten ist. Der einzige Grund, weshalb er eine vorzeitige Erklärung beanstandete,

lag darin, daß die Entscheidung, die Bayern treffen werde, für ihn am 8. Juni noch in keiner Weise zu übersehen war. Freiherr v. der Pfordten hatte die österreichische Ablehnung des Kongresses mit der Bemerkung aufgenommen: die Verstimmung, welche die Antwort des Wiener Kabinets in Paris hervorgerufen habe, mache es ihm um so mehr zur Pflicht, die Frage, ob Bayern sich an einem österreichisch-preußischen Kriege betheiligen solle, in ernste Erwägung zu ziehen.*) Die Lage der Dinge nahm jedoch eine ganz andere Gestalt an, als bei der Adreßdebatte in München am 8. und 9. die Vermittelungspolitik des Ministers eine vollständige Niederlage erlitt; selbst v. der Pfordten bezeichnete jetzt die Neutralität Bayerns als eine Unmöglichkeit. Von diesen Vorgängen unterrichtet, ertheilte Beust, mit Genehmigung des Königs, am 10. Juni dem sächsischen Gesandten in Frankfurt, Geheimen Rath v. Bose, die Vollmacht zur Unterstützung des Mobilisirungsantrages. In der Sitzung vom Montag, den 11. Juni wurde die Abstimmung auf den nächsten Donnerstag anberaumt. Ueber den Ausfall derselben herrschte in der sächsischen Ständeversammlung ebenso wenig ein Zweifel wie allerorten in Deutschland. Als am 13. Juni einer der fortschrittlichen Abgeordneten, unter Hinweis auf die am nächsten Tage bevorstehende Beschlußfassung, die unfehlbar von Preußen als Kriegsfall aufgefaßt werden würde,**) Auskunft über die dem Bundesgesandten ertheilte Instruktion verlangte, lehnte Beust eine direkte Antwort ab und beschränkte sich auf die Erklärung, daß das sächsische Votum mit dem bayerischen in Einklang stehen werde. Indem die Kammer von jeder weiteren Interpellation

*) Telegraphischer Bericht aus München vom 7. Juni. Hauptstaatsarchiv.
**) Mittheilungen, Zweite Kammer, S. 122.

Abstand nahm, gab sie ihr Einverständniß mit der Politik der Regierung zu erkennen.

Die Prinzen des Königlichen Hauses waren diesmal an den Verhandlungen des Landtages nicht betheiligt gewesen; der Kronprinz hatte schon bei dem Zusammentritt der Ersten Kammer auf die Wahl zum Vorsitzenden des Finanzausschusses verzichtet, weil seine ganze Thätigkeit durch die Geschäfte des Armeekommandos in Anspruch genommen sei. Die Zeit des Heerlagers um Dresden brachte ihm zahlreiche Beweise allseitiger Sympathie sowohl von Seiten der Bürgerschaft als von der seiner Soldaten und Offiziere. Da das absichtliche Streben nach Volksbeliebtheit seinem Wesen fern lag, hatten sich die Augen der Oeffentlichkeit noch nie in so hohem Maße auf seine Person gerichtet als in jenen Tagen. Die Residenz, die sonst, zumal während des Frühlings, den Anblick eines behaglichen und genußfrohen Lebens gewährte, trug damals eine ganz andere Physiognomie. Die Aufregung, die großen weltgeschichtlichen Ereignissen voranzugehen pflegt, hatte sich der ganzen Bevölkerung bemächtigt. Seitdem in den ersten Tagen des Juni der Ring der preußischen Heereskolonnen an der Grenze sich immer enger zusammenschloß, mußte man jeden Augenblick auf einen Ueberfall gefaßt sein. Trotzdem war die Stimmung nicht niedergedrückt. Ein kriegerischer Geist ging durch das Land; alle Welt zog hinaus zu den militärischen Schauspielen, die sich in dem Umkreis der Truppenaufstellung täglich wiederholten. Bei einer Musterung der Reserve-Division auf der alten Dresdner Vogelwiese am 6. Juni wurde der König, der von seiner Gemahlin begleitet war, mit stürmischen Ovationen begrüßt. Während der Tagung der Stände liefen aus allen Theilen der Monarchie, auch aus Leipzig, Adressen ein, die sich gegen die Neutralität

Sachsens erklärten. Die Opferwilligkeit der wohlhabenderen Klassen äußerte sich in mannigfacher Weise; bereits am 24. Mai erließ ein Damenkomitee unter dem Vorsitz der Kronprinzessin Carola einen Aufruf zur Unterstützung hülfsbedürftiger Frauen der eingezogenen Reservisten.

Da nach einer Mittheilung Benedeks in dem Schreiben vom 23. Mai*) der Kronprinz, sobald die Vereinigung der Armeen vollzogen war, auch das Oberkommando über das 1. österreichische Korps übernehmen sollte, hatte er nicht nur alle Vorkehrungen für die Sicherung seiner eigenen Truppen zu treffen, sondern auch die Bedingungen der Kriegführung in Böhmen, soweit dieselben sich nach dem muthmaßlichen Plan des Gegners im voraus berechnen ließen, ins Auge zu fassen. Die erstere Aufgabe, bei welcher dem Kronprinzen ein selbständiges Handeln gestattet war, wurde, wie der Erfolg gezeigt hat, mit größter Präzision erledigt. Den äußersten Posten der Avantgarde waren ausführliche Verhaltungsmaßregeln für den Fall eines feindlichen Einfalls vorgeschrieben; unter Vermeidung eines Kampfes mit überlegenen Streitkräften sollten sie vor allen Dingen darauf bedacht sein, so rasch wie möglich den Anschluß an das Gros zu erreichen. Seit dem 5. Juni stand ein Bahnzug in Meißen bereit, um das auf dem linken Elbufer zurückgelassene Bataillon nach Dresden zu befördern, und bereits am 9. wurden den einzelnen Truppentheilen die Marschrouten für den Uebertritt nach Böhmen bekannt gemacht. Besondere Aufmerksamkeit widmete der Kronprinz den Veranstaltungen, die dazu dienen sollten, das Vorrücken des Gegners zu verzögern, namentlich der theilweisen Zerstörung der Bahnkörper und

*) Vergl. S. 241.

Brücken. Damit dem Lande unnöthige finanzielle Opfer erspart würden, befahl er, diese Arbeiten nicht zu früh zur Ausführung zu bringen, aber auch nicht einen Augenblick zu spät. Eine weitere Maßregel, die für seine humane Gesinnung zeugt, betraf die Vorsorge für die Räumung der Militärhospitäler; das bereitwillige Entgegenkommen der Dampfschifffahrtsgesellschaft ermöglichte es, die in den Lazarethen von Dresden und Pirna befindlichen Kranken stromaufwärts in Sicherheit zu bringen, bevor die Armee den Aufbruch begann.

Die strategischen Dispositionen im weiteren Sinne dagegen wurden dadurch erschwert, daß die Bestimmung des Zeitpunktes für die Vereinigung mit der Nord-Armee nicht in der Hand des Kronprinzen lag. Durch die von den Vorposten einlaufenden Nachrichten, die ihm mit größter Schnelligkeit bei Tag und Nacht bis in die Strehlener Villa telegraphisch gemeldet wurden, war der Führer der Sachsen in den Stand gesetzt, sich ein in allen wesentlichen Momenten zutreffendes Urtheil über Bewegungen der preußischen Heeresmassen zu bilden.*) Die Konzentration der Ersten Armee in der Niederlausitz und die der Zweiten in Schlesien waren ihm bekannt. Die Erste Armee konnte zu einem direkten Angriff auf Sachsen verwendet werden, wie dies ja in der That dem Plane Moltkes entsprach, und die Zweite konnte durch eine Offensive gegen Böhmen die Nord-Armee an der Aufnahme der Sachsen verhindern. Der Kronprinz empfahl daher dem Grafen Clam Gallas, mit seinen Truppen eine Stellung einzunehmen, die geeignet war, bei dem Anmarsch des sächsischen Korps die Flanke desselben zu decken. Die Gefahr wurde in

*) Die Genauigkeit der sächsischen Meldungen wird auch bei Lettow, II, S. 67, anerkannt.

Prag und Wien richtig erkannt. Hauptsächlich mit Rücksicht auf die rechtzeitige Unterstützung Sachsens überbrachte der Kaiserliche Flügeladjutant, Oberstlieutenant v. Beck, am 5. Juni den Befehl an Benedek, das Vorgehen der Nord-Armee zu beschleunigen.*) Wenige Tage später erschien Beck in Dresden, um darzustellen, wie wünschenswerth der baldige Abmarsch der Sachsen nach Böhmen zur Verstärkung der dortigen Truppen sein würde. Zu demselben Zwecke entsandte der General Clam Gallas, der infolge der Anregung des Kronprinzen die Ermächtigung erhalten hatte, die Linie Jung-Bunzlau—Turnau zu besetzen, nochmals den Generalmajor v. Ringelsheim nach Dresden. Die Verhandlungen mit den österreichischen Offizieren fanden am 11. und 12. Juni statt.**) Die Regierung beharrte dabei, die Armee nicht eher in Bewegung zu setzen, bis die Abstimmung in Frankfurt erfolgt sein würde. Im Sinne des Kronprinzen war dies sicherlich nicht, — aber noch führte die Politik das Wort!

Die gewaltsame Lösung des gordischen Knotens, mit dem König Johann die deutsche Frage verglich,***) wurde am 14. Juni entschieden. Dem Mehrheitsbeschluß über die Mobilisirung des Bundesheeres setzte Preußen seinen Austritt aus dem Bunde entgegen. Als die Nachricht in Pillnitz eintraf, waren die Mitglieder des Landtages zu der üblichen Abschiedstafel versammelt; der Ausdruck der patriotischen Gefühle, die ihm von allen Seiten

*) Friedjung I, S. 306.

**) Zu den zahlreichen chronologischen Irrthümern, die sich in den Denkwürdigkeiten Beusts nachweisen lassen, gehört die Angabe, I, S. 428 daß Ringelsheim „in den ersten Tagen des Juni, also zwei Wochen vor Ausbruch des Krieges," in Dresden eingetroffen sei.

***) Vergl. I, S. 260.

dargebracht wurden, bestärkte den König in dem Bewußtsein des Rechtes, aus dem die Beweggründe seines Handelns entsprangen. Die am 15. Juni übergebene preußische Note stellte als Ultimatum: Bündniß mit Preußen, Rückkehr der sächsischen Armee auf den Friedensfuß, Einwilligung in die Berufung eines deutschen Parlamentes und Annahme des preußischen Bundesentwurfs. In einer Sitzung des Ministeriums wurden diese Bedingungen verworfen: nur mit der Berufung des Parlaments erklärte die Regierung, im Anschluß an das Votum der Kammern, sich einverstanden, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß die Nationalvertretung das ganze Deutschland umfaßte.

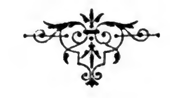
Es war ein ernster Augenblick, als der Kronprinz gegen Mittag des 15. Juni den Offizieren seines Stabes von der Ablehnung der preußischen Sommation Mittheilung machte. Wie immer die unsicheren Loose des Kampfes fallen mochten, mit voller Zuversicht durfte er auf die Hingebung und Standhaftigkeit des Heeres bauen. Im Laufe des Nachmittags, noch vor der Uebergabe der Kriegserklärung, wurden alle Vorbereitungen für den Rückzug des Armeekorps, der am 16. früh beginnen sollte, getroffen. An den Ingenieur-Oberlieutenant Portius, der mit einem Dampfschiff nach Riesa detachirt war, erging der Befehl, bei der ersten Annäherung des Feindes die Elbbrücke in Brand zu stecken. Mit großer Kaltblütigkeit wartete Portius, bis ihm die Reiterposten bei Strehla abends 10 Uhr das Erscheinen der Preußen meldeten, dann entledigte er sich des Auftrages und gelangte mit seinen Pionieren glücklich nach Meißen. Als ein Beweis für die wohlwollende Theilnahme, die der Kronprinz den Vollstreckern seiner Befehle erwies, mag angeführt werden, daß er an den Rand des Berichtes über die Zerstörung der Brücke, der den Verbleib des Offiziers und der Mannschaft nicht er-

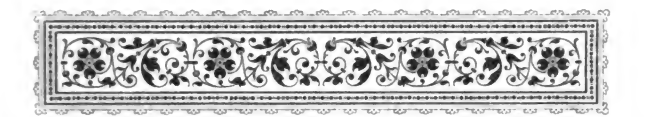
wähnte, die Bemerkung schrieb: „Was ist aus Portius und seinem Schiff geworden?“

Ungefähr um dieselbe Zeit, nach 10 Uhr abends, empfing der König im Stadtschloß zu Dresden den preußischen Gesandten, der um eine Abschiedsaudienz gebeten hatte, obwohl die Antwort der sächsischen Regierung ihm noch nicht übergeben, sondern nur dem Inhalt nach bekannt war. Der König äußerte zu Herrn v. Schulenburg, Bundespflicht und Ehre untersagten ihm die Annahme des angebotenen Bündnisses.*) Es ist derselbe Gesichtspunkt, der auch in der Proklamation des Königs vom 16. Juni „An Meine treuen Sachsen“ in den Vordergrund gestellt wird. Noch im Laufe der Nacht gelangte die Kriegserklärung in die Hände Beusts. Da die bis zum 16. morgens vorliegenden Nachrichten keinen sicheren Anhaltspunkt für das Vorrücken der Preußen ergaben, wurde den schon im Abmarsch begriffenen Truppen Stillstand geboten. Um sich selbst von der Lage der Dinge zu überzeugen, ritt der Kronprinz gegen Großenhain zu nach dem Windmühlenberge bei Boxdorf; eine Schwadron des 3. Reiter-Regiments rekognoszirte in der Richtung gegen Meißen, ohne auf den Feind zu treffen. Am Nachmittag aber zeigten sich preußische Vortruppen rechts und links von der Elbe, bei Wurzen, Löbau, Meißen. Der König verließ die Stadt und begab sich zunächst nach Giesenstein bei Berggießhübel, wo er die Ankunft seines Heeres erwartete. Am 17. früh zwischen 3 und 4 Uhr trat die Armee aus den Lagerplätzen um Dresden den Rückzug nach Böhmen an. Im Wesentlichen wurde dabei die Trennung in drei Glieder — Avantgarde, Gros, Reserve — bei-

*) Telegraphische Depesche Schulenburgs an Bismarck bei Lettow, II, S. 61.

behalten, nur daß die bisherige Avantgarde durch die Veränderung der Front jetzt die Nachhut bildete, und eine gegen Bodenbach vorgeschobene Seitenabtheilung die Deckung der Flanke auf dem äußersten linken Flügel übernahm. Der Kronprinz stellte sich an die Spitze des zwischen Gruna und Strehlen vereinigten Gros: er ging der schwersten Aufgabe seines Lebens entgegen.





Fünftes Kapitel.

Feldzug des Kronprinzen in Böhmen 1866.

Da nach dem heutigen Stande der militärwissenschaftlichen Litteratur ein nahezu erschöpfendes Material für die Beurtheilung des Antheils der Sachsen an den Kämpfen von 1866 vorliegt, so wird die folgende Darstellung sich darauf beschränken dürfen, die Hauptmomente des Feldzuges in Böhmen nur soweit ins Auge zu fassen, als die Kriegführung des Kronprinzen den Anlaß dazu darbietet.*) Die vornehmste Quelle, die dabei zu Rathe gezogen werden konnte, bilden die Berichte des Prinzen,

*) In erster Linie kommt für Sachsen in Betracht das nach den Feldakten des sächsischen Generalstabes von dem damaligen Hauptmann, jetzigen Generalleutnant z. D. Gustav v. Schubert bearbeitete Werk: „Der Antheil des sächsischen Armeekorps am Feldzuge 1866 in Oesterreich.“ Dresden 1869. Der den deutschen Krieg von 1866 behandelnde Abschnitt des v. Schimpffschen Buches „König Albert 50 Jahre Soldat“ (S. 115–160) rührt von demselben Verfasser her. Wichtige Ergänzungen bieten Friedjung aus dem Wiener Kriegsarchiv und das neueste Werk des Obersten v. Lettow-Vorbeck, Berlin 1896, 1899, das auf sehr eingehenden handschriftlichen Forschungen, namentlich auch auf genauer Kenntniß der sächsischen Kriegsakten, beruht.

die ein ebenso getreues wie anschauliches Bild seiner Erlebnisse und Eindrücke gewähren.

Die Gesammtstärke der sächsischen Armee bei ihrem Ausmarsch betrug 31 200 Mann, einschließlich der Depots von etwas über 5000. Nachdem der Kronprinz am 17. Juni auf der Straße nach Dohna das Eintreffen der Arrieregarde, die am Morgen des 17. Juni zum großen Theil noch auf dem rechten Elbufer stand, abgewartet hatte, begab er sich nach Pirna, um am 18. früh mit dem Gros, das zum Theil schon bis Berggießhübel vorgeschoben war, auf der Heeresstraße nach Teplitz in Böhmen einzurücken. Der König, der in Hellendorf übernachtet hatte, schloß sich den Truppen an. Gegen 8 Uhr erreichte man die Grenze. Ein Augenzeuge berichtet darüber: „Ergreifend und für Alle, die dabei gegenwärtig gewesen, unvergeßlich bleibt der Moment, wo Seine Majestät, nach einem kurzen, feierlichen Halt, an der Spitze seiner Truppen den vaterländischen Boden mit den Worten verließ: »Nun denn, meine Herren, mit Gott!« Die Mannschaften, obwohl in gehobener Stimmung, empfanden die Bedeutung des Augenblicks; ehe sie sich von der Heimath trennten, schmückten sie ihre Waffen mit dem Eichenlaub des sächsischen Waldes. Bald darauf erschollen von Peterswalde her die vielsprachigen Zurufe, mit denen die Vortruppen der Brigade Ringelsheim ihre Verbündeten begrüßten. Dann bewegte sich der Heereszug an den Schlachtendenkmälern auf den Nollendorfer Höhen vorbei über Kulm und Arbesau in das Thal von Teplitz hinab. In dem Schlosse des Fürsten Clary nahm der König mit dem Kronprinzen Quartier.

Die nächsten Tage brachten wichtige strategische Entscheidungen. Mit einiger Sicherheit ließ sich voraussehen, daß die Preußen, sobald die Okkupation Sachsens vollendet und die Verbindung

der Elb-Armee unter Herwarth v. Bittenfeld mit dem aus der Lausitz gegen Sachsen vorrückenden rechten Flügel der Ersten Armee unter dem Prinzen Friedrich Karl hergestellt war, sofort zur Offensive gegen Böhmen vorgehen würden. Nach Meinung des Kronprinzen mußte Nordböhmen unter allen Umständen behauptet werden; da aber die gegenwärtig in Böhmen versammelten Streitkräfte, auch nach der Vereinigung der Sachsen mit dem 1. Korps, in keinem Fall stark genug waren, um dem Gegner die Spitze zu bieten, erwartete er mit Sehnsucht die Ankunft Benedeks. Dies war auch die allgemeine Stimmung unter den sächsischen Offizieren, die gehofft hatten, die Nord-Armee bereits in Böhmen zu finden. Thatsächlich war Benedek am 16. Juni noch keineswegs zum Aufbruch nach Böhmen entschlossen, weil er den Hauptstoß des Gegners von dem linken preußischen Flügel, der Zweiten Armee unter dem Kronprinzen Friedrich Wilhelm, vermuthete. Die Anordnungen, die er getroffen hatte und deren Ausführung am 20. vollendet sein sollte, ließen es noch unbestimmt erscheinen, ob das österreichische Hauptheer der aus Oberschlesien heranrückenden Zweiten Armee von Olmütz aus entgegentreten, oder zur Abwehr eines gegen den oberen Lauf der Elbe gerichteten Angriffs der Ersten Armee bei Josephstadt Stellung nehmen werde. Trat der letztere Fall ein, so sollten nach der Ansicht des Feldzeugmeisters das 1. Korps und die Sachsen eine defensive Haltung beobachten. Am 16. Juni berichtete er nach Wien: „Die Truppen in Böhmen, dermalen unter Kommando des Generals der Kavallerie, Grafen Clam — später nach ihrer Vereinigung mit dem Königlich Sächsischen Armeekorps unter jenem Seiner Königlichen Hoheit des Kronprinzen — sind angewiesen, dem etwa verfolgenden Feinde nur den unbedingt nöthigen Widerstand ent-

gegenzusetzen und vor Allem ihre Vereinigung mit der Hauptarmee anzustreben."*)

Von diesen Dispositionen des österreichischen Oberkommandos erhielt der Kronprinz Kenntniß durch ein Schreiben des Generals Clam Gallas, das er bei seiner Ankunft in Teplitz am Nachmittag des 18. Juni vorfand. Bald darauf — der Zeitpunkt läßt sich nicht genau feststellen — traf ein Befehl Benedeks vom 17. Juni ein, aus dem hervorging, daß die Aufstellung der Nord-Armee bei Josephstadt eine beschlossene Sache sei. Nähere Bestimmungen über das 1. Korps und die Sachsen enthielt der Befehl nur insoweit, als diesen Truppentheilen vorgeschrieben wurde, wenn sie zum Rückzuge gezwungen sein sollten, die Richtung auf Miletin, westlich von Josephstadt, einzuschlagen.**) Da Benedek, wie bemerkt, vor Allem die Vereinigung des 1. Korps und der Sachsen mit der Nord-Armee wünschte, hatte der Kronprinz hierauf zunächst Bedacht zu nehmen. Clam Gallas, dessen Gros auf der Linie Jungbunzlau—Münchengrätz—Turnau stand, schlug vor, die gesammte Reiterei der sächsischen Armee nach Jungbunzlau zu dirigiren, um ihren Anschluß an das Hauptheer in Gemeinschaft mit dem 1. Korps zu bewirken, die Infanterie und die Fußartillerie dagegen von Lobositz und Theresienstadt aus mit der Bahn über Prag und Pardubitz nach Chlumetz zu befördern. Der Kronprinz gab seine Zustimmung zu dieser, wenn auch nur vorläufigen Trennung seiner Truppentheile erst, nachdem er auf Anfrage bei Clam Gallas den Bescheid erhalten hatte, daß nach den von den Vortruppen des böhmischen Korps er-

*) Vergl. das österreichische Generalstabswerk: Oesterreichische Kämpfe im Jahre 1866. Wien 1868, III, S. 13.

**) Die Ordre vom 17. Juni ist nach den Akten des sächsischen Kriegsarchivs abgedruckt bei v. Lettow, II, S. 147.

statteten Meldungen ein Vorstoß der Preußen gegen Jungbunzlau in den nächsten Tagen nicht zu erwarten sei. Außerdem hielt es der Kronprinz für nöthig, eine Depesche an das Oberkommando zu richten, in der er die beabsichtigte Aufstellung bei Chlumetz der Genehmigung Benedeks unterbreitete. Nachdem der Feldzeugmeister sein Einverständniß ausgesprochen hatte, wurden am 19. die Befehle für die Justradirung ausgefertigt, die am 20. abends beginnen sollte.

Durch Beust, der sich von Dresden aus am 17. nach Prag begeben hatte und am 19. vormittags in Teplitz erschienen war, erhielt Prinz Albert die erste Nachricht von der am 18. erfolgten Besetzung Dresdens. Nachmittags trat der König die Reise nach Prag an, begleitet von Beust und Rabenhorst, die während des ganzen Feldzuges in seinem Gefolge blieben. „Seine Majestät", schreibt Beust am 20. Juni, „ist wohl und in jeder Hinsicht bewunderswerth. Seit der Abreise von Dresden ist an ihm nicht eine Spur von Gemüthsbewegung zu bemerken gewesen. Gefaßt, ruhig, selbst heiter, — das ist die Haltung des Monarchen, und der Enthusiasmus der Truppen, sobald Seine Majestät erscheint, ist stürmisch."*) Im Hotel zum „Goldenen Engel" in Prag wurde der König von seiner Gemahlin empfangen. Der Königin Amalie war der Abschied von dem Lande unendlich schwer geworden. Nur den Bitten des Königs nachgebend, hatte sie mit der Kronprinzessin, der Prinzessin Georg und deren beiden Kindern am 16. Pillnitz verlassen. Bis Aussig wurde die Fahrt auf dem Dampfschiff zurückgelegt. Die Königin-Wittwe Marie und die damals 71jährige Prinzessin Amalie, das älteste Mitglied des Albertinischen Königshauses, waren in Dresden zurückgeblieben.

*) Beust an v. Könneritz in München; Hauptstaatsarchiv.

Um den Eisenbahntransport überwachen zu können, siedelte das Hauptquartier am 20. von Teplitz nach Lobositz über. Hier durfte der Kronprinz noch einmal seine Gemahlin begrüßen, die nachmittags aus Prag herbeigeeilt war; freilich eine ernste und feierliche Stunde, — handelte es sich doch um die letzte Begegnung vor einer voraussichtlich langen Trennungszeit. Die Königin und die fürstlichen Damen wollten am nächsten Tage mit der Prinzessin Mathilde und dem Prinzen Friedrich August ihren Aufenthalt von Prag in die königliche Villa bei Regensburg verlegen, die König Ludwig II. bereitwilligst zur Verfügung gestellt hatte. Die wenigen Stunden, welche die Prinzessin Carola in Lobositz zubrachte, gewährten ihr einen lebendigen Eindruck von dem bewegten Treiben eines großen Kriegslagers, denn die sämmtlichen Truppentheile der sächsischen Armee, auch die Kavallerie, die ihren Ritt erst am 21. beginnen sollte, kantonirten im engen Umkreis der Stadt. Die Geister waren erregt, von frohen Hoffnungen erfüllt im Hinblick auf das baldige Erscheinen der österreichischen Armee. Ein außerordentlich schwungvoller Tagesbefehl, mit welchem der Generalissimus die Sachsen in dem kaiserlichen Feldlager bewillkommnete, machte unter den Soldaten die Runde. Den besten Kommentar zu den Absichten und Stimmungen des Hauptquartiers liefert ein Rapport an Benedek vom 21. Juni, der nach dem eigenhändigen Entwurf des Kronprinzen lautete:

Lobositz, den 21. Juni 1866.

„Ew. Excellenz verfehle ich nicht gehorsamst zu melden, daß mein Korps gestern, als den 20., abends 6 Uhr, seine Einwaggonirung begonnen hat; den 23., früh ½8 Uhr, wird der letzte Zug abgelassen werden, so daß das Korps den 23., abends, in der gewollten Konzentrirung Chlumetz—Bogdanetz

vereinigt sein wird. Sollte keine schnellere Bewegung nöthig sein, so wollte ich den 24. und 25. rasten, hauptsächlich, um die definitive Ordnung meiner Verpflegung zu bewirken.

Die Reiter-Division marschirt direkt nach Jungbunzlau, wo sie den 24. eintrifft. Ich erlaube mir anzufragen, ob die früher von Ew. Excellenz geäußerte Absicht, mir das k. k. 1. Korps zu untergeben, noch feststeht, oder ob ich mit meinem Korps eine andere Bestimmung zu erwarten habe. Mit Freuden würde ich mich einem der so viel erfahrenen k. k. Generale unterordnen.

Im ersteren Falle bitte ich um Weisung:

1. Von welchem Tage an mein Kommando beginnt?
2. Welche Absicht Ew. Excellenz mit den mir dann unterstehenden Truppen haben und zwar:
   a) Wo ich dieselben vereinigen soll, zwischen Jungbunzlau und Miletin oder vorwärts zwischen Turnau und Münchengrätz?
   b) Ob ich mich als linke Flanke der Armee oder als deren Avantgarde zu betrachten habe?

Aus allen meinen bisherigen Nachrichten und Beobachtungen scheint mir hervorzugehen, daß die preußische Armee nicht beabsichtigt, die Offensive in Böhmen zu ergreifen, sondern unsern Angriff hinter den Defileen des Lausitzer Gebirges erwarten wird. Eine verschanzte Stellung bei Bautzen scheint darauf hinzudeuten.

Schließlich kann ich versichern, daß die sächsischen Truppen darauf brennen, an den Feind geführt zu werden und ihr Vaterland aus dessen Händen zu befreien.

Albert, Kronprinz, General d.(er) Infanterie."*)

*) Nach dem Original im Kriegsarchiv, Geheime Operationskanzlei. Ein Auszug aus dem Bericht des Kronprinzen findet sich in dem Generalstabswerk von Schubert S. 51 und bei Lettow, II, S. 77.

Der Bericht des Kronprinzen war kaum abgegangen, als sich herausstellte, daß der Bahntransport auf unüberwindliche Schwierigkeiten stieß. Die beschränkten Raumverhältnisse auf den Stationen von Lobositz und Bauschowitz (Theresienstadt) sowie die mangelhaften Einrichtungen für die Ueberführung des schweren Materials machten es unmöglich, die festgesetzten Abfahrtszeiten innezuhalten. Der Kronprinz stand bereits im Begriff, den Abbruch der Instradirung zu befehlen, als ihm am 22. früh, wenige Minuten nach Mitternacht, eine Depesche des Grafen Clam übergeben wurde, in der es hieß: „Kommando der Nord-Armee befiehlt: das Königlich Sächsische Truppenkorps und 1. Korps die Stellungen von Jungbunzlau—Münchengrätz beziehen. Bitte um Ermächtigung, die Bataillone und Batterien, die Prag noch nicht passirt, auf kürzestem Wege dahin zu instradiren. Bitte dringend, selbst herzukommen und Auskunft telegraphisch bekannt zu geben. — Abgang der Truppen in Lobositz sistiren." Einstweilen fehlte es dem Kronprinzen an jeder Kenntniß des inneren Zusammenhanges, aus dem der plötzliche Wechsel der Dispositionen Benedeks zu erklären war. Am 20. abends in Olmütz aufgegeben, bedurfte die Weisung des Feldzeugmeisters länger als 24 Stunden, bevor sie auf dem Umweg über Prag das Hauptquartier in Lobositz erreichte, und auch dann noch blieb ihr vollständiger Wortlaut dem Führer der Sachsen unbekannt. Mit Recht hebt das sächsische Generalstabswerk hervor, daß der am 20. abends begonnene Eisenbahntransport unterblieben sein würde, wenn der Befehl zur Aufstellung bei Jungbunzlau—Münchengrätz dem Armeekommando in Lobositz auf direktem Wege zugefertigt worden wäre.*)

*) Vergl. Antheil des sächsischen Armeekorps 2c. S. 54. Uebereinstimmend lauten die Urtheile Friedjungs, II, 20 und Lettows, II, 78.

Wiederum bewährte sich die Raschheit der Entschließungen des Kronprinzen: schon um 2 Uhr morgens, also nach kaum zwei Stunden, hatte in seinem Auftrage der Chef des Stabes, Generalmajor v. Fabrice, die Verfügungen für den Abmarsch der einzelnen Abtheilungen in die Stellung an der Iser entworfen. Nach der am 21. Juni veränderten Ordre de Bataille, durch welche die Arrieregarde-Division aufgelöst worden war, bestand das sächsische Korps jetzt aus der 1. Infanterie-Division unter Generallieutenant v. Schimpff (10 Bataillone, 2 Fuß-Batterien), der 2. Infanterie-Division unter Generallieutenant v. Stieglitz (10 Bataillone, 2 Fuß-Batterien, 1 Pionier-Detachement), der Reiter-Division unter Generallieutenant Freiherrn v. Fritsch (16 Schwadronen, 2 reitende Batterien) und der Reserve-Artillerie unter Oberst Köhler (4 Fuß-Batterien, 2 Munitionskolonnen).*) Für den Augenblick ließ sich jedoch die Geschlossenheit dieser Verbände nicht in vollem Umfange aufrecht halten, weil von der 1. Division mit dem Stabe sechs Bataillone und die Artillerie, von der 2. die Bataillone 13 und 14 in Prelantsch, der Station für Chlumetz, debarkirt waren, während der Rest der 1. Division, die Hauptmasse der 2. und die Reiter-Division noch zwischen Lobositz und Theresienstadt standen. Die durch den theilweisen Bahntransport eingetretene Distanzirung der Truppen erschwerte die Befehlsausgabe; der Division Schimpff wurde, da der gegenwärtige Standort der einzelnen Bataillone nicht bekannt war, nur die Direktive gegeben, am 25. in Jungbunzlau einzutreffen; die Bestimmung der Marschrichtungen blieb dem Divisionär überlassen.

Nachdem diese Dinge geordnet, eilte der Kronprinz nach Prag zu der von Clam Gallas gewünschten Besprechung. Vor

*) Generalstabswerk S. 48, 56 ff.

Allem lag ihm daran, sich mit dem Führer des 1. Korps über die Vertheilung der beiderseitigen Streitkräfte an der Iser-Linie zu verständigen. Nicht minder dringend war es, die Frage der Verpflegung einer gründlichen Erörterung zu unterziehen, zumal sich auf diesem Gebiet mancherlei Stockungen herausstellten. Die Sorge für das materielle Wohl der Truppen gehörte schon damals zu den hervorragendsten Eigenschaften der Heeresführung des Kronprinzen Albert von Sachsen. In einem Tagesbefehle vom 20. Juni lenkt er die besondere Aufmerksamkeit der Armeebehörden „auf die Wichtigkeit und unbedingte Nothwendigkeit einer nicht nur guten und ausreichenden, sondern auch, soweit nur immer möglich, schleunigen Verpflegung der Truppen". Dann heißt es weiter: „Die Soldaten, von denen man außerordentliche Anstrengungen und Leistungen verlangt, haben nicht nur Anspruch, sondern auch ein Recht darauf, daß ihre Verpflegung in guter Beschaffenheit und derart geliefert werde, daß das Abkochen noch zu entsprechender Zeit stattfinden kann und nicht zu Stunden, die der Ruhe und der Erholung gebühren."

Den strategischen Vereinbarungen mit Clam Gallas lag die den thatsächlichen Verhältnissen entsprechende Annahme zu Grunde, daß das Vorrücken des Feindes gegen die Iser in den nächsten Tagen zu erwarten sei; nur über die Richtungen des Angriffs walteten noch Zweifel ob. In Wirklichkeit gestalteten sich die Verhältnisse so, daß die preußische Heeresleitung in der Voraussetzung einer Offensive der österreichischen Hauptarmee aus Mähren gegen Oberschlesien die Zweite Armee zurückgehalten hatte. Als dann die in der Ausführung begriffene Konzentration der feindlichen Streitmacht bei Jungbunzlau ersichtlich wurde, ertheilte König Wilhelm am 22. nachmittags, noch von Berlin aus, sowohl dem Prinzen Friedrich Karl, der jetzt auch den Oberbefehl über

die Elb-Armee führte, als dem Kronprinzen die Ordre, in Böhmen einzurücken und ihre Vereinigung in der Richtung von Gitschin aufzusuchen. An das Oberkommando der Ersten Armee schrieb Moltke am 22. Juni: „Da der schwächeren Zweiten Armee die schwierige Aufgabe des Debouchirens aus dem Gebirge zufällt, so wird, sobald nur erst die Verbindung mit dem Truppenkorps des Generals v. Herwarth bewirkt ist, der Ersten Armee um so mehr obliegen, durch ihr rasches Vorgehen die Krisis abzukürzen."*)

So sehr die Gedanken des sächsischen Feldherrn von den Aufgaben erfüllt waren, die ihm in Böhmen bevorstanden, so behielt er doch auch die Gesammtverhältnisse des deutschen Kampfes unablässig im Auge. Was er in dieser Beziehung während seines Aufenthaltes in Prag über die Vorgänge im Norden und Westen Deutschlands erfuhr, war wenig geeignet, günstige Aussichten zu eröffnen. Nach der am 14. Juni in Olmütz zwischen Benedek und General v. der Tann entworfenen Konvention über das militärische Zusammenwirken Oesterreichs und Bayerns, die dem sächsischen Kabinet mitgetheilt worden war, hatte man beim Abzug der Truppen aus Dresden noch die Hoffnung gehegt, daß wenigstens ein Theil der bayerischen Armee in Böhmen Verwendung finden werde. In der Bundessitzung vom 16. Juni war, unter Zustimmung Bayerns, die Dringlichkeit der Hülfsleistung für Sachsen anerkannt worden. Mit der Möglichkeit der Bundeshülfe rechnend, hatte der König für den Fall, daß es im Laufe der Ereignisse zu einer Konstituirung des 9. Bundeskorps kommen sollte, den Kronprinzen zum Befehlshaber des Korps und den Kriegsminister zum Führer der sächsischen Bundesdivision

*) Militärische Korrespondenz Moltkes, S. 234 ff.

designirt.*) Wie sehr der preußische Generalstab auf eine bayerisch-sächsische Diversion aus dem nordwestlichen Böhmen her zur Befreiung Sachsens vorbereitet war, beweisen die Arbeiten für die Befestigung Dresdens, die am 21. Juni in Angriff genommen wurden.**) Die wohlbegründete Rücksicht auf die Sicherung des eigenen Landes und das nahe liegende Interesse, die Wehrmacht des südlichen Deutschland unter ihrer Führung zu vereinigen, veranlaßte jedoch die bayerische Regierung, die Vertheidigung der Main-Linie als das eigentliche Ziel des Bundeskrieges ins Auge zu fassen: es war die letzte Lebensäußerung des Triasgedankens. Bis zum 18. Juni hatte Benedek dem Anschluß der Bayern an seine Armee entgegengesehen;***) an diesem Tage wurde die Entscheidung des Münchner Kabinets in Wien bekannt, bald darauf in Prag, wo der sächsische Gesandte am Kaiserhofe, Wirkliche Geheime Rath v. Könneritz, sich zur Meldung bei seinem Monarchen einfand. Von der Besetzung Kurhessens und Hannovers durch die Preußen unterrichtet, täuschte der Kronprinz sich nicht darüber, daß eine Aktion der Bundesarmee schwerlich noch irgend welchen Einfluß auf die politischen Gestaltungen Norddeutschlands ausüben werde.

Mit der Ueberzeugung, daß der Ausgang des Krieges einzig und allein von dem Erfolg der Operationen in Böhmen abhängig sei, traf der Prinz am 24. mittags in Jungbunzlau ein. Er fand seine Sachsen in voller Bewegung, um in die ihnen angewiesenen Stellungen einzurücken; nur die Ankunft der Infanterie-Division von Schimpff verzögerte sich bis zum 25. morgens. Noch fehlte es an einer Bestimmung über das Verhältniß des

*) Eigenhändige Verfügung des Königs im Kriegsarchiv.
**) Moltke, S. 233.
***) Oesterreichs Kämpfe, III, S. 14.

Kronprinzen zu dem 1. Korps, da das Schreiben an Benedek vom 21. Juni bei dem inzwischen erfolgten Aufbruch der Nord-Armee und des Hauptquartiers aus Olmütz den Feldzeugmeister erst am 24. in Böhmisch-Trübau erreichte. Von hier aus erging am 24. mittags 1 Uhr an den Kronprinzen eine telegraphische Ordre, welche das 1. Korps und die demselben beigegebene 1. Kavallerie-Division des Barons v. Edelsheim seinem Oberbefehl unterstellte.

Unter glücklichen Auspizien trat der Kronprinz das Oberkommando an. Am 25. konnte er den an der Iser vereinten Truppen die Botschaft von dem Siege der österreichischen Süd-Armee über die Italiener bei Custozza verkündigen. Erzherzog Albrecht erwiderte den Glückwunsch des Kronprinzen mit einem Telegramm, welches lautete: „Tausend Dank für Deine Theilnahme als alter Freund in meinem Namen sowie in jenem der Armee. Wir sind Alle stolz darauf, die treuen, braven Sachsen unter Deinem Befehle in Waffenbrüderschaft mit uns vereint zu sehen. Bitte Dich, dem 1. Korps und seinem Kommandanten, dessen ich an diesem Tage gedachte, gleichfalls meinen und der Armee Dank auszusprechen. Glückauf Euch Brüdern im Norden!"

Zur Ergänzung der Depesche Benedeks vom 24. folgte am 25. eine ausführlichere schriftliche Verfügung, nach welcher dem Kronprinzen die oberste Führung der Clam Gallasschen Truppen bis zu dem Eintreffen Benedeks verbleiben sollte. Entspann sich eine feindliche Aktion vor der Ankunft des Hauptheeres, so war der Kronprinz ermächtigt, den Befehl fortzuführen und die erforderlichen Dispositionen zu treffen. Die vollendete Aufstellung der österreichischen Heeresabtheilung zwischen Jungbunzlau und Münchengrätz hatte der Kronprinz bereits gemeldet. Am Abend des 25. entsandte er durch Kurier einen weiteren Rapport

nach Böhmisch-Trübau, in welchem er die Absicht kundgab, gegen Turnau vorzugehen, unter gleichzeitiger Aufklärung gegen Reichenberg.*)

Am 26. sollte Rasttag sein. Die sächsischen Truppen hatten in acht Tagemärschen 22 Meilen zurückgelegt, bei tropischer Hitze, großer Dürre und theilweisem Wassermangel. Es waren die ersten Vorboten der elementaren Einwirkungen, die in der Folge dem Gesundheitszustand der Heere in Böhmen verderblich werden sollten. Am 26. morgens berichtet der Kronprinz dem König: „Es deutet Alles darauf hin, daß der Feind auf Turnau mit größeren Massen sich wendet. Unter diesen Umständen wird das Kaiserlich-Königliche 1. Armeekorps an dem morgenden Tage, den 27., auf Turnau, das Königlich Sächsische Armeekorps bis nördlich Münchengrätz vorgehen, daselbst bis Brezina eine Avantgarde vorschieben, seine Hauptaufstellung jedoch von Wolschina bis auf den Podoler Berg nehmen. Ich denke, daß die Truppen früh zwischen 10 und 11 Uhr in den ihnen bezeichneten Positionen eingerückt sein werden, fähig, den Verhältnissen entsprechend, auch noch weitere Verwendung zu finden. — Zu morgen oder doch übermorgen steht wohl ein ernstliches Zusammentreffen mit den Preußen zu erwarten."

Im Laufe des Tages änderte sich das Bild. Ein sächsischer Truppentheil, die 3. Schwadron des 3. Reiter-Regiments unter Rittmeister v. Fabrice, die westlich von der Iser gegen Weißwasser und Hühnerwasser vorgesandt worden war, um Fühlung mit dem Feinde zu suchen, hatte durch einen über Habstein bis Neuschloß ausgedehnten Patrouillenritt am 25. die Anwesenheit größerer Heeresmassen in Böhmisch-Leipa und am 26. früh deren

*) Sächsisches Generalstabswerk, S. 72.

Abmarsch in der Richtung auf Zittau und Gabel erkundet. Hierauf gründete sich wohl die Annahme, daß der Angriff der Preußen erst am 27. oder 28. erfolgen werde. Bereits am Vormittag des 26. aber wurde die über den Iser-Abschnitt vorgeschobene Brigade Leiningen des 1. Korps in dem Gefecht bei Hühnerwasser von der Avantgarde der Elb-Armee zurückgedrängt. Gleichzeitig entwickelte sich aus einer Rekognoszirung der Division von Horn von der Ersten Armee über Liebenau hinaus ein Artilleriegefecht auf den Höhen zwischen Dauby und Sichrow: die Kavallerie-Division Edelsheim wurde gezwungen, nach Turnau zurückzugehen.

Inzwischen war gegen 11 Uhr vormittags dem sächsischen Oberkommando in Jungbunzlau der Befehl Benedeks zugegangen, Münchengrätz und Turnau um jeden Preis zu behaupten und Fühlung mit dem Feinde zu behalten. Diese Ordre gelangte jedoch erst nach 2 Uhr in die Hände des Kronprinzen, als er von einem Rekognoszirungsritt gegen Weißwasser zurückkehrte. In der Annahme, daß der Feldzeugmeister entschlossen sei, die ganze Kraft der Nord-Armee gegen den Angriff des Prinzen Friedrich Karl zu entfalten, schritt der Kronprinz sofort zu einer Aenderung der für den 27. erlassenen Dispositionen. Die dem sächsischen Korps bewilligte Rast wurde unterbrochen: der Kronprinz begab sich zu einer Besprechung mit Clam Gallas nach Münchengrätz. Gegen Abend wurde auch das Hauptquartier dorthin verlegt; es hatte Jungbunzlau bereits verlassen, als König Johann dort eintraf, von dem lebhaften Wunsch beseelt, Zeuge der bevorstehenden Aktion seiner Truppen zu sein.

Infolge des Gefechtes bei Sichrow war am Nachmittag Turnau von der Kavallerie-Division Edelsheim geräumt worden. Um den Befehl Benedeks auszuführen, hatte der Kronprinz im

Einverständniß mit Clam Gallas den Plan gefaßt, durch einen nächtlichen Angriff sich der verlorenen Position wieder zu bemächtigen und am nächsten Tage nordwärts über Sichrow dem aus dem Gebirge heranrückenden Gros der Ersten Armee entgegenzugehen. Zur Vorbereitung des am nächsten Tage beabsichtigten Angriffs wurde der Brigade Poschacher der Auftrag ertheilt, die Defileen auf dem rechten Ufer der Iser, namentlich die Höhe bei Swigan, zu besetzen. Diese Maßregel wurde vereitelt durch den Vorstoß der preußischen 15. Infanterie-Brigade von Bose gegen den Uebergang über die Iser bei Podol. Es kam zu einem Nachtgefecht, das bei hellem Mondschein bis gegen 1 Uhr morgens währte; trotz tapferen Widerstandes, unter Verlust von mehr als 1000 Mann, trat die österreichische Brigade den Rückzug an. Die Einnahme der Brücke bei Podol war ein schwerer Schlag für die Armee des Kronprinzen: der Ueberfall Turnaus mußte aufgegeben werden. Noch in der Nacht überbrachte der nach Münchengrätz entsandte Flügeladjutant des Königs, Major Garten, eine Meldung nach Jungbunzlau, in welcher der Prinz seinem Vater den Rath ertheilte, sich nach Unter-Bautzen zu begeben und hier den Gang der Ereignisse abzuwarten.

Die Stadt Unter-Bautzen liegt südlich von der Straße Münchengrätz—Gitschin; die Mittheilung, die der Kronprinz dem König machen ließ, deutet daher darauf hin, daß er nach den Begebenheiten des 26. und der Nacht entschlossen war, die Iser-Linie zu verlassen und sich über Gitschin der Hauptarmee zu nähern. Diese Bewegung wurde jedoch nicht sogleich ausgeführt, weil die unbestimmt gehaltenen Anweisungen des Oberkommandos noch immer die Absicht Benedeks erkennen ließen, sich gegen die Truppenmacht des Prinzen Friedrich Karl zu wenden. Nach einem um Mitternacht in Münchengrätz eingetroffenen Telegramm

des Feldzeugmeisters waren zwar die Teten der Zweiten Armee bei Nachod und Trautenau erschienen. Infolgedessen, hieß es weiter, werde der Aufmarsch der Nord=Armee beschleunigt werden. Ein Befehl zum Aufgeben der Iser=Stellung aber erfolgte nicht, vielmehr wurde das für den 27. beabsichtigte Vorgehen auf dieser Seite, das dem Generalissimus gemeldet war, dem Ermessen des Kronprinzen überlassen.*) Der Prinz, der die Nacht über in dem Schlosse des Grafen Waldstein bei Münchengrätz verweilte, depeschirte hierauf: „Infolge des Nachtgefechtes des 1. Korps und Verlustes der Brücke von Podol sehe ich von der Offensive für heute ab, und werden beide Korps die Stellung Münchengrätz besetzen.“ Das ruhige Verhalten des Gegners am 27. erweckte anfangs den Glauben, daß man es nur mit einzelnen Abtheilungen der Ersten Armee zu thun habe. Eine Aufklärung, die der Kronprinz im Laufe des Vormittags unternahm, bewies das Gegentheil; von dem Podol=Berge aus bemerkte er die Ansammlung größerer Streitkräfte vor seiner Front. Ein rascher Entschluß mußte gefaßt werden, denn die Preußen hatten von Turnau nach Gitschin einen näheren Weg als die Verbündeten von Münchengrätz. Aus eigener Initiative entschied sich der Kronprinz für den Rückzug nach Gitschin am nächsten Tage. Er durfte annehmen, daß dieser Entschluß den Intentionen Benedeks entspreche, da ihm am 27. abends ein Telegramm des Oberbefehlshabers das Eintreffen der Nord=Armee in Miletin für den 29. und in Gitschin für den 30. anzeigte.**)

Nachdem der österreichisch=sächsische Truppenkörper während des 27. in den Alarmstellungen, meist in Biwaks, verblieben

*) Sächsisches Generalstabswerk, S. 83.
**) Vergl. Schubert bei v. Schimpff a. a. O., S. 128.

war, beginnt am 28. früh der Abmarsch. Für das 1. Korps und die leichte Kavallerie-Division ist die Stadt Sobotka, 2 Meilen von Gitschin, als Tagesziel bestimmt; für die Sachsen, die sich anschließen, Brschesno und Umgegend. Alle Straßen sind angefüllt von den Wagenzügen flüchtiger Landbewohner, die aus Furcht vor dem Erscheinen der Preußen mit ihrer beweglichen Habe Haus und Herd verlassen haben. Die Beschwerden, welche die Truppen zu überstehen haben, werden gesteigert zuerst durch die Hitze, dann durch ein Unwetter; die größte Entbehrung aber erwächst ihnen aus dem Mangel an Wasser, da die Brunnen von der Bevölkerung unkluger Weise zum Theil verschüttet sind. Morgens 7 Uhr reitet der König von Ober-Bautzen den sächsischen Kolonnen in der Richtung auf Fürstenbruck entgegen; bei Wobrahetz begegnet er der Reiter-Division von Fritsch, das 3. Reiter-Regiment, ein Theil der Garde-Reiter und die reitende Batterie Zenker defiliren vor dem Landesherrn.

Der Abzug der Oesterreicher von der Iser war nicht ungestört verlaufen. Am Morgen des 28. um 7 Uhr wurde die noch auf dem westlichen Ufer des Flusses stehende Brigade des Generals Grafen Leiningen von der Avantgarde der Elb-Armee unter General v. Schöler angegriffen. Unter nicht unbedeutenden Verlusten gelang es der Brigade, die Iser zu passiren und durch Abbrennen der Brücke sich der weiteren Verfolgung an dieser Stelle zu entziehen. Gleichzeitig waren die Vortruppen der preußischen 14. Division gegen Münchengrätz im Anrücken begriffen. Den Fluß an einer seichten Stelle durchwatend, verdrängten 3 Kompagnien des Füsilier-Bataillons vom Regiment Nr. 56 ein Schützen-Detachement des österreichischen 32. Jäger-Bataillons aus dem Parke des Waldsteinschen Schlosses,*) in

*) Preußisches Generalstabswerk, S. 157.

dem der Kronprinz bis vor wenigen Stunden sein Quartier gehabt hatte. Durch das Eingreifen der 14. und 15. Division von der Ersten Armee kam es bei Münchengrätz zu einer umfangreichen Gefechtsentwickelung; vor der Uebermacht mußten die Oesterreicher zurückweichen.

Auf die Nachricht von diesen Vorgängen hatte der Kronprinz der Infanterie und der Reiter-Division des sächsischen Korps die Unterbrechung des Marsches befohlen, um die Brigade aufnehmen zu können. Der König begab sich von Wobrahetz zunächst nach Martinowitz, wo er die Freude hatte, den Prinzen Georg zu treffen. Die Begrüßung zwischen Vater und Sohn konnte nur eine kurze sein, weil die Brigade des Prinzen den Marsch fortsetzen mußte. Für die Nacht nahm der König mit dem Hauptquartier des Kronprinzen Aufenthalt in Unter-Bautzen.

In früher Morgenstunde des 29. Juni mit seinem Gefolge aufbrechend, gerieth der König sehr bald in die große Heereswanderung, die sich auf allen Wegen entfaltete. Der Kronprinz war mit der Division Stieglitz, die sich schon um 3 Uhr in Bewegung gesetzt hatte, vorangeritten. Gegen 10 Uhr vormittags erreichte der König bei Wokschitz das Lager dieses Truppentheils, der bis zum Fuße des Podhrad-Berges, etwa dreiviertel Meilen südwestlich von Gitschin, in Bereitschaft stand, um das im Centrum an der Straße nach Turnau aufgestellte 1. Korps zu unterstützen, wenn die Rückzugslinie nach Gitschin bedroht sein sollte. Das Plateau des Podhrad-Berges und die Terrasse einer Brauerei bei Wokschitz gewährten einen weiten Rundblick über das Thalgelände, in dessen Mitte Gitschin gelegen ist; auf allen Straßen und Höhen die blitzenden Uniformen und Waffen im hellen Sonnenschein eines wolkenlosen Junitages, wohl das glänzendste

militärische Bild, das sich dem Kronprinzen in seinem bisherigen Kriegsleben dargeboten hatte. Gegen Mittag begab sich der Führer der Sachsen nach Gitschin zu einer Unterredung mit Clam Gallas; auf dem Marktplatz wurde Kriegsrath gehalten. Bei der Rückkehr nach Wokschitz um 3 Uhr fand er die Lage unverändert; noch immer kein Anzeichen von der Nähe des Feindes. Die Anwesenheit des obersten Kriegsherrn in ihrer Mitte spornte die Kampfeslust seiner Landsleute; mit Ungeduld sahen sie der ersten Waffenthat entgegen.

Um 5 Uhr wurde das Vordringen der Preußen auf der Turnauer Straße bemerkbar. Bald darauf entfaltete sich ein doppelseitiger Angriff auf die ganze Linie der österreichischen Aufstellung vor Gitschin. Der Vorstoß der 3. Division, von Werder, war gegen die Straße von Münchengrätz, der der 5., von Tümpling, gegen die Straße von Turnau gerichtet. Die Aufgabe des Kronprinzen bestand darin, den Anprall der Armee des Prinzen Friedrich Karl aufzuhalten, bis die Verbindung mit der Hauptarmee vollzogen war. Der Prinz durfte hoffen, daß wenigstens die Spitzen der Nord-Armee ihn noch im Laufe des Tages erreichen würden. Ein Generalbefehl Benedeks, den er um 2 Uhr mittags in Gitschin erhalten hatte — freilich schon am 27. in Josephstadt erlassen und durch ein folgenschweres Versehen erst am 28. zwischen 5 und 6 Uhr abends abgegangen —, meldete ihm für den 29. die Entsendung des 3. Korps über Miletin nach Gitschin und die noch immer bestehende Absicht des Feldzeugmeisters, am 30. einen Angriff auf Turnau zu unternehmen.*)

Nach 6 Uhr ging die 1. Infanterie-Brigade „Kronprinz“, an ihrer Spitze Generallieutenant v. Stieglitz, und hinter ihr die

*) Sächsisches Generalstabswerk, S. 111 ff.

Leib-Brigade gegen die Höhe des Dorfes Kbelnitz vor, um die Turnauer Straße gegen einen Durchbruch zu sperren. Bis in die Nähe der Stadt Gitschin war König Johann der Division gefolgt; an der Stelle, wo die Turnauer Straße, über eine Brücke führend, in die Stadt einmündet, machte er auf einer Anhöhe Halt. Die Kriegsscene, die sich vor seinen Augen entwickelte, hat Gustav v. Schubert sehr anschaulich geschildert: „Es waren aufregende Stunden, die der greise Monarch hier zu verleben hatte. Der immer heftiger werdende Kanonendonner und Lärm der Schlacht, das Zurückströmen der Verwundeten, der hastige Verkehr, der sich durch den ununterbrochenen Ab- und Zuzug der Truppen, Fuhrwerke, Reiter aller Art hinter einer fechtenden Linie entwickelt, das Alles ging an Ohr und Auge des Königlichen Herrn in unmittelbarer Nähe vorüber."*)

Der Hauptkampf, an dem die Sachsen betheiligt waren, wogte in dem rechts von der Turnauer Straße gelegenen Dorfe Diletz und dessen Umgebungen. Die Brigade Kronprinz, in zwei Kolonnen formirt, unternahm um 3/4 7 Uhr den Sturmangriff gegen das Dorf, auf dem linken Flügel das II. und IV., auf dem rechten das I. und III. Infanterie- und das 1. Jäger-Bataillon. Aus dem Bericht des Kronprinzen über die Theilnahme seines Armeekorps an dem Treffen bei Gitschin mögen hier die wichtigsten Momente erwähnt werden. „Diletz war nur schwach und erst kurz vorher von dem Feinde besetzt worden; als die linke Flügelkolonne, das II. Bataillon, sich daher zum Bajonettangriff in Bewegung setzte, wich die feindliche Infanterie in der Richtung auf Zames dem Stoße aus und verließ das Dorf, welches auf diese Weise mit dem ersten Anlauf in dies-

*) Wissenschaftliche Beilage der „Leipziger Zeitung" vom 4. April 1888.

seitigen Besitz gelangte. Major v. Sandersleben ließ die jenseitige Lisiere sogleich von Plänklern dicht besetzen und den rückgehenden Feind lebhaft beschießen." Inzwischen war auch die rechte Kolonne, geführt von dem Brigadier Obersten v. Boxberg, an dem Ort der Bestimmung angelangt. Das 1. Jäger-Bataillon blieb rechts außerhalb des Dorfes auf einer Kirschallee, welche die Verlängerung der Dorflisiere bildete, stehen und engagirte mit der gegenüberstehenden feindlichen Infanterie ein lebhaftes Feuergefecht.

„Die sehr ausgedehnte und zerstreute Bauart des Dorfes", so fährt der Bericht fort, „und der Mangel einer zusammenhängenden Dorfumfassung erschwerte die Gefechtsleitung, Vertheidigung und Uebersicht außerordentlich. Der Feind versuchte mit starken Kräften in konzentrischem Angriff die verlorene Dorflisiere wieder zu gewinnen, weshalb auch auf Befehl des Brigadiers das IV. Infanterie-Bataillon die auf dem äußersten linken Flügel gelegene Dorfumfassung besetzen mußte. Es befanden sich somit von links her zur Vertheidigung in Dilet das ganze IV., das ganze II., drei Kompagnien des I. Bataillons, in Summa elf Kompagnien, welche mit dem immer wieder von Neuem andringenden Feinde ein anhaltendes Feuergefecht unterhielten. Hierbei wurden nicht allein durch die überlegene Feuerwirkung des Zündnadelgewehrs, sondern auch durch feindliches Granatkartätschenfeuer aus glatten Geschützen den Vertheidigern empfindliche Verluste bereitet. Die Hauptleute v. Rex, Klette und Fickelscheerer wurden getödtet, die anderen Kompagniekommandanten fast sämmtlich verwundet." Dazu kam, daß die an dem rechten Flügel bei Eisenstadt stehenden Oesterreicher die Sachsen eine Zeit lang für Preußen hielten und die Jäger im Rücken beschossen. Infolge dieses Mißverständnisses wurde einige

Tage später als Erkennungszeichen für die Truppen der verbündeten Armee das Tragen einer weißen Feldbinde am linken Oberarm angeordnet.

Auf einer Anhöhe südlich von Dilet leitete der Kronprinz persönlich das Gefecht. Es wurden umfassende Vorbereitungen getroffen, um die Vertheidigungslinie zwischen Dilet und Eisenstadt zu stützen. Die Kavallerie-Division Edelsheim nahm Stellung hinter dem sächsischen Centrum. Zur Verstärkung des österreichischen rechten Flügels bei Eisenstadt wurde die sächsische Reserve-Artillerie des Oberst Köhler herangezogen. Von dem Biwak bei Podhrad eilte sie, an dem Standort des Königs vorüber, fast immer im Trabe mit aufgesessener Mannschaft, dem Schlachtfelde zu. Die drei glatten Batterien unter Major Albrecht blieben in Reserve diesseits Gitschin, während die beiden gezogenen Batterien Heydenreich und Walther unter Major v. Watzdorf im Gefechtsbereich eintrafen.

Die Lage gestaltete sich gegen Abend im Ganzen so, daß das Durchstoßen des Centrums nicht mehr zu befürchten war. Trotzdem mußte der Kronprinz den Abbruch des Gefechtes befehlen, weil, wie es in dem Bericht heißt: „die bei Lochow stehende Brigade Ringelsheim sich Gitschin immer mehr näherte, und so der eigene Rückzug bedroht wurde, vornehmlich aber infolge des nachstehenden Befehls des österreichischen Oberkommandos der Nord-Armee, welcher dem sächsischen Korpskommandanten etwa ¼8 Uhr zuging:

„Hauptquartier Josephstadt, 29. Juni.

Ich sehe mich genöthigt, meine Bewegung gegen die Iser heute zu sistiren; die Armee wird im Laufe des heutigen Tages die in der Beilage ersichtliche Aufstellung nehmen. Euere Königliche Hoheit wollen Ihre zur Vereinigung mit dem Gros

der Armee begonnene Bewegung danach einrichten und fortsetzen, bis die Vereinigung erfolgt ist, jedoch größeren Gefechten ausweichen.

Benedek,
F. Z. M."

Auf dem verspäteten Eintreffen dieser morgens 1 Uhr ausgefertigten Ordre beruht auch nach der österreichischen Darstellung*) das Verhängniß des Tages von Gitschin. Würde sie, was sehr wohl zu ermöglichen gewesen wäre, gegen Mittag dem sächsischen Kommando zugegangen sein, so hätte der Kronprinz nicht einen Augenblick gezögert, unter Vermeidung des Gefechtes mit seiner Armeeabtheilung die Richtung auf das Hauptheer gegen Miletin einzuschlagen. Bis 7¼ hatte der Kronprinz beabsichtigt, die einzelnen Truppentheile in den augenblicklich von ihnen besetzten Stellungen stehen zu lassen; weitere Befehle sollten abends in dem Bureau des Stabes, das im Gasthof „Zur Stadt Hamburg" in Gitschin untergebracht war, in Empfang genommen werden; unter den veränderten Verhältnissen blieb nichts anderes übrig, als so rasch wie möglich den Rückzug einzuleiten. Alle Anordnungen mußten geändert werden. Nur mit der größten Anstrengung vermochte sich die Brigade Kronprinz vor einem verstärkten Angriff der Division Tümpling aus Dilet herauszuziehen. Oberst Boxberg erlitt eine Zerschmetterung des Oberschenkels und erlag später seinen Wunden. Viele Offiziere, darunter der Führer des II. Bataillons, Major v. Sandersleben, und der Brigade-Adjutant v. Minckwitz wurden schwer verwundet.**) Daß in Gitschin eine gewaltige Stauung

*) Oesterreichs Kämpfe, III, S. 198.
**) Die Namen der Gefallenen giebt das Generalstabswerk S. 131.

von Truppenmassen und Fuhrwerken eintrat, ließ sich um so weniger vermeiden, als gegen 9 Uhr auch die Brigade Ringelsheim in die Stadt zurückdrängte. Sie hatte, unterstützt von drei Schwadronen des sächsischen 3. Reiter-Regiments, der Division Werder tapferen Widerstand geleistet, bis sie durch eine Umgehung zum Weichen gebracht wurde. Namentlich die dritte Schwadron war bei der Vertheidigung eines Engpasses von schweren Verlusten betroffen: der Führer, Rittmeister v. Fabrice, der sich durch mehrfache kühne Aufklärungsritte an der Iser rühmlichst hervorgethan hatte, wurde durch die Brust geschossen, der Oberst des Regiments, v. Ludwiger, verwundet.

Die Aufgabe, den Rückzug zu decken und dann Gitschin vorläufig zu besetzen, fiel der noch unversehrten Leib-Brigade zu. Am Münchengrätzer Thore traf um 9 Uhr der Kronprinz mit Clam Gallas zusammen; es galt, die nächsten Maßregeln zu beschließen. Die leitenden Gesichtspunkte ergeben sich aus dem Bericht: „Eine Behauptung Gitschins war taktisch nicht mehr ausführbar, lag nach dem neuesten Befehle des Oberkommandos auch strategisch nicht mehr im Plane. Gleichwohl durfte man die durch Gitschin in südlicher Richtung führende Straße, welche zur Vereinigung mit der Nord-Armee angewiesen war, nicht preisgeben, obwohl sie in der linken Flanke bereits sehr bedenklich bedroht war. Es blieb daher nur übrig, mittelst Nachtmarsches bei dem feindlichen Flankenkorps vorüber zu marschiren, um die direkte Linie nach Königgrätz nicht zu verlieren.“

Um $\frac{1}{2}$12 Uhr war die Räumung Gitschins zum größten Theil vollendet. Schon aber näherten sich die Spitzen der preußischen 3. und 5. Division. Ohne auf feindliche Truppen zu stoßen, hatte das Füsilier-Bataillon des pommerschen Grenadier-Regiments die Umwallung besetzt. Als die Leib-Brigade unter

Oberst v. Hausen dem Befehl gemäß einrückte, wurde sie unerwarteter Weise von feindlichem Gewehrfeuer empfangen. Die sächsischen Bataillone 13 bis 16 behaupteten sich gegen einen wiederholten Angriff und konnten, ohne vom Feind verfolgt zu werden, ihren Abzug bewerkstelligen. In einem zusammenfassenden Urtheil über die Ereignisse des 29. Juni läßt der Bericht des Kronprinzen dem sächsischen Korps die wohlverdiente Anerkennung zu Theil werden. „Die in den verschiedenen Gefechten in verhältnißmäßig kurzem Zeitraum erlittenen Verluste beweisen, daß die sächsischen Truppen, welche hier nach einer langen Friedensepoche zum ersten Male ins Feuer kamen, durch Tapferkeit und treue Pflichterfüllung dem vaterländischen Namen Ehre zu machen suchten, und darf dies um so mehr rühmend erwähnt werden, als die Truppen nicht frisch, sondern durch anhaltende und beschwerliche Märsche erschöpft in den Kampf gingen. Ueberall zeigte sich der beste Geist, von den Führern herab, die in edlem Wetteifer mit Unerschrockenheit überall vorangingen, bis zu den Soldaten, die freudig und gehorsam folgten. Der Tag von Gitschin darf als ein Ehrentag für die sächsischen Truppen bezeichnet werden.“ Die Gesammteinbuße des Korps stellte sich auf 27 Offiziere und 586 Mann; am stärksten war dabei die Brigade Kronprinz betheiligt.

Soweit es sich darum gehandelt hatte, die Iser-Linie vor der Ankunft des österreichischen Hauptheeres zu gewinnen, war der Plan Moltkes geglückt; der schwierigere Theil der Aufgabe jedoch, die Vereinigung der preußischen Armeen in sich, blieb noch zu lösen. Der zweifellose Erfolg, den das 10. österreichische Korps Gablenz gegen den in die Defileen des Riesengebirges zurückgedrängten rechten Flügel der Zweiten Armee, das ostpreußische Korps Bonin, bei Trautenau am 27. Juni errang,

ließ dem österreichischen Oberkommando die Dinge in einem günstigeren Lichte erscheinen, als es den Thatsachen entsprach. Auch nach dem siegreichen Vorgehen des preußischen V. Korps unter Steinmetz gegen das 6. österreichische Korps Ramming bei Nachod am 27. glaubte Benedek noch, den auf dieser Seite sich entwickelnden Angriff mit zwei Korps aufhalten zu können. Die Führung des Kronprinzen in den Tagen vom 27. bis 29. war hauptsächlich deshalb eine überaus schwierige, weil die Lage der Dinge sich seiner eigenen Beurtheilung entzog. Um Gewißheit zu erlangen, hatte er zwar bereits am 26. seinen ehemaligen Adjutanten aus dem holsteinischen Kriege von 1849, Generalmajor Adolf Senfft v. Pilsach, in das Hauptquartier nach Josephstadt entsandt; aber ein Bericht dieses Offiziers vom 27. meldete nur den Beginn der Gefechte bei Trautenau und Nachod, nicht den Ausgang derselben. Am 28. entriß ein Sieg des Gardekorps den Oesterreichern Trautenau, und in dem Gefecht von Skalitz wurde das dem 6. zu Hülfe gesandte 8. Korps des Erzherzogs Leopold durch Steinmetz zurückgeworfen; der Vormarsch der Armee des Kronprinzen Friedrich Wilhelm gegen die Stellungen an der Elbe war nicht mehr zu hindern.

Damit trat für die Austro-Sachsen die unheilvolle Verkettung der Umstände ein, deren oben gedacht wurde. Am 28. abends hatte Benedek nach langen Schwankungen seines Feldzugsplanes die Offensive gegen die Erste Armee aufgegeben. Das 3. Armeekorps wurde durch die veränderten Dispositionen des Feldzeugmeisters am 29. bei Miletin zurückgehalten, statt gegen Gitschin vorzugehen, wo sein den ganzen Tag über sehnsüchtig erwarteter Sukkurs vielleicht hätte von großer Bedeutung werden können. „Die unter dem Oberbefehl des Kronprinzen von Sachsen stehenden Truppen“, hieß es in der Tagesordre des

Generalissimus für den 29., „müssen trachten, ihre Vereinigung mit der Hauptarmee, ohne sich mit überlegenen Kräften in hartnäckige Gefechte einzulassen, durchzuführen."*) Auch diese Ordre erhielt der Kronprinz erst am 29. abends, — zu spät, um die Anordnungen Benedeks zu befolgen.

Dem sächsischen Korps war für den 30. Juni der Marsch nach Smidar auf der Straße Gitschin—Chlumetz vorgeschrieben. Der Kronprinz, der bis ½10 Uhr abends bei Gitschin verweilt hatte, folgte dem Stabe der Division von Schimpff nach Gitschinowes, wo er Nachtquartier nahm. Auf die Nachricht von dem Abbruch des Gefechtes bei Diletz hatte der König, dem ihm ertheilten Rath entsprechend, um 8 Uhr unter Bedeckung eines Ulanenpiquets den Weg nach Miletin eingeschlagen. Hier und da begegneten ihm zersprengte Truppenabtheilungen, eine Stunde vor der Stadt traf er das Lager des 3. Korps; es wurde Mitternacht, bis er unter mancherlei niederschlagenden Eindrücken in Miletin eintraf und dem Führer des 3. Korps, Erzherzog Ernst, begegnete. Von Nachtruhe konnte in dem stark besetzten Orte keine Rede sein, und am folgenden Tage, 30. Juni, wiederholten sich auf der Fahrt von Höritz nach Königgrätz die Beschwerlichkeiten. Beust und die Beamten des Kriegsministeriums, die sich in Prag von dem Monarchen getrennt hatten und in Pardubitz seiner Befehle gewärtig waren, schwebten in großer Besorgniß, da ihnen der Aufenthalt ihres Herrn nicht bekannt und die telegraphische Verbindung mit Königgrätz unterbrochen war. Am 30. Juni abends in Pardubitz angelangt, verweilte der König hier bis zum 1. Juli nachmittags 6 Uhr. Am liebsten

*) Oesterreichs Kämpfe III, S. 192; Sächsisches Generalstabswerk, S. 146.

würde er in der Nähe seiner Truppen geblieben sein, aber er gab diesen Vorsatz auf, als ihm ein kaiserliches Handschreiben überbracht wurde, welches die Einladung nach Wien enthielt. Eine anstrengende Nachtfahrt von mehr als sechs Meilen führte den König über Chrudim nach Deutsch-Brod. „Die Straße", so erzählt Beust, „war mit Munitionswagen überfüllt, so daß wir fast unausgesetzt Schritt fahren mußten. »Wenn wir verfolgt werden, haben es die Husaren leicht«, sagte der König, — Worte, die in heiterem Tone gesprochen wurden und gleichwohl eine ernste Auffassung der Lage verriethen." Auf die Meldung des Kronprinzen, daß das sächsische Armeekorps wieder vollkommen vereinigt und trotz der Niederlage von Gitschin in bester Stimmung sei, begab sich der König am Nachmittag des 2. Juli von Deutsch-Brod nach Iglau und am 3. nach Brünn, von wo er bis Wien die Eisenbahn benutzen konnte.*)

Unter großen Schwierigkeiten, die sich aus den unvermeidlichen Kreuzungen der Märsche und den Anhäufungen der Trains nach dem eiligen Abzuge von Gitschin ergaben, erreichte das sächsische Korps am 30. Juni nachmittags die Kantonnements bei Smidar. Obwohl ein falscher Alarm die Nachtruhe, deren die Truppen dringend bedurften, störte, war die innere Ordnung vollkommen hergestellt, als am 1. Juli der Aufmarsch in die Stellungen an der Bistritz zur Verbindung mit der Hauptarmee erfolgte. Eine Truppenschau, die in Neu-Bydschow abgehalten wurde, überzeugte den Kronprinzen von der tadellosen Haltung der Armee. Mit Ruhe sah er den kommenden Ereignissen entgegen. In dem Tagesbefehl, der am 1. Juli in dem Hauptquartier Nieder-Prim erlassen wurde, sagte er seinen Soldaten:

*) G. v. Schubert, a. a. O. — Beust I, S. 446.

„Ernste, schicksalsvolle Tage haben wir jetzt miteinander verlebt: waren sie auch keine glücklichen, mit Euch bin ich zufrieden. Ihr zeigtet die altbewährte sächsische Tapferkeit gegen doppelt überlegene Ueberzahl, und was noch mehr ist, inmitten der schwierigsten Verhältnisse feste Mannszucht und geschlossene Ordnung." Der Kronprinz sprach die sichere Erwartung aus, daß die Sachsen dem kriegerischen Geist, der sie bei Gitschin beseelt hatte, treu bleiben würden, wenn sie zu neuen Thaten aufgerufen werden sollten.

Es waren die Tage, in welchen die großen Entscheidungen des deutschen Krieges unaufhaltsam hereinbrachen! Mit der Kapitulation von Langensalza am 28. Juni war der Sieg Preußens über Norddeutschland vollendet; am 1. Juli begann die Main-Armee unter Vogel v. Falckenstein ihre Offensive gegen die süddeutsche Bundes-Armee. Auf dem böhmischen Kriegsschauplatz befand sich die Zweite Armee nach der noch am 29. Juni bewirkten Einnahme von Königinhof im Besitz des linken Elbufers. Den Austro-Sachsen folgend und die Verbindung mit der Zweiten Armee in der Richtung auf Königinhof aufsuchend, war die Erste Armee am 1. Juli bis Miletin, die Elb-Armee bis Gitschinowes gelangt, von wo aus die Avantgarde am 2. Smidar erreichte.*) König Wilhelm hatte am 2. Juli sein Hauptquartier in Gitschin aufgeschlagen.

Was die Verhältnisse im österreichischen Heereslager anbetrifft, so hatte Benedek am 29., nachdem der Marsch an die Iser sistirt, sein Hauptquartier von Josephstadt nach Dubenetz verlegt und eine Frontveränderung seiner Armee vorgenommen, die darauf berechnet war, dem weiteren Vordringen des Kron-

*) Preußisches Generalstabswerk, S. 241 ff.

prinzen von Preußen Widerstand zu leisten. Daß dies nicht gelang, war das entscheidende Motiv für die Aenderung der Pläne des Feldzeugmeisters; der unglückliche Verlauf des Gefechtes von Gitschin machte sich dabei erst in zweiter Linie geltend. Zunächst wurde am 30. nachmittags der Rückzug auf Königgrätz beschlossen und in der Nacht zum 1. Juli ausgeführt. Ein längeres Verweilen in dieser Position lag nicht in der Absicht Benedeks; es ist bekannt, daß er, von tiefer Verstimmung ergriffen, am 1. Juli, vormittags 11½ Uhr, dem Kaiser telegraphisch den Rath ertheilte, um jeden Preis Frieden zu schließen.

Als der Kronprinz am 1. Juli abends in dem Hauptquartier des Oberkommandos in der Prager Vorstadt von Königgrätz im Gasthofe zur Stadt Prag erschien, war dieser tragische Zwischenfall durch die am Nachmittag eingetroffene Antwort des Kaisers, die den Friedensvorschlag in sehr bestimmter Weise ablehnte, erledigt. Der Gedanke des Rückzuges über Königgrätz hinaus bis Pardubitz und selbst bis Olmütz beherrschte auch jetzt noch den Geist Benedeks.*) Der Kronprinz theilte die pessimistische Auffassung des Feldzeugmeisters nicht; was ihn aufrecht hielt, war die kriegsmuthige Stimmung der österreichischen Generale und das Vertrauen in seine Truppen. Die vereinzelten Abtheilungen, die bei der allgemeinen Verwirrung in der Nacht zum 30. Juni auf falsche Straßen gerathen waren, standen im Begriff, sich dem Verbande des Heeres wieder anzuschließen; über die Schlagfertigkeit des sächsischen Korps konnte schon am 1. Juli ein Zweifel nicht bestehen.**)

Benedek war inzwischen zu dem Entschluß gelangt, das Gros seiner Armee einstweilen in dem Abschnitte zwischen der

*) Oesterreichs Kämpfe, III, 229.
**) Dies auch das Urtheil Lettows, II, S. 380.

Bistritz und der Elbe stehen zu lassen. An die Annahme des Kampfes in dieser Stellung dachte er zur Stunde einstweilen noch nicht. In einem Kriegsrath, den er am 2. Juli mittags abhielt und zu dem sächsischerseits General v. Fabrice nach Königgrätz entsandt war, wurden die Dispositionen zur Schlacht mit keinem Worte berührt, vielmehr beschränkten sich die Berathungen auf die Fragen der taktischen Ordnung, der Disziplin und des Unterhalts der Truppen. Da ein Nachdrängen des Feindes einstweilen nicht stattfand, hoffte der Oberbefehlshaber, daß seiner Armee einige Tage der Ruhe vergönnt sein würden.

Anders beurtheilte der Kronprinz die Lage. Nach dem Vorrücken an die Bistritz standen die Sachsen zwischen Nechanic und Neu-Prim; als äußerster linker Flügel der Aufstellung bei Königgrätz waren sie dem Angriff des Prinzen Friedrich Karl unmittelbar ausgesetzt. Infolgedessen hatte der Prinz sofort einen umfassenden Vorpostendienst angeordnet, der sich unter Leitung des Oberstlieutenant v. Craushaar vom XII. Bataillon von dem Brückenübergang bei Neu-Nechanic westlich über die Bistritz hinaus bis Alt-Nechanic und die dort einmündenden Straßen östlich von Kunčic bis Hradek erstreckte. Für den größten Theil des Korps war der 2. Juli ein Rasttag, der nach einem sechzehntägigen, nur einmal, bei Lobositz und Prelautsch, unterbrochenen Marsche für die Truppen so erwünscht wie nothwendig war. Der Feldherr der Sachsen unternahm mit seinem Stabe eine eingehende Rekognoszirung der gegebenen Terrainverhältnisse. In seiner Gesammtheit betrachtet, erschien ihm das Gelände an dem Ostrande des Bistritz-Baches mit den vorliegenden sumpfigen Niederungen und den bis zu annähernd 900 Fuß aufsteigenden Erhöhungen nicht ungünstig für die Vertheidigung, selbst gegen überlegene Streitkräfte. Einen besonders günstigen Stützpunkt für die

Behauptung der Uebergänge über die Bistritz erblickte er in dem die ganze Gegend beherrschenden Plateau von Hradek, was ihn veranlaßte, die geeigneten Stellen für die Emplacements der Geschütze persönlich zu bestimmen. Nachdem durch die vorgesandten Reiterpatrouillen die Annäherung feindlicher Heeresmassen, namentlich in der Richtung von Horic her, erkundet worden waren, machte sich der Kronprinz auf einen Zusammenstoß am folgenden Tage gefaßt. Die Gefechtsdispositionen für seine eigenen Truppen traf er bereits nachmittags; am Abend um 7½ Uhr erbat er sich schriftlich die Verhaltungsbefehle des Oberkommandos, da er für morgen einen umfassenden Angriff zu gewärtigen habe.

Im dem preußischen Heerlager glaubte man am 2. Juli noch, daß die Nord-Armee den Rückzug auf das linke Elbufer angetreten habe, und da auch auf dieser Seite nach den unausgesetzten Anstrengungen der letzten Tage das Bedürfniß der Ruhe für die Truppen sich geltend machte, so bestand ursprünglich nicht die Absicht, bereits am 3. Juli zu einer allgemeinen Offensive überzugeben. Erst nachdem im Laufe des Tages das Verbleiben der österreichischen Hauptmacht an der Bistritz festgestellt worden war, wurde in einer gegen Mitternacht zu Gitschin abgehaltenen Berathung das Vorgehen der Ersten Armee und der Elb-Armee genehmigt und der Kronprinz von Preußen aufgefordert, in diese Bewegung unterstützend einzugreifen.

Einen Gesammtüberblick über den Antheil der Sachsen an der Schlacht gewährt ein von dem Kronprinzen an den König erstatteter Bericht, der unter dem lebendigsten Eindruck der Ereignisse am 5. Juli verfaßt worden ist. Wir entnehmen demselben die folgende Schilderung:

„Nachts gegen 12 Uhr kam der Befehl des Oberkommandos, daß es willens sei, die Schlacht mit der gesammten Armee anzunehmen. Die verschiedenen Korps standen in einem weiten Bogen: Nedelist, Chlum, Langenhof, Problus, Charbusitz, das 1. und 6. Korps als allgemeine Reserve bei Wsestar und Rosnitz.

„Speziell war dem sächsischen Korps eine Stellung auf den Höhen östlich Popowitz und Tresowitz bestimmt. Da jedoch eine in frühester Morgenstunde unternommene Rekognoszirung selbige als unbrauchbar ergab, so zog ich vor, die Orte Nechanic, Lubno, Popowitz und Tresowitz und den genannten bewaldeten Höhenzug nur mit einer starken Arrieregarde zu besetzen, meine Stellung aber auf der Höhe zwischen Problus und Nieder-Prim zu wählen. Diese beiden Orte wurden zur Vertheidigung vorgerichtet, soweit dies bei der leichten Bauart, beschränkten Zeit und vorherrschenden Strohbedachung überhaupt zulässig blieb.

„Im Besonderen hatte das sächsische Korps nach rechts mit dem 10. Korps Verbindung zu halten, sollte aber seinerseits in seiner linken Flanke durch das 8. Korps, welches Ober- und Nieder-Prim besetzte, Schutz und Sicherung finden.

„Vor dem rechten Flügel und der Mitte entwickelte sich von früh 6 Uhr ab mehr und mehr eine starke Kanonade, so daß ich die Truppen in die gewählten Positionen rücken ließ.

„Gegen 8 Uhr erfolgte denn auch wirklich der erste Angriff gegen die Division von Schimpff. Die Vortruppen derselben wichen gegebener Bestimmung*) gemäß allenthalben nur langsam, und der Abzug der Division sowie der Reiterei, mit ihr die

*) Das Zurückweichen der von Truppentheilen der Division von Schimpff nur schwach besetzten Posten bei Nechanic, Kunčic und Lubno war in dem Korpsbefehl des Kronprinzen ausdrücklich vorgesehen; ebenso die Zerstörung der Bistritz-Brücken.

Batterie Zenker, in die Stellung Problus—Prim erfolgte trotz heftigen Granatfeuers in größter Ruhe und Ordnung und nach dem Wortlaute der betreffenden Meldung wie auf dem Exerzirplatze.

„Der Feind entwickelte mehrere Batterien auf den Höhen nordwestlich Hradek, und entspann sich nun ein heftiger Artilleriekampf zwischen den gezogenen beiderseitigen Batterien. Schon früher war die gezogene Batterie Heydenreich gegen Mokrowous zur Unterstützung des linken Flügels des stark bedrängten 10. Korps vorgeschoben worden; sie focht den ganzen Tag im Verein mit demselben, ging mit ihm zurück, und noch ist mir nicht bekannt, wo die Batterie zur Zeit sich befindet und was überhaupt aus derselben geworden ist.

„Die Preußen dirigirten von Nechanic aus über Hradek starke Kolonnen sichtlich in meine linke Flanke gegen Neu-Prim. Dies zu erschweren bezw. zu paralysiren, nahmen noch zwei gezogene k. k. Achtpfünder-Batterien Stellung dicht hinter Nieder-Prim, während das 8. Korps nach Neu- und Ober-Prim zwei und eine halbe Infanterie-Brigade vorschob, und ich meinerseits der Leib-Infanterie-Brigade Befehl ertheilte, zunächst das westlich von Nieder-Prim gelegene und bereits besetzte Holz wieder zu nehmen und offensiv gegen Jehlitz vorzugehen. Es war ½1 Uhr. Der Angriff ward ohne Zögern und glücklich durchgeführt und von der Batterie Hering und der 3. Schwadron des 1. Reiter-Regiments kräftig unterstützt. Bei dem weiteren Vordringen der Brigade gegen Jehlitz sendete ich ihr noch die 2. Infanterie-Brigade als Unterstützung nach.

„Die 2. Reiter-Brigade ward zu der Reiter-Division von Edelsheim entsendet, die die feindlichen Kolonnen in der Richtung von Radikowic in Flanke und Rücken nehmen sollte.

„Bis dahin schien auch auf den anderen Theilen des Schlachtfeldes Alles gut zu stehen, als nach 1 Uhr auf dem rechten Flügel der Armee, dem Kanonendonner nach zu schließen, der Erfolg ein fraglicher zu werden drohte, und auf dem linken Flügel der Armee, d. h. bei Neu- und Ober-Prim, der Angriff der Preußen gegen die daselbst befindlichen Theile des 8. Korps sich entwickelte.

„Die Entscheidung ließ nicht lange auf sich warten.

„Die Besatzung der genannten beiden Ortschaften wich und kam bald als ein großer Strom Flüchtiger auf die sächsische Stellung zu und quer durch dieselbe hindurch. Die Leib-Brigade ward zurückgerufen. Die 2. Infanterie-Brigade suchte vergeblich durch ein Entsenden einzelner Bataillone nach Neu-Prim und durch eine Aufnahmestellung dicht am Ostende von Nieder-Prim an der nach Charbusitz führenden Straße das Gefecht zum Stehen zu bringen. Sie verlor viele Leute, und auch das Auffahren von vier Reserve-Batterien gegen Neu-Prim vermochte der einmal begonnenen Flucht keinen Einhalt zu gebieten. Die Dörfer Neu-Prim und Problus, längst schon in Brand geschossen, wurden nunmehr von starken Massen angegriffen. Es galt nur diejenige Zeit zu gewinnen, um die noch vorwärts gesendeten Bataillone wieder herankommen zu lassen, dann aber den Rückzug ebenfalls anzutreten, da wir in der linken Flanke und im Rücken nunmehr arg bedroht waren.

„Die 1. Reiter-Brigade übernahm die Deckung gegen Stresetitz hin, die 1. Infanterie-Brigade diejenige des linken Flügels durch die Besetzung des zwischen Nieder-Prim und Rosnitz gelegenen Waldes.

„Die Truppen bewährten sich auch hier; die Vertheidigung von Nieder-Prim und Problus war von der 3. Infanterie-

Brigade in ausgezeichneter Weise geführt. In guter Ordnung, wenn auch mit sehr gelichteten Reihen, ging der größere Theil der Infanterie gegen Bříza zurück, auf das Kräftigste unterstützt von der Artillerie und der besonnenen, ruhigen Haltung der Reiterei. Alles floh, und Scharen ungeordneter Haufen aller Waffen überstürzten sich, um dem Bereiche des feindlichen Feuers zu entkommen und über eine der ober- und unterhalb Königgrätz geschlagenen Schiffsbrücken sich in Sicherheit zu bringen. Es war ein durchaus demoralisirender gefährlicher Augenblick."

Gegen 7 Uhr morgens, als der Vorstoß der Elb-Armee, zunächst der Brigade Schöler, gegen die äußersten Postenstellungen an der Bistritz begann, war der Kronprinz mit seinem Stabe auf die Höhe von Problus geeilt. Er ritt sein Lieblingspferd Union. Das trübe und regnerische Wetter, das den aufgeweichten Boden, namentlich in den zahlreichen Thalmulden, unwegsam gemacht hatte, hinderte in den ersten Stunden den Fernblick; im Laufe des Vormittags klärte sich der Horizont. Prinz Georg befand sich bei der Reiter-Division von Fritsch, die zur Unterstützung der Avantgarde östlich von Nechanic Stellung genommen hatte, und gerade der Truppentheil, den er befehligte, die 1. Kavallerie-Brigade, war bei den Kämpfen um die Uebergänge an der Bistritz lebhaft betheiligt. Der zur Reiter-Division entsandte Adjutant des Stabschefs, Hauptmann Ernst Graf Vitzthum v. Eckstädt, berichtet von dem Kugelregen, welchem die Reiterei ausgesetzt war.*) Nach der Einnahme der Bistritz-Dörfer Nechanic und Lubno durch die Preußen und nach dem Abbruch der Brücken hatte die 1. Infanterie-Division, gefolgt

*) Karl Fr. Graf Vitzthum v. Eckstädt, London, Gastein und Sadowa, S. 180.

von der Reiter-Division, den vorgeschriebenen Rückzug auf die Hauptstellung zum Anschluß an die Division von Stieglitz angetreten, so daß gegen 11 Uhr das ganze sächsische Korps zwischen Problus und Prim vereinigt war.

Schon seit 1/2 11 Uhr aber donnerten die preußischen Geschütze von den Höhen von Hradek; ihr Feuer reichte bis in die Nähe des Standortes, den der Kronprinz eingenommen hatte und der aus diesem Grunde gewechselt werden mußte. Wie erwähnt, hatte der Feldherr der Sachsen die Besetzung des Höhenrandes als Stützpunkt für den linken Flügel dringend empfohlen;*) von Seiten Benedeks war jedoch ein Gegenbefehl ertheilt worden. Dem Feinde diese Stellung zu entreißen und so dem Durchbruch des linken Flügels vorzubeugen, erschien als die wichtigste Aufgabe. Ein höherer österreichischer Offizier, Oberst Neuber vom Generalstab Benedeks, der zwischen 11 und 12 Uhr auf dem sächsischen Kommandoplatz eintraf, rühmt die Ruhe und Festigkeit, mit der der Kronprinz die Operationen leitete.**) Um den Gegner an weiterem Debouchiren zu hindern, wurde zunächst ein Geschützkampf eröffnet, mit dem man theilweise überraschende Wirkungen erzielte. Dann erfolgte bald nach 12 1/4 Uhr der in dem Bericht des Kronprinzen erwähnte Vorstoß der Leib-Brigade unter Oberst v. Hausen. Der Prinz hatte richtig erkannt, daß die Elb-Armee ebenfalls im Begriff stand, zur Offensive überzugehen; der Befehl dazu war um 11 1/2 Uhr der 15. Division von Canstein ertheilt worden.***) Bei dem Handgemenge, das sich an der Fasanerie zwischen Neblitz

*) Vergl. über diesen sehr bedeutsamen Umstand das sächsische Generalstabswerk S. 166 ff.

**) Bericht Neubers bei Friedjung II, S. 571.

***) Preußisches Generalstabswerk, S. 359.

und Nieder-Prim entwickelte, wurden zwei preußische Bataillone vom 33. und 40. Regiment zurückgeworfen. Gegen 1 Uhr jedoch mußte die Leib-Brigade das bisher von günstigem Erfolge begleitete Gefecht vorläufig einstellen, weil sie sich durch das Vorgehen des Feindes gegen den Wald bei Ober-Prim in ihrer linken Flanke bedroht sah; ein Bataillon vom österreichischen Infanterie-Regiment Nobili, das den Wald besetzt hatte, wurde zurückgedrängt. Dies veranlaßte den Kronprinzen, der Leib-Brigade die 2. Infanterie-Brigade unter Oberst v. Hake nachzusenden und das Kommando des 8. Korps um Unterstützung der gefährdeten Stellung bei Ober-Prim zu ersuchen. Die kritische Wendung des Kampfes entspann sich aus dem Rückstoß der österreichischen Brigade Schulz, die nach tapferem Widerstand und unter Verlust ihres Führers in aufgelöstem Zustande die sächsischen Linien durchriß. Auch die Brigade Roth vom 8. Korps vermochte nicht Stand zu halten. Zwar thaten die einzelnen Bataillone das Möglichste, um sich wieder zu sammeln, — das 11. Jäger-Bataillon z. B. ließ die Schwärme der Flüchtigen durch, schloß seine Reihen wieder und ging mit klingendem Spiel und in entwickelter Front dem vordringenden 68. Regiment entgegen,*) — aber sie vermochten nicht zu hindern, daß der Feind Ober-Prim besetzte; die Stellung bei Problus, aus dessen leicht gebauten Häusern die Flammen aufstiegen, war auf das Aeußerste bedroht.

Zu den verhängnißvollsten Momenten, die auf das Schicksal der Austro-Sachsen am Tage von Königgrätz mit einwirkten, gehört, daß der Kronprinz von den Begebenheiten bei der Haupt-

*) Sächsisches Generalstabswerk, S. 214; auch das preußische Generalstabswerk, S. 364, zollt dem Bataillon die größte Anerkennung.

armee bis gegen das Ende der Schlacht nur eine unvollständige Kunde erhielt. Die Höhe zwischen Lipa und Chlum südöstlich von Sadowa, die Benedek zum Standort gewählt hatte, entzog sich den Blicken des sächsischen Stabes. Erst aus dem Kanonendonner entnahm der Kronprinz die Annäherung der Zweiten Armee, die gegen Mittag über Horschenowetz einbrach und in der Richtung auf Chlum avancirte. Es entging dem Kronprinzen nicht, daß die Armeeabtheilungen des Prinzen Friedrich Karl, die ihm gegenüberstanden, nur das Eintreffen der Zweiten Armee abgewartet hatten, um erst jetzt ihre volle Kraft zu entfalten.

Mit standhafter Ausdauer gelang es den beiden sächsischen Brigaden, den gegen 2 Uhr ertheilten Befehl des Rückzuges auf das Plateau von Problus auszuführen. Zwischen diesem Orte und dem rechter Hand gelegenen Walde von Bor wurde in Gemeinschaft mit der 1. Infanterie-Brigade und der letzten intakten Brigade von Woeber des 8. Korps noch einmal Stellung genommen. Ein energischer Defensivkampf von 46 österreichischen und sächsischen Geschützen hinderte den durch die 14. Division (Graf Münster-Meinhövel) verstärkten Feind an der Entwickelung des Frontalangriffes. Nach dem allgemeinen Urtheil hat die Vertheidigung der von dem Kronprinzen empfohlenen Position bei Problus wesentlich dazu beigetragen, die Vorwärtsbewegung der Elb-Armee gegen das Centrum zu erschweren und zu verzögern.*)

Die Stunde der Entscheidung war gekommen. Gegen ½3 Uhr verkündete das Erscheinen der Artillerie auf der Höhe von Chlum den nahen Sieg der Zweiten Armee; das den Sachsen zunächst stehende 10. Korps (von Gablenz) zog seine Ge-

*) Oesterreichs Kämpfe, III, 325; Lettow II, 425.

schütze zurück; der rechte Flügel war erschüttert; nach der Besetzung von Ober- und Nieder-Prim stürmte der Feind mit sechs bis sieben Bataillonen gegen Problus vor; eine Umgehung des linken Flügels auf der südlichen Straße gegen Königgrätz über Radikowic machte sich fühlbar. Diese Gesammtverhältnisse erwägend, entschloß sich der Kronprinz, seine Truppen allmählich aus dem Gefecht zu ziehen, und zwar so, daß Problus durch die 3. Infanterie-Brigade und der Wald von Bor durch das I. Jäger-Bataillon möglichst lange festgehalten werden sollten, um den geordneten Abzug des Gros zu sichern. Die Brigade hielt bis gegen 3 Uhr tapfer Stand; der Kommandeur, Generalmajor v. Carlowitz, und der Führer des III. Jäger-Bataillons, Oberstlieutenant v. der Mosel, wurden tödlich verwundet. Das I. Jäger-Bataillon unter Oberstlieutenant Nehrhoff v. Holderberg setzte den Kampf bis 1/24 Uhr fort; als der Kronprinz an der Waldecke von Bor erschien, empfingen ihn die Jäger mit einem lauten Hurrah und übernahmen dann auf Befehl des Prinzen die Bedeckung des Hauptquartiers.*)

Die Stimmung, in welcher der Kronprinz sich befand, erhellt aus einem Wort, das er zu einem seiner Offiziere sagte: „Ich wollte, ich läge todt auf dem Schlachtfelde!“ Aber die Grundelemente seines Charakters, ein felsenfestes Vertrauen auf die göttliche Vorsehung und ein unerschütterliches Bewußtsein der Pflicht, halfen ihm über die Verzweiflung des Augenblicks hinweg. Seine Blicke auf die geschlossenen Reihen des Jäger-Bataillons richtend, rief er dieser treuen Gefolgschaft zu: „Ihr braven Kerls verdient, daß ich bei und unter Euch bleibe.“**)

*) Sächsisches Generalstabswerk, S. 237.

**) Nach den Berichten von Augenzeugen, bei M. Dittrich, König Albert und seine Sachsen im Felde, 1849, 1866, 1870/71. Berlin 1898, S. 39.

In der allgemeinen Betäubung und Verwirrung, die dem Schlachtgetümmel folgten, bedurfte es des Beispiels der Selbstbeherrschung, der Ermuthigung, und diese vielleicht schwierigste Aufgabe der Heeresführung erfaßte der Feldherr der Sachsen aus vollster Seele.

Die Ursachen der regellosen Flucht, mit denen der Tag endete, lagen hauptsächlich darin, daß weder eine allgemeine Rückzugsdisposition erlassen noch für eine genügende Anzahl von Uebergängen über die Elbe Vorsorge getroffen war. Das Oberkommando hatte für den Fall des Rückzuges den Uebergang über eine der Brücken nördlich von Königgrätz angeordnet: aus diesem Grunde schlug die Mehrzahl der sächsischen Truppentheile die Richtung auf die Schiffsbrücke bei Plačka oberhalb Königgrätz ein. In die Nähe der Festung angelangt, erhielt der Kronprinz dann aber eine Ordre Benedeks, die ihn anwies, bei Opatowitz, unterhalb Königgrätz, den Fluß zu überschreiten. Diesen Befehl weiter zu geben, war unmöglich, da die einzelnen Glieder des Armeekorps nach den verschiedensten Seiten hin auseinander gerissen wurden. Die sächsischen Mannschaften leisteten auch jetzt noch dem Ruf der Offiziere, die sie zum Widerstand gegen den Strom der Fliehenden aufforderten, Gehorsam, — kaum aber hatten sich größere Trupps zusammengeschlossen, so wurden sie von wild dahersprengenden Batterien und Schwadronen wieder zersprengt. Das Chaos erreichte seinen Höhepunkt in der Umgebung und im Innern von Königgrätz. Ein vor der Schlacht erlassenes Verbot, die Festung zu betreten, wurde bis gegen Abend aufrecht erhalten. Instinktmäßig gegen die Wälle getrieben, sammelten sich hier etwa 50 000 Mann und eine endlose Karawane von Geschützen, Ambulanzen, Munitions- und Proviantwagen. Die Pallisaden und Außenwerke werden erklettert, die morastigen Gräben, angefüllt

von den Kadavern der Pferde und von umgestürzten Wagen, durchwatet. Ganze Scharen versuchen, die Elbe zu durchschwimmen: für Viele zum Verderben! In einem amtlichen Bericht heißt es: es hätte nur noch der Winterlandschaft bedurft, um an die Schilderungen des Russischen Krieges von 1812 erinnert zu werden.*)

Nur mit großer Mühe war es dem Kronprinzen gelungen, gegen 7 Uhr abends den außerhalb der Festungswerke gelegenen Bahnhof von Königgrätz und von dort, rechts abschwenkend, die Straße nach Opatowitz zu erreichen. Zu seiner Begleitung hatten sich allmählich dem I. Jäger-Bataillon einzelne gesammelte Theile der 1. und 3. Infanterie-Brigade, der 2. Reiter-Brigade unter Generalmajor v. Biedermann angeschlossen. In Opatowitz angekommen, suchte man vergeblich nach der Schiffsbrücke, die sich hier befinden sollte. Obwohl die Nacht hereinbrach, entschloß sich der Kronprinz, bis Pardubitz zu reiten. Nach den körperlichen Anstrengungen und den Gemüthsbewegungen des Tages ein überaus beschwerlicher Flankenmarsch von drei Meilen, fortwährend gehemmt durch die auf die Rückzugslinie dirigirten Hauptparks der Nord-Armee.

Bis zum 4. Juli verblieb der Kronprinz im Posthause zu Pardubitz, dann wurde das Hauptquartier nach Chrast und am 5. nach Krauna, an der Straße nach Zwittau, verlegt. Diese beiden Tage vergingen unter banger Ungewißheit über den Verbleib der einzelnen Abtheilungen des sächsischen Korps. Schon im Laufe des 5. jedoch erreichte General v. Schimpff das Kommando, und auch von den Generalen v. Stieglitz und v. Fritsch

*) Hauptrelation über den Antheil des sächsischen Korps an der Schlacht bei Königgrätz, nach den Gefechtsberichten der einzelnen Truppentheile zusammengestellt, Bl. 106. Kriegsarchiv.

liefen die ersten Nachrichten ein. Am 6., in dem Lager von Polička, stieß die Reiter-Division, am 7. in Zwittau die 2. Infanterie-Division und die Artillerie zu dem Gros, so daß das Korps jetzt in all' seinen Theilen wieder vereinigt war. Der Kronprinz hatte in Bezug auf die Artillerie, die zur Deckung des Rückzuges am längsten auf dem Schlachtfelde in Thätigkeit geblieben war, schlimme Befürchtungen gehegt; um so freudiger berührte es ihn, als sich herausstellte, daß von den 58 Geschützen nur ein einziges in die Hand des Feindes gefallen war. Während der letzten Kämpfe hatte die 2. reitende Batterie Hoch in einem Hohlwege vor dem Dorfe Rosnitz, östlich von Bor, ein zerbrochenes Geschütz zurücklassen müssen. Oberlieutenant v. Wolff bemühte sich um die Herstellung desselben, aber ehe noch die Protze zum Transport herbeigeschafft werden konnte, hatten sich preußische Ulanen der Beute bemächtigt.

Es erfüllte den Kronprinzen mit Stolz, aus den Berichten der höheren Offiziere entnehmen zu dürfen, daß die Disziplin seiner Truppen sich auch während des Rückzuges bewährt hatte. Die schmerzlichen Eindrücke jener Tage konnten freilich dadurch nicht aufgewogen werden. Der Zustand der Erschöpfung, in welchem das sächsische Korps sich befand, war unverkennbar, und die schweren Verluste, die dasselbe erlitten hatte, ließen sich erst jetzt in vollem Umfange übersehen: die Gesammtziffer betrug 59 Offiziere und 1488 Mann, von denen eine verhältnißmäßig nur geringe Zahl, 87 Mann und 3 Offiziere, in Gefangenschaft gerathen waren.

Nach einer Disposition Benedeks vom 4. Juli sollte die Nord-Armee den Rückmarsch nach Olmütz in drei Kolonnen antreten, jede Kolonne unter Führung des rangältesten Generals. Der Kronprinz erhielt das Kommando über den rechten Flügel,

der aus den Sachsen und, von österreichischen Truppentheilen, aus dem 8. Korps, der 1. leichten Kavallerie-Division und den drei Reserve-Kavallerie-Divisionen zusammengesetzt war. Es zeigte sich jedoch sehr bald, daß der Plan Benedeks, die gesammte Nord-Armee in dem verschanzten Lager bei Olmütz zu reorganisiren, an höherer Stelle auf Widerspruch gestoßen war, denn bereits am 6. erging an das 10. Korps und die der sächsischen Kolonne beigegebenen Reiterabtheilungen die Ordre, in der Nähe von Wien Stellung zu nehmen.

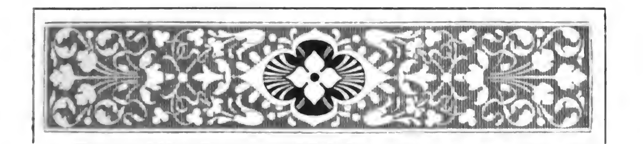
Am 7. abends ereignete sich ein Vorfall, der für die Sachsen leicht hätte verderblich werden können. Die äußerste Spitze der Zweiten Armee, ein Streifkorps der Kavallerie-Division von Hartmann, von Oberstlieutenant v. Barnekow geführt, unternahm über Leitomischl hinaus einen Vorstoß gegen Zwittau. Der Kronprinz befahl um ½6 Uhr eine Rekognoszirung auf der bisher unbesetzten Straße gegen Leitomischl durch die 1. Schwadron der Gardereiter. Die weite Entfernung, welche diese Truppe von ihrem Standort bei Vierzighuben zurückzulegen hatte, ließ dem Gegner Zeit, sich der Stadt zu nähern und gegen 8 Uhr mit zwei Geschützen, die er bei sich führte, den Kampf zu eröffnen. Zu einem entscheidenden Coup war die aus 700 Mann bestehende preußische Partei nicht stark genug, aber es gelang ihr, die außerhalb der Stadt postirten Trains des 8. Korps in Verwirrung zu bringen und das ganze Lager in Alarm zu setzen, bis unter strömendem Regen und hereinbrechender Dunkelheit der Feind vor dem Erscheinen der Gardereiter zurückwich.*)

Am 8. Juli begann der Marsch durch die Höhenthäler des Mährischen Gesenkes. Das schwierige Terrain bedingte große

*) Preußisches Generalstabswerk, S. 455; G. v. Schimpff, Geschichte des Garde-Reiter-Regiments, Dresden 1880, S. 449.

Vorsicht; alle Waldsäume waren von starken Vorposten besetzt; Regengüsse und unaufhörliche Kreuzungen mit den österreichischen Korps hinderten das Fortkommen. Am 8. Juli erreichte die sächsische Kolonne Türnau, am 9. Busau, am 10. Groß-Senitz, am 11. Olmütz, wo der Kronprinz in dem Palast des Fürst-Erzbischofs Friedrich, Landgrafen von Fürstenberg, die liebenswürdigste Aufnahme fand. Kaum in Olmütz angekommen, erhielt das sächsische Kommando von dem König den Befehl, die Vorbereitungen zu dem Eisenbahntransport nach Wien zu treffen. Ob die Beförderung der Truppen ohne Störung werde vor sich gehen können, erschien dem Feldherrn der Sachsen von Anfang an sehr zweifelhaft. Die Erste Armee und die Elb-Armee hatten nach einem am 6. Juli gefaßten Beschluß den Marsch nach Wien angetreten, während die Zweite Armee rasch gegen Olmütz vorrückte, um den Feind zu beobachten und seinen Abzug zu hindern.





Sechstes Kapitel.

Friedensschluß. Verhältniß Sachsens zum Norddeutschen Bunde.

1866 bis 1870.

Unsere Darstellung begleitete den König Johann auf seiner Kriegsfahrt bis Brünn, von wo er am 3. Juli abends 8 Uhr die Reise nach Wien fortsetzte. Beust schildert den schneidenden Kontrast, der darin lag, daß Kaiser Franz Joseph, von großem Gefolge umgeben, auf dem festlich erleuchteten und geschmückten Nordbahnhof um 1½ Uhr morgens seinen Oheim mit der Nachricht von der verlorenen Schlacht empfing.*) Ein lautloser Moment tiefer Ergriffenheit, — dann hatte der König die Fassung wiedergewonnen. Mit stoischer Ruhe ertrug der hochbejahrte Fürst das Unglück, von dem seine Armee betroffen worden, und die weiteren Prüfungen, die ihm vorbehalten waren. Der Königin Viktoria, die ihm in einem eigenhändigen Schreiben ihre Theilnahme an den Geschicken des sächsischen Landes ausgesprochen hatte, schrieb er am 7. Juli: „Meine Armee hat sich,

*) Beust, II, S. 7.

Meine beiden einzigen Söhne an der Spitze, tapfer geschlagen und ist, ebenso wie ich selbst, unentmuthigt trotz der erschütternden Verluste, welche sie erlitten. Mein Trost ist, zu wissen, daß die schweren Opfer, die wir gebracht, dem Vaterlande gebracht werden, und daß Ich mit dem reinsten Gewissen Mir sagen kann, Ich konnte, Ich durfte nicht anders handeln, wie Ich gehandelt."*)

Am Morgen des 4. Juli um 9 Uhr fand im Schlosse von Schönbrunn eine Berathung statt, an der außer dem Kaiser und dem König von Sachsen nur Graf Mensdorff, Graf Moritz Esterhazy und Beust theilnahmen.**) Der König und Beust erfuhren, daß bereits infolge der Depesche Benedeks vom 1. Juli eine Verhandlung in Paris eingeleitet worden war, die darauf hinauslief, unter Vermittelung Frankreichs durch Abtretung Venetiens bei der italienischen Regierung die Einstellung der Feindseligkeiten zu erlangen. Die Antwort des Kabinets der Tuilerien war am 4. früh in Wien bekannt: Napoleon III. hatte sich bereit erklärt, die Mediation zu übernehmen, aber nicht in der einseitigen Form, in der Oesterreich sie erstrebte, sondern gleichzeitig bei Italien und Preußen. Trotz dieses Vorbehaltes wurde in der Berathung von Schönbrunn die Cession des venetianischen Gebietes an Frankreich beschlossen.

Außerdem erhielt Graf Mensdorff den Auftrag, sich in das Lager Benedeks zu begeben. In der Hoffnung, daß es der Einwirkung Napoleons auf Viktor Emanuel gelingen werde, die Auflösung des preußisch-italienischen Bündnisses herbeizuführen, hatte man in Wien den Entschluß gefaßt, die größere Masse der

*) Nach dem Originalentwurf im Hauptstaatsarchiv.
**) Vergl. Karl Friedrich Graf Vitzthum a. a. O., S. 234.

Süd-Armee von der italienischen Grenze heranzuziehen und durch Vereinigung dieser Truppen mit einem Theil der Nord-Armee, gestützt auf die Vertheidigungsmittel der Hauptstadt, eine neue Streitmacht zu bilden. Von diesem Plane den Feldzeugmeister in Kenntniß zu setzen und die entsprechenden militärischen Maßregeln mit ihm zu verabreden, war die eigentliche Aufgabe Mensdorffs.

Bereits in der Konseilsitzung vom 4. war ferner ein unmittelbar bei Preußen zu beantragender Waffenstillstand in Erwägung gezogen worden.*) Am 5. Juli in dem Lager Benedeks in Leitomischl angekommen, fand Mensdorff die Schilderungen von dem Zustande der Armee in vollem Maße bestätigt. Das Erste, was er gemäß dem vom Kaiser ertheilten Befehl veranlaßte, war der schon erwähnte Abmarsch der vier Kavallerie-Divisionen und des Gablenzschen Korps nach Wien. Außerdem empfahl er dringend die sofortige Anknüpfung der Waffenstillstandsverhandlungen mit Preußen. Allerdings war ein Anerbieten der Waffenruhe, das Benedek aus eigenem Antriebe durch den Feldmarschall-Lieutenant Gablenz in dem preußischen Hauptquartier zu Horschitz am 4. Juli hatte stellen lassen, abgelehnt worden, — aber nach dem Eingreifen der französischen Vermittelung hatte die politische Lage sich wesentlich geändert. In Zwittau entwarf Mensdorff am 7. Juli die Instruktion,**) mit der sich Gablenz am 8. zum zweiten Male in das preußische Lager begab, diesmal nach Pardubitz.

*) Der Darstellung liegt ein ausführlicher Bericht Beusts an Falkenstein, Wien 22. Juli 1866, zu Grunde, der in Schloß Frohburg, dem ehemaligen Besitzthum des Ministers, aufbewahrt wird und mit anderen Schriftstücken aus dem Nachlaß Falkensteins von dem Enkel desselben, Amtshauptmann Krug v. Nidda, dem Verfasser zur Verfügung gestellt wurde.

**) Oesterreichs Antheil, IV. S. 4 ff.

König Wilhelm hatte inzwischen die Vermittelung Napoleons angenommen, seine Zustimmung zu einem Waffenstillstand jedoch von dem Einverständniß seines italienischen Verbündeten und von der Festsetzung der politischen Grundlagen der Friedensverhandlungen abhängig gemacht. In diesem Sinne wurde denn auch Gablenz durch eine Note Moltkes am 8. Juli beschieden. Unter allen Umständen war damit Zeit für die Fortsetzung der Feindseligkeiten gewonnen. „Am Sonntag Abend, 8. Juli,“ schreibt Beust an Falkenstein, „erschien der den Grafen Mensdorff vertretende Graf Esterhazy bei mir, machte eine trostlose Schilderung der Lage und drückte im Namen des Kaisers den dringenden Wunsch aus, daß ich sofort nach Paris gehen möchte. Der Kaiser, zu dem er mich noch in später Stunde führte, wiederholte dasselbe Verlangen. Ich entschloß mich ungern dazu, indem ich neben sehr geringen Chancen des Erfolges maßlose Verdächtigungen vorauszusehen hatte.“ Dem Begehren des Kaisers willfahrend, genehmigte König Johann die Sendung seines Ministers.

Als Mensdorff am 9. Juli aus dem Lager von Olmütz wieder in Wien eintraf, wußte man hier bereits, daß König Viktor Emanuel den von Napoleon beantragten Waffenstillstand abgelehnt hatte und die italienische Armee im Vorgehen über den Po begriffen war. Da unter diesen Umständen der größere Theil der Süd-Armee an der italienischen Grenze belassen werden mußte, rieth Erzherzog Albrecht, die gesammte Nord-Armee bei Wien zu vereinigen. Benedek hat nicht unterlassen, seine Bedenken gegen diese Maßregel geltend zu machen, und sich dabei auf das übereinstimmende Urtheil des Kronprinzen von Sachsen berufen.*) Mit dem am 11. Juli in Olmütz eingetroffenen

*) Oesterreichs Kämpfe, IV, S. 57. Vergl. Friedjung II, S. 335.

Befehl des Königs zur Ueberführung des sächsischen Korps an die Donau war die Angelegenheit für den Prinzen Albert erledigt: seine Befürchtung aber, daß der Truppentransport auf große Hindernisse stoßen werde, sollte sich nur allzubald bestätigen; durch die Zweite Armee, die eine Aufstellung bei Proßnitz, südwestlich von Olmütz, genommen hatte, wurde die rechte Flanke der noch in Olmütz versammelten Austro-Sachsen bedroht.

Ein Armeebefehl Benedeks vom 11. Juli hatte für die vier sächsischen Brigaden, die Batterien und das Pionierdetachement den Eisenbahntransport, für die Kavallerie und die Munitionskolonnen den Fußmarsch bestimmt. Am 12. Juli sollte die Abfahrt beginnen; sie verzögerte sich jedoch durch die Beförderung des 3. österreichischen Korps, welche das verfügbare Material in Anspruch nahm, bis zum 14. Juli. Für den Fall der Unterbrechung des Transportes hatte der Kronprinz den einzelnen Truppentheilen genaue Vorschriften in Bezug auf die einzuschlagenden Marschrichtungen ertheilt. Mit dem ersten Zuge am 11. Juli früh wurde die Granatkanonenbatterie von der Pforte einwaggonirt, die nach zwölfstündiger Fahrt abends gegen 7 Uhr Floridsdorf bei Wien erreichte. Der König, der den Etappenkommandanten in Floridsdorf ersucht hatte, ihm die Ankunft der Truppen rechtzeitig nach Schönbrunn zu melden, fand sich zur Begrüßung ein; es waren die ersten sächsischen Mannschaften, die er nach der Schlacht von Königgrätz wiedersah. Nachdem im Laufe des 14. die sächsische Reiter-Division in Gemeinschaft mit der ersten Staffel der Nord-Armee, dem 2. und 4. österreichischen Korps, unter Oberbefehl des Erzherzogs Joseph, auf dem Landwege, dem rechten March-Ufer folgend, abgerückt war, verließ der Kronprinz am 14. Juli, abends 7 Uhr, Olmütz und traf am 15. morgens in Floridsdorf ein, tief gerührt von der

Anwesenheit des Königs, der zum Empfange seines Sohnes herbeigeeilt war.

Inzwischen hatte Erzherzog Albrecht nach seiner Ankunft am 13. Juli das Kommando über die gesammte Operations-Armee übernommen. Sein erster Tagesbefehl rief den „treuen, wackeren Verbündeten aus Sachsen" ein Willkommen zu. Beust rühmt die wahrhaft „antike Entschlossenheit", mit welcher der Erzherzog sich seiner schwierigen Aufgabe widmete. Unter Anspannung aller Kräfte wurde an der Vollendung der Festungswerke, die zum Schutze der Hauptstadt dienen sollten, gearbeitet. Die Hauptstützpunkte — oder, wie der technische Ausdruck lautete, Noyaux — bildeten die Donau-Uebergänge bei Florisdorf und Stadelau. Die Besetzung des Brückenkopfes bei Florisdorf hatte Gablenz mit dem 10. Korps übernommen; der Abschnitt von Stadelau mit dem Hauptquartier in Hirschstetten wurde den Sachsen überwiesen. Am 15. Juli standen bei Wien unter Führung des Kronprinzen das IX. bis XII. Infanterie-Bataillon, das II. und III. Jäger-Bataillon, 5 Batterien, 1 Pionierdetachement, im Ganzen annähernd 6000 Mann.*)

Als der Kronprinz am 15. von Hirschstetten aus dem mit der Leitung des Vertheidigungssystems beauftragten Feldzeugmeister Grafen Degenfeld seine Ankunft meldete, war er bereits telegraphisch benachrichtigt, daß von den 25 Eisenbahnzügen, auf die für den Transport seines Korps gerechnet wurde, nur 13 hatten von Olmütz abgelassen werden können. Da das Kaiserliche Telegraphenamt in Lundenburg die Annäherung feindlicher Streitkräfte signalisirte, mußte von weiteren Instradirungen Abstand genommen werden. Die erste Staffel der für den Landmarsch

*) Sächsisches Generalstabswerk, S. 333.

bestimmten Abtheilungen der Nord-Armee, zu der, wie bemerkt, die sächsische Kavallerie-Division gehörte, war, abgesehen von unbedeutenden Scharmützeln, welche das 3. sächsische Reiter-Regiment und die Brigade Saffran vom 2. österreichischen Korps bei Kralitz und Biskupitz am 14. zu bestehen hatten, glücklich an der Armee des Kronprinzen von Preußen vorübergekommen. Schlimmer erging es der zweiten Staffel. Das auf dem rechten March-Ufer marschirende 8. Korps, bei dem sich Benedek befand, wurde von den Vortruppen der Zweiten Armee, der Brigade Malotki und der Kavallerie-Division Hartmann, am 15. vormittags bei Tobitschau erreicht; die Oesterreicher erlitten einen Verlust von mehr als 1300 Mann mit Einschluß der Offiziere. Auf einer Furth den Fluß überschreitend, hatte die Division Hartmann am Nachmittage einen Zusammenstoß mit den Brigaden Poschacher und Leiningen vom 1. österreichischen Korps bei Roketnitz und behauptete auch hier das Feld.

So sehr bestätigten sich die Befürchtungen, die der Kronprinz in Betreff des Abmarsches von Olmütz gehegt hatte. Es gab einen Augenblick, in welchem das sächsische Korps einschließlich der Abtheilungen vor Wien in acht verschiedene Gruppen getrennt war.

Durch die Stellung, welche der Feind nach den Gefechten vom 15. Juli auf beiden Ufern der March einnahm, sah sich Benedek veranlaßt, von diesem Flusse abzuschwenken, und in veränderter Richtung über das mährisch-ungarische Gebirge längs der Waag gegen Preßburg weiter zu marschiren. Die Division Stieglitz formirte mit dem bis zuletzt in Olmütz verbliebenen 6. Korps eine Kolonne, die sich am 16. vormittags, vor der Zweiten Armee nach Südost ausweichend, zunächst auf Leipnik und Weißkirchen in Bewegung setzte. In Ermangelung jeglicher

Kavallerie wurde aus Gendarmen ein kleines Detachement gebildet, das den Aufklärungsdienst übernahm.*) Die größten Beschwerden hatte die Division am 18. Juli beim Ueberschreiten des Jablunka-Passes zu erdulden, da sie von einem orkanartigen Gewittersturm erfaßt wurde; nach zehntägigem ununterbrochenen Marsch bei überaus mangelhafter Verpflegung erreichte sie am 26. Juli Preßburg.

Das 3. Reiter-Regiment, das in der Nacht zum 16. Juli mit dem 2. österreichischen Korps aus dem Biwak bei Kremsier aufgebrochen war, streifte auf dem Marsch über die kleinen Karpathen mehrfach dicht am Feinde vorüber. In dem Augenblick, in welchem die letzten Theile der Kolonne am 22. Juli in Preßburg eintrafen, hatte die zur Sicherung des Donau-Ueberganges, 5 km nordwestlich von der Stadt, bei Blumenau aufgestellte Brigade Mondel ein Gefecht gegen die 7. und 8. Division unter General v. Fransecki zu bestehen. Die 2. und 3. Schwadron des 3. sächsischen Reiter-Regiments wurden zur Deckung Preßburgs gegen das Schlachtfeld entsandt. Schon hatte General v. Bose durch eine Umgehung des rechten österreichischen Flügels sich der beherrschenden Position des Gämsberges bemächtigt, als Schlag 12 Uhr mittags das Signal der Waffenruhe ertönte, das dem unentschiedenen Kampfe ein Ziel setzte. In unmittelbarere Berührung mit dem Feinde gerieth an demselben Tage das an der Spitze des 4. Korps marschirende 1. sächsische Reiter-Regiment, von dem eine Abtheilung unter Major v. Carlowitz, bevor die beiden Parteien von dem Abschluß der Waffenruhe Kenntniß erlangt hatten, nachmittags 2 Uhr eine Schwadron der preußischen 10. Ulanen in Szenitz überfiel und mit einigen Verlusten auf beiden Seiten aus der Stadt verdrängte.

*) Tagebuch des Gros. Kriegsarchiv.

Jeder Verbindung mit der Hauptmasse seiner Armee beraubt und tagelang ohne Nachricht über den Aufenthalt der einzelnen Abtheilungen, verlebte der Kronprinz in der zweiten Hälfte des Juli eine sorgenvolle Zeit. Zwar an äußeren Ehren fehlte es ihm nicht. Kaiser Franz Joseph überreichte dankerfüllt seinem Jugendfreunde unter rühmender Anerkennung „des in heißen Kämpfen unerschüttert und muthvoll bewährten Königlich Sächsischen Korps" das Ritterkreuz des Maria Theresia-Ordens; der König verlieh am 16. Juli seinem Sohne das Großkreuz des Militär-St. Heinrichs-Ordens. Ein vortreffliches Zeugniß für die geordneten Verhältnisse der sächsischen Kriegsführung war es ferner, daß die Depot-Brigade, die sich bei dem Abzuge aus Dresden von dem mobilen Heere getrennt hatte, nach einem langen Marsch über Pilsen und Linz am 18. Juli in tadellosem Zustande vor Wien eintraf. Aber so sehr der Kronprinz dem Erzherzog Albrecht bei dessen Maßregeln zur Vertheidigung der Donau-Linie mit Rath und That zur Seite stand, und so wenig er vor einem nochmaligen Entscheidungskampfe zurückschreckte, sein strategisches Urtheil täuschte sich nicht über die Ungunst der militärischen Lage; sowohl der König als der Prinz waren für eine baldige Beendigung des Krieges.

Beust war inzwischen am 17. Juli von seiner Sendung nach Paris zurückgekehrt. Er fand Napoleon III. physisch geschwächt, geistig herabgestimmt, auf das Aeußerste betroffen von den unerwarteten Siegen Preußens, in denen der Kaiser eine Niederlage des französischen Prestiges erblickte. Beust hatte das Gefühl, zu spät gekommen zu sein. Am Tage vor seinem Empfange in den Tuilerien, der am 12. Juli stattfand, hatte Napoleon in einer Unterredung mit dem preußischen Gesandten, Graf Goltz, den Bundesentwurf vom 10. Juni als Basis für

die Waffenstillstandsverhandlungen angenommen. Beust suchte den Kaiser zu überzeugen, daß es nur einer entschiedenen Haltung Frankreichs bedürfe, um die italienische Frage zu erledigen und einen die Forderungen Preußens herabstimmenden Frieden zu erlangen. Geschehe dies nicht, so werde Frankreich dereinst einen Kampf mit den siegreichen Preußen zu bestehen haben, auf dessen Seite sich der jeder fremden Einmischung feindliche Geist der Nation finden werde.*) „Diese Prophezeiung", fügt Beust hinzu, „blieb nicht ohne Eindruck, wurde aber durch das Argument gelähmt, daß man tags vorher bereits ein Engagement gegen Preußen eingegangen sei, indem man die réforme fédérale de Mr. de Bismarck im Prinzip adoptirt habe."

Noch bevor das im Wesentlichen negative Ergebniß der Sendung Beusts sich übersehen ließ, wurde am 15. Juli der Entwurf der zwischen Napoleon und Goltz vereinbarten Friedensvorschläge durch den Herzog von Grammont in Wien überreicht, und am 16. erschien der französische Gesandte am preußischen Hofe, Benedetti, um über seine Besprechungen mit Bismarck Bericht zu erstatten und die Annahme der Präliminarien zu empfehlen. Nicht sogleich entschloß man sich in Wien auf die Hauptforderung, Austritt Oesterreichs aus dem Bunde, einzugehen. Es wurde noch eine Anfrage an Bayern gerichtet, wieweit auf den Widerstand der süddeutschen Bundesgenossen zu rechnen sei. Der Minister v. der Pfordten, längst in Verzweiflung über die Mißhelligkeiten in dem Kommando der Bundesarmee, rieth dringend zum Frieden. Aus den Schilderungen Beusts, der sich auf der Rückreise von Paris in Stuttgart und München auf

*) Beust an Falkenstein, Juli 22., übereinstimmend mit dem Wortlaut der Aeußerungen des Ministers in den Memoiren II, S. 14.

gehalten hatte, ging vollends hervor, daß nach dem Bekanntwerden der französischen Intervention bei den süddeutschen Regierungen jede Neigung zur Fortsetzung des Kampfes geschwunden war; unter diesen Verhältnissen reifte die Entscheidung. Nachdem am 20. Juli eine vorläufige Waffenruhe, die vom 22. bis 27. mittags dauern sollte, vereinbart worden war, begaben sich am 21. Juli die österreichischen Unterhändler Graf Karolyi, Freiherr v. Brenner-Felsach und Feldzeugmeister Degenfeld in das preußische Hauptquartier: die italienische Regierung trat am 25. dem Waffenstillstand bei, und am 26. wurden die Präliminarien von Nikolsburg abgeschlossen.

Die sächsischen Truppen, die unter Befehl des Kronprinzen vor Wien vereinigt waren, wurden mit Rücksicht auf die bevorstehende Waffenruhe am 20. Juli von Stadelau in Kantonnements südlich von Wien, an der Straße nach Baden, verlegt. Bei ihrem Marsch durch die österreichische Hauptstadt defilirten sie morgens am Kärnthener Ringe vor dem Kommandanten der operirenden Armeen, Erzherzog Albrecht, und dem Kronprinzen, später bei Schönbrunn vor König Johann. Der Kronprinz verlegte an diesem Tage sein Hauptquartier nach Hetzendorf. Hier wurde ihm am 23. Juli die Freude zu Theil, seine Gemahlin begrüßen zu können, die auf wenige Tage von Regensburg nach Wien gekommen war. Die Kronprinzessin erschien mit reichen Gaben für die verwundeten Krieger und besuchte bereits am 24. das Militär-Lazareth in Laxenburg.

Da es fraglich erschien, ob die Verhandlungen in Nikolsburg zum Frieden führen würden, traf Erzherzog Albrecht alle Anstalten zur Vertheidigung der Donau, falls das preußische Heer, unter Umgehung der Florisdorfer Linien, den Versuch machen sollte, den Stromübergang zu erzwingen. Nach dem am

26. Juli beendeten Eintreffen der Nord-Armee in Preßburg und der Heranziehung des 5. und 9. Korps sowie einer Kavallerie-Brigade von der Süd-Armee stand unter den Kaiserlichen Fahnen an der Donau eine noch immer sehr ansehnliche Kriegsmacht von mehr als 200 000 Mann zur Verfügung, die in enger Zusammenziehung auf dem rechten Ufer des Flusses zwischen Preßburg und dem Neusiedler See Aufstellung nahm. Dem sächsischen Korps, und zwar sowohl den bei Preßburg als den bei Wien vereinigten Abtheilungen, wurde Bruck an der Leitha als Versammlungsort bestimmt. Der bei Wien befindliche Heerestheil hatte am 21. Juli durch den Anschluß des VII. und VIII. Infanterie-Bataillons eine Verstärkung erfahren; am 26. Juli traten, aus Preßburg anlangend, das XVI. Bataillon und das 3. Reiter-Regiment, am 27. früh das V. und VI. Bataillon hinzu, so daß jetzt 11 Bataillone, 4 Schwadronen und 5 Batterien dem Kommando des Kronprinzen untergeben waren. Der Befehl zum Abmarsch dieser Truppen an die Leitha war bereits ertheilt, als am 27. morgens die Nachricht von dem Abschluß der Nikolsburger Präliminarien nach Wien gemeldet wurde.

Eine zwischen Moltke und Graf Degenfeld vereinbarte Konvention verlängerte die Waffenruhe bis zum 2. August, worauf dann ein vierwöchentlicher Waffenstillstand zur Abwickelung des Friedensgeschäftes folgen sollte. Am 28. früh erreichten die Spitzen der Kolonne Stieglitz die ihnen zugewiesenen Quartiere bei Bruck, wo morgens 9 Uhr der Kronprinz erschien, um den Truppen seine Anerkennung für die standhaft ertragenen Strapazen des Marsches von Olmütz bis an die Leitha auszusprechen und im Auftrage des Kaisers dem Divisionär das Großkreuz der Eisernen Krone zu überreichen. Von Bruck fuhr der Prinz zu der in der Gegend des Neusiedler Sees lagernden Reiter-Division

und traf dort mit seinem Bruder zusammen. Nichts konnte den Soldaten und Offizieren erwünschter sein, als aus dem Munde ihres Führers zu vernehmen, daß das sächsische Korps am 30. Juli in den Kantonnements bei Wien, zwischen Mödling, Böslau und Laxenburg, seine Wiedervereinigung zu vollziehen habe.

Seit der Uebersiedelung nach Hetzendorf bestand ein reger Verkehr des Kronprinzen mit dem König, der am 1. August seine Residenz in der zu dem Schönbrunner Schlosse gehörigen Villa Kaiserstöckl aufschlug. Hieraus ergab sich für den Thronfolger mannigfache Gelegenheit zur Theilnahme an den politischen Verhandlungen. Die Vereinigung der sächsischen Truppen mit dem österreichischen Heere war ohne jede Vertragsbedingung erfolgt; selbst über die Betheiligung Sachsens an den Friedensberathungen wurde eine Vereinbarung mit dem Wiener Kabinet erst von Prag aus in den letzten Tagen des Juni getroffen. Wenn Beust selbst dem König rieth, von der Entsendung eines Vertreters nach Nikolsburg Abstand zu nehmen, so beruhte dies auf einer richtigen Erkenntniß der Thatsachen, denn man wußte in Wien, daß die Trennung der Verhandlungen mit Oesterreich und den deutschen Bundesstaaten im preußischen Lager beschlossene Sache war.

Was den wichtigsten Punkt der Auseinandersetzung, die territoriale Frage, betraf, so durfte der Kronprinz mit vollem Vertrauen auf die nachhaltige Unterstützung Oesterreichs rechnen. Kaiser Franz Joseph hatte bei den Besprechungen, die den Präliminarien vorangingen, die Erhaltung des unversehrten Besitzstandes der Albertinischen Lande als eine Ehrenschuld für die geleistete Waffenhülfe bezeichnet, auf deren Einlösung er unter allen Umständen bestehen werde. Welche Schwierigkeiten zu überwinden waren, ehe König Wilhelm I., den Vorstellungen Bismarcks

nachgebend, in den Artikel V des Nikolsburger Vertrages willigte, der jede Abtretung sächsischen Gebietes ausschloß, ist jetzt eine allbekannte Thatsache.

Was das künftige Bundesverhältniß Sachsens anbetrifft, so bildete dasselbe zwar den Gegenstand der Unterhandlung in Nikolsburg, zu einer Festsetzung hierüber aber ist es nicht gekommen. Aus der Unterredung mit Napoleon III. hatte Beust die Ueberzeugung gewonnen, daß die französische Politik vor Allem ihr Absehen darauf gerichtet hatte, die Einigung Gesammtdeutschlands zu hintertreiben. Deshalb drang Napoleon auf die internationale Selbständigkeit der süddeutschen Staatengruppe, die nach seiner Auffassung von der zukünftigen Gestaltung der deutschen Verhältnisse der Hegemonie Preußens im Norden als Gegengewicht dienen sollte. Um der süddeutschen Konföderation, namentlich in militärischer Beziehung, größere Kraft zu verleihen, empfahl er den Anschluß Sachsens an dieselbe. Ueber die Urheberschaft des Planes kann kein Zweifel obwalten, da Beust in einem Brief an Falkenstein vom 25. Juli die sächsisch-süddeutsche Union ausdrücklich als einen „französischen Vorschlag“ bezeichnet. Der sächsische Minister war sich der Schwierigkeiten, denen das Projekt begegnen würde, sehr wohl bewußt, aber er glaubte es als Auskunftsmittel für die Verhandlung mit Preußen verwerthen zu können, um durch Nachgiebigkeit in einem Punkte Zugeständnisse in anderer Richtung zu erlangen. Dies war auch wohl die Meinung des Grafen Mensdorff, indem er die österreichischen Bevollmächtigten mit den entsprechenden Weisungen versah. Bei der Besprechung in Nikolsburg am 25. Juli stieß der Eintritt Sachsens in den Südbund auf den lebhaftesten Protest; Bismarck drohte mit dem Abbruch der Verhandlungen. Auf die Nachricht hiervon legte Kaiser Franz Joseph am 26. früh

Beust die Frage vor, ob Sachsen auf dem gestellten Antrage bestehe? Die Antwort konnte nicht zweifelhaft sein. Der König, seitdem er Gelegenheit gehabt, den Minister v. der Pfordten zu sprechen, der auf der Reise nach Nikolsburg Wien berührte, setzte auf das Zustandekommen des Südbundes nur ein sehr geringes Vertrauen, und der Kronprinz vertrat von vornherein die Ansicht, daß alle Parteien seines Vaterlandes sich für den Anschluß an den Norddbund erklären würden.

Es vergingen nur wenige Tage, bis diese Annahme des Kronprinzen zur Gewißheit wurde. Die Kunde von der beabsichtigten Vereinigung mit den süddeutschen Staaten hatte in ganz Sachsen der ohnehin schon lebhaften Agitation gegen die fortdauernde Thätigkeit Beusts einen so leidenschaftlichen Charakter verliehen, daß die Männer, die in Abwesenheit des Königs mit der Fortführung der Regierungsgeschäfte betraut waren, sich zu einer Gegenvorstellung veranlaßt sehen mußten. Diese oberste Behörde, die Landeskommission, bestand aus dem Kultusminister Dr. Johann Paul Freiherrn v. Falkenstein als Vorsitzenden, dem Finanzminister Richard Freiherrn v. Friesen, dem ehemaligen juristischen Lehrer und Begleiter des Kronprinzen während dessen Studienzeit in Bonn, Dr. Robert Schneider, der im Mai 1866, nach dem Ausscheiden des Ministers Behr, vom Präsidenten des Appellationsgerichts in Dresden zum Chef des Justizdepartements befördert worden war, und aus dem ehemaligen Generaladjutanten Friedrich Augusts II., jetzigen Oberstallmeister, Generalleutnant Karl August Maximilian v. Engel als militärischem Rathgeber; außerdem versah der Direktor des Haupt-Staatsarchivs, Dr. Karl v. Weber, das Amt eines Referenten. Die ausführliche Darstellung, welche die Verhältnisse Sachsens während der Okkupation in den „Erinnerungen“ Friesens gefunden haben, wird es recht-

fertigen, wenn diese leidensreiche Epoche der sächsischen Geschichte hier nur in flüchtigem Bilde erscheint. Mit großer Umsicht und unter schwerer Selbstentsagung war es den von dem König eingesetzten Beamten gelungen, während des Kriegszustandes den geordneten Gang der Verwaltung aufrecht zu erhalten und die unvermeidlichen Kollisionen mit den preußischen Militär- und Civilbehörden möglichst zum Ausgleich zu bringen. Da die Landeskommission ein unbedingtes Vertrauen in allen Kreisen der Bevölkerung besaß, so betrachtete sie es um so mehr als ihre Pflicht, sich zum Organ der Stimmung des Landes zu machen.

Zunächst geschah dies in der Weise, daß Falkenstein in einem Privatschreiben an Beust vom 1. August gegen die süddeutsche Verbindung Protest erhob. Nicht gerade freudigen, aber muthigen Herzens sich den Folgen der politischen Lage unterwerfend, schrieb er: „Jemehr von Deutschland jetzt zusammengenommen werden kann, desto besser ist es nach meiner Ueberzeugung für die Zukunft. Nimmt man unsere ganzen Industrie- und Kulturverhältnisse, so habe ich nicht den entferntesten Zweifel, daß nicht 100 Menschen sein werden, die bei der Wahl schwanken würden.“ In Bezug auf die Wünsche des Landes hieß es weiter: „Die Stimmung bei uns ist nach dem, was ich von allen Seiten höre und theilweise selbst beobachtet habe, vortrefflich. Vorerst ist es wirklich höchster Anerkennung werth, mit welcher ungeschwächten Liebe das Volk an unserem theueren König und Herrn hängt und aller Augen und Herzen darauf gerichtet sind, daß er gesund in sein unberührt gebliebenes Land zurückkehre.“

Thatsächlich hatte sich Beust, als er diese Aeußerung Falkensteins erhielt, von dem Plan des Südbundes vollständig los

gesagt.*) Aber die ihm eigenthümliche „Elastizität des Geistes“ — er selbst bedient sich dieses Ausdrucks — verleitete ihn zu der Selbsttäuschung, daß er persönlich am ehesten im Stande sein werde, in unmittelbarem Verkehr mit Bismarck auf eine rasche Versöhnung hinzuwirken. Der König, obwohl nicht abgeneigt, sich der oft bewährten Fähigkeiten seines Ministers bei der Friedensstiftung zu bedienen, erachtete es für nothwendig, zunächst von den Bedingungen Kenntniß zu erlangen, die Preußen der Verhandlung zu Grunde legen wollte. Zu diesem Zwecke war bereits am 27. Juli der ehemalige Gesandte am preußischen Hofe, Graf Hohenthal, telegraphisch nach Schönbrunn berufen und mit einer Sendung an das Berliner Kabinet beauftragt worden. Durch Hohenthal, der am 5. August auf der Durchreise in Dresden eintraf, erfuhren die Mitglieder der Landeskommission von dem Vorhaben Beusts. Es lagen für sie gewichtige Gründe vor, ihre Bedenken dagegen geltend zu machen. Soeben war ihnen von dem preußischen Civilkommissar, Landrath v. Wurmb, ein ausführlicher Bericht über eine Unterredung erstattet worden, die er am 3. August mit Bismarck gehabt hatte, als König Wilhelm mit seinem Gefolge auf der Rückfahrt über Breslau nach Berlin kurze Zeit in Görlitz verweilte. Beruhigend klangen die Worte der Anerkennung, die der preußische Monarch den tapferen Thaten des sächsischen Heeres widmete, zumal daran die Bemerkung geknüpft wurde, daß auf dieses Moment bei den Verhandlungen mit Sachsen Rücksicht zu nehmen sei, — um so beunruhigender aber das Befremden Bismarcks über das Verharren Beusts in seiner amtlichen Stellung. Auf die Pariser

*) In einem Schreiben vom 2. August an den Gesandten v. Seebach in Paris sagt Beust von dem Südbunde: cette organisation est un enfant mort avant de naître. Hauptstaatsarchiv.

Mission Bezug nehmend, machte der preußische Ministerpräsident die Entlassung Beusts zu einer Vorbedingung für die Eröffnung der Friedensberathungen mit Sachsen.*) Die Eröffnungen Wurmbs waren das entscheidende Motiv für das Gesammtschreiben, welches die Minister am 7. August an Beust richteten, um ihn von der Nothwendigkeit seines Rücktritts zu überzeugen. In voller Würdigung des peinlichen Schrittes, der unter dem Zwang der Verhältnisse nicht zu umgehen war, wählten sie eine Form, die jeden Vorwurf persönlicher Feindseligkeit entfernen sollte, indem sie in einer Eingabe auch ihrerseits auf die ihnen anvertrauten Portefeuilles Verzicht leisteten.

Inzwischen hatte Graf Hohenthal durch eine telegraphische Depesche vom 7. August die Nachricht erhalten, daß sein Erscheinen in Berlin willkommen sei. Der Empfang, den Bismarck am 8. August abends seinem langjährigen Freunde bereitete, war „sehr höflich, aber kühl". Das Zwiegespräch wurde unter allerhand Rückblicken auf die Vergangenheit länger als eine Stunde hindurch fortgesponnen. An einzelnen Stellen ließ Bismarck der elementaren Kraft seiner Zornesader freien Lauf; dann wieder, sich selbst besänftigend, gab er milderen Erwägungen Raum. Er sprach mit größter Achtung von den Leistungen der sächsischen Truppen, wobei er sogleich die Bemerkung einschaltete: „Wir haben es kennen gelernt, was die Gegnerschaft Sachsens für uns bedeutet." Er ließ ferner der deutsch-nationalen Gesinnung des Königs volle Gerechtigkeit widerfahren; um so mehr aber drückte er seinen Zweifel aus über die entgegenkommende Haltung des sächsischen Volkes. „Dies beruht", sagte er, „auf

*) Protokoll der Landeskommission in den Akten des Gesammtministeriums.

einer nur den Deutschen eigenthümlichen Untugend, dem Haß der Stämme, der um so größer ist, je näher ihre Verwandtschaft." Im Ganzen trugen seine Auslassungen ein durchaus individuelles Gepräge, während er es geflissentlich vermied, auf die Friedensbedingungen, die Preußen stellen werde, näher einzugehen. Nur einen Punkt bezeichnete er von vornherein als „Präjudizialforderung": die Einreihung der sächsischen in die preußische Armee. Auf Hohenthal hinterließ die Unterredung den Eindruck, daß es in dem Willen der preußischen Regierung liege, die Auseinandersetzung mit Sachsen als eine dilatorische Frage zu behandeln.*)

Die politischen Rücksichten, die dabei im Spiele waren, lassen sich unschwer erkennen. Der Ausgang der Friedensverhandlung mit Oesterreich, die erst am 9. August in Prag beginnen sollte, ließ sich noch nicht übersehen; die Verhältnisse mit den süddeutschen Staaten waren noch nicht geordnet; die Differenzen zwischen Oesterreich und Italien dauerten trotz des vorläufigen Waffenstillstandes fort, an den Grenzen Tirols und am Isonzo standen sich die beiderseitigen Heere in starker Rüstung gegenüber; Rußland hielt mit seiner Verstimmung über die preußischen Annexionen nicht zurück, und vor Allem die Begehrlichkeit Frankreichs äußerte sich in der unverhülltesten Form; am 7. August, am Tage vor dem Gespräch zwischen Bismarck und Hohenthal, hatte Benedetti seinen ersten Vorstoß mit den „Kompensationsforderungen" unternommen, auf die Napoleon III. glaubte ein Anrecht zu haben. Bis Königgrätz und Nikolsburg hatte Bismarck seine deutsche Politik mit glänzendem Erfolge

*) Bericht Hohenthals vom 9. August 1866. Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten.

durchgeführt; jetzt kam es darauf an, die Schöpfung des Norddeutschen Bundes auch durch die drohenden Klippen einer europäischen Verwickelung glücklich hindurchzuleiten. Die Unsicherheit der damaligen Lage war die hauptsächlichste Veranlassung, weshalb er darauf drang, die beherrschende Position an der Elbe, die Preußen mit der Besetzung Sachsens gewonnen hatte, einstweilen nicht aus der Hand zu geben.

Weder der König noch der Kronprinz haben sich über den inneren Zusammenhang der Dinge getäuscht; sie waren von Anfang an auf einen harten Kampf um die Friedensbedingungen gefaßt, aber auch ebenso bereit, kein Mittel, das in ihren Kräften stand, unversucht zu lassen, um für die Vereinbarung mit Preußen eine Basis zu finden, die, wenigstens in der Folge der Zeit, einer aufrichtigen Aussöhnung zwischen beiden Staaten als Bürgschaft dienen konnte. Der König hatte schon unmittelbar nach den Nikolsburger Präliminarien in einem eigenhändigen Schreiben an Wilhelm I., das durch Graf Hohenthal überreicht wurde, den festen Entschluß kundgegeben, mit derselben Treue, die er dem alten Bunde bewährt, in die neuen Vertragsverhältnisse eintreten zu wollen.*) Bei den Berathungen, die nach dem Eintreffen des Hohenthalschen Berichtes am 13. und 14. August stattfanden, entwickelte auch der Kronprinz klar und bestimmt den von ihm eingenommenen Standpunkt. Die Erhaltung der Integrität des Landes war nach seiner Meinung von so großer Bedeutung, daß der dafür als Gegenbedingung verlangte Beitritt Sachsens zu dem Norddeutschen Bunde rückhaltslos angenommen werden müsse. Aber indem der Kronprinz so den politischen Verhältnissen Rechnung trug, fühlte er sich in

*) Erinnerungen v. Friesens, II, S. 243.

jener Stunde zugleich als der berufenste Vertreter des sächsischen Heeres, mit dessen Wohl und Wehe er seit länger als zwanzig Jahren auf das Innigste verbunden war. Es würde die Zerstörung eines großen Theiles seiner bisherigen Lebensarbeit gewesen sein, wenn die von Bismarck angedeutete Auflösung der Armee zur Verwirklichung gelangt wäre; deshalb erklärte er sich mit Entschiedenheit gegen eine Forderung, die er für unvereinbar mit den Souveränetätsrechten der Krone und mit der militärischen Ehre seines engeren Vaterlandes hielt.

Der Bericht der Landeskommission vom 7. August hatte den König von der Nothwendigkeit der Entlassung Beusts überzeugt; dagegen wurde der Rücktritt der in Dresden verbliebenen Minister unter Anerkennung ihrer während der Okkupation dem Staate geleisteten Dienste abgelehnt. Beust selbst begann allmählich sich in das Unvermeidliche zu fügen; die Einreichung seines Abschiedsgesuchs wurde nur deshalb bis zum 15. August verschoben, weil der König seine Theilnahme an den Verhandlungen in Schönbrunn wünschte, deren wichtigste Aufgabe in der Feststellung der Instruktion für die nach Berlin zu entsendenden Bevollmächtigten bestand. Da die Regelung der Kriegskontribution, wie vorauszusehen war, einen Hauptpunkt der Auseinandersetzung mit Preußen bildete, hatte der König den Finanzminister v. Friesen nach Wien beschieden. Der Entwurf der Instruktion, die am 15. August unterzeichnet wurde, geht von dem Eintritt Sachsens in den Nordbund aus, ohne in dieser Beziehung bestimmte Forderungen zu stellen. Nur darauf wurde Gewicht gelegt, daß die staatsrechtliche Stellung der Bundesglieder zu der Präsidialmacht nicht lediglich den Beschlüssen des künftigen Parlamentes überlassen, sondern wenigstens in ihren Grundzügen durch Vereinbarung unter den Regierungen fest-

zusetzen sei. In der Frage der Kriegssteuer war man zu jedem billigen Abkommen bereit, insofern nur die Anrechnung der dem sächsischen Staate und den einzelnen Gemeinden auferlegten Leistungen an Geld oder Naturallieferungen zugesagt werde. Der Schwerpunkt der ganzen Verhandlung fiel demnach auf die Ordnung der militärischen Verhältnisse. Die Instruktion schlug bis zum Erlaß der Bundesverfassung den Abschluß eines Schutz- und Trutzbündnisses mit Preußen vor; während dessen Dauer würden die sächsischen Truppen zur Verfügung des Bundesfeldherrn stehen, mit dem einzigen Vorbehalt, daß Sachsen zur Heeresfolge gegen die Verbündeten des Krieges von 1866 nicht verpflichtet sein sollte. Die innere Organisation der Armee wird, unter Annahme der allgemeinen Wehrpflicht, nach preußischem Muster durchgeführt. Dem König verbleibt die oberste Kriegsherrlichkeit, namentlich das unbeschränkte Recht, die Offiziere und Militärbeamten zu ernennen. Das sächsische Heer bildet ein selbständiges Korps der künftigen Bundesarmee, doch geht der Oberbefehl in Krieg und Frieden auf den Bundesfeldherrn über.

Wie weit entfernten sich diese Anerbietungen von der engbemessenen Zurückhaltung, welche die deutschen Fürsten im Anfang der 60er Jahre in Bezug auf die Reform der Bundeskriegsverfassung beobachtet hatten! Die unparteiische Beurtheilung muß sogar zugeben, daß die sächsischen Propositionen im Wesentlichen alle diejenigen Bestimmungen enthielten, die bei der endgültigen Festsetzung von beiden Seiten angenommen worden sind. Trotzdem kamen die sächsischen Abgesandten Friesen und Hohenthal bei der ersten Konferenz mit Bismarck am 20. August nicht um einen Schritt vorwärts. Der preußische Ministerpräsident verlangte die Kriegsherrlichkeit Preußens über die sächsische Armee, den Fahneneid der Truppen und noch vor der Eröffnung

der Separatverhandlungen als Unterpfand die Auslieferung des Königsteins.

Die politische Lage hatte sich seit der ersten Rekognoszirung Hohenthals am 8. August nach mehr als einer Richtung hin geklärt. Dem Vertrag mit Oesterreich, der am 23. August in Prag abgeschlossen wurde, folgten die österreichisch-italienischen Friedensverhandlungen. Höchst problematisch blieb freilich noch immer die Haltung Frankreichs. Zu allen Widerwärtigkeiten, die den sächsischen Unterhändlern entgegentraten, gesellte sich noch die verhängnißvolle Fügung, daß wenige Stunden vor ihrem Empfang am 20. August Benedetti durch den bekannten Antrag auf ein Bündniß mit Preußen zur Einverleibung Luxemburgs und Belgiens seinen letzten Trumpf ausgespielt hatte. Schon aber lag die reifende Saat der nationalen Einigung Deutschlands vor den Augen Bismarcks. Durch Verzicht auf jeden größeren Landerwerb war es seiner diplomatischen Meisterschaft gelungen, Bayern, Württemberg und Baden zur Annahme der geheimen Schutzverträge zu bewegen, welche die gesammte Waffenmacht der süddeutschen Staaten im Fall eines französischen Angriffs in der Hand Preußens vereinigte.

Nur allzubald mußten die sächsischen Bevollmächtigten gewahr werden, daß sie nicht nur gegen politische Erwägungen zu kämpfen hatten; wohin sie sich wandten, auch in militärischen Kreisen stießen sie auf „feindliche Strömungen“. Gerade in jenen Tagen, 24. August, erging von Berlin an das preußische Militärgouvernement in Dresden der Befehl, die Befestigungswerke, die seit Ende Juni 1866 auf dem linken Ufer der Elbe angelegt worden waren, auch auf das rechte Ufer auszudehnen. Von der „Dresdner Haide“, die seit undenklichen Zeiten den Stolz der Dresdner Bevölkerung bildete, sollten 14 000 Morgen

Waldareal der Vernichtung anheimfallen. Die ganze Einwohnerschaft gerieth in Aufregung, als sie erfuhr, es liege im Plane des preußischen Generalstabes, die sächsische Residenz in eine Bundesfestung zu verwandeln.

Dazu ergab sich als die dringendste Verlegenheit des Augenblicks der Umstand, daß nach dem Abschluß des Prager Friedens die in Nikolsburg vereinbarte Waffenruhe zwischen Preußen und Sachsen am 30. August ihr Ende erreichte. Um nur zunächst eine Verlängerung des Waffenstillstandes zu erlangen, riethen Friesen und Hohenthal zu der zeitweisen Uebergabe des Königsteins. Nach einer Berathung mit dem Kronprinzen entschloß sich der König dazu, so tief dieses Opfer seine Empfindungen und die des Erben der Krone berührte, denn die Festung war noch nie in fremden Händen gewesen. Der Wunsch, die Drangsale des Landes so viel wie möglich abzukürzen, gab den Ausschlag sowohl bei dem König als bei dem Prinzen; kostete doch jeder Tag der preußischen Besetzung nach einer schon am 20. Juni getroffenen Uebereinkunft der sächsischen Staatskasse 10 000 Thaler. Nachdem der Entschluß einmal gefaßt war, fand der König sogleich die Ruhe des Geistes wieder; seine Gesandten, die einen Augenblick daran dachten, Berlin zu verlassen, ermuthigte er „zur Ausdauer in dem Fegefeuer".*) In Uebereinstimmung mit dem Kronprinzen wurde die Entsendung des Stabschefs der sächsischen Armee, Generalmajor v. Fabrice, ins Auge gefaßt, dem es obliegen sollte, gleichzeitig mit der Erneuerung des Waffenstillstandes die Ausarbeitung einer Militärkonvention in Berlin zu beantragen. Vor Allem sollte er am

*) Eigenhändiges Schreiben des Königs an den Freiherrn v. Friesen vom 23. August, Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten.

preußischen Hofe als Dolmetscher der Gefühle des sächsischen Offizierskorps auftreten, von dem ein großer Theil entschlossen war, den Dienst zu verlassen, wenn es nicht gelang, eine mit Ehre und Vergangenheit im Einklang stehende Form des Anschlusses an die preußische Armee zu finden. Nachdem Beust am 27. August sich von dem König verabschiedet hatte, erließ der mit der interimistischen Leitung der auswärtigen Angelegenheiten betraute Gesandte in Wien, Wirkliche Geheimrath v. Könneritz, am 29. August telegraphisch, am 30. schriftlich die entsprechenden Weisungen an die Bevollmächtigten.

Es war das erste Zeichen der beginnenden Annäherung, als Bismarck am 5. September den Dezernenten für die Bundessachen, Herrn v. Savigny, unter Annahme der veränderten Grundlage zur Einleitung der Verhandlungen ermächtigte. Die Vermuthung Friesens, daß ein Wechsel in den Anschauungen der Militärs dazu den nächsten Impuls gab, hat sich in der Folge bestätigt. Hervorragende Persönlichkeiten des preußischen Heeres begannen den Geschicken der sächsischen Truppen ihre Theilnahme zuzuwenden. In erster Linie gilt dies von dem Prinzen Friedrich Karl, der auf der Rückreise vom Kriegsschauplatz sich vom 31. August bis zum 2. September in Dresden aufhielt. Bei einem Empfang der Minister im Hotel Bellevue entsann sich der Prinz aus seiner Bonner Studienzeit der früheren Begegnung mit dem jetzigen Justizminister Schneider. Zum nächsten Tage, 2. September, wurde eine Fahrt nach Moritzburg verabredet, und diese Gelegenheit benutzte Schneider: er führte dem preußischen Feldherrn zu Gemüthe, daß eine milde Behandlung Sachsens das sicherste Mittel sei, um im Lande eine versöhnliche Stimmung hervorzurufen. Anfangs verhielt der Prinz sich schweigsam; später, nach einer glücklichen Jagd im Moritzburger Revier, beim

Frühstück, kam er mit Lebhaftigkeit auf die Vorstellungen des Ministers zurück, zuletzt, beim Abschied auf dem Bahnhof, sagte er unter kräftigem Händedruck seine Verwendung bei König Wilhelm zu.*)

Schon einige Tage vorher war in Sachen der Befestigung Dresdens eine Intervention von anderer Seite erfolgt: die Königin Marie hatte in einem Schreiben die Vermittelung der Königin-Wittwe Elisabeth von Preußen erbeten, und dieser Schritt war nicht ohne Wirkung geblieben. Infolge einer Ordre aus Berlin wurden die schon in Angriff genommenen Schanzarbeiten zwar noch nicht völlig, aber doch an einzelnen Punkten, unter Anderm am Waldschlößchen, eingestellt.

Die Feindseligkeit war noch nicht überwunden, aber die Fluktuationen begannen sich zu theilen. Darauf beruhte der Erfolg, den General Fabrice, bei seinem Erscheinen in Berlin am 8. September erzielte. Seine zugleich maßvollen und doch mit der Wärme der Ueberzeugung vorgetragenen Ausführungen erweckten das Vertrauen Moltkes und Roons. Ohne jetzt schon auf die Einzelheiten des künftigen Vertrages einzugehen, äußerte Moltke: man könne die sächsische Armee nicht wie das Kontingent eines kleinen Staates behandeln.**) Auch Bismarck, dem Fabrice während einer Sitzung des Herrenhauses am 10. September im Ministerzimmer vorgestellt wurde, zeigte eine verbindliche Haltung, ja noch mehr als das, — ein beifälliges Verständniß für die ihm vorgetragenen soldatischen Gefühle.***) An dem preußischen Bevollmächtigten, Generalmajor v. Podbielski, fand Fabrice einen

*) Bericht des Ministers Schneider vom 3. September in den Akten der Landeskommission.

**) Schreiben Friesens an Falkenstein vom 14. September in den Akten des Auswärtigen Ministeriums.

***) Mündliche Mittheilung des Obersten z. D. Grafen Vitzthum, der als Adjutant den General nach Berlin begleitete.

Mann, der den Ehrenpunkt der sächsischen Armee zu würdigen wußte. Am 13. September konnte der erste Entwurf einer Konvention nach Wien abgesandt werden.

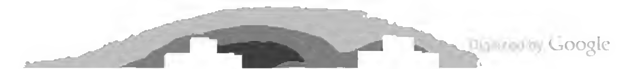
Freilich erhielt diese vorläufige Vereinbarung noch manche erschwerende Bedingung. Preußen bestand auf dem Ernennungsrecht der höheren Offiziere vom Brigadier an und auf der sofortigen Demobilisirung der Armee noch vor der Rückkehr der Truppen in das Land. In gewisser Beziehung entsprach die letzte Forderung dem längst gehegten Wunsche des Kronprinzen, namentlich die Kriegsreservisten, die in der Mehrzahl verheirathete Männer waren, so bald als thunlich zu entlassen, damit ihnen die Möglichkeit der Wiederaufnahme ihres Friedensberufes gegeben werde. Im Ganzen wurden die Vorschläge günstig beurtheilt: der Hauptpunkt, das Fortbestehen der Armee nach der Reorganisation, schien gesichert. Man hatte das Gefühl, nach stürmischer Meerfahrt sich dem rettenden Hafen zu nähern. Bereits am 15. September erfolgte die Annahme des Entwurfs: der Kronprinz traf die ersten Anordnungen für den Rücktransport der Truppen.

Was eine von Herzen kommende Gastfreundschaft dem äußeren Wohlbefinden darzubieten vermag, wurde dem sächsischen Fürstenhause während seines Aufenthaltes in der österreichischen Hauptstadt in reichem Maße zu Theil. Seit dem 4. August verweilten die Königin Amalie und die Prinzessinnen dauernd in Wien; die Königin im Kaiserstöckel, die Kronprinzessin in Hetzendorf, die Prinzessin Georg mit ihrem Gemahl in Schloß Laxenburg. Alle diese Residenzen lagen in den unmittelbaren Umgebungen der sächsischen Kantonnements, so daß man stündlich die gewohnten Signale hören konnte. An Sonn- und Feiertagen strömte die Wiener Bevölkerung nach Mödling hinaus, denn die sächsischen Soldaten erfreuten sich wegen ihrer musterhaften Haltung großer

Beliebtheit. In einem Bericht der „Wiener Presse“ heißt es: „Die Sachsen sind hier sehr populär. Der greise König sowohl als der Kronprinz werden überall, wo sie sich zeigen, mit so viel sympathischen Kundgebungen begrüßt, daß sie sich hier so heimisch fühlen mögen, als dies unter den dermaligen Verhältnissen überhaupt möglich ist.“ Der Kronprinz versah im weitesten Umfang die Geschäfte des Kommandos und wußte durch manche kernige Ansprache an die Truppen die Disziplin und den militärischen Geist zu erhalten. Die Fürstinnen arbeiteten unverdrossen an der Herstellung der mannigfachsten Verbrauchsgegenstände für die Feldlazarethe. Es verging kein Tag, an welchem die Kronprinzessin nicht die Verwundeten und Kranken im Theresianum oder im Stift zum Heiligenkreuz besucht hätte. Durch unermüdliche Ausdauer und eine allen Gefahren der Ansteckung trotzende Charakterstärke erwarb sie unter kundiger Führung des Generalstabsarztes der Armee, Dr. Günther, die praktischen Erfahrungen, die ihr im Laufe der Zeit eine anerkannte Autorität auf dem Gebiete der freiwilligen Krankenpflege verschafften.

Nach dem Prager Frieden trat dann auch die den Wienern angeborene Geselligkeit wieder in ihre Rechte. Außer mit den Mitgliedern des Kaiserhauses verkehrte das kronprinzliche Paar mit dem hannoverschen Hofe in Hietzing, dem Prinzen Wasa und dem Fürsten Franz von Teck, dessen jugendliche Gemahlin, Prinzessin Mary von Großbritannien, Tochter des Herzogs von Cambridge, ein ausgesprochenes Talent für Musik und theatralische Darstellung besaß.*) In Begleitung der Kaiserin Elisabeth unternahm die Prinzessin Carola einen Ausflug nach Pest.

*) Reminiscences of court and diplomatic life, by Georgiana Baroness Bloomfield (Gemahlin des englischen Gesandten in Wien). New edition, London 1883, S. 345, 347 ff.



So sehr der König die vielen Beweise der Freundschaft des Kaiser Franz Joseph zu schätzen wußte, die weite Entfernung von der Heimath war für ihn ein drückendes Gefühl. Unmittelbar nach dem Eintreffen der günstigeren Nachrichten aus Berlin beschäftigte ihn der Gedanke, seinen Aufenthalt in die Nähe der sächsischen Grenze, und zwar nach Teplitz, zu verlegen. Die Vorbereitungen dazu waren schon im Gange, als die Hoffnungen auf eine baldige Einigung mit Preußen noch einmal zerstört wurden. Die nächste Ursache dieses Zwischenfalles entsprang aus einer Meinungsverschiedenheit der preußischen Ressorts. Bismarck hatte sich in der zweiten Woche des September wegen einer schweren Erkrankung von allen Geschäften zurückgezogen und die Behandlung der sächsischen Angelegenheit an Savigny übergeben.*)

Dieser, von seiner Thätigkeit als Gesandter in Dresden dem sächsischen Staate wohlgesinnt, war ganz damit einverstanden gewesen, daß die Regulirung der militärischen Fragen der Friedensverhandlung voranzugehen habe. Hierauf fußend, hatte das Kriegsministerium seinen Kommissar ernannt, und der Entwurf der Konvention war nach Wien abgesandt worden, bevor das preußische Militärkabinet noch in der Lage gewesen, dem König Wilhelm darüber Bericht zu erstatten. Während eines kurzen Aufenthalts in Dresden vom 14. bis 18. September hatte ferner General v. Roon dem Minister Schneider, den er als alten Bekannten von Bonn her aus dem Jahre 1848 begrüßte, in der freundschaftlichsten Weise versichert, daß nach seiner Ansicht, bei den Verhandlungen in Berlin jede dem Ehrgefühl der sächsischen Armee zuwiderlaufende Klausel vermieden werden müsse.

*) Gedanken und Erinnerungen. Von Otto Fürst v. Bismarck, Stuttgart 1898, II. S. 77.

Als dann aber General Fabrice die zustimmende Depesche aus Wien noch am 15. abends dem General Podbielski überbrachte, erfuhr er zu seinem Schrecken, daß die getroffenen Vereinbarungen nicht die Sanktion des Königs erhalten hätten. Damit änderte sich die Sachlage auch für den Vertreter des Auswärtigen Amtes: Herr v. Savigny klagte jetzt über das vorher von ihm gebilligte Vorgehen des Kriegsministeriums und verkündete am 25. September, offenbar infolge höherer Weisung, die ganze Verhandlung müsse von Neuem begonnen werden.

In jenen Tagen schmerzlicher Enttäuschung hat der Kronprinz daran gedacht, sich persönlich an den preußischen Hof zu begeben, um die Sache seines Vaterlandes zu vertreten; in Dresden war sogar das Gerücht verbreitet, er habe auf dem Wege nach Berlin die Stadt berührt.*) Der König war der Absicht seines Sohnes nicht entgegen, aber er hielt die Ausführung derselben im Augenblick nicht für angezeigt, weil man zuvor die Propositionen Preußens und die mündliche Berichterstattung des Ministers v. Friesen abwarten wollte, der seine baldige Ankunft gemeldet hatte. Trotz der zweifelhaften Aussichten des Friedenswerkes verließ der König am 26. September Wien; doch wählte er als nächstes Reiseziel nicht mehr Teplitz, sondern Prag. In Regensburg, wo im „Goldenen Kreuz" Nachtquartier gehalten wurde, hatte er ein äußerst bewegtes Wiedersehen mit seiner Tochter, Herzogin Sophie, die den schwer bekümmerten Vater am Bahnhof empfing. Am 27. ging es weiter nach Prag. Friesen, der inzwischen ebenfalls dort eingetroffen war, fand den König von den Anstrengungen der weiten Reise, noch dazu bei schlechtem Wetter, „etwas angegriffen und leidend,

*) „Leipziger Zeitung" vom 21., 22. September, S. 4872, 4889.

im Uebrigen gefaßt und in sein Schicksal ergeben, aber doch in einer sehr ernsten und trüben Stimmung."*) Statt des hochbetagten Herrn v. Könneritz, der einen Schlaganfall erlitten hatte, war seit dem 23. September der frühere Bundestagsgesandte, Geheimrath v. Bose, mit der Leitung der politischen Geschäfte betraut. Da während des Einzuges der Truppen in Berlin und der sich anschließenden Festlichkeiten aller Verkehr mit den preußischen Behörden geruht hatte, dauerte die peinigende Ungewißheit fort: bindende Beschlüsse konnten in Prag nicht gefaßt werden. Nur so viel ging aus den Erläuterungen Friesens hervor, daß das Berliner Kabinet fortan auf einer getrennten Verhandlung über den eigentlichen Friedensvertrag und die militärischen Angelegenheiten bestand.

Auf dieser Grundlage wurden denn auch die Berathungen nach der Rückkehr Friesens in den ersten Tagen des Oktober wieder aufgenommen. Dabei stellte sich alsbald heraus, daß eine Trennung der einzelnen Fragen schlechterdings unmöglich war. Ueber die Kriegsentschädigung, die von Preußen auf 10 Millionen Thaler festgesetzt wurde, konnte man besondere Verabredungen treffen, ebenso über die Regulirung einiger anderer Punkte, wie Post- und Telegraphenwesen, Gesandtschaftsrecht, Abtretung einer Strecke der Dresden—Görlitzer Bahn gegen eine Million an die preußische Verwaltung; die ganze staatsrechtliche Stellung Sachsens zu dem Bunde aber stand mit der Gestaltung der Armeeverhältnisse im engsten Zusammenhange: selbst für die Rückkehr des Königs in sein Land war sie von entscheidendem Einfluß. Dazu kam, daß die Bundesverfassung noch nicht vorlag und die normativen Bestimmungen über die Einfügung der Kontingente

*) Erinnerungen II, S. 317.

in die Bundesarmee noch nicht festgestellt waren. Unter diesen Umständen machte das preußische Kriegsministerium den Vorschlag, einstweilen nur eine vorläufige Uebereinkunft mit Sachsen abzuschließen und die endgültige Vereinbarung bis nach erfolgter Errichtung des Norddeutschen Bundes zu vertagen.

Die sächsischen Bevollmächtigten verhehlten sich die bedenkliche Seite dieses Ausweges nicht. Bei der Unsicherheit der Parteigruppirung konnte der künftige Reichstag zu Beschlüssen schreiten, die für Sachsen nicht minder nachtheilig waren als die preußischen Ansprüche. Wenn sie trotzdem nachgaben, geschah es im Vertrauen auf die Einsicht des Parlamentes, die Gemeinsamkeit der Interessen mit den übrigen Bundesgliedern und die heilenden Wirkungen der Zeit.

Indem die Verhandlung sich dann dem Provisorium zuwandte, hatten die Vertreter des Königs noch immer manchen harten Strauß auszufechten. Es tauchten wieder Forderungen auf, die man längst beseitigt glaubte: der Fahneneid und die Einrichtung einer Bundesfestung auf dem Königstein. Zuletzt gelang es den Vorstellungen Fabrices, diese Erschwernisse aus dem Wege zu räumen. Nicht abzuwenden vermochte er die provisorische Besetzung des Landes, einschließlich Dresdens, durch preußische Truppen und die Uebergabe des Königsteins, auf dem jedoch neben preußischer Infanterie eine sächsische Artillerieabtheilung zurückbleiben sollte.

Unterdessen hatte König Johann in Prag einen Augenblick wehmüthiger Freude gehabt, als am 1. Oktober seine greise Schwester Amalie ihn mit ihrem Besuch überraschte. Die Schilderung, welche die Prinzessin von den Drangsalen Dresdens entwarf, fiel schwer auf das Herz des Landesherrn. Die Leiden seines Volkes begannen an dem Mark seines Lebens zu zehren.

Schon die Erinnerungen an eine Leidensepoche seiner Jugend, die sich an Prag knüpften, waren nicht geeignet, ihn aufzurichten, und der höchst nachtheilige Gesundheitszustand der böhmischen Hauptstadt, in der die Raubvögel der Kriegsepidemien noch immer nisteten, forderte gebieterisch einen Wechsel des Aufenthaltes. Wie lebhaft fühlte dies die Prinzessin Amalie, die jede leiseste Schwingung in dem Gemüthsleben ihres Bruders verstand! Am 4. Oktober nahm der König sein Standquartier in Karlsbad, woselbst auch seine Gemahlin eintraf, die am 30. September von Wien aufgebrochen war und die Reise über Ischl in Begleitung der Prinzessin Georg und der Kinder zurückgelegt hatte. Als dann der Inhalt der am 13. Oktober vereinbarten, am 14. von Wilhelm I. genehmigten Verträge gemeldet wurde, trug der König Bedenken, in einer so wichtigen Sache allein zu entscheiden; er ließ aus Wien den Kronprinzen und den General v. Schimpff, aus Dresden den Minister v. Falkenstein telegraphisch herbeirufen, um aus ihrem Munde die Stimme der Armee und des Landes zu vernehmen. Nach einem Vortrag des Generals v. Fabrice wurde, unter der Zustimmung der Anwesenden, am 18. Oktober der Entwurf der Friedensurkunde von dem König unterzeichnet. In dem darüber aufgenommenen Akt heißt es: „Beseelt von dem sehnlichen Wunsche, die Belastung und die Opfer, welche der fortdauernde Kriegszustand dem Land und dessen Bewohnern auferlegt, ein Ziel gesetzt zu sehen, sind Seine Majestät, wenn auch mit schwerem Herzen bereit, die Bedingungen anzunehmen.“*)

Der Kronprinz reiste am 20. Oktober von Karlsbad über München, die Stadt nur flüchtig berührend, nach Possenhofen zu

*) Nach dem Original in den Akten des auswärtigen Ministeriums.

seiner Schwester, der Herzogin Karl Theodor. Hier, in der herbstlichen Einsamkeit des Starnberger Sees, erreichte ihn am 21. nachmittags eine Depesche Friesens und Hohenthals, welche lautete: „Heute Abend erfolgt Unterzeichnung des Friedens in Berlin: Auswechselung der Ratifikation wahrscheinlich noch im Laufe der Woche.“ Nach Hetzendorf kam die Friedensnachricht am 22. Oktober. Die Kronprinzessin eilte damit in das Theresianum zu ihren Pflegebefohlenen. Ihre Worte: „Jetzt geht es in die Heimath zurück!“ riefen einen Jubel hervor, der alle Schranken der Etikette durchbrach. Der Kronprinz begab sich am 22. noch einmal nach Wien, um den Rücktransport der Truppen zu überwachen. Der Aufbruch der Truppen von Wien nahm am 26. Oktober seinen Anfang; der Kronprinz selbst und Prinz Georg verabschiedeten sich von ihren österreichischen Waffengenossen am 1. November abends; die ganze Generalität, Erzherzog Albrecht an der Spitze, und eine Ehrenkompagnie, waren auf dem Bahnhof versammelt; die Militärmusik spielte als letzten Gruß die Sachsenhymne. Besonders dankbar war der Kronprinz dem Erzherzog für einen den sächsischen Truppen gewidmeten Tagesbefehl, der gerade dem Gedanken Worte verlieh, von dem der Führer der Sachsen an der Schwelle seiner neuen Thätigkeit erfüllt war: „Wer seiner Pflicht so vollständig als die sächsischen Soldaten genügte, in so harten Prüfungen so ungebeugten Sinnes blieb, darf getrost auf die Vergangenheit und in die Zukunft blicken.“

In Teplitz, der letzten Etappe vor der Heimkehr, vollzog der König am 24. Oktober die ersten Regierungsakte, den Erlaß einer Proklamation an das Land und die Ernennung des Generallieutenants v. Fabrice zum Kriegsminister. Unter Beibehaltung des Finanzministeriums übernahm der Freiherr

v. Friesen das auswärtige Ressort, das des Innern der bisherige Kreisdirektor v. Nostitz-Wallwitz. Am 26. Oktober mittags 1 Uhr erhob sich das Königspaar von Teplitz zum Wiedereinzug in das angestammte Land. Schon in Bodenbach hatte sich ein zahlreiches, aus allen Ständen der sächsischen Bevölkerung gemischtes Publikum versammelt. Als die Landesgrenze erreicht war, gaben die Geschütze auf dem Königstein den Salut; der preußische Kommandant, Generallieutenant v. Briesen, und der sächsische Unterkommandant, Oberst Andrich, begrüßten den König. In Pillnitz waren aus weiter Umgegend die Landbewohner herbeigeströmt. An dieser gewohnten Stätte vereinigte sich in den nächsten Tagen die ganze königliche Familie: der Kronprinz und Prinz Georg trafen über Prag am 2. November nachmittags ein, die Kronprinzessin, aus Ischl kommend, im Laufe der Nacht. Unter Glockengeläut hielt der Hof am 3. November seinen Einzug in die Residenz, von den Anreden des Oberbürgermeisters Pfotenhauer und des Vertreters der evangelischen Geistlichkeit Kohlschütter begrüßt. Deputationen aus allen Landestheilen sprachen dem König die Gesinnungen der Treue und dynastischen Anhänglichkeit aus; auch Leipzig, wo sich eine Parteiung zu Gunsten des Anschlusses an Preußen geregt hatte, blieb nicht zurück; der Stadtrath, die Kommunalgarde, die Universität, die Studenten brachten ihre Huldigungen dar.

Wie der König und der Thronerbe fest entschlossen waren, zu dem neuen Bunde die Hand zu reichen, so sprach sich jetzt auch die Landesvertretung in diesem Sinne aus. Am 15. November wurde die Ständeversammlung von dem König in Gegenwart der Prinzen eröffnet. Die Erste Kammer bewilligte den Friedensvertrag und das nach preußischem Muster umgearbeitete Wehrgesetz fast ohne Debatte. Die Zweite Kammer ent

hielt sich nicht ganz einer kritischen Rückschau auf die Politik von 1866, und die liberale Partei verwahrte sich dagegen, daß sie den Norddeutschen Bund als die letzte Krystallisationsform der deutschen Einheit betrachte; — zuletzt aber verbanden sich alle Parteien zu einem versöhnlichen Schlußakkord durch einstimmige Annahme der beiden Vorlagen.

Unmittelbar nach dem Schluß der Verhandlungen statteten der König und der Kronprinz dem preußischen Königshause den ersten Besuch ab. Erleichtert wurde dieser bedeutsame Schritt der Aussöhnung durch die wahrhaft herzlichen Worte, mit denen Wilhelm I. bei der Abschiedsaudienz der Friedensbevollmächtigten seine unveränderte Freundschaft für König Johann ausgesprochen hatte. Die Spannungen der letzten Jahre übergehend, erinnerte sich der preußische Monarch an die Zeit des Frankfurter Fürstentages; die Bemühungen des Königs von Sachsen, ihm den Beitritt zu ermöglichen, werde er stets in dankbarem Andenken behalten.*) Dieser Kundgebung des Vertrauens entsprach die Aufnahme, welche die sächsischen Fürsten am 16. Dezember in Berlin fanden. König Wilhelm war seinen Gästen bis Großbeeren entgegengefahren, und die Gegenwart der obersten Würdenträger des Staates und Hofes, unter Vortritt Bismarcks, beim Empfang auf dem Bahnhof, ließ den Werth, den man in Preußen dem Erscheinen des Königs und seines Sohnes beilegte, auch nach außen hin hervortreten. König Wilhelm erwarb sich durch seine ungezwungene Herzensgüte sofort wieder die volle Zuneigung des Kronprinzen. Die Königin Augusta, der Kronprinz Friedrich Wilhelm und seine Gemahlin, nicht am wenigsten die Königin Elisabeth, bei welcher der Prinz mehrere Stunden in

*) Friesen, Erinnerungen II, S. 346.

Charlottenburg verweilte, gaben ihm ihre Freude über die Wiederherstellung der alten Beziehungen zu erkennen. Bismarck meldete sich zur Audienz; die maßvolle Zurückhaltung, mit der er sich über die zukünftige Entwickelung der Bundesverfassung und die Stellung der Fürsten innerhalb derselben aussprach, seine geflissentlich betonte Rücksicht auf die Empfindlichkeit Frankreichs erwarben den vollen Beifall des sächsischen Thronerben. Noch nicht gerade eine intime Freundschaft, aber doch eine vielversprechende Annäherung war das Ergebniß der Unterredung zwischen dem Kronprinzen und dem ersten Beamten des Norddeutschen Bundes. Die Wirkung muß wohl eine gegenseitige gewesen sein, denn die unter Bismarcks Einfluß stehende Provinzialkorrespondenz berichtete: „Der Kronprinz von Sachsen hat durch sein ganzes Auftreten den Eindruck hinterlassen, daß er mit klarem und entschiedenem Bewußtsein die neue Stellung und Aufgabe Sachsens an der Seite Preußens erfaßt hat und an seinem Theile durchzuführen bereit ist."

Die nächstliegende Aufgabe, die dem Kronprinzen aus den neuen Verhältnissen erwuchs, war die Reorganisation der Armee. Nach einer am 7. Februar 1867 zwischen dem Kriegsminister v. Fabrice und dem preußischen General v. Stosch abgeschlossenen Konvention bildeten die sächsischen Truppen fortan das XII. Korps der norddeutschen Bundesarmee. unter Wahrung ihrer Selbständigkeit, nur daß, wie bei den übrigen Kontingenten, auch bei dem sächsischen dem Fahneneid die Verpflichtung auf den Bundesfeldherrn einverleibt wurde. Zu gleichmäßiger Ausbildung der Infanterie diente die zeitweise Errichtung eines sächsischen Lehr-Bataillons, das bereits am 18. Januar 1867 unter Oberstlieutenant v. Montbé zusammentrat und seine Anleitung von preußischen Offizieren und Unteroffizieren erhielt. Der Kron-

prinz widmete diesen Uebungen, die wegen der winterlichen Jahreszeit in den damals unbenutzten Räumen der alten Galerie, des jetzigen Johanneums, stattfanden, große Aufmerksamkeit. Dafür erntete er aber auch den besten Erfolg; als König Wilhelm und der Kronprinz von Preußen ihren Gegenbesuch in Dresden machten, bestand das Lehr-Bataillon bei einem Exerziren vor dem Bundesfeldherrn am 20. Februar die Prüfung glänzend. Am 23. Februar 1867 wurde der Kronprinz zum Kommandanten des XII. Bundeskorps ernannt. Ende März konnten die ausgebildeten Offiziere und Unteroffiziere des Lehr-Bataillons in die einzelnen Regimenter entlassen werden.

Während der Kronprinz inmitten dieser Thätigkeit begriffen war, riß der unerbittliche Tod eine schmerzlichst empfundene Lücke in die Reihen des Albertinischen Hauses. Infolge einer Erkältung, die sie sich auf der Rückkehr von einem Balle zuzog, erkrankte die Herzogin Sophie von Bayern an einer im Beginn nur leicht auftretenden Affektion des Kehlkopfes, die jedoch trotz sorgfältiger ärztlicher Pflege die Lungen ergriff. Am 9. März 1867, abends 9 Uhr, verschied die Prinzessin, wenige Tage vor Vollendung ihres 22. Lebensjahres. Ein düsteres Verhängniß waltete über der Nachkommenschaft des Königs Johann und der Königin Amalie; von neun Kindern wurden ihnen sechs entrissen, alle in der Blüthe der Jugend. Der Kronprinz, der diese seine jüngste Schwester am 22. Oktober des Kriegsjahres zum letzten Male gesehen hatte, wohnte am 14. März der Bestattungsfeier in der Kirche des Schlosses Banz bei, an der Seite des trauernden Gemahls, der Prinzen Ludwig und Max Emanuel von Bayern, des Erbprinzen von Thurn und Taxis und des Königs Otto von Griechenland. Eine Kopf an Kopf gedrängte Volksmenge füllte die außerordentlich geräumige Kirche; der Gesang eines

Männerchors, zu welchem die Lehrerschaft der umliegenden Gemeinden sich vereinigt hatte, geleitete die sterbliche Hülle zur Gruft. Wie viele Freuden hatten die Eltern von der glücklichen Ehe dieser Tochter für die Zukunft erwartet! Wahrlich, die Hand der göttlichen Prüfungen ruhte schwer auf dem alternden Königspaar!

Am 1. April war die Neuformation der sächsischen Truppen vollendet. Um darüber Bericht zu erstatten, begab sich der Kronprinz an jenem Tage abermals an den preußischen Hof. Es war der Augenblick, in welchem der Luxemburger Streit alle Welt in Bewegung setzte. Heute wird man sagen müssen, daß die Napoleonische Politik mit der Aufrührung dieser europäischen Frage einen entschiedenen Mißgriff beging, denn ihre geheimen Anzettelungen mit dem Königreich der Niederlande brachten das zu Wege, was sie doch um jeden Preis zu verhindern suchte, den nationalen Zusammenschluß aller Parteien in Deutschland. Die Veröffentlichung der Schutz- und Trutzverträge mit den süddeutschen Staaten, die damals erfolgte, machten die Vorwürfe verstummen, welche die Fortschrittspartei und ein Theil der Nationalliberalen in den Debatten des ersten Norddeutschen Reichstages gegen die Trennung Deutschlands erhoben hatten. Die Interpellation Bennigsens und Bismarcks tapfere Beantwortung, die zum ersten Male das Machtgefühl der deutschen Einigung über ganz Europa ausstrahlen ließ, verfehlten ihren Eindruck auf den Kronprinzen nicht.

Seit der Eröffnung des Landtages im November 1866 hatte der Kronprinz sich in gewohnter Weise an den parlamentarischen Arbeiten betheiligt. Den Vorsitz in dem Finanz- und Gesetzausschuß der Ersten Kammer behielt er bei; dagegen zwangen ihn seine militärischen Geschäfte, ein anderes Mandat,

den Vorsitz in der Zwischendeputation für die Vorberathungen einer neuen Berg-Ordnung, am 14. Januar 1867 niederzulegen. Wegen des Beginns der Reichstagssession am 24. Februar mußte die sächsische Ständeversammlung vertagt werden. Bei ihrem Wiederzusammentritt am 30. April handelte es sich um die Stellungnahme zu der Verfassung des Norddeutschen Bundes. Im Vertrauen auf die gedeihliche Entwickelung der Bundesverhältnisse hatte die sächsische Regierung bei den Konferenzen der Bundesbevollmächtigten, die dem konstituirenden Reichstage vorangingen, trotz einiger Bedenken sich jedes Amendements der Verfassung enthalten. Diesen Standpunkt theilend, votirte die Erste Kammer am 4. Mai einstimmig die Annahme. Der Kronprinz betheiligte sich an der Abstimmung nicht, wohl aber Prinz Georg. Unter den Abgeordneten der Zweiten Kammer gab es eine kleine Partei, die aus ähnlichen Motiven wie die Minorität im Reichsparlament die Vorlage verwarf. Sie vermißte in der Verfassung die Grundrechte und die Ministerverantwortlichkeit; sie nahm ferner Anstoß an der Festlegung des Militäretats bis zum Jahre 1871, in der sie eine Beschränkung des Budgetrechtes erblickte. Wie früher gezeigt, gehörte es zu den traditionellen Bestrebungen der sächsischen Volksvertretung, einen entscheidenden Einfluß auf die Präsenzstärke des Heeres und damit auf die Gesammtheit des Militäretats auszuüben.*) Diese Tendenz übertrug die sächsische Fortschrittspartei auf die Reichsverhältnisse, umsomehr als in den nicht militärischen Kreisen des Landes eine starke Neigung zur Einführung der zweijährigen Dienstzeit vorhanden war. Der Kronprinz theilte die von allen Bundesregierungen vertretene Ansicht, nach welcher die Ungewißheit der

*) Vergl. S. 97.

politischen Lage die Sicherstellung des Bestandes der Armee zu einer Nothwendigkeit machte, und wenn in der Debatte der Zweiten Kammer schon damals der Wunsch nach einer europäischen Friedenskonferenz ausgesprochen wurde,*) so war er wohl der Letzte, der sich in dieser Beziehung vorzeitigen Hoffnungen hingab. Es waren von 73 Stimmen nur sechs, welche die Verfassung ablehnten. Unmittelbar nach diesen Verhandlungen wurden die Kammern zum zweiten Male vertagt.

Nachdem so die Annahme der Bundesverfassung erfolgt war, verließen auf Grund der Konvention vom 7. Februar die preußischen Mannschaften im Laufe des Monats Mai Dresden und die übrigen sächsischen Garnisonorte mit Ausnahme von Leipzig, Bautzen und dem Königstein. Der Hof, und namentlich der Kronprinz, hatte mit den preußischen Offizieren in mannigfachem Verkehr gestanden. In der weiteren Gesellschaft machte sich noch eine gewisse Zurückhaltung gegen die preußischen Elemente geltend, doch stellte die offizielle Presse den abziehenden Truppen das Zeugniß aus, daß ihre Haltung während der fast einjährigen Dauer der Besetzung eine mustergültige gewesen sei.**)

In diese Tage fiel ein freudiges Familienereigniß des Albertinischen Hauses, die am 31. Mai erfolgte Geburt einer Tochter des Prinzen Georg, Prinzessin Maria Josepha, bei deren Taufe am 1. Juni 1867 der Kronprinz Zeuge war.

Am 16. Juni wurden den neuformirten Bataillonen der Dresdner Garnison die Fahnen verliehen; bei der Revue, die sich daran anschloß, erschienen die Truppen in den neuen Uniformen. Noch am Abend des 16. trat der Kronprinz mit seiner Gemahlin

*) Mittheilungen der Zweiten Kammer, 3. Mai, S. 743.
**) Leipziger Zeitung vom 27. Mai, S. 3095.

eine Reise nach Paris zum Besuch der Weltausstellung an. Gleich nach Eröffnung dieses großartigen Schauspiels, das in Bezug auf äußeren Glanz den Höhepunkt in der repräsentativen Erscheinung des Zweiten Kaiserreiches bildete, hatte die Tante der Prinzessin Carola, Herzogin von Hamilton, die über ein eigenes Heim in Paris verfügte, eine Einladung an das kronprinzliche Paar ergehen lassen. Der Kronprinz wünschte jeden Anschein zu vermeiden, als ob sein Aufenthalt in Paris mit irgendwelchen politischen Zwecken in Verbindung stünde; am liebsten wäre er den offiziellen Kreisen überhaupt fern geblieben.*) Die Kaiserin Eugenie bat jedoch ausdrücklich darum, den sächsischen Prinzen und seine Gemahlin an einem der Empfangstage in den Tuilerien, bei dem alle souveränen Fürstenhäuser des Abendlandes und des Orients vertreten waren, bewillkommnen zu dürfen. Der Kronprinz nahm während der kurzen Zeit seines Verweilens in Paris vom 17. Juni bis 4. Juli eine Fülle reizvoller und zugleich belehrender Eindrücke in sich auf; ganz besonders fesselten ihn die Erzeugnisse der fremdländischen Kultur und Industrie, die der Weltausstellung auf dem Marsfelde in weit höherem Maße ihr eigenthümliches Gepräge verliehen als dies 1862 in London der Fall gewesen war.

Am 20. Juni wurde das kronprinzliche Paar, zunächst in einer Privataudienz, die fast eine Stunde währte, in den Tuilerien empfangen. Den fürstlichen Gästen bis in den Eintrittssalon entgegengehend, drückte der Kaiser dem Kronprinzen die Hand, die Kaiserin umarmte die Kronprinzessin. Eine Loge in der Oper wurde zur Verfügung gestellt, und am 27. Juni fand zu Ehren

*) Bericht des preußischen Gesandten in Dresden, Herrn v. Eichmann, 12. Juni 1867, nach gütiger Mittheilung des Geheimen Staatsarchivs in Berlin.

der sächsischen Fürstlichkeiten ein Festmahl statt. Der sächsische Gesandte in Paris, Herr v. Seebach, berichtet am 24. Juni: „So beschränkt der Aufenthalt Ihrer Königlichen Hoheiten ist, ihre unermüdliche Thätigkeit verdoppelt die Stunden, und ich bin ziemlich sicher, daß ihnen nicht nur keines von den Wunderwerken der Ausstellung entgehen wird, sondern daß alles Interessante, was Paris umschließt, ihnen vertraut werden wird. Die Kronprinzessin hat die vornehmsten Wohlthätigkeitsanstalten besucht. Der heutige Tag ist für Versailles bestimmt, in Gesellschaft mit dem Grafen und der Gräfin von Flandern."*) Einige Tage später, 1. Juli, waren der Kronprinz und seine Gemahlin vor der kaiserlichen Tribüne des Industriepalastes Augenzeugen der Preisvertheilung; bei dem darauf folgenden Umgang des gesammten Hofes, an dem sich auch Sultan Abd-ul-Asis betheiligte, erschien die Kronprinzessin am Arme des Prinzen von Wales.

Die Beschäftigung mit den Zuständen der französischen Armee und der französischen Militärlitteratur gehörte schon längst zu den täglichen Studien des Kronprinzen. Bei einer Revue, die der Kaiser am 26. Juni über die Pariser Eliteregimenter in dem Tuileriengarten und auf dem Konkordienplatz abhielt, sah er die französischen Truppen zum ersten Male; zwar schloß er sich nicht, wie andere Fürsten, dem Gefolge Napoleons III. an, aber unter der ganzen Volksmenge gab es wohl keinen aufmerksameren Beobachter als ihn. Mitten in den Festtrubel, von dem Paris und ganz Frankreich ergriffen waren, fiel dann die Nachricht von dem tragischen Untergang des Kaisers Maximilian von Mexiko. Sowohl der Kronprinz als der König sprachen dem Kaiser von

*) Politischer Schriftwechsel mit der Gesandtschaft in Paris. Hauptstaatsarchiv.



Oesterreich ihr tiefempfundenes Beileid aus. An den König richtete Franz Joseph die würdevollen Worte: „Aus ganzer Seele sei Ihnen Dank für Ihr warmes Mitgefühl gesagt und Ihrem ehrenden Andenken sei mein unglücklicher Bruder empfohlen, der auf fremder Erde als muthiger Märtyrer für die einmal erkorene Sache den Tod fand."

Noch eine andere Hiobspost störte die Freude an dem Pariser Aufenthalt — der Tod des Erbprinzen Maximilian von Thurn und Taxis am 26. Juni 1867; der Kronprinz war diesem langjährigen Jugendfreunde zum letzten Male bei der Trauerfeier in Schloß Banz begegnet. Auf der Rückreise, die am 4. Juli angetreten wurde, besuchte das kronprinzliche Paar den Herzog Karl Theodor in Possenhofen und traf am 9. Juli wieder in Dresden ein. Es war in jener Zeit, daß die einzige noch lebende Tochter des Königs Johann und der Königin Amalie, Herzogin Elisabeth von Genua, mit ihren beiden Kindern, der Prinzessin Margarethe und dem Prinzen Thomas, mehrere Wochen hindurch in Pillnitz verweilte. Die Prinzessin, damals fünfzehn Jahre alt, erwarb sich nicht nur durch ihre hervorragende Schönheit, sondern auch durch die temperamentvolle Empfänglichkeit, mit der sie die künstlerischen und landschaftlichen Eindrücke einer für sie neuen Umgebung in sich aufnahm, weit über den Kreis ihrer sächsischen Verwandten hinaus allgemeine Sympathien. Prinz Thomas von Genua zeigte wie sein früh verstorbener Vater lebhaftes Interesse für das Kriegswesen. In Gegenwart der italienischen Gäste ging am 3. August die Enthüllung des Denkmals für Friedrich August II. vor sich, das nach dem Hähnelschen Modell von Herold in Nürnberg in Erz gegossen war. Bei der Ehrenparade auf dem Neumarkt in Dresden führte der Kronprinz das 1. Jäger-Bataillon Nr. 12,

zu dessen Chef ihn der König am 21. März 1867 ernannt hatte. Am 30. August wohnte er als Korpskommandant der Verleihung der Fahnen an die Regimenter Nr. 102 bis 107 im Residenzschlosse bei. Dann folgte im September auf besonderen Wunsch des Kronprinzen eine Inspizirung der an verschiedenen Punkten des Landes in Kantonnements zusammengezogenen Truppen durch den preußischen General v. Fransecky. Mit diesen Musterungen, die zu voller Zufriedenheit verliefen, hatte, kaum elf Monate nach dem Friedensschluß, die Umwandlung des sächsischen Korps ihre Probe bestanden.

Während des Stillstandes der militärischen Geschäfte, der nach dem Herbstmanöver einzutreten pflegt, machte der Kronprinz zum ersten Male nach dem Kriege einen Besuch in Ischl, wo er vom 29. September bis 9. Oktober Gast des Kaisers Franz Joseph war. In allen Ländern der Stephanskrone wurde damals der Kampf für und wider das Konkordat ausgefochten; die Energie, mit der der Reichskanzler Beust den liberalen Standpunkt der Regierung gegen die Ansprüche des Episkopats und der klerikalen Partei vertheidigte, fand auch den Beifall des Kronprinzen. Nachdem der Kronprinz in den Tagen vom 21. bis 26. Oktober mit seinem Bruder an den Jagden des Herzogs von Braunschweig theilgenommen hatte, rief ihn der Wiederbeginn der landständischen Arbeiten in die Heimath zurück.

Aus der gleichzeitigen Tagung des Norddeutschen Parlamentes und der Einzellandtage ergab sich ein Uebelstand, der auch in Sachsen empfunden wurde. Infolge einer zweimaligen Unterbrechung, die durch die Konkurrenz des Reichstages bedingt war, vertheilten sich die Sitzungsperioden der sächsischen Ständeversammlung auf den Zeitraum vom November 1866 bis Ende Mai 1868. Die zu bewältigenden gesetzgeberischen Aufgaben

waren allerdings außerordentlich mannigfaltig und sie gewannen dadurch an Bedeutung, daß sie sich unter dem Einfluß vollzogen, den die politische Umgestaltung Norddeutschlands auf die inneren Verhältnisse der sächsischen Monarchie ausübte. Am nachhaltigsten äußerte sich die Wirkung sogleich in einer wichtigen Verfassungsfrage. Das Wahlverfahren, welches nach der Konstitution von 1831 die Zusammensetzung der Landesvertretung bedingte, war, wie früher dargelegt, Gegenstand fortgesetzter Anfechtungen von Seiten der liberalen Parteien gewesen.*) Die Einführung des allgemeinen und direkten Wahlrechts für den Reichstag konnte nur zur Verallgemeinerung der Agitation beitragen. Die Regierung selbst beantragte die Beseitigung der Wahl nach den Berufsklassen. Bei der besonnenen Haltung der parlamentarischen Parteien Sachsens vollzog sich die Verfassungsänderung ohne erheblichen Widerspruch.

Der vorherrschenden liberalen Strömung, die überhaupt den Charakter der letzten Regierungsepoche des Königs Johann bestimmt, entsprach dann ferner die Neuordnung der Verfassungsverhältnisse innerhalb der evangelischen Landeskirche. Schon bei Begründung der konstitutionellen Verfassung war den kirchlichen Gemeinden eine freiere Gestaltung in Aussicht gestellt, und der religiös-politische Kampf, der um die Mitte der vierziger Jahre in Sachsen entbrannte, hatte die Selbstverwaltung zu einer Forderung erhoben, die auch in den Zeiten der rückläufigen Bewegung niemals ganz verstummte. Der erste Entwurf, den die Regierung im Jahre 1860 hatte ausarbeiten lassen, beruhte auf dem Gedanken, neben einer leitenden Kirchenbehörde, der die Aufsicht über Lehre, Kultus und Amt obliegen sollte, eine selb-

*) Vergl. S. 94, siehe auch I, S. 168.

ständige Vertretung der einzelnen Kirchengemeinden ins Leben zu rufen und aus diesen frei gewählten Körperschaften eine allgemeine Landessynode hervorgehen zu lassen. Auf dem Landtag von 1860 wurde der Entwurf der Ersten Kammer unterbreitet, die ihn jedoch nach zweimonatlicher Berathung ablehnte. Da sich herausgestellt hatte, daß der wesentliche Differenzpunkt nicht sowohl in der Presbyterial- und Synodalordnung als in der Einrichtung der Konsistorialverfassung bestand, beschritt die Regierung einen anderen Weg, indem sie im Jahre 1865 einen zweiten Entwurf aufstellte, der nur die Grundzüge der Gemeinde- und Synodalordnung umfaßte, während es die Aufgabe der Landessynode sein sollte, bei der Feststellung der Konsistorialverfassung ihre mitwirkende Stimme geltend zu machen. In dieser veränderten Form wurde das Kirchengesetz von den Ständen angenommen.*)

Kronprinz Albert hat auch während der damaligen Tagung als Referent der Ersten Kammer in Finanzsachen mehrmals das Wort ergriffen; am 16. Februar 1868 z. B. plaidirte er für eine außerordentliche Bewilligung zu Gunsten der Bergakademie in Freiberg. Außer an den Verhandlungen über Aenderung des Wahlrechtes, für die auch er mit seiner Stimme eintrat, betheiligte er sich an einem anderen gesetzgeberischen Akt, über den im ganzen Lande eifrigst debattirt wurde. Es handelte sich um eine theilweise Revision des Strafgesetzbuches, namentlich um Abschaffung der Todesstrafe. Die Theilnahme an der viel erörterten Frage gehört zu den geschichtlichen Ueberlieferungen des Albertinischen Hauses; wie Friedrich August II. und König

*) A. J. Runge (Superintendent in Meißen), die Leitung der sächsischen evangelisch-lutherischen Landeskirche, Leipzig 1870, S. 90 ff.

Johann in früheren und späteren Lebenstagen, so hat auch der Kronprinz sich eingehend mit diesem Gegenstand beschäftigt. An dem Tage, an welchem die Abschaffung der Todesstrafe in einer Sitzung des Ministeriums beschlossen wurde, 10. Januar 1868, schrieb König Johann dem Justizminister Schneider: „Gott segne unseren heutigen Entschluß und lasse ihn zum Besten des Landes gereichen.“*) Der Kronprinz theilte die Anschauung seines Vaters und stimmte im Gegensatz gegen die Mehrheit der Konservativen am 19. Mai für die Aufhebung.

In die Zeit der Landtagssession fällt ein kurzer Aufenthalt des Prinzen in München vom 8. bis 10. März als Vertreter des sächsischen Fürstenhauses bei der Bestattung des Königs Ludwig I. Nach Dresden zurückgekehrt, wurde der Kronprinz am 12. März mittags bei einem Spazierritt durch den Großen Garten von einem Individuum überfallen, das ihm mit einer Pistole in den Weg trat, ohne aus der bis an die Mündung geladenen Schußwaffe Feuer zu geben. Das mystische Dunkel, das anfangs über dem Vorgang schwebte, wurde aufgeklärt, als sich bei der Untersuchung die Unzurechnungsfähigkeit des an Wahnvorstellungen leidenden Attentäters herausstellte.**) Beide Kammern gaben der Freude des Landes über die Errettung des Prinzen Ausdruck. Dann wohnte der Kronprinz am 20. und 21. März den Paraden des preußischen Gardekorps in Potsdam und Berlin bei und brachte am 22., wie in den folgenden Jahren fast regelmäßig, dem König Wilhelm I. zur Geburtstagsfeier die Glückwünsche des sächsischen Hofes dar. Auch die Kronprinzessin

*) Nach dem Original im Besitz der Tochter Schneiders, Geheimräthin Oertel.

**) Bericht des preußischen Gesandten v. Eichmann, 13. März 1868. Geheimes Staatsarchiv in Berlin.

begab sich am 21. nach Berlin. Obwohl die Feste sich drängten, erübrigte der Kronprinz am 23. die Zeit zu einer genauen Besichtigung der Militäretablissements in Spandau. Nachdem der Landtag noch in den letzten Wochen ein Gesetz über die Einführung der Geschworenengerichte erledigt hatte, wobei der Kronprinz abermals im Widerspruch mit einem Theil der konservativen Partei seine Stimme für die Vorlage der Regierung abgab, wurde die Ständeversammlung am 30. Mai 1868 geschlossen.

Während so die Verfassungsverhältnisse des Landes in stetem Fortschreiten begriffen waren, bewegte sich auch die Theilnahme an den Bundesangelegenheiten in festen und gesicherten Bahnen. Seit der Feststellung der Geschäftsordnung des Bundesrathes war die sächsische Regierung in den fünf Ausschüssen für Militärsachen, Zoll- und Steuerwesen, Handel und Verkehr, Eisenbahn, Post, Telegraphie und Rechnungswesen, später auch in dem Justizausschuß vertreten. Da der Bundesgesetzgebung die bewährten Einrichtungen Sachsens vielfach als Muster dienten, war den sächsischen Kommissaren von Anfang an eine hervorragende Stellung unter den Mitgliedern der Exekutivbehörde des Bundes gesichert. Der Minister v. Friesen erwarb sich sehr bald das intime Vertrauen des Bundeskanzlers, Geheimrath Weinlig galt als eine allgemein anerkannte Autorität in den Fragen des Heimathrechts, der Freizügigkeit und der Gewerbeordnung, ebenso der Geheimrath v. Thümmel, der spätere Finanzminister König Alberts, in Zoll-, Münz- und Budgetsachen, und der Geheime Justizrath Klemm auf juristischem Gebiete. Freilich stellte Sachsen zugleich in dem Abgeordneten Bebel einen Hauptkämpfer der Sozialdemokratie auf die Rednertribüne des Parlamentes.

Wie bei großen weltgeschichtlichen Umwandlungen der Geist der alten Zeit sich niemals sogleich in die neuen Lebensformen findet, so machte sich auch in Sachsen anfangs in Bezug auf die organische Entwickelung der Bundesverfassung eine gewisse Indifferenz bemerkbar. An den Wahlen für die erste ordentliche Session des Reichstags am 31. August 1867 hatten sich kaum 30 Prozent der Wahlberechtigten betheiligt, und mit Ausnahme der verschwindend kleinen nationalliberalen Partei, die unter den 23 sächsischen Abgeordneten nur mit vier Stimmen vertreten war, zeigten sich die übrigen Parteien wenig geneigt, den Bestrebungen der preußischen Nationalliberalen, die auf eine Erweiterung der Bundeskompetenzen hindrängten, Folge zu leisten.

Dazu kam, daß das beschleunigte Verfahren bei Einführung mancher Reformen nicht immer geeignet war, die betheiligten Kreise für die Neuerung günstig zu stimmen. Daraus ergaben sich kleine Reibungen, von denen auch der Kronprinz nicht ganz unberührt bleiben sollte. Die preußische Uniformirung hatte namentlich unter den älteren und ausgedienten Militärs ihre Gegner, denen es schmerzlich war, von so mancher bewährten und mit Vorliebe gepflegten Besonderheit der sächsischen Heereseinrichtungen für immer Abschied nehmen zu müssen. Das Organ der sächsischen Militärvereine brachte einen Artikel, der, zunächst gegen die „preußische Pickelhaube“ gemünzt, sich in nicht gerade bundesfreundlichen Aeußerungen über das Verhältniß Sachsens zu der norddeutschen Einigung erging. Bei einer Verhandlung im preußischen Abgeordnetenhause am 9. Dezember 1867 kam der Umstand zur Sprache, daß der sächsische Thronfolger Protektor der Militärvereine sei. Bismarck brach eine Lanze für den Kronprinzen: er stellte, mit vollem Recht, jede Betheiligung desselben an dem „Preßelaborat“ in Abrede und

verbürgte sich für „die nationale, politische und vertragstreue Haltung der königlich sächsischen Regierung.“*) Wie der preußische Hof darüber dachte, ergiebt sich aus einer am Geburtstage des Königs Johann, 12. Dezember, erlassenen Kabinets-Ordre, welche die Zurückziehung der preußischen Besatzungen aus Leipzig und Bautzen verfügte.

Soweit es sich um den politischen Zusammenhalt des Bundes handelte, stand Sachsen in Bezug auf die nationale Richtung des Volksgeistes hinter keinem der deutschen Staaten zurück. Seit der luxemburger Frage gab es auch in Sachsen eine deutsche Politik, die in dem Grundsatz gipfelte, daß jeder Versuch einer fremden Einmischung in die föderative Entwickelung Deutschlands mit Entschiedenheit zurückgewiesen werden müsse. Der Zusammentritt des Zollparlaments, am 27. April 1868, und der Anschluß der Südstaaten zunächst auf wirthschaftlichem Gebiet wurden von allen Parteien des Landes mit Freuden begrüßt. Der Kronprinz schenkte der Entwickelung der Bundesverhältnisse eine stetig fortgesetzte Theilnahme. Während seiner Anwesenheit in München, im März 1868, war er zu dem bayerischen Premierminister, dem jetzigen Reichskanzler, Fürsten Chlodwig von Hohenlohe-Schillingsfürst, in nahe Beziehungen getreten. Die unendlich schwierige Stellung des Fürsten, dessen nationales Programm bei der klerikalen und konservativen Partei Bayerns auf lebhaften Wiederstand stieß, blieb ihm nicht unbekannt.

Der Sommer des Jahres 1868 führte den Kronprinzen noch einmal auf die Schlachtfelder in Böhmen. Am 1. Juli begab er sich mit dem Kriegsminister, General v. Fabrice, dem

*) H. Kohl, Reden Bismarcks III, S. 381.

Major im Generalstabe Schubert, und dem persönlichen Adjutanten, Hauptmann Grafen Vitzthum v. Eckstädt, über Zittau und Reichenberg nach Gitschin. In Diletz wurden die Gräber der Sachsen aufgesucht, dann ging es über Chlum und Sadowa am 3. Juli, dem Jahrestage der Schlacht, nach Königgrätz zum Nachtquartier und am 4. von Nieder-Prim, dem Standort des sächsischen Kommandos in der Nacht vor dem Entscheidungskampfe, nach Skalitz und Trautenau.*) Am 20. August begannen die Herbstübungen mit einer Inspizirung der Kavallerie bei Borna durch den Kronprinzen. Vom 1. bis 3. September manövrirten vier Reiter-Regimenter und zwei reitende Batterien vor dem Inspekteur der Kavallerie, Prinzen Friedrich Karl bei Großenhain, und am 7. September empfing der Kronprinz in Röderau den König Wilhelm, der nach Dresden kam, um die erste größere Revue über die sächsischen Truppen abzunehmen. Auf dem Exerzirplatz am Heller stand am 8. September die ganze 1. Division Nr. 23 in Parade, befehligt von dem Generallieutenant Prinzen Georg. Der Frontbesichtigung und dem Vorbeimarsch folgte eine größere Gefechtsübung, Kampf der Division gegen einen supponirten Feind, der im Vorrücken auf Dresden die umliegenden Höhen besetzt hatte. Nach einem Besuch des Königs Wilhelm in dem Strehlener Landhause des Kronprinzen am frühen Morgen des 9. September wurde das Manöver fortgesetzt, dann war Tafel im Schlosse Moritzburg. Das militärische Schauspiel hatte eine unabsehbare Menschenmenge herbeigezogen, die dem obersten Bundesfeldherrn einen warmen Empfang bereitete.

Einige Wochen später, vom 9. bis 12. Oktober, verweilte der Kronprinz Friedrich Wilhelm von Preußen mit seiner Ge-

*) Vergl. v. Schimpff, König Albert fünfzig Jahre Soldat, S. 178.

mahlin in Dresden. Die Prinzessin Viktoria, welche die sächsische Residenz noch nicht kannte, bewährte ihren Kunstsinn durch wiederholte Besichtigung der Galerie und der Werkstatt des Meisters Johannes Schilling. Am 12. begab sich der ganze Hof mit den fürstlichen Gästen nach Meißen, um die Porzellanfabrik und den Bau der Albrechtsburg in Augenschein zu nehmen. In die größte Spannung wurde die Bevölkerung Dresdens versetzt, als der Bundeskanzler zum ersten Male in ihrer Mitte erschien. Bismarck hatte dem Freiherrn v. Friesen den Wunsch geäußert, dem König Johann seine persönliche Aufwartung machen zu dürfen; es liege ihm daran, sagte er, durch diesen Schritt zu beweisen, daß er den Bund nicht vom partikularistisch-preußischen Standpunkt aus betrachte. Am Geburtstag des Königs, 12. Dezember, traf der Kanzler mit Herrn v. Keudell in Dresden ein. Es waren noch nicht gerade stürmische Ovationen, die ihm vom Publikum dargebracht wurden, aber Bismarck selbst gelangte zu der Ueberzeugung, daß eine günstige Beurtheilung der Bundesverhältnisse nach Ablauf von zwei Jahren in Sachsen die Oberhand gewonnen hatte.

Am schnellsten vollzog sich die Annäherung der Stämme in den Reihen der Armee. Aus der Theilnahme sächsischer Militärs an dem Unterricht der Kriegsschulen und der Kriegsakademie entsprangen kameradschaftliche Beziehungen unter den jüngeren Elementen des Heeres, die dem Eifer für die gemeinsame Sache nur zur Förderung gereichen konnten, und nicht minder wirksam erwies sich die wechselseitige Betheiligung an den Frühjahrs- und Herbstübungen der einzelnen Waffengattungen für eine engere Verbindung unter den höheren Offizieren. Besondere Erwähnung verdient in dieser Hinsicht die Generalstabsreise, zu welcher preußische, sächsische und württembergische Offiziere, einige vierzig

an der Zahl, sich unter Moltkes Führung vereinigten. Eine höchst auserlesene Gesellschaft, unter der Mancher es bis zum kommandirenden General und Kriegsminister gebracht hat, versammelte sich am 11. August 1869 in Dresden. Nach einem Gastmahl, welches der Kronprinz gab, erfolgte die Abreise in das Uebungsterrain zwischen Stolpen und Großenhain. Bei diesem Anlaß knüpfte sich zwischen dem Führer der sächsischen Armee und Moltke ein freundschaftliches Verhältniß, dessen große Bedeutung für die Einheitlichkeit der obersten Kriegsleitung in dem deutsch-französischen Feldzug von berufenster Seite hervorgehoben worden ist.*) Die äußerst befriedigte Stimmung, in der die Arbeiten verliefen, schildert Moltke mit den Worten: „Von Stolpen konnten wir reizende Ausflüge in die Schluchten der Sächsischen Schweiz machen, und alle Abend war die ganze Gesellschaft in munterster Laune beisammen. Diese steigerte sich besonders bei einer Abschiedsmonstrebowle, wo uns dann der Kronprinz von Sachsen noch besuchte.“**) Unablässig bemüht, durch das Beispiel, das er dem Offizierkorps seines engeren Vaterlandes gab, den Geist der Gemeinschaft innerhalb des norddeutschen Truppenverbandes zu pflegen, hat der sächsische Thronfolger schon vor dem Jahre 1870 auf militärischem Gebiet zur Stärkung des Reichsgedankens wesentlich beigetragen.

Unmittelbar vor dem Jahresschluß, am 30. Dezember 1868, erlitt der Kronprinz einen schweren Verlust durch den Tod des Präsidenten v. Langenn; beide Prinzen erwiesen ihrem Jugenderzieher die letzten Ehren. Bald nach Ostern, 9. und 10. April 1869, stattete die Königin Augusta, von dem Kronprinzen in

*) J. v. Verdy du Vernois, Im großen Hauptquartier, Berlin 1895, S. 66.

**) Creisau, 29. August 1869. Briefe Moltkes, IV. S. 192.

Priestewitz empfangen, dem sächsischen Hofe einen Besuch ab, — voller Liebenswürdigkeit gegen die Königin und die Prinzessin Amalie und in freundschaftlichstem Verkehr mit der Gemahlin des Prinzen Albert, deren erfolgreiche Bemühungen um die Aufgaben des Rothen Kreuzes Jahre und Jahrzehnte hindurch ein geistiges Band zwischen den beiden Fürstinnen bildeten. Das Frühjahr verging unter den üblichen Truppenbesichtigungen: am 13. Mai erschien der Kronprinz bei der Parade des preußischen Gardekorps in Begleitung Wilhelms I.; am 20. Mai nahm er an der Seite seines Vaters Revue über die Garnison von Dresden ab. Dann folgten mancherlei Feste zu Ehren der Geburt eines zweiten Sohnes, der dem Hause des Prinzen Georg am 10. Juli 1869 geschenkt wurde, des Prinzen Johann Georg, zu dessen Taufe als Vertreter des Papstes Pius IX. der Nuntius am bayerischen Hofe, Erzbischof von Damaskus, Monsignore Meglia, erschien. Nach den herbstlichen Uebungen in Sachsen begab sich der Kronprinz, begleitet von dem Kriegsminister v. Fabrice und dem Stabschef Oberst v. Carlowitz, auf Einladung König Wilhelms nach Ostpreußen zu einer Inspektion des I. Armeekorps unter General v. Manteuffel. Von Königsberg aus wurde am 15. September mit dem Großherzog Friedrich Franz von Mecklenburg-Schwerin ein Ausflug nach dem Gestüt von Trakehnen unternommen. Als der Kronprinz sich am 17. September in Elbing verabschiedete, verlieh ihm König Wilhelm das 2. ostpreußische Dragoner-Regiment Nr. 10. Bereits am 20. trat der Kronprinz von Dresden aus eine Reise nach Gödöllö zu Kaiser Franz Joseph an. Während eines kurzen Aufenthaltes in Wien besuchte er, unter Leitung Franz v. Dingelstedts, das neue Opernhaus, — genau zu derselben Stunde, in welcher das Dresdner Hoftheater am 21. September



gegen Mittag einem verheerenden Brande zum Opfer fiel. Der Kronprinz war von der Nachricht, die ihn nach seiner Rückkehr in die Hofburg ereilte, tief ergriffen.*) Von Gödöllö geleitete der Kaiser seinen Freund nach Ischl, mußte sich dann aber auf einige Tage von ihm trennen, um den Kronprinzen Friedrich Wilhelm zu empfangen, der auf einer Reise nach dem Orient zur Eröffnung des Suezkanals am 6. Oktober in Wien eintraf. Der Besuch des preußischen Thronerben wurde als ein Zeichen des wiederhergestellten Einvernehmens zwischen Oesterreich und der norddeutschen Vormacht ebenso eifrig besprochen wie die Einweihung der neuen Welthandelsstraße, zumal auch der Kaiser mit den Vorbereitungen für die Expedition nach Egypten beschäftigt war. Am 11. Oktober erfolgte die Rückreise nach Wien, wo das gesammte Offizierkorps der Besatzung, unter Vortritt des Erzherzogs Albrecht, dem Kronprinzen seine Aufwartung machte.

Inzwischen war bei den Vorbereitungen für die Landtagswahlen, auf Grund des neuen Wahlgesetzes vom 3. Dezember 1868, eine veränderte Gruppirung der politischen Parteien in Sachsen eingetreten. Eine deutsche, im Wesentlichen nationalliberal gesinnte Partei, die sich im Februar 1869 bildete, stellte an die Spitze ihres Programms in Bezug auf das Verhältniß zu dem Bunde den Satz: „Wir schließen uns der Königlichen Staatsregierung in der aufrichtigen Pflege dieses Verhältnisses mit ganzem Herzen an und werden sie in der Durchführung aller nothwendigen und heilsamen Folgen desselben nach besten Kräften unterstützen." Von dem entschiedenen Bestreben, mit der neuen

*) Bericht des Gesandten v. Könneritz, 22. September, Hauptstaatsarchiv.

Partei Fühlung zu gewinnen, zeugt der aus der eigenen Initiative der sächsischen Staatsregierung hervorgegangene Antrag vom 1. März 1869 auf Errichtung eines Oberhandelsgerichts, der eine wesentliche Erweiterung der Machtbefugnisse des Bundes in sich schloß. Bei den Wahlen am 4. Juni erlangten die Nationalliberalen in 32 von 80 Bezirken einen Sieg, der sich in annähernd gleichem Verhältniß über die Städte und die Landgemeinden vertheilte.

Die neue Partei hat später bei dem Aufbau des Deutschen Reiches ihre Lebensfähigkeit in der überzeugendsten Weise bethätigt, während ihr erstes parlamentarisches Debut in der am 30. September 1869, diesmal in Abwesenheit des Kronprinzen, eröffneten Ständeversammlung nicht sogleich von dem gehofften Erfolge begleitet war. Ein sehr umfassender Plan über die Reform der städtischen und ländlichen Gemeindeverfassung, der einen Hauptpunkt des nationalliberalen Programms bildete, wurde nach langen Debatten von den Konservativen verworfen, und ebenso scheiterte die von der Regierung vorgeschlagene Einfügung des obligatorischen Fortbildungsunterrichtes in das Volksschulgesetz vom 6. Juni 1835 an der Meinungsverschiedenheit der Kammern.*) Auch bei der Behandlung der Bundesangelegenheiten erlitt die deutschnationale Partei zunächst eine Niederlage. Dem Beispiel der preußischen Fortschrittspartei folgend, richtete die äußerste Linke der Zweiten Kammer an die Regierung das Ersuchen, auf eine Herabsetzung des norddeutschen Kriegsbudgets hinzuwirken und durch Vermittelung des Bundesrathes die Einleitung diplomatischer Verhandlungen über eine allgemeine Ab-

*) Vergl. I, S. 30 — und Karl Biedermann: Mein Leben und ein Stück Zeitgeschichte, Breslau 1882, II, S. 296 ff.

rüstung der europäischen Mächte zu veranlassen. Die demonstrative Absicht dieses Antrages war schon deshalb nicht zu verkennen, weil er von einer Partei ausging, die es als ihre Aufgabe betrachtete, bei jeder Gelegenheit gegen die Bundesverfassung, wie sie nun einmal war, zu Felde zu ziehen. Andererseits aber lagen doch auch sachliche Gründe vor, welche die Sympathien für die Einrichtungen des Bundes noch nicht so recht zum Durchbruch kommen ließen. Ein allgemeines Motiv für die Mißstimmung der Parteien in allen Bundesländern ergab sich aus den Schwierigkeiten, mit denen die Herstellung eines geregelten und feststehenden Budgets der norddeutschen Konföderation zu kämpfen hatte, und was speziell die Lage in Sachsen betrifft, so nahm die konservative Partei Anstoß an verschiedenen Akten der Bundesgesetzgebung: sie theilte weder in Bezug auf die Zweckmäßigkeit des Oberhandelsgerichtes die Ansichten der Regierung, noch vermochte sie sich mit dem damals dem Bundesrathe vorliegenden Entwurf eines allgemeinen Strafgesetzbuches zu befreunden. Diese Verhältnisse liefern die Erklärung dafür, daß in der Sitzung der Zweiten Kammer vom 10. November 1869 durch die Vereinigung der zumeist partikularistischen, deutsch-sächsischen Partei und der Fraktion des Fortschritts der Abrüstungsantrag mit erheblicher Majorität, gegen einige 20 Stimmen der Nationalliberalen, angenommen wurde.

Die Erste Kammer ließ längere Zeit verstreichen, ehe sie am 22. Januar 1870 ihre Berathungen demselben Gegenstand zuwandte. In dieser Körperschaft überwog die konservative Partei, die im Laufe der Session schon mehrfach Veranlassung genommen hatte, in den Fragen der Bundesgesetzgebung den Nationalliberalen ein nec plus ultra zuzurufen. Die größten Skrupel erweckte das Strafgesetzbuch. In der That lagen hier Differenzen vor,

deren Gewicht sich nicht bestreiten ließ. Namhafte Criminalisten in ganz Deutschland sprachen sich gegen die in dem Entwurf vorgesehene Uebertragung des Polizeirechtes auf die Bundesgesetzgebung als unvereinbar mit den Prärogativen der Landeshoheit aus, und die Wiedereinführung der Todesstrafe, nachdem die Landesgesetzgebung sie vor Kurzem beseitigt hatte, erschien der öffentlichen Meinung Sachsens als ein Rückschritt. Die Erste Kammer hatte sich denn auch am 7. Januar, unter Betheiligung des Kronprinzen und des Prinzen Georg, einstimmig gegen die beiden Punkte des Entwurfs erklärt. Trotz dieser abweichenden Ansichten stellte sich jedoch bei der Verhandlung vom 22. Januar ein großer Theil der Konservativen mit aller Bestimmtheit auf den nationalen Standpunkt. Ein hervorragender Führer der Partei, Graf Hohenthal-Knauthain, wies mit Nachdruck darauf hin, daß die Interessen des Norddeutschen Bundes und Sachsens untrennbar seien: „nur mit dem Norddeutschen Bunde," sagte er, „kann Sachsen eine Zukunft haben."*) Von 45 Mitgliedern der Kammer stimmten 21, mit ihnen die Prinzen, gegen den Abrüstungsvorschlag, dessen Erfolglosigkeit der Kriegsminister in einer glänzenden Rede dargelegt hatte. Auch die kleine Mehrheit, die dem Antrage zustimmte, verwahrte sich feierlich gegen die Absicht, an den Grundlagen der Bundesverfassung rütteln zu wollen, wohl aber ließ sie sich bei der Windstille, die augenblicklich in den Fragen der auswärtigen Politik herrschte, zu einem unzeitigen Vertrauen auf die Erhaltung des europäischen Friedens verleiten. Wie ganz anders gestaltete sich die Lage der Welt wenige Monate später!

In ihrer Gesammtheit betrachtet, bewegte sich am Schluß der ersten Sitzungsperiode des Reichstages, im Mai 1870, auch

*) Mittheilungen der I. Kammer, S. 596.

in dem Heimathlande des Kronprinzen die Entwickelung der Bundesverhältnisse in fortschreitender Richtung. Die partikularistischen Vorurtheile waren in stetiger Abnahme begriffen, und in der Scheidung der Parteien machte sich ein verstärkter Einfluß der nationalen Ideen bemerkbar. Die Regierung des Königs Johann behielt bis zuletzt die Führung in der Hand; als die strafrechtliche Novelle an dem Prinzipienstreit über Beibehaltung oder Abschaffung der Todesstrafe zu scheitern drohte, bewies sie ihre bundestreue Gesinnung durch Verzicht auf das eigene Landesgesetz zu Gunsten der Gleichförmigkeit des deutschen Rechtes.

Nach dem Schluß des Landtages am 24. Februar widmete sich der Kronprinz während des Frühjahrs in hergebrachter Weise den Truppenbesichtigungen in allen Theilen des Landes. Am 29. und 30. April feierten die sächsischen Grenadier-Regimenter Nr. 100 und 101, beide hervorgegangen aus dem von Kurfürst Johann Georg II. im Jahre 1670 geschaffenen „Leib-Regiment zu Fuß" ihr 200jähriges Bestehen. Bei dem Bankett im Exerzirhaus des Kadettenkorps gedachte der Kronprinz der Zeit, in welcher er vor 27 Jahren im Leib-Regiment den Waffendienst begonnen hatte. Seine Rede war reich an Erinnerungen aus der sächsischen Kriegsgeschichte, und die Worte mit denen sein Toast auf die Grenadier-Brigade schloß, — „mit Ehrfurcht vor der Vergangenheit, mit Stolz auf die Gegenwart, mit froher Hoffnung auf die Zukunft", erweckten einen enthusiastischen Wiederhall. Ein anderer Truppentheil, dem der Kronprinz angehört hatte, die sächsische Feld-Artillerie, eine Schöpfung Johann Georgs I., beging am 26. Juni das Fest ihres 200jährigen Jubiläums.

Der Sommerurlaub wurde zu einem Besuch der Passionsspiele in Oberammergau verwendet. Die Kronprinzessin traf

nach einer Kur in Marienbad am 30. Juni in München ein, wo sie am 1. Juli morgens ihren Gemahl erwartete, um in Gemeinschaft mit ihm die Reise über Possenhofen und Murnau fortzusetzen. Das kronprinzliche Paar empfing von der religiösen Weihe des in seiner Art unvergleichlichen Volksschauspiels einen überwältigenden Eindruck. Während des Aufenthaltes in Bayern war die spanische Thronkandidatur seines Freundes, des Erbprinzen Leopold von Hohenzollern, dem Kronprinzen bekannt geworden, aber bei seiner Rückkehr nach Dresden, am 9. Juli, dachte noch Niemand an eine Störung des Weltfriedens. Völlig unbesorgt verließ der König am 11. Juli die Hauptstadt, um sich von dem Stand der Industrie in dem Leipziger und Zwickauer Bezirk zu überzeugen. Im Laufe des 11. erhielt der Dresdner Hof durch den preußischen Gesandten, Herrn v. Eichmann, die ersten offiziellen Mittheilungen über die herausfordernden Interpellationen, die der französische Botschafter Benedetti in Ems an König Wilhelm I. gerichtet hatte. Trotz des geflissentlich in Scene gesetzten Kriegslärms in Paris brachte der 13. Juli einen Augenblick der Beruhigung, da der Verzicht des Prinzen Leopold gemeldet wurde: Prinz Georg von Sachsen trat an diesem Tage eine Reise nach Bayern an.

Am nächsten Tage beherrschte das heraufziehende Gewitter den ganzen Horizont Europas. Der preußische Gesandte übergab am 14. Juli früh ein in der Nacht eingegangenes Telegramm Bismarcks, welches die aufdringlichen Forderungen schilderte, mit denen der Botschafter Tags zuvor dem preußischen Monarchen entgegengetreten war.*) Den König Johann erreichte die Kunde von

*) Die Entstehung dieser „Emser Depesche" ist jetzt nach dem Bericht Bismarcks, Gedanken und Erinnerungen II, S. 89, in allen Einzelheiten bekannt.

den Ereignissen in Ems in Eibenstock und veranlaßte seine sofortige Rückkehr nach Dresden. So sehr dem hochbetagten Landesfürsten die Erhaltung des Friedens am Herzen liegen mußte, schwankte er doch keinen Augenblick, sich für das Recht Preußens zu erklären. In Gegenwart des Kronprinzen beschloß der Ministerrath am 15. Juli die Mobilmachung der sächsischen Armee, und bereits am 16., wenige Stunden nach der Kriegserklärung in Paris, erließ der Führer des XII. Bundeskorps die Befehle für die Einberufung der beurlaubten Mannschaften. Als Bismarck in der Sitzung des Bundesrathes vom 16. Juli ein Bild der politischen Lage entwarf, das keine andere Wahl ließ als Krieg oder Bürgschaft gegen Wiederkehr ähnlicher Bedrohungen des Friedens, brachte der sächsische Minister v. Friesen im Namen der sämmtlichen Bundesregierungen das Einverständniß zu einem wahrhaft patriotischen Ausdruck: „Frankreich will den Krieg, — möge derselbe denn möglichst schnell und kräftig geführt werden!"*)

Ganz Sachsen war von dem gleichen Gemeingefühl beseelt; allenthalben erhob sich der Ruf: Vertheidigung der deutschen Ehre, einmüthiger Widerstand gegen die französischen Eroberungsgelüste. Die Mitarbeit an dem Ausbau der Bundesverfassung hatte in dem norddeutschen Staatengebiet die nationale Einigung vorbereitet; die gemeinsame That aller deutschen Stämme sollte die Wiederbegründung des Reiches deutscher Nation vollenden!

*) H. v. Poschinger, Fürst Bismarck und der Bundesrath, Berlin 1897. I, S. 330.





Siebentes Kapitel.

Kronprinz Albert im Kriege gegen Frankreich (Juli 1870 bis März 1871).

Da die Ueberstürzung, mit der das französische Kaiserreich den Kampf herausgefordert hatte, vermuthen ließ, daß der Vorsprung der Rüstungen und des Angriffs auf Seiten des Gegners sein würde, so durchlebte Deutschland in den Tagen, die bis zur Eröffnung der Feindseligkeiten verflossen, eine Zeit der höchsten Spannung. Auch der Kronprinz war darauf gefaßt, die Franzosen schon am Rhein zu finden, und in Berlin, wohin er sich am 22. Juli begab, um einen Einblick in die nächsten Aufgaben der obersten Heeresleitung zu gewinnen, trat ihm derselbe Gedanke entgegen.

Den stärksten Antrieb erhielt der Aufschwung des nationalen Selbstgefühls aus dem Bewußtsein des moralischen Rechtes, das auf Seiten der Deutschen war. Noch bevor Bismarck durch Veröffentlichung der Depeschen und Vertragsentwürfe Benedettis die Intriguen der französischen Eroberungspolitik vor dem Urtheil der Welt enthüllte, herrschte in ganz Deutschland nur eine Stimme der Entrüstung über die anmaßende Sprache der Pariser Kriegs-

manifeste, die an die Zeiten der Napoleonischen Knechtschaft gemahnte. Gerade in Sachsen bildete die Erinnerung an den Befreiungskampf von 1813 und an das, was damals versäumt worden war, den Grundton der zahllosen Kundgebungen, an denen alle Klassen der Bevölkerung sich betheiligten. In einer an den obersten Bundesfeldherrn gerichteten Adresse vom 18. Juli, um deren Vermittelung König Johann gebeten wurde, verlieh die akademische Jugend Leipzigs der Zuversicht Ausdruck, „daß die frechen Uebergriffe des Nachbarn für alle Zeiten niedergeschlagen werden würden.“*) Sichtlich erfreut über diese kräftige Regung des urgermanischen Thatendranges, antwortete Wilhelm I. dem König in einem eigenhändigen Schreiben vom 22. Juli, das ein denkwürdiges Zeugniß seiner persönlichen Auffassung des von Frankreich erzwungenen Kampfes und zugleich die ehrenvollste Anerkennung der patriotischen Haltung Sachsens enthält. Nach einigen Bemerkungen über den Enthusiasmus, der die deutsche Nation ergriffen habe, fährt Wilhelm I. fort: „Ja, wohin sind wir gerathen? Ein Blitz aus heiterster Luft! und was für Gründe werden sogar in der offiziellen Kriegserklärung aufgeführt!! Gründe, die kaum zu einer diplomatischen Aufklärung Anlaß gegeben hätten, werden zur Kriegsnöthigung hingestellt. Man glaubt wirklich in einem Narrenhause zu sein! — Die Einigung Deutschlands konnte keine günstigeren Vermittler als Napoleon und Grammont finden, wenn nur nicht so viel Blut und Elend über uns Alle kommen müßte! Bauen und vertrauen wir auf Gott, ohne den wir ja überhaupt nichts unternehmen dürfen!! Gehen wir getrost den Aufgaben entgegen, die uns

*) Abgedruckt bei L. Hahn, Der Krieg Deutschlands gegen Frankreich. Berlin 1871, S. 380.

zugetragen werden. — Die Haltung der ganzen Zeit, der Dein Volk überall zustimmt, ist der schönste Lohn für Dich selbst und Deine Bemühungen, die neuen Verhältnisse so fest und treu zu nähren. Also mit Gott vorwärts! Dein treuer Bruder und Freund Wilhelm."

Es kam die Stunde der Trennung von dem heimathlichen Herd. Am 28. Juli vormittags verließ Prinz Georg mit dem Stabe der 23. Division Dresden, am 29. nachmittags 3¹/₄ Uhr der Kronprinz, von dem König und der Kronprinzessin bis zum Bahnhof geleitet. Eine dichtgedrängte Volksmenge brachte ihm ihre Segenswünsche dar. Der städtischen Deputation, die als Glück verheißendes Zeichen einen Kranz von Eichenlaub überreichte, versprach er, einen Kranz von Lorbeer aus Frankreich mitzubringen. Bei der Einfahrt in Leipzig empfingen den Führer der Sachsen Vertreter der Staatsbehörden, der Stadt und im Namen der Universität der Rektor, Professor Zarncke. Während des ziemlich langen Aufenthaltes in dem Bahnhofszimmer mußte er sich unaufhörlich dem Publikum zeigen, das ihm unter den Klängen der „Wacht am Rhein" und anderer Kriegslieder zujubelte.

Die Reise ging durch Thüringen und verlief bis Weimar, wo der Großherzog Karl Alexander die Ankunft seines albertinischen Stammesvetters erwartete, ziemlich vorschriftsmäßig; auf der weiteren Strecke, namentlich zwischen Bebra und Hanau, traten mehrstündige Verspätungen ein. Als man bis an den Main gelangt war, stieg die Hoffnung, daß das sächsische Korps den zum 30. Juli befohlenen Anschluß an die Zweite Armee des Prinzen Friedrich Karl bei Mainz noch vor dem Erscheinen des Feindes erreichen würde. Mußte schon die unfehlbare Ordnung und Sicherheit, mit welcher der gewaltige Strom der Völker-

wanderung sich gegen Westen ergoß, das Vertrauen stärken, so schwoll das Herz des Kriegsführers vollends bei dem Anblick des thatenmuthigen Eifers, von dem die Truppen bis auf den letzten Mann erfüllt waren. Der treueste Begleiter der deutschen Heerschaaren, der Humor, diese mächtigste Quelle der Ermuthigung nicht nur in guten, sondern auch in schlimmen Tagen, trieb sein phantasiereiches Spiel. Auf den Transportwagen las man die vielverheißende Inschrift: „Eilgut nach Paris“, und bildliche Darstellungen von oft sehr drastischer Deutlichkeit kündeten dem Imperator und seinen Rathgebern das Strafgericht an, das über sie hereinbrechen sollte. Zur Seite der vorwärtsdrängenden Armee, in gleichem Schritt mit ihr, die opferfreudige Bereitschaft des ganzen Volkes; auf allen Stationen der wohlorganisirte Dienst der freiwilligen Hülfe! Die Eindrücke, die der Kronprinz von der Erhebung des Volkes in Waffen empfing, waren doch ganz anderer Art als bei Ausbruch des Krieges in Böhmen, wo er gleich im Anfang manche sorgenvolle Stunde durchlebte, ehe die Vereinigung der Streitkräfte erfolgte.

Bei dem Eintreffen des Oberkommandos in Mainz, am 31. Juli morgens 3½ Uhr, war das sächsische Korps mit Ausnahme der Trains schon vollständig zwischen Castel und Mosbach versammelt. Etwa 27 000 Mann stark, stand es mit seinen 27 Bataillonen Infanterie, 2 Jäger-Bataillonen, 24 Schwadronen, 96 Geschützen und 3 Pionier-Kompagnien ungefähr im Centrum der deutschen Heeresaufstellung. Den rechten Flügel nahm zwischen Mosel und Nahe die Erste Armee unter General v. Steinmetz ein, die Zweite Armee, zu der außer den Sachsen das III., IV., IX., X. und das Gardekorps mit der 5. und 6. Kavallerie-Division gehörten, füllte den Raum zwischen Bingen und Mannheim, und den linken Flügel bildete mit ihrer gegen

Südwesten gerichteten Front die Dritte Armee unter dem Kronprinzen von Preußen.

Das sächsische Hauptquartier befand sich am 31. Juli in dem Schlosse des Herzogs Adolf von Nassau zu Biebrich, das dem Kronprinzen Albert von seiner Inspektionsreise während der Mobilmachung der Bundeskontingente im Jahre 1859 wohl bekannt war.*) Am 1. August erließ der Feldherr der Sachsen seinen ersten Armeebefehl, welcher lautete:

„Seine Königliche Hoheit Prinz Friedrich Karl, Oberbefehlshaber der Zweiten Armee, hat mich beauftragt, der Freude Ausdruck zu geben, mit dem Königlich Sächsischen Armeekorps in engere dienstliche Verbindung zu treten und dasselbe gegen den Feind zu führen. Nachdem das Armeekorps unter dem heutigen Tage in der Hauptsache nach der Ordre de Bataille formirt ist, nehme ich Gelegenheit, dasselbe zu begrüßen und die feste Erwartung auszusprechen, daß sich dasselbe in dem bevorstehenden Kampfe seines altbewährten Rufes und des sächsischen Namens würdig zeigen und sich durch Tapferkeit, Pflichttreue und Disziplin auszeichnen wird.

Albert,
Herzog zu Sachsen."

Da der Dritten Armee Befehl ertheilt worden war, so bald wie möglich gegen den rechten Flügel des französischen Heeres in der Richtung Hagenau— Bischweiler vorzugehen,**) so erwuchs der Zweiten Armee die Aufgabe, den feindlichen Streitkräften, die zwischen der Mosel und Saar standen, entgegenzurücken und

*) Vergl. S. 53.

**) Ordre vom 30. Juli, Militärische Korrespondenz Moltkes. Berlin 1896, I, S. 180.

sie festzuhalten. An der Spitze seines Stabes zog Kronprinz Albert am Morgen des 1. August auf der unterhalb Mainz geschlagenen doppelseitigen Kriegsbrücke über den Rhein zunächst nach Nieder-Ingelheim, wo die 23. Division unter Prinz Georg im Kantonnement lag, dann nach Nieder-Olm. Hier schloß sich am 2. August Herzog Karl Theodor in Bayern dem Hauptquartier seines Schwagers an. Als der Kronprinz in Begleitung des Stabschefs, Oberstlieutenant v. Zezschwitz, nachmittags zu einer Besprechung mit dem Prinzen Friedrich Karl in Alzey eintraf, lauteten die Nachrichten über den an diesem Tage erfolgten Vorstoß des 2. französischen Korps unter General Frossard gegen Saarbrücken noch unbestimmt. Blieben die Franzosen in der Offensive, so mußte die Zweite Armee, ihre Reihen aufschließend, in einer Defensivstellung an den Thalrändern des Hardtgebirges, die zu diesem Zwecke von dem Kronprinzen im Laufe des Vormittags rekognoszirt worden waren, den Feind erwarten. Noch vor Tagesanbruch aber stellte sich heraus, daß das Unternehmen gegen Saarbrücken, dessen Erfolg in den übertriebensten Siegesbotschaften nach Paris gemeldet wurde, nichts weiter bedeutete als ein Rekognoszirungsgefecht, das nur in Szene gesetzt worden war, um unter den Augen Napoleons III. die Wirkung der Chassepots und der Mitrailleusen zu erproben und dem Kaiserlichen Prinzen die Feuertaufe zu ertheilen. Vor den 3 Divisionen Frossards, zu deren Unterstützung noch die Korps Bazaine und Failly in Bereitschaft standen,*) hatte sich die schwache Besatzung von Saarbrücken — 3 Kompagnien des hohenzollernschen Füsilier-Regiments Nr. 40 und 3 Eskadrons der 7. Ulanen unter Oberstlieutenant v. Pestel — nach tapferem Widerstande und mit

*) Ordre Napoleons III. aus Metz, 30. Juli, bei Bazaine, Armée du Rhin. Paris 1872, S. 258.

geringen Verlusten aus der offenen Stadt zurückgezogen, wie dies der ihr schon am 30. Juli ertheilten Weisung entsprach. Die beispiellose Kraftverschwendung der Franzosen erweckte auch bei den sächsischen Offizieren die größte Heiterkeit.

Der Feind war an der Saar stehen geblieben und begann Verschanzungen anzulegen. Von dieser Seite einstweilen vor jedem Angriff gesichert, zog die Zweite Armee in Geschwindmärschen vorwärts durch Rheinhessen und die bayerische Pfalz. Am 3. August kam das Hauptquartier des XII. Korps nach Alzey, am 4. über Kirchheimbolanden nach Göllheim, dann durch die Waldzone des Hardtgebirges über Kaiserslautern am 7. August nach Homburg.

Es waren die Tage der ersten großen Siege, die ganz Deutschland in Begeisterung versetzten: Weißenburg am 4., Wörth und Spicheren am 6. August. Von Homburg aus schreibt der Kronprinz am 8. seinem Vater: „Bisher sind wir, beinahe die gesammte Hauptarmee, noch nicht zum Schlagen gekommen, bloß unsere Nachbarn, die Erste Armee und die Süd-Armee. Die Letztere hat bei Wörth den rechten französischen Flügel beinahe zerstört. Heute sollten unsere vorderen Korps, IV., X. und Garde, versuchen, die Trümmer, die sich gegen Bitsch gezogen haben sollten, bei Rohrbach abzufangen. Wir haben heute Rasttag, nachdem wir gestern in einem Marsch von Kaiserslautern hierher kamen, fünf Meilen, — ein Marsch, den unsere Truppen aber sehr gut überstanden haben. Ueberhaupt bin ich mit den Truppen bis jetzt sehr zufrieden. — Georg, der eben hier war, liegt eine Stunde von hier in Sanddorf mit seiner Division; die arme Marie*) wird heute doppelt herdenken. Was uns zu-

*) Die Gemahlin des Prinzen Georg, der am 8. August sein 39. Lebensjahr antrat.



nächst bevorsteht, kann man nicht wissen, es kann ebenso gut in den nächsten Tagen als erst an der Mosel zum Klappen kommen. Die Saar haben die Franzosen ganz verlassen."

Das sonst ziemlich abgelegene Städtchen Homburg hatte sich in ein gewaltiges Heerlager verwandelt, denn es beherbergte außer dem sächsischen Kommando auch das Große Hauptquartier, und die Durchmärsche der Truppen nahmen kein Ende: „ein wahrer Heuschreckenschwarm", bemerkt der Kronprinz. König Wilhelm, dem der Prinz während des Feldzuges hier zum ersten Male begegnete, war sehr erfreut über ein Glückwunschtelegramm des Königs Johann. Nach einer Besichtigung der sächsischen Kavallerie-Division unter Generalmajor Graf zur Lippe am 8. und der 24. Infanterie-Division unter Generalmajor Nehrhoff von Holderberg am 9. August sprach der Bundesfeldherr dem Kronprinzen in sehr freundlichen Worten seine Anerkennung aus. Dem König Johann depeschirte er von Homburg am 8.: „Ich danke herzlich für Deine Theilnahme an den Siegen meines Sohnes, Gott helfe weiter! Ich bin hier mitten unter Deinen Truppen. Wilhelm."

In der Annahme, daß die bei Weißenburg und Wörth geschlagene Armee des Marschalls Mac Mahon sich zur Vereinigung mit der Rhein-Armee um Metz, die damals noch der Kaiser persönlich kommandirte, gegen Bitsch gewendet habe,*) hatte das Große Hauptquartier in der That den linken Flügel der Zweiten Armee über Neu-Hornbach gegen Rohrbach dirigirt, während die Dritte Armee, im Vorgehen gegen die Saar begriffen, unterstützend eingreifen oder nach Umständen auch zum

*) Ueber die ursprüngliche Absicht des Herzogs von Magenta, seine fliehenden Kolonnen nach Bitsch zu führen, vergl. P. Hassel, Von der dritten Armee, Leipzig 1872, S. 140, 141.

Angriff schreiten sollte.*) Der beabsichtigte Zweck wurde zwar nicht erreicht, da die Vermuthungen über den Verbleib des Feindes sich als irrig erwiesen, aber die Zweite Armee konnte auf ihrem Vormarsch noch am 8. zur Besetzung von Saargemünd schreiten, das die Franzosen verlassen hatten, und die Rekognoszirungen ergaben mit Sicherheit den Abzug Mac Mahons in südlicher Richtung. Nachdem so die beiden feindlichen Armeen getrennt und der Dritten Armee die Möglichkeit gegeben war, ruhigen Muthes den schwierigen Marsch durch die Vogesen anzutreten, hingen bei der Zweiten und bei der Ersten Armee die weiteren Entschließungen davon ab, ob die französische Rhein-Armee an der Mosel Stand halten oder ihrerseits den Versuch einer Handreichung mit Mac Mahon unternehmen werde.

Auf allen Flügeln gelangte jetzt der fächerförmige Aufmarsch der deutschen Heereskräfte gegen die Mosel zu voller Entfaltung. Unter fortwährendem Regenwetter, das namentlich die Beschwerlichkeiten der nächtlichen Biwaks vermehrte, zogen die sächsischen Truppen am 9. bis Habkirchen an der Blies und überschritten am 11. bei Saargemünd die französische Grenze. Der Himmel klärte sich auf, und in dem ganzen Korps herrschte eine kampfesfreudige Stimmung. Das Hauptquartier des Prinzen stand am 12. in Barst.

Wie sich später gezeigt hat, bestand bis zum 11. August in dem Lager von Metz die Absicht, dem heranrückenden deutschen Heere auf dem rechten Mosel-Ufer in einer Stellung hinter dem französischen Arm des Nied-Flusses, mit dessen Verschanzung man begonnen hatte, die Spitze zu bieten. Am 12. August, nachdem

*) Der deutsch-französische Krieg 1870/71, redigirt von der kriegsgeschichtlichen Abtheilung des Großen Generalstabes, Berlin 1874, S. 411 ff.

Napoleon III. unter dem Eindruck der bisherigen Niederlagen sich entschlossen hatte, das Kommando über die Rhein-Armee an den Marschall Bazaine abzugeben, wurde der Plan geändert und der Rückzug gegen Verdun zur Wiedervereinigung mit dem Herzog von Magenta befohlen; in Metz sollte eine Besatzung von etwa 30 000 Mann zurückbleiben. Der Chef des französischen Geniekorps, General Coffinières, wies jedoch auf die Hindernisse hin, die einer Einleitung der Rückzugsbewegung vor dem 14. August im Wege standen.*) Auf diese Weise erklärt sich das Verweilen größerer französischer Truppenmassen vor der Mosel bis zum 14. August, das den deutschen Heerführern nicht unbekannt blieb. In dem Großen Hauptquartier in St. Avold glaubte man nicht an den Widerstand der Franzosen auf dem rechten Ufer; trotzdem wurden zum 13. alle Vorbereitungen getroffen für den Fall, daß die dem Feinde zunächst stehende Erste Armee angegriffen würde. Die nächste Hülfe sollte dem General v. Steinmetz der rechte Flügel des Prinzen Friedrich Karl leisten, zu dem die Sachsen gehörten. Das Korps des Prinzen vereinigte sich bei Thiaucourt, und der Stab wurde etwas weiter östlich nach Chémery verlegt.

Da am 13. kein Angriff erfolgte und auch die Nacht ruhig verlief, entsandte der Kronprinz am 14. den Hauptmann Portius nach Pont à Mousson, um die geeigneten Stellen für den Uebergang über die Mosel ausfindig zu machen. Das Korps hatte den Marsch in der Richtung auf die Mosel fortzusetzen; das Hauptquartier rückte bis Solgne, wo auch der Stab des Prinzen Georg untergebracht war. Nachmittags in der fünften Stunde

*) Vergl. Armée du Rhin, S. 47 f. und für das Folgende Moltke, Geschichte des deutsch-französischen Krieges, Berlin 1891, S. 29.

ließ sich von Nordosten her starker Kanonendonner vernehmen. Der von verschiedenen Seiten beobachtete Abzug der Franzosen, der an diesem Tage begann, veranlaßte zunächst den Führer der 26. Infanterie-Brigade, Generalmajor v. d. Goltz, auf das zur Deckung bei Colombey zurückgelassene 3. französische Korps Decaën loszugehen. Es entspann sich ein blutiger Kampf, an dem deutscherseits von der Ersten Armee das VII. Korps unter Zastrow, das vor Kurzem in den Verband der Armee eingetretene I. Korps des Generals v. Manteuffel und vom IX. Korps die 18. Division unter Generallieutenant v. Wrangel betheiligt waren, während dem Feinde außer den vier Divisionen Decaën noch die Division Grenier vom 4. Korps de L'Admirault zur Verfügung stand. Der Kronprinz hatte sofort dem IX. Korps durch Ordonnanzoffiziere, die bis zu dem kommandirenden General v. Manstein und dem Freiherrn v. Wrangel vordrangen, seine Unterstützung anbieten lassen, die jedoch nicht für erforderlich erachtet wurde. Der freilich mit schweren Opfern errungene Sieg bei Colombey—Nouilly bildet den ersten Akt des Schlachtendramas, das sich um Metz abspielen sollte: durch Vereitelung des Aufbruchs der Franzosen hatte die Zweite Armee die Zeit zum Ueberschreiten der Mosel gewonnen.

Für den 15. August, den Napoleonstag, war man auf weitere kriegerische Ereignisse vorbereitet; das ganze sächsische Korps biwakirte von morgens bis nachmittags 3 Uhr in einer Staffelstellung an der Straße Metz—Château-Salins. Als sich kein Gefecht entspann, wurde die Vorwärtsbewegung wieder aufgenommen; der Kronprinz schlug sein Quartier in Roménv auf. Nach kurzer Nachtruhe trat das Korps am 16., morgens 5 Uhr, den Marsch gegen die Mosel an und passirte den Fluß theils auf der steinernen Brücke bei Pont à Mousson, theils weiter ober-

halb auf einer Schiffbrücke bei Atton. An dieser Stelle verweilte der Kronprinz bis gegen Mittag und begab sich dann nach Pont à Mousson, wo ein Wirthshaus vor der Stadt zu seiner Unterkunft bestimmt war. Nach dem Ueberschreiten der Mosel waren die Fronten der Zweiten Armee gegen die Rückzugslinien der Franzosen auf Verdun gerichtet, weil man sowohl im Großen Hauptquartier als im Oberkommando des Prinzen Friedrich Karl annahm, daß der Abmarsch des Feindes bereits erfolgt sei. Die Wahrnehmung starker Truppenansammlungen gegen seinen linken Flügel hatte jedoch den Marschall Bazaine veranlaßt, dem Gros der Rhein-Armee auf den beiden Straßen nach Verdun, der nördlichen über Etain und der südlichen über Gravelotte—Mars la Tour, Halt zu gebieten. Der größere Theil der Heereskräfte, die der Gegner ins Treffen führte, das II., III., IV., VI. Korps und die Garde, im Ganzen nach den Angaben Bazaines 157 000 Mann, war während der letzten Tage von den Anstrengungen der Märsche in ungleich geringerem Maße betroffen worden als die Deutschen; außerdem hatte der Marschall den Vortheil für sich, daß er in einer schwer angreifbaren Position seine Truppen schneller vereinigen konnte, als dies auf deutscher Seite der Fall war. Stundenlang hatte das III. Korps unter General Alvensleben II. mit der 5. und 6. Kavallerie-Division und einer Abtheilung der 19. Infanterie-Division den Verzweiflungskampf gegen die feindliche Uebermacht zu bestehen. Es dauerte bis 4 Uhr, ehe das X. Korps Voigts-Rhetz vollständig versammelt war, und die herangezogenen Abtheilungen des VIII. und IX. Korps trafen erst um 6 Uhr auf dem Kampfplatz ein. Was die heroische Ausdauer der Truppen und die Todesverachtung der Führer zu leisten vermag, dafür liefert die Schlacht von Vionville—Mars la Tour ein ewig

denkwürdiges Beispiel, aber der mit schweren Opfern erkaufte Sieg führte zu keinem abschließenden Ergebniß, denn die Rhein-Armee, obwohl zurückgedrängt, behauptete am Abend des 16. August noch immer eine beherrschende Stellung in dem Bereich von Metz.

Der Kronprinz hatte sogleich nach seiner Ankunft vor Pont à Mousson gegen 1 Uhr den Prinzen Friedrich Karl aufgesucht, der mit seinem Stabe in der Stadt verweilte. Die bisher eingetroffenen Meldungen gaben nur ein unvollständiges Bild von der Lage der Dinge; der Glaube an den Rückzug der Franzosen war noch nicht zerstört. Als der Oberbefehlshaber nach 2 Uhr zu den kämpfenden Linien eilte, blieb ein dem sächsischen Korps und überhaupt dem linken Flügel der Zweiten Armee ertheilter Befehl zum Vormarsch an die Maas einstweilen noch in Kraft. Um sich Gewißheit zu verschaffen, schickte der Kronprinz einen Adjutanten des Stabes, Premierlieutenant Edler v. d. Planitz, in der Richtung des Schlachtfeldes ab. Im Laufe des Nachmittags hielt dann auch das Große Hauptquartier seinen Einzug in Pont à Mousson. Mit jeder Stunde mehrten sich die Nachrichten, die den Ernst des Tages in seinem ganzen Umfange erkennen ließen; gegen Abend waren die Straßen der Stadt von den Transporten der Verwundeten überfüllt. Der Kronprinz bedauerte es schmerzlich, daß die weite Entfernung von vier bis fünf Meilen jede Unterstützung durch sein Korps unmöglich machte. Um so mehr gereichte es ihm zur Genugthuung, als König Wilhelm ihn um 9½ Uhr beauftragte, bei Tagesanbruch, 3 Uhr morgens, mit den Sachsen gegen Mars la Tour vorzurücken.*)

*) Generalstabswerk, S. 652.

Von morgens 1 Uhr an ertönen am 17. August in den sächsischen Lagern die Signale zum Sammeln an den Alarmplätzen. Der Kronprinz steigt mit seinem Stabe bald nach 2 Uhr zu Pferde und gelangt an der Spitze der Division Nehrhoff, die während der Nacht in Pont à Mousson kantonirt hatte, bis Thiaucourt; hier erfolgt die Vereinigung mit der Division des Prinzen Georg, der um 3 Uhr von Regnéville en Haye, westlich von Pont à Mousson, aufgebrochen war. Die Artillerie schließt sich den Fußtruppen an, die Kavallerie-Division dagegen, welche am 17., früh, bereits mehr als die Hälfte des Weges zwischen Mosel und Maas zurückgelegt hatte, ist zur Aufklärung der Straßen nach Verdun und von dem Korps abgezweigt. Nach kurzer Rast bei Thiaucourt rückt die Avantgarde der 23. Division in die Biwaks auf dem Gefechtsfelde des gestrigen Tages bei Mars la Tour, die 24. Division und die Artillerie bleiben etwas weiter südlich bei Puxieux stehen.

Am Morgen war es noch unbestimmt, ob der Kampf schon heute wieder aufgenommen werden sollte. In einer Berathung auf der Höhe von Flavigny, südlich von Vionville und Rezonville, wo das Große Hauptquartier längere Zeit verweilte, wurde beschlossen, die Entscheidung auf den 18. zu vertagen, weil man hoffen durfte, die allseitige Zusammenschließung der deutschen Streitmacht bis dahin zu vollenden.*) Bei der Befehlsausgabe für den 18., die um 2 Uhr erfolgte, war noch mit den beiden Möglichkeiten zu rechnen, dem Verharren der Franzosen in den Stellungen westlich von Metz oder ihrem Rückzuge gegen Verdun.

*) Generalstabswerk, S. 666; J. v. Verdy, a. a. O. S. 80 ff.; G. Zernin, Leben des Generals v. Goeben, S. 262.

Der Kronprinz hatte am 17. nachmittags im Biwak bei Tronville eine Unterredung mit dem Kommandirenden des X. Armeekorps, General v. Voigts-Rhetz, in der auch die Begebenheiten des 16. erörtert wurden. Das Nachtlager nahm er in Puxieux mit der Division Nehrhoff; die Division des Prinzen Georg lagerte bei Mars la Tour.*) Am 18. früh bald nach 5 Uhr begab der Kronprinz sich zum Prinzen Friedrich Karl, der mit den Führern des X., XII. und Gardekorps die Aufgaben des Tages besprechen wollte, nach Mars la Tour. Da man einen Durchbruch der Franzosen gegen die nördliche Straße noch für wahrscheinlich hielt, wurde das sächsische Korps zur Deckung des linken Flügels dorthin beordert. Bereits um ½9 Uhr traf die vom Generalmajor v. Craushaar befehligte Avantgarde, bestehend aus dem Schützen-Regiment, dem 1. Reiter-Regiment, der 2. leichten Batterie und zwei Pionierkompagnien, in der angewiesenen Stellung bei Jarny ein, im Laufe der zehnten Stunde die Hauptmasse des Korps. Von Westen her näherte sich die Kavallerie-Division, die dem ertheilten Befehl gemäß am 17. die Straße nach Etain aufgeklärt und dabei in St. Jean les Buzy festgestellt hatte, daß Napoleon III. tags vorher diesen Ort passirt habe. Sofort nach dem Eintreffen in Jarny veranlaßte der Kronprinz weitere Rekognoszirungen in nördlicher Richtung gegen Briey, die jedoch nicht auf die Spur des Feindes führten. Daraus ergab sich mit einiger Sicherheit, daß Bazaine entschlossen sei, auf dem Höhenrande westlich von Metz dem Angriff der Deutschen Stand zu halten, die Ausdehnung der französischen Stellungen dagegen vermochte das Oberkommando des XII. Korps einstweilen ebenso wenig zu beurtheilen wie das Große Hauptquartier. Moltke, der

*) Generalstabswerk, S. 670 ff.



sich mit dem König und dessen Gefolge während des Morgens und Vormittags auf der Höhe südlich von Flavigny befand, vermuthete den rechten Flügel des Gegners bei Montigny la Grange oder Amanvillers:*) thatsächlich aber reichten die Linien desselben über die Straße nach Briey hinaus bis St. Privat la Montagne und noch weiter nördlich bis Roncourt. In einer Länge von etwa 11 km standen die vier französischen Korps, die das Vordertreffen bildeten, von Roncourt bis Rozerieulles und Jussy: nördlich auf dem äußersten rechten Flügel das VI. Korps, Canrobert, dann in der Reihenfolge nach Süden, das IV., L'Admirault, das II., Frossard, und das III., seit der tödlichen Verwundung Decaëns am 14. August von Leboeuf geführt; im zweiten Treffen war als Reserve die Garde aufgestellt.

Auf deutscher Seite schlossen sich am Vormittag zwischen 10 und 11 Uhr an die Sachsen bei Jarny rechter Hand zunächst das Gardekorps unter dem Prinzen August von Württemberg bei Doncourt, dann, der Straße nach Metz folgend, das IX. Korps von Manstein bei Caulre Ferme; am Walde von Doseuillons, hinter diesen Truppenabtheilungen, standen das X. und III. Korps bei Mars la Tour und Vionville, und noch weiter rückwärts war das eben erst auf dem Kriegsschauplatz eingetroffene II. Korps des Generals Fransecky im Anmarsch von Pont à Mousson begriffen. Mit Ausnahme des IV. Korps, das die Verbindung mit der Dritten Armee aufrecht zu erhalten hatte, bildete die Zweite Armee in ihrer Gesammtheit den linken Flügel der deutschen Schlachtlinie, während von der Ersten Armee das VII. Korps, v. Zastrow, an den Waldungen von Vaux und Ognons und das VIII., v. Goeben, bei Rezonville den rechten Flügel einnahmen.

*) Moltke, a. a. O., S. 51; Generalstabswerk, S. 686.

Nachdem aus den eingegangenen Meldungen das Stehenbleiben des Feindes ersichtlich geworden war, wurde um 10½ Uhr von dem Großen Hauptquartier der Befehl zum Vorgehen ertheilt, und zwar beruhte der Grundgedanke auf einem gleichzeitigen Eingreifen der gesammten deutschen Streitmacht. Diese Disposition gelangte jedoch nicht zur Ausführung, da das IX. Korps, gegen Verneville vorstoßend, um 12 Uhr in einen hartnäckigen Kampf verwickelt wurde, ehe die übrigen Heerestheile die ihnen angewiesenen Stellungen erreicht hatten. Es war ein verhängnißvoller Moment in der langen Reihe der Gefechtsscenen, die den Deutschen noch bevorstanden, denn der vereinzelte Angriff der Holsteiner und Hessen gewährte den Franzosen die Möglichkeit, ihre Streitkräfte an dem zunächst bedrohten Punkt zu massiren.

Das große Verdienst, das der Feldherr der Sachsen sich um die deutsche Heeresführung am 18. August erwarb, besteht darin, daß er im entscheidenden Augenblick die obwaltenden Verhältnisse richtig erkannte und aus freier Entschließung die geeigneten Maßregeln traf. Infolge des Befehls von 10½ Uhr vormittags erließ Prinz Friedrich Karl um 11½ Uhr an das XII. Korps den Auftrag, zur Unterstützung des allgemeinen Angriffs gegen Ste. Marie aux Chênes vorzumarschiren. Diese Weisung traf um 12 Uhr bei dem Kommando ein; bereits um ½12, eine halbe Stunde bevor der Kanonendonner von Verneville den Beginn der Schlacht ankündigte, hatte der Kronprinz den Abmarsch seiner Truppen von Jarny gegen Ste. Marie verfügt. Mit einer Seitendeckung an beiden Ufern der Orne setzte sich das Korps gegen Batilly in Bewegung. Zur Einleitung der Operationen nahm der Prinz seinen Standpunkt auf einer Anhöhe am Südrande des Gehölzes von Ponty bei Fleury. Anfangs wurde an einen Frontalangriff gedacht; als dann aber gegen

$^{1}/_{2}$2 Uhr der Hauptmann vom Generalstabe, Edler v. d. Planitz, der jetzige Kriegsminister, einen Aufklärungsrapport über die Ausdehnung und die Stärke der feindlichen Stellungen, namentlich die bei St. Privat, erstattete, entschloß sich der Kronprinz zu einer Umgehung des rechten Flügels der Rhein-Armee. Auch in diesem Falle handelte er aus eigener Initiative, denn in dem Befehl des Prinzen Friedrich Karl war der Flankenangriff nicht vorgesehen, wohl aber hatte Moltke, ohne daß der Führer der Sachsen dies wußte, schon am Vormittag die Umgehung des Gegners als das zu erstrebende Ziel ins Auge gefaßt.*)

In einem zusammenfassenden Bericht über die folgenden Ereignisse schreibt der Kronprinz am 19. August aus Roncourt seinem Vater: „Der Telegraph wird Euch schon längst von der Schlacht des gestrigen Tages gemeldet haben, wenn diese Zeilen Dich treffen. Nachdem wir von Pont à Mousson mittelst eines starken Marsches Mars la Tour erreicht hatten, wo das III. und X. Korps ein hartes Gefecht am 16. gehabt hatten, gingen wir gestern früh als linker Flügel der großen Armee auf Jarny an der Straße Metz—Verdun vor. Um 12 Uhr trafen mich dort übereinstimmende Berichte, daß der Feind gegen Metz zu stünde. Die 2. Division ging auf Ste. Marie aux Chênes, die 1. Division auf Coinville zur Umgehung der sehr starken Stellung des Feindes zwischen Roncourt und St. Privat. Rechts neben mir ging die Garde. Ste. Marie wurde im ersten Anlaufe von der 47. Brigade und der Garde erstürmt und gehalten. Die 1. Division,

*) Eine ausführliche Darstellung der Truppenbewegungen des XII. Korps vor und während der Schlacht giebt Oberst G. Schubert, damals Generalstabsoffizier der 23. Division, in einem Aufsatz der Jahrbücher für die deutsche Armee und Marine, Berlin 1872. — Demselben Verfasser ist auch der entsprechende Abschnitt des v. Schimpffschen Jubiläumswerkes, S. 195 bis 226, zu verdanken.

durch die 48. Brigade verstärkt, drang nun, von der Korps-Artillerie unterstützt, gegen Roncourt vor. Währenddem hatte die Garde vergeblich versucht, St. Privat zu nehmen, und die Schlacht stand kritisch, als die 1. Division mit der Korps-Artillerie bei Roncourt erschien und St. Privat, den Hauptpunkt der Stellung, stürmend nahm, unterstützt von der Garde. Den letzten Stoß führte die 2. Brigade vorwärts St. Privat, worauf eine Kanonade ins Blaue die Schlacht schloß. Das Korps vom General bis zum Tambour hat sich vortrefflich gehalten. Die Verluste sind allerdings sehr groß — der schwerste ist Craushaar —, doch sind sie nicht so hoch wie bei den Preußen. Das Chassepot ist eine außerordentliche Waffe, und die Franzosen schlugen sich verzweifelt."

Während der Entscheidung bei Ste. Marie und bis zur vollen Entwickelung der Flankenbewegung hatte der Kronprinz auf einer Anhöhe westlich von jenem Orte gehalten. Da die Anwesenheit feindlicher Posten nördlich von Roncourt, bei Montois la Montagne, gemeldet wurde, mußte der Vorstoß in nördlicher Richtung weiter ausgedehnt werden, als anfänglich geplant war. Die zum Angriff auf Montois bestimmten Truppentheile, das 107. Regiment und zwei Bataillone von 106, fanden jedoch als sie nach 5 Uhr eintrafen, Montois von den Franzosen geräumt. Bald nach 6 Uhr verlegte der Kronprinz seinen Kommandoplatz in die Nähe von Roncourt. Wider Erwarten zeigte sich, daß der Feind auch von hier abgezogen war.

Inzwischen hatte, vor der Ankunft der Sachsen, um 5¼ Uhr, Prinz August von Württemberg den Kampf bei St. Privat eröffnet. Mit wahrem Löwenmuth warfen sich die Garde-Regimenter, Infanterie und Kavallerie, auf den Feind, aber nach einer Stunde heißen Ringens erlahmte ihr Widerstand an dem



wohlgezielten Feuer, mit dem die Truppen des Korps Canrobert aus den gedeckten Stellungen hinter Schützengräben, krenelirten Feldmauern und Hecken sie überschütteten; Tausende von Todten und Verwundeten lagen niedergestreckt auf dem Gelände vor St. Privat.

Es war, wie der Kronprinz andeutet, der kritische Augenblick der Schlacht. So sehr und so tief er dies empfand, verlor er doch nicht einen Augenblick die Ruhe und Kaltblütigkeit. Mit felsenfestem Vertrauen durfte er auf den Eifer, ja das Ungestüm seiner Truppen zählen; schon waren einige Abtheilungen auf Ersuchen des Prinzen von Württemberg aus eigenem Antriebe zur Unterstützung der Garde herbeigeeilt. Durch das Feuer von 14 Batterien, 84 Geschützen, denen der Kronprinz ihre Position in einer Bogenlinie von Roncourt südöstlich bis 1200 Schritt an St. Privat heran angewiesen hatte, wurde die Offensive sächsischerseits eingeleitet. Nachdem die französische Artillerie zum Schweigen gebracht, begann gegen 7½ Uhr der allseitige Sturm, der auch hier den Gegner in beiden Flanken erfaßte; unter immer noch sehr schwerem Gefecht, das zuletzt im Nahkampf, Mann gegen Mann, mit den Gewehrkolben ausgerungen wurde, drangen die Sachsen von Norden und Nordwesten, die preußische Garde von Südwesten in die Mauerumwallungen ein. Der Führer des Infanterie-Regiments Nr. 107, Oberstlieutenant v. Schweinitz, fand den Heldentod; der Kommandeur der 45. Brigade, Generalmajor v. Craushaar, einer der tapfersten Offiziere des XII. Korps, wurde in den Reihen des 2. Grenadier-Regiments Nr. 101 von einer tödlichen Kugel getroffen. Das 2. Bataillon des Regiments 107 verlor viermal, das 1. sechsmal seine Fahnenträger. Zuletzt verkündeten die weithin lohenden Flammensäulen, die aus den in Brand geschossenen Häusern aufstiegen, den Sieg.

Mit der Erstürmung von St. Privat war die Entscheidung des Tages gefallen! Die mörderischste Schlacht des ganzen Krieges: ein Gesammtverlust der Deutschen von 20 000 Mann, an dem die Sachsen mit 89 Offizieren und 2098 Unteroffizieren und Mannschaften betheiligt waren. Bereits am Abend des 18. ließ das Oberkommando der Zweiten Armee dem Kronprinzen den Dank für die Bravour seiner Truppen aussprechen; eine noch größere Auszeichnung sollte ihm am folgenden Tage zu Theil werden.*)

Nach beendigter Schlacht begegnete der Kronprinz auf der Straße südlich von Roncourt dem Prinzen Georg, der dem Schützen-Regiment in der Richtung auf St. Privat gefolgt war. In der herzlichen Eintracht, die immer zwischen ihnen bestanden hat, beglückwünschten die beiden Brüder sich gegenseitig zu dem Erfolge ihrer Landsleute. Dann nahm der Kronprinz sein Hauptquartier in dem völlig verödeten Roncourt, wo er in einem von seinen Insassen verlassenen Hause, dessen Thür gewaltsam aufgebrochen werden mußte — der Stabschef v. Zezschwitz wollte das verriegelte Schloß durch einen Revolverschuß sprengen, — ein dürftiges Unterkommen fand. Die am frühen Morgen des 19. August sogleich wieder aufgenommenen Rekognoszirungen ließen erkennen, daß die Rhein-Armee sich hinter den Schutz der

*) Der hervorragende Antheil des Kronprinzen Albert an dem Endergebniß der Schlacht von St. Privat wird auch in der neueren Militärlitteratur über die strategischen und taktischen Probleme der Befehlsführung am 18. August einstimmig anerkannt. Vergl. F. Hoenig, 24 Stunden Moltkesche Strategie, Berlin 1891, S. 74 — Eingehend werden diese Verhältnisse, soweit das Kommando des XII. Korps dabei in Frage kommt, beleuchtet in dem ersten Kapitel einer umfangreichen Abhandlung des Generals d. J. z. D. Freiherrn v. Hodenberg unter dem Titel: Die Selbstthätigkeit des Königs Albert im Feldzuge 1870/71, deren erster Theil in mehreren Nummern der „Leipziger Zeitung“, Wissenschaftliche Beilage 1898, S. 173 ff. veröffentlicht ist.

Außenwerke von Metz zurückgezogen habe. Die nächstliegende Aufgabe bestand also darin, den großen Waffenplatz von allen Seiten einzuschließen und dem festgebannten feindlichen Heere jede Verbindung mit dem Innern des Landes abzuschneiden. Mit der nicht gerade verlockenden Aussicht auf ein längeres Verweilen in dem ringsumher verwüsteten Moselthal begann das XII. Korps am 19. früh in die Cernirungslinie von Metz einzurücken.

Schon am Nachmittag jedoch erhielt der Kronprinz eine andere Bestimmung, von der er selbst bisher keine Ahnung gehabt hatte. Noch einmal auf das Schlachtfeld zurückgekehrt, hielt er mit seinem Stabe auf einer Höhe vor St. Privat, südlich von Roncourt, mit der Front gegen Metz, als ein Ordonnanzoffizier aus dem Hauptquartier des Prinzen Friedrich Karl, Graf v. Arnim, ihm den Auftrag König Wilhelms überbrachte, die Führung einer neu zu bildenden Armeeabtheilung zu übernehmen, die in Gemeinschaft mit dem Heere des Kronprinzen von Preußen gegen das westliche Frankreich vordringen sollte. Nichts ist bezeichnender für das schlichte Wesen des Kronprinzen als die selbstlose Zurückhaltung, mit der er die bedeutsame Mission aufnahm. In einer Nachschrift zu dem erwähnten Schreiben an König Johann vom 20. August meldet er seine Ernennung und fügt hinzu: „Ich muß gestehen, so ehrenvoll das Vertrauen ist, das man mir schenkt, so wäre ich lieber bei meinem Korps geblieben, das ich seit vorgestern noch zehnmal höher schätze. — Werde ich auch meinem höheren Kommando gewachsen sein?“

Die Truppenmacht, die dem Befehl des sächsischen Thronfolgers unterstellt wurde, bestand aus dem XII. und IV. Korps, der Garde und der 5. und 6. Kavallerie-Division mit im Ganzen etwas über 70 000 Mann. Höchst ungern schied Prinz Friedrich Karl von seinem langjährigen Jugendfreunde. In einem Briefe

an König Johann, in welchem er sich für die Verleihung des höchsten sächsischen Militärordens bedankt, mit rühmlicher Bescheidenheit das ihm zugemessene Verdienst auf die Tapferkeit der Truppen übertragend, schreibt der Prinz: „Lebhaft bedauere ich, daß ich mich sehr gegen meinen Wunsch und viel zu früh von dem tapferen XII. Korps trennen mußte. Ganz besonders bedauere ich die Trennung von meinem wackeren und braven Kameraden, Seiner Königlichen Hoheit dem Kronprinzen, der zu einer höheren Stelle berufen wurde.“*)

Der Kronprinz verließ bereits am 19. August Roncourt und zog an der Spitze der sächsischen Truppen bis Jarny. Während des Marsches traf er mit der ihm eigenthümlichen Gabe, eine völlig neue Sachlage auf den ersten Blick zu erfassen, gleichsam aus dem Sattel, die nächsten Dispositionen für die Bewegungen der Armeeabtheilung, ohne Mitwirkung eines Stabschefs, denn Oberstlieutenant v. Zezschwitz hatte das Unglück gehabt, am 19. August früh durch Sturz mit dem Pferde sich einen Achselbruch zuzuziehen. Nach einer eintägigen Rast wurde das Oberkommando am 21. nach Jeandelize verlegt, wo es auch am 22. verblieb. Währenddessen begab der Kronprinz sich am 21. noch einmal nach Pont à Mousson zur persönlichen Meldung bei dem obersten Bundesfeldherrn. Auf dem Antlitz Wilhelms I. lag ein schmerzlicher Zug; die Erinnerung an die gewaltigen Opfer, unter denen die Siege bei Metz errungen, beherrschte sein Gemüth. Den Leistungen des XII. Korps spendete der König das höchste Lob und den Führer der Sachsen ehrte er durch Verleihung des Eisernen Kreuzes. Als der Kronprinz sich

*) Hauptquartier Corny, 8. September 1870. Nach dem Original im Königlichen Hausministerium.

verabschiedet hatte, fand er im Vorzimmer Moltke und Bismarck, die über die Einrichtung der Civilverwaltung in den okkupirten Landestheilen Frankreichs lebhaft verhandelten. Der bei dem Großenhainer Liebesmahl angeknüpfte Freundschaftsbund zwischen Moltke und dem Prinzen*) wurde in Pont à Mousson für alle Zeiten befestigt. Aber auch der große Kanzler trat in jener Stunde durch eine hochpolitische Unterredung, die er selbst herbeiführte, in ein nahes Verhältniß zu dem Albertinischen Fürsten. Der Kronprinz berichtet darüber am 22. August aus Jeandelize an König Johann: „Bismarck begann damit, daß bereits indirekte Friedensanträge an Preußen gelangt seien, ebenso Vermittelungsvorschläge von Oesterreich, Rußland und Italien in Aussicht stünden, und zwar zu Gunsten des Feindes. Nun habe sein König zwar das Recht, allein Frieden zu schließen, wolle aber bei dieser wichtigen Gelegenheit nicht handeln, ehe er seine Bundesgenossen gehört habe. Er will daher alle nord- und süddeutschen Fürsten in einem Fürstenkongreß um sich versammeln, ehe er Bedingungen stellt oder acceptirt. Sollte ein europäischer Kongreß vorgeschlagen werden, so werde auch dieser nicht eher beschickt werden, als bis die deutschen Fürsten gehört seien. Im Falle es den deutschen Fürsten zu unbequem sei, wolle er sich auf den Bundesrath beschränken. Als Ort bezeichnete er Nancy, eventuell Paris. Auf die Friedensbedingungen selbst übergehend, meinte er, der Krieg müsse positive Resultate ergeben, sonst würde das monarchische Prinzip geschädigt. Als solche bezeichnete er Abtretung von Elsaß und Deutsch-Lothringen. Diese Länder sollen im Besitz von Gesammtdeutschland verbleiben; dadurch werde sich ein näheres Verhältniß von Nord und Süd am

*) Vergl. S. 360.

natürlichsten herstellen lassen. Hierauf kam er zum Hauptpunkt; er hoffe bei der erwähnten Zusammenkunft die deutsche Frage regeln zu können. Zu der freiwilligen Einigung aber hoffe er wesentlich auf Deine Hülfe. Gegen Preußen herrsche immer noch das Mißtrauen, es hege dynastische Gelüste; daher Du der rechte Mittelsmann seiest."

Unzweifelhaft war die Auseinandersetzung des Bundeskanzlers hauptsächlich an die Adresse des König Johann gerichtet; aber dies beeinträchtigt nicht die Thatsache, daß der sächsische Thronerbe der erste deutsche Fürst gewesen ist, dem Bismarck seine Pläne über die Vollendung des deutschen Einigungswerkes enthüllte. Ohne Bedenken sagte der Kronprinz seine Vermittelung zu, denn er kannte die Gesinnung seines Vaters, und seine eigenen Gedanken entsprachen durchaus dem großen Ziel der deutschen Entwickelung.

„Was die Militaria betrifft", fährt das Schreiben vom 22. fort, „so breche ich morgen auf, suche unterwegs Verdun zu nehmen und gehe in gleicher Höhe mit dem Kronprinzen (von Preußen) gegen Châlons vor, wo wir wohl am 28. oder 29. eintreffen werden. Dort sollen sich die Trümmer von Mac Mahon und Neuformationen befinden. Georg übergebe ich heut mit blutendem Herzen das XII. Korps." In das Hauptquartier von Jeandelize zurückgekehrt, empfing der Kronprinz den zum Stabschef seiner Armee ernannten Generalmajor v. Schlotheim, der als Stabschef der Elb-Armee in der Schlacht von Königgrätz dem Führer der Sachsen gegenüber gestanden und in den ersten Wochen des Krieges von 1870 die hessische Kavallerie-Brigade geführt hatte. An Stelle des Prinzen Georg übernahm Generalmajor v. Montbé, der bisher an der Spitze der 46. Brigade gestanden hatte, das Kommando der 23. Division.

Nach Aufnahme des IV. Korps, das bei Commercy stand, begann die Heeresabtheilung des Kronprinzen am 23. August ihre Operationen. Die allgemeine Hoffnung war, den Feind im Lager in Châlons zu treffen, vereinigt mit der Dritten Armee ihn zu schlagen und dann in Eilmärschen gegen Paris zu ziehen. Das Hauptquartier des Oberbefehlshabers kam an diesem Tage nach Fresnes en Woëvre, die Sachsen rückten bis in die Nähe von Verdun. Am Nachmittag unternahm Prinz Georg von der Höhe von Belrupt aus eine Rekognoszirung dieser Festung; am nächsten Morgen ging die 23. Division zum Angriff vor; die Avantgarde, das Schützen-Regiment und eine Schwadron des 1. Reiter-Regiments, drang in der unbesetzten Vorstadt Pavé bis an das Glacis vor, die Batterien richteten ihr Feuer gegen die Außenwerke und die Stadt. Aber der erwartete moralische Eindruck auf den Gegner blieb aus; der als Parlamentär in die Festung entsandte Premierlieutenant v. Schimpff, auf den trotz der weißen Fahne geschossen wurde, brachte einen abschläglichen Bescheid zurück. Die Besatzung, die das Feuer erwiderte, verließ sich auf ihre zahlreichen Festungsgeschütze, mit deren Treffweite die 6 pfündigen Batterien nicht wetteifern konnten. In unmittelbarer Nähe des Prinzen Georg platzte eine Granate mit solcher Gewalt, daß große Stücke des aufgewühlten Erdreichs bis in die Reihen des Stabes flogen; der Anschlag auf Verdun mußte aufgegeben werden.

Während die 48. Infanterie-Brigade des Generalmajors v. Schulz einstweilen zur Beobachtung zurückgelassen wurde, vollzog am 24. die Hauptmasse des sächsischen Korps oberhalb und unterhalb von Verdun den Uebergang über die Maas. Der Kronprinz, der von morgens 10 Uhr an auf einer Anhöhe östlich von Haudainville der Beschießung beigewohnt hatte, verlegte sein

Hauptquartier nach Monthairon. Hier erhielt er durch ein Schreiben Moltkes die erste Nachricht von dem Abzug der Franzosen aus Châlons. Diese überraschende Wendung in den Entschlüssen des Feindes ließ die mannigfachsten Deutungen zu. Die nächstliegende Annahme war, daß Mac Mahon danach trachte, die Rückzugslinien nach Paris zu gewinnen. In der That war dies, wie man weiß, die Absicht des Herzogs von Magenta, als er am 21. August mit seinen 4 Korps und 2 Kavallerie-Divisionen gegen Norden aufbrach, und auch Napoleon III., der schon in jenen Tagen nur noch ein willenloses Werkzeug in der Hand seiner Rathgeber war, hatte zugestimmt, so sehr auch der Gedanke, an der Spitze eines geschlagenen Heeres in der Hauptstadt zu erscheinen, ihm innerlich widerstrebte. Schon in Reims aber erfuhr der Rückmarsch des Herzogs eine Unterbrechung durch die aus Paris eintreffenden Depeschen. Die fieberhaft erregte Volksstimmung, in der bereits die Grundelemente des revolutionären Umschwungs sich geltend machten, verlangte gebieterisch die Handreichung mit der Armee in Metz. In diesem Sinne äußerte sich der Kriegsminister Palikao und noch energischer die Kaiserin-Regentin, die durch den Minister Rouher ihrem Gemahl vorstellen ließ, der Rückzug nach Paris bedeute das Ende der Napoleonischen Dynastie. Den Ausschlag gab eine am 22. nach Reims gelangende Depesche vom 19. aus Metz, in welcher Bazaine den Versuch eines Durchbruchs gegen Norden ankündigte. Für den Kaiser waren die politisch-dynastischen Erwägungen maßgebend, für Mac Mahon die militärische Pflicht; die ehrenwerthesten Beweggründe führten ihn seinem Verhängniß entgegen.*)

*) Für den Verlauf der Unterhandlungen in Châlons und Reims darf verwiesen werden auf das Buch von der Dritten Armee, S. 196 ff.

Die deutschen Reiterpatrouillen hatten mit gewohnter Sicherheit das französische Heer erspäht; nur das Ziel der feindlichen Bewegung ließ sich einstweilen nicht übersehen. Deshalb wurde zum 25. den Armeen der beiden Kronprinzen die Fortsetzung des Vormarsches in nordwestlicher Richtung befohlen. Zur Beobachtung gegen Reims sah der Kronprinz von Sachsen sich jedoch veranlaßt, eine Brigade der 5. Kavallerie-Division vorzuschieben; das Oberkommando folgte nach Fleury. Erst am Abend des 25. erfuhr das Große Hauptquartier in Bar le Duc aus einem Pariser Telegramm, das über London den Weg bis zu der deutschen Heeresleitung fand, daß Mac Mahon die Vereinigung mit Bazaine anstrebe. Infolgedessen wurden noch in der Nacht die Generalstabsoffiziere mit den veränderten Direktiven nach allen Richtungen entsendet. Oberstlieutenant v. Verdy du Vernois, der mit einigen Begleitern den Kronprinzen von Sachsen aufzusuchen hatte, giebt eine sehr lebendige Schilderung seiner Sendung nach Fleury. „Bevor noch der Morgen des 26. anbrach“, so erzählt er, „hatten wir das Dorf, in welchem sich das Hauptquartier des Kronprinzen von Sachsen befand, erreicht. Mit Hülfe der Dorfwache wurde die Wohnung desselben gefunden, und der Prinz, wie der Chef seines Generalstabes, General v. Schlotheim, geweckt. Hier wurde vom Kronprinzen — und fast gleichzeitig im großen Hauptquartier — der Entschluß gefaßt, nicht erst weitere Aufklärungen abzuwarten, sondern die Truppen sofort in mehr nördlicher Richtung in Bewegung zu setzen. — Während Kronprinz Albert die inzwischen geweckten Ordonnanzoffiziere seines Stabes nach allen Himmelsgegenden versandte, machten wir auf dem Hofe Morgentoilette und setzten uns dann im Zimmer an den gemeinschaftlichen Kaffeetisch. Die Wohnung war allerdings eine elende, die Stube so niedrig, daß man mit

dem Kopf fast die Decke berührte, die Sitze bestanden aus einem Brette, über ein paar Tonnen gelegt, aber die ganze Stimmung war eine freudige und in Aussicht auf große Ereignisse eine sehr animirte."*)

So verhielt es sich in der That! Die ganze Kriegslage hatte durch die Flankenbewegung der Armee von Châlons eine günstigere Gestaltung angenommen als man in den letztvergangenen Tagen muthmaßte. Denn wäre es Mac Mahon gelungen, mit seinen mehr als 100 000 Mann nach Paris zu entkommen, so würden durch diesen Zuwachs an regulären Truppen nicht nur die ohnehin schon sehr bedeutenden Vertheidigungsmittel der Hauptstadt eine erhebliche Steigerung erfahren haben, sondern es hätten sich selbst Zweifel geregt, ob unter solchen Umständen das kühne Unternehmen der Einschließung von Paris gewagt werden dürfe.

Völlige Gewißheit konnte die telegraphische Nachricht aus London, die Verdy morgens 1/24 Uhr überbrachte, schon deshalb nicht gewähren, weil ihre Quelle auf einem Pariser Zeitungsartikel des „Temps" beruhte. Das Große Hauptquartier war selbst der Meinung, noch weitere Meldungen abzuwarten, und stellte daher auch dem Kronprinzen anheim, seine Entscheidung bis zum Mittag zu vertagen. Der sächsische Feldherr jedoch, von der Erwägung ausgehend, daß es vor Allem darauf ankomme, in den Besitz der Maasübergänge zu gelangen und dem Gegner dadurch den Zugang nach Metz zu versperren, faßte mit gewohnter Schlagfertigkeit sofort einen auch diesmal wieder durchaus selbständigen Entschluß; bereits um 5 Uhr wurden die Weisungen ausgefertigt, die es den ihm untergebenen Truppen-

*) v. Verdy a. a. O., S. 125.

theilen ermöglichten, noch im Laufe des 26. August in die befohlene Rechtsschwenkung einzutreten. Am Abend dieses Tages standen die Sachsen bei Varennes, die Garde bei Dombasle, das IV. Korps bei Fleury, — Letzteres in einer Stellung, in der es die Verbindung mit dem rechten Flügel der Dritten Armee, den beiden bayerischen Korps, herstellen konnte.

Kronprinz Albert befand sich seit dem 26., vormittags, in Clermont, einem ziemlich armseligen Städtchen am Argonner Walde. Ueberhaupt zählten die Tage des Marsches nach Norden zu den unbehaglichsten Episoden des Krieges. Man tröstete sich mit dem entsagungsvollen Spruch, der längst zu einem geflügelten Wort in dem ganzen deutschen Heere geworden war: „C'est à la guerre comme à la guerre!“ Besonders störend wirkten die unaufhörlichen Regengüsse, die bis zum 30. anhielten und namentlich die Ausdauer derjenigen Truppentheile, welche sich durch die nebelumhüllten Argonnenpässe hindurchzuwinden hatten, auf eine harte Probe stellten, zumal der hinterhaltige Angriff der Franktireurs die Wege unsicher machte. Der Kronprinz befahl denn auch kurz und bündig das strengste Exekutivverfahren gegen diese irreguläre Bewaffnung.

Die während des 26. eingehenden Kundschaften ließen mit einiger Sicherheit die Anwesenheit der Hauptmacht Mac Mahons bei Vouziers an der Aisne erkennen. Eine größere Entfaltung der feindlichen Streitkräfte gegen die Maas hatte noch nicht stattgefunden, einzelne Abtheilungen aber waren im Vormarsch begriffen, ein aus allen Waffengattungen bestehendes Lager wurde nachmittags von einer Gardereiterpatrouille unter Rittmeister v. Kleuck bei Grandpré auf der Straße von Vouziers nach Varennes erspäht.*) Dies gab Veranlassung zu Berathungen

*) Vergl. v. Schimpff, Geschichte des Gardereiter-Regiments, S. 489.

zwischen dem Oberkommando der Armee-Abtheilung und dem Großen Hauptquartier, das am 26., abends, in Clermont eingerückt war. Alles, was der Kronprinz angeordnet hatte, fügte sich auf das Genaueste in den Plan Moltkes. Es lag auf der Hand, daß dem Gegner noch immer ein rettender Ausweg blieb, wenn er, durch eine Umgehung des rechten Flügels der deutschen Armee, früher als der Kronprinz von Sachsen das rechte Maas-Ufer erreichte. Die Aufgabe der Sachsen, die am 27., morgens, vor dem Abmarsch aus Clermont, zwischen dem Kronprinzen und Moltke ausführlich erwogen wurde, sollte es sein, die Maasübergänge zu besetzen. Während das Hauptquartier der Armee-Abtheilung nach Malancourt, etwa zehn Kilometer von dem linken Maas-Ufer, übersiedelte, ging das XII. Korps, mittags, bei Dun über den Fluß, zerstörte hinter sich die hier befindliche Brücke und erreichte mit seiner Avantgarde, der 48. Brigade des Generalmajor v. Schulz, gegen 4 Uhr Stenay. Von der auf dem linken Ufer zurückgelassenen sächsischen Kavallerie-Division eröffnete die 24. Brigade Senfft v. Pilsach mit zwei Schwadronen des 3. Reiter-Regiments unter den Rittmeistern v. Harling und v. Wolffersdorff am 26., mittags, bei Buzancy die Kämpfe an der Maas durch eine glückliche Attacke auf die Vorhut des 5. Korps, Failly, die 12. Chasseurs, deren Führer, Oberstlieutenant de la Porte, in Gefangenschaft gerieth. Das Reitergefecht gewährte sicheren Aufschluß über das Vorgehen der Kolonnen Mac Mahons auf der südlichen Straße von Vouziers, die über Buzancy und Nouart führt. Im Verlauf des Nachmittags machte sich dann aber eine weitere Bewegung des Feindes auf dieser Linie nicht bemerkbar, und, was noch auffallender war, die Avantgarde Faillys hatte von Buzancy aus die Richtung nach Norden eingeschlagen.

Der Erklärungsgrund liegt darin, daß Mac Mahon am 27., nachmittags, als jede Nachricht von Bazaine ausblieb, noch einmal auf den Gedanken zurückgekommen war, sich mit seiner Armee nordwärts gegen Mézières und von dort nach Paris zu wenden. Aller Wahrscheinlichkeit nach würde dieses Vorhaben mit Genehmigung Napoleons III. ins Werk gesetzt worden sein, wenn nicht der Marschall auf seine Depesche an Palikao in der Nacht zum 28. August die ominöse Antwort erhalten hätte: „Wenn Sie Bazaine im Stich lassen, ist die Revolution in Paris!"*)

Da man annehmen durfte, den Gegner noch auf dem linken Maas-Ufer zum Stehen zu bringen, wurde für den 28. und 29. ein allgemeines Vorgehen gegen die beiden Straßen nach Stenay, die nördliche über Beaumont und die südliche über Buzancy, angeordnet.**) Nur das XII. Korps verblieb am 28. noch auf dem rechten Maas-Ufer, und diese isolirte Stellung war für die Sachsen nicht ohne Gefahr, denn die schon am 27. beobachtete Ansammlung größerer Truppenkräfte bei Beaumont, $1\frac{1}{2}$ Meilen von Stenay, deutete auf die Absicht des Durchbruchs in dieser Richtung. Der Kronprinz befahl daher am 28., früh 2 Uhr, den Reiter-Divisionen der Garde und des XII. Korps, zwar mit dem Feinde Fühlung zu behalten, aber nicht auf ihn zu drängen. Nachmittags 3 Uhr traf eine Abtheilung der Garde-Reiter unter Major v. Funcke, mit einem Zuge der 3. Garde-Ulanen von der Brigade des Prinzen Albrecht-Sohn durch Buzancy gegen Bar vorgehend, auf eine Division des Korps Failly, die sich zum Abkochen gelagert hatte. Ungefähr gleichzeitig erkundeten Patrouillen der 12. Kavallerie

*) Vergl. Hassel, a. a. O. S. 202.

**) Generalstabswerk, S. 1002; Moltke, Militärische Korrespondenz I. S. 257 ff.

Division im Vorrücken über Nouart gegen Beaumont größere Truppenmassen, vor denen sie sich zurückzogen; Nouart mußte aufgegeben werden und wurde feindlicherseits eingenommen. Diese Aufklärungen ließen zwar die Bewegung des Feindes gegen Stenay erkennen, eine genaue Anschauung aber gewährten sie nicht; es liefen sogar Nachrichten ein, die von einem Zurückweichen der Franzosen nach Westen sprachen.

Infolge der widersprechenden Meldungen wurden die Dispositionen für den 29. August mehrfach geändert. Zuletzt empfahl das Große Hauptquartier am 28., abends 11 Uhr, dem Kronprinzen, mit seinen drei Korps westlich von Dun eine defensive Stellung einzunehmen; zugleich aber fügte Moltke zu der betreffenden Weisung eigenhändig hinzu, daß die Besitznahme der Straße Buzancy gegen schwächere feindliche Streitkräfte nicht ausgeschlossen sei.*) Die Entscheidung war damit in die Hand des Kronprinzen gelegt. Bei einer Besprechung mit den Befehlshabern der Korps auf einer Anhöhe südlich von Aincreville wurde am 29., morgens 8 Uhr, das Vorrücken auf der Straße Stenay—Buzancy verfügt. Das sächsische Korps war inzwischen wieder auf das linke Maas-Ufer herangezogen worden; nur drei Eskadrons des 2. Reiter-Regiments blieben zur Beobachtung der rechtsseitigen Uferstrecke zurück. Die 46. Brigade unter Oberst v. Seydlitz ging gegen Nouart vor; der Feind verließ diesen Ort, sammelte sich jedoch auf dem waldigen Plateau sofort zum Gefecht und führte nach und nach die ganze Division Lespart vom 5. Korps ins Feuer. Der Kampf um den Besitz des Plateaus, bei dem sich das 103. Regiment unter Oberstlieutenant Dietrich besonders hervorthat, dauerte von 1 bis 3 Uhr und endete mit dem Rückzuge der Franzosen.

*) Moltke, Militärische Korrespondenz I, S. 261.

In einem Schreiben an den König vom 31. August wirft der Kronprinz einen Rückblick auf die Verhältnisse seit Beginn der Abschwenkung nach Norden. „Wir haben einige interessante Tage hinter uns. Seit dem 25. rechnete man, daß Mac Mahon von Reims abmarschirt sei, — man vermuthete, um den Versuch der Entsetzung von Metz zu machen. Ich wurde daher mit meinen drei Korps zwischen Argonnen und Maas vorgeschoben. Wir verlebten drei ungewisse Tage, da durchaus nicht zu erkennen war, welche Direktive der Feind verfolgte. Endlich klärte mich ein Avantgardengefecht unseres Korps und die Papiere eines gefangenen Offiziers dahin auf, daß der Feind stehe und zwar um Beaumont herum.“ Dieser Offizier vom Generalstabe Mac Mahons war am 29. früh in der Gegend von Sommauthe durch eine Schwadron der 3. Garde-Ulanen aufgebracht worden. Die Schriftstücke, die er mit sich führte, bestanden aus einer vollständigen Disposition der Armee von Châlons für den 29. August und einem Befehl des Marschalls an Failly, mit seinem Korps nicht auf Stenay, sondern nach Beaumont zu rücken.*) Hieraus erhellt das wichtige, die Katastrophe der folgenden Tage vorbereitende Ergebniß des Rekognoszirungsgefechts vom 29. August; durch seinen Angriff auf Nouart hatte der Feldherr der Sachsen den Abzug des 5. Korps verhindert.

Da ferner aus der aufgefangenen Disposition hervorging, daß der Herzog von Magenta den Uebergang über die Maas in der nördlichen Richtung auf Mouzon beabsichtigte, faßte der Kronprinz bereits am 29., nachmittags, den Entschluß, dem Gegner zu folgen. Das Große Hauptquartier genehmigte die

*) Vergl. Prinz Kraft von Hohenlohe, Strategische Briefe, Berlin 1887, II, S. 161, 174.

allgemeine Offensive für den 30. August und traf durch eine abends 11 Uhr erlassene Ordre alle Anstalten, um das Eingreifen des rechten Flügels der Dritten Armee auf der Straße Buzancy—Beaumont zu veranlassen. In dem Brief vom 31. August schreibt der Prinz: „Ich war entschlossen, den Gegner am 30. anzugreifen, erhielt auch den Befehl dazu; ein Theil der Dritten Armee sollte in der rechten Flanke des Feindes mitwirken." Der Kronprinz giebt dann in großen Zügen einen Ueberblick über den Gang der Schlacht von Beaumont, indem er die ausführliche Berichterstattung dem Kommando des XII. Korps überließ.*) „Gestern griff ich mit vier Divisionen des IV. und XII. Korps an, die Garde in Reserve. Der Feind, wieder das Faillysche Korps, wurde vom IV. Korps im Lager überfallen, nördlich gegen Mouzon über die Maas getrieben, wobei er zuletzt wahrscheinlich noch sein 12. Korps zur Unterstützung vorbrachte. Das IV. Korps hatte 11 Geschütze, 3 Mitrailleusen genommen, 1500 Gefangene sind konstatirt, nächstdem ein ganzes Lager, eine ganze Munitionskolonne erbeutet. Die Verluste unseres Korps können, da nur die 1. Division und Artillerie theilnahmen, nicht groß sein." Bemerkenswerth für den Gleichmuth, den der Kronprinz unter allen Verhältnissen bewahrte, ist, daß der Bericht an seinen Vater während der fortdauernden Aktion niedergeschrieben wurde. „Heute", so schließt

*) Die von dem Führer des XII. Korps, Prinzen Georg, an den König erstatteten Berichte werden in dem Kriegsarchiv aufbewahrt. Außer dieser Quelle ist für die folgende Darstellung das sehr umfassende Kriegstagebuch des Oberkommandos der Maas-Armee benutzt, welches dem Verfasser von dem Kriegsarchiv des Großen Generalstabes in Berlin bereitwilligst zur Verfügung gestellt wurde. Vielfachen Aufschluß gewährte ferner das Kapitel über die Maas-Armee in dem v. Schimpffschen Werke, bearbeitet von dem Armee-Intendanten bei dem Oberkommando der Maas-Armee, jetzigen Generallieutenant z. D. Schurig.



seine Mittheilung, „verfolge ich mit zwei Korps über die Maas. Es ist zu hoffen, daß wir einen großen Theil über die belgische Grenze treiben."

Das Hauptquartier der Armeeabtheilung befand sich während der Nacht zum 30. in Bayonville. Hier besprach am Morgen 8 Uhr der oberste Befehlshaber mit den kommandirenden Generalen und deren Stabschefs die Operationen des Tages. Das Terrain, auf dem der Angriff sich entwickeln sollte, war schwierig: dichte Waldungen, die Wege von dem langen Regen versumpft, erst vor Kurzem vom Feinde verlassen und daher nicht aufgeklärt. Der Kronprinz empfahl den Führern, bevor sie sich in Gefechte einließen, die Ankunft der Nebenkolonnen zu erwarten. Noch bevor die Avantgarde der 8. Division von Schöler nach 11 Uhr aus dem Walde debouchirte, war auf dem Höhenrande südlich von Beaumont ein größeres feindliches Lager bemerkt worden, in welchem die Truppen sich mit der Zubereitung des Mittagessens beschäftigten. Es waren größere Abtheilungen der 1. und 3. Division Goze und Lespart des Faillyschen Korps, die hier rasteten, um sich am Nachmittag mit dem Gros Mac Mahons zum Uebergang über die Maas zu vereinigen. Der Kommandirende des IV. Korps, General v. Alvensleben I., beschloß, die Sorglosigkeit des Gegners sich zu Nutzen zu machen. Dieser aber, anfangs überrascht, ordnete seine Linien sehr bald und drang in dichten Tirailleurschwärmen vor. Mit Hülfe der 7. Division, Groß von Schwarzhoff, gelang es um 1½ Uhr, die Franzosen gegen Beaumont zurückzutreiben; auch in der Stadt stießen die Preußen nicht mehr auf Widerstand. Auf diesem Theile des Schlachtfeldes erreichte der Kampf, in den vier sächsische Batterien eingegriffen hatten, um 2 Uhr sein Ende. Unmittelbar darauf jedoch erfolgte ein neuer Vorstoß aus der

Richtung nördlich von Beaumont, wo eine Brigade der 2. Division L'Abadie, den schon begonnenen Abmarsch nach Mouzon unterbrechend, Halt gemacht und die fliehenden Massen aufgenommen hatte. An diesem zweiten Gefecht betheiligten sich sächsischerseits nicht weniger als vierzehn Batterien, unter General Köhler, die Prinz Georg rechts von der Straße Stenay—Beaumont hatte auffahren lassen, und die Division Montbé, deren Vorhut, geführt von dem Obersten Freiherrn v. Hausen, an der Spitze das Schützen-Regiment, über Létanne und die unwegsamen Waldabhänge östlich von Beaumont sich an das IV. Korps heranschob. Um 3 Uhr verstummte das feindliche Geschützfeuer, und es begann ein allgemeines Zurückweichen der Kolonnen Faillys gegen das Gehölz von Givodeau.

Der Kronprinz hatte von 10 Uhr vormittags an auf einer Höhe nordwestlich von Nouart bei Fossé den Aufmarsch der Division Schöler beobachtet. Gegen Mittag wurde diese Stelle mit einer anderen bei Champy vertauscht, die eine freiere Aussicht auf das Gelände um Beaumont gewährte. Die weitere Entwickelung der Schlacht führte ihn dann an die Stelle des aufgescheuchten Lagers. Von dem Anblick desselben giebt Verdy, der auch an diesem Tage zu der Armeeabtheilung entsandt worden war, ein plastisches Bild: „Alle Offizierbagage stand, die Koffer weit geöffnet, wie man sie eben gebraucht hatte, umher, die Kassenwagen und Medizinkarren waren umgeworfen, die Tornister lagen in Reih und Glied.“ Sehr willkommen waren die großen Vorräthe an Eßwaaren, die aufgefunden wurden, darunter manche Delikatessen, die ihren Pariser Ursprung nicht verleugnen konnten. „Da es 3 Uhr geworden war“, bemerkt Verdy, „so profitirten wir sämmtlich en passant von diesen Entdeckungen.“*)

*) Vergl. Verdy a. a. O. S. 134.

Die Schlacht war jedoch noch nicht beendet. Bei der Verfolgung des Feindes gegen das Gehölz von Givodeau, welcher der Kronprinz, durch Beaumont reitend, sich anschloß, wurde er sehr bald gewahr, daß vom rechten Ufer der Maas frische Streitkräfte in die Aktion eintraten. Ganz unerwartet kam diese Wendung nicht, denn nach der französischen Disposition vom 29. mußte man einen Theil der Armee von Châlons jenseits des Flusses vermuthen. Das 12. Korps Lebrun und die Kavallerie-Division Margueritte waren bereits am 29. bei Mouzon über die Maas gegangen, und das 1. Korps Ducrot hatte weiter nördlich bei Remilly den Uebergang begonnen. Ducrot, der auf den Kanonendonner von Beaumont losmarschiren wollte, wurde durch einen Befehl Mac Mahons zurückgehalten; Lebrun dagegen ließ die Infanterie-Brigade Villeneuve und die Kürassier-Brigade Béville auf das linke Ufer zurückgehen.*) Diese dritte Episode wurde von dem IV. Korps unter Mitwirkung der sächsischen Regimenter 101 und 108 nach hartnäckigem Handgemenge bis abends 6½ Uhr siegreich durchgeführt und die ganze feindliche Masse über Mouzon zurückgedrängt.

Auf der Höhe von La Sartelle, am Südrande des Gehölzes von Givodeau, traf der Kronprinz mit seinem Bruder zusammen; die letzten Strahlen der Abendsonne beleuchteten diese denkwürdige Scene.**) Auch Alvensleben und der Prinz von Württemberg erschienen zur Begrüßung des Oberfeldherrn. Mit dem Siege von Beaumont hat die Truppenabtheilung des sächsischen Thron-

*) Generalstabswerk S. 1073.

**) Ein Gemälde des Obersten Götz in der Dresdener Galerie veranschaulicht diesen Moment; eine Abbildung giebt das soeben erschienene Buch des Obersten z. D., G. v. Schimpff, Prinz Georg von Sachsen. Dresden 1899, S. 69.

folgers sich den historisch gewordenen Namen der Maas-Armee erkämpft.

Einen wesentlichen Antheil an dem Gesammterfolge des 30. August hatte das I. bayerische Korps von der Tann, das zunächst bei Beaumont Unterstützung gewährte, dann mit seiner ganzen Kraft das zur Verstärkung Faillys heranrückende 7. französische Korps Douay zurückhielt. Die sich hieran knüpfenden Momente der Schlacht fallen in das Bereich der dritten Armee. Als dem Kronprinzen Friedrich Wilhelm von Preußen bei Pierremont der glückliche Verlauf der Gefechte von Beaumont gemeldet wurde, sagte er zu einem seiner Begleiter: „Diesmal hat der Kronprinz von Sachsen die Franzosen erwischt, und wenn Der schlägt, schlägt er tüchtig!"

Die Sachsen bezogen am Abend des 30. ein Lager bei Létanne; der Kronprinz übernachtete in Beaumont. Wegen weiter Entfernung des Großen Hauptquartiers in Buzancy mußte der Führer der Maas-Armee die nächsten Anordnungen selbständig treffen. Um die Fühlung mit dem Feinde zu behalten, stand schon am 30. abends der Plan des Kronprinzen fest, mit den Sachsen und der Garde auf das rechte Maas-Ufer überzugehen und in nördlicher Richtung gegen Carignan zu verfolgen, das IV. Korps aber einstweilen in Mouzon stehen zu lassen.*) Auf dem gleichen Gedanken beruhten die Direktiven, welche die oberste Heeresleitung am 31. vor Tagesanbruch nach Beaumont gelangen ließ. Die Maas-Armee sollte den linken, die Dritte Armee den rechten Flügel Mac Mahons umfassen und so dem französischen Heere zugleich nach Osten und nach Westen die Wege verschließen.

*) Generalstabswerk S. 1117.

Daß der Herzog von Magenta schon vor Beendigung des Kampfes bei Beaumont den Entschluß gefaßt hatte, den heranrückenden deutschen Armeen nordwärts gegen Sedan auszuweichen, war dem diesseitigen Heerlager natürlich unbekannt. An eine Vertheidigung auf dem Höhengelände um Sedan dachte der Marschall auch am 31. nicht; seine Absichten waren noch einmal auf Mézières gerichtet, wo er nach Mittheilungen Palikaos vom 27. August hoffen durfte, Verstärkung an einem neu formirten Truppentheil, dem 13. Korps Vinoy, zu finden. In der Nacht zum 31. August machte sich der beginnende Abzug der Franzosen bemerkbar durch das allmähliche Erlöschen der Wachtfeuer bei Mouzon, und fast mit dem ersten Sonnenstrahl gaben die von allen Seiten, namentlich von der Reiter-Division Graf Lippe, einlaufenden Meldungen dem Kronprinzen Gewißheit darüber, daß die Armee von Châlons im Abmarsch nach Sedan begriffen sei.

Das sächsische Korps zieht auf der während der Nacht bei Létanne geschlagenen Schiffbrücke über die Maas, mit ihm der Kronprinz. Hier und da kommt es zu kleineren Plänkeleien; bei Douzy, das noch von feindlicher Infanterie besetzt ist, erbeuten die 17. Ulanen des Obersten v. Miltitz einen ganzen Park von Trainkolonnen; durch die Artillerie der sächsischen Reiter-Division wird bei Carignan ein Eisenbahntrain mit Lebensmitteln in Brand geschossen. Durch einen Stabsoffizier vom Oberkommando der Dritten Armee, Major v. Hahnke, den jetzigen Generaladjutanten des Kaisers Wilhelm II., erfährt der Kronprinz auf dem Marsch, vormittags 11 Uhr, daß das bayerische Korps von der Tann zur Zerstörung der Brücken bei Remilly vorgesandt worden sei, und daß es in der Absicht des Kronprinzen Friedrich Wilhelm liege, am 1. September unterhalb Sedan

über die Maas zu gehen. Der Zusammenstoß mit dem Feinde bei Sedan tritt immer deutlicher in den Gesichtskreis der beiden deutschen Feldherren; doch hat es noch den Anschein, als ob das Renkontre erst am übernächsten Tage stattfinden werde. In Mouzon angekommen, wohin er das Hauptquartier verlegt, gewährt der Befehlshaber der Maas-Armee seinen Truppen für den 1. September einen Ruhetag; dieselbe Bestimmung wird bei der Dritten Armee getroffen.*)

Wie hieraus erhellt, entstand die Schlacht von Sedan zwar nicht unerwartet, aber doch früher als vorhergesehen. Am Abend des 31. August gewann Moltke die Ueberzeugung, der Feind werde in der Nacht den Abmarsch auf der Straße Sedan—Mézières versuchen. Zuerst wurde das Kommando der Dritten Armee benachrichtigt, das von Vendresse, dem Hauptquartier des Königs Wilhelm, nur wenige Kilometer entfernt in Chémery lag. Der Kronprinz Friedrich Wilhelm entschied sich sogleich dafür, noch vor Tagesanbruch das XI. Korps und die Württemberger bei Donchery auf das rechte Maasufer übergehen zu lassen, und ertheilte dem I. bayerischen Korps den Befehl, die Queue des Gegners bei Bazeilles festzuhalten. Die getroffenen Maßregeln wurden durch den Stabschef, Generallieutenant v. Blumenthal, ohne Verzug dem Führer der Maas-Armee mitgetheilt. Um 10 Uhr abends aus Chémery abgeritten, erreichte der Ordonnanzoffizier, Rittmeister der Garde-Husaren v. der Lancken-Wackenitz, den Kronprinzen von Sachsen um 1 Uhr morgens in Mouzon.**) Ueber die Aufnahme, welche die Botschaft bei dem Kronprinzen von Sachsen fand, sagt der Kommandeur der Ar-

*) Hassel, a. a. O. S. 221.

**) W. v. Hahnke, Die Operationen der Dritten Armee, Berlin 1873, S. 145. Hassel a. a. O. S. 222.

tillerie des Gardekorps, Generalmajor Prinz Kraft zu Hohenlohe-Ingelfingen: „Das Oberkommando der Maas-Armee kann keine Sekunde in seinem Entschlusse geschwankt haben. Um 1 Uhr ist es durch die Mittheilung der dritten Armee geweckt worden. Binnen ³/₄ Stunden sind mitten in der Nacht die nöthigen Schreibkräfte geweckt, in Thätigkeit gesetzt, die Mittheilung auf der Karte studirt, die Dispositionen konzipirt und diktirt worden. Zweifel, ob oder ob nicht, können da keine Zeit gekostet haben. Das Oberkommando der Maas-Armee handelte wie Blücher zur Schlacht von Belle-Alliance."*) Indem der Kronprinz der Dritten Armee die erbetene Hülfeleistung zusagte, theilte er die Voraussetzung der obersten Heeresleitung, daß die Rückzugsbewegung der Franzosen im Gange sei.**) In Wirklichkeit war dies nicht der Fall. Im Einverständniß mit dem Kaiser, der vor der Annäherung der Deutschen am 30. August abends von Carignan nach Sedan geeilt war, hatte Mac Mahon sich entschlossen, seine Armee am 1. September ebenfalls ruhen zu lassen: der Abmarsch nach Mézières war nicht aufgegeben, aber vertagt worden. Nach der durchaus berechtigten Annahme des Kronprinzen Albert mußte die Dritte Armee, wenn sie entsprechend den Absichten ihres Führers über Donchery und weiter nordwestlich über Vrigne aux Bois gegen die Straßen nach Mézières vorstieß, mit dem abziehenden Feinde zusammentreffen und dessen Hauptmacht auf sich ziehen; die Maasarmee hatte dann zunächst nur die feindliche Arrieregarde zurückzustoßen, und ihre eigentliche Aufgabe bestand in der möglichst raschen Vereinigung

*) Strategische Briefe II, S. 231.

**) Dieses für die Befehlsausgabe bei der Maas-Armee entscheidende Moment wird ausführlich dargelegt bei Hodenberg, Wissenschaftliche Beilage der Leipziger Zeitung, 10. Juni 1899, S. 281 ff.

mit der Dritten Armee im Norden und Westen von Sedan über Illy und Fleigneux. Die ersten Stadien des gewaltigen Ringkampfes bei Sedan zeigten eine ganz andere Gestaltung der Dinge; gerade im Osten und Süden traten die Franzosen den angreifenden deutschen Linien mit der Hauptwucht ihrer noch unerschütterten Massen entgegen.

Undurchdringlicher Nebel umschleiert das Maas-Thal und die umliegenden Waldhöhen bis zu dem Bergrücken der Ardennen, als gegen 5 Uhr der Waffengefährte des Kronprinzen aus dem Jahre 1849, General v. d. Tann, bei Bazeilles den Angriff eröffnet und sofort auf den hartnäckigsten Widerstand des 12. Korps Lebrun stößt. Eine halbe Stunde später entwickelt sich rechts von den Bayern die Avantgarde der 2. sächsischen Division v. Nehrhoff, die Regimenter 105 und 107, das 13. Jäger-Bataillon, die 4. leichte Batterie und die 1. Schwadron des 2. Reiter-Regiments zwischen La Moncelle und dem Gehölz von Chevalier. Die Batterie v. Krecker schleudert ihre Geschützsalven, die ersten, die an diesem Tage auf deutscher Seite fielen, gegen La Moncelle; das 107. Regiment, Oberst v. Lindemann an der Spitze, stürmt in das Dorf hinein, wird dann aber an dem Vordringen gegen die Brücke über den Givonne-Bach durch feindliche Uebermacht gehindert. Ebenso ergeht es dem 105. Regiment des Obersten v. Tettau und dem Jäger-Bataillon Nr. 13, Major v. Götz, die bei Daigny, östlich von La Moncelle, in ein ungleiches Gefecht mit der ganzen Division Lartigue vom I. Korps Ducrot verwickelt werden.

Während so bei Beginn der Schlacht die Bayern und Sachsen in Nachtheil geriethen, trat gegen 7 Uhr durch die Verwundung des Herzogs von Magenta ein Wechsel des französischen Oberbefehls ein. Eine Granate aus einer sächsischen Batterie

hatte den Marschall, der auf einer Höhe westlich von La Moncelle hielt, an der Hüfte verwundet.*) Mit Uebergehung von zwei älteren Generalen, Douay und Wimpffen, gab Mac Mahon das Kommando an Ducrot ab, der die Umzingelung des französischen Heeres vor Augen sah und daher nur noch daran dachte, die Truppen auf der Hochebene von Illy zum Rückzuge nach Mézières oder im äußersten Nothfall nach Belgien zu versammeln. Kaum waren die Befehle dazu erlassen, als General Wimpffen, der, soeben erst aus Algier zurückgekehrt, an Stelle Faillys das 5. Korps führte, mit einer Ordre des Kriegsministers auftrat, die ihm im Falle einer Behinderung des Marschalls die oberste Heeresleitung übertrug. Es kam zu einer längeren Auseinandersetzung zwischen den beiden Rivalen, wobei Wimpffen mit Entschiedenheit die Fortsetzung des Kampfes forderte; von dem Gehorsam des Soldaten durchdrungen, unterwarf sich Ducrot.**)

Die deutschen Streiter bei Bazeilles, La Moncelle und Daigny begrüßten es schon als eine Erlösung, daß im Laufe der achten Stunde die Sonne aus dem Nebelmeere auftauchte. Tapfer Stand haltend, erwarteten sie die heranrückenden Verstärkungen. Um 8 Uhr nahm die Hälfte der sächsischen Korps-Artillerie, von dem Prinzen Georg vorgesandt, zwischen La Moncelle und Daigny Position. Ein unmittelbarer Erfolg wurde jedoch damit zunächst nicht erzielt. Das Feuer der französischen Kanonen und Mitrailleusen auf dem starken Höhenrande jenseits des Givonne-Baches wirkte noch immer beherrschend; der Kommandeur der sächsischen Artillerie, Oberst Funcke, und der Führer

*) Vergl. G. Schubert, Die Betheiligung des XII. Armeekorps an der Schlacht von Sedan, Berlin 1874, S. 12.

**) Vergl. Ducrot, La Journée de Sedan, Paris 1871, S. 24 ff.

der Avantgarde, Generalmajor v. Schulz, wurden verwundet. Erst zwischen 9 und 10 Uhr besserte sich die Lage. Nachdem das Regiment 105 zuerst durch das 12. Jäger-Bataillon, Major Graf v. Holtzendorff, dann durch das 104. Regiment, Major Bartcky, Verstärkung erhalten hatte, konnte um 9 Uhr ein Offensivstoß gegen die Zuaven-Bataillone bei Daigny unternommen werden; doch dauerte es bis 11 Uhr, ehe die Besitzergreifung des Dorfes vollständig gelang. Inzwischen hatte auch die Avantgarde bei La Moncelle durch die 46. Brigade des Obersten v. Seydlitz, die Regimenter Nr. 102 und 103, Oberst Rudorff und Oberstlieutenant Dietrich, Unterstützung erhalten; nach Einnahme dieses Ortes trat die Maas-Armee in die engste Verbindung mit dem rechten Flügel der Dritten Armee, den Bayern, die jetzt in Bazailles festen Fuß faßten. Das erfolgreiche Eingreifen der Garde gegen Givonne, ihre Vereinigung mit den Sachsen bei Daigny, vollendeten die Eroberung des Givonneabschnittes und sicherten die deutschen Linien vor einem Durchbruch des Feindes nach Osten.

Mit diesem ersten entscheidenden Siege begann um 11 Uhr die Zurückdrängung des 1. und 12. französischen Korps über den Givonne-Bach und die allmähliche Einschließung von Sedan. Die 45. Brigade unter Oberst Garten mit den Leib-Grenadieren, Oberstlieutenant Schumann, und dem Schützen-Regiment Nr. 108, Oberst Freiherrn v. Hausen, folgt der 46. nach La Moncelle, und während die Bayern den linken Flügel des Feindes bei Balan, halbwegs auf der Straße nach Sedan, umfassen, richtet die 46. Brigade ihren Angriff gegen die Front auf den Höhen westlich von La Moncelle. Ein imposanter Geschützkampf der sächsischen und bayerischen Artillerie trägt wesentlich dazu bei, den Franzosen diese so lange behauptete Stellung zu entreißen.

Dabei waren freilich in den Waldungen viele Versprengte zurückgeblieben, die der 1. sächsischen Division noch schwere Verluste beibrachten. Aber das Vordringen der Sachsen wird dadurch nicht aufgehalten. Die 8. Division des IV. Korps hat sich bei La Moncelle zwischen ihnen und den Bayern eingeschoben, das Schützen-Regiment schließt sich bei Balan an die Bayern an. Die Kavallerie des Gardekorps hat seit 12 Uhr von Givonne aus den Marsch gegen Illy angetreten, und die sächsische Division Montbé schlägt dieselbe Richtung ein. Die Garde besetzt die nordöstliche Heeresstraße nach Bouillon und raubt dem Gegner dadurch die Möglichkeit, über die belgische Grenze zu entkommen; die schon am Morgen von dem Kronprinzen vorgesehene Vereinigung mit der Dritten Armee im Norden von Sedan naht sich der Vollendung.

Mit wahrer Verzweiflung vertheidigen die Franzosen ihren letzten Stützpunkt, das Bois de Garenne, zwischen Givonne und Illy. Die Garde-Artillerie unter dem Prinzen Hohenlohe nimmt Stellung östlich von dem Gehölz, und einige Abtheilungen der sächsischen Grenadier-Regimenter werfen sich dem Feind, der noch einmal den Versuch macht, gegen Daigny vorzustoßen, entgegen, wobei Premierlieutenant Kirchhoff mit der 1. Kompagnie der Leib-Grenadiere stürmend auf eine verschanzte Mitrailleusen-Batterie losgeht, die Bemannung theils niedermacht, theils gefangen nimmt und zwei Geschütze erobert. Unterdessen sind die Korps V., v. Kirchbach, und XI., v. Gersdorff, nach mörderischen Gefechten gegen die Korps Douay und Wimpffen im Norden und Westen von Sedan eingetroffen. Bei Illy reichen die Garde und die Polen des V. Korps sich die Hand, die dominirende Höhe des Kalvarienberges von Illy wird um 2 Uhr durch die

hessische und nassauische Infanterie besetzt.*) Vor ihrem Feuer suchen die aufgelösten Linien der feindlichen Massen Rettung in dem Gehölz von Garenne, von wo sie in wilder Flucht, unter ungeheueren Verlusten, von 3 Uhr an zurückgetrieben werden nach Sedan.

Der Kronprinz hatte seit dem frühen Morgen seinen Standort auf einer Höhe des rechten Maas-Ufers zwischen Amblimont und Mairy. Von hieraus übersah er den Gang der Gefechte bei Bazeilles, La Moncelle, Daigny und am Givonne-Bach sowie später das Vorrücken der Dritten Armee. Als der eiserne Ring um Sedan sich auch im Norden schloß, ritt er mit seinem Stabe auf eine Anhöhe östlich von Daigny, um Zeuge des Entscheidungskampfes am Gehölz von Garenne zu sein. Vor seinen Augen entwickelten sich die letzten Offensivstöße, mit denen die Franzosen sich bis zum letzten Augenblicke Luft zu machen suchten; zuerst die aufopfernde Reiterattacke der Generale Margueritte und Gallifet, deren Schwadronen zwischen dem doppelzeiligen Feuer der deutschen Artillerie und Infanterie im buchstäblichen Sinne des Wortes niedergemäht wurden, — dann den von General Wimpffen unternommenen Durchbruch bei Balan, der, anfangs nicht ohne Erfolg, an der Gegenwehr der Bayern und des IV. Korps scheiterte. Bei einem der letzten Gefechte fiel unweit von der Kommandostelle des Prinzen Georg der Korrespondent der „Times" bei der Maas-Armee, Oberst Pemberton, der in der Annahme, daß die Waffenstreckung schon erfolgt sei, sich einem französischen Reitertrupp genähert hatte. Der Kronprinz hatte diesen etwas tollkühnen Vertreter der englischen Presse, der am 31. August von Mouzon aufgebrochen war, um, wie er sagte,

*) Generalstabswerk, S. 1233.



die Dinge aus der Nähe zu betrachten, „vor einem allzu tiefen Eindringen in die Details“ gewarnt.*)

Als König Wilhelm um 4 Uhr nachmittags die Eröffnung des Geschützfeuers gegen Sedan befahl, erließ der Kronprinz die entsprechenden Anordnungen für das Eingreifen der Artillerie des XII. Korps und der Garde. Da gleich die ersten Granaten an mehreren Stellen zündeten, so wäre die Stadt mit Allen, die hinter den Festungsmauern ihre Zuflucht gesucht hatten, unrettbar dem Untergange anheimgefallen, wenn nicht Napoleon III. dem hoffnungslosen Kampf ein Ende gemacht hätte. Die weißen Fahnen auf dem Kirchthurm und der Citadelle verkündeten die Absicht des Feindes, zu unterhandeln, und auf der Höhe von Frénois erschien General Reille, um dem künftigen deutschen Kaiser den Degen des Imperators zu überreichen.

Nach Einstellung des Bombardements ritt der Kronprinz zu dem Kommandoplatz des Prinzen Georg bei Daigny und ließ sich in längerer Unterredung von seinem Bruder die Hauptmomente des schicksalsreichen Tages erzählen. Dann besichtigte er den Theil des Schlachtfeldes, auf dem hauptsächlich die Sachsen gefochten hatten, längs des Givonne-Baches bis in die Nähe von Bazeilles und kehrte abends nach Mouzon zurück. Von den sächsischen Truppen biwakirte die 23. Division bei Daigny, die 24. bei La Moncelle, die Kavallerie-Division zwischen Douzy und Mairy.

Am 2. September ritt der Kronprinz durch die Lager seiner Armee, allenthalben mit stürmischen Hurrahrufen empfangen. Zuletzt kam er durch Bazeilles, wo zwischen zertrümmerten

*) Mittheilung des Obersten Ernst Graf Vitzthum v. Eckstädt. Vergl. W. H. Russel, My Diary during the last great war. London 1874. S. 227.

Häusern, zusammengestürzten Balken und Mauern die Leichen der Getödteten lagen, darunter Weiber und Kinder; ein Bild grauenvoller Verwüstung. Am Nachmittag wurde bei den Truppen die Kapitulation von Sedan und die Gefangennahme des Kaisers bekannt. Die Begeisterung, welche diese Nachrichten hervorriefen, läßt sich nicht beschreiben; aus tief bewegten Herzen ertönte auf der ganzen deutschen Linie um Sedan der Choral: „Nun danket Alle Gott!“

Seit den Tagen der Leipziger Völkerschlacht hat kein Ereigniß die deutsche Nation so bis in das Innerste des Gemüths ergriffen als der Sieg von Sedan. Jedermann im Volke war sich der Größe des weltgeschichtlichen Momentes bewußt. Von denselben Gefühlen bewegt wie König Wilhelm, der in der Siegesdepesche an seine Gemahlin zuerst dem Herrn der himmlischen Heerschaaren die Ehre gab, schrieb König Johann am 3. September: „Welch ein Erfolg, welch ein Gottesgericht!“ Und dieser Geist der Gottesfurcht herrschte auch in der Bevölkerung Sachsens; allenthalben in Stadt und Land riefen die Kirchenglocken zur Dankesfeier. Aber auch die deutsch-patriotische Gesinnung fand in allen Theilen der Monarchie den kräftigsten Ausdruck; das Siegesfest der Bürgerschaft auf dem Altmarkt in Dresden am 3. September gab die erste Anregung zu dem Gedanken, an dieser Stelle ein Standbild der Germania zu errichten.

So lange die Maas-Armee um Sedan lag, bis zum 6. September, verweilte der Kronprinz in Mouzon. Am 3. besuchte er den Kronprinzen Friedrich Wilhelm in dessen Hauptquartier Donchery. Die Begegnung Napoleons zuerst mit Bismarck, dann mit Wilhelm I. am 2. September und was sich sonst an die Person des Kaisers knüpfte, der kurz vorher auf

dem Wege nach Belgien mit seiner Eskorte Donchery berührt hatte, bot reichlichen Stoff zur Unterhaltung während des Frühstücks. Den König Wilhelm sah der Prinz nach der Schlacht zum ersten Male am 4. September in Vendresse. Ueberströmend von Dank und Anerkennung umarmte der König den Feldherrn der Maas-Armee und überreichte ihm das Eiserne Kreuz Erster Klasse. Zu derselben Stunde brach in Paris das zweite Kaiserreich zusammen. Noch hatte man davon im deutschen Heerlager keine Ahnung, aber wie sehr die oberste Heeresleitung auf die Fortsetzung des zähesten Widerstandes gefaßt war, entnahm der Kronprinz aus einer längeren Unterredung mit Moltke, der ihm den Plan der Cernirung von Paris in allen Einzelheiten darlegte. Um von den Veranstaltungen für den Transport der mehr als 100000 Gefangenen, die in einem Lager auf der Maas-Halbinsel bei Iges vereinigt waren, Kenntniß zu nehmen, fuhr der Kronprinz am 5. noch einmal nach Sedan. Bei dieser Gelegenheit suchte er den verwundeten Herzog von Magenta auf. Welche Wandlung des Schicksals seit der ersten Begegnung in Königsberg!*) Die Theilnahme des Siegers für den Besiegten war der erste Trost, den der Marschall in seinem Unglück empfing, denn seine Umgebung verhielt sich gleichgültig, und in der französischen Armee klagte man ihn des Verrathes an.

Mit dem Beginn des Marsches nach Paris trat eine Zeit der Erholung ein. Aufregende Begebenheiten fielen in den ersten Tagen nicht vor, da die Maas-Armee nirgends auf den Feind stieß. Ein mißglückter Versuch des Prinzen Hohenlohe, am 5. September Montmédy zu überrumpeln, wirkte als vorübergehendes Intermezzo. In Vendresse, wohin das Hauptquartier

*) Vergl. S. 108.

am 6. verlegt wurde, erhielt der Kronprinz die erste Nachricht von der Revolution in Paris. Die Staatsumwälzung des 4. September vollzog sich fast ohne Kampf durch die widerstandslose Unterwerfung der gesetzgebenden Körperschaften und selbst der Militärgewalt unter den souveränen Willen der Pariser Bevölkerung, welche die Absetzung Napoleons verlangte. Es war mehr die Furcht der besitzenden Klassen vor der Revolution als die Revolution selbst, was den Untergang des Zweiten Kaiserreiches herbeiführte. Gestützt auf die Militärdiktatur des Gouverneurs von Paris, General Trochu, hoffte das „Comité der nationalen Vertheidigung", an seiner Spitze Jules Favre und Gambetta, die bürgerliche Ordnung aufrecht erhalten zu können, obgleich die radikalen Tendenzen einer in den Massen stark vertretenen kommunistischen Partei von Anfang an nicht zu verkennen waren.

Ueber die Erlebnisse auf dem Marsche berichtet der Kronprinz am 12. September dem König: „Ich habe seit dem Tage von Sedan wenig Interessantes zu melden gehabt. Eigentlich stehe ich auch heute noch auf dem Tornisterstandpunkt, wollte aber nicht unterlassen, die Bewegungen der Armee von der Maas, wie sie jetzt auch von Oben genannt wird, zu melden. Seit dem 5. bin ich mit meinen 3 Korps in Bewegung, den 5. und 6. mit dem IV. und XII. Korps in erster, mit der Garde in zweiter Linie, seit dem 7. in 3 Kolonnen*), welche heute vor Laon (IV. Korps), Craonne (Garde) und Cormicy (Sachsen) am linken Aisne-Ufer Ruhetag halten. Meine beiden Kavallerie-Divisionen Mecklenburg und Rheinbaben sind weiter vor. Gefechte haben nicht stattgefunden, wohl aber hat die Division Mecklenburg am 9. in dem

*) Das Hauptquartier befand sich am 7. in Launois, am 8. in Novion-Porcien.

ohne Schuß übergebenen Laon durch Explodiren eines Pulvermagazins, wahrscheinlich durch Verrätherei, Verluste gehabt. Du siehst, wir sind jetzt in dem klassischen Terrain von 1814. Die Gegend ist hübsch, Laon selbst sehr interessant, auf einem hohen Berge gelegen, dessen Gipfel von der dreithürmigen Kathedrale noch überragt wird.*) Mein Hauptquartier hatte ich jetzt zwei Tage in dem Schlosse Marchais, 1551 von dem Kardinal Guise erbaut, jetzt dem Fürsten von Monaco gehörig. Es ist noch ganz im Stil der Renaissance von außen und innen erhalten und hat mir unendlich gefallen. Morgen geht es weiter nach Paris, und denke ich, den 16. in der Linie Nanteuil—Lizy sur Ourcq einzutreffen. Meine Kavallerie wird sich dieser Tage wohl schon den Parisern zeigen. Ob diese sich wehren, wer weiß es? Die Mobilgarden, die wir bei Kapitulationen regelmäßig in ihre Heimath entlassen, scheinen keine große Lust zum Fechten zu haben. Ich werde deshalb am 14. einen Versuch auf Soissons machen."**)

Das nächste Stilllager des Oberkommandos war am 13. in Soupir, östlich von Neuilly. Am 14. morgens begiebt sich der Kronprinz auf eine Anhöhe vor Soissons, dessen Einnahme ebensowenig gelingt wie die von Montmédy. Ein sehr hinderlicher Umstand für die Beherrschung der rückwärtigen Eisenbahnlinien; aber die Feldgeschütze erzielen nicht die nothwendige Schußweite, und der Kommandant der Festung verweigert die Uebergabe. Auf dem weiteren Zuge über Arcy St. Restitue am 14. und Neuilly St. Front am 15. erreicht das Haupt-

*) Von dem Hauptquartier Seraincourt aus fuhr der Kronprinz am 10. September morgens nach Laon, wo sein Jugendgenosse Herzog Wilhelm von Mecklenburg bei der Explosion verwundet worden war.

**) Corbény, 12. September, Königliches Hausministerium.

quartier am 16. bei Crouy den Ourcq-Fluß und nähert sich dem Umkreis von Paris. Ueberall derselbe Anblick: verlassene Ortschaften, gewaltsam aufgebrochene Häuser, ausgeplündert durch die Franktireurs, deren Unwesen, jetzt schon unter dem Einfluß der Proklamationen Gambettas, täglich dreister wird, ringsumher auf den Feldern in Brand gesteckte Getreidehalden, aus deren Aschehaufen hier und da noch die Feuergarben emporzüngeln, zerstörte Wege und Brücken, alle diese Vertheidigungsanstalten so planlos, daß sie dem Vormarsch der Deutschen keinen Augenblick ein Hinderniß bereiten. Am 17. September ist Ruhetag, und am 18. zieht der Kronprinz nach St. Soupplets, südöstlich von Dammartin. Auf dem Marsche des nächsten Tages, der über eine Höhe, Orme de Morlu, führt, trifft er mit dem Stabe des Gardekorps zusammen. Hier öffnet sich zum ersten Male der Blick auf Paris; man erkennt die Thürme von Notre Dame, die goldenen Kuppeln des Pantheon und des Juvalidendoms, den Triumphbogen.*)

Starke Ansammlungen von Truppentheilen der Pariser Besatzung vor St. Denis schienen darauf hinzudeuten, daß der Feind gewillt sei, dem Einrücken der Deutschen in die nördliche Einschließungslinie Widerstand entgegenzusetzen. Das IV. Armeekorps hatte daher den Auftrag erhalten, in der Richtung auf St. Denis vorzugehen und den Gegner in die Befestigungen zurückzuwerfen; das Gardekorps sollte bei Gonesse zur Unterstützung bereit stehen. Der Kronprinz ritt durch Gonesse weiter vorwärts nach Arnouville und nahm längere Zeit Stellung auf einer Eisenbahnbrücke westlich von diesem Orte, wo er den Aufmarsch der über Sarcelles heranrückenden 8. Division, v. Schöler, beobachten konnte. Um Zeuge des erwarteten Kampfes zu sein,

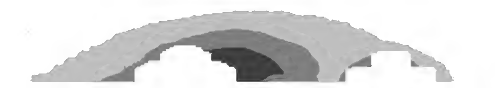
*) R. Lindau, Die Preußische Garde im Feldzuge von 1870/71. Berlin 1872, S. 73.

gesellte sich der ganze Große Generalstab zu dem Kommando der Maas-Armee, Moltke, Bronsart, Brandenstein, Verdy; gegen Mittag traf auch König Wilhelm ein. Auf Befehl des Kronprinzen wurde der Angriff eingeleitet, aber nach einem kurzen Scharmützel zogen die Franzosen sich zurück. Ungehindert erreichte der Stab der Maas-Armee sein erstes Hauptquartier vor Paris, Grand Tremblay.

An eine so langwierige Geduldsprobe, wie die Belagerung von Paris sie über die deutschen Heere verhängte, hat der Kronprinz anfangs nicht gedacht, aber er theilte auch nicht die in den Hauptquartieren weit verbreitete Ansicht, nach welcher einer Entscheidung in wenigen Wochen entgegengesehen wurde. Am 21. September schreibt er seinem Vater: „Wir stehen jetzt vor oder vielmehr um Paris; seit heute habe ich Verbindung mit der Dritten Armee auch die Seine abwärts. Noch scheinen die Franzosen sehr widerstandslustig, denn sie schießen auf jeden einzelnen Reiter auf Tausende von Schritten. Als ich heute früh beim XII. Korps war, fielen in Zeit von einer halben Stunde 5 Schuß aus einem der Forts, doch haben sie bis jetzt nichts getroffen. Wie lange die Geschichte dauern wird, wissen die Götter!"*)

Die Cernirungsstellungen der Maas-Armee umfaßten im Wesentlichen die Nord- und Ostfront von Paris auf dem rechten Seine- und Marne-Ufer. Das XII. Korps dehnte sich nach Osten bis Sevran am Ourcq-Kanal und bis Chelles an der Marne aus, das Hauptquartier des Prinzen Georg lag seit dem 20. September in Le Vert Galant; im Centrum stand die Garde bei Aulnay, Le Blanc Mesnil und Arnouville, die Vorposten bis

*) Original im Hauptstaatsarchiv.



Dugny und Stains nördlich von St. Denis, der Stab des Prinzen August von Württemberg in Gonesse; auf dem linken Flügel das IV. Korps von Sarcelles über Deuil bis Argenteuil an der Seine, das Oberkommando des General Alvensleben in St. Brice; durch die Kavallerie-Divisionen wurde die Verbindung mit der Dritten Armee hergestellt, die nach glücklichen Gefechten bei Petit-Bicêtre und Châtillon am 19. September die belagerte Stadt von der Süd- und Westseite einschloß. Kaum hatten die Truppen ihre Quartiere bezogen, so traf der Kronprinz die umfassendsten Anordnungen für die Vertheidigung. Zunächst wurde die Richtung der Vorpostenketten bestimmt, dann folgte die Vertheilung der Feldwachen und Replis und zur Verstärkung der eigentlichen Gefechtslinie die Anlegung von Schützengräben, Verhauen und Geschützemplacements, die Abholzung ganzer Waldstrecken, welche die Bewegungen des Feindes verdeckten. Ein wichtiges Unternehmen war die Anstauung des Ourcq-Kanals zwischen Sevran, Aulnay les Bondy und Le Blanc Mesnil, dessen Bett in den nördlicher gelegenen Morée-Bach geleitet wurde, um den Wasserwerken von Paris einen Theil ihrer Speisung abzuschneiden und durch Ueberschwemmung das Vorterrain des Gardekorps gegen plötzliche Ueberfälle zu sichern.*)

Während der Kronprinz sich der Beaufsichtigung und Leitung der fortifikatorischen Arbeiten widmete, wurde er am 23. September früh durch eine Trauerbotschaft aus der Heimath schmerzlichst berührt; am 18. September abends 6 Uhr war die Prinzessin Amalie nach kurzer Krankheit in dem hohen Alter von 76 Jahren einem Lungenkatarrh erlegen. Noch wenige Tage vorher hatte sie durch den Herzog Karl Theodor in Bayern, der

*) Schurig a. a. O., S. 318.

auf der Rückkehr vom Kriegsschauplatz am 10. September seine sächsischen Verwandten besuchte, Grüße und Nachrichten von den Prinzen im Felde erhalten. Sie, die in ihrem langen Leben so manche Wandlungen des Schicksals standhaft ertragen hatte, schwebte während des Krieges von 1870 in beständiger Angst; die Erfolge, welche ihre Neffen errangen, rührten sie, aber beruhigten sie nicht. Durch ihre litterarische Thätigkeit und durch rege Förderung aller idealen Bestrebungen in Kunst und Wissenschaft hat sich die Prinzessin Amalie einen unvergänglichen Namen in der Geschichte des Albertinischen Fürstenhauses erworben. König Johann verlor an seiner Schwester die letzte lebendige Ueberlieferung aus der Jugendzeit und eine geistesverwandte Freundin, die ihm in guten und bösen Tagen mit verständnißvoller Theilnahme zur Seite gestanden hatte. Und auch der Kronprinz beklagte ihren Heimgang. Am 26. September schreibt er seinem Vater: „Mit recht schwerem Herzen schreibe ich Dir heute nach dem traurigen Schlage, der uns Alle getroffen. Die gute Tante — ich kann mir Pillnitz ohne sie gar nicht denken; ich fürchte, die Aufregung des Sommers hat sie aufgerieben.“

Während der ersten Wochen der Umschließung von Paris kam es zu keinem größeren Angriff auf der Seite der Maas-Armee. Kleinere Zusammenstöße zwischen den beiderseitigen Vorposten waren freilich an der Tagesordnung, und oft genug bedauerte der Kronprinz, daß er nicht überall zur Stelle sein konnte, wenn es sich so anließ, als ob die Sache ernst werden wollte. Am 26. September schreibt er seinem Vater. „Ich sitze seit heute früh in Erwartung, da Georg gemeldet hatte, er glaube angegriffen zu werden; bis jetzt ist aber Alles still. Dieses ewige au qui vive ist etwas peinlich. Kommt es zum Kampfe,

ie kann ich nicht einmal hin und muß am Telegraphen sitzen bleiben wegen der anderen Korps."

Durch den raschen Vormarsch gegen Paris, der die Etappenlinien täglich verlängerte, hatten sich die Schwierigkeiten der Verpflegungsverhältnisse erheblich gesteigert. Wie im Kriege von 1866, widmete der Kronprinz auch jetzt diesem Gegenstande die größte Fürsorge. Da in dem weiteren Umkreis des Belagerungsbezirks die meisten Nahrungsmittel nach Paris fortgeschafft worden waren und die Requisitionen in den verlassenen Ortschaften nur geringe Ergebnisse lieferten, entsandte der Kronprinz seinen Intendanten, Major Schurig, in die rückwärts gelegenen Departements. Durch das verlockende Mittel der Baarzahlung gelang es zuerst in Nancy, dann auch an anderen Orten Ankäufe für etliche Millionen Franken zu bewerkstelligen. Der Verwaltungsapparat der Maas-Armee arbeitete so sicher und schnell, daß der vielgeplagte Generalintendant der preußischen Armee, Generallieutenant v. Stosch, mit Bezug auf den sächsischen Beamten rühmend bemerkte: „Wenn wir doch lauter solche Intendanten hätten!"*)

Mit der Verpflegungsfrage in engem Zusammenhange standen die Bemühungen des Kronprinzen um die Erweiterung des Eisenbahnbetriebes im Rücken der Front vor Paris. Auch nach der Uebergabe von Toul, 23. September, reichte der einzige Schienenweg, über den das Belagerungsheer verfügte, die Bahn durch Lothringen und die Champagne, mit dem Hauptknotenpunkt in Châlons, nur bis Nanteuil; die Benutzung der weiteren Strecke bis zur Cernirungslinie war durch die gründliche Zerstörung der Tunnels und der Marne-Brücken gehindert, und erst nach längerer

*) Nach ungedruckten Aufzeichnungen des Obersten z. D. Grafen Vitzthum von Eckstädt.

Zeit vermochte die Thätigkeit der Ingenieure hier Abhülfe zu schaffen, ein Umstand, der nicht nur die Zufuhr des Proviants erschwerte, sondern in verhängnißvoller Weise auch den Transport des schweren Geschützmaterials und damit die Einleitung des artilleristischen Angriffs auf die feindliche Hauptstadt verzögerte, obwohl nach der Einnahme von Straßburg, am 27. September, ein Theil der schweren Belagerungsgeschütze zur Verfügung stand. Umsomehr war der Kronprinz darauf bedacht, noch einen Anschluß nach Norden zu gewinnen; auf seiner Anregung beruhte es, daß schon im Laufe des September die vielfach zerstörte Eisenbahnlinie von St. Denis über Chantilly bis Creil an der Oise durch den Ingenieur Glaser in Stand gesetzt wurde.

Die Sicherung der rückwärtigen Verbindungen führte dann sogleich zu umfassenden strategischen Maßnahmen. Die Aufrufe des Comités der nationalen Vertheidigung, die durch den Briefverkehr der Ballonpost von Paris aus weithin verbreitet wurden, und die Agitationen, welche die Regierung in Tours unter Gambetta in Szene setzte, hatten in dem leicht erregbaren Gemüth der Franzosen noch einmal den patriotischen Eifer entzündet. So unbesonnen der Ausspruch sein mochte, den Jules Favre bei der Unterredung mit Bismarck zu Ferrières hatte fallen lassen: „Keinen Zoll von unserem Ländergebiet, keinen Stein von unseren Festungen“, so galt dieses geflügelte Wort doch als die allgemeine Losung des Tages.

Der große Volkskrieg trat damit in eine neue Phase, die von Anfang an schwere Gefahren über die Einschließungs-Armee verhängte. Nach genauen Berechnungen betrug die Gesammtziffer der für die Belagerung von Paris verwendeten Truppentheile beim Beginn der Cernirung nur 122 000 Mann an Infanterie und 24 000 Mann an Kavallerie, so daß auf jeden

Schritt der Vertheidigungslinie im Umfang von 11 Meilen nur ein Infanterist zu rechnen war.*) Dieser geringen Dichtigkeit der deutschen Postenketten vermochte General Trochu eine der Zahl nach weit überlegene Streitmacht entgegenzusetzen. Die Schätzungen der deutschen Heeresleitung, die sich später im Vergleich mit den französischen Quellen im Großen und Ganzen als zutreffend herausstellten, ergaben an Linientruppen 70- bis 80 000 Mann, deren Hauptstamm das aus Mézières nach Paris entkommene 13. Korps Vinoy und ein aus den Marsch-Regimentern verschiedener Provinzen formirtes 14. Korps unter General Renault bildete. Außerdem aber verfügte das Gouvernement von Paris über 18 000 Mann Marinesoldaten, die den Elitetruppen beizuzählen waren, und über Legionen von Mobil- und Nationalgarden. Die Gesammtstärke der feindlichen Besatzung betrug Mitte September 200 000 Mann und erreichte im Verlauf der Belagerung annähernd die doppelte Ziffer.

Nur allzubald nahm die Niederwerfung des mit großer Zähigkeit organisirten Widerstandes in den Provinzen einen nicht unerheblichen Theil der vor Paris versammelten deutschen Wehrkräfte in Anspruch. Die Aufklärungen der Kavallerie-Divisionen in der Richtung auf Fontainebleau und Chartres ließen erkennen, daß an der Loire ein 15. französisches Korps in der Bildung begriffen war; am 6. Oktober begann General v. der Tann mit dem I. bayerischen Korps und der 22. Infanterie-Division unter Generallieutenant v. Wittich den Vorstoß gegen Orléans. Gleichzeitig hatte die Maas-Armee eine Flankenbewegung gegen Norden eingeleitet. Zum Schutze des in Chantilly angelegten Magazins beauftragte der Kronprinz die sächsische Kavallerie-Division des

*) Vergl. W. Blume, Die Operationen der deutschen Heere von der Schlacht bei Sedan bis zum Ende des Krieges, Berlin 1872, S. 32 ff.

Generalmajors Grafen zur Lippe mit einer umfangreichen Rekognoszirung, die von einigen Abtheilungen des 2. preußischen Garde-Regiments begleitet war. Ein zweites Detachement der Maas-Armee, das Prinz Albrecht-Sohn befehligte, drang über Pontoise bis in das Departement der unteren Seine vor. Den vereinten Anstrengungen der beiden Truppenführer gelang es, die streifenden Rotten der Freischärler von der Umzingelung von Paris fern zu halten und gegen Rouen zurückzuwerfen.

Inzwischen hatte die Frontstellung der Maas-Armee vor Paris in der zweiten Woche des Oktober durch theilweise Rechtsschiebung der einzelnen Korps eine Veränderung erfahren. Die Linien der Sachsen reichten jetzt von Chelles bis Aulnay les Bondy, die der Garde bis zu den nördlichen Höhen von Montmorency, die des IV. Korps bis Argenteuil am linken Seine-Ufer; das Hauptquartier war am 8. Oktober von Grand Tremblay nach Margency verlegt worden. Aus diesem Orte berichtet der Kronprinz am 11. dem König: „Ich bin hierher, westlich von St. Denis gezogen, um den Ereignissen näher zu sein, die sich auf diesem Theil meiner Einschließungslinie abspielen sollen. Unser Hauptangriff soll bei der Süd-Armee gegen die Forts Issy, Vanves und Montrouge gerichtet werden; ich werde, um die Aufmerksamkeit zu theilen, sobald ich schweres Geschütz habe, St. Denis beschießen und zugleich versuchen, bei Argenteuil die Seine zu passiren, um mich zwischen dem Mont Valérien und St. Denis festzusetzen. Schon meine Vorbereitungen, Hervorziehen der Brückentrains 2c., scheinen Unruhe gemacht zu haben, die Linientruppen sollen größtentheils mir gegenüberstehen, und die Forts schießen beinahe den ganzen Tag auf was sich sehen läßt, mitunter bis 8000 Schritt, doch ohne allen Schaden.“

Der Zweck dieser Dislokationen erhellt deutlich aus den Worten des Kronprinzen. Die Generalinspekteure der Artillerie und der Ingenieure, General v. Hindersin und Generallieutenant v. Kleist, hatten sich in einem gemeinsamen Bericht vom 30. September für die Ueberwältigung der Forts auf der Südseite von Paris, Issy, Vanves und Montrouge, ausgesprochen und darauf hingewiesen, daß der Erfolg des Hauptangriffs, den die Dritte Armee ausführen sollte, durch einen Nebenangriff im Norden, auf die Befestigungen von St. Denis, wesentlich unterstützt werden würde. Ehe man jedoch an dieses große Unternehmen ging, wurde die Festsetzung auf der von beiden Seine-Armen umschlossenen Halbinsel von Gennevilliers für nöthig erachtet, und diese Aufgabe fiel der Maas-Armee zu. Kronprinz Albert, der von Anfang an auf die Offensive gegen die Forts das größte Gewicht legte, befahl die Einrichtung von Batterien auf dem Höhenrande bei Argenteuil zwischen Sannois und Le Marais Château zum vorbereitenden Angriff auf die Halbinsel. Bereits an dieser Stelle zeigten sich jedoch die Fortschritte, welche die Vertheidigungsarbeiten der Franzosen während der bisherigen Dauer der Belagerung gemacht hatten. Der Kampf der Batterien des IV. Korps blieb wirkungslos gegenüber den schweren Marinegeschützen, mit denen die neu angelegten Befestigungen bei St. Ouen armirt waren; der beabsichtigte Brückenschlag über die Seine mußte aufgegeben werden.*) „Hier wird es noch eine ziemliche Weile dauern," meldet der Kronprinz am 13. Oktober seinem Vater, „da die Beschießung nicht wohl vor dem 20. begonnen werden kann."

*) Vergl. Deines, Die Thätigkeit der Belagerungsartillerie vor Paris im Kriege 1870/71, Kriegsgeschichtliche Einzelnschriften des Großen Generalstabes, Berlin 1884, Heft 4, S. 20.

Ueber sein neues Hauptquartier Margency schreibt der Befehlshaber der Maas-Armee: „Die Lage ist wunderschön, die Gegend reizend; es ist der Hauptaufenthalt der Pariser, doch jetzt ganz menschenleer." Die schloßartige Villa des Pariser Bankdirektors Darvillers, die der Prinz bewohnte, war von einem wohlgepflegten Park umgeben und geräumig genug, um auch den Stabschef, die Adjutanten und die Geschäftsräume des Oberkommandos aufzunehmen. Mit dem Großen Hauptquartier in Versailles stand Margency in direkter telegraphischer Verbindung, und zur beständigen Beobachtung der feindlichen Bewegungen vor den Forts oder der Umwallung von Paris diente ein im Parke von Raincy errichtetes Observatorium unter Leitung des Premierlieutenants der Pioniere Pienitz. Wenn keine beunruhigenden Nachrichten von den Vorposten eintrafen, liebte es der Kronprinz, zu Wagen oder zu Pferde in der weiteren Umgebung des Seine- und Marne-Thals Umschau zu halten. Am 18. Oktober mittags gab er sich ein Rendez-vous mit den Offizieren des Großen Generalstabes auf der Terrasse von St. Germain, die nicht bloß wegen des vortrefflichen Restaurants im Pavillon Henri IV., sondern auch wegen des freien Ausblicks auf die stolzen Flanken des Mont Valérien täglich von den dienstfreien Mitgliedern der Hauptquartiere mit Vorliebe aufgesucht wurde. „Die Landschaft zeigte sich in günstiger Beleuchtung," berichtet Verdy am 18., „und bot ein entzückendes Bild. Der Mont Valérien machte uns das Vergnügen dann und wann eine Granate zu werfen, durch welche in der Ferne verschiedene Häuser in Brand geriethen."*)

Zu dem ersten Besuch in Versailles gab der 26. Oktober, an welchem Moltke sein siebzigstes Lebensjahr vollendete, Veran-

*) J. v. Verdy, a. a. O., S. 211.

lassung. König Johann ehrte die Verdienste des großen Strategen durch Verleihung des höchsten sächsischen Militärordens, mit dessen Ueberreichung der Thronfolger beauftragt war. Außerdem überbrachte dieser nach heimischer Sitte einen Geburtstagskuchen, der von so vielen Lichtern umstrahlt wurde, als der Gefeierte Lebensjahre zählte. Abends beim Ehrenmahl im Hotel des Réservoirs, einem ehemaligen Palast der Marquise de Pompadour, saß Moltke zwischen den beiden Kronprinzen von Preußen und Sachsen, — ringsumher etwa 200 Offiziere aller Waffengattungen und fast aller Kontingente Deutschlands. Die festfreudige Stimmung erreichte den höchsten Gipfel, als sich die Nachricht verbreitete, daß der Abschluß der Kapitulation von Metz eingeleitet sei. Auf allgemeines Bitten verweilte der Prinz die Nacht über in Versailles und betheiligte sich am Whistspiel, das die Getreuen des Moltkeschen Hauptquartiers bis in die späten Abendstunden zu vereinigen pflegte.

Schwerlich wird dem Führer der Maas-Armee die Wahrnehmung entgangen sein, daß mit dem Eintritt der Katastrophe in Metz die baldige Eröffnung des Bombardements gegen Paris in den Augen der obersten Heeresleitung an Bedeutung eher verloren als gewonnen hatte. Mit Moltke theilten der Kronprinz von Preußen, dessen Stabschef, Generallieutenant v. Blumenthal, und viele einflußreiche Militärs des Großen Hauptquartiers die Ansicht, der Widerstand von Paris werde ohne die großen Menschenopfer, welche die Besitznahme der Forts nothwendiger Weise bedingte, von selbst erlöschen, wenn die feindlichen Armeen in den Provinzen zur Waffenstreckung gezwungen würden. Der Fall von Metz am 28. Oktober, durch den die Heereskraft des Prinzen Friedrich Karl frei wurde, gewährte allerdings eine vielverheißende Aussicht für die Wiederaufnahme des Bewegungs-

krieges in großem Maßstabe. Was bisher in dieser Beziehung geschehen war, hatte trotz aller Anstrengungen der gegen die Uebermacht ankämpfenden Truppen zu keinem durchgreifenden Ergebniß geführt. An der Loire sah sich General v. der Tann nach der Eroberung von Orléans am 11. Oktober auf die Defensive angewiesen, ebenso Generallieutenant v. Wittich nach den Gefechten bei Châteaudun am 18. und bei Chartres am 21. Oktober. Die Aufgabe dieser Armeeabtheilungen beschränkte sich einstweilen lediglich darauf, die vorwärtsdrängenden feindlichen Massen von dem Süden und Westen von Paris zurückzuhalten. In gleicher Weise schützten die von dem Befehlshaber der Maas-Armee entsandten Detachements die nördliche Cernirungslinie vor einem Einbruch, aber ein offensives Vorgehen gegen die täglich anwachsenden regulären Streitkräfte der Franzosen lag nicht in ihrer Macht. Im Osten endlich befand sich General v. Werder mit dem XIV. Korps, nach manchen glänzenden Erfolgen, gegenüber den feindlichen Truppenansammlungen bei Besançon sowie zwischen Dôle und Auxonne, wo Garibaldi als Führer einer Vogesen-Armee aufgetaucht war, Ende Oktober in einer schwierigen Lage.*)

Wenn der Kronprinz trotzdem an seiner Ansicht über die Nothwendigkeit des Artillerieangriffs festhielt, so hatte er die große Mehrheit der Deutschen vor Paris auf seiner Seite, denn in allen Kreisen der Belagerungsarmee wurde die baldige Eröffnung des Bombardements mit Ungeduld erwartet. Seit Mitte Oktober verging kaum ein Tag, an dem man sich nicht überzeugen mußte, daß die Belagerten rastlos an der Verstärkung ihrer Befestigungen arbeiteten, die vielfach schon über die Forts

*) Moltke, Geschichte des deutsch-französischen Krieges, S. 169.

hinausreichend, ihre verheerenden Geschosse bis mitten in die deutschen Vorpostenstellungen schleuderten. Die Ausfälle wurden intensiver, die dazu verwendeten Mannschaften zahlreicher.

Der Kronprinz war längst darauf vorbereitet, daß die Pariser Besatzung ein größeres Unternehmen gegen ihn im Schilde führe. Zu den gefährdetsten Punkten der diesseitigen Aufstellungen gehörte das Dorf Le Bourget, das beim Beginn der Cernirung von der französischen Besatzung verlassen worden war. Wegen der Nähe der Forts bei Romainville, Aubervilliers, St. Denis und de l'Est konnte die Maas-Armee ihre Vertheidigungslinie nicht bis Le Bourget ausdehnen; dagegen ließ die Lage der umfangreichen Ortschaft auf beherrschender Höhe am Brückenkopfe des Mollette-Baches die dauernde Besetzung durch einen schwachen Beobachtungsposten räthlich erscheinen. Am 28. vor dem Morgendämmern, um 5 Uhr, wird die 7. Kompagnie des preußischen Garde-Grenadier-Regiments, die den Dienst versah, von General Bellemare mit großer Uebermacht angegriffen und zurückgedrängt. Die auf dem Pont Iblon, an der nördlichen Straße nach Lille, vereinigte Garde-Artillerie bemüht sich im Laufe des Tages vergeblich, den Feind zu vertreiben; sie bringt zwar einige weiter vorgeschobene Feldbatterien, die sich dem Dorfe bis auf 800 Schritte genähert haben, zum Schweigen, vermag aber gegen das Feuer der Festungswerke von St. Denis nicht aufzukommen. Ein am Abend unternommener Angriff des II. Bataillons von Kaiser Franz mißglückt ebenfalls.*)

Am Morgen des 29. Oktober waren die Ansichten über die Wiedereroberung von Le Bourget noch getheilt. Das Generalkommando des Gardekorps erklärte sich gegen dieselbe; der Kron-

*) Generalstabswerk II, S. 196.

prinz jedoch befahl, nachdem mittags in Margency eine Berathung mit dem Stabschef des Prinzen August von Württemberg, Generalmajor v. Dannenberg, und dem Kommandeur der 1. Garde-Infanterie-Division, Generalmajor v. Pape, stattgefunden hatte, für den 30. die Erneuerung des Angriffs, zu welchem neun Bataillone der 2. Garde-Division und fünf Batterien unter Generallieutenant v. Budritzki bestimmt wurden; außerdem standen die 1. Garde-Infanterie-Brigade und die sächsische 23. Division in Bereitschaft. Da der Feind Zeit genug gehabt hatte, Verstärkungen heranzuziehen, sämmtliche Zugänge von Le Bourget zu verbarrikadiren und die massiven Häuser der etwa fünfzehnhundert Schritt langen Dorfstraße zur Vertheidigung einzurichten, löste sich der Kampf in eine große Reihe von einzelnen Gefechten auf. Unter ähnlichen Verhältnissen wie bei St. Privat und mit gleichen Verlusten — die Obersten der Grenadier-Regimenter Elisabeth und Augusta, v. Zaluskowski und Graf Waldersee, wurden tödlich verwundet — vermochten die Garden nur Schritt für Schritt vorzudringen, bis gegen 11 Uhr vormittags die drei preußischen Kolonnen auf dem Kirchplatz von Le Bourget sich die Hand reichten. In einzelnen Gehöften wurde der Kampf bis zum Nachmittag fortgesetzt, die Hauptmasse des Gegners aber stieb auseinander, und zwar in so großer Unordnung, daß die frischen Truppen, die zur Unterstützung Bellemares heranrückten, in die allgemeine Flucht mit fortgerissen wurden. Das französische Gouvernement mußte den Tag von Le Bourget theuer bezahlen. Der kurze Erfolg des 28. Oktober hatte in der leichtgläubigen Masse der Bevölkerung von Paris den Glauben an einen entscheidenden Sieg erweckt; um so größer war jetzt die Enttäuschung, zumal die Nachricht von der Kapitulation Bazaines und von der Ankunft des Herrn Thiers, der zur Ver-

mittelung eines Waffenstillstandes aus Versailles eingetroffen war, die ganze Stadt in Aufregung versetzt hatte. Am Abend des 31. Oktober kam es zu tumultarischen Scenen; die Führer der sozialistischen Partei erstürmten mit zahlreichem Gefolge das Stadthaus, proklamirten die Einsetzung der Kommune und drangen in das Sitzungszimmer des Komitees der nationalen Vertheidigung, dessen Mitglieder, Trochu an der Spitze, sich auf mehrere Stunden nicht nur ihrer Gewalt, sondern auch ihrer persönlichen Freiheit beraubt sahen. Erst das Eingreifen einiger Bataillone der Nationalgarde machte der Emeute ein Ende.

Während das wiederhergestellte Gouvernement von Paris in den nächsten Tagen ein völlig passives Verhalten beobachtete, begab sich der Kronprinz am 2. November nach Vert Galant, zur Ueberreichung der Orden und Ehrenzeichen, die König Johann an Offiziere und Mannschaften des sächsischen Korps verliehen hatte. Ein Armeebefehl, der verlesen wurde, sprach den Truppen für ihre Ergebenheit, Ausdauer, Mannszucht und Tapferkeit den Dank ihres Landesherrn aus.*) Ein Telegramm des Kronprinzen an seinen Vater über die Feier lautete:

„Vom herrlichsten Wetter begünstigt, habe ich soeben vor den vereinigten Offizierkorps und Deputationen der Truppen, mit alleiniger Ausnahme der Reiter-Division, Euerer Majestät huldreichen Tagesbefehl bekannt gegeben und die Dekorationen vertheilt. Das Armeekorps ist stolz auf Euerer Majestät Zufriedenheit, dankt unterthänigst und vereinigt sich mit Euerer Majestät Söhnen in den gemeinsamen Ruf: Gott segne Euere Majestät!"

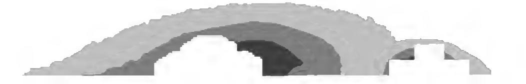
Der Waffenlärm, der am 31. Oktober bis in die Nacht hinein in Paris getobt hatte, war den deutschen Vorposten nicht

*) Tagesbefehl vom 19. Oktober, abgedruckt u. A. bei Schurig in dem v. Schimpff'schen Buche, S. 340.

entgangen, der Verlauf der Ereignisse aber wurde den Hauptquartieren in Versailles und Margency erst nach mehreren Tagen bekannt. Die Thatenlosigkeit des Feindes, das ungewohnte Stillschweigen der Forts ließen die Vermuthung aufkommen, daß die Regierung des 4. September eine Niederlage erlitten habe, die vielleicht den Anstoß zu einer Beschleunigung der Kapitulation von Paris geben könne. In einem Bericht des sächsischen Generalkommandos vom 5. November heißt es: „Wir genießen hier der größten Ruhe; seit mehreren Tagen fällt kein einziger Schuß; der Grund dafür liegt wahrscheinlich in der Revolution in Paris.“*)

In einem ganz anderen Lichte erschien die Situation, als am 7. November die Verhandlungen mit Thiers abgebrochen wurden, da auf den Vortrag Bismarcks König Wilhelm das Ansinnen der Machthaber von Tours und Paris, die als Hauptbedingung für einen auf vier Wochen abzuschließenden Waffenstillstand die Verproviantirung von Paris gefordert hatten, mit Entschiedenheit zurückwies. In der Umgebung des Bundeskanzlers herrschte sogar die Ueberzeugung, daß die Intervention des Herrn Thiers der Sache des Friedens mehr geschadet als genützt habe, weil er auf seiner Reise über Tours und Orléans Gelegenheit gehabt hatte, die Mobilisirung einer neuen Feldarmee im Süden Frankreichs, die das Werk Gambettas war, aus eigener Anschauung kennen zu lernen. Durch diese Nachricht ermuthigt und außerdem von der Stimmung der Pariser Bevölkerung, die ein Massenaufgebot verlangte, vorwärts getrieben, begann jetzt auch das Vertheidigungskomitee, in der Hoffnung auf eine Hülfeleistung von außen her, sich mit Angriffsplänen in großem Stil zu beschäftigen.

*) Sächsisches Kriegsarchiv, Berichte an den König.



Unter diesen Umständen brach in den nächsten Wochen für die Deutschen vor Paris eine schwere Zeit herein. Höchst bedrohlich gestaltete sich die Lage namentlich auf der südlichen und südwestlichen Cernirungslinie, als General v. der Tann am 8. November sich gezwungen sah, Orléans aufzugeben und nach einem hartnäckigen, aber unglücklichen Treffen bei Coulmiers am 9. vor der Uebermacht der Loire-Armee unter Aurelles de Paladines auf der Straße nach Paris bis Artenay zurückzuweichen. Zum Glück blieb der Feind bei Orléans stehen, und die gegen die Loire vorgeschobene deutsche Truppenmacht wurde verstärkt. In Versailles fürchtete man, daß Trochu, um gegen Süden durchzubrechen, einen Angriff auf die Dritte Armee unternehmen werde. Eine Ordre Moltkes vom 8. November befahl daher die engere Konzentration dieser Armee auf dem linken Seine-Ufer und übertrug der Maas-Armee zu ihren bisherigen Stellungen noch die Deckung des Abschnitts zwischen Marne und Seine.*)

Ueber die Begebenheiten seit dem 9. November und deren Einfluß auf die Aufgaben der Maas-Armee bemerkt der Kronprinz:**) „Das Gefecht bei Coulmiers am 9. hatte unser Großes Hauptquartier aus seiner Sicherheit geschreckt, in die es sich wohl etwas eingewiegt hatte. Dem General v. der Tann wurde die 17. Division nachgeschickt, und diese sämmtlichen Truppen sowie die 22. Division dem Großherzog von Mecklenburg untergeben, — auf jeden Fall etwas zu spät. Nun erschien unerwartet eine französische Abtheilung am 14. bei Houdan, fünf Meilen westlich von Versailles. Infolgedessen entzog man mir eine Brigade Garde-Landwehr, die meinen linken Flügel von Argenteuil bis St. Germain deckte, und kündigte mir an,

*) Moltke, Militärische Korrespondenz 1870/71, II, 383.

**) Schreiben an den König, 22. November 1870, Hauptstaatsarchiv.



man werde einer sächsischen Division auf dem linken Marne-Ufer benöthigen.*) Ich ließ infolgedessen die 24. Division sogleich in ihren Vorposten durch die 23. ablösen und in Bereitschaft stellen. Man erwartete nämlich mit Unrecht einen gleichzeitigen Ausfall Trochus nach Süden. Fritz Karls vorderstes Korps (IX.) konnte erst am 14. in Fontainebleau sein. Doch die Franzosen haben sich nicht gebessert; die Loire-Armee rührte sich nicht über Artenay vor, das Korps bei Houdan**) ebensowenig, der Ausfall unterblieb. Nun ist die Sache wieder im Geleise. Fritz Karl geht gegen Orléans vor, der Großherzog westlich gegen Le Mans. Um aber einem großen, immer prophezeiten und nie erfolgenden Ausfalle begegnen zu können, den sie immer südlich erwarten, hat man das II. Korps ganz aus der Cernirung gezogen und dafür die Strecke zwischen Marne und Seine der 24. Division und den Württembergern anvertraut und mir die Letzteren überwiesen. Die Aufgabe ist allerdings keine ganz angenehme, mit drei und einem halben Korps acht Meilen lang eine Stadt zu cerniren, die 400 000 Vertheidiger hat. Mir war daher dieser Tage etwas schwül zu Muth. Alle Anzeichen lassen mich glauben, daß Trochu einen Durchbruch beabsichtigt, um wenigstens seine Linientruppen aus der Stadt zu bringen. Da er wohl von dem Nichterscheinen des äußeren Entsatzes aus dem Süden unterrichtet sein mußte, so schien es mir natürlich, daß er durch meine dünne Linie durchzukommen versuchen werde, um der Armee Bourbakis (allerdings einer Art

*) Ordre an die Maas-Armee vom 15. November, Moltke, Korrespondenz, S. 383.

**) Die in der Richtung auf Dreux und Houdan vorgeschobenen Truppentheile des 16. Korps Chanzy waren am 14. von der Brigade von Barby der 5. Kavallerie-Division zersprengt worden. Tagebuch des Generallieutenant v. Wittich, Kassel 1872, S. 157.

Seeschlange) die Hand zu bieten. — Und ich hatte keine disponible Reserve! Nun bin ich wieder ruhiger! Die Erste Armee, freilich erst aus drei Brigaden bestehend, ist bei Compiègne eingetroffen; die Franzosen drinnen regen sich nicht, die draußen im Norden sehr wenig; ich glaube, die Krisis ist auch hier vorüber. Ich gedenke in den nächsten Tagen meine Vortruppen, Lippe und Albrecht Sohn, einen Vorstoß gegen Gournay*) und Formerie**) versuchen zu lassen und durch Unterbrechung der Eisenbahn Rouen—Amiens Manteuffels Vorgehen gegen letzteren Ort zu unterstützen."

Der Bericht zeigt aufs Neue, wie sehr der Kronprinz darauf bedacht war, seine strategischen Maßnahmen stets den Gesammtverhältnissen der Heeresleitung anzupassen. Während dann nach dem Siege Manteuffels über die Nord-Armee bei Amiens am 27. November auf diesem Theil des Kriegsschauplatzes kein Grund zu unmittelbarer Besorgniß mehr vorlag, nahmen die nächsten Ereignisse vor Paris um so mehr die ganze Thätigkeit des Kronprinzen in Anspruch. Der Kavallerie-Division, deren Detachirung nach Norden früher erwähnt wurde,***) waren bereits Anfang November das I. und II. Bataillon der Leib-Grenadiere unter Oberst v. Rex und das XII. Jäger-Bataillon unter Oberstlieutenant Graf Holtzendorff nachgesandt worden. Bei der hierdurch eingetretenen Verminderung des Effektivbestandes machten sich die Schwierigkeiten der umfangreichen Aufstellung, die den sächsischen Truppen seit dem 16. November angewiesen waren, doppelt fühlbar. In Margency und Vert Galant wußte man aus französischen Zeitungen, die eine sächsische

*) Stadt an der Epte, westlich von Beauvais.
**) Ortschaft an der Bahn Rouen—Amiens.
***) Vergl. S. 428.

Feldwache bei Gagny sich fast täglich gegen entsprechend hohe Bezahlung zu verschaffen wußte, schon seit einigen Tagen von einem „großen Plan" Trochus, auf den Paris die Hoffnung seiner Befreiung setzte. Am 29. November meldete das Große Hauptquartier einen bevorstehenden Ausfall auf die Württemberger, der für wahrscheinlich gehalten wurde, weil man annahm, daß das Vorgehen der Loire-Armee gegen Beaune la Rolande dem Vertheidigungskomitee bekannt geworden sein würde.

„Am 29. früh", schreibt der Kronprinz, „erhielt ich die Nachricht aus Versailles, man erwarte einen starken Stoß gegen Choisy le Roi, meinen äußersten linken Flügel; ich beorderte daher sogleich die 24. Division, nach Ormesson aufzubrechen, während die Garde einen Theil der sächsischen Stellung, bis Livry, übernehmen sollte. Da sich indeß diesen Tag der Feind mit einem Ausfall gegen das VI. Korps begnügte, so unterblieb die Bewegung; ich befahl aber, daß die 24. Division den ganzen rechten Flügel der Württemberger abzulösen habe, um diesen links, wo wir den Angriff erwarteten, zu verstärken. Der Feind hatte den 29. benutzt, um den dicht vor der Front liegenden Mont Avron stark zu besetzen und mit schwerem Geschütz zu armiren, — was auch auf einen Angriff gegen Chelles am rechten Marne-Ufer deuten konnte. Der 30. begann um Mitternacht mit einer Kanonade, wie ich sie noch nicht gehört, nach allen Seiten, die ununterbrochen bis abends dauerte. Zeitig griff der Feind das VI. Korps an, wurde aber bald zurückgewiesen. Dann ging er gegen den linken Flügel der Württemberger und drängte die Vortruppen aus ihrer Stellung bei Mesly zurück, wurde aber von ihrem Gros (zwei Brigaden) und einer Brigade des II. Korps angegriffen und mit großem Verlust zurückgeworfen. Gegen Chelles demonstrirte der Feind so, daß

Georg die 47. Brigade noch bei sich behielt. Nun brach der Hauptangriff von Joinville und Brie gegen Coeuilly—Villiers vor, wo sich im Augenblick nur die 1. Württembergische und die 48. Brigade befanden.*) Auf die erste Meldung, daß der Feind Brücken bei Brie schlage, telegraphirte ich (meine einzige Thätigkeit an diesem Tage) an Georg, die ganze 24. Division und Korps-Artillerie hinzusenden. Die beiden Brigaden hielten aber heroisch aus, ja gingen zur Offensive über, wodurch das Gefecht zum Stehen kam. Gegen Abend machten die Franzosen noch einen Verzweiflungsstoß zwischen Villiers und Noisy, der aber durch die inzwischen eingetroffene sächsische Korps-Artillerie abgewiesen wurde. So schloß der 30., der gefährlichste Tag."

Aus den später bekannt gewordenen französischen Berichten ergiebt sich die Absicht Trochus, mit den Armeen Vinoys und Ducrots in der Richtung auf Meaux und Fontainebleau durchzubrechen. Dieses Vorhaben wurde durch die tapfere Vertheidigung des Plateaus von Villiers vereitelt, — ein abschließendes Ergebniß aber war nicht erzielt worden, da die Franzosen sich in Brie und Champigny behaupteten. Die Opfer, welche der Tag forderte, waren bedeutend; die beiden sächsischen Brigaden, die mit nicht ganz 8000 Mann in das Gefecht rückten, verloren 30 Offiziere und 785 Mann, die Württemberger von 4518 Mann 29 Offiziere und 742 Mann.**)

Am Mittag des 30. November hatte der Kronprinz eine Verstärkung des linken Flügels der Württemberger bei dem Großen Hauptquartier beantragt. Infolgedessen wurden von

*) Befehlshaber der württembergischen Brigade war Generalmajor v. Reitzenstein, der sächsischen Oberst v. Abendroth.

**) Vergl. den sehr ausführlichen Bericht über die Kämpfe vom 30. November und 2. Dezember bei G. Schubert, Das XII. Armeekorps während der Einschließung von Paris, Dresden 1875, S. 111.

der Dritten Armee Abtheilungen des VI. Korps und die 7. Brigade du Trouſſel vom II. Korps nach dem am meiſten gefährdeten Abſchnitt zwiſchen Marne und Seine entſendet. Einem Befehl des Kronprinzen entſprechend, ſollte die Wiedereinnahme der im Beſitz des Gegners verbliebenen Ortſchaften am 1. Dezember früh erfolgen, damit, wie der Führer der Maas-Armee ſagte, dem Feinde nicht der leiſeſte Schein der Schwäche gezeigt werde. Die Sachſen ſtanden bereits ſeit Tagesanbruch in Gefechtsbereitſchaft; General Franſecky jedoch, der als rangälteſter General das Kommando über die Truppen zwiſchen Marne und Seine unter dem Oberbefehl des Kronprinzen von Sachſen zu führen hatte, rieth nach ſeinem Eintreffen bei Villiers die Verſtärkung der eingenommenen Stellungen durch einige Batterieeinſchnitte und berichtete in dieſem Sinne nach Margency, worauf der Kronprinz den Angriff bis zum 2. Dezember vertagte.

Unter Führung des Prinzen Georg, der auch die württembergiſche Brigade Reitzenſtein befehligte, wurde der Kampf 7 Uhr morgens eröffnet. Drei Bataillone der 24. Diviſion unter Generallieutenant v. Nehrhoff, an ihrer Spitze das III. Bataillon des Regiments Nr. 107, Major v. Boſſe, erſtürmten eine vor Brie errichtete Barrikade, nahmen die Beſatzung derſelben gefangen und drangen „mit überraſchendem Anlauf“ in das Dorf ein.*) Trotz des Feuers vom Mont Avron und aus den Forts Rosny und Nogent gelang es dem Bataillon, wenn auch unter Verluſt faſt ſämmtlicher Offiziere, den nördlichen Theil von Brie zu behaupten, während das I. Bataillon von der franzöſiſchen Brigade Courty bis an den Kirchhof zurückgedrängt wurde. Durch Heranziehung des zunächſt in Reſerve gehaltenen

*) Generalſtabswerk II, S. 567.

III. Bataillons vom 104. Regiment, Hauptmann v. Gablenz, konnte das Gefecht zwar hingehalten werden, aber der Feind, der zwischen Joinville und Nogent drei Divisionen in Bereitschaft hielt, führte immer neue Kräfte gegen die kaum 1600 Mann starken sächsischen Kolonnen heran.*) Auf die Meldung des Majors Bosse ließ Prinz Georg gegen 10 Uhr das I. Bataillon des Schützen-Regiments Nr. 108, Major Schlick, und das III. Bataillon von 107, Hauptmann Leusmann, vorgehen. Die Brigade Courty stand eben im Begriff, gegen das Plateau von Villiers vorzudringen, als das Schützen-Bataillon auf die Marschlinie derselben stieß. Unter Hurrahrufen und mit gefälltem Bajonett werden die feindlichen Schützenschwärme von den Anhöhen hinuntergetrieben, dann aber sammeln sie sich wieder hinter gedeckten Positionen, und es beginnt ein mörderisches Feuergefecht. Dem I. Schützen-Bataillon folgt nach kurzer Frist das II. unter dem Regimentskommandeur Oberst v. Hausen, und die 4. Kompagnie des XIII. Jäger-Bataillons schließt sich an. Auf die von dem Adjutanten des I. Bataillons, Lieutenant Sickel, überbrachte Nachricht von der großen Ueberlegenheit der feindlichen Streitkräfte verfügt Prinz Georg, daß die beiden Bataillone sich gegenseitig aufnehmen und einstweilen zurückgehen sollen. Der Befehl gelangt jedoch nicht an den Führer des Regiments, da der Ordonnanzoffizier unterwegs verwundet wird. Die beiden Bataillone engagiren sich so fest, daß das III. Bataillon zu ihrer Aufnahme nachgesandt werden muß. Nach außerordentlich schweren Verlusten — 36 Offiziere und 633 Mann — muß das Schützen-Regiment den Kampf aufgeben, und auch die Truppentheile der Regimenter Nr. 104 und 107 sehen sich gegen ½3 Uhr gezwungen, den Rückzug aus Brie

*) Vergl. Schubert, a. a. O. S. 126.



anzutreten; die Trümmer des II. Bataillons von 107 wurden dabei von einem Sekondlieutenant geführt. Der heldenmüthige Angriff und die zähe Ausdauer der Sachsen waren trotzdem nicht vergeblich gewesen, denn auch die Schlachtlinie des Feindes war so erschüttert, daß er von jeder Verfolgung Abstand nahm.

Aehnlich gestaltete sich der Verlauf des Gefechtes in Champigny, das die württembergischen und preußischen Bataillone anfangs ebenfalls erstürmten, aber nicht zu behaupten vermochten. Die sächsische 24. Division, ein großer Theil der württembergischen Division und fast das ganze II. Korps mußten herangezogen werden, um den Feind hier festzuhalten und ihm zuletzt, abends 6 Uhr, wenigstens einen Theil des Dorfes zu entreißen. So endete auch der 2. Dezember ohne Entscheidung; die Franzosen verblieben in ihren Stellungen außerhalb der Forts; dagegen waren ihre Versuche, sich des Höhenrandes von Villiers zu bemächtigen, zurückgeschlagen worden. Prinz Georg sagt in dem Gefechtsbericht: „Das Schützen-Regiment und die 4. Kompagnie des XIII. Jäger-Bataillons haben die Offensive des feindlichen linken Flügels mit vielleicht fünffach geringerer Anzahl offensiv gebrochen und werden allen Regimentern als Muster aufgestellt werden können.“*) Und der Kronprinz schreibt: „Diese Tage waren, wenn auch von schweren Verlusten begleitet, doch Tage des Ruhmes, besonders für unsere Truppen.“**) Nachdem die Einzelheiten des Gefechtes in Versailles bekannt geworden waren, verlieh König Wilhelm dem Führer der Sachsen, Prinz Georg, den Orden pour le mérite, dem Kronprinzen das Eichenlaub zu diesem Orden.

*) Berichte des Generalkommandos an den König, Kriegsarchiv.

**) Die 24. Division hatte am 2. Dezember einen Verlust von 51 Offizieren und 1217 Mann, Schubert, S. 145.

Am 3. Dezember begab sich der Befehlshaber der Maas-Armee über Malnoue nach Villiers zu einer Besprechung mit dem Prinzen Georg und den Generalen Fransecky und Obernitz. Es wurde beschlossen, die Truppen unter Gewehr zu lassen und an der Vertheidigung des Abschnitts Coeuilly—Villiers—Noisy festzuhalten, weil bei einem weiteren Zurückgehen die Linie für die verfügbaren Kräfte zu lang geworden wäre.*) Die Darstellung des Kronprinzen fährt fort: „Da die Franzosen mit ihren Massen unter dem Schutz der Marne-Forts stehen blieben, ließ ich von der Garde die ganze sächsische Stellung besetzen und zog die 23. Division auf das linke Marne-Ufer, begab mich auch selbst den 4. nach Vert Galant, um den Ereignissen näher zu sein. Dort traf mich aber die Meldung, daß der Feind seine Absicht definitiv aufgegeben, indem er Brie geräumt und seine Brücken abgebrochen habe. Ich kehrte daher den 6. wieder nach Margency zurück, die Truppen nahmen die alten Stellungen ein, nur daß die Dritte Armee ihren rechten Flügel jetzt bis Ormesson ausdehnte, anstatt wie bisher bis zur Seine. Der noch von den Feinden besetzte und befestigte Avron soll nun mit schwerem Geschütz angegriffen werden, was aber noch einige Zeit dauern wird, da die Geschütze erst kommen sollen."**)

Die Gegner des Bombardements beriefen sich hauptsächlich darauf, daß auch nach der Wegnahme einiger Forts die deutschen Batterien wegen der weiten Entfernung nicht im Stande sein würden, ein wirksames Feuer gegen das Innere der französischen Hauptstadt zu unterhalten. Die Gründe konnten im vorliegenden Falle nicht in Frage kommen, denn es handelte sich für den Kronprinzen nicht um die Beschießung von Paris, sondern um

*) Tagebuch der Maas-Armee, Kriegsarchiv des Großen Generalstabes.
**) Schreiben an den König, 8. Dezember 1870, Hauptstaatsarchiv.



die Niederkämpfung einer Position, durch welche der Feind, wie die letzten Ereignisse gezeigt hatten, die östliche Einschließungslinie weithin beherrschte. Waren doch die Granaten des Mont Avron auf eine Entfernung von mehr als 7000 Schritte bis in den Park des Schlosses von Champs gefallen, wo Prinz Georg am 2. Dezember vorübergehend sein Hauptquartier aufgeschlagen hatte. Schon einige Tage vor den Schlachten an der Marne war in Bezug auf die Vorbereitungen des artilleristischen Angriffs insofern ein Wendepunkt eingetreten, als König Wilhelm, veranlaßt durch einen Bericht Bismarcks, der mit einem fast leidenschaftlichen Eifer für das Bombardement eintrat, am 28. in einem Handschreiben an den Kriegsminister und den Chef des Generalstabes die Beschleunigung der Zufuhr des Belagerungsmaterials befohlen hatte.*) Ueber die Offensive gegen den Mont Avron dachte das Große Hauptquartier ebenso wie der Kronprinz von Sachsen. In einer Ordre vom 4. Dezember wurde das Ober-

*) Vergl. die Schrift des Generals z. D. v. Blume, Die Beschießung von Paris und die Ursachen ihrer Verzögerung, Berlin 1894, S. 63, eine Arbeit, welche die vielfach erörterte Streitfrage des Bombardements einer ebenso gründlichen wie unparteiischen Erörterung unterzieht. — Was die Stellungnahme Bismarcks anbetrifft, so konnte der Verfasser des vorliegenden Buches in einer Unterredung mit dem Bundeskanzler, die am 17. November abends stattfand, sich überzeugen, daß sie hauptsächlich beeinflußt wurde durch gewichtige Stimmen der deutschen Presse, welche die allzu glimpfliche Behandlung von Paris auf politische Rücksichten und die Intervention hoher fürstlicher Damen zurückführten. Diesen Ausführungen gegenüber kam es dem Bundeskanzler darauf an, die Oeffentlichkeit darüber aufzuklären, daß das Schicksal des „Mekkas der Civilisation" ihm vollkommen gleichgültig sei, und daß er, jeder Einwirkung auf die militärischen Entscheidungen des Großen Hauptquartiers beraubt, an der Verzögerung des Bombardements unbetheiligt sei. Jene Aeußerungen der Presse, namentlich ein Feuilleton der „Nationalzeitung" und ein Aufsatz der „Gartenlaube", gaben den unmittelbaren Anlaß zu einer Interpellation, die Bismarck am 21. November an den Generallieutenant v. Blumenthal richtete und die dann weitere Auseinandersetzungen zur Folge hatte. Vergl. v. Blume, S. 74.

kommando der Maas-Armee angewiesen, die Anlegung von Belagerungsbatterien östlich von Noisy sowie auf dem Plateau von Montfermeil in Aussicht zu nehmen. Noch bevor der Kronprinz nach Margency zurückkehrte, besprach er am 5. Dezember in Malnoue mit den Führern der Korps und den Stabschefs die zunächst zu ergreifenden Maßregeln.

Während dieser Vorgänge um Paris hatten die Operationen des Prinzen Friedrich Karl und des Großherzogs von Mecklenburg am 5. Dezember zur Wiedereinnahme von Orléans geführt. Dagegen hatte sich auf dem Kriegsschauplatz in der Normandie ein bedauerlicher Zwischenfall ereignet, von dem ein sächsischer Truppentheil betroffen wurde. Die 12. Kavallerie-Division, die sich schon seit Wochen in dem waldreichen Terrain an der Epte mit Franktireurs herumschlug, stieß am 27. November auf Vortruppen eines französischen Korps, das sich unter General Briand um Rouen sammelte. Bei der Verfolgung des gegen Ecouis zurückgewichenen Feindes wurde in der Nacht zum 30. November das Detachement des Obersten v. Rex, bestehend aus der 2. und 5. Kompagnie des Leib-Regiments, der 3. Schwadron der Garde-Reiter, der 2. Schwadron des 1. Ulanen-Regiments und zwei Geschützen der 2. reitenden Batterie in Etrépagny überfallen. Der Feind drang mit großer Uebermacht in das Dorf ein; die einzelnen sächsischen Trupps wurden, aus den Häusern hervorbrechend, noch ehe sie sich sammeln konnten, unter dem verrätherischen Beistand der Bewohner, im Straßenkampf überwältigt.*) Der Verlust, den sie erlitten, betrug 154 Mann, darunter 94 vom Leib-Grenadier-Regiment; dem Rest gelang es, sich durchzuschlagen und Anschluß an ein zweites Detachement

*) Generalstabswerk II, S. 607.



unter Oberstlieutenant v. Trosky zu gewinnen. Der Kronprinz war im ersten Augenblick von dem Unglück sehr betroffen, doch gereichte es ihm zur Beruhigung, aus den Berichten zu ersehen, daß ein Verschulden der Truppenführer nicht vorlag. Im Ganzen erschien dem Kronprinzen die Lage der Dinge im Norden auch nach Besetzung von Rouen durch General v. Goeben am 5. Dezember nicht so günstig als sie in Versailles angesehen wurde, und in der That war die französische Nord-Armee, die nach dem Rücktritt Bourbakis unter Oberbefehl des Generals Faidherbe stand, noch immer widerstandsfähig genug, um durch einen Vorstoß gegen Ham am 9. und gegen La Fère am 11. Dezember Besorgnisse für die Cernirungslinie der Maas-Armee zu erwecken.

In Margency war man darauf vorbereitet, daß die Armee von Paris, die sich in der ersten Hälfte des Dezember ziemlich still verhalten hatte, mit Rücksicht auf die Bewegungen Faidherbes noch einmal einen Durchbruch versuchen werde. Der Kronprinz schreibt am 20. Dezember: „Hier bereiten wir uns stark auf die Beschießung des Mont Avron vor, die hoffentlich den 24. beginnen soll, vorher aber fürchten wir wieder einen Ausfall, auf den mehrere Zeichen deuten." Der Kronprinz war fest überzeugt, daß im Zusammenhang mit den in Paris verbreiteten Nachrichten von der Nord-Armee ein Angriff auf die Straße nach Lille bevorstehe, die durch Le Bourget führt. Am 21. früh wurde denn auch dieser Ort noch einmal das Schmerzenskind der Maas-Armee. Zunächst gelangten die Franzosen, die von dem Admiral de la Roncière le Noury geführt wurden, wieder in den Besitz des Dorfes, da die schwache Besatzung, vier Kompagnien Königin Elisabeth und eine von den Garde-Schützen, nach längerer Gegenwehr sich zurückziehen mußte. Der

Kronprinz war nach dem zwei Kilometer nördlich gelegenen Pont Iblon geeilt, von wo er in Gemeinschaft mit dem Kommandeur des Gardekorps, Prinzen August von Württemberg, das Gefecht leitete. Nach Heranziehung der Verstärkungen von den Regimentern Alexander, Kaiser Franz und Königin Elisabeth erfolgte der Rückstoß der Gardetruppen, der, freilich erst nach einem blutigen Handgemenge, um 11½ Uhr zur Wiedereroberung von Le Bourget führte. Das Gefecht ging schließlich in einen allgemeinen Artilleriekampf über, wobei die Korpsartillerie der Garde, die sich unter dem Obersten v. Helden-Sarnowsky nordöstlich von Le Bourget auf dem Wege nach Le Blanc Mesnil postirt hatte, gegen die französischen Geschütze die Oberhand behielt.*)

Das Unternehmen gegen Le Bourget war als Einleitung zu einer größeren Offensive gedacht, für welche die Armee Ducrots zwischen Bondy und Drancy in Bereitschaft stand. Ducrot wartete nur auf den Sieg La Roncières, um mit seiner ganzen Macht auf der Straße von Lille vorzubringen.**) Als das verabredete Signal der Festsetzung in Le Bourget ausblieb, gab er seinen Vorsatz auf.

Gleichzeitig mit dem Gardekorps waren am 21. Dezember früh die Sachsen auf ihrer ganzen Linie alarmirt worden; die Demaskirung neuer Batterien des Mont Avron ließ nichts Gutes ahnen. Die Feldwache des Regiments Nr. 102 an der Metzer Straße wurde schon beim ersten Tagesgrauen angegriffen, jedoch ohne Erfolg. Nach Beendigung des Gefechts bei Le Bourget rückte eine Division Vinoys von Neuilly aus gegen Maison blanche und Ville Evrart vor; an beiden Stellen mußten die

*) Generalstabswerk II, S. 774 ff.

**) Ducrot, Défense de Paris, III, S. 389.

Feldwachen zurückgezogen werden. Ein weiterer Angriff auf Chelles, wo die 24. Infanterie-Division stand, wurde durch die Ueberschwemmung der Marne verhindert. Generallieutenant v. Nehrhoff wartete die Rückkehr der zur etwaigen Unterstützung der Garde entsandten Bataillone ab und befahl dann, nach Eintritt der Dunkelheit, um 5 Uhr, die Wiedernahme der von den Franzosen besetzten Posten, wozu das II. und III. Bataillon von 107, das XIII. Jäger-Bataillon und als Reserve drei Bataillone von 105 und 106 unter Führung des Obersten Freiherrn v. Lindemann bestimmt wurden. Unter Hurrahrufen ging um 6½ Uhr die Wiederbesetzung von Maison blanche vor sich. Dagegen vertheidigten sich die Franzosen in Ville Evrart bis Mitternacht; in zwei massiven Häusern leisteten sie sogar bis zum nächsten Morgen Widerstand. Zuletzt waren es die Elemente, die dem Kampf ein Ziel setzten; die steigenden Fluthen der Marne hatten über Nacht die Ortschaft in eine Insel verwandelt. Unter Zurücklassung von mehr als 500 Gefangenen, meist der Division Maudhui angehörig, räumte der Gegner die letzten Positionen, um nicht abgeschnitten zu werden.*)

Die Hoffnung des Kronprinzen, daß die Beschießung des Mont Avron noch vor dem Weihnachtsfest werde beginnen können, ging nicht ganz in Erfüllung. Der Aufschub entstand auch hier hauptsächlich durch den Transport der Geschütze, die zum Theil aus deutschen Festungen herangeschafft werden mußten. Die Ausrüstung einzelner Batterien war zwar durch Oberst Bartsch, der schon die Belagerungen von Toul, Soissons und La Fère geleitet hatte, und durch den Ingenieurchef, Oberstlieutenant Oppermann, bis zum 23. vollendet, aber der Kronprinz versprach sich

*) Bericht des Generalkommandos an den König, Vert Galant, 22. Dezember 1870. Kriegsarchiv.

eine größere Wirkung, wenn aus sämmtlichen 76 Geschützen das eherne Wort der ultima ratio zu ein und derselben Stunde ertönte.

Beim Herannahen des Christabends erging es den sächsischen Fürsten wie so vielen deutschen Männern in Frankreich: ein Gefühl der Sehnsucht zog ihre Gedanken in die Heimath. „Wie werden wir an Euch denken," schreibt der Kronprinz am 20. Dezember seinem Vater: „Das zweite Mal, seit ich lebe, bin ich an diesem Tage nicht bei Euch, das erste Mal war 1847 in Bonn." Für den Prinzen Georg lag noch ein besonderer Grund vor, sich im Geiste in den Kreis seiner Familie zu versetzen, denn während seiner Abwesenheit war ihm am 17. November ein Sohn geboren worden, Prinz Max. Mit Bezug auf diesen neuen Sproß des Albertinischen Hauses heißt es in einem Brief des Kronprinzen: „Der Junge ist in einer eisernen Zeit geboren. Gott gebe, daß wir ihm für seine Manneszeit eine friedlichere Periode bereiten als sie uns beschieden."*) Uebrigens sorgten die Franzosen dafür, daß unseren Landsleuten vor Paris am Heiligabend nicht allzuviel Zeit für ihre beschaulichen Betrachtungen verblieb. Es schien, als ob Trochu den Parisern die Weihnachtsfreude bereiten wollte, noch einmal mit der preußischen Garde anzubinden. Namentlich vor Le Bourget ging es höchst unruhig zu; östlich zwischen Bobigny und Drancy sammelten sich am Morgen größere Truppenmassen, und in der Front sah man, wie der Feind vorwärts von dem Fort de l'Est mit Anlegung von Laufgräben beschäftigt war, die auf einen förmlichen Ingenieurangriff hindeuteten.**) Da man nicht wußte, was daraus werden würde, setzte sich der Kronprinz zu

*) Der Kronprinz an den König, 20. November, Hauptstaatsarchiv.
**) Moltke, Deutsch-französischer Krieg, S. 263.

Pferde und ritt mit seinem Stabe nach Gonesse zum Gardekorps. Der erwartete Ausfall unterblieb jedoch. Der Prinz verweilte noch einige Stunden unter seinen preußischen Waffengefährten und kehrte dann nach Margency zurück, wo nach dem friedlichen Ausgang des Tages in Gesellschaft der um den Tannenbaum versammelten Mitglieder des Hauptquartiers die Weihnachtsstimmung doch noch zu ihrem Rechte gelangte. Es fehlte nicht an Geschenken und Festgrüßen aus der Heimath; sogar der übliche Weihnachtsstollen der Dresdner Bäckerinnung war pünktlich eingetroffen. Auch in den Kantonnements der Truppen erstrahlte die stille und heilige Nacht im Lichterglanz; an den äußersten Vorposten, wo man die Aufmerksamkeit des Feindes nicht auf sich lenken durfte, zündeten die Soldaten ihren Tannenbaum in den Kellern an, und so, angeregt durch reichliche Liebesgaben aus allen Theilen des Vaterlandes, bethätigte sich der deutsche Frohsinn auch unter den erschwerendsten Umständen.

Im weiten Bogen von Raincy bis an das linke Marne-Ufer bei Noisy le Grand erhoben sich die dreizehn Batterien zur Belagerung des Mont Avron. Als am 27. Dezember, morgens 8 Uhr 20 Minuten, von der Höhe von Montfermeil die sechste Batterie den Signalschuß abgab, herrschte in den Reihen der Maas-Armee ein Allen gemeinsames Gefühl der Genugthuung darüber, daß den Angriffen des Feindes endlich mit ernstlicher Wiedervergeltung begegnet wurde. Nebel und Schneegestöber machten es unmöglich, die Wirkung der Geschosse mit den Blicken zu verfolgen. Am 28. wurde die Beschießung bei gleich ungünstigem Wetter fortgesetzt. Im Laufe des Tages berichtet der Kronprinz dem König: „Noch habe ich keine Nachricht von dem Ergebniß, doch zeigt das viel langsamere Feuer, daß der Widerstand nicht mehr so stark ist.“ Am 29. morgens waren die

Batterien auf dem Mont Avron verstummt, die Zeltlager verschwunden. Alle Anzeichen sprachen dafür, daß der Feind in jäher Ueberstürzung die Position geräumt hatte, denn als Hauptmann v. Zanthier am Nachmittag mit achtzig Mann der 12. Kompagnie des Regiments Nr. 103 bis zu den Verschanzungen vordrang, fand er große Vorräthe an Munition, Gewehren und Wein, die zurückgelassen worden waren; nur die Geschütze, mit Ausnahme eines zerbrochenen 24-Pfünders, waren von der Besatzung mitgenommen worden.*)

Nach wenigen Tagen wurde in Margency aus Pariser Zeitungen der niederschmetternde Eindruck bekannt, den der Verlust des Avron und der nächtliche Rückzug der Truppen unter Admiral Saisset auf die Armee und die Bevölkerung hervorgebracht hatten.**) In Versailles und an allen Stellen der Einschließungsarmee wurde dem so erfolgreich durchgeführten Unternehmen die größte Bedeutung beigelegt; Bismarck hat sich noch nach vielen Jahren des Jubels erinnert, mit dem die Beschießung des Avron begrüßt wurde.***) Der Kronprinz selbst schreibt am 8. Januar 1871: „Der Nutzen, den uns die Einnahme des Avron bringt, ist direkt allerdings nur ein defensiver, indem wir nun sicher vor Ausfällen von dieser Seite sind, indirekt aber hat sie nach zwei Seiten hin gut gewirkt. Einerseits ist der moralische Eindruck auf die Pariser ein großer gewesen, namentlich die Erfahrung, daß ihre Artillerie der unserigen nicht gewachsen;

*) Kriegstagebuch des XII. Korps, Kriegsarchiv.

**) Bei Fr. Sarcey, Le Siège de Paris, Paris 1871, heißt es S. 294: Ce fut dans toute la population un moment de stupeur, et l'étonnement fit bientôt place à la colère. Zahlreiche übereinstimmende Urtheile sind zusammengestellt bei Pierre Lehautcourt, Siège de Paris, 1898, III, S. 156 ff.

***) Gedanken und Erinnerungen, II, S. 113.

andererseits hat man sich in Versailles durch unsern Erfolg bewegen lassen, auch ihrerseits die Beschießung zu eröffnen, welche seit dem 5. im Gange ist."

In der Zeit, in welcher diese wichtige Wendung vor Paris eintrat, besserte sich allmählich auch die allgemeine Lage des Krieges. Die der Armee Manteuffels gestellte Aufgabe, jedem Versuch des Entsatzes von Paris entgegenzutreten, war durch die zweitägigen Gefechte an der Hallue, 23. und 24. Dezember, zwar noch nicht vollständig gelöst, aber doch erfolgreich eingeleitet worden. Seit dem 27. Dezember wurde der wichtigste Stützpunkt des Feindes, die Festung Peronne, cernirt; das aus Arras zum Entsatz heranrückende Gros der Armee Faidherbes, bestehend aus den Korps 22 und 23, erlitt am 3. Januar bei Bapaume eine Schlappe. Seitdem am 8. Januar Manteuffel mit dem Oberbefehl über eine in der Bildung begriffene Süd-Armee betraut worden war, stand die Erste Armee unter dem Kommando Goebens, von dessen Thatkraft der Kronprinz von Sachsen die höchste Meinung hatte. Die Heerführung Goebens bewährte sich auf das Glänzendste; infolge der Kapitulation von Peronne, 10. Januar, sah sich Faidherbe genöthigt, gegen Arras zurückzuweichen, während die Erste Armee ihre Hauptstellung an die Somme verlegen konnte; den rechten Flügel bildete bei St. Quentin die sächsische Kavallerie-Division.*) Durch die Meldungen des Grafen Lippe über die Vorgänge im Norden unterrichtet, schreibt der Kronprinz am 24. Januar: „Der Feind bewegte sich gegen den rechten Flügel Goebens in der Absicht, gegen unsere Verbindungen, Laon, Soissons, Reims zu wirken. Den 16. drängte er unsere sächsische Kavallerie aus St. Quentin.

*) W. Blume, Operationen der deutschen Heere u. s. w., S. 207 ff.

General Goeben hatte sich indeß zwischen Peronne und Ham konzentrirt, griff den Feind am 19. bei St. Quentin an und brachte ihm eine vollständige Niederlage bei. Jetzt wird wohl eine mehrwöchentliche Ruhe eintreten: desgleichen bei Le Mans.*) Der gefährlichste Punkt war wohl der Südosten. Fritz Karl hatte die unrichtige Meldung gemacht, die Armee von Bourbaki stehe noch bei Bourges, sodaß man nicht nur das II. Korps von Versailles nach Montargis zog, als Friedrich Karl westwärts marschirte, sondern sogar das VII. bei Châtillon an der Seine dorthin beorderte. Währenddem war Bourbaki schon längst nach Osten unterwegs und trat nun dort gegen Werder mit großer Uebermacht auf.**) Das XIV. Korps mußte bis gegen Belfort ausweichen, leistete aber dort in einer vorbereiteten und mit schwerem Geschütz armirten Stellung so lange Widerstand, bis das II. und VII. Korps, den gemachten Fehler verbessernd, in Bourbakis Rücken vordrangen. Jetzt scheint er sich über den Doubs zurückgezogen zu haben."***)

An dem artilleristischen Angriff auf die Südfront von Paris, der am 5. Januar eröffnet wurde, hatte die Maas-Armee keinen unmittelbaren Antheil, und auch von den Wirkungen des Bombardements nach dieser Seite hin erfuhr das Hauptquartier in Margency nicht viel mehr, als was die Tagesberichte

*) Am 11. und 12. Januar hatte Prinz Friedrich Karl die Loire-Armee unter Chanzy, zusammengesetzt aus dem 16., 17., 21. und Theilen des 19. Korps, besiegt.

**) Einen vollständigen Ueberblick über die Stellung der Ost-Armee zwischen Dijon und Besançon gewann der Große Generalstab erst am 5. Januar; die Bildung der Süd-Armee unter Manteuffel hängt hiermit zusammen. Moltke, a. a. O. S. 331.

***) Schreiben des Kronprinzen an den König. Der Rückzug Bourbakis begann am 18. Januar nach dem dreitägigen Kampfe an der Lisaine, in welchem Werder sich standhaft behauptet hatte.



Podbielskis darüber meldeten. Dagegen wurde auf Veranlassung des Kronprinzen sogleich nach der Einnahme des Mont Avron zu einer Vermehrung der Belagerungsbatterien auf der Ostfront geschritten. Für die Anerkennung, deren das sächsische Geschützwesen sich im Großen Hauptquartier erfreute, spricht es, daß ein Artillerieoffizier des XII. Korps, Oberstlieutenant Heydenreich, dem mit der oberen Leitung des Artillerieangriffs betrauten Prinzen Kraft von Hohenlohe als Stabschef beigegeben wurde.

Hatte vor dem Beginn des Bombardements die Cernirungsarmee durch das Vorrücken und die Verstärkung der feindlichen Außenstellungen viel zu leiden gehabt, so machte sich jetzt auf der ganzen Front des sächsischen Korps, von Bondy bis an die Marne, ein Zurückweichen der französischen Posten bemerkbar. Nach einigen Tagen jedoch änderte sich das Bild. Wenn auch die materiellen Verluste, die durch die Beschießung dem Innern der Stadt zugefügt wurden, nicht sehr bedeutend waren, so erzeugten sie doch in allen Volksschichten eine große Erbitterung, und diese richtete sich nicht nur gegen die „deutschen Barbaren“, sondern auch gegen die Machthaber von Paris, die man, je näher die Katastrophe heranrückte, desto heftiger der Schwäche und Unthätigkeit beschuldigte. Die Führer der kommunistischen Partei spielten auch hierbei eine große Rolle.*) Trochu, der die Unvermeidlichkeit der Kapitulation vorhersah, handelte in dieser Zwangslage, wie es seiner Gewohnheit entsprach; statt mit einem raschen Entschluß seine Massen für eine große Aktion in Bewegung zu setzen, versuchte er es zunächst mit einzelnen Ausfällen, hauptsächlich nach Norden hin, weil die Gerüchte von einer

*) Vergl. Lehautcourt, III, S. 225 ff.

Handreichung Faidherbes noch immer die Phantasie der Pariser beschäftigten. Seit dem 9. Januar wurden die Linien der Maas-Armee fast täglich, und zwar jedesmal zur Nachtzeit, von ausschwärmenden Trupps belästigt. In der Nacht zum 10. Januar unternahm der Feind über Drancy und den Pachthof Groslay hinaus eine Aufklärung gegen die Bahnlinie von Soissons, in der Nacht zum 15. einen umfassenden Angriff, der sich von Le Bourget über die Westseite des Waldes von Bondy bis gegen Sevran an der Bahn von Soissons erstreckte. Die sächsische Feldwache hinter Bondy bei Nonneville, 80 Mann der 8. Kompagnie des 2. Grenadier-Regiments unter Hauptmann v. Zeschau, wurde im ersten Anlauf zurückgedrängt, ein Haus, in welches die Franzosen durch das Fenster eingedrungen waren, in Brand gesteckt. Nach einem einstündigen Feuergefecht gelangten die Sachsen wieder in den Besitz ihrer Stellung. In der Nacht zum 17. Januar endlich wurden die Feldwachen an der Metzer Straße in ein Gefecht verwickelt, das ebenfalls mit dem Rückzug des Gegners endete.*) So erfolglos alle diese Operationen waren, so sah man in ihnen doch die Vorboten eines Entscheidungskampfes, der in nächster Aussicht stand.

Während mit diesen Ereignissen die Belagerung von Paris ihr letztes Stadium erreicht hatte, rüsteten sich die Hauptquartiere in Versailles zu der großen Feier, durch welche der Einheitsbund der deutschen Stämme seine letzte und höchste Weihe empfangen sollte.

War der sächsische Thronerbe auch nicht in der Lage, irgend welchen Einfluß auf die Verhandlungen über die Verfassung des Deutschen Reiches auszuüben, so verstand es sich doch von selbst,

*) Vergl. Schubert, a. a. O. S. 196 ff.

daß er dieser für die Neugestaltung Deutschlands fundamentalen Frage das lebhafteste Interesse widmete. Die Eröffnungen, die Bismarck ihm wenige Tage nach der Schlacht von St. Privat gemacht hatte,*) waren von König Johann mit voller Zustimmung entgegen genommen worden; namentlich hatte der sächsische Herrscher sein persönliches Erscheinen in Frankreich zugesagt, wenn der Gedanke Bismarcks, die deutschen Fürsten zu den Berathungen über den Friedensschluß und die Einigung Gesammtdeutschlands heranzuziehen, Verwirklichung finden sollte. Als auf Veranlassung Bismarcks der Präsident des Bundeskanzleramts Delbrück, dem die schwierige Aufgabe der Vorberathungen mit den süddeutschen Höfen oblag, am 4. September, während der Dresdner Siegesfeier für Sedan, in Pillnitz eintraf, erklärte der König sich gern zur diplomatischen Vermittelung in München bereit, die denn auch bald darauf erfolgte. Durch den sächsischen Thronerben von den Gesinnungen des Königs unterrichtet, setzte Bismarck die angeknüpfte Verbindung fort, indem er dem Kronprinzen von Zeit zu Zeit Nachrichten über die verschiedenen Phasen, welche die deutsche Verfassungsangelegenheit zu durchlaufen hatte, zugehen ließ. Weitere Aufklärungen gewährten die mündlichen Berichte des Ministers v. Friesen, der auf Einladung des Bundeskanzlers sich am 24. Oktober in Begleitung des Geheimen Legations-Rathes v. Watzdorf, des jetzigen Finanzministers, nach Versailles begab und bei den Konferenzen mit den Bevollmächtigten der süddeutschen Staaten vielfach zu Rathe gezogen wurde.

In einem Brief an Wilhelm I., der seinen Dank für die Verleihung des St. Heinrichs-Ordens mit einem Ehrenschild in Eichenlaub ausgesprochen hatte, schrieb König Johann am

*) Vergl. oben S. 392 ff.

20. Oktober: „Mit großem Interesse verfolge ich auch die Aussichten auf eine Ordnung der Gesammtteutschen Angelegenheiten, zu denen die Verhandlungen mit den süddeutschen Staaten Aussichten zu eröffnen scheinen. Mein innigster Wunsch ist es, daß es gelingen möge, dem ganz Deutschland umfassenden Bund eine Einrichtung zu geben, bei der alle Theile sich behaglich fühlen, damit das in heißem Kampf geknüpfte Band auch im Frieden ein recht festes bleibe."*) Durch Herrn v. Friesen, der wenige Tage nach dem Kampfe von Le Bourget, am 4. November, das Heerlager in Margency aufsuchte, erhielt der Kronprinz Kenntniß von den kritischen Momenten, die damals noch bei den Versailler Verhandlungen obwalteten. Die Hauptschwierigkeit bestand darin, daß Bayern neben dem engeren Bunde, zu dem auch Württemberg, Baden und Hessen hinzuzutreten geneigt waren, für sich eine Sonderstellung im weiteren Bunde beanspruchte. Der Kronprinz war diesem Gedanken ebenso abgeneigt wie sein Vater; der Bund des neuen Deutschen Reiches mußte nach seiner Ansicht ein einheitlicher sein, wenn auch einige Modifikationen der norddeutschen Bundesverfassung dadurch nicht ausgeschlossen waren.

Allmählich trug bei den Verhandlungen in Versailles unter Mitwirkung der dazu berufenen Vertrauensmänner der Geist der nationalen Eintracht den Sieg davon. Bei seiner zweiten Anwesenheit in Margency, auf der Rückkehr nach Dresden, am 17. November, konnte Friesen melden, daß der Anschluß Bayerns gesichert sei; nur über die Feststellung der Reservatrechte wurde noch debattirt. Dagegen war die Kaiserfrage noch unentschieden, obwohl der allgemeine Impuls der Nation es kaum zweifelhaft

*) Hauptstaatsarchiv.

erscheinen ließ, in welchem Sinne sie erledigt werden würde. Mit Bismarck betrachtete der Kronprinz die Annahme des Kaisertitels als eine politische Nothwendigkeit; scherzend sagte er wohl einmal: „Das Kind muß doch einen Namen haben.“ Daß die Anregung zur Inauguration der Kaiserwürde von den deutschen Fürsten ausgehen müsse, war in den Augen des Königs Wilhelm eine nothwendige Vorbedingung, und diese Empfindung theilte sowohl König Johann als der Kronprinz. Ob König Ludwig II. von Bayern dazu die Initiative ergreifen würde, blieb bis Anfang Dezember ungewiß. Bismarck hielt daher noch immer an dem Plane fest, die gesammte Fürstenschaft Deutschlands, die Vertreter der freien Städte und vielleicht selbst den norddeutschen Reichstag nach Versailles zu berufen. An den sächsischen Monarchen schrieb Wilhelm I. am 22. November:

„Ew. Majestät haben die Güte gehabt, mich durch den Kronprinzen, Ihren Sohn, Ihrer Bereitwilligkeit versichern zu lassen, seiner Zeit an einer Berathung der deutschen Fürsten persönlich Theil zu nehmen, durch welche die Thatsache bekundet würde, daß die Ergebnisse des Friedens das Werk gemeinschaftlicher Anstrengungen und Opfer und die Frucht einmüthiger Erkenntniß der nationalen Bedürfnisse sind. Ich erachte den Zeitpunkt nunmehr gekommen, um an Ihre Majestäten die Könige von Bayern und Württemberg eine vorbereitende Einladung zu richten, worin ich um die Zusage ihrer Betheiligung an einer Verhandlung der verbündeten Fürsten ersuche, sobald die Entwickelung der Ereignisse die bestimmte Aussicht auf Frieden eröffnet.

Im Vertrauen auf Ew. Majestät freundliche vorläufige Zusicherung wiederhole ich meine Einladung schriftlich mit Hinzufügung der Bitte, mir gestatten zu wollen, daß ich seiner

Zeit den Tag unserer Zusammenkunft auf telegraphischem Wege anzeigen darf, da der Gang der Ereignisse, wenn er auch wahrscheinlich noch geräumige Fristen gewähren wird, doch möglicherweise ein so rascher werden könnte, daß der Weg der schriftlichen Mittheilung und Verständigung nicht mehr rechtzeitig zum Ziele führen möchte.

Ew. Majestät treu ergebener Bruder
und Freund Wilhelm."

König Johann ertheilte sofort seine Zusage, obgleich er durch den Legationssekretär Fürsten Lynar, der mit der Uebergabe der Einladungen in Stuttgart, München und Dresden betraut war, am 29. November erfuhr, daß König Karl von Württemberg seine Antwort noch verschoben und Ludwig II. mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand die Reise nach Versailles abgelehnt hatte. Inzwischen war der Reichstag, dem die Bundesverträge zur Prüfung vorgelegt werden sollten, am 24. November in Berlin zu einer außerordentlichen Session zusammengetreten. Nach einem Ausdruck des weimarschen Staatsministers Stichling „schwebte die Kaiserfrage noch völlig in der Luft."*) Wenn die Entscheidung nicht bald erfolgte, ließ sich vorhersehen, daß der Reichstag aus eigener Entschließung den Antrag auf Errichtung des Kaiserthums stellen würde. Im Bundesrath wurde daher angeregt, den König von Sachsen um Ergreifung der Initiative, wenn auch nach voraufgegangenem Einvernehmen mit Bayern, zu ersuchen; der Minister v. Friesen berichtete hierüber am 26. November nach Dresden. In dieser Form, die in München hätte verletzen können, erschien der Vorschlag dem König un-

*) Aus dreiundfünfzig Dienstjahren, Erinnerungen von D. Gottfried Theodor Stichling, Weimar 1891, S. 94.

annehmbar; aber er trug kein Bedenken, in einem eigenhändigen Schreiben dem bayerischen Monarchen das Anerbieten der Kaiserwürde im Namen der deutschen Fürsten zu empfehlen. Diese Meinungsäußerung des Königs traf jedoch erst in Hohenschwangau ein, nachdem Ludwig II. infolge der bekannten Sendung des Grafen Holnstein sich zu dem Kaiserantrage entschlossen hatte. In einem eigenhändigen Schreiben theilte der bayerische Monarch dem König Johann seine Entscheidung mit. Der König meldete umgehend telegraphisch seine Zustimmung, sowohl nach München als nach Versailles. Die Antwort Wilhelms I. vom 6. Dezember lautete sehr bezeichnend: „Mit warmem Dank für Dein wichtiges Telegramm muß ich es doch aussprechen, daß ich das Ereigniß mit sehr gemischten Gefühlen herannahen sehe.“

Auf eine Mittheilung des Kronprinzen Friedrich Wilhelm vom 16. Januar erließ der Führer der Maas-Armee Befehle für die Entsendung von Deputationen seiner Truppentheile zu der Kaiserproklamation. Von jedem Infanterie-Regiment sollte in Begleitung eines Offiziers, eines Unteroffiziers und des Fahnenträgers die Fahne eines Bataillons, wo möglich des ersten, nach Versailles überführt werden und unter gleichem Geleite die Standarten der Kavallerie-Regimenter. Im Ganzen wurden dem Kommandanten in Versailles, General v. Voigts-Rhetz, am 16. abends dreißig Offiziere, sechzig Unteroffiziere und siebenundzwanzig Fahnen und Standarten als Vertretung der Maas-Armee angemeldet. Allein die Kriegsereignisse gestatteten es nicht, diese Dispositionen in vollem Umfange auszuführen.*) Nach den Vorgängen der letzten Tage erschien gerade die nörd-

*) Vergl. Dr. Th. Toeche-Mittler, Die Kaiserproklamation von Versailles, Berlin 1896, S. 10 ff.

liche Einschließungslinie besonders gefährdet. Infolgedessen wurde im Einverständniß mit dem Großen Hauptquartier von den Sachsen und Württembergern sowie von dem IV. Korps kein Feldzeichen beordert, von der preußischen Garde nur die durchschossene Fahne des I. Bataillons vom 1. Garde-Regiment, von der König Wilhelm sagen durfte, daß sie ihn durch sein ganzes Leben begleitet habe.*) Der Kronprinz selbst fuhr am 17. mittags in Gesellschaft des Prinzen Georg nach Versailles; in seinem Gefolge befanden sich die persönlichen Adjutanten Generalmajor Prinz v. Schönburg-Waldenburg und Hauptmann Graf Vitzthum v. Eckstädt, nebst dem Adjutanten vom Oberkommando der Maas-Armee, Major v. Welck, und den Ordonnanzoffizieren v. Hinüber und Graf Arnim. Der Kommandirende des XII. Korps war von seinem Adjutanten, Rittmeister v. Ehrenstein**) begleitet, und die sächsische Deputation bestand aus dem Obersten Freiherrn v. Hausen, dem Rittmeister Schultze vom 2. Reiter-Regiment, dem Premierlieutenant Kirchhoff vom Leib-Grenadier-Regiment, dem Sekondlieutenant Wilsdorf von der Korps-Artillerie und dem Sekondlieutenant d'Elsa vom 2. Grenadier-Regiment.

Am Nachmittag des 17. nahmen die Prinzen das Mittagessen bei dem sächsischen Kriegsminister v. Fabrice ein, der seit Anfang Januar die schwierige und nicht immer dankbare Stellung eines Generalgouverneurs der Departements Seine und Oise bekleidete. Den Abend verbrachte der Feldherr der Maas-Armee mit Moltke und den Offizieren des Großen Generalstabes; den

*) L. Schneider, Aus dem Leben Kaiser Wilhelms, Berlin 1888, III, S. 154.

**) † als Generallieutenant a. D. und Königlicher Oberstallmeister am 31. Oktober 1899 in Sibyllenort.

hauptsächlichsten Stoff des Gespräches bildete der unmittelbar bevorstehende Geschützangriff auf St. Denis, über dessen Wichtigkeit, zumal wenn die Granaten erst bis in die nördlichen Stadtviertel von Paris fallen würden, nur eine Stimme herrschte. Noch vor dem Beginn der Ceremonie im Spiegelsaal des Schlosses von Versailles wurden die sächsischen Fürsten am 18. Januar morgens von König Wilhelm empfangen, der auch bei dieser Gelegenheit die Leistungen ihrer Landsleute rühmend hervorhob. Ueber die Festlichkeit ist soviel geschrieben worden, daß es selbst demjenigen, der Zeuge des weltgeschichtlichen Aktes war, schwer fällt, Neues zu sagen. Der Gesammteindruck des imposanten Bildes, den die Vereinigung aller Waffengattungen mit einem Wald von Fahnen als abschließendem Hintergrund darbot, wurde einigermaßen beeinträchtigt durch die unharmonischen Raumverhältnisse der „Galerie des glaces“, deren geringe Ausdehnung in der Breite eine übersichtliche Gruppirung verhinderte. Die nationale Bedeutung der Feier konnte in einer fast ausschließlich militärischen und überwiegend preußischen Versammlung nicht voll und ganz zur Erscheinung gelangen, einige Momente jedoch, namentlich die Anrede Wilhelms I. und das Hoch, das der Großherzog von Baden auf den Kaiser ausbrachte, waren von ergreifender Wirkung.

„Am 19. Januar,“ berichtet der Kronprinz dem König, „als ich mit Georg von Versailles abfuhr, unternahm Trochu einen großen Ausfall von Mont Valérien aus mit angeblich 100 000 Mann. Er wurde nach anfänglichen Erfolgen mit sehr großen Verlusten zurückgewiesen; die Franzosen scheinen große Erwartungen davon gehabt zu haben.“ Die Schlacht am Mont Valérien, durch welche das Deutsche Kaiserreich die Bluttaufe empfing, kostete dem Feinde 4000 Mann, während der Verlust

des V. Korps wenig über 600 Mann betrug. Zwei Tage später, am 21. Januar, begann die Beschießung von St. Denis. Der Kronprinz schreibt darüber am 24.: „Der Feind, der wohl die schwersten Geschütze an der Südfront hat, antwortete schwach; seine Vorposten hat er ganz zurückgezogen, so daß ich die meinigen bis nahe an die Werke schieben konnte, wo sie sich heute verschanzen. Darauf gestützt, werden nächstens vier Batterien bis auf 2000 Schritt herangebracht, so daß ich hoffe, bald mit den Werken fertig zu werden. Was dann weiter geschieht, hängt von der Lage der Dinge ab. Am liebsten wäre es mir, sie räumten den Ort freiwillig. Von dort könnte ich die Nordhälfte von Paris unter Feuer nehmen, was zusammen mit dem Feuer aus dem Süden wohl endlich wirken wird."

Die hier von dem Kronprinzen angedeuteten Maßregeln gelangten theilweise noch zur Ausführung. In der Nacht zum 25. Januar wurden die äußersten Posten so weit vorgeschoben, daß unter ihrem Schutze neue Batterien errichtet werden konnten, mit denen man bis auf 1500 Schritt an die Werke von St. Denis heranrückte. Als sie am 26. ihr Feuer eröffneten, fielen die Geschosse bis in die Vorstadt La Villette; ein großer Theil der Bewohner flüchtete nach Paris. Unzweifelhaft hat der Belagerungsangriff auf die Nordfront den Abschluß der Waffenstillstandsverhandlungen, die seit dem 23. abends im Gange waren, beschleunigt. Am Donnerstag den 26. Januar telegraphirte der Kronprinz aus Margency an das Generalkommando des XII. Korps: „Auf Allerhöchsten Befehl soll von heute Mitternacht ab bis auf Weiteres das Feuer der Belagerungsbatterien schweigen, vorausgesetzt, daß das feindliche Feuer auch schweigt."*)

*) Kriegstagebuch des Generalkommandos. Kriegsarchiv.

Kurz vor Mitternacht fielen auf deutscher und französischer Seite die letzten Schüsse.

Die Pariser hatten es außerordentlich eilig, mit den deutschen Vorposten in Verbindung zu treten. Bereits am 27. näherten sich unbewaffnete Trupps von Liniensoldaten, Mobil- und Nationalgarden den Feldwachen der Maas-Armee. Was sie hinaustrieb, war nicht bloß Neugierde, sondern sie zogen mit Hacken und Spaten heran, um den hart gefrorenen Boden nach etwa noch vorhandenen Erdfrüchten zu durchwühlen. Den Cernirungstruppen war die größte Aufmerksamkeit befohlen, denn die Unterzeichnung der Präliminarien zwischen Bismarck und Favre verzögerte sich bis zum 28. Januar. Seit Sonntag den 29. herrschte volle Waffenruhe. Um 4 Uhr morgens wurden die Bedingungen des Waffenstillstandes bekannt; gegen 10 Uhr überbrachte der Hauptmann vom Stabe der Maas-Armee, Edler v. der Planitz, nach Vert Galant den Befehl zur Uebernahme der Forts mit genauen Vorschriften des Kronprinzen über das dabei zu beobachtende Verfahren.

Mit der Versailler Konvention war der Kronprinz nicht in allen Punkten einverstanden. Am 30. Januar schreibt er seinem Vater: „Daß die Armee bewaffnet in Paris bleibt und dort binnen 14 Tagen desarmirt wird, scheint nicht ohne Bedenken. Der Waffenstillstand wird so eine Art engerer Cernirung in der Linie der Forts. Wir lassen Niemand heraus und hinein. Daß wir die Forts mit allem Material haben und die Pariser täglich nur für einen Tag verpflegt werden, ist das einzige Gegengewicht der etwas leichtsinnigen Geschichte. Denn wer sagt uns, daß die Provinz das Alles anerkennt? Die Gründe dazu sind ganz politisch, als das einzige Mittel, die jetzige Regierung zu erhalten, was bei strengeren Bedingungen nicht möglich gewesen

wäre. Mit dieser Regierung hofft Graf Bismarck Frieden zu schließen. Daß sie in Paris noch das Heft in Händen hat, zeigt, daß gestern wenigstens auf meiner Seite die Besitznahme der Forts ohne Anstand vor sich ging." An der Spitze der 7. Infanterie-Division Groß v. Schwarzhoff hielt der Kronprinz am 29. Januar seinen Einzug in St. Denis. „Die Leute sahen durchaus nicht unzufrieden aus," schreibt er; „sie sind froh, die Geschichte endlich los zu sein." Mit Hochrufen auf ihren König und unter den Klängen der Sachsenhymne besetzten die Truppen des XII. Korps die ihnen überwiesenen Forts Romainville, Noisy, Rosny und Nogent; doch wurde letzteres am 30. Januar der württembergischen Felddivision übergeben, die außerdem in die Redouten de Gravelle und La Faisanderie bei Vincennes einrückte.

Am 4. Februar besichtigte der Kronprinz in Begleitung des Prinzen Georg die von den Sachsen eingenommenen Festungswerke. Ueberall fand der Befehlshaber der Maas-Armee seine Truppen mit der Einrichtung der Forts zum Angriff auf die Stadtumwallung von Paris beschäftigt, denn zufolge der Weisungen des Großen Generalstabes sollte Alles in Bereitschaft gesetzt werden, um nach Ablauf des dreiwöchentlichen Stillstandes am 17. Februar die Feindseligkeiten wieder beginnen zu können, für den Fall, daß die Nationalversammlung sich weigern würde, die Friedensbedingungen anzunehmen. Die Nacht zum 5. Februar verbrachte der Kronprinz bei seinem Bruder in dem Hauptquartier von Vert Galant. Am nächsten Tage wurde ein gemeinsamer Ritt durch das Gehölz von Vincennes zu den Württembergern unternommen. Nach einer genauen Besichtigung des Schlachtfeldes von Champigny begaben sich die sächsischen Fürsten nach Villiers, wo General Obernitz sie bewirthete.

Wie das deutsche Heer vor Paris schlagfertig blieb, so wurde auch für eine Verstärkung der Truppen in den Provinzen Sorge getragen. „Alle militärischen Maßregeln“, heißt es in einem Briefe des Kronprinzen vom 15. Februar, „sollen nur zum Schrecken dienen. Von meiner Armee ist das IV. Korps nach Chartres, ebenso von der Dritten das V. Korps zu Fritz Carl gezogen, wohl auch nur, um den Franzosen zu zeigen, daß sie mit noch mehr Truppen zu thun hätten, wollten sie wieder anfangen.“ Mit großer Spannung hatte der Kronprinz die Parteikämpfe verfolgt, die den allgemeinen Wahlen vom 8. Februar voraufgingen. Den besten Anhaltspunkt für die Beurtheilung boten die zahlreichen Manifeste und Programme, die auch in den von den Deutschen besetzten Ortschaften durch öffentlichen Anschlag ungehindert verbreitet werden durften. Im näheren Umkreis von Paris überwog die rothe Republik, die durch leidenschaftliche Vorwürfe gegen die Regierungspartei ihre Rachegelüste schon damals zu erkennen gab. Zum Glück errang in den Provinzen die gemäßigte Partei den Sieg, so daß man den Verhandlungen der Konstituante mit einiger Ruhe entgegensehen konnte. Der am 18. gewählte Chef der Exekutivgewalt, Herr Thiers, erschien am 21. in Versailles zur Einleitung der Friedenstraktate. Die Waffenruhe wurde zunächst bis zum 24., dann bis zum 26. verlängert.

Während dieser Tage begab der Kronprinz sich nach Compiègne, um die Kavallerie-Division des Grafen Lippe wiederzusehen, die seit fünf Monaten von ihrem Korps getrennt gewesen war. „Ich fand sie in vortrefflichem Zustand und sehr gehobener Stimmung“, meldet er am 26. dem König. „Sehr schön ist dort die Einigkeit der drei Waffen, voller Anerkennung eine für die andere. Doch sind die Helden des Tages unter den Truppen

die Jäger, unter den Führern Hugo Senfft, den ich jünger und frischer fand wie je.*) — Heut Mitternacht läuft der »zum allerletzten Mal« verlängerte Waffenstillstand ab, ohne daß wir bis zur Stunde wissen, ob wir Krieg oder Frieden haben."

Die Präliminarien des Friedens wurden am 26. Februar 1871 nachmittags 6 Uhr in Versailles unterzeichnet. „Ein Frieden", schrieb Heinrich Abeken an jenem Sonntage, „gegen den der von 1815 verblaßt."**) Elsaß und ein Theil Lothringens mit Metz durch das deutsche Schwert wiedererrungen! Vom 1. März an bis zur Ratifikation hatten 30 000 Mann deutscher Truppen die von der Seine und der Stadtumwallung am Point du jour bis zum Eingang in den Tuileriengarten gelegenen Stadtquartiere von Paris zu besetzen. In drei sich ablösenden Staffeln sollten am 1., 3. und 5. März die an der Cernirung von Paris betheiligt gewesenen Truppen in die besiegte Hauptstadt einziehen; die Sachsen gehörten zur dritten Staffel.***) Daß die Wünsche der deutschen Offiziere durch diese Bestimmungen befriedigt worden wären, läßt sich nicht behaupten. Auch der Kronprinz, so sehr er in den Fragen der großen Politik mit Bismarck übereinstimmte, sah in der unvollständigen Besetzung von Paris eine zu weitgehende Rücksicht auf die Empfindlichkeit der Franzosen. Durch die rasche Entscheidung der Nationalversammlung, welche den Präliminarvertrag am 1. März mit 546 gegen 107 Stimmen annahm, sah sich der größere Theil der deutschen Armeen vor Paris von dem Einzuge ausgeschlossen.

*) Generalmajor Senfft von Pilsach führte die 2. Kavallerie-Brigade Nr. 24.

**) Heinrich Abeken, ein schlichtes Leben in bewegter Zeit, S. 512. Berlin, 1898. E. S. Mittler & Sohn.

***) Generalstabswerk, II, S. 1411.

Während seines fünfmonatlichen Aufenthaltes in Margency hatte Kronprinz Albert manche sorgenvolle und aufregende, aber auch manche heitere und gesellige Stunde verlebt. Durch seine Leutseligkeit im Umgange, seine auch in den schwersten Momenten sich niemals verleugnende Ruhe und Selbstbeherrschung war es ihm gelungen, jede Parteiung von dem Hauptquartier der Maas-Armee fernzuhalten; ob Sachse, Preuße oder Württemberger, jeder Offizier, der unter seinem Oberbefehl stand, diente ihm gern, denn zu der Achtung vor seinem Charakter und dem Vertrauen auf seine Führung gesellte sich bei Allen eine aufrichtige persönliche Verehrung. Von großem Einfluß auf die Festigung des Zusammenhaltes in dem Oberkommando war die unbedingte Uebereinstimmung, die zwischen dem Befehlshaber und dem Stabschef obwaltete. General v. Schlotheim, selbst eine entschlossene Natur und ein eifriger Vertreter der Moltkeschen Angriffstaktik, hatte bereits in den Tagen des Flankenmarsches gegen die Maas von der Sicherheit des Urtheils, die den Kronprinzen die noch wenig aufgeklärte Lage der Dinge richtig erkennen ließ, eine hohe Meinung gewonnen. Die Bedingungen für ein ersprießliches Zusammenwirken waren also vom ersten Augenblick an gegeben, und bei der unermüdlichen Arbeitskraft Schlotheims konnte es nicht fehlen, daß ihm mit der größten Anerkennung zugleich die Freundschaft und Dankbarkeit des Feldherrn zu Theil wurde. Ein schönes Zeugniß für das Verhältniß des Generals zu dem Prinzen liefert die folgende Stelle aus einem Brief Schlotheims an König Johann vom 27. Februar 1871: „Hocherfreut bin ich über das gütige Geschick gewesen, das mich diesen glorreichen und denkwürdigen Krieg an der Seite Seiner Königlichen Hoheit des Kronprinzen hat mitmachen lassen, da es mir dadurch vergönnt war, in engste Beziehung zu der Königlich

Sächsischen Armee zu treten, in der mein verstorbener Vater von 1792 bis 1813 gedient hat, und der er bis zu seinem Lebensende eine große Anhänglichkeit im Herzen bewahrte, — eine Anhänglichkeit, die der Sohn gewissermaßen ererbt hatte, die aber nach diesem Kriege sich in eine unauflösliche Waffenbrüderschaft verwandelt hat."*)

Der Kronprinz war, wie früher gezeigt, von Jugend auf ein Freund anregender Geselligkeit. So hielt er es auch in Margency; jeden Tag war offenes Haus für die Mitglieder des Stabes und für Alle, die dienstlich dort zu thun hatten. Nicht mit Unrecht nannte der Führer der Maas-Armee die von ihm bewohnte Villa „Das Hôtel zum Kronprinzen". Der dem Prinzen wie auch heute noch dem König nahe befreundete Prinz Georg von Schönburg-Waldenburg, der bis zum Waffenstillstand die Stelle eines Generaladjutanten versah, und der Adjutant Graf Vitzthum v. Eckstädt, der mit großer Umsicht für die materielle Verpflegung sorgte, machten die Honneurs. In zwangloser Unterhaltung wurden, oft bis zum späten Abend, die Ereignisse des Tages besprochen. Musikalische Vorträge waren sehr beliebt, und zum Beschluß folgte in der Regel das in den sächsisch-thüringischen Landen heimisch gewordene Skatspiel, an dem sich meist auch der Kronprinz betheiligte.

Bei der Parade, die der Kaiser über die als erste Staffel in Paris einziehenden Truppentheile der Dritten Armee am 1. März auf dem großen Rennplatz des Longchamp abhielt, befand sich der Kronprinz im Gefolge des obersten Kriegsherrn. Von dort ritt er mit den Truppen durch das Bois de Boulogne und den Triumphbogen nach Paris hinein. Wiederum auf dem

*) Hauptstaatsarchiv.

Longchamp versammelte sich am 3. März zur Heerschau die zweite Staffel, die nicht mehr zum Einzug gelangen sollte; das Gardekorps, die Garde-Landwehr-Division, das Königs-Grenadier-Regiment (2. westpreußisches) Nr. 7, die Festungs-Artillerie und die Festungs-Pioniere, im Ganzen 34 000 Mann. Ein in seiner Art einziges militärisches Ereigniß, denn es war in der langen Dienstzeit des Heldenkaisers das erste Mal, daß die Garde mit ihrer Landwehr in voller Kriegsstärke vor ihm vorüberzog.*) Diesmal führte der sächsische Thronfolger das Kommando. Die letzte Thätigkeit, die dem Kronprinzen in seiner Eigenschaft als Oberbefehlshaber der Maas-Armee oblag, führte ihn noch einmal auf das Schlachtfeld von Villiers und Champigny, wo das sächsische Korps, das I. bayerische Korps und die württembergische Division am 7. März zur Revue Aufstellung genommen hatten. An vielen Stellen sah man im Erdboden noch die Furchen, welche das Einschlagen der Granaten während der Kämpfe des 30. November und 2. Dezember aufgewühlt hatte. Von den Sachsen standen 28 Bataillone, jedes zu 500 Mann, das 1. und 2. Reiter-Regiment, sechs Fußbatterien, die 2. und 4. Pionier-Kompagnie und einige Abtheilungen der Sanitätsdetachements und der Trains in der Front. Bei der Ankunft des Kaisers wurde auf den Kommandoruf des Kronprinzen „im Ganzen" präsentirt und ein dreimaliges Hurrah ausgebracht. In dem hellen Sonnenschein eines warmen Frühlingstages blitzten die Uniformen; die Haltung und Erscheinung der Truppen waren so tadellos, daß das kritischste Auge keine Spuren der überstandenen Anstrengungen wahrnehmen konnte. Es war für den Kronprinzen Albert einer der schönsten

*) L. Schneider II, S. 200.

und unvergeßlichsten Momente seines Lebens, als Kaiser Wilhelm mit bewegter Stimme und mit würdevoller Herzlichkeit noch einmal seine Dankesworte an ihn richtete. „An den Erfolgen der deutschen Waffen", sagte der Kaiser, „haben Eure Königliche Hoheit als Korps- und Armeekommandeur, unterstützt von Ihrem Königlichen Bruder Georg, einen ebenso großen als wirksamen Antheil genommen. Möge Ihnen und den kommandirenden Generalen v. der Tann und v. Obernitz Mein Händedruck Meinen Dank und Meine volle Anerkennung aussprechen. Leben Sie Alle wohl, bis zum Wiedersehen in deutscher Heimath!"

Tags darauf verließ das sächsische Korps die Stellungen vor Paris, die es fast sechs Monate hindurch, seit dem 18. September, inne gehabt hatte. Das 6. Infanterie-Regiment Nr. 105 trat den Marsch nach den ihm angewiesenen Garnisonen in Straßburg und Schlettstadt an, ein Theil der Festungs-Artillerie zog nach Metz, das Gros wurde in die Departements der Aisne und der Ardennen verlegt, mit dem Hauptquartier in Laon. Dem Kronprinzen wurde der Oberbefehl über die gesammte Heeresmacht übertragen, die bis zur Abzahlung der ersten halben Milliarde die um Paris gelegenen Landestheile, rechts von dem Seineflusse, zu besetzen hatte. Von der Maas-Armee, deren Auflösung am 14. März erfolgte, verblieben ihm die Garde und das IV. Korps; dazu traten von der bisherigen Dritten Armee an preußischen Truppentheilen das VI. und XI. Korps, die 4. und 5. Kavallerie-Division nebst der Festungs-Artillerie und die beiden bayerischen Korps.

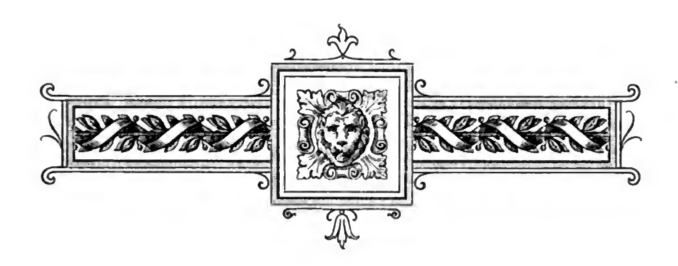
Von seinen Waffengefährten der Maas-Armee verabschiedete sich der Kronprinz am 3. März in einem Tagesbefehl, in dem er ihnen für ihre Hingebung und todesmuthige Tapferkeit

dankte.*) Mit gerechtem Stolz durfte er hervorheben, daß die Maas-Armee die feindliche Hauptstadt mit eisernem Arme umschlungen, keinen Fuß breit Erde der von Anfang an besetzten Linie dem Feinde überlassen und von den Höhen von Villiers über den vorgeschobenen Posten von Le Bourget bis zum Fuße des Valérien unvergängliche Denkmale dem Heldenmuth ihrer Söhne errichtet habe. Den braven gefallenen Brüdern widmete er ein ehrendes Gedächtniß.

So sehr er das ihm anvertraute neue Kommando zu schätzen wußte, — am liebsten wäre der Prinz sogleich zu den Beschäftigungen des Friedens in die Heimath zurückgekehrt. Die militärische Pflicht gebot es anders, aber wenigstens die kurze Spanne Zeit, während deren die Truppen vor Paris ihre Neuaufstellung vollzogen, benutzte er, um in die Arme der Seinigen zu eilen.

*) Der Wortlaut bei Schurig, a. a. O. S. 387.





Achtes Kapitel.

Noch einmal vor Paris. Letzte Regierungsjahre des Königs Johann.

Tag für Tag, Stunde um Stunde, war König Johann während des deutsch-französischen Krieges den Thaten seiner Sachsen gefolgt auf all ihren Wegen durch Feindesland, über die Schlachtfelder bei Metz und an der Maas, die blutgetränkten Stätten zwischen Marne und Seine. Wenn auch räumlich von ihnen getrennt, lebte und webte, dachte und fühlte der König unaufhörlich mit den Söhnen seines Landes und seines Hauses, die draußen im Felde standen. Auf seinem Arbeitstische lagen die Karten und Pläne ausgebreitet, die er so sorgfältig mit eigenhändigen Bemerkungen versah, daß jede Stellung der Vorposten, der Feldwachen und der Batterien auf der sächsischen Linie vor Paris seinem staunenswerthen Gedächtniß gegenwärtig war.

Alle geräuschvollen Festlichkeiten waren vom Hofe verbannt, und auch die Einwohnerschaft der Residenz lebte stiller und zurückgezogener als sonst. Den Sommer 1870 brachte der König mit

seiner Gemahlin in Pillnitz zu, — die Königin in der Sorge um ihre Söhne manchen Schwankungen der Gesundheit unterworfen, — die Prinzessin Georg verweilte mit ihren Kindern in dem nahe gelegenen Hosterwitz; im Herbst war die ganze Familie mehrere Wochen hindurch in Schloß Weesenstein vereinigt. Dazu gesellte sich wenige Tage nach dem Tode der Prinzessin Amalie die Enkelin des Königspaares, Tochter des Herzogs Karl Theodor in Bayern, die den Namen der Verstorbenen trug;*) später, nachdem am 3. November die Winterresidenz in Dresden bezogen, die Königin-Wittwe Elisabeth von Preußen, die Erbprinzessin von Hohenzollern, und zur Weihnachtszeit der Prinz von Wasa.

An den großen Aufgaben der freiwilligen Hülfsthätigkeit betheiligte sich das ganze Land. Von allen Seiten strömten die Liebesgaben nach dem alten Max-Palais, in welchem unter der Leitung der Kronprinzessin der Albert-Verein sein Hauptdepot errichtet hatte; hier wurden die Verbandmittel nach den Esmarch-schen Modellen angefertigt, und viele Centner von Charpie, ein ganzes Arsenal von Wäschestücken aller Art entstanden unter den fleißigen Händen der Damen. Ein ausgedehntes Feld für die eigenste Wirksamkeit der Gemahlin des Prinzen Albert bildeten die Reserve-Lazarethe in Dresden, Leipzig, Chemnitz, Zittau und Großenhain, die sie häufig aufsuchte.**) Aber auch mit den weiblichen Pflegerinnen, die auf den Kriegsschauplatz entsandt waren, blieb die Fürstin in steter Verbindung; sie hatte die Freude, daß gerade eine Albertinerin, Marie Simon, sich bei dem Wettstreit des deutschen Rothen Kreuzes in Frankreich besonders auszeichnete; eine zweite Miß Nightingale, folgte diese

*) Vergl. S. 216.

**) Vergl. Dr. Julius Naundorff, Der Albert-Verein, seine Entstehung und Entwickelung. Dresden 1892, S. 57 ff.

sächsische Frau den Truppen ihrer Heimath von Marie aux Chênes bis in die Nähe von Paris, wo sie in Lagny, dem verkehrsreichsten Etappenorte der Cernirungsarmeen, mit durchgreifender Energie eine mustergültige Station für Pflege und Transport der Verwundeten einrichtete.

Als dann der Krieg ausgerungen war, und einige Tage nach dem Abschluß der Präliminarien, am 2. März, die erbeuteten französischen Geschütze und Trophäen im Triumphzuge am Schloß vorbei nach dem Zwinger geführt wurden, brach auch in Dresden der Siegesjubel in vollen Zügen aus. Am 4. abends brachten die Studirenden des Polytechnikums und der Akademie dem König einen Fackelzug. Am 5. März mittags, nach einer städtischen Feier auf dem Altmarkte, veranstalteten die Gewerke einen festlichen Aufzug mit ihren Fahnen und Emblemen, und bis in die späte Nacht erstrahlte die Stadt im Glanze einer allgemeinen Beleuchtung. Unverhofft, aber zur Freude der ganzen Bürgerschaft, brachten die Zeitungen am 8. die erste Nachricht von der bevorstehenden Ankunft des Kronprinzen.

In Begleitung seiner Gemahlin, die ihm bis Weißenfels entgegen gefahren war, traf der siegreiche Feldherr am 11. März abends nach 7 Uhr in Leipzig ein, mit ihm sein getreuer Kamerad von der Maas-Armee, der jüngere Prinz Albrecht von Preußen. Die ganze Stadt hatte sich in ein festliches Gewand gehüllt; namentlich die Straßen vom Thüringer Bahnhofe bis zum Schloß prangten im Schmucke der Ehrenpforten und Blumengewinde; auf dem Platz vor der Residenz vereinigten sich die Männerchöre des Leipziger Sängerbundes zu einer Serenade. Am Sonntag, den 12. März mittags begrüßte in Riesa der König den heimkehrenden Sohn; für Beide ein Moment überströmender Gefühle. In Dresden hatten sich auf dem Bahnhof die Staatsbeamten,



das diplomatische Korps, die Spitzen der Stadt, der ganze Hof zum Empfang eingefunden. Als der Oberbürgermeister Pfotenhauer der ruhmvollen Heeresführung des Kronprinzen gedachte, erwiderte dieser: aller Ruhm, alle Ehre, alles Verdienst gebühre nicht ihm, sondern der Ausdauer, Tapferkeit und Mannszucht der deutschen Truppen. In dem Augenblick, in welchem der Kronprinz und die Kronprinzessin den Wagen zum Einzuge in die Stadt bestiegen, traten die Ehrenjungfrauen heran, um sie mit einem wahren Blumenregen zu überschütten. Unter Vorritt eines Trompeterkorps und einer Kavalkade von Bürgern und Forstbeamten wurde der Weg zum Schlosse zurückgelegt, wo die Königin Amalie ihren Sohn mit mütterlicher Zärtlichkeit aufnahm.

Da der Kronprinz am 18. März den Oberbefehl über die Truppenkorps vor Paris, die jetzt den Verband der Dritten Armeen bildeten, übernehmen sollte, mußte er bereits am 14. seine Vaterstadt wieder verlassen. Diesmal reiste er nicht allein, denn seine Gemahlin hatte sich entschlossen, ihm nach Frankreich zu folgen. Die „belle France“ zeigte den Reisenden ein recht unfreundliches Antlitz; Lothringen und die Champagne lagen in tiefem Schnee, und auch der erste Eindruck des Hauptquartiers in Compiègne wirkte nicht gerade berauschend. Die glänzenden Räume des von Ludwig XV. erbauten Schlosses waren mehr für den Aufenthalt im Sommer als in der rauhen Jahreszeit geeignet. Die Kronprinzessin fühlte sich nicht gleich heimisch; auch der Kronprinz schreibt in dem ersten Brief an seinen Vater am 22. März: „Nach den drei Tagen in Dresden wird es mir doppelt schwer; Euere viele Liebe und Güte hatte mir den Aufenthalt zu sehr versüßt.“

Ein außerordentlich zahlreiches Gefolge umgab den Oberbefehlshaber, denn zu dem Stabe der Maas-Armee war ein

großer Theil des Hauptquartiers der Dritten Armee hinzugetreten, an der Spitze desselben der vielbewährte Quartiermeister des Kronprinzen von Preußen, Oberst v. Gottberg, der spätere Militär-Gouverneur des Prinzen Wilhelm, des jetzigen Kaisers. Die Leitung des Stabes verblieb dem Generalmajor v. Schlotheim. Die anfängliche Befürchtung des Kronprinzen, daß es ihm an Beschäftigung fehlen würde, sollte bald verschwinden; am Tage seiner Ankunft in Compiègne, 18. März, begannen in Paris die Kämpfe der Kommune unter den ungünstigsten Aussichten für die Autorität des Herrn Thiers. „Das Traurigste", schreibt der Prinz am 22., „ist das theilweise Uebergehen der Truppen, die dasselbe dazu benutzen, um ihre Waffen zu verkaufen und scharenweise nach Hause zu laufen." *)

Die politischen Verhandlungen mit der französischen Republik lagen seit Bismarcks Rückkehr nach Berlin in den Händen des zu diesem Zwecke mit seiner Stellvertretung beauftragten Generals v. Fabrice, der als Generalgouverneur der nördlichen Provinzen seinen Sitz in Rouen aufgeschlagen hatte. Immerhin ein merkwürdiges Zusammentreffen, daß während der ganzen Zeit des Kommune-Aufstandes die höchste Militär- und die höchste Civilgewalt im Norden von Frankreich durch einen Prinzen des sächsischen Königshauses und einen sächsischen General vertreten waren. Es wäre den Deutschen ein Leichtes gewesen, den Aufstand in Paris mit Gewalt zu unterdrücken, wenn nicht gewichtige Gründe sie von einer aktiven Theilnahme zu Gunsten der Machthaber in Versailles zurückgehalten hätte. Wie Moltke mit Recht bemerkt,**) würde eine Regierung, die durch die Macht der

*) Die Thatsache wird bestätigt durch Jules Simon, Le gouvernement de M. Thiers. Paris 1878, I, S. 233.

**) Deutsch-französischer Krieg, S. 411.

fremden Bajonette in ihre Rechte eingesetzt worden wäre, in den Augen der Franzosen von vornherein verloren gewesen sein. Andererseits aber mußte den deutschen Mächten daran liegen, die bestehende Regierungsgewalt, die sich für die Ausführung der mit ihr vereinbarten Friedenspräliminarien verpflichtet hatte, aus dem Kampfe siegreich hervorgehen zu sehen, und außerdem geboten die Rücksichten der Civilisation, das Machtbereich der Kommune, die durch die Massakrirung der Generale Clément Thomas und Lecomte vom ersten Tage an in eine Schreckensherrschaft ausgeartet war, nicht über die Grenzen von Paris hinaus anschwellen zu lassen.

Für den Kronprinzen kam es vor Allem darauf an, die von den deutschen Truppen eingenommenen Positionen zu behaupten, und dazu glaubte er mit den 200 000 Mann, die unter seinem Oberbefehl standen und die in zwei Tagen vor Paris versammelt sein konnten,*) jeden Augenblick in der Lage zu sein. Infolge der Nachrichten über die Meutereien auf dem Montmartre und in den nördlichen Vorstädten unterblieb die auf den 19. März festgesetzte Räumung der Forts Aubervilliers und de l'Est; der Führer der ersten Garde-Division in St. Denis, Generalleutnant v. Pape, verstärkte vielmehr die Besatzung in dem dicht an La Villette heranreichenden Dorfe Aubervilliers, wie denn überhaupt in den nächsten Tagen noch an anderen Stellen zur engsten Cernirung der Stadt die Vorposten näher an die Enceinte heranrücken mußten.**) Um über seine Absichten keinen Zweifel be-

*) Generalstabswerk II, S. 1422.

**) Vergl. das dem König Albert gewidmete Werk des Generals A. v. Holleben: Die Pariser Kommune 1871 unter den Augen der deutschen Truppen, S. 46, 49. Berlin 1897. E. S. Mittler & Sohn. — Eine weitere Quelle für die folgende Darstellung bilden die Akten des Großen Generalstabes.

stehen zu lassen, sandte der Kronprinz nach einer ihm zugegangenen Weisung Moltkes am 21. März durch Parlamentär „an den jeweiligen Kommandanten von Paris" ein Schreiben, in welchem er ankündigte, daß die deutschen Truppen sich auch fernerhin „friedlich und vollständig passiv" verhalten würden, insofern nicht Unternehmungen stattfänden, welche die Sicherheit der deutschen Stellungen gefährdeten; träte dieser Fall ein, so würde die Stadt Paris feindselig behandelt werden. Das revolutionäre Central-Komitee trieb mit dieser Kundmachung einen schnöden Mißbrauch, indem es bei der Veröffentlichung derselben das Wort friedlich mit „freundschaftlich" übersetzte. Durch diese Fälschung sollte bei der Bürgerschaft, von der ein großer Theil den Terrorismus der Kommune nur nothgedrungen über sich ergehen ließ, der Schein erweckt werden, als ob die deutsche Truppenmacht geneigt sei, den faktischen Zustand in Paris anzuerkennen.

Im Uebrigen hüteten sich die aufrührerischen Nationalgarden, mit den Deutschen handgemein zu werden. Der Kronprinz berichtet am 30. März seinem Vater: „Hier leben wir jetzt in voller Friedensruhe. Die Besorgniß, die Pariser Ereignisse könnten störend auf uns wirken, hat sich gegenwärtig verzogen. Ich glaube, es war von Anfang an nichts zu befürchten, da sogar die Empörer auf dem Montmartre sich sagen mußten, wie gefährlich es sei, mit uns anzubinden." Inzwischen hatte der Präsident der Republik, belehrt durch die Erfahrungen des 18. März, bei der deutschen Regierung die Erlaubniß nachgesucht, den Bestand der regulären Armee von Paris, der nach den Präliminarien 40000 Mann nicht überschreiten sollte, auf das Doppelte zu erhöhen. Zwischen dem General Fabrice und den Bevollmächtigten des französischen Gouvernements, dem Finanzminister Pouyer-Quertier und dem General Valdan, wurde in

Rouen am 28. März eine Konvention geschlossen, nach welcher zur Verstärkung der Armee von Versailles auf 80 000 Mann hauptsächlich die in die Heimath zurückkehrenden Kriegsgefangenen herangezogen werden sollten. Bei seiner Zustimmung zu diesem Abkommen ging Bismarck von der Voraussetzung aus, daß die Regierungstruppen in kürzester Frist die Offensive ergreifen würden; die Abgesandten des Herrn Thiers wiesen jedoch auf die Unmöglichkeit hin, vor Ablauf von drei bis vier Wochen eine schlagfertige Armee ins Feld zu stellen.

Die Entwickelung schien sich anders gestalten zu sollen, da die Kommune am 2. April gegen Versailles vorging. Bei Courbevoie und Neuilly wurden die Nationalgarden zurückgeworfen, und auch am 3. mißglückte ein umfassender Angriff, den sie in westlicher Richtung auf Rueil und Bougival, in südwestlicher auf Meudon und Plessis-Piquet unternahmen; einer der Hauptführer der sozialistischen Bewegung, Flourens, fand dabei den Tod. Am 4. April verdrängten die Regierungstruppen die Aufständischen von der Hochebene von Châtillon und besetzten diese für die Vertheidigung von Versailles wichtige Position. Die deutschen Vorposten konnten die Gefechte von ihren Stellungen beobachten; außerdem erhielt der Kronprinz Nachrichten von Fabrice, den Jules Favre von den Erfolgen der Versailler in Kenntniß setzte. Um für alle Fälle gerüstet zu sein, befahl der Führer der Dritten Armee am 2. April die Verproviantirung der noch in den Händen der Deutschen befindlichen Forts auf der Ost- und Nordseite von Paris. Der Kronprinz, der in den Ereignissen der letzten Tage eine günstigere Wendung für die Sache der Republik erblickte, schreibt am 7. April: „Da die Insurgenten selbst angefangen haben, so ist der Termin, den sich Thiers zum Einschreiten gegen Paris gestellt hatte, um beinahe

14 Tage verfrüht, und da die Truppen sich schlagen, was die Pariser nicht gedacht haben, so glaube ich jetzt eher an eine Beschleunigung unseres Fortgehens als umgekehrt. Einen eigenthümlichen Eindruck macht es uns doch, von Gefechten an Orten zu hören, die uns als eigene Gefechtsfelder so geläufig waren."

Die Krisis, die in Compiègne erwartet wurde, trat zunächst nicht ein. Auf der Höhe von Châtillon angelangt, vermochten die Regierungstruppen zwar mit Hülfe der während der Cernirung von Paris im Umkreis der Dritten Armee geschaffenen Vertheidigungsstellungen, die sie vielfach benutzten, die Vorbereitungen für einen regulären Angriff zu treffen, auch gelang es ihnen am 10. April, durch Einnahme von Asnières die Deckung von Versailles zu vervollständigen, aber zu einem Sturm auf die Südforts, Issy und Vanves, die von den Kommunisten besetzt waren, fühlten sie sich einstweilen nicht stark genug. Die militärischen Operationen geriethen in einen bedenklichen Stillstand. „Die Sachen vor Paris", schreibt der Kronprinz seinem Vater am 18. April, „sind in ein langwieriges Stadium getreten. Beide Theile stehen sich gegenüber wie zwei bissige Hunde, die sich nicht recht aneinander getrauen; das Knurren vertritt hier ein permanentes, aber, wie es mir scheint, nicht sehr gefährliches Schießen. Gestern haben die Versailler endlich Asnières genommen und sind so Herren der ganzen Halbinsel Gennevilliers geworden. Aber was dann? Ich glaube, es liegt im allgemeinen Interesse, zu verhindern, daß sich der Zustand konsolidire, um so mehr als alle Führer der sogenannten Internationale in Paris sein sollen."

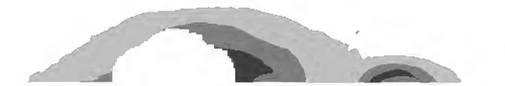
Noch ungünstiger als der Oberbefehlshaber der Dritten Armee beurtheilte Fabrice, der zur Beschleunigung des Verkehrs mit Versailles am 13. April nach Soisy bei St. Denis über-

gesiedelt war, die augenblickliche Lage. In einem seiner Berichte an den König, vom 18. April, äußerte er: „Abgesehen davon, ob die vorhandenen militärischen Kräfte zur Durchführung eines ernsten Angriffs auf Paris ausreichen oder nicht, läßt sich bis jetzt auch die Absicht eines solchen Angriffs bezweifeln, während dagegen außer Zweifel steht, daß noch Wochen vergehen können bevor eine Entscheidung nur versucht wird, geschweige denn eintritt.“*)

Das sicherste Mittel zu einer raschen Beendigung des unheilvollen Parteikampfes wäre nach der Meinung des Kronprinzen die Absperrung der Hauptstadt von jeder Zufuhr gewesen. In einem Briefe vom 17. April trug er seine Ansicht dem Chef des Großen Generalstabes vor. Nichts lag ihm dabei ferner als eine Betheiligung der deutschen Truppen zu Gunsten der französischen Staatsgewalt, „es wäre um jeden Mann schade, den wir daransetzen“, schrieb er; seine Hoffnung war vielmehr, daß die Pariser durch die vorgeschlagene Maßregel in kürzester Frist zur Besinnung gebracht werden würden.**) Moltke theilte diese Anschauung, und auch Bismarck war anfangs für die Absperrung gewesen. Dann aber regten sich in ihm politische Bedenken. In einer Sitzung des Reichstages vom 24. April wies er mit überzeugender Dialektik nach, daß durch die freiwillige Unterstützung der Deutschen den Versaillern der größte Gefallen geschehen würde. „Man würde“, sagte er, „nach französischer Art rasch bereit sein, alle Uebel der Situation auf die Einmischung des Auslandes zu schieben.“ Etwas Anderes war es, wenn die französische Exekutivgewalt aus eigenem Antriebe die Absperrung

*) Hauptstaatsarchiv.

**) Das Schreiben des Kronprinzen und die Antwort Moltkes sind veröffentlicht in der Militärischen Korrespondenz des Feldmarschalls, S. 707 ff.



über Paris verhängte, und dazu trieb denn auch die Macht der Verhältnisse. Als der Kronprinz, um seiner Gemahlin „sein altes Hauptquartier“ Margency zu zeigen, am 19. April in die Gegend von St. Denis und Soisy kam, hatte er ein zufälliges Zusammentreffen mit Pouyer-Quertier. Dies gab ihm Gelegenheit, vor dem Vertreter der Versailler Regierung seine militärischen Rathschläge zu entwickeln; wenige Tage später, am 25., erließ Thiers ein Rundschreiben, welches die Zuführung von Lebensmitteln nach Paris untersagte.*)

Mit dem Eintritt des Frühlingswetters war der Aufenthalt in Compiègne behaglicher geworden. Das dortige Leben verlief in ziemlich gleichmäßigem Tempo. In den Vormittagsstunden nahm der Kronprinz in Gegenwart Schlotheims und Gottbergs die Vorträge der Abtheilungschefs entgegen; viel Zeit beanspruchte dabei die umfangreiche Korrespondenz mit Berlin und mit dem Generalgouvernement in Soisy. An dem Frühstück um 12 Uhr und an der Mittagsmahlzeit zwischen 6 und 7 betheiligte sich die Kronprinzessin, deren Gefolge aus der Oberhofmeisterin Gräfin v. Wallwitz und dem Hofmarschall Major Senfft v. Pilsach bestand. Nachmittags wurden Fahrten in die Umgegend unternommen, am häufigsten nach Schloß Pierrefonds, der Lieblingsstätte Napoleons III., zur Unterhaltung am Abend dienten Gesellschaftsspiele. An Gästen fehlte es nicht. Prinz Georg und Gemahlin, die in Laon residirten, statteten am 20. April einen Besuch in Compiègne ab und verabredeten mit ihren Verwandten einen Ausflug nach Rouen, Amiens und Dieppe, der auch in den Tagen vom 29. April bis 2. Mai zur Ausführung kam.

Zum ersten Male seit dem schleswig-holsteinischen Feldzuge von 1849 feierte der sächsische Thronfolger im Jahre 1871 seinen

*) Vergl. v. Holleben a. a. O. S. 185.

Geburtstag fern von der Heimath. Im Namen der Offiziere des Hauptquartiers sprach der Senior, Generalleutnant v. Herkt, Inspekteur der 3. Artillerie-Inspektion, die Glückwünsche aus; mittags erschien Prinz August von Württemberg mit zahlreichen Deputationen der einzelnen Truppentheile; aus München traf ein Telegramm Ludwigs II. ein. Im Mittelpunkt der festlichen Veranstaltungen stand eine von preußischen und sächsischen Offizieren gerittene Quadrille auf der Avenue Napoleon. Beim Festmahl toastete der Kommandeur der 5. Kavallerie-Division, Generalleutnant v. Rheinbaben, auf den Führer der Dritten Armee; abends war Zapfenstreich und Feuerwerk.

Mit Bismarck stand der Kronprinz auch in dieser Zeit in lebhaftem Schriftwechsel. Es war für ihn nicht immer ganz leicht, dem wechselnden Kurs der Politik des Reichskanzlers zu folgen. Im Ganzen war Bismarck geneigt, das Thiersche Regime zu stützen, aber die mangelnde Thatkraft des Chefs der Exekutivgewalt und die unregelmäßige Innehaltung der Termine für die Zahlung der Verpflegungsgelder hatte ihn in eine gereizte Stimmung versetzt. Als der Kronprinz meldete, daß der Kriegsminister der Kommune, Cluseret, sich erboten habe, sofort eine halbe Milliarde zu zahlen, wenn man mit ihm unterhandeln wollte, schien der Kanzler nicht abgeneigt, darauf einzugehen. Der Kronprinz konnte in diesem Falle „seinem alten Freunde“, wie er Bismarck seit 1870 zu nennen pflegte, nicht beistimmen: am 27. April schreibt er dem König: „Mich beschäftigt oft der Gedanke, ob Bismarck das Gouvernement Thiers stürzen will oder nicht? Ersteres schiene mir doch ein Fehler, denn es hieße uns ad indefinitum hier zu fesseln, was ich für die Armee und ihren Geist nicht für nützlich halte.“

Auf Anordnung Bismarcks fand am 26. April in Fort

Aubervilliers eine Besprechung zwischen dem diplomatischen Beirath Fabrices, Herrn v. Holstein, und Cluseret statt. Zunächst handelte es sich um die Freigebung des als Geisel in Gefangenschaft gehaltenen Erzbischofs von Paris, Monsignore Darboy, an dessen Schicksal auch der Kronprinz den größten Antheil nahm. Cluseret, der trotz aller politischen Utopien als ehemaliger Schüler von St. Cyr und aus seinem langen Kriegsleben Erfahrung genug besaß, um sich über die Unzulänglichkeit der kommunistischen Streitkräfte nicht zu täuschen, versprach bei dem Wohlfahrtsausschuß für die Sicherung des Erzbischofs wirken zu wollen. Außerdem aber bemühte er sich noch in ganz anderer Richtung um eine Annäherung an die Deutschen; er sprach den Wunsch aus, daß das Generalgouvernement die Vermittelung zwischen Versailles und Paris übernehmen möge. Die Bedingungen, die er dabei stellte, waren: die Regierungstruppen dürften die Stadt nicht betreten, und die kommunale Freiheit von Paris müsse in vollem Umfange anerkannt werden, damit die Wiederkehr ähnlicher Zustände, wie sie unter den Kaiserlichen Polizeipräfekten Haußmann und Pietri geherrscht hätten, ausgeschlossen sei.*) Noch bevor diese Anerbietungen durch Fabrice in Versailles zur Mittheilung gelangten, wußte man dort von den Verhandlungen des deutschen Heerlagers mit Cluseret, der übrigens wenige Tage darauf seiner Stellung enthoben wurde. Die Schwäche des französischen Gouvernements schien plötzlich geschwunden, und dieser moralische Effekt war es wohl, was Bismarck beabsichtigt hatte. Jules Favre eilte nach Soisy, betheuerte im Namen von Thiers den festen Entschluß, der Revolution in Paris ein Ende zu machen,

*) Als Quelle diente ein von dem Adjutanten v. Fabrices, Leutnant der sächsischen Gardereiter, v. Hinüber, verfaßtes Tagebuch, dessen Mittheilung der Verfasser dem General z. D. Schurig verdankt.

und sagte mit dem ihm eigenthümlichen Pathos der Rednerbühne: „Deutschland übernimmt die Verantwortung vor Europa; es muß klar werden, ob man die Kommune oder die Regierung stützen will.“ Um jeden Zweifel an seinen Gesinnungen zu beseitigen, richtete Favre an Fabrice die Bitte, ihm Gelegenheit zu einer Unterredung mit dem Reichskanzler zu verschaffen.

Sehr befriedigt von den kunsthistorischen Sehenswürdigkeiten in Rouen und Amiens und erfrischt durch eine Seefahrt, die er mit seiner Gemahlin von Dieppe aus unternommen hatte, kehrte der Kronprinz am 3. Mai nach Compiègne zurück. Am 5. schreibt er nach Dresden: „Das Interessanteste ist, daß Jules Favre gestern durch St. Denis nach Frankfurt reiste, um Bismarck zu sprechen.“ Die erste Kunde von dem raschen Erfolg der Friedensverhandlungen brachte am 9. Mai abends eine Depesche des Reichskanzlers, welche lautete: „Werde den Frieden wahrscheinlich morgen abschließen; Paris soll dann von uns abgesperrt, der Nordangriff gestattet und die Desarmirung der Enceinte verlangt werden.“

Aus diesen Worten Bismarcks erhellte, daß Favre bei den Verhandlungen in Frankfurt es für nöthig gehalten hatte, die Mitwirkung der deutschen Truppenmacht für die Offensive gegen Paris in Anspruch zu nehmen. Näheres hierüber enthielt die Ordre, die Moltke ebenfalls am 9. abends telegraphisch dem Kronprinzen übermittelte. Danach hatte Bismarck zur Beschleunigung des Definitivfriedens die Absperrung aller Verbindungen mit Paris, den Durchmarsch der Regierungstruppen durch die diesseitigen Linien auf der Nordseite und eine Eröffnung an die Kommune zugesagt, nach welcher die Armirung der Enceinte auf der den Deutschen zugewandten Front, unter Androhung des sofort zu eröffnenden Artilleriefeuers, verboten werden sollte.

Der Kronprinz wurde ferner ermächtigt, einer etwaigen Verfolgung der Versailler durch die deutschen Linien nach abgeschlagenem Angriff mit allen Waffen entgegenzutreten. Die Ausführung dieser Maßregeln wurde in Berlin weiterer Entscheidung vorbehalten, doch sollte eine engere Konzentration der Dritten Armee schon jetzt vorgenommen werden.

Dem Kronprinzen erschien es unerläßlich, zunächst einen vollständigen Ueberblick über die Pläne Mac Mahons zu erlangen, der seit dem 6. April mit der Führung der französischen Truppen beauftragt war. Zu diesem Zwecke wurde am 11. Mai in Soisy eine Konferenz zwischen dem Stabschef des Herzogs von Magenta, General Borel, dem General v. Schlotheim und einem Offizier des sächsischen Generalstabes, Major Schweingel, veranstaltet. Die Absicht des Marschalls war allerdings, mit dem Hauptangriff auf den Südwesten von Paris einen Nebenangriff im Norden zu verbinden und im Hinblick hierauf sich von dem Oberkommando des Kronprinzen die Erlaubniß zur Versammlung von zehn- bis zwanzigtausend Mann im Umkreis der deutschen Stellungen, theils bei Epinay, theils bei St. Denis, zu erbitten; dagegen hielt Mac Mahon die von Favre in Frankfurt beantragten Zugeständnisse nicht für nothwendig, sondern hoffte, im Verlauf von acht Tagen, also bis zum 18. Mai, den Kampf ohne fremde Hülfe durchführen zu können. General Borel bat sogar ausdrücklich um Unterlassung der Sommation an die Kommune, weil dadurch die beabsichtigte „surprise“ des Nordangriffs vereitelt werden könnte. Freilich stellte sich dabei heraus, daß der Oberbefehlshaber der Regierungstruppen bis zur Stunde nur eine unvollkommene Kenntniß von den Vertheidigungsanstalten der Kommune besaß, denn manche Mittheilungen, welche Schlotheim aus eigenen Beobachtungen zu

machen im Stande war, wirkten überraschend auf den Bevollmächtigten Mac Mahons. Borel selbst bemerkte, der Angriff werde jetzt wohl einige Veränderungen erfahren müssen.

Dem sächsischen Feldherrn waren die Ergebnisse der Besprechung in Soisy sehr erwünscht, denn seiner Beurtheilung der Sachlage widerstrebte die Theilnahme der deutschen Truppen. Eine weitere Ordre Moltkes vom 11. Mai, die den ausdrücklichen Wunsch des Kaisers Wilhelm enthielt, die Deutschen nicht in die Straßenkämpfe von Paris zu verwickeln, konnte ihn in seiner Auffassung nur bestärken. Der Kronprinz nahm daher einstweilen von einer Konzentration der Dritten Armee Abstand und beleuchtete die dafür maßgebenden Gründe in einem Telegramm vom 14. abends,*) dem ein ausführlicher Bericht an Moltke folgte. „Den Wünschen der französischen Regierung entsprechend", sagte er, „glaube ich zunächst Alles vermeiden zu müssen, was die Insurgenten auf die Nordfront aufmerksam machen und das Gelingen des Ueberfalls gefährden könnte. Gleichzeitig scheint es aber auch geboten, unseren Truppen möglichst alle zufälligen Verluste zu ersparen, welche eintreten können, wenn die Insurgenten nach abgeschlagenem Angriff Geschützfeuer gegen die abziehenden Kolonnen eröffnen." Als am meisten gefährdet werden die Posten bei Aubervilliers und St. Denis bezeichnet. „Sollte aber Seine Majestät der Kaiser und König", fährt der Kronprinz fort, „später ausdrücklich befehlen, daß die Truppen sich bei dem Angriff auf Paris betheiligen, so gestatte ich mir, die unmaßgebliche Ansicht auszusprechen, daß bei der augenblicklichen Sachlage, wo der Widerstand bereits organisirt ist und die Insurgenten ans Feuer gewöhnt sind, eine bloße

*) Moltke, Militärische Korrespondenz, S. 724.

Beschießung der Enceinte uns schwerlich zum Ziele führen dürfte. Es möchte sich dann empfehlen, vom Plateau von Romainville aus mit Breschbatterien gegen die nächstliegenden Thore und Bastionen vorzugehen, und dürfte eine Besetzung der Enceinte erst dann von durchgreifendem Erfolge sein, wenn wir bis zu den Buttes Chaumont vordringen, da diese Position den größeren Theil der nördlichen Hälfte von Paris beherrscht."*)

Noch einmal läßt sich aus diesem urkundlichen Zeugniß erkennen, wie sehr die Kriegführung des Kronprinzen Albert die Rücksicht auf die ihm untergebenen Truppen mit der energischen Einsetzung der vollen Kraft, wo es sich um große Aufgaben handelte, zu vereinigen wußte. Dem König schrieb der Kronprinz mit Bezug auf die Weisungen, die er aus Berlin erhalten hatte, am 14. Mai: „Wir können dadurch unversehens in eine Aktion gegen Paris verwickelt werden. Zum Glück wollen die Versailler davon nichts wissen, da sie allein fertig zu werden hoffen und zwar in acht Tagen. Wenn es nur nicht Chimären sind!" Am 12. Mai übersandte Moltke das Telegramm vom 11. abends an Bismarck und sprach sich, in voller Uebereinstimmung mit den Erwägungen des Oberkommandos der Dritten Armee gegen die Konzentration der deutschen Truppen aus, weil „die Herbeiführung einer solchen die Aufmerksamkeit der Kommune erregen und hierdurch das Gelingen des seitens der französischen Regierungstruppen beabsichtigten Handstreichs in Frage stellen könnte."**) Bismarck hielt jedoch die Vereinigung einer starken Truppenmacht um Paris unter allen Umständen für wünschenswerth, und zwar nicht sowohl wegen der Eventualitäten

*) Der Bericht des Kronprinzen ist nach den Akten des Großen Generalstabes abgedruckt bei v. Holleben, S. 213 ff.

**) Militärische Korrespondenz S. 725.

des Kampfes gegen die Kommune als mit Rücksicht auf Versailles; wenn die Nationalversammlung zögerte, den am 10. Mai geschlossenen Frieden innerhalb der vereinbarten Frist von zehn Tagen anzunehmen, so mußte nach seiner Ansicht zur Besetzung von Paris geschritten werden. Die politischen Motive gaben den Ausschlag: am 14. Mai abends, während er mit seiner Gemahlin, den Prinzen Friedrich von Hohenzollern und Elimar von Oldenburg im Kreise der Offiziere des Hauptquartiers bei der Tafel saß, erhielt der Kronprinz den Befehl zur Zusammenziehung der Dritten Armee um Paris und Versailles; auch die Erste Armee hatte von Amiens aus „zur Unterstützung der diplomatischen Aktion bis zur erfolgten Ratifizirung“ eine Division gegen Versailles vorzuschieben. Am 15. Mai war Alles in Bewegung; die Kronprinzessin verließ am 16. früh Compiègne, um über Brüssel in die Heimath zurückzukehren; das Hauptquartier des Oberbefehlshabers wurde am 17. noch einmal nach Margency verlegt, wo es sich im Mittelpunkt der Truppenaufstellungen befand.

Hier, in unmittelbarer Nähe von Paris, durchlebte der Kronprinz die grauenvollen Scenen der Verwüstung und des Mordes, mit denen der Kampf der Kommune endete, die Wiederholung der Schreckensscenen aus den Zeiten Robespierres und Dantons. Am 9. Mai hatten die Regierungstruppen das von den Aufständischen verlassene Fort Issy besetzt, am 13. war die Einnahme von Vanves gefolgt. Durch diese Verluste zur Rache entflammt, plünderten die Kommunards das Haus von Thiers und zertrümmerten die Vendômesäule: jedes Wahrzeichen des siegreichen Militarismus, verkündete Felix Pyat im „Vengeur“, müsse vom Erdboden verschwinden. Nach einer Depesche Favres vom 15. Mai war am Thore von Auteuil die erste Bresche gelegt, die Belagerungsgeschütze näherten sich der Enceinte bis

auf hundert und fünfzig Meter. Im Schoße der Kriegskommission, deren Seele jetzt Delescluze war, herrschte die größte Uneinigkeit; mehrere Nationalgardisten wurden unter Anklage des Verrathes verhaftet und erschossen. Die Ratifikation des Frankfurter Friedens durch die Versammlung in Versailles am 18. Mai steigerte den Haß gegen „das Gouvernement der Kapitulation"; den Höhepunkt aber erreichte der Paroxysmus, als am 21. nachmittags die ersten Truppen vom Korps Vinoy durch das Thor von St. Cloud in die Stadt eindrangen. Delescluze proklamirte: „Die Stunde des Revolutionskrieges hat geschlagen", und der Wohlfahrtsausschuß berief die Bürger zum Kampf auf die Barrikaden. „Hinter den Barrikaden", hieß es in einer Proklamation, „hat Paris seine Häuser, die es lieber in die Luft sprengen wird, ehe es sich auf Gnade und Ungnade ergiebt."

Der Kronprinz befahl am Abend des 21. die sofortige Absperrung der Nordfront, die Verstärkung der Vorposten und die Unterbrechung der Schienenwege in der Richtung auf Pantin und St. Denis: Niemand sollte herausgelassen werden.*) Froh darüber, daß es weiterer Maßregeln nicht bedurfte, da die Regierungstruppen am 23. Mai auch im Norden der Stadt festen Fuß faßten, berichtet der Kronprinz am 26. dem König: „Ich hoffte Dir das Ende des grauenhaften Kampfes melden zu können, doch da es immer noch drinnen brennt und kracht, will ich nicht länger warten. Die letzten Tage waren sehr interessant, und bin ich sehr froh, den Ereignissen so nahe zu sein. Das Eindringen in Paris beim Point du jour geschah ganz überraschend und wurde von Mac Mahon recht geschickt benutzt,

*) Vergl. v. Holleben, a. a. O. S. 239.

indem er durch eine umgehende Bewegung sich des Montmartre bemächtigte, ehe noch das Centrum der Stadt genommen war, und so den Insurgenten den Hauptthalt entzog. Jetzt schlägt man sich an einzelnen Punkten, namentlich in Belleville. Die Aufrührer, die sich verloren geben, wehren sich dort wie Verzweifelte. Sie haben den größten Theil der schönen Gebäude in Brand gesetzt, so daß wir jeden Abend ungeheure Flammen herausschlagen sehen. Es ist traurig zu hören, was da Alles an Kunstschätzen und anderem verloren geht; zum Glück soll das Louvre zum größten Theil gerettet sein. Ihrerseits geben die wüthend gewordenen Truppen keinen Pardon mehr.“ Am tiefsten schmerzte den Kronprinzen die ruchlose Ermordung des Erzbischofs Darboy und anderer Geiseln, für deren Errettung er im Verein mit Bismarck sich vergeblich verwendet hatte.*)

In der Nacht vom 26. zum 27. Mai dauerte das Geschützfeuer auf dem Montmartre fort: die Vorstadt Belleville, die Buttes Chaumont, der Friedhof Père Lachaise und das Schloß von Vincennes bildeten die letzten Zufluchtsstätten der Aufständischen. Nachdem diese Stellungen ihnen entrissen, war am Abend des Pfingstsonntags, 28. Mai 1871, das Trauerspiel der Kommune beendet; als der Kronprinz bei dem General v. Pape in St. Denis verweilte, erblickte er noch immer das Feuermeer der gewaltigen Brände zu beiden Seiten der Seine, deren Wiederschein sich mit purpurner Gluth weithin in dem Flusse abspiegelte. Der materielle Verlust, den Paris durch die Kommune erlitt, wurde auf drei Milliarden geschätzt.

*) Nach den sehr genauen Berichten über die Vorgänge in Paris, die in Margency und Soisy einliefen, lauteten die letzten Worte des Erzbischofs vor seiner Erschießung im Gefängniß von La Roquette, am 24. Mai: „Ne profanez pas le mot de liberté, c'est à nous seuls qu'il appartient, car nous mourons pour la liberté et la foi.“

Bis zur Wiederherstellung der Ordnung in der Hauptstadt verblieb der Kronprinz in Margency, entzückt von dem herrlichen Frühlingsschmuck, in welchem die Landschaft jetzt sich seinen Blicken zeigte. „Wie eigen ist es doch," schreibt er seinem Vater, „daß ich das Ende von zwei Belagerungen von Paris in denselben Räumen erlebte. Ich hoffe nun in der kürzesten Zeit hier loszukommen. Wie mir General Moltke schrieb,*) soll ich zum Einzuge nach Berlin, wie ich höre, den 16. Juni. Es soll dann die Auflösung der Dritten Armee und Bildung eines Oberkommandos, wohl unter Manteuffel, beschlossen werden. Vorher würde ich sicher zu Euch kommen. Sonnabend gehe ich nach Compiègne zurück, wohl meiner letzten Station in Frankreich. In der sicheren Erwartung baldigen Wiedersehens und mit Grüßen an Mama und Alle Dein gehorsamer Sohn Albert."

Am 3. Juni erfolgte der Aufbruch des Hauptquartiers von Margency nach Compiègne. In St. Denis sah der Prinz noch einmal die preußische Garde, deren Rückmarsch in die Heimath begonnen hatte; am 5. waren die sämmtlichen Offiziere des Stabes der Dritten Armee und die Kommandeure der Besatzungstruppen zu einem Gastmahl um ihn versammelt; am 6. verabschiedeten sich die bayerischen Offiziere von dem Oberbefehlshaber, und tags darauf traf die Kabinets-Ordre vom 3. Juni ein, die den sächsischen Feldherrn von dem Kommando der Dritten Armee entband. Bei der Abschiedsfeier am 8. ergriff Schlotheim das Wort, um dem Kronprinzen zu versichern, daß die Erinnerung an ihn in den Herzen aller Mitglieder des Hauptquartiers unauslöschlich fortleben werde. Es wurde Allen schwer, sich zu

*) Der Brief des Feldmarschalls an den Kronprinzen vom 27. Mai ist abgedruckt in den Gesammelten Werken Moltkes, V, S. 139.

trennen; bis tief in die Nacht hinein spielte das Trompeterkorps der zehnten Husaren die so oft und doch immer wieder gern gehörten Kriegslieder. Da die Bahnen des östlichen Frankreich durch Truppentransporte stark in Anspruch genommen waren, wählte auch der Prinz zur Rückreise den Weg über Brüssel. Am 9. Juni vormittags 9¾ Uhr verließ er Compiègne unter den Hurrarufen der am Bahnhof versammelten Offiziere und Truppen; nach 32stündiger Fahrt traf er am 10. gegen Abend in Dresden ein.

König Johann hatte während der zweiten Abwesenheit seiner Söhne am 26. März den Kaiser Wilhelm nach dessen Rückkehr aus dem Feldzuge in Berlin begrüßt; das Wiedersehen der beiden hochbetagten Fürsten war ein außerordentlich freundschaftliches gewesen. In den ersten Tagen des Mai wurde das sächsische Hoflager nach Jahnishausen verlegt, wo diesmal die Kinderschar des Prinzen Georg, unter der sorgsamen Pflege der Großeltern, den sonst so stillen Gutshof belebte. Zahlreicher als seit langer Zeit war die Königliche Familie dort vereinigt, da am 24. Mai mit der Herzogin von Genua die Kronprinzessin und am 25., dem Geburtstage des Prinzen Friedrich August, die Prinzessin Marie, von Laon heimgekehrt, sich in Jahnishausen einfanden.

Die nächsten Wochen waren den großen militärischen Feiern gewidmet. Zu den Festlichkeiten in Berlin, die mit dem Truppeneinzuge am 16. Juni begannen, hatten die Prinzen mit ihren Gemahlinnen und General Fabrice Einladungen erhalten. Der Kronprinz durfte sich überzeugen, daß auch die Berliner seine Thaten zu ehren wußten. Wo er sich blicken ließ, war er der Gegenstand lebhafter Ovationen; unter den Transparenten, mit denen das Gebäude der Akademie für die Illumination des 16.

geschmückt war, befand sich, von Künstlerhand entworfen, auch sein Bildniß, und darunter die Inschrift:

„Männer aus jeglichem Gau Germaniens kämpften verbündet,
Helden dem Throne zunächst führten die Starken zum Sieg."

Einstweilen ruhten die Schwerter, aber eigentlich glaubte Niemand an eine lange Dauer des Friedens. Die inneren Verhältnisse Frankreichs waren nicht geeignet, großes Vertrauen einzuflößen. Auch der Kronprinz zweifelte an dem Bestand der republikanischen Staatsordnung und stimmte der Ansicht Bismarcks bei, der die Erneuerung des Krieges für möglich hielt, ohne sie zu fürchten. Getrost und hoffnungsvoll durfte die deutsche Nation nach den errungenen Siegen in die Zukunft blicken.

Die Prinzen blieben mit ihren Gemahlinnen bis zum 19. Juni in der preußischen Residenz. Das Großkreuz des Eisernen Kreuzes hatte der Kronprinz bereits zum 22. März, dem Geburtstage des Kaisers, erhalten, am 15. Juni wurde er zum Generalinspekteur der Ersten Armeeinspektion ernannt; außerdem lag es in der Absicht Wilhelms I., ihm die Würde eines General-Feldmarschalls zu übertragen. Eigenhändig schrieb der König am 20. Juni an den sächsischen Landesfürsten: „Vor Allem muß ich Dir meinen Dank aussprechen, daß Du Deinen Schwiegertöchtern erlaubt hast, meiner Einladung nach Berlin Folge zu geben und den Feierlichkeiten beizuwohnen, als einem der Endpunkte unserer welthistorischen Ereignisse, zu deren Erkämpfung Deine Söhne so heldenmüthig und ausdauernd mitwirkten. Es waren schöne und ergreifende Momente, die Tage vom 16. bis 19. dieses Monats. Aber noch ein anderer Grund veranlaßt diese Zeilen. Dein Sohn, der Kronprinz, steht durch seinen fürstlichen Rang, durch seine militärische Stellung und

durch seine glorreichen Leistungen im letzten Kriege so hoch in jeder Hinsicht, daß er Anspruch auf die höchste militärische Stufe hat. Nach der zwischen uns bestehenden Kriegsverfassung steht mir kein Recht zu Beförderungen im XII. (Sächsischen) Armeekorps zu, ebenso wenig weiß ich, ob Du gesonnen bist, dem Kronprinzen die Stufe eines Feldmarschalls in Deinem Korps zu verleihen. Um diese zu verleihen, wird es also auf einen Kompromiß zwischen uns ankommen. Entweder, wenn Du einverstanden bist, Ernennung des Kronprinzen zum General-Feldmarschall des Sächsischen Armeekorps oder Ernennung durch mich zum General-Feldmarschall der preußischen Armee, wobei es, so zu sagen, stillschweigend für die deutsche Armee geschieht, in deren militärische Hierarchie die Ernennung zum General-Feldmarschall bisher noch nicht eingeführt ist." Die Verleihung der Feldherrnwürde durch König Wilhelm entsprach so durchaus der engen Verbindung, in welche der Feldherr der Maas-Armee zu dem preußischen Heere getreten war, daß der König und der Kronprinz nicht einen Augenblick schwankten, sich für diese Alternative zu erklären.

Um dem Verleihungsakt eine besondere Bedeutung zu geben, wurde die darüber ausgestellte Kabinets-Ordre Wilhelms I. auf den Tag datirt, an welchem der Einzug der sächsischen Truppen in Dresden stattfand. Die Urkunde gedenkt der Verdienste, die der Thronfolger Sachsens sich als Führer des XII. Korps und als Oberbefehlshaber der Maas-Armee um das Vaterland erworben. Dann heißt es weiter: „Es ist Eurer Königlichen Hoheit gelungen, diese große Heeresabtheilung mit sicherer Hand wiederholt zum Siege zu führen und in den Truppen das Gefühl unbedingten Vertrauens zu dem bewährten Oberfeldherrn zu erwecken. Eure Königliche Hoheit haben sich deshalb einen Anspruch auf die höchsten militärischen Würden erworben, und es

gereicht mir zur besonderen Freude, Ihren Verdiensten um das deutsche Reich eine ehrende öffentliche Anerkennung zu Theil werden zu lassen, indem ich Sie, im Einverständniß mit Seiner Majestät dem König von Sachsen, hierdurch zum General-Feldmarschall ernenne."

Nach den Bestimmungen der obersten Heeresleitung vom 26. Mai*) hatte die 23. sächsische Division mit den beiden Jäger-Bataillonen am 1. Juni von ihren Standquartieren aus den Rückmarsch aus Frankreich angetreten, während die 24. Division und das Schützen-Regiment im Departement der Ardennen bei der Okkupationsarmee zurückblieben. Die in Bewegung gesetzten Truppen marschirten staffelweise zu Fuß bis Mainz und Frankfurt; erst von diesen Orten an wurden die Eisenbahnen benutzt. Es waren einige sechzig Züge zum Transport nach Dresden erforderlich, von denen der erste am 27. Juni abends sein Ziel erreichte. Am 29. Juni kehrte Prinz Georg zurück, der nach dem Einzuge in Berlin sich wieder zu den Truppen begeben hatte, um von Birkenfeld und Kreuznach aus die weiteren Verfügungen für den Rückmarsch zu treffen. Bis zum Einzuge am 11. Juli lagen die Mannschaften in der Umgegend von Dresden in Kantonnementsquartieren; an dem Tage selbst ordneten sie sich unter Kommando des Prinzen Georg, der am 6. Juli zum General der Infanterie ernannt worden war, in Paradestellung auf dem weiten Raume zwischen dem Großen Garten und dem Böhmischen Bahnhof.

Morgens 9¾ Uhr traf der Kronprinz mit seinem Schwager, Herzog Karl Theodor von Bayern, zu Pferde am Eingang des Großen Garten ein, wo mit Hülfe der Ehrenjungfrauen die

*) Moltke, Militärische Korrespondenz, S. 744.

Lorbeerkränze an den Fahnen und den 72 Geschützen befestigt wurden. Bald darauf erschien der König, übergab dem Kronprinzen das Handschreiben Wilhelms I. und als Attribut seiner neuen Würde den in dem historischen Museum aufbewahrten Feldmarschallstab des Königs Johann Sobieski. Nachdem der sächsische Kriegsherr sodann mit seinen Söhnen und einer zahlreichen Suite an der ganzen Front der Truppen entlang geritten war, wobei die Gemahlinnen der fürstlichen Heerführer zu Wagen folgten, begann gegen ½12 Uhr von der Tete an der Kreuzung der Wiener- und Pragerstraße aus der Einzug in die Stadt durch die Prager-, Waisenhaus- und Landhausstraße bis zum Neumarkt, dann weiter durch die Augustusstraße, am Schlosse vorbei über die Elbbrücke und auf der Neustädter Seite durch die Hauptstraße bis zum Bautzner Platz. Etwas Aehnliches wie die festliche Ausschmückung der Via triumphalis hatte das kunstsinnige Dresden noch nicht gesehen, und was dabei sichtbar zu Tage trat, war der beginnende Einfluß der nationalen Erhebung auf Inhalt und Stil der malerischen und plastischen Darstellungen. Neben der Saxonia erblickte man die Germania, die ihr wehrhaftes Schild über die allegorischen Figuren von Elsaß und Lothringen ausgebreitet hielt.

Am lebhaftesten ging es während des Zuges am Georgsplatz zu, denn hier hatte die Schuljugend Aufstellung genommen. Ernster und feierlicher verlief der Empfang der Truppen durch den Rath und die Stadtverordneten auf dem Neumarkt. Auf die Begrüßungsrede des Oberbürgermeisters sagte der Kronprinz: „Ich bin stets gewohnt gewesen, daß meine liebe Vaterstadt Dresden in allen Dingen voran ist, welche das Wohl des Vaterlandes betreffen.“ Eine tiefe Bewegung rief es hervor, als er an die Tribüne der Veteranen heranritt und durch Ueberreichung

eines Lorbeerkranzes seine alten Waffengefährten an den ihm gespendeten Ehren theilnehmen ließ. Unter Vorritt des Kronprinzen und seines Stabes, in dessen Reihen sich General v. Schlotheim und andere preußische Offiziere befanden, defilirten die Truppen am Endpunkte der Siegesstraße vor dem König. Die Königin Amalie, die Prinzessinnen, die drei ältesten Kinder des Prinzen Georg, Prinzessin Mathilde, Prinz Friedrich August und Prinzessin Maria Josepha, sahen dem Schauspiel von den auf dem Bautzner Platz errichteten Tribünen zu. Als Gäste des Hofes waren, außer dem Herzog Karl Theodor und dessen Tochter, der Großherzog Ludwig III. von Hessen und die Herzogin von Genua mit ihrem Sohn, dem Prinzen Thomas, anwesend.

Bei dem Festmahl im Schlosse verkündete der König die Ernennung des Prinzen Georg zum Chef des Schützen-Regiments Nr. 108 und des Prinzen Johann Georg zum Chef des 107. Infanterie-Regiments. Abends vereinigten sich die Mannschaften zu einem Fest auf den Elbwiesen unterhalb des Waldschlößchens. Zum ersten Male erschien der Kronprinz in ihrer Mitte wieder als Kommandeur des XII. Korps, nachdem Prinz Georg, der die 23. Division übernahm, in einem Armeebefehl vom 11. Juli den Truppen für ihre tapfere und pflichttreue Haltung während seiner zehnmonatlichen Führung des Generalkommandos noch einmal gedankt hatte.

In den nächsten Tagen empfing der Kronprinz mehrere Deputationen aus verschiedenen Theilen des Landes, die ihm Glückwünsche, Adressen und Ehrengeschenke überreichten; am 16. Juli erhielt er ein Telegramm von Kaiser Alexander II., welches ihm die Verleihung des Ranges als Feldmarschall in der russischen Armee ankündigte. Die zweite Klasse des St. Georgs-Ordens mit dem Stern und die höchsten Kriegsorden von Bayern,

Württemberg, Baden, Hessen und Mecklenburg waren ihm bereits während des Krieges verliehen worden. Nachdem er am 18. eine Reise nach Ems unternommen hatte, um dem Kaiser den Dank für die Ehrenerweisung vom 11. Juli abzustatten, verweilte er den Sommer über in der Heimath, zumeist auf seiner Besitzung in Strehlen, in deren Park eins von den in Frankreich eroberten Geschützen eine bleibende Stätte gefunden hatte. Am ersten Jahrestage von Sedan wurde dem ehemaligen Führer der Maas-Armee ein von den Offizieren seines Hauptquartiers gestifteter Marschallstab überreicht. Vom 11. bis 18. September bezog der Kronprinz zum ersten Male das Jagdschloß Rehefeld, welches seine Gemahlin während des Kriegsjahres inmitten eines der höchstgelegenen Waldreviere des sächsischen Erzgebirges nach dem von ihr selbst entworfenen Plan, im Stil einer schwedischen Cottage, hatte errichten lassen.

Als der König und die Königin am 29. August eine längere Reise antraten, wurde dem künftigen Thronerben durch einen Erlaß zum ersten Male die Leitung der Regierungsgeschäfte zeitweise übertragen. Die Eltern des Prinzen besuchten die bayerischen Verwandten in Possenhofen und die Königin-Wittwe Elisabeth von Preußen auf Schloß Stolzenfels. Mit dieser Reise verband der König eine Inspektion der sächsischen Truppen in den Reichslanden und dem Besatzungsgebiet des nördlichen Frankreich; es war für ihn, wie er selbst sagte, eine Herzenssache, nach ernsten und schweren Tagen seine Landeskinder auf dem Schauplatz ihres Ruhmes zu begrüßen. In Straßburg und Schlettstadt wurde am 5. September das 105. Regiment besichtigt. Dann ging der König den Rhein herunter nach Stolzenfels und von dort durch Belgien nach St. Quentin, wo er, von General von Manteuffel empfangen, Revue über das 3. ostpreußische Grenadier-Regiment

Nr. 4 abhielt, dessen Chef er war. Am 13. defilirten vor ihm in Rethel das 2. Reiter-Regiment und das I. Bataillon des Schützen-Regiments, am 14. in Charleville das II. und III. Bataillon des Regiments 104, die 4. leichte Batterie und die 3. Pionierkolonne, am 15. in Sedan das 107. Regiment und die 3. und 4. leichte Batterie, am 17. die Festungsartillerie im Fort St. Quentin und in der Stadt Metz.

Noch immer außerordentlich rüstig, durchstreifte der König unter kundiger Führung die Schlachtfelder und vertiefte sich an all' den Stellen, wo seine Sachsen gekämpft hatten, mit verständnißvollem Blick in die Erinnerung der großen Ereignisse, die zu Deutschlands Macht und Einheit geführt hatten.

Die inneren Verhältnisse Sachsens gewährten zu jener Zeit ein durchaus erfreuliches Bild. Rascher als von manchen Seiten befürchtet wurde, waren die Schwankungen, denen die Industrie und der Handelsverkehr während des Krieges unterlagen, wieder ausgeglichen worden. Trotz der erhöhten Anforderungen an die Wehrmacht des Landes ließ die Leistungsfähigkeit der Bevölkerung in den städtischen und ländlichen Gewerben ein gedeihliches Fortschreiten erkennen; nirgends fehlte es an Arbeitskräften und an Verwerthung derselben. Von den gesetzgeberischen Aufgaben, die auf dem letzten Landtage unerledigt geblieben waren, hatte die Kirchenvorstands- und Synodalordnung durch die Tagung der Generalsynode vom 9. Mai bis 8. Juni 1871 ihren Abschluß gefunden.*) Die Einsetzung einer kollegialen Oberbehörde, des Landeskonsistoriums, welches nur von den in den evangelischen Angelegenheiten beauftragten Ministern abhängig war, sollte der geistlichen Verwaltung sowohl nach der Seite der Gemeinde-

*) Vergl. S. 352 ff.

freiheit als nach der des Kirchenregimentes hin die ihr gebührende Selbständigkeit gewähren. Die Erfahrungen eines vollen Menschenalters sprechen dafür, daß der Erlaß der Synodalordnung wesentlich zur Förderung des konfessionellen Friedens innerhalb der sächsischen Landeskirche beigetragen hat. Der Kronprinz, damals noch in Compiègne, war den Verhandlungen mit Interesse gefolgt. In einem Schreiben an den König äußert er seine Freude über die „vielen Namen von gutem Klang“, die auf der Synode vertreten seien, und erblickt in dem glücklich fortschreitenden Werke einen Beweis für die Regsamkeit des religiösen Geistes in seinem engeren Vaterlande.*) Ein großes Verdienst um die Ordnung der kirchlichen Verhältnisse erwarb sich Falkenstein, und nur ungern bewilligte der König das Abschiedsgesuch des Ministers, der mit Rücksicht auf sein hohes Lebensalter die umfangreichen Organisationsarbeiten, die das neue Gesetz bedingte, einer jüngeren Kraft zu überlassen wünschte. Zu seinem Nachfolger wurde am 23. September der Professor der Leipziger Juristenfakultät, Karl v. Gerber, ernannt, der den Vorsitz in der Synode geführt hatte. Besonders schmerzlich war dem Kronprinzen ein Verlust, von dem das Ministerium während seiner Stellvertretung betroffen wurde, — der Tod eines Mannes, mit dem er lange Jahre hindurch in freundschaftlicher Verbindung gestanden hatte, seines ehemaligen juristischen Lehrers, des Ministers Schneider, der, auf einer Erholungsreise begriffen, am 4. September in Pontresina starb. Das erledigte Portefeuille ging auf den Geheimen Justizrath Ludwig Abeken über.

Eine ruhigere Zeit für den Kronprinzen trat erst ein, als er, einige Tage nach der Rückkehr des Königs, am 2. Oktober

*) Der Kronprinz an den König, 14. Mai 1871. Hauptstaatsarchiv.

zu den Herbstjagden in Ischl aufbrach. Bei dieser ersten Begegnung mit Kaiser Franz Joseph nach dem Kriege von 1870 und 1871 durfte der Prinz zu seiner größten Befriedigung die Wahrnehmung machen, daß der damalige Grundgedanke der deutschen Politik, die Sicherung des europäischen Friedens durch eine Vereinigung der drei Kaisermächte Deutschland, Oesterreich und Rußland, in Wien die lebhafteste Zustimmung gefunden hatte. Bei den persönlichen Zusammenkünften Wilhelms I. und Franz Josephs in Ischl am 11. August und in Salzburg am 6. September 1871 war es zwar, trotz der Anwesenheit der beiderseitigen Minister, zu keiner schriftlichen Abmachung gekommen, aber der Freundschaftsbund der beiden mächtigen Fürsten wurde in herzlichster Weise befestigt und die Uebereinstimmung der politischen Richtung ohne Vorbehalt festgestellt. Kaiser Franz Joseph ließ der Entwickelung des Deutschen Reiches freien Lauf, und Kaiser Wilhelm bekannte sich mit feierlichem Nachdruck zu dem Grundsatz der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der österreichisch-ungarischen Monarchie. Die Sonderbestrebungen der czechischen Partei drohte damals die Grundlagen der Gesammtverfassung in den Ländern diesseits und jenseits der Leitha zu zersprengen, was die Folge hatte, daß die deutsche Verfassungspartei unter Protest aus mehreren Landtagen ausschied und, nicht zum Vortheil ihrer Sache, eine feindselige Haltung gegen die Regierung einnahm, die anfangs geneigt schien, den Böhmen weitgehende Zugeständnisse zu machen. Bei seiner genauen Kenntniß der österreichischen Verhältnisse beschäftigte sich der Kronprinz vielfach mit den Vorgängen jener Tage. Nach seinem Eintreffen in Wien in Begleitung des Kaisers am 14. Oktober hatte er eine lange Unterredung mit dem österreichischen Reichskanzler. Die Wandelung, die sich in dem ehemaligen Vorkämpfer

der bundesstaatlichen Opposition unter dem Eindruck der veränderten Weltstellung des deutschen Volkes vollzogen hatte, entging dem Prinzen nicht. Beust war ein aufrichtiger Anhänger der deutschen Allianz geworden, und nach seinen Erzählungen über den intimen Verkehr mit Bismarck während eines gemeinschaftlichen Aufenthaltes in Gastein befanden die früheren Rivalen sich auf dem besten Wege, politische Freunde zu werden. Was die Parteikämpfe Oesterreichs anbetraf, so glaubte Beust Herr der Situation zu sein, nachdem es ihm gelungen war, die Intervention seines Gegners Hohenwart zu Gunsten der Czechen aus dem Felde zu schlagen. Der Kronprinz hatte Recht, wenn er bei seiner Abreise von Wien am 18. Oktober die Gefahr der Krisis noch nicht für überwunden hielt:*) dem Sturze des Ministeriums Hohenwart, 26. Oktober, folgte am 8. November die Entlassung des Reichskanzlers.

Ueber Breslau reiste der Kronprinz am 19. Oktober zur Theilnahme an den Jagden des Herzogs Wilhelm von Braunschweig nach Sibyllenort und kehrte in Begleitung des Prinzen Georg am 22. nach Dresden zurück. Unterdessen war die 24. Division wieder im Lande eingetroffen. Von der Bürgerschaft mit Jubel empfangen, hielten das 8. Infanterie-Regiment Nr. 107 und das 2. Reiter-Regiment unter Führung des Kronprinz-Feldmarschalls und des Prinzen Georg am 2. November ihren Einzug in Leipzig. Bei dem Festessen im großen Saal des Schützenhauses toastete der Kronprinz auf die Stadt, deren Opferwilligkeit während des Krieges sich glänzend bewährt habe. In den schweren Momenten vor Paris, sagte er, sei der Muth und die Ausdauer der Soldaten mächtig gehoben worden durch das Be-

*) Bericht des sächsischen Gesandten v. Bose, 18. Oktober. Hauptstaatsarchiv.

wußtsein, daß das Heimathland ihrer mit werkthätiger Liebe gedenke; von allen Liebesgaben, die in das Feld gesandt seien, habe Sachsen weitaus das Meiste gespendet, und unter den sächsischen Städten stehe wieder Leipzig obenan. Tags darauf feierte Dresden die Heimkehr des Schützen-Regiments Nr. 108.

Am 2. Dezember wohnte der Kronprinz der Eröffnung des Landtages bei. Unter Hinweis auf die wunderbare Veränderung der Weltlage sagte der König in der Thronrede: „Der so unerwartet eingetretene und so siegreich geführte Kampf, den Deutschland zu bestehen hatte, ist nicht nur durch einen vortheilhaften und ruhmvollen Frieden beendigt worden, sondern hat auch durch das brüderliche Zusammenwirken der verschiedenen deutschen Stämme das Gefühl der Zusammengehörigkeit erhöht, den Zutritt Süddeutschlands zu dem Reiche herbeigeführt und durch Wiederherstellung der dem deutschen Volke stets lieb und werth gebliebenen deutschen Kaiserwürde unserer Verbindung eine neue Weihe gegeben." Bei ihrem Erscheinen in der Sitzung der Ersten Kammer am 4. Dezember brachte der Präsident, Kammerherr v. Zehmen, den Prinzen den Dank des Landes für die hervorragende Führung der Truppen dar. Die äußerst langwierige Tagung der Stände umfaßte, allerdings mit erheblichen Unterbrechungen, einen Zeitraum von fünfzehn Monaten; aber auch ihre Ergebnisse waren von weittragender Bedeutung, denn es handelte sich um eine Dezentralisation der gesammten Verwaltung, die, schon seit Jahren geplant, endlich ihre Erledigung finden sollte.

Wie auf analogen Gebieten der Gesetzgebung, namentlich bei der Rechtsprechung durch die Handels-, Schwur- und Schöffengerichte, und zuletzt im Bereich der evangelischen Kirche die Grundsätze der Autonomie zur Durchführung gelangt waren, so sollte jetzt den Staatsangehörigen in noch weiterem Umfange als bisher

eine selbstthätige Mitwirkung bei der behördlichen Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten eingeräumt werden. Der leitende Gesichtspunkt, den die dem Gesetzentwurfe beigegebenen Motive besonders hervorhoben, beruhte auf einer den Anschauungen der Neuzeit entsprechenden Veränderung des Verhältnisses der Staatsgewalt zu den Hauptbestandtheilen der staatsbürgerlichen Gesellschaft, den städtischen und ländlichen Gemeinden. Obwohl sich nicht verkennen ließ, daß in dem vorwiegend industriellen Lande, zumal nach Einführung der Gewerbefreiheit, zwischen den wirthschaftlichen Interessen der städtischen und der ländlichen Bevölkerungskreise eine Scheidegrenze schwer zu ziehen war, hatte die Regierung sich doch dafür entschieden, die althergebrachte Trennung der Stadt- und Landgemeinden beizubehalten und eine Revision der Städteordnung von 1832 sowie der Landgemeindeordnung von 1838 in Vorschlag zu bringen.*) Da ein wesentlicher Theil der obrigkeitlichen Gewalt und der Polizeipflege auf die Gemeinden überging, so bedurfte es noch eines weiteren Gesetzes über die Neuordnung der Behörden: den Amts- und Kreishauptmannschaften traten die Bezirks- und Kreisausschüsse zur Seite, die, von den Gemeinden gewählt, bei wichtigen Verwaltungsfragen zu Rathe gezogen werden sollten.

Im engsten Zusammenhang mit dieser Organisation stand die Reform der Volksschule. Ausgehend von den normativen Bestimmungen des Gesetzes vom 6. Juni 1835,**) suchte der neue Entwurf den Veränderungen, welche die bürgerlichen Verhältnisse seit jener Zeit erfahren hatten, Rechnung zu tragen. Durch Einführung des obligatorischen Fortbildungsunterrichts statt des fakultativen, der schon in dem Gesetz von 1835 vorgesehen war,

*) Vergl. Theil I, S. 25, 58.

**) Vergl. Theil I, S. 30.

sollte eine der wesentlichsten Aufgaben der Volksschule, der Jugend die für das Erwerbsleben nöthigen Kenntnisse und Fertigkeiten zu gewähren, erfüllt werden; außerdem wurden in Uebereinstimmung mit dem Prinzip des Selfgovernments die Kompetenzen der Gemeinden in Bezug auf das Schulwesen erweitert: in dem neu geschaffenen Organ der Schulinspektionen waren neben der Aufsichtsbehörde auch die Gemeinden vertreten.

Der Kronprinz hatte seit dem Beginn der Session seine parlamentarische Thätigkeit in gewohnter Weise wieder aufgenommen. Als Vorsitzender der Finanzdeputation, die auf seinen Antrag von fünf auf neun Mitglieder verstärkt worden war, hatte er wie früher mannigfache Gelegenheit, sich mit den verschiedensten Positionen des Staatshaushalts zu beschäftigen, dessen Aufwand, in vollständigem Gleichgewicht mit den Einkünften, im ordentlichen Budget jährlich 13 330 000 und im außerordentlichen für die Finanzperiode von 1872/73, also auf zwei Jahre, 12 990 000 Thaler betrug. Für den geordneten Zustand der sächsischen Finanzen sprach es, daß der gesammte außerordentliche Bedarf aus den verfügbaren Beständen des mobilen Staatsvermögens gedeckt werden konnte. Nicht weniger als sieben Millionen Thaler waren für die Erweiterung des Eisenbahnnetzes und erhebliche Summen für die neuen Justizgebäude in mehreren Städten, darunter Leipzig und Dresden, ausgeworfen. Die Hauptstadt Sachsens verdankt den Bewilligungen des damaligen 14. Landtages den Prachtbau der polytechnischen Schule, die Umgestaltung der alten Galerie zur Aufnahme des historischen Museums und der Porzellansammlung und die letzte Rate für die Wiederaufführung des von den Flammen zerstörten Hoftheaters,*) während der Antrag der Zweiten Kammer auf Be-

*) Vergl. S. 362.

gründung eines Kunstgewerbemuseums in Dresden von der Ersten Kammer einstweilen zurückgelegt wurde.

Für mehrere Spezialetats übernahm der Kronprinz selbst die Referate. Am 19. März 1872 berichtete er über den Bauetat, der die Ausgaben für Straßen- und Brückenbau, Hochbau, Wasserbau und Immobiliarbrandversicherung umfaßte. In den Tagen vom 21. bis 23. März verweilte er in Berlin zur Geburtstagsfeier des Kaisers Wilhelm. Von dort zurückgekehrt, betheiligte er sich an der Schlußberathung über das Budget und erstattete über das Finanzgesetz, das den Staatshaushalt für die nächste Periode feststellte, Bericht. Unmittelbar darauf wurden am 6. April 1872 die Kammern mit Rücksicht auf die Session des Reichstags bis zum Herbst vertagt, doch sollte die Vorberathung der Organisationsgesetze durch die dazu niedergesetzten Kommissionen des Landtages ihren Fortgang haben. Der Kronprinz hatte um so mehr Veranlassung, zu diesem wichtigen Gegenstand, bei dem es an Meinungsverschiedenheiten der Parteien nicht fehlte, persönlich Stellung zu nehmen, weil in jenen Tagen die stellvertretende Leitung der Regierungsgeschäfte zum zweiten Male in seine Hand gelegt wurde.

Der König war am 15. Februar von einem katarrhalischen Leiden befallen worden, das sich nur langsam besserte. Auf den Rath der Aerzte entschloß er sich zu einem längeren Aufenthalt in einem milderen Klima; am 10. April wurde in Begleitung der Königin die Reise nach Riva angetreten. Der Weg über den Brennerpaß starrte noch von Schnee und Eis; dafür aber zeigten sich die Gestade des Gardasees in der herrlichsten Frühlingspracht. Die anmuthige Umgebung wirkte unendlich wohlthuend und erfrischend auf den König. Es war wie ein letzter Scheidegruß aus den Erinnerungen der Jugend, daß er sich noch einmal

zu seinen dichterischen Arbeiten hingezogen fühlte. Während des dolce far niente in Riva entstand in seinem Geiste der Plan und die Ausführung einer Novelle, die das schon früher von dem König vielfach erwogene Problem des Zweikampfes mit allen seinen Konflikten zwischen Standesvorurtheil und sittlich-religiösem Pflichtgefühl zum Gegenstand hatte.*) Nach Beendigung der Villegiatur im Hotel zur Sonne in Riva begab sich das Herrscherpaar am 7. Mai über Peschiera und Mailand nach dem Lago maggiore zur Herzogin von Genua, die in Stresa residirte, dann am 10. über Verona und Innsbruck nach Possenhofen; auch ein Besuch des Königs Johann bei Ludwig II. in Schloß Berg fällt in jene Zeit.

Die Wiedergenesung des greisen Monarchen hatte erfreuliche Fortschritte gemacht, als er am 15. Mai in Jahnishausen eintraf; aber die nächsten Tage brachten neue Sorgen. Die schwere Erkrankung der Erzherzogin Sophie, der Mutter des Kaisers Franz Joseph, rief die Königin-Wittwe Marie an das Krankenbett ihrer Zwillingsschwester, und nachdem die Erzherzogin am 28. Mai einem schweren Todeskampfe erlegen war, eilte am 31. auch der Kronprinz nach Wien, um als Vertreter seiner Mutter, die in der Verstorbenen ebenfalls eine Schwester verlor, an den Trauerfeierlichkeiten theilzunehmen. Bei seiner Abreise am 4. Juni wurde er vom Kaiser zur Franz Josephs-Bahn geleitet, deren Einweihung soeben stattgefunden hatte. Das nächste Ziel war Marienbad, wo die Kronprinzessin sich seit dem 17. Mai zur Kur aufhielt. Daran schlossen sich Truppenmusterungen in verschiedenen Theilen des Landes und am 10. Juni eine Parade der

*) Den Inhalt der Handlung, welcher der Novelle zu Grunde liegt, berichtet P. v. Falkenstein in seinem Buche über König Johann von Sachsen S. 244 ff.

Dresdner Garnison vor dem Kronprinzen Humbert von Italien, der mit seiner Gemahlin Margarethe, der Enkelin des Königs, zum Besuche am sächsischen Hofe verweilte.

In voller Frische des Geistes und Körpers verlebte der König den Sommer des Jahres 1872 in Pillnitz. Mit rührender Hingebung sorgte Königin Amalie für die Aufheiterung ihres Gemahls. Ein besonderer Liebling des Königs war seine Enkelin Marie Antoinette von Toskana,*) die seit einigen Jahren wieder bei ihrem Vater lebte, aber in treuer Anhänglichkeit dem Hause der Großeltern ergeben blieb. Damals im 15. Lebensjahre stehend, war die Prinzessin eine jener zart angelegten, tief empfindenden weiblichen Naturen, die der rauhen Wirklichkeit nicht lange Widerstand zu leisten vermögen, sondern in der Blüthe ersterben. Dem König, der sie selbst unterrichtet und in ihrem poetisch veranlagten Geiste das Verständniß für die Dichtungen Schillers und Dantes geweckt hatte, gereichte es zu großer Freude, sie im Juli 1872 längere Zeit um sich zu sehen.

Nachdem der Kronprinz am 17. Juni seine Gemahlin nach Tegernsee begleitet und hier bis zum 9. Juli Aufenthalt genommen hatte, widmete er sich wieder ganz seinen militärischen Beschäftigungen. In der zweiten Hälfte des August begannen die Uebungen in Sachsen, zu denen auch der König an mehreren Tagen erschien, und am 27. reiste der Kronprinz mit seinem militärischen Gefolge, dem Major Schweingel und dem Hauptmann v. Treitschke, über Breslau nach Oberschlesien zur Inspektion des VI. preußischen

*) Vergl. S. 39, 70. Die Erzherzogin wurde als Nachfolgerin der Königin Marie Christine von Spanien am 16. September 1880 Aebtissin des Theresianischen adeligen Damenstiftes in Prag und starb am 13. April 1883. Vergl. A. Bekk, Erzherzogin Marie Antoinette. Ein Gedenkblatt, Wien 1884, S. 11 ff., wo auch einige Dichtungen der Prinzessin abgedruckt sind.

Korps. Die einzelnen Truppentheile des Korps waren brigadeweise zusammengezogen. Bei Ober-Glogau defilirte auf dem Exerzirplatz von Casimir am 28. die 12. Kavallerie-Brigade, am 29. bei Ratibor die 23. Infanterie-Brigade, am 30. bei Ohlau die 11. Kavallerie-Brigade. Alle Ortschaften, die der Generalinspekteur berührte, waren festlich geschmückt, und die Kundgebungen von Seiten der Bevölkerung bewiesen ihm, daß seine Verdienste weit über die Grenzen Sachsens hinaus Würdigung fanden; in Ratibor feierten die Schüler des Gymnasiums seine Anwesenheit durch einen Fackelzug, und in Breslau, wo der Prinz am 30. abends eintraf, strömte die ganze Stadt zum Zapfenstreich. Am 31. wurde in Breslau die 22. Brigade besichtigt; am 1. September war wegen der doppelten Feier des Sonntags und des Sedantages Ruhe für die Truppen; bei einem Festmahl der Offiziere, welches der Kommandirende des Korps, General v. Tümpling, veranstaltete, wechselten patriotische Reden mit Reminiscenzen an die Kriegsthaten der Sachsen und Schlesier vor Paris. Am 2. September ging es nach Schweidnitz zur Inspektion der 21. und am 3. nach Neiße zu den Detachementsübungen der 24. Brigade. König Johann schrieb damals an Kaiser Wilhelm: „Herzlich danke ich Dir für die freundliche Aufnahme meines Sohnes Albert, dessen guter Empfang bei seiner Inspektion meinem Vaterherzen sehr wohlgethan hat."*)

Wie der Kronprinz in Schlesien seine Beziehungen zu der preußischen Armee fester geknüpft hatte, so war er bald darauf am preußischen Hofe Zeuge einer großen Staatsaktion. In den Tagen vom 6. bis 11. September wurde in Berlin die Zusammenkunft der drei Kaiser abgehalten. Seit langen Jahren betrachtete

*) Königliches Hausministerium.

König Johann den Bund der Ostmächte als die sicherste Grundlage des allgemeinen Weltfriedens; daß das angestrebte Ziel jetzt erreicht wurde, flößte auch ihm das größte Vertrauen zu der Politik Bismarcks ein. Als er am 30. August den deutschen Kaiser auf der Rückreise von Gastein in Crimmitschau empfing und mit ihm gemeinsam die Eisenbahnfahrt bis Leipzig zurücklegte, war von dem bevorstehenden Ereigniß viel die Rede gewesen. Die Einladung des sächsischen Thronfolgers zur Theilnahme an den Festlichkeiten liefert einen Beweis für den hohen Werth, den Wilhelm I. auf den Freundschaftsbund mit dem Albertinischen Hause legte. In Begleitung des Kaisers Franz Joseph, der am 5. September in Pillnitz eingetroffen war, begab sich der Kronprinz am 6. nachmittags nach Berlin. Prinz Wilhelm, der jetzige Kaiser, begrüßte den Monarchen und den sächsischen Fürsten auf dem Bahnhofe; auch der Reichskanzler hatte sich eingefunden. Es waren sehr geräuschvolle und anstrengende, aber auch höchst interessante Tage, die der Kronprinz durchlebte. Ein Hauptmoment für ihn war das Wiedersehen des Gardekorps, das am 9. und 10. September in der Gegend von Spandau manövrirte; auch dem Kaiser Franz Joseph gewährte es Vergnügen, das kameradschaftliche Verhältniß zwischen seinem Jugendfreunde und den preußischen Offizieren zu sehen. Der sächsische Gesandte in Berlin, Geheimer Rath Hans v. Könneritz, berichtet am 9. September: „Graf Karolyi sprach mir heute davon, wie sehr es für seinen Allerhöchsten Herrn angenehm sei, hier in Gesellschaft des Kronprinzen von Sachsen zu sein, der das hiesige Terrain so gut kenne.“*)

*) Ministerium des Auswärtigen. Beim Empfange des diplomatischen Korps sagte der Kaiser zu Herrn v. Könneritz in Bezug auf den Kronprinzen: „C'est une si ancienne et bonne connaisance à moi et un prince de tant de mérite.“

Von dem günstigen Eindruck, welchen die Kaiserbegegnung in österreichischen Kreisen hinterlassen hatte, konnte Prinz Albert sich überzeugen während seiner Anwesenheit in Ischl und Wien, die in die Zeit vom 25. September bis zum 7. Oktober fiel. Nach der Rückkehr von den Jagden in Sibyllenort, 20. Oktober, begannen die Vorbereitungen für die goldene Hochzeit des Königs Johann und der Königin Amalie, — eine Feier, an der das ganze Land den lebhaftesten Antheil nahm. Die Räume des Schlosses und des Prinzenpalais waren kaum ausreichend zur Aufnahme der fürstlichen Gäste, deren Zahl mehr als dreißig betrug. An der Spitze der Glückwünschenden erschienen Kaiser Wilhelm, die Kaiserin Augusta, der Kronprinz Friedrich Wilhelm und die Mitglieder der Ernestinischen Fürstenhäuser. Die Königin Viktoria war durch ihren Schwiegersohn, den Herzog Christian von Holstein, vertreten, der belgische Zweig des Coburgschen Hauses durch den Grafen von Flandern. An dem Haupttage des Festes, 10. November 1872, empfing das Königliche Jubelpaar im Eckparadesaal des Schlosses vor dem zu diesem Zwecke errichteten Altar durch den Bischof Forwerk den Segen der Kirche. In dem Erwiderungsschreiben auf die Einladung des Königs sagte Kaiser Wilhelm mit Recht: „Der Rückblick auf Deine 50jährige Ehe ist ein glücklicher, aber die Zeit ist auch nicht ohne schmerzliche Familienereignisse dahingegangen! Das ist nun einmal das Schicksal, das uns hienieden bestimmt ist, wo Licht und Schatten wechseln sollen.“

Einige Wochen vor Schluß des Jahres, am 25. November, unternahm der Kronprinz mit seiner Gemahlin eine Reise nach Brüssel, um im Hause des Grafen von Flandern und dessen Gemahlin, Marie von Hohenzollern, der Taufe einer Prinzessin

beizuwohnen, welche die Namen Josephine Carola erhielt.*) Am 1. Dezember nach Dresden zurückgekehrt, hatte der Kronprinz vielfache Veranlassung, seine Thätigkeit den ständischen Berathungen zuzuwenden, da die am 29. Oktober eröffnete zweite Session des Landtages zu erheblichen Differenzen zwischen den gesetzgebenden Körperschaften führte. Wie es in der Natur der Sache lag, fanden die im Grundprinzip durchaus freisinnigen Reformvorschläge der Regierung bei der überwiegend liberalen Mehrheit der Zweiten Kammer ein bereitwilligeres Entgegenkommen als bei den Konservativen des anderen Hauses. Die Erste Kammer erledigte zwar bis zu den Weihnachtsferien die Volksschulvorlage und die Verwaltungsgesetze, aber mit wesentlichen Modifikationen, bei denen auf die Zustimmung der Zweiten Kammer nicht zu rechnen war. Das in der Verfassung vorgesehene Einigungsverfahren vermochte trotz langwieriger Erörterungen im Januar 1873 den Widerstreit der Parteien nicht zu beseitigen. Eine kleine, aber hervorragend vertretene Gruppe der Konservativen nahm den Standpunkt ein, daß sie lieber auf die Durchführung der Organisation, einschließlich der den Kammern zur Begutachtung vorgelegten Synodalbeschlüsse, verzichten als von ihren Meinungen ablassen wollte. Die Majorität der Konservativen trug jedoch Bedenken, dem Ministerium diese Verlegenheit zu bereiten, und durch die Bemühungen einiger Führer der Ersten Kammer, namentlich des Kammerherrn v. Erdmannsdorf und des Grafen v. Hohenthal, denen auch die Prinzen sich anschlossen, kam es zu einem Kompromiß über die Verwaltungsentwürfe und das Kirchengesetz. In Bezug auf das Schulgesetz gelang es nicht, die Trennung auszugleichen. Es waren besonders zwei Amen-

*) Die Prinzessin, geboren am 18. Oktober 1872, ist seit dem 28. Mai 1894 mit dem Fürsten Karl Anton von Hohenzollern vermählt.

dements des Unterhauses, zu deren Annahme die Erste Kammer sich nicht entschließen konnte: die Aufhebung des konfessionellen Charakters der Volksschule und die Unentgeltlichkeit des Unterrichts, welche die Zweite Kammer am liebsten grundsätzlich einführen, mindestens aber den Gemeinden freistellen wollte.

Noch einmal war es dem König Johann vergönnt, umgeben von seinen Söhnen, am 10. März 1873 den Schluß des Landtages persönlich zu vollziehen. Mit Genugthuung durfte er in der Thronrede hervorheben, daß während der langen und vielbewegten Tagung der größte Theil der bedeutenden und schwierigen gesetzgeberischen Aufgaben erledigt sei. Nach dem § 92 der sächsischen Verfassung war zur Verwerfung eines Gesetzesvorschlages, wenn die Kurialstimmen beider Kammern getheilt blieben, erforderlich, daß in einer der beiden Kurien wenigstens zwei Drittheile für die Verwerfung gestimmt haben müßten. Da die Erste Kammer das Volksschulgesetz nach der Regierungsvorlage fast einstimmig angenommen und die Zweite dasselbe mit weniger als zwei Drittheilen der Votirenden verworfen hatte, erhielt das Gesetz auf Grund jener Bestimmung am 26. April 1873 die Königliche Sanktion.

Was die Theilnahme an der Gesetzgebung des Reichstages betrifft, so zeigte sich, daß „der parlamentarische Partikularismus", über den Bismarck in den vorhergehenden Jahren bisweilen geklagt hatte, aus dem sächsischen Landtage so gut wie verschwunden war. Mit der Erweiterung des Oberhandelsgerichtes zum obersten Gerichtshof des Deutschen Reiches erklärten sich beide Kammern einverstanden. Die Ausdehnung der Kompetenz des Reiches auf das gesammte Gebiet des Privatrechtes fand zwar zunächst in der Ersten Kammer ebenso wenig Beifall wie bei der Majorität des Bundesrathes; aber schon in

der nächsten Session, der ersten unter König Albert, ließ die Kammer, dem Beispiel der Regierung folgend, ihren Widerspruch fallen; gerade die sächsischen Bevollmächtigten haben sich in langjähriger Mitarbeit um das Zustandekommen des Bürgerlichen Gesetzbuches ein nationales Verdienst erworben. In dem großen Kampfe zwischen Staat und Kirche, den die Veröffentlichung der Beschlüsse des Vatikanischen Konzils zur Folge hatte, war für das sächsische Land, dessen Bevölkerung zu achtundneunzig Prozent dem evangelischen Glauben angehört, die Stellungnahme von selbst gegeben. Der König, obwohl er aus seinen katholischen Ueberzeugungen niemals ein Hehl gemacht hat, war mit der Politik der Kurie nicht in allen Punkten einverstanden. Der Kultusminister v. Gerber gab in der Sitzung der Zweiten Kammer am 26. Februar 1873 die Erklärung ab, daß die Regierung nicht nur der Verkündigung des Unfehlbarkeitsdogmas das Placet verweigert habe, sondern auch jeden Einfluß dieser Glaubenslehre von dem Unterricht in den Schulen des Landes fernhalten werde. Nicht minder beruhte die Annahme des Jesuitengesetzes auf der Zustimmung sowohl des Königs als des Kronprinzen, zumal das Verbot der Niederlassung dieses Ordens in Sachsen schon durch die Verfassung vorgesehen war; unter allen Gebieten Deutschlands sind die sächsischen Lande von den unheilvollen Parteiungen des Kulturkampfes am meisten verschont geblieben.

Um der Königin Amalie, die durch Erkrankung an einem Lungenkatarrh im Februar 1873 in Lebensgefahr geschwebt hatte, Erholung zu gewähren, bezog der Hof im April eine Villa auf dem Weinberge über Wachwitz. Nach der Genesung der Königin erfolgte am 15. Mai die Uebersiedelung in das Schloß von Pillnitz, während der König am 18. sich zu einer vier-

wöchentlichen Kur nach Ems begab. Der Kronprinz führte wieder die Stellvertretung, und auch nach der Rückkehr seines Vaters verblieb ihm ein Theil der Regierungsgeschäfte, namentlich die Entscheidung in Gnadensachen. Noch gab das Befinden des Königs keinen Grund zu ernsten Besorgnissen, obwohl er mehrfach von asthmatischen Anfällen heimgesucht wurde und, nicht ohne schwere Entsagung, die ihm stets lieb gewesene Bewegung des Reitens einstellen mußte; längere Besuche seiner Schwägerin, der Königin Elisabeth, und der Erzherzogin Marie Antoinette wirkten anregend auf die Stimmung seines Gemüthes. Nichts Schlimmes ahnend, hatten seine Söhne ihre Theilnahme an der Enthüllung des Denkmals, das zu Ehren der Sachsen bei Metz, zwischen Roncourt und St. Privat, errichtet war, auf den 31. Juli zugesagt und die Reise angetreten, als in der Nacht vom 29. zum 30. Juli der Zustand des Königs eine bedenkliche Wendung nahm. Prinz Georg erhielt die betrübende Nachricht in Ingelheim, der Kronprinz, der von seiner Gemahlin begleitet war, in Metz. Die Prinzen und die Prinzessin eilten sofort nach Pillnitz zurück. Zur allgemeinen Freude des Landes wurde das Leben des Königs gerettet.

In Vertretung des Kronprinzen hatte Generalmajor Senfft v. Pilsach die Einweihung des Denkmals am festgesetzten Tage vollzogen. Die von dem Prinzen verfaßte Ansprache schloß mit dem Gelöbniß: „Und sollte einst versucht werden, diesen Boden, der ja mit ihrem Blute errungen, Deutschland wieder zu entfremden, so sei es ein Unterpfand, daß die Sachsen wieder Schulter an Schulter mit den anderen deutschen Stämmen stehen werden und ihr Blut vergießen für Kaiser und Reich, für das geliebte deutsche Vaterland.“ Die stetige Besserung in dem Kräftezustand des Königs, der seit Mitte August einen großen Theil

des Tages wieder im Freien zubringen konnte, gestattete es dem Kronprinzen und der Kronprinzessin, den schon längst gehegten Plan eines Besuches der Weltausstellung in Wien zur Ausführung zu bringen. Wie im Jahre 1866 war ihnen das Lustschloß in Hetzendorf zur Verfügung gestellt worden; hier erschien der Kaiser, der eben aus Ischl angekommen war, am 19. August morgens unerwartet zur Begrüßung seiner Gäste. Die glänzenden Hoffestlichkeiten, an denen der ebenfalls anwesende Fürst Karl von Rumänien mit Gemahlin und die Königin Olga von Griechenland sich betheiligten, wurden vom 27. bis 29. August durch die Manöver in der Gegend von Bruck an der Leitha unterbrochen, bei denen der Kronprinz-Feldmarschall an der Seite seines kaiserlichen Freundes erschien. Am 1. September ging es nach Dresden zurück. Zur Feier des dritten Jahrestages von Sedan traf ein Handschreiben Kaiser Wilhelms ein, welches ankündigte, daß eins von den neu erbauten Forts in Straßburg fortan den Namen „Kronprinz von Sachsen“ führen sollte. Dann folgte die zweite Inspektionsreise des Kronprinzen. Diesmal war das V. preußische Korps, das General v. Kirchbach kommandirte, an der Reihe. Die 10. Division wurde am 4. September bei Schwiebus, an der Bahn von Frankfurt a. O. nach Posen, besichtigt; am 5. manövrirten die 19. und 20. Brigade, die 10. Kavallerie-Brigade und die Divisionsartillerie gegeneinander; abends besuchte der Generalinspekteur die Truppen im Biwak. Nach Beendigung des Feldmanövers gegen einen markirten Feind ordnete sich am 6. die Division zu einer Parade auf dem Höhengelände von Riemendorf. In derselben Weise verlief die Truppenschau der 9. Division, der 9. Kavallerie-Brigade und der Korpsartillerie bei Seiffersdorf, wohin der Kronprinz am 7. sein Quartier verlegte; das Hauptmoment bildete am folgenden Tage ein Gefecht an den Ueber-

gängen des Queisflusses. Unermüdlich in seiner Ausdauer, übernahm der Kronprinz nach der Inspektion in Niederschlesien die Leitung der Manöver in Sachsen und befand sich am 24. September wieder in Wien, um sich von hier aus nach Steiermark zu den Gemsjagden im Eisenerzer Revier zu begeben.

Der König fühlte sich in dieser Zeit so weit gekräftigt, daß er am 20. September wieder einen Theil der Regierungsgeschäfte übernehmen konnte; allein die Hoffnungen, die sich daran knüpften, wurden nicht zur Wirklichkeit. Am 15. Oktober empfing der Monarch noch die Präsidien des Landtages, die zur Verpflichtung erschienen waren, und am 16. nahm er einen Bericht des Kronprinzen über die Eröffnung der Ständeversammlung entgegen. Es waren seine letzten Regierungshandlungen: einige Stunden später trat eine Steigerung der asthmatischen Beschwerden ein, die den tödtlichen Ausgang als unabwendbar erscheinen ließ. Der König fühlte es selbst; gefaßt und mit unerschütterlicher Seelenruhe verabschiedete er sich von den Seinigen. Seit dem 21. Oktober abends versank er in Bewußtlosigkeit, aus der er nicht mehr erwachte: am 29. Oktober gegen fünf Uhr morgens wurde er von seinen Leiden erlöst. Die Königinnen Amalie und Marie, der Kronprinz und Prinz Georg, die Herzogin von Genua, die Kronprinzessin und die Prinzessin Marie waren Zeugen seiner letzten Augenblicke.

In König Johann verlor das neue Deutschland einen seiner hervorragendsten, kenntnißreichsten und einsichtsvollsten Fürsten. Mit niemals ruhendem Eifer hatte er seit seinen Jünglingsjahren an der Ausbildung seines Geistes gearbeitet und eine Vielseitigkeit der Bildung erlangt, die selbst die seines gelehrten Schwagers, des Königs Friedrich Wilhelm IV., übertraf. Der preußische Herrscher pflegte ihn neidlos mit dem Ehrenprädikat des Professors

anzureden. Das Kapitel des Ordens pour le mérite für Wissenschaften und Künste nahm ihn in die Zahl seiner Ehrenritter auf; die Vereinigung der deutschen Geschichts- und Alterthumsvereine verehrte in ihm ihren Stifter und langjährigen Protektor; der deutsche Juristentag von 1861 begrüßte ihn als den König unter den Rechtsgelehrten. Auf den Kongressen in Baden-Baden und Frankfurt übertrugen die deutschen Fürsten ihm, als dem geschäftskundigsten unter ihnen, die Fassung ihrer Beschlüsse. Seine italienischen Reisen, vor Allem der Aufenthalt in Rom, hatten ihm ein tiefes Verständniß des Alterthums erschlossen. Die römischen und griechischen Klassiker begleiteten ihn in die ländliche Zurückgezogenheit; unter den Stürmen des Jahres 1866 hat er sich mit den Reden des Demosthenes beschäftigt. Durch seine Dante-Studien beherrschte er die Kultur der Renaissance; eine besondere Vorliebe hatte er für die Geschichtswerke Guicciardinis. Bei einem Besuch des Staatsarchivs in Florenz, am 13. Juni 1856, setzte er die Beamten in Erstaunen durch seine Kenntniß der italienischen Geschichte, und als der König sich mit glücklichem Erfolg an der Entzifferung eines schwer leserlichen Pergamentes betheiligte, erweckte dies vollends die Bewunderung der Fachgelehrten. Bei einem Vortrag Tischendorfs über die Auffindung der ältesten griechischen Bibelhandschrift in dem Kloster auf dem Berge Sinai entwickelte er eine Vertrautheit mit den Bibeltexten, die jedem protestantischen Theologen zur Ehre gereicht haben würde. Die Sprachforscher seiner Landesuniversität überraschte er durch die Geläufigkeit seiner Citate aus den griechischen Tragikern oder aus Virgil und Horaz, und an den Fortschritten der Naturwissenschaften nahm er den lebhaftesten Antheil. Der rationelle Betrieb der Landwirthschaft führte ihn auf die chemischen Studien, und sowohl im Laboratorium der

polytechnischen Schule als zu Haus übte er sich an Experimenten. Leben ist Streben, pflegte der König zu sagen.

Ein unerschütterlicher Glaube an Gott und die Verheißung der ewigen Dinge war die Quelle seiner Weltanschauung. Aber bei aller Religiosität hielt er sich frei von jeder konfessionellen Einseitigkeit, und am wenigsten betrachtete er es als die Aufgabe des Staates, den einzelnen Kirchengemeinschaften bestimmte Normen der Rechtgläubigkeit vorzuschreiben: „Der Staat", sagt er in einer seiner vielen noch ungedruckten Denkschriften, „lasse die Kirche in ihrem Innern möglichst frei walten und enthalte sich unnöthiger Kontrolle."*) Wenn der König in reiferem Mannesalter sich im Allgemeinen zu den konservativen Prinzipien bekannte, so ging er darin doch niemals so weit, die Nothwendigkeit des Fortschritts zu verkennen. In derselben Denkschrift heißt es: „Die wahren Konservativen sind keine Feinde der Freiheit; sie verlangen nur neben der Freiheit auch die Ordnung, ohne welche keine Freiheit möglich ist." Wie sehr er selbst den liberalen Forderungen der Zeit Rechnung zu tragen wußte, lehren die freiwillig gewährten Reformen seiner letzten Lebensjahre. Er kannte keinen Stillstand der Gesetzgebung, und auch auf dem Gebiete der Verwaltung war er unablässig bemüht, den wechselnden Ansprüchen des allgemeinen Volkswohls gerecht zu werden. Bei seinen jährlichen Inspektionsreisen handelte es sich nicht nur darum, Land und Leute kennen zu lernen, sondern sie bildeten, wie sein Minister Falkenstein hervorgehoben hat,**) ein wichtiges Moment seiner Regierung: als wohlwollender Landesherr fühlte er sich verpflichtet, mit den einzelnen Gesellschaftsklassen und Interessenkreisen in lebendige Berührung zu treten und sich von ihren Wünschen zu über-

*) P. v. Falkenstein a. a. O. S. 145.
**) A. a. O. S. 231.

zeugen. Bei seinem Besuch der gewerblichen Etablissements pflegte er eingehende Unterhaltungen mit den Arbeitern. Seine Aufsicht erstreckte sich nicht nur auf die Einrichtungen in Stadt und Land, die Kirchen, Schulen und Justizgebäude, sondern auch auf die Krankenhäuser und die Gefängnisse; im höchsten Sinne des Wortes war er der landesväterliche Schutzherr seines Volkes.

Den Seinigen war er ein liebevoller Hausvater; im engeren Verkehr leutselig, mittheilsam, ein Freund scherzhafter Rede. Nur wo ihm Falschheit, Gesinnungslosigkeit und Unglaube entgegentraten, konnte er in Leidenschaft gerathen. Ueber der letzten Epoche seiner Regierung lag der milde Abendschimmer einer nach langen Kämpfen zur Versöhnung gelangten Friedensstimmung: in der abgeklärten Ruhe des Philosophen ließ er die Ereignisse der Welt an sich vorüberziehen.

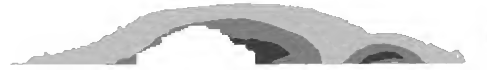
Wenige Stunden nach dem Dahinscheiden seines Vaters erhielt König Albert das folgende Beileidstelegramm des Kaisers Wilhelm:

„Eine große, edle Seele ist erlöst von schweren Leiden. Dir, lieber Albert, fällt die schwere Bürde des Nachfolgers zu. Möge Dir Gott Kraft und Einsicht hierzu wie bisher verleihen! Sprich Deiner guten Mutter Meine herzlichste Theilnahme bei Eurem schweren Unglücke aus. Das Gleiche thue den Königinnen und Deinem Bruder Georg. Zu den Beisetzungsfeiern hoffe Ich in Dresden zu erscheinen.

Wilhelm."

Die Antwort des Königs lautete:

„Deine so gütigen Worte habe Ich mit dankbarem Herzen empfangen. Deine Theilnahme an der Bestattung Meines unvergeßlichen Vaters wird Mich sehr glücklich machen. Die Meinen schließen sich meinem Danke an. Albert."

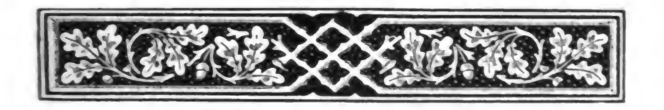


Am Vormittag des 29. Oktober leisteten die Minister den Eid der Treue, und der König verpflichtete sich im Beisein der Präsidenten des Landtags auf die Verfassung des Landes, die für ihn ein heiliges Vermächtniß seines Vaters war und blieb. Gegen Abend des 30. versammelten sich um die sterbliche Hülle des Königs Johann im Pillnitzer Schlosse die nächsten Angehörigen zu einer stillen Abschiedsfeier, bei der auch die beiden ältesten Kinder des Prinzen Georg gegenwärtig waren. Dann wurde der Sarg unter Fackelbeleuchtung auf das Dampfschiff „Saxonia" übergeführt, zur letzten Fahrt in die Residenz. Vom Stadtschlosse aus begaben sich der König und Prinz Georg mit den Ministern, der Generalität, den Deputationen der Kammern und der städtischen Kollegien an die Landungsbrücke. Zwölf Unteroffiziere trugen den Sarg durch die Reihen der Truppen in die Kreuzkapelle der katholischen Hofkirche, während die in der Neustadt aufgepflanzten Geschütze die Ehrensalven abgaben. Bei der Beisetzungsfeier am 31. Oktober vertrat der Kronprinz Friedrich Wilhelm den deutschen Kaiser, der wegen Krankheit auf sein persönliches Erscheinen verzichten mußte, Erzherzog Karl Ludwig den Kaiser von Oesterreich, Prinz Alfred von England die Herrscherin des großbritannischen Reiches; an der Spitze der regierenden Fürsten Deutschlands standen der Großherzog Friedrich von Baden, als Vertreter des Großherzogs von Weimar dessen Sohn, Erbgroßherzog Bernhard, und die Herzöge von Altenburg und Meiningen. Die Klänge des „Salve Regina" beendeten die Feier.

Seit den Tagen von St. Privat, Beaumont, Sedan und Villiers gehört der Name des Königs Albert der deutschen Geschichte an; das deutsche Volk verehrt in ihm den letzten der Paladine des wiedererstandenen Reiches. Bis an das Lebensende des großen Kaisers bestand zwischen Wilhelm I. und König

Albert die herzlichste Freundschaft, und in gleichen Gefühlen war ihm Kaiser Friedrich zugethan. Während seiner ersten Truppenbesichtigung des sächsischen Korps im Jahre 1889 sagte Wilhelm II. am 7. September in einem Trinkspruch auf den König: „Wie Euerer Majestät es wohl bekannt ist, hat einst mein verstorbener Herr Vater Mich Euerer Majestät besonders ans Herz gelegt, mit der Bitte, Sie möchten für Mich sorgen, wenn ihn einmal etwas Menschliches träfe. Euere Majestät haben diese Bitte in hochherziger Weise erfüllt und Ich habe schon lange Jahre Meines Lebens einen innigen Freund und väterlichen Berather in Euerer Majestät gefunden!“ Zur Freude des sächsischen Stammes und des deutschen Volkes verspricht die Rüstigkeit seines Alters dem König Albert noch eine lange Lebensdauer!





Sach- und Namensregister

des

I. und II. Bandes.

Die fürstlichen Personen sind unter den betreffenden Rufnamen aufgeführt. — Die römischen Zahlen bezeichnen die Bandnummer, die arabischen die Seitenzahlen des betr. Bandes.

B.

C.

D.

G.

H.

J.

L.

M.

N.

O.

P.

Q.

R.

S.

T.

U.

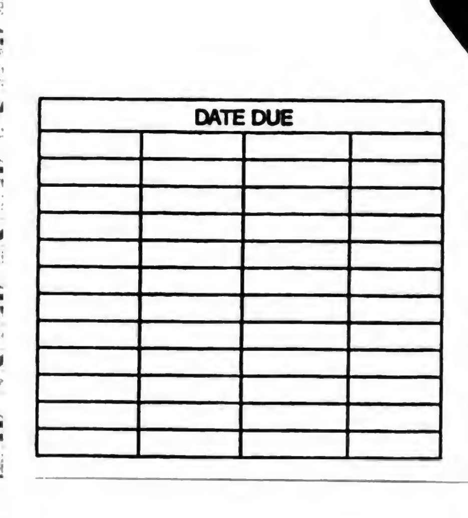
V.

W.



Gedruckt in der Königlichen Hofbuchdruckerei von E. S. Mittler & Sohn
Berlin SW 12, Kochstraße 68–71.





DATE DUE			

